

*SOZIALDEMOKRATISCHER
PARTEITAG
1924*

PROTOKOLL
mit dem Bericht der
Frauenkonferenz



J. G. W. Dieß Nachfolger
Berlin 1924

Der Parteitag tagte
vom 11. bis 14. Juni 1924 in Berlin
im preußischen Landtagsgebäude

Die Frauenkonferenz
am 15. Juni 1924 ebendort

Bureau des Parteitages

Vorsitzende:

Otto Wels. — Wilhelm Dittmann.

Schriftführer:

Frau Bengels-Berlin	Engelmann-Annaberg	Wachtel-Weilburg
Frau Christmann-Barmen	Trinks-Karlsruhe	Dreger-Lübeck
Blumtritt-Hof	Martwardt-Lüneburg	Frau Zabe-Hamburg

Mandats-Prüfungskommission:

Berta Thiel-Leipzig.	August Horn-Stettin.
Paul Kieß-Jena.	Max Bardin-Königsberg.
Edstein-Breslau.	Karl Müller-Reddinghausen.
Heinrich Wassermann-Schöningen.	Richard Hansen-Kiel.
Robert Hörlinger-Köln.	

Tagesordnung

Mittwoch, den 11. Juni 1924, abends 6 Uhr:

Vorversammlung

Konstituierung des Parteitages. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung.
Wahl der Mandatsprüfungs-Kommission.

Donnerstag, den 12. Juni 1924 und folgende Tage:

1. Bericht des Parteivorstandes.
a) Allgemeines. — Berichterstatter: Otto Wels.
b) Agitation, Organisation und Kasse. — Berichterstatter: Fr. Bartels,
R. Ludwig.
2. Bericht der Kontrollkommission.
Berichterstatter: Friedrich Brühne.
3. Bericht der Reichstagsfraktion.
Berichterstatter: Hermann Müller.
4. Das Organisationsstatut.
Berichterstatter: Rudolf Lipinski, Leipzig.
5. Die Sozialdemokratie und die Landwirtschaft.
Referent: Wilhelm Helling.
6. Die Reichstagswahlen und die Sozialdemokratie.
Referent: Dr. Hilferding.
7. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.
8. Anträge, soweit sie durch die vorstehende Tagesordnung noch nicht erledigt sind.

Anwesende ausländische Gäste:

de Brouckère, Belgien. Miß Bell, englische Arbeiterpartei. Andersen, Dänemark. Voogd, Holland. Pohl, Deutsche Sozialdemokratie der Tschechoslowakei. Dan, Russische Sozialistische Arbeiterpartei. Lewin, Russische Sozialrevolutionäre. Dr. Sender, Saargebiet. Franzisko L. Caballero, Spanien. Andrés Saborit Colomer, Spanien. M. Fabra Ribas, Spanien.

Geschäftsordnung für die Verhandlungen des Parteitages

1.

Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen und die Redner erhalten nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.

2.

Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen; sie müssen, falls sie zur Verhandlung kommen sollen, von mindestens 30 Delegierten unterschrieben sein.

3.

Bei der Verhandlung genügend unterstützter Anträge erhält zunächst der Antragsteller das Wort.

4.

Bei Geschäftsordnungsanträgen genügt eine Unterstützung von 10 Delegierten. Bei Anträgen auf Schluß der Debatte oder auf Vertagen erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner erteilt. Persönliche Bemerkungen sind erst am Schluß der Debatte zulässig.

5.

Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt. Die Einbringer selbständiger Anträge haben zu deren Begründung eine Redezeit von 20 Minuten. Im übrigen beträgt die Redezeit 10 Minuten.

6.

Die Beschlüsse werden mit Mehrheit der Abstimmenden gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrages.

7.

Auf Antrag von mindestens 30 Mitgliedern des Parteitages muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag erfolgen.

8.

Vor Schluß des Parteitages abreisende Delegierte haben dies dem Bureau anzuzeigen. Ihre Namen sind zu Protokoll zu vermerken.

9.

Der Parteitag tagt vormittags von 9 bis 1 Uhr und nachmittags von 3 bis 6 Uhr.

Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Parteizugehörigkeit.

§ 1. Zur Partei gehört jede Person, die sich zu den Grundfäden des Parteiprogramms bekennt und Mitglied der Parteiorganisation ist.

§ 2. Ueber die Aufnahme als Mitglied entscheidet zunächst der Vorstand des Ortsvereins. Das Recht des Einspruches hat jede Organisationsleitung im Reiche. Ueber Einsprüche gegen die Aufnahme entscheiden nacheinander Bezirksleitung und Parteivorstand. Wird innerhalb Jahresfrist kein Einspruch erhoben, so gilt die Aufnahme als endgültig.

Gliederung.

§ 3. Die Grundlage der Organisation bildet der Bezirksverband, der vom Parteivorstand nach politischer und wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit abgegrenzt wird. Der Bezirksverband gliedert sich in Ortsvereine, die durch den Bezirksverband in Unterbezirke zusammengelegt werden können. Zur Durchführung der Organisationsarbeiten und politischen Aktionen kann das Gebiet des Ortsvereins in Agitationsgruppen (Bezirke, Sektionen, Distrikte) gegliedert werden; daneben sind für industrielle Betriebe, private und staatliche Werke und Anstalten Organisationseinrichtungen zu treffen.

Jedes Parteimitglied muß der für seinen Wohnort zuständigen Organisation angehören. Doppelmitgliedschaften sind unzulässig.

§ 4. Die Ortsvereine, Unterbezirks- und Bezirksverbände haben die Parteigeschäfte nach eigenen Statuten zu führen, die mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht im Widerspruch stehen dürfen. In Ländern mit mehreren Bezirksverbänden können diese zur Erledigung landespolitischer Fragen zusammenarbeiten.

Parteilämter.

§ 5. In allen Leitungen der Organisationen und zu allen Delegationen ist den weiblichen Mitgliedern im Verhältnis ihrer Zahl eine Vertretung zu gewähren.

Zu einem Vertrauensamt der Ortsvereine und Unterbezirksverbände darf nur gewählt werden, wer nach § 2 seit mindestens einem Jahre endgültig Mitglied der Partei ist.

Zu Mitgliedern des Bezirks- und Parteivorstandes sowie der Kontrollkommission und als Kandidaten zu den Gemeinde-, Bezirks- oder Provinzialvertretungen, für Landtag und Reichstag kann nur vorgeschlagen werden, wer mindestens drei Jahre der Partei angehört. Das gleiche gilt für die Delegationen zu den Bezirkstagungen, dem Parteitag und den internationalen Kongressen.

Ausnahmen von den Vorschriften der Absätze 2 und 3 können mit Zustimmung der Bezirksleitung zugelassen werden; gegen die Entscheidung der Bezirksleitung ist die Berufung an den Parteivorstand zulässig.

§ 6. Als Vertreter der Partei gilt nur, wer im Einverständnis mit der Parteiorganisation als Kandidat aufgestellt worden war. Die Ortsvereine stellen die Kandidaten für die Gemeindevahlen im Einverständnis mit der Unter- oder Bezirksleitung auf.

Die Kandidatenaufstellung für die Bezirks-, Kreis- und Provinzialvertretungen erfolgt im Einverständnis mit der Unterbezirks- oder Bezirksleitung auf Unterbezirkskonferenzen.

Die Wahlvorschläge für Landtag und Reichstag werden durch die Mitglieder der Unterbezirksorganisation gemacht, von der Bezirksleitung zusammengefaßt und vom Bezirksparteitag (Bezirksversammlung) beschlossen.

Die Bezirksverbände eines Landes — für Preußen der Parteivorstand im Einverständnis mit den preussischen Mitgliedern des Parteiausschusses — stellen die Landeswahlvorschläge für den Landtag auf; sie haben in gleicher Weise das Recht, jederzeit die auf Landeswahlvorschlag gewählten Vertreter abzuwählen.

Parteiausschuß und Parteivorstand stellen den Reichswahlvorschlag zu den Reichstagswahlen auf und haben das Recht, jederzeit die auf Reichswahlvorschlag gewählten Vertreter abzuwählen.

Der Ortsverein hat im Einverständnis mit der Unterbezirksleitung das Recht, die Gemeindevertreter abzuwählen. Dasselbe Recht hat die Bezirksleitung für die Vertreter der in Absatz 1 Satz 3 Abs. 2 und 3 genannten Körperschaften.

Dem Betroffenen sowie der antragstellenden Organisation steht das Recht der Berufung an die Unterbezirks- oder Bezirksleitung oder an den Parteivorstand zu.

Beiträge.

§ 7. Das Eintrittsgeld, das voll den Bezirken verbleibt, beträgt mindestens die Höhe von vier Wochenbeiträgen.

§ 8. Die Höhe der Wochenbeiträge wird für jeden Bezirk von der Bezirksleitung (Bezirksvorstand) festgesetzt; sie hat das Recht, für ihren Bezirk oder für einzelne Ortsvereine die Beiträge je nach Maßgabe der wirtschaftlichen Verhältnisse zu regeln. Der Wochenbeitrag soll in der Regel für männliche Mitglieder dem Durchschnittslohn einer Viertelsunde entsprechen, mindestens aber 15 Pfennig, für weibliche Mitglieder können niedrigere Beiträge festgesetzt werden.

Für jedes Vierteljahr ist außer den regelmäßigen Wochenbeiträgen ein Wochenbeitrag für die Sozialistische Arbeiterinternationale zu leisten.

Mitgliedern der Jugendorganisation und invaliden Parteimitgliedern kann auf Antrag durch den Bezirksverband Beitragsermäßigung oder Befreiung gewährt werden.

Der jeweilige Bedarf der Parteileitung wird durch Umlage von den Bezirksverbänden in der Weise gedeckt, daß von jeder an die Mitglieder verkauften Beitragsmarke ein vom Parteivorstand in Gemeinschaft mit dem Parteiausschuß festgesetzter Betrag in Monatsraten an die Zentralkasse abgeführt wird.

Die Kassenführung der Organisationen in allen ihren Teilen erfolgt nach einheitlichen Grundzügen, die vom Parteivorstand festgelegt werden. Allmonatlich müssen die Ortsvereine an die Bezirkskassierer und diese an den Parteivorstand Teilzahlungen leisten. Die Abrechnung der Bezirksvorstände mit dem Parteivorstand muß innerhalb eines Monats nach Schluß des Kalendervierteljahres erfolgen.

Zur Deckung der Unkosten zentraler Einrichtungen für die Parteipresse haben alle Parteiunternehmungen geschäftlicher Art jährlich 20 Prozent ihres Reingewinnes an den Parteivorstand abzuführen.

Berichterstattung.

§ 9. Das Geschäftsjahr der Partei läuft vom 1. April bis 31. März. Vierteljährlich, spätestens mit Ablauf des ersten Monats im neuen Kalendervierteljahr, haben die Bezirksleitungen über die Tätigkeit, die politische und wirtschaftliche Lage im Bezirk und die Verwendung der vom Parteivorstand überwiesenen Materialien und Gelder Bericht zu erstatten. Die hierzu notwendigen Formulare liefert der Parteivorstand.

Parteitag.

§ 10. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Er setzt sich zusammen:

1. Aus den Bezirksverbänden gewählten Delegierten, deren Gesamtzahl 300 nicht übersteigen soll. Die Verteilung der Delegierten auf die einzelnen Bezirke erfolgt nach der Mitgliederzahl, für die im vorausgegangenen Geschäftsjahr Pflichtbeiträge an den Parteivorstand abgeführt worden sind;
2. der Vertretung der Reichstagsfraktion, die ein Fünftel der Zahl ihrer Mitglieder nicht übersteigen darf;
3. den Mitgliedern des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und der Kontrollkommission;
4. den vom Parteivorstand berufenen Referenten.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes und des Parteiausschusses in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme. Nur beratende Stimme haben die vom Parteivorstand hinzugezogenen Vertreter von Parteiministern.

§ 11. Der Parteitag prüft die Legitimationen seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt die Geschäftsordnung.

Zu einem Beschlusse des Parteitages ist die Abgabe der Stimmen von mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Anwesenden notwendig.

§ 12. In der Regel findet alljährlich ein Parteitag statt, der vom Parteivorstand einzuberufen ist.

Der Parteitag findet alljährlich statt. Liegen wichtige Gründe vor, so kann er mit Zustimmung einer Dreiviertelmehrheit des Parteiausschusses um ein Jahr vertagt werden.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, oder kann in dem vom Parteitag bestimmten Ort der Parteitag nicht tagen, so hat der Parteivorstand nach Anhörung des Parteiausschusses den Ort zu bestimmen.

§ 13. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens 8 Wochen vorher mit der vorläufigen Tagesordnung im Zentralorgan der Partei veröffentlicht werden. Diese Veröffentlichung ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge von Parteioptionen für die Tagesordnung des Parteitages sind dem Parteivorstand einzureichen, der sie spätestens 4 Wochen vor dem Parteitag im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen hat.

§ 14. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und der Kontrollkommission sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsfraktion;
2. die Bestimmung des Ortes, an dem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat;
3. die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission;

4. die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen;
5. die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.
- § 15. Ein außerordentlicher Parteitag ist einzuberufen:
 1. auf mit Dreiviertelmehrheit gefaßten Beschlüssen des Parteivorstandes;
 2. auf einstimmigen Beschluß der Kontrollkommission;
 3. auf Antrag von mindestens 15 Bezirksleitungen.

Falls der Parteivorstand sich weigert, einem nach Ziffer 2 oder 3 gestellten Antrage stattzugeben, ist der Parteitag von den Antragstellern zu berufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitags ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 16. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitags muß spätestens vierzehn Tage vorher im Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung veröffentlicht werden.

Anträge der Parteiorganisationen sind spätestens fünf Tage vor der Abhaltung des Parteitags im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage. (§§ 10 und 11.)

Parteivorstand.

§ 17. Die Leitung der Partei obliegt dem Parteivorstand, der aus drei Vorsitzenden, zwei Kassierern, einer vom Parteitag festzusetzenden Zahl von Mitgliedern und unbefoldeten Beisitzern besteht, und dem mindestens zwei Frauen angehören müssen. Die Mitglieder des Parteivorstandes sind berechtigt, sich gegenseitig zu vertreten.

Die Wahl des Parteivorstandes erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettels in einem Wahlgang. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten hat. Haben die Kandidaten die Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Ergänzungswahl statt. Entfallen bei dieser Wahl gleich viele Stimmen auf mehrere Kandidaten, ohne daß sie die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten haben, dann erfolgt Stichwahl. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

§ 18. Der Parteivorstand führt die Geschäfte der Partei und kontrolliert die grundsätzliche Haltung der Parteiorgane.

§ 19. Der jeweilige Parteivorstand ist Eigentümer aller vorhandenen Gelder und sonstigen Vermögensstücke. Er ist insbesondere berechtigt, in eigenem Namen und aus eigenem Recht alle der Sozialdemokratischen Partei zustehenden Ansprüche gegen die Schuldner geltend zu machen.

Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Kein Parteigenosse erwirbt aus seiner Parteizugehörigkeit ein klagbares Recht gegen den Parteivorstand und der Kontrollkommission oder deren Mitglieder.

§ 20. Der Parteivorstand kann jederzeit alle Parteiorganisationen und deren Unternehmungen kontrollieren, Aufschlüsse einfordern und Abrechnungen verlangen. Er hat das Recht, an allen Zusammenkünften aller Parteikörperschaften beratend teilzunehmen, wie bei der Aufstellung und Abberufung von Bewerbern zu den Landtagen und dem Reichstag mitzuberaten.

Der Parteivorstand hat das Recht, auf Antrag der beteiligten Organisationen bei Differenzen, die bei Aufstellung von Reichstagskandidaten entstehen, zu entscheiden.

§ 21. Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitags ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften

oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

Parteiausschuß.

§ 22. Der Parteiausschuß besteht aus je einem Vertreter der Bezirksverbände. Die Vertreter werden in den Bezirken gewählt. Sind im Bezirk mehr als 10 000 weibliche Parteimitglieder vorhanden, so ist außerdem ein weibliches Mitglied zu wählen. Für die Vertreter sind Stellvertreter zu wählen.

§ 23. Der Parteiausschuß berät gemeinsam mit dem Parteivorstand über wichtige, die Gesamtpartei berührende politische Fragen, über die Einrichtung zentraler Parteieinrichtungen, die die Partei finanziell dauernd erheblich belasten, über die Festsetzung der Tagesordnung des Parteitags sowie die Bestellung der Referenten und gibt durch Beschluß sein Gutachten ab.

§ 24. In der Regel alle Vierteljahre und im Bedarfsfalle auch häufiger ist der Parteiausschuß vom Parteivorstand unter Angabe der Tagesordnung zu einer Sitzung zu berufen. Eine außerordentliche Sitzung muß stattfinden, wenn ein Drittel der Bezirksverbände unter Angabe der Gründe dies beantragt. Weigert sich der Parteivorstand, eine ordnungsmäßig beantragte Sitzung zu berufen, dann kann sie durch die Antragsteller einberufen werden. Die Einberufung des Parteiausschusses soll in der Regel mindestens fünf Tage vor den Sitzungstagen erfolgen.

Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes oder der Kontrollkommission vorzeitig aus, so hat der Parteiausschuß nach Anhörung des Parteivorstandes und der Kontrollkommission eine Ersatzwahl vorzunehmen.

Kontrollkommission.

§ 25. Zur Kontrollierung des Parteivorstandes sowie als Berufungsinstanz für Beschwerden über den Parteivorstand wählt der Parteitag eine Kontrollkommission von neun Mitgliedern.

Die Wahl erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt die Kontrollkommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, soweit die Kontrollkommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einsendungen für die Kontrollkommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Parteivorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Zentralorgan der Partei.

§ 26. Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts“, Berliner Volksblatt.

Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teils zu veröffentlichen.

§ 27. Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans sowie zur Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlin und der Vororte eine Preßkommission, die aus höchstens 20 Mitgliedern bestehen darf.

Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellung und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Preßkommission entscheiden die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Preßkommission in der Art mit gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe eine Stimme hat.

Ausschluß.

§ 28. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht oder gemacht hat. Auch kann der Ausschluß eines Mitgliedes erfolgen, wenn es durch beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse seiner Parteioorganisation oder der Parteitage das Parteiinteresse schädigt.

Der Ausschluß darf nur von einem Ortsverein — mit Zustimmung des Angeeschuldigten auch vom Vorstand des Ortsvereins — beantragt werden. Die Zustellung des Beschlusses erfolgt durch den Bezirksvorstand, der ihn gegebenenfalls veröffentlichen kann.

Solange über die Aufnahme eines Mitgliedes gemäß § 2 nicht endgültig entschieden ist, kann der Ausschluß durch eine Mitgliederversammlung des Ortsvereins erfolgen.

Im übrigen entscheidet über die Zugehörigkeit der Partei der Vorstand der zuständigen Bezirksorganisation.

Zur Partei kann ferner nicht gehören, wer einer anderen politischen Partei als Mitglied angehört oder sie finanziell unterstützt oder für sie oder gegen die Sozialdemokratische Partei wirkt. In solchen Fällen kann der Parteivorstand den Ausschluß mit sofortiger Wirkung aussprechen. Mit dem Ausschluß verliert der Betroffene alle Rechte und Funktionen der Partei. Der Beschluß des Parteivorstandes ist innerhalb acht Tagen dem Ausgeschlossenen und der Bezirksleitung mitzuteilen. Nur der Parteitag kann auf Antrag des Ausgeschlossenen diesen Beschluß aufheben.

§ 29. Gegen die Entscheidung des Vorstandes der Bezirksorganisation können die Beteiligten innerhalb vier Wochen nach Zustellung des Beschlusses beim Parteivorstand die Einsetzung eines Schiedsgerichts beantragen.

Das Schiedsgericht besteht aus sieben Personen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand. Je drei Beisitzer wählt der Angeeschuldigte und die antragstellende Organisation, wobei die Auswahl auf die Parteigenossen des Bezirksverbandes zu beschränken ist, dem der Angeeschuldigte angehört. Unterläßt es der Angeeschuldigte, innerhalb vier Wochen Schiedsrichter zu ernennen, so gilt ohne weiteres der Beschluß des Bezirksvorstandes. Erscheint der Angeeschuldigte ohne genügende Entschuldigung nicht zu dem festgesetzten Termin, so haben die Instanzen das Recht, in Abwesenheit des Angeklagten zu beschließen.

Die Zustellung des schriftlichen Urteils erfolgt durch den Parteivorstand, der es gegebenenfalls veröffentlichen kann.

Handelt es sich in einer Sache um mehrere Angeeschuldigte aus einer Organisation, so hat der Parteivorstand das Recht, die Sache vor ein Schiedsgericht zu bringen.

§ 30. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Beteiligten die Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung muß spätestens vier Wochen nach Zustellung des Urteils dem Parteivorstand eingereicht sein.

§ 31. Der Ausschluß aus der Partei in Fällen des § 28 Abs. 1 darf nur im Wege des vorstehend festgesetzten Verfahrens erfolgen. — Alle Instanzen sind berechtigt, sofern sie nicht dauernden Ausschluß aus der Partei aussprechen, auf zeitweise Ausschließung von Vertrauensämtern zu erkennen und Rügen zu erteilen. Auch gegen diese Entscheidungen steht den Beteiligten das Recht der Berufung zu.

Die Organisationen haben das Recht, auch ohne Ausschlußantrag eine Untersuchungskommission gegen ein Mitglied einzusetzen. Gegen die Entscheidungen steht den Beteiligten das Einspruchsrecht nach den Bestimmungen der §§ 29 und 30 zu.

§ 32. Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Wiederaufnahme.

§ 33. Der Antrag auf Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen ist an den Vorstand der Bezirksorganisation des Wohnortes des Ausgeschlossenen zu richten. Vor der Entscheidung ist die Organisation, die den Ausschluß beantragt hatte, zu hören.

Gegen diese Entscheidung steht dem Antragsteller sowohl wie der Organisation, die den Ausschluß beantragt hatte, Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung ist so zeitig beim Parteivorstand anzumelden, daß sie mit den übrigen an den Parteitag gestellten Anträgen veröffentlicht werden kann.

Abänderung der Organisation.

§ 34. Änderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, die die §§ 13 und 14 vorschreiben, veröffentlicht worden sind.

Eine Abweichung von der letzten Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens drei Viertel der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Bericht des Parteivorstandes.

Allgemeines.

Eine harte Zeit liegt hinter uns. Die Arbeiterklasse hat in den seit dem Einigungskongresse verfloßenen Jahren schwer gelitten. Eine Geldkrise, wie sie in der Geschichte der Wirtschaft unerhört war, ging mit ungeheurer Wucht auf das deutsche Volk und am stärksten auf das arbeitende Volk nieder. Nicht nur die Verringerung des Geldwertes, auch die fabelhafte Raschheit, mit der sie sich von Tag zu Tag, ja von Stunde zu Stunde entwickelte, hat das deutsche Volk auf das Tiefste geschädigt. Als es gelang, zu einer Stabilisierung des Geldwesens zu gelangen, mußte das mit einer schweren Wirtschaftskrise bezahlt werden, unter der auch heute noch die Arbeiterschaft tief leidet. Die Nachwirkungen des Krieges zeigen sich am Beginne des zweiten Jahrfünft nach seiner Beendigung erst in voller Schärfe. Eine ungeheure Arbeitslosigkeit, weitverbreitete Kurzarbeit, dabei ein Zurückfallen der Löhne auf die Hälfte ihres Vorkriegsstandes kennzeichnen die Notlage der deutschen Arbeiterklasse. Diese Schwierigkeiten wurden gesteigert durch die Befehlzung des Ruhrgebiets, die selbst durch den heftigen Kampf der passiven Resistenz nicht aufgehalten werden konnte. Ein unerhörtes Willkürregiment der besetzenden Mächte hat das deutsche Volk politisch zermürbt und hat wirtschaftlich die Lebenshaltung der westdeutschen Arbeiterschaft auf das äußerste verschlechtert. Die Politik der Reichsregierung, vor allem des Kabinetts Cuno-Rosenberg, verschärfte noch die Schwierigkeiten der Stellung Deutschlands in der Welt und in der Weltwirtschaft.

Die Befehlzung des Ruhrgebiets und das Unvermögen der Regierung Cuno-Rosenberg, im geeigneten Augenblicke Verhandlungen mit Frankreich einzuleiten, um den passiven Widerstand vorteilhaft für Deutschland auszunützen, haben zur Aufpeitschung der nationalistischen Triebe geführt. Völkische Geheimorganisationen versuchten den aktiven Widerstand im Ruhrgebiet, was wieder schärfere Repressivmaßnahmen der militärischen Organe im Ruhrgebiet ausgelöst hat. Hat der passive Widerstand zur Ausweisung von vielen Tausenden Eisenbahnern und Arbeitern, von städtischen und staatlichen Beamten geführt, so sollte der aktive Widerstand Märtyrer schaffen, die die nationalistischen Kreise aufpeitschen sollten. Die Politik Poincarés, die ihre Volkstreuer in den französischen Generalen und Kommissaren hatte, trieb in Deutschland viele zur Verzweiflung, immer leichter fanden diejenigen Gehör, die der republikanischen Staatsform die Schuld gaben, daß Deutschland sich von einem übermütigen Sieger alles bieten lassen müsse. Weit mehr als die eifrigsten Verfechter und Organisatoren der nationalistischen Politik und ihrer Geheimbünde wirkte Poincaré für die Aufhebung aller Leidenschaften in Deutschland. Gleichzeitig ließ er es nicht an Bemühungen fehlen, die Abtrennungsbestrebungen bayerischer Partikularisten durch Agenten und durch große Geldgaben, wie der Fuchs-Nachaus-Prozeß in München bewiesen hatte, zu fördern.

Die nationalistischen Strömungen sollten den Boden bereiten für die Verbreitung des Revanchegebanten, für die Neuchelung der Republik, für die Wiederkehr der Monarchie. Die polizeilichen Maßnahmen der Regierung genügten nicht, um die Gründung und das Wachsen der üppig ins Kraut schießenden bewaffneten und zum geringeren Teil unbewaffneten staatsfeindlichen Organisationen zu hemmen. In Bayern erfreute sich diese Bewegung zum Teil der aktiven Förderung durch die Regierung Knilling und durch das Generalkommissariat von Rahr unter dem Beifall der norddeutschen Nationalisten. Selbst wo diese geheimen Organisationen in Bayern regierungsfeindlich auftraten, wurden sie geduldet und von vielen Landesbeamten gefördert. Die Gerichte schützten die Waffenbestände dieser Geheimorganisationen, indem sie jeden des Landesverrats zu verurteilen suchten, der auf diese Waffenlager im Interesse der ruhigen Entwicklung des Reiches aufmerksam machte. An Beziehungen der Reichswehr zu diesen Geheimorganisationen fehlte es nicht; die schweren Verbrechen des Landesverrats, die vor bayerischen Gerichten verhandelt wurden, endeten mit Freisprechung oder mit Einräumung von Bewährungsstrafen gegen notgedrungen Verurteilte. Die bayerischen Gerichte, die gleichzeitig Sozialdemokraten, die sich im Gegensatz zu diesen völkischen Verbänden befanden, zu schweren Strafen verurteilten, haben mehr als die schärfsten Gegner der heutigen Staatsordnung zur Verächtlichmachung der Justiz beigetragen.

Diese Organisationen betonten den Gegensatz gegen den „Marxismus“, sie traten in klarste Kampflinie gegen unsere Partei. Eine neue Gegnerschaft, mit der wir früher nicht zu rechnen hatten, ergab sich so, die um so gewissenloser arbeitete, als sie versuchte, sich mancher Argumente der Sozialdemokratie zu bedienen. Sie mußten den Kampf gegen den „Marxismus“ und nicht gegen den Sozialismus, der ja wirklich gemeint war, führen, weil sie sich den Namen von Sozialisten beilegen wollten. So hat Lubendorff sein sozialistisches Herz entbedt, so hat Hitler seine Partei „Nationalsozialistische Arbeiterpartei“ genannt, obgleich von wirklichem Sozialismus in ihren Programmen und in ihrer Agitation keine Spur zu finden war, obgleich sie in enger Fühlung mit kapitalistischen Organisationen standen, die zur finanziellen Förderung der völkischen Opfer brachten, die dem Generalkommissar Rahr jubelten, als er ohne ein Spur von Recht Koalitionsverbote für Bayern erließ.

So schroff der Gegensatz dieser völkischen Organisationen zur Sozialdemokratie war, jwiel Sympathien hatten sie für die Kommunisten, die diese auch erwiderten. Unvergessen bleibt die Begeisterung Radets für Schlageter, bleiben die Beiträge des Grafen Reventlow für die „Rote Fahne“, die Rede Ruth Fischers bei den deutschnationalen Studenten, die Solidaritätserklärung Remmeles mit den Deutschvölkischen. Sie waren und bleiben sich einig in der gehässigten, gemeinsten und verlogenen Bekämpfung der Sozialdemokratie. Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ist längst in den Schatten gestellt durch die Kampfspraktiken der Deutschvölkischen wie der Kommunisten. Beide bekämpfen die Erfüllungspolitik im Bereiche des Möglichen, die Sozialdemokratie für notwendig erachtet. Beide bekämpfen die Annahme des Sachverständigengutachtens und beide sind gewachsen und stark geworden durch die Politik von Poincaré. Beide hoffen wohl, daß die Politik Poincarés, die Politik des extremen französischen Kapitalismus, der die Vernichtung der wirtschaftlichen Großmachtstellung Deutschlands erstrebt, siegreich und dauernd bleiben werde. Deutschvölkische wie Kommunisten griffen die Sozialdemokraten an, weil unser eifriges Bemühen dahinging und geht, aus den Schwierigkeiten Mitteleuropas einen Ausweg zu finden. Des Verrats am eigenen Volke beschuldigten sie die Sozialdemokraten, weil sie in Gemeinschaft

mit Genossen aus Frankreich, Belgien und England zusammenwirkten, um ein durchführbares Reparationsprogramm auszuarbeiten. Unsere Feinde von rechts und links rechneten, daß der Kapitalismus der Siegnationen dauernd die Macht bewahren werde, sie hielten deshalb unsere Bemühungen für vergeblich, für nutzlos, ja für eine Schädigung des deutschen Volkes. Nun sind die wahren Protoktoren der verzweifeltsten Stimmung in Deutschland die Poincaré und Bonar Law nicht mehr die Repräsentanten ihrer Völker. Das englische und das französische Volk haben gegen die kapitalistischen Ausnützer des Friedensdiktats von Versailles entschieden. Gedanken, wie wir sie in den Konferenzen mit den Parteigenossen aus den Bruderparteien einhellig zum Ausdruck brachten, haben sich Geltung verschafft und können auch auf Verständnis bei den Parlamentsmehrheiten Großbritanniens und Frankreichs rechnen.

Waren unsere Parteigenossen in den Ententestaaten nach dem Siege der Feinde Deutschlands geschwächt und einflußarm in ihre Parlamente zurückgekehrt, so können wir nach den glänzenden Wahlerfolgen unserer Partei in Großbritannien und Frankreich hoffen, daß der internationale Sozialismus zur Befriedung Europas und zum Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft entscheidend beitragen wird. Der Nationalismus der Deutschvölkischen wie die Phantastereien der Kommunisten machen das Volk trotz aller Großsprecherie hoffnungslos. Ihr Appell an die Gewalt verwirrt die Köpfe und raubt dem deutschen Volk zuletzt alle Hoffnung.

Der Eifer unserer Gegner auf der äußersten Rechten und auf der äußersten Linken, die unerhörten Geldmittel, die diesen Parteien zur Verfügung standen, die Gewissenlosigkeit und Kritiklosigkeit, mit der sie gegen die Sozialdemokratie ankämpften, zwangen unsere Partei vorübergehend in die Defensive. Aber wir sind aus der Verteidigung zum Angriff vorwärts geschritten. Das Ergebnis der Landtagswahlen in Thüringen, in Mecklenburg und in Bayern zeigten uns einen Tiefpunkt der Bewegung, aber das Ergebnis der Reichstagswahl in diesen Ländern, beweist uns, daß wir wieder vorwärts schreiten, daß unsere Genossen trotz allen Glends, trotz aller Not, trotz allen Liebermuts der Unternehmerklasse, trotz aller Scharfmachertünke der großen Bergherren, wieder hoffnungsfreudig in den politischen und den gewerkschaftlichen Kampf eintreten. Wir sind in vielen Teilen Deutschlands aus der Defensive in die Offensive übergegangen.

Überall zeigt sich die alte Opferfreudigkeit unserer Parteigenossen und -genossinnen. Unsere Zeitungen, die außerordentlich schwer unter der Inflation gelitten haben, haben sich erholt. Ihre Auflagen steigen von Woche zu Woche, ihre finanziellen Nöte, die uns zeitweise sehr bedrückten, sind behoben. Der Bildungsdurst unserer Parteigenossen tritt wieder sichtbar in Erscheinung, eine Reihe neuer Organe konnten ins Leben gerufen werden; ihre Verbreitung hat sofort alle Erwartungen übertroffen. Zahlreiche neue Organisationen sind gegründet, alle gefestigt worden; in manchen Orten haben wir Mitgliederzahlen, wie wir sie niemals vorher gezählt haben. Die Wahlen zeigten einen Eifer und eine Selbstlosigkeit der Parteigenossen, auf die wir stolz sind. Mißmut und Verdrossenheit sind überall im Weichen. Hoffnungsfreudigkeit und Vertrauen in die Partei soll wieder so lebendig sein, wie in den besten Zeiten unserer kampferprobten Partei.

Begreiflich war das Erstaunen unserer Freunde im Auslande, daß die deutsche Arbeiterklasse unter den ungünstigen Einwirkungen der letzten Jahre nicht völlig zermürbt wurde, daß unsere Partei trotz allen Ansturms von Völkischen und Kommunisten ihre Organisation und Widerstandskraft aufrechtzuhalten wußte, daß sie trotz aller ungünstigen Faktoren als stärkste Partei,

als die maßgebende Vertretung der deutschen Arbeiterklasse aus dem Wahlkampf hervorging.

Wahl blieb die Partei nicht frei von inneren Konflikten, von scharf ausgeprägten Meinungsverschiedenheiten. Aber mit voller Genugtuung können wir darauf hinweisen, daß alle Differenzen in der Partei zum Stillstande kamen, als sie in den Wahlkampf eintrat und nun der Gegensatz gegen unsere Feinde von rechts und links die Haltung unserer Presse und unserer Redner allein bestimmte. Keine andere Partei kann so stolz auf die innere Geschlossenheit ihrer Anhänger während des letzten großen Wahlkampfes hinweisen wie die WSPD. Das gibt die Hoffnung, daß diese innere Geschlossenheit, die alle Parteigenossen während der Wahl erfreute, die wir als ein unbedingtes Erfordernis im Klassenkampfe empfinden, auch künftig die Partei stärken und bestimmen wird.

Organisation und Agitation.

Der vorliegende Bericht umfaßt den Zeitraum vom 1. April 1922 bis 30. April 1924. Als hervorragendes Merkmal steht die in Nürnberg vollzogene Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien. Die organisatorische Vereinigung hatte sich bis 31. 12. 22 überall fast reibungslos vollzogen. Wo sich Differenzen bemerkbar machten, wurden sie unter Mitwirkung des Parteivorstandes ausgeglichen, waren doch alle Teile bestrebt, im Geiste der Versöhnung alles Trennende zu vergessen, mit voller Kraft für die Partei tätig zu sein. Wenn auch die Hoffnungen in bezug auf eine Steigerung der Mitgliederzahl nicht in Erfüllung gegangen sind, so lag das nicht an geminderter Werbekraft der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei, sondern ist fast ausschließlich eine Folge der wirtschaftlichen Krise. Die Ursachen, Begleitererscheinungen und Wirkungen der Geldinflation werden an anderer Stelle des Geschäftsberichtes eingehend gewürdigt. Nur andeutungsweise seien die Hemmungen angezeigt, unter denen der Ausbau der Parteiorganisation naturgemäß leiden mußte.

Die Ruhrbesetzung in Verbindung mit verschärften Maßnahmen der Besatzungsbehörden im alten besetzten Gebiet, erstickten fast jede agitatorische Tätigkeit und behinderten in großem Maße die organisatorische Zusammenarbeit unserer Ortsvereine mit den Bezirksleitungen. Die schon im Spätsommer 1922 katastrophal einsetzende Geldentwertung nahm bis zum November 1923 ungeahnte Dimensionen an, zerschlug alle Vorausberechnungen und enteignete die mühsamen Ersparnisse unserer Organisationen. Die erwerbslos gewordenen Beamten, Angestellten und Arbeiter im besetzten Gebiet, die Arbeitslosen im übrigen Deutschland, die mancherorts 75 Proz. der Mitgliedschaft ausmachten, konnten der Partei keine Geldmittel zuführen. Die Beiträge der in Arbeit Stehenden waren trotz ihrer Milliardenhöhe so gering, daß beispielsweise der vierteljährliche Pflichtbeitrag eines mittleren Bezirkes am Tage des Posteinganges nicht die Kosten einer einzigen Straßenbahnfahrt deckte. Unter solchen Umständen mußte die Agitation schwer leiden. Flugblätter konnten nur in bescheidenem Maße (9 Millionen Exemplare im Jahre 1922/23) gedruckt und verteilt werden. Veranstaltungen von Versammlungen waren der hohen Spesen wegen auf ein Mindestmaß beschränkt. Es war also für die Partei schwerer wie in früheren Jahren, an die Massen heranzukommen. Viel leichter hatten es die Parteien, die in demagogischer Weise die Not und das wirtschaftliche Elend der Arbeiter und Angestellten für ihre Zwecke ummünzten. Wenn diese Parteien in der für sie günstigen Konjunktur größere Erfolge nicht erzielen, so ist damit der Beweis erbracht, daß die Sozialdemokratie das Vertrauen der Arbeiter, Angestellten und Beamten besitzt.

Wir sind zu dieser Feststellung um so mehr berechtigt, weil wir seit November 1923 eine ständige Aufwärtsbewegung innerhalb unserer Partei beobachten können. Ja, wir sind in der Lage, das zeitweilige Nichterscheinen der SPD-Nachrichten, der Frauenzeitung „Gleichheit“ und der wissenschaftlichen Zeitschrift „Neue Zeit“ wieder aufzuheben bzw. unter anderem Namen neu erscheinen zu lassen. Für die Funktionäre wird das „Mitteilungsblatt“, für die Frauen die „Frauenwelt“ herausgegeben. An Stelle der „Neuen Zeit“ erscheint „Die Gesellschaft“ und für die Gemeindepolitik „Die Gemeinde“. Auch der „Wahre Jacob“ hat in „Nachen links“ einen Nachfolger gefunden.

Die Zahl der Parteiangestellten, die bei Beginn der Geschäftsperiode 291 männliche und 74 weibliche betrug, mußte, der Not der Zeit folgend, um fast die Hälfte reduziert werden, ist aber wieder im Wachsen begriffen. Auch die Zahl der vom Parteivorstand bis 31.12.23 beforderten Bezirkssekretäre mußte von 1. bis 31. 3. 24 um je einen Sekretär in jedem Bezirk verringert werden. Alles in allem läßt sich seit der Marktstabilisierung eine Besserung auf organisatorischem und agitatorischem Gebiet feststellen, die zu den besten Hoffnungen Anlaß gibt. Es wäre aber falsch, die jetzt beginnende Entwicklung der Besserung nur der Marktstabilisierung zuzuschreiben. In der Hauptsache ist das den Parteigenossen zu danken, die in alter Treue und großer Aufopferung zur Partei und ihren Zielen in der schwersten Zeit, die je die deutsche Sozialdemokratie durchgemacht hat, gestanden haben. Diese frohe Zuversicht wird uns auch über alle Schwierigkeiten hinwegbringen und der Welt beweisen, daß nur der Sozialismus die einzigste Lebensmöglichkeit aller Volksgenossen und Völker ist.

Wir sehen diesmal von der bisherigen Gepflogenheit ab, die bereits bearbeiteten und druckfertigen Tabellen über die Finanzgebarung der Ortsvereine, Uebersicht über die Vertretung in den Kommunen usw. vom Berichtsjahre 1922/23 zum Abdruck zu bringen. Um doch Vergleiche auch für diese Zeit zu ermöglichen, sollen bei einer späteren Berichterstattung diese Tabellen gedruckt werden. In der Hauptsache kommt es auf die Endzahlen an, die wir hiermit geben.

Am 1. April 1922 zählte die SPD. 1 174 105 Mitglieder. Die USPD. zählte um dieselbe Zeit 290 762 Mitglieder, so daß beide Parteien einen Bestand von 1 464 967 Mitgliedern hatten. Nach den Berichten der Bezirksleitungen haben von der USPD. 206 065 Mitglieder die organisatorische Vereinigung mit der SPD. vollzogen.

In der Zeit vom 1. April 1922 bis 31. März 1923 wurden insgesamt 55 407 413 Wochenbeiträge umgelegt, was einer Mitgliederzahl von 1 261 072 (130 000 weibliche) Mitgliedern entspricht.

Der Bezirk Griesfeld, der zu Anfang der Befragung vom Bezirk Niederrhein getrennt wurde, ist wieder dem Bezirk Niederrhein angegliedert worden. Der Bezirk Oberschlesien gehört jetzt wieder als Unterbezirk dem Bezirk Mittelschlesien an. In der USPD. hatte Braunschweig eine besondere Bezirksorganisation, während in der SPD. Braunschweig zu Hannover gehörte. Auf Wunsch der Braunschweiger Genossen wurde ihnen die besondere Bezirksorganisation bis zum Parteitag belassen.

*

Ungewöhnlich reiche Ernte hat der Tod in letzter Zeit in den Reihen der angestellten Genossen gehalten. Der Parteivorstand allein hat den Verlust von vier seiner Mitglieder und eines Angestellten zu beklagen. Im September 1923 verstarb Wilhelm Pfannkuch, ihm folgte nach zwei Monaten Otto Heinrich, einen Monat danach verschied plötzlich Adolf Ritter, nur drei

Wochen darauf Franz Krüger; im Februar 1923 war der Angestellte Wilhelm Groger verstorben. Zwei Bezirkssekretäre: Waigand-Bremen und Schollich-Breslau zählt der Parteivorstand ebenfalls nicht mehr zu seinen schätzenswerten Angestellten.

Ihnen sei auch an dieser Stelle ein Denkmal ehrender Anerkennung gesetzt!

Parteibeiträge aus den Bezirken — 4. Quartal 1923/1924.

Bezirk	Januar Mk.	Februar Mk.	März Mk.	April Mk.	Summa Mk.
Ostpreußen	—	—	—	—	—
Pommern	100,—	60,—	—	—	160,—
Brandenburg	—	635,—	—	—	635,—
Groß-Berlin	2 500,—	1 371,36	1 000,—	5 379,30	10 250,66
Stettin (Pommern)	500,—	400,—	—	—	900,—
Breslau (Mittelschlesien)	—	1 498,—	1 000,—	—	2 498,—
Halle/Saale	114,—	511,14	—	—	625,14
Magdeburg-Anhalt	500,—	—	1 516,—	—	2 016,—
Mecklenburg-Vorpommern	150,—	682,97	1 000,—	—	1 832,97
Schleswig-Holstein	1 600,—	—	1 500,—	—	3 100,—
Hamburg-Nordwest	1 000,—	2 400,—	3 000,—	—	6 400,—
Hannover	615,—	1 420,—	1 000,—	1 400,—	4 435,—
Braunschweig	200,—	669,75	200,—	800,—	1 869,75
Groß-Thüringen	800,—	1 400,—	1 300,—	1 100,—	4 600,—
Leipzig	2 600,—	2 900,—	1 140,—	1 000,—	7 640,—
Dresden-Ostschlesien	2 000,—	1 200,—	1 000,—	—	4 200,—
Chemnitz-Zwickau	100,—	2 000,—	2 006,15	2 000,—	6 706,15
Hessen-Cassel	300,—	950,30	1 000,—	—	2 250,30
Hessen-Nassau	150,—	700,—	500,—	1 000,—	2 350,—
Bielefeld (Westf. Westfalen)	1 000,—	2 000,—	—	3 000,—	6 000,—
Oldenburg-Ostfriesland	—	829,—	—	—	829,—
Westliches Westfalen	650,—	1 770,75	—	3 757,13	6 177,88
Niederrhein	160,—	400,—	500,—	—	1 060,—
Oberer Rheinprovinz	—	453,60	560,—	—	1 013,60
Hessen-Offenbach	350,—	1 170,78	200,—	700,—	2 420,78
Rheinland	1 066,—	—	700,—	1 700,—	3 466,—
Württemberg-Hohenz.	480,—	400,—	700,—	1 000,—	2 580,—
Franken	881,70	1 500,—	—	2 000,—	4 381,70
Oberbayern-Schwaben	600,—	119,13	300,—	—	1 019,13
Oberpfalz-Niederbayern	60,—	269,46	—	200,—	329,46
Baden	500,—	1 144,—	500,—	1 000,—	3 144,—
	19 006,70	28 885,24	21 222,15	26 036,43	95 150,52

Frauenbewegung.

Die Berichterstattung ergibt sich aus der Beantwortung eines Fragebogens, der den Bezirken und den mit dem Frauenbureau des Parteivorstandes korrespondierenden Genossinnen vorgelegt wurde.

1. Wieviel Ortsgruppen resp. -vereine der Partei hat der Bezirk? — 2. In welchen Orten sind Frauen organisiert? — 3. In welchen Orten bestehen besondere Frauengruppen? — 4. In welchen Orten sitzen Frauen in den Vorständen? — 5. Werden regelmäßig besondere Frauenabende abgehalten oder weibliche Mitgliederversammlungen? — 6. Welche Themen sind im Laufe des letzten Jahres in Frauenabenden behandelt worden? — 7. Fanden außer der

Protokoll 1924

Reihe Frauensammlungen im Bezirk statt? — 8. Wieviel? — 9. Welche Themen? — 10. Haben Frauen im Bezirk in allgemeinen öffentlichen Versammlungen gesprochen? — 11. Welche Themen haben sie dabei behandelt? — 12. Wieviel Frauen sitzen im Bezirk in den Stadtparlamenten? — Wo? — 13. Wieviel in der Gemeindevertretung oder im Provinziallandtag, im Kreistag? — 14. Sind im Bezirk Genossinnen außerdem in der Kommune tätig (Stadträtin, besoldet oder unbesoldet, weibliche Beigeordnete, Stadtdirektor oder ähnliches)? — 15. Haben seit September 1922 Bezirksfrauenkonferenzen stattgefunden? (Wann, wo, Thema, Redner, Beteiligung, Kurse, für den ganzen Bezirk, in den Unterbezirken, in einzelnen Orten, wie lange, Beteiligungsziffer in jedem Kursus, Themen, Redner, Erfahrungen.) — 16. Haben im Laufe des letzten Jahres besondere Aktionen zur Gewinnung von Frauen stattgefunden, wie, mit welchem Erfolg, welche Erfahrungen wurden gemacht?

Die Fragen sollten nicht nur knapp beantwortet werden, sondern die Unterlage für einen ausführlichen Bericht bilden. Es haben 24 Bezirke berichtet. Die übrigen können nur beurteilt werden nach Briefen und Teilberichten von Genossinnen, in Verbindung mit Berichten in den Zeitungen. Die letztere Methode führt zur unvollständigen Beurteilung. Die säumigen Bezirke sollten sich im eigenen Interesse der kleinen Mühe der Berichterstattung unterziehen.

Nicht in allen Ortsgruppen der Partei sind Frauen organisiert. In den Industriebezirken ist die Zahl der Ortsgruppen, in denen weibliche Mitglieder sind, relativ größer als auf dem Lande; jedoch gibt es auch ländliche Bezirke, die eine verhältnismäßig hohe weibliche Mitgliedsziffer aufweisen und wo sich diese Mitgliedschaft über das ganze ländliche Gebiet verteilt, wie die Bezirke Schleswig-Holstein und Oldenburg-Östfriesland beweisen. Wo besondere Frauengruppen bestehen, ist in der Regel auch das geistige Leben unter den Frauen lebhafter, wie es in der Zahl der Frauenabende, der gewählten Thematika und im allgemeinen Versammlungsleben zum Ausdruck kommt. Hier sind besonders die Bezirke Hamburg, Magdeburg, Groß-Berlin, Sachsen-Dresden und Chemnitz zu nennen. Auch in den Bezirken Leipzig, Thüringen, Halle, entwickelt sich eine rege Versammlungstätigkeit. Groß-Berlin, das früher gerade die Frauenabende wegen ihrer erziehlischen Wirkung besonders gepflegt hat, befindet sich nach der Einigung teilweise in der Neigung, diese Veranstaltungen einzuschränken. Jedoch fällt das im Bericht noch nicht auf, und es ist wohl anzunehmen, daß die Notwendigkeit sich auch hier als stärker erweisen wird.

Als Stoffgebiet für die Vorträge wurden neben den politischen Tagesfragen bevorzugt: Volkswirtschaft, Erziehungsfragen, Bevölkerungspolitik, Gesundheitsfragen (auch praktische Vorträge durch Ärzte), Sozialpolitik, Wohlfahrtspflege, Arbeiterrecht, Wohnungsfragen, religiöse Probleme, Frauenbewegung. Aus den am besten arbeitenden Bezirken wird aber auch gemeldet, daß man mit gutem Erfolg Unterhaltungsabende macht, wo man den Besucherinnen in künstlerischer Aufmachung heiteres und Ernstes nebeneinander bietet. Hierbei ist Hamburg an erster Stelle zu melden. Dort erreicht man mit diesen Veranstaltungen stets einen starken Besuch und erfüllt die Genossinnen, die an der Vorbereitung beteiligt werden, sowie die vielen, die nur als Besucher in Frage kommen, mit einem starken Zugehörigkeitsgefühl zur Partei.

Die Beantwortung der Fragen 10 und 11 gibt der Zentralstelle zugleich die Uebersicht über die Genossinnen, die sich im ganzen Reich als Rednerinnen betätigen. Das gleiche, was von der Einwirkung lebhafter, selbständiger Frauengruppen auf die Versammlungstätigkeit einschließlich der Frauenabende gesagt ist, gilt auch von der Teilnahme an den Vorstandsarbeiten, kommt aber auch zum Ausdruck in der Beteiligung in der Gemeindepolitik. Selbstverständlich hat auch die Frauenbewegung durch die Inflation stark gelitten. Dadurch wurde

der Zuwachs von weiblichen Mitgliedern, der durch die Einigung erfolgt war, wieder aufgehoben. Mit der Stabilisierung ist auch hier wieder eine Besserung angebahnt.

Bezirksfrauenkonferenzen haben im Berichtsjahr stattgefunden in den Bezirken: Magdeburg, Oldenburg-Östfriesland, Halle, Köln und im Teilbezirk Braunschweig. Schleswig-Holstein und Mecklenburg haben auf ihren Parteitagungen Reserale über Frauenfragen gehabt. Das gleiche wird von drei Unterbezirkstagen in Magdeburg gemeldet. Die Bezirke: Schleswig-Holstein, Westfalen-Süd, Magdeburg, Sachsen-Chemnitz, Thüringen-Altenburg und Gera haben die ihrer guten Auswirkung wegen mit Recht so beliebten Unterbezirkskonferenzen und Besprechungen fortgesetzt. In den Unterbezirken Oberschlesien und Brandenburg hat man ebenfalls damit Versuche und günstige Erfahrungen gemacht. Einzelne Bezirke melden noch, daß sie daneben dauernd kleinere organisatorische Besprechungen durch Zusammenfassung mehrerer Ortschaften machen.

Groß-Berlin und Hamburg sind nicht in diesen allgemeinen Rahmen zu bringen. In Berlin kommen die 350 Funktionärinnen regelmäßig in zentralen Konferenzen zusammen, daneben werden ebenso regelmäßig Besprechungen in den einzelnen Sektionen abgehalten, ähnlich ist es im Bezirk Hamburg, der aber außer dem Landgebiet noch den Bezirk Bremen mit umfaßt. Dort haben neben der lebhaften und intensiven Arbeit noch vier Kreisfrauenkonferenzen stattgefunden.

Im Anschluß hieran sei noch vermerkt, daß 1924 innerhalb von 2 Monaten in den Bezirken: Mittelschlesien, Südliches Westfalen, Oberrhein, Thüringen, Halle, Württemberg, Niederrhein, Sachsen-Chemnitz und Oberbayern-Schwaben Frauenkonferenzen stattgefunden haben, ein Beweis dafür, wie stark eine Wahlbewegung die Arbeit belebt.

Kurse sind gemeldet aus den Bezirken Hamburg, Berlin, Brandenburg, Magdeburg und Oberrhein. Westfalen-Bielefeld machte gute Erfahrungen mit seinen regelmäßigen Frauenschulen. Auch der Unterbezirk Chemnitz muß hervorgehoben werden. Die Beteiligung an den Kursen war durchweg gut, ebenso der Erfolg, nur von einem Bezirk wurde gemeldet, daß die Teilnehmerinnen durchweg das vierzigste Lebensjahr überschritten hatten. Man bedauerte dort, den so notwendigen jungen Nachwuchs nicht erfasst zu haben. Mehrere Veranstaltungen waren ausgesprochene Rednerkurse, am meisten beschäftigte man sich mit der Verfassung, dem Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt und dem Göttinger Programm.

Durch die Befegung hat die Frauenbewegung des westlichen Gebiets sehr stark gelitten. Im Frühjahr 1923 fanden in Dortmund, Elberfeld und Köln große Frauenkundgebungen statt, die sich mit einem Aufruf an die ganze Welt richteten. Im unbesetzten Gebiet wurde in einer sehr großen Zahl von Versammlungen über die besonders für Frauen und Kinder entstandene Lage im Rhein- und Ruhrgebiet gesprochen. Für einen Teil dieser Versammlungen sind Rednerinnen von der Zentrale vermittelt worden.

Der briefliche Verkehr des Frauenbureaus mit den Genossinnen im Lande ist ein sehr reger. In 15 Zirkularen und kleineren Mitteilungen wurden Nachrichten aller Art weitergegeben, informatorisches Material übermittelt und angeboten. Besonders stark wurde die Broschüre „Kampf der Sozialdemokratie um Frauenrechte“ verlangt, die Auflage war sehr schnell vergriffen und konnte in der Inflationszeit leider nicht erneuert werden.

Weibliche Stadtverordnete waren im Reich 506, Gemeindevertreter 484 vorhanden. Stadträte sind 4 da, in Frankfurt, Berlin, Königsberg und Tapiau. In Gemeindevorständen sitzen 10 Genossinnen, ebenso zählen wir 10 Kreistagsmitglieder und 13 weibliche Mitglieder in den Provinziallandtagen.

Im Reichstag waren 21, im Preussischen Landtag 19 Frauen, in den übrigen Ländern insgesamt neun Genossinnen tätig. In Hamburg sind fünf, und in Bremen vier sozialdemokratische Bürgerchaftsvertreterinnen vorhanden. Dem neuen Reichstag gehören 10 Genossinnen an. Wieviel von unseren Frauen sonst noch in öffentlichen Ämtern (Ministerien, Kommunen) tätig waren, war zahlenmäßig nicht festzustellen.

Zum Internationalen Kongress in Hamburg wurden 27 deutsche Genossinnen delegiert, insgesamt waren 69 Frauen aus allen Ländern als Delegierte dort. Dem Kongress ging eine Frauenkonferenz voraus, die sich mit der Entwicklung der Arbeiterinnenbewegung in den einzelnen Ländern und den Erfolgen der Frauen in den gesetzgebenden und verwaltenden Körperschaften, den Aufgaben der Frauen in der sozialistischen Arbeiterbewegung und Organisationsfragen beschäftigte.

Zur Wahl. Neben den allgemeinen Flugblättern sind als Spezialflugblätter

Das Blatt der Frau,
Frauen, Ihr dürft nicht vergessen,
Frauen und Mädchen des schaffenden Volkes,
Landarbeiterinnen

herausgebracht worden. Daneben wurden in Berlin und in der Provinz Brandenburg 5 Nummern der „Wählerin“, einer für die Wahlzeit besonders erscheinenden Zeitung, verbreitet. Daß die einzelnen Bezirke daneben noch eigene Entwürfe verwendeten, ist erfreulicherweise ebenfalls zu berichten. Sämtliche Flugblatt- und Referenten-, ebenso das besagte Zeitungsmaterial ist an 140 Genossinnen geschickt worden, die im Vordergrund der Bewegung stehen. Die Zuschriften der Genossinnen bewiesen, daß vielen diese Maßnahme die Wahlarbeit sehr erleichterte. Die Presse hat sich in dieser Zeit besonders um die Aufklärung der Frauen bemüht, wobei ihr in starkem Maße von den Genossinnen Hilfe geleistet wurde. Nach Aufforderung sind uns 37 Artikel, Notizen und Aufrufe von Frauen zugegangen, die durch die Zentrale verschickt wurden. Es kann festgestellt werden, daß sie von der Presse gut aufgenommen sind. Eine ganze Reihe von Frauenbeilagen zur Tagespresse sind entstanden, wozu nicht nur die Wahlbewegung, sondern auch das Stoppen der Inflation beigetragen haben.

Auch die „Gleichheit“, die in der schwierigen Zeit aufgegeben werden mußte, ist unter dem Namen „Frauenwelt“ und in einem ganz anderen Gewande wieder gekommen. Der Erfolg berechtigt uns zu den schönsten Erwartungen.

So war alles in allem das Bestreben darauf gerichtet, Genossinnen heranzuziehen, die fähig sind, in mündlicher und schriftlicher Propagandaarbeit sozialistische Erziehungsarbeit zu leisten, auch im Verkehr von Frau zu Frau Verständnis für die Arbeit und Ziele der Sozialdemokratie zu erwecken. Daß es heute mehr als je notwendig ist, Frauen in großer Zahl politisch urteilsfähig zu machen, damit sie in den Tages- und Wahlkämpfen zur Partei stehen, ist eine Selbstverständlichkeit geworden.

Die Arbeiterwohlfahrt

kann über einen starken Aufstieg berichten. Neben 32 Bezirksausschüssen sind rund 1200 Ortsausschüsse vorhanden. Das reichhaltige Material aus der Arbeit soll demnächst in einem besonderen Bericht herausgegeben werden. Hier soll nur gesagt werden, daß die früher oft geäußerte Besorgnis, durch die starke Inanspruchnahme bei der Wohlfahrtsarbeit würden der Partei Kräfte entzogen, nicht zutrifft. Eine Umfrage in den Bezirken ergab eine überraschende Uebereinstimmung der Ansichten. Sie lassen sich zusammenfassen in dem Satz: Mit dem Wachstum der Arbeiterbewegung wächst auch die Zahl der Aufgaben, mit der Arbeit vermehren sich auch die Kräfte.

Die Arbeiterjugend-Bewegung.

Der Verband der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands steht am Ende des Jahres 1923 genau so geschlossen und kraftvoll da wie am Anfang des Jahres. Die Not hat, namentlich in der zweiten Jahreshälfte, die Jugendarbeit stark gehemmt, aber sie hat nirgends den Bestand der Organisation gefährdet. Die innere Kraft der Organisation ist unerschütterlich geblieben. Davon zeugt jetzt der rasche Wiederaufbau aller derjenigen Einrichtungen, die in den letzten Monaten des vergangenen Jahres trotz allen Opfermutes nicht gehalten werden konnten.

Der Mitgliederbestand betrug am Jahresanfang 105 000. Am Jahresende war ein Rückgang um etwa 10 Proz. zu verzeichnen, der aber inzwischen reichlich wieder aufgeholt ist. Am 1. Mai war die Mitgliederzahl rund 110 000. In den meisten Bezirken mit eigenen Jugendsekretariaten sind diese der Finanznot zum Opfer gefallen. Nur in den Bezirken Ostfriesland, Hamburg, Nordwest, Schleswig-Holstein, westliches Westfalen und Berlin-Brandenburg konnten die Jugendsekretäre in Funktion bleiben. Inzwischen sind aber nicht nur alle vor der Krise vorhandenen Jugendsekretariate neu eingerichtet, sondern es sind sogar sieben ganz neu hinzugekommen. Die Verbandszeitschrift „Arbeiterjugend“ ging in ihrer Auflage von 72 500 auf 56 000 Stück zurück. Die Auflage der Zeitschrift für die Helfer und Funktionäre „Der Führer“ mußte von 6000 auf 3000 herabgesetzt werden. Beide Zeitschriften befinden sich jedoch schon wieder im Aufsteigen und haben bereits mit Abschluß des ersten Quartals 1924 fast ihren alten Abonnentenstand erreicht. — Die Bildungs- und Erziehungsarbeit hat sich in den bekannten Bahnen gehalten. Sie ist natürlich im besetzten Gebiet außerordentlich erschwert gewesen durch die dort eingetretenen Verhältnisse. In sehr vielen Orten dieses Gebietes waren lange Zeit hindurch Zusammenkünfte überhaupt nicht möglich, zum Teil wegen der Verhängung der Sperrzeiten, zum Teil wegen der Belegung der Jugendheime und Schullokale mit Truppen. Auch in den übrigen Teilen des Reiches ist es vielen Gruppen unmöglich gewesen, ihre Heimmieten aufzubringen. Sie haben als Notbehelf ihre Zusammenkünfte in Privatwohnungen abhalten müssen. Wohl die hervorragendste Veranstaltung des ganzen Berichtsjahres war der 3. Deutsche Arbeiterjugend-Tag am 11. und 12. August in Nürnberg. Dort haben am Sonnabend, den 11. August, ca. 50 000 sozialistische Arbeiterjungen und -mädchen gemeinsam mit der erwachsenen sozialistischen Arbeiterkraft für die Republik und den Sozialismus demonstriert. — Der Arbeiterjugend-Verlag hat im Jahre 1923 nur wenige neue Schriften herausbringen können. Das Verlaume wird im neuen Arbeitsjahr sicherlich nachgeholt werden. — Die Einkaufszentrale hat im ersten Halbjahr 1923 recht gut floriert und dem Verband für seine Arbeit die nötigen Geldmittel zur Verfügung stellen können. Im zweiten Halbjahr trat jedoch ein großer geschäftlicher Rückgang ein; die Entlassung verschiedener Angestellten wurde notwendig. Aber auch hier brachte der Anfang des Jahres 1924 bereits einen großen Aufschwung. — Der Verband hat im August 1923 von der thüringischen Regierung ein altes Gutschloß, in der Nähe von Rudolstadt gelegen, gepachtet, um dasselbe zu einem „Ferienerholungsheim“ für die deutsche Arbeiterjugend auszubauen. Die Arbeit ist natürlich durch die Geldentwertung auch ins Stocken gekommen, jedoch jetzt wieder frisch angepackt. Das Heim wird Ende des Frühlings 1924 wohl seine ersten Gäste beherbergen.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen.

Die organisatorische Arbeit stand während des größten Teiles des Berichtsjahres unter dem lähmenden Einfluß der Inflation. Nachdem schon ausgangs des Jahres 1922 das eigene Organ der Arbeitsgemeinschaft „Der freie Lehrer“ sein Erscheinen hatte einstellen müssen, folgte ihm im laufenden Jahre auch das „Mitteilungsblatt“, das die Verbindung unter den einzelnen Ortsgruppen und namentlich unter den weit verstreuten Landlehrern aufrechterhalten sollte. Wenn es uns trotzdem gelang, Bewegung und Organisation in dieser Zeit der größten Schwierigkeiten zu erhalten, so beweist dies am besten, wie innerlich gefestigt sie bereits waren und sind. Einbußen an Ortsgruppen hat die Arbeitsgemeinschaft nur dort gehabt, wo zu den Inflationschwierigkeiten noch die Befahungsgefahren kamen, namentlich in der Pfalz und am Niederrhein. Im übrigen ist unter den Bezirken wurde durch häufigere Rundschreiben aufrechterhalten, um das Fehlen eines eigenen Organs nach Möglichkeit auszugleichen. Das war um so notwendiger, als eine große Zahl wichtiger kulturpolitischer Fragen im Berichtsjahre die Mitarbeit der sozialdemokratischen Lehrerschaft erforderlich machten. Überall hat hier die Arbeitsgemeinschaft unmittelbar und mittelbar ihren Einfluß auf Volksvertretung und Behörden geltend zu machen gewußt, so sehr auch gerade auf schulpolitischem Gebiete die Zeit vorwärtsdrängender Reform immer mehr einer mühsamen Abwehr der Reaktion gewichen ist. — Als wichtigstes Ergebnis ihrer innerparteilichen Arbeit hat die Arbeitsgemeinschaft den Entwurf eines detaillierten Schulprogramms ausgearbeitet und dem Parteivorstand überreicht. — Auf internationalem Gebiete brachte das Berichtsjahr die Gründung der Sozialistischen Erziehungs-Internationalen (S.E.I.), der sich die Arbeitsgemeinschaft mit Zustimmung des Parteivorstandes unmittelbar nach dem Hannoverischen Kongreß angeschlossen. — Da eine Einberufung des Hauptausschusses oder gar ein allgemeiner Lehrertag während der Inflationszeit unmöglich war, so wurde der Hauptausschuß nach einem Delegationsprinzip neu zusammengesetzt. Es gehören ihm zurzeit an: 1 Vertreter des P.B., 3 Vertreter der Reichstagsfraktion, 2 der preussischen Landtagsfraktion, 6 Vertreter der Bezirke und 2 Berliner Mitglieder sowie der Geschäftsführer. Der sozialdemokratische Lehrertag, der in diesem Sommer in Leipzig stattfindet, wird das Provisorium in die feste Form einer neuen Organisation zu gießen haben.

Die Beamtenbewegung.

Die Agitation unter den Beamten stand in der Berichtszeit im Zeichen der Inflation und des damit verbundenen wirtschaftlichen Druckes. Kennzeichnend für die beamtenpolitische Bewegung war besonders der Stillstand der Beamtenrechts-Gesetzgebung. Das Beamtenrätengesetz ist heute noch nicht verabschiedet.

Die Unzufriedenheit besonders unter der unteren und mittleren Beamenschaft, die nicht nur die Folge der Rechtsnot, sondern auch der wirtschaftlichen Depression der letzten Jahre ist, wuchs mehr und mehr an. Es zeigt sich immer deutlicher, daß wir uns an einem Wendepunkt in unserer Beamtenagitation befinden. Wir müssen den Beamten klar machen, daß die in der Verfassung niedergelegten Beamtenrechte keine Geschenke des Himmels sind, auf die man sich nur zu berufen braucht, sondern daß diese Rechte erst erkämpft werden müssen.

Der Reichsbeamtenbeirat unserer Partei hat nach der Vereinigung eine Ergänzung durch die Reichsbeamtenbeiratsmitglieder der früheren USPD. erhalten. Leider konnte der nunmehr vereinigte Reichsbeamtenbeirat nicht — wie es beabsichtigt war — zu einer Tagung zusammentreten, obwohl gerade in der Berichtszeit die Versuche liegen, die verfassungsmäßigen Rechte auch der Beamten wieder abzubauen.

Bezirksbeamtentage

haben in der Berichtszeit fast in allen Landesteilen stattgefunden, in Bayern sogar eine Landeskongferenz der sozialdemokratischen Beamten. Alle diese Veranstaltungen nahmen einen ausgezeichneten Verlauf und haben sicher dazu beigetragen, das Zusammengehörigkeitsgefühl bei unseren parteigenössischen Beamten zu stärken, das Verständnis zwischen ihnen und den Parteileitungen zu vertiefen und die Agitation unter den Beamten zu beleben. Der wesentlichste Gewinn dieser Konferenzen wird aber darin zu erblicken sein, daß durch sie die Treue unserer Beamtenfunktionäre zur Partei befestigt wurde, so daß unsere sozialistische Beamtenbewegung aus den Wirren des letzten Jahres verhältnismäßig ungeschwächt hervorgegangen ist. Allerdings zeigte es sich auch, daß auf organisatorischem Gebiet in den Bezirken noch sehr viel zu tun übrig bleibt, ganz abgesehen von einigen Bezirken, in denen die Werbearbeit unter den Beamten über die ersten tastenden Versuche noch nicht hinausgekommen ist.

„Der freie Beamte“

das Mitteilungsblatt der Beamtenzentrale, fiel dem großen Zeitungssterben zum Opfer, und das in einer Zeit, wo er am nötigsten gebraucht wurde. Damit war das hauptsächlichste Bindeglied zwischen der Beamtenzentrale und den sozialistischen Beamten verloren gegangen und uns die Möglichkeit genommen, manche politische Entscheidung der Partei den Beamten verständlich zu machen. Das baldige Wiederaufleben des „Freien Beamten“ ist eine Notwendigkeit und die Vorbereitungen hierzu werden getroffen.

Das Beamtenprogramm

unserer Partei, dessen Entwurf bereits vor mehr als zwei Jahren öffentlich zur Diskussion gestellt und auf dem letzten Reichsbeamtentag der Partei eingehend beraten wurde, soll nun endgültig auf dem kommenden Parteitag verabschiedet werden. An den in ihm aufgestellten Grundbüssen und Forderungen brauchten erfreulicherweise auch nach der Wiedervereinigung der USPD. mit der alten Partei keine Änderungen vorgenommen werden, wie eine erneute Durchberatung mit den Reichsbeamtenbeiratsmitgliedern der früheren USPD. ergab. Das scheint ein sicherer Beweis dafür zu sein, daß das Beamtenprogramm den richtigen Weg zeigt, den wir in unserer Beamtenpolitik gehen müssen. Darüber hinaus kann man aber überzeugt sein, daß es auch seine Werbertag bei den uns noch fernstehenden Beamten erweisen wird. Soweit in den letzten Jahren festgestellt werden konnte, sind keine Grundbüsse und Forderungen Gemeingut der gesamten proletarischen Beamten geworden, auch diejenigen, die sich aus ideologischen und gesellschaftlichen Ursachen noch im Gefolge der lügerischen Parteien befinden. Es enthält keine Forderung, die im Widerspruch mit unserer sozialistischen Gesamtaufassung steht, aber auch keine, die uns in einen Gegensatz zu den staatspolitischen Notwendigkeiten bringen könnte. Entspricht die Beamtenpolitik unserer Fraktionen in den gesetzgebenden Körperschaften den Richtlinien unseres Beamtenprogramms und werden in den Bezirken durch den Ausbau der Beamtenwerbeaufschüsse die organisatorischen Voraussetzungen für die Aufklärungsarbeit unter den Beamten geschaffen, dann müssen wenigstens die unteren und mittleren Beamten für die Partei gewonnen werden.

Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit.

(15. Jahresbericht 1922/24.)

In den vergangenen zwei Jahren konnte das Bildungswesen durch die anhaltende politische und wirtschaftliche Spannung nicht voll zur Auswirkung kommen. Besonders das letzte Jahr, das uns die Inflationskatastrophe brachte, ließ die Arbeit unserer Bildungsausschüsse auf ein Mindestmaß herabsinken, ja, es war zeitweise die Existenz unserer Bildungsausschüsse überhaupt in Frage gestellt. Vornehmlich galt dies für die hauptamtlich verwalteten sozialistischen Bildungssekretariate, von denen leider einige (Hamburg, Schleswig-Holstein, Oberschlesien) der Not der Zeit zum Opfer fielen. Dagegen konnte sich der Reichsausschuß durch die schwersten Monate hindurch behaupten, ebenso hielten unsere Bildungssekretariate in Köln, Leipzig und Berlin ihren Betrieb und ihre Tätigkeit aufrecht.

An der sozialistischen Heimvolkshochschule, Schloß Litz bei Gern, beteiligte sich der Reichsausschuß wie bisher. Zu den im Jahre 1923 stattgefundenen beiden Männerkursen, sowie für den gegenwärtig bis Ende Juni 1924 laufenden Männerkursus entsandte er je 10 Teilnehmer. Außerdem nahmen durch seine Vermittlung im Jahre 1923 zwei belgische Genossen an je einem Kursus teil, während zu den Hörern des gegenwärtigen Kursus je ein dänischer, ein englischer und ein österreichischer Genosse zählen. Damit ist ein internationaler Austausch von Schülern angebahnt, der in Zukunft weiter ausgebaut werden soll.

Zu einem 10 Monate dauernden Kursus der belgischen Arbeiterhochschule in Brüssel-Uccle, der in französischer Sprache geführt wurde, entsandte der Reichsausschuß den Genossen Wandschuh aus Zerbst (Anhalt), der mit großem geistigen Gewinn von der Schule zurückkehrte. Da der Reichsausschuß die erheblichen Kosten für den Aufenthalt des Genossen Wandschuh in Brüssel nicht selbst tragen konnte, kamen die belgischen Genossen in der hochherzigsten Weise fast reißlos hierfür auf, wofür ihnen an dieser Stelle nochmals besonders gedankt sei.

Zu Beginn des letzten Winters richtete der Reichsausschuß — gerade in der beginnenden Inflationskrise — zum ersten Male nach dem Kriege wieder Wanderkurse ein. Er stellte zwei wissenschaftliche Wanderlehrer in seinen Dienst, den Genossen Kurt Döring-Bremen, der vor dem Kriege bereits als Wanderlehrer tätig war, und den Genossen Dr. Wagner-Wien, der lange Jahre wissenschaftlicher Mitarbeiter der Zentralfstelle für das österreichische Bildungswesen in Wien war. Erfreulicherweise konnten die Wanderkurse, trotz der schwierigen Verhältnisse fast reißlos durchgeführt werden: in Thüringen (zwei Tournées) in Hessen-Nassau (zwei Tournées), während sie in Braunschweig vorzeitig abgebrochen und in den übrigen Bezirken gänzlich abgefragt wurden. Die beiden Wanderlehrer stehen dem Reichsausschuß auch weiterhin zur Verfügung und werden im kommenden Winter wieder tätig sein.

Die Lichtbildzentrale erfreute sich einer regen Benutzung. Ihr planmäßiger Aufbau wurde im letzten Jahr begonnen durch die Neueinstellung folgender Serien: Der Sozialismus in der Karikatur (bearbeitet von Friedrich Wendel); Das 19. Jahrhundert in der Karikatur (Friedrich Wendel); Die französische Revolution (Erwin Marquardt); Die deutsche Revolution von 1848 (Erwin Marquardt); Hans Baluschek, ein Maler des Proletariats (Friedrich Wendel); Die Volkskrankheiten (Dr. Drucker); Italien (Reventlow).

In Verbindung mit der Lichtbildzentrale sind die Vorbereitungen für die Gründung einer Filmzentrale soweit gediehen, daß sie mit Beginn unserer Winterarbeit in Tätigkeit treten wird.

Die Jugendchriftenprüfungskommission hat ihre Arbeit ununterbrochen fort-

geführt. Ein neues erweitertes Jugendchriftenverzeichnis wird im Laufe dieses Jahres erscheinen.

Anlässlich des 60. Geburtstages von Karl Henckell im April 1924 gab der Reichsausschuß gemeinsam mit dem Hauptvorstand der sozialistischen Arbeiterjugend ein Gedächtnisbühlchen heraus, das ein Vorwort von Heinrich Schulz und eine gute Auswahl Henckellscher Gedichte für die Jugend enthält. Das Bühlchen ist zum Teil als Jugendweihenausgabe mit einem besonderen Jugendweihewidmungsblatt erschienen.

Vortrags- und Kursusdispositionen wurden herausgegeben: Nr. 14: Franz Klitz: Werden und Geschichte der deutschen Sozialdemokratie; Nr. 15: Dr. G. v. Franenberg: Was ist und was will der Sozialismus?; Nr. 16: Clara Zils: Die Frau und der Sozialismus.

Die vom Reichsausschuß herausgegebene Monatschrift „Arbeiterbildung“ mußte infolge der Inflation leider wie auch andere sozialistische Zeitschriften ihr Erscheinen einstellen. An ihrer Stelle wurden unter dem gleichen Titel in zwangloser Folge Materialzusammenstellungen herausgebracht, von denen bisher folgende Hefte zu verzeichnen sind: Nr. 1: Sozialismus und Schuldkritik; Nr. 2: Sozialistische Weihnachtsfeier; Nr. 3: Karl Marx; Nr. 4: Die Maiseier; Nr. 5: Die Jugendweih; Nr. 6: Die Verfassungsfeier; Nr. 7: Die Kinderfreundearbeit.

Die Zahl der örtlichen Arbeiterbildungsausschüsse hat sich in der Berichtszeit auf etwa 600 erhöht.

Die vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit herausgegebene Monatschrift „Jungsozialistische Blätter“ unter der Redaktion von Karl Bröger-Nürnberg konnte fast als einzige sozialistische Zeitschrift durch die Inflationszeit dank der Opferwilligkeit ihrer Leser durchgehalten werden. Inzwischen ist die Zeitschrift dem Arbeiterjugend-Verlag übergeben worden, während als Herausgeber ab 1. Januar 1924 der Reichsausschuß der Jungsozialisten verantwortlich zeichnet. Auf Grund einer auf der Reichskonferenz der Jungsozialisten in Erlangen im August 1923 beschlossenen Vereinbarung ist der Reichsausschuß der Jungsozialisten und damit auch die jungsozialistische Bewegung in ein engeres Verhältnis zur sozialistischen Arbeiterjugend getreten, das sich mehr und mehr zu einem fruchtbaren Zusammenwirken der beiden geistig und organisatorisch eng zueinander gehörigen Bewegungen gestaltet.

In der letzten Zeit bahnte sich eine Reorganisation des Bildungswesens an, deren Wirkungen sich, sobald die Bildungstätigkeit sich wieder mehr beleben wird, stark bemerkbar machen werden. Der frühere Zentralbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ging über in den „Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit“. Der Sinn dieser Aenderung liegt darin, daß die sozialistische Bildungsarbeit im Laufe der Jahre über den Rahmen der Partei hinausgewachsen ist. Das sozialistische Kulturstreben äußert sich heute in so vielfältigen Formen und Organisationen, ist zu einer so starken eigenen Wesenheit geworden, daß es neben der politischen und wirtschaftlichen Bewegung seinen Platz finden muß als der dritte mächtige Strom, der zum großen sozialistischen Weltmeer führt. Die starke sozialistische Kulturbewegung, die in eine ganze Reihe von sozialistischen und proletarischen Kulturorganisationen zerfällt, drängt immer mehr nach einem planmäßigen Zusammenwirken, nach einer Zusammenfassung aller Kräfte. Diese Tendenz kommt zum Ausdruck in der Gründung von proletarischen und sozialistischen Kulturateliers, wie sie immer wieder in den verschiedensten Orten versucht werden. Es muß die Aufgabe des Reichsausschusses sein, diesen Bestrebungen eine gesunde Grundlage zu geben. Der Reichsausschuß hat daher mit einer Reihe von Kulturorgani-

sationen (den Kinderfreunden, der sozialistischen Arbeiterjugend, den Jungsozialisten, den Arbeiterwohlfahrtsorganisationen, der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands) die Bildung einer „sozialistischen Kulturgemeinschaft“ vorbereitet, die das allen Organisationen gemeinsame sozialistische Kulturgut pflegen und ein Zusammenfassen aller kulturellen Kräfte der Arbeiterschaft erstreben soll. Infolge der Inflationsstrips mit ihren ungünstigen Begleitererscheinungen mußte dieser Plan zunächst zurückgestellt werden. Er wird aber neu aufgenommen werden und, in die Praxis umgekehrt, zu einer stärkeren Betonung und Vertiefung des sozialistischen Kulturgedankens führen. Der Reichsausschuß hat zum ersten Male in diesem Jahre ein umfangreiches Sommerprogramm aufgestellt, in dessen Mittelpunkt eine sozialistische Kulturwoche in Leipzig vom 2. bis 6. August steht. Möge die sozialistische Kulturbewegung auch bei den neuen Formen und Wegen, die sie zu ihrer stärkeren Entfaltung und Auswirkung braucht, wie bisher die verständnisvolle Förderung der Partei finden!

Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

(1. Jahresbericht 1923.)

Im letzten Jahre hat sich die Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde gebildet, die eine Zusammenfassung aller auf dem Gebiete der Kinderwohlfahrt und Erziehung wirkenden sozialistischen Organisationen zu einer zentralen Spitzenorganisation darstellt. Im Vorstand der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde sind vertreten u. a.: der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, der Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt, die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen, der Hauptvorstand der sozialistischen Arbeiterjugend, der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Der Zweck der Kinderfreundebewegung ist, Trägerin aller erzieherischen sozialistischen Arbeit an den Kindern zu werden und damit der bestehenden Zersplitterung auf diesem Gebiet ein Ende zu machen.

Die Reichsarbeitsgemeinschaft hat im Einverständnis mit allen beteiligten Organisationen Richtlinien für den Aufbau und die Tätigkeit der örtlichen Kinderfreundegruppen aufgestellt, die an alle in Betracht kommenden Organisationen versandt wurden und jederzeit durch das Bureau der Reichsarbeitsgemeinschaft nachzubeziehen sind. In der Schriftenreihe des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit erschien ein besonderes Heft „Die Kinderfreundearbeit“, das in ausführlicher Weise Material und Anregungen für die praktische Kindererziehungsarbeit bringt.

In Gemeinschaft mit dem Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt, mit dem sie auf das engste zusammenarbeitet, rief die Reichsarbeitsgemeinschaft im letzten Winter zur Sammlung für die sozialistische Kinderhilfe auf, um die Not der Arbeiterkinder durch die Selbsthilfe des Proletariats zu lindern. Von den Erträgen der Sammlung, an der sich auch ausländische Organisationen, insbesondere unsere österreichischen Kinderfreunde beteiligten, wurden an den verschiedensten Orten Kinderpeisungen eingerichtet bzw. unterstützt und damit sehr viel Kinderelend gelindert.

Vom 17. bis 19. April hielt die Reichsarbeitsgemeinschaft in Gera unter Leitung des Genossen Kanitz aus Wien einen Einführungskursus in die pädagogische Arbeit der Kinderfreunde ab, der von 117 Genossen und Genossinnen aus allen Teilen des Reiches besucht war. Die erste Reichskonferenz der Kinderfreunde ist im Rahmen der Leipziger Kulturwoche für den 2. August 1924 einberufen. Die Reichsarbeitsgemeinschaft beteiligte sich ferner an der internationalen Erziehungskonferenz in Hannover am 5. und 6. Januar und ist mit zwei

Vertretern in dem dort gegründeten Internationalen Erziehungskomitee vertreten, das in Wien seinen Sitz hat.

Als vorläufige Kinderzeitung wurde die Beilage der „Frauenwelt“ „Kinderland“ im Sonderdruck hergestellt und in den Kinderfreundegruppen eingeführt mit dem Ziel, sie sobald als möglich zu einer großen selbständigen Kinderzeitschrift auszugestalten.

Die Zahl der Kinderfreundegruppen beträgt gegenwärtig etwa 70. Der Vorsitzende der Reichsarbeitsgemeinschaft ist der Reichstagspräsident Paul Löbe.

Ein systematischer Aufbau der Kinderfreundebewegung in allen Bezirken des Reiches ist in den kommenden Monaten geplant. Angesichts der Bedeutung der Kindererziehungsbewegung wird dabei auf die weitgehendste Unterstützung dieser Bestrebungen durch die Partei und alle sozialistischen Kulturorganisationen gerechnet.

Reichstagswahlen.

Die Reichstagswahlen waren vor dem Kriege der sichere Maßstab, mit dem wir die Erfolge unserer Tätigkeit messen konnten. Wir kannten nur Erfolge, denn bei allen Reichstagswahlen von 1881 bis 1912 hatten wir einen Stimmenzuwachs, also ein Anschwellen unserer Macht. Kein Mittel der herrschenden Klassen vermochte den Siegeslauf des Proletariats zu hemmen. Weder das Sozialistengesetz, noch die Nachtmittel der Unternehmer, die mit Maßregelung der Agitatoren und systematischer Verleumdung das Wachstum der Partei hemmen wollten, erreichten ihren Zweck. Es gab sehr harte Kämpfe, wie z. B. 1887 bei den sogenannten Falschingswahlen; und 1907 bei den Hottentottenwahlen; sie konnten wohl die Zahl unserer Reichstagsmandate herabdrücken, aber unsere Stimmenzahl wuchs auch in diesen Kämpfen.

Eine Wandlung trat nach Ausbruch der Revolution ein. Neben den Klassengegnern sah man jetzt proletarische Parteien, die zum Teil die Sozialdemokratie mit ähnlichen Mitteln bekämpften, wie früher der von Kapitalisten unterhaltene Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Bei diesen Bruderkämpfen tritt eines in Erscheinung, nämlich, daß die scheinbar erfolgreiche Gruppe nie so viel gewinnt wie die bekämpfte proletarische Gruppe verliert. Stellt man die Resultate der drei Wahlen seit Ausbruch der Revolution nebeneinander, dann gibt es für die proletarischen Parteien folgendes betrückendes Bild:

	Wahl zur Nationalversammlung 19. Januar 1919	Reichstagswahl 6. Juni 1920	Reichstagswahl 4. Mai 1924
Abgegebene gültige Stimmen	29 278 979	28 196 332	29 388 391
Sozialdemokraten	11 183 561	6 104 398	6 014 380
Unabhängige	2 304 902	5 046 813	260 315
Kommunisten	—	589 454	3 746 671
Zusammen	13 488 463	11 740 655	10 021 366

Bei den Ziffern der Wahl zur Nationalversammlung sind die Zahlen für die abgetretenen Gebiete, die 1919 mitwählten, in Abzug gebracht, so daß für alle drei Wahlen die gleichen Gebietssteile in Betracht kommen. Die Zahl der bürgerlichen Stimmen ist also gestiegen:

von 15 790 516 = 54 v. H. im Jahre 1919,
auf 16 455 667 = 58 v. H. im Jahre 1920,
auf 19 367 025 = 66 v. H. im Jahre 1924.

Schon diese Entwicklung könnte aus Schlot- und Krautjunter ebenso beruhigend wirken, wie die Entwicklung vor dem Kriege beängstigend gewirkt hat. Wenn dann noch die Kommunisten die Vernichtung der Sozialdemokratie als

ihr vornehmstes Kampfziel bezeichnen, dann brauchen Kapitalisten keine Mittel mehr zur Bekämpfung der Sozialdemokratie aufzuwenden.

Das Gesamtergebnis der Wahlen ist folgendes:

Abgegebene Stimmen 29 819 870, hiervon ungültig 431 479.

Von den 29 388 391 gültigen Stimmen entfielen auf:

	Stimmen	Mandate
Bereinigte Sozialdemokratische Partei	6 014 380	100
Deutschnationale Volkspartei	5 778 313	96
Zentrum	3 920 798	65
Kommunisten	3 746 671	62
Deutsche Volkspartei	2 640 484	44
Deutschvölkische Freiheitspartei	1 924 553	32
Demokratische Partei	1 657 957	28
Bayerische Volkspartei	946 649	16
Bayerischer Bauernbund	684 395	10
Landliste	574 280	10
Deutschnationale Partei	337 924	4
Deutschnachweiserische Partei	319 779	5
Unabhängige Sozialdemokratische Partei	234 708	—
Nationale Minderheiten	133 540	—
Christlichsoziale Volksgemeinschaft	124 626	—
Sonstige Gruppen zusammen	349 531	—

Der Reichstag umfaßt demnach 472 Mitglieder. 842 405 Stimmen erhielten wegen ihrer Zersplitterung kein Mandat.

Unverhältnismäßig hoch ist die Zahl der ungültigen Stimmen. 1920 wurden von 28 463 581 abgegebenen Stimmen 267 249 für ungültig erklärt. Sehr hoch ist die Zahl der ungültigen Stimmen in den Bezirken, wo mit der Reichstagswahl Gemeindevahlen verbunden waren. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Wahlprüfungsgericht noch eine Anzahl der vorläufig für ungültig erklärten Stimmzettel für gültig erklärt und dadurch die eine oder andere Partei ein Mandat mehr erhält. Groß kann aber die Veränderung nicht werden, denn wenn auch sämtliche ungültigen Stimmen für gültig erklärt würden, dann würden höchstens sieben Mandate mehr sein, die sich auf die verschiedenen Parteien verteilen.

Landtagswahlen.

Seit unserer letzten Berichtsperiode fanden Landtagswahlen statt: Am 5. November 1922 in Sachsen, am 18. November in Oberschlesien, am 26. November in Birkensfeld, am 8. April 1923 in Schaumburg-Lippe, am 10. Juni in Oldenburg, am 8. Juli in Mecklenburg-Strelitz, am 18. November in Bremen und in Danzig, am 27. Januar 1924 im Saargebiet, am 10. Februar in Lübeck und in Thüringen, am 17. Februar in Mecklenburg-Schwerin, am 6. April in Bayern und am 4. Mai in der Pfalz und in Württemberg.

Bedeutend ist die Bewegung der Stimmengabe bei den Wahlen in Sachsen seit dem Ausbruch der Revolution. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung kämpften zwei sozialistische Parteien um die Arbeiterstimmen. Die Kommunisten forderten Stimmeneinkaufung, während die SPD. und die USPD. für die Wahl der Arbeiterkandidaten eintraten. Bei der Wahl am 19. Januar 1919 erhielten von 2 418 382 abgegebenen Stimmen die Kandidaten der SPD. 1 111 753 = 45,9 Proz. und die Kandidaten der USPD. 342 088 = 14 Proz. Beide Parteien zusammen 1 453 791 Stimmen = 60 Proz. Bei den Reichstagswahlen am 5. Juni 1920 traten auch die Kommunisten für Wahlbeteiligung ein. Beide Parteien, die Kommunisten und USPD. bekämpften stark die SPD. und

es gelang ihnen die Stimmengabe der SPD. um 529 975 herabzudrücken. Es erhielten nun Stimmen die SPD. 581 778, die USPD. 609 384 und die Kommunisten 105 222. Den Verlust von 529 975 Stimmen der SPD. stand ein Gewinn an Stimmen von 267 346 der USPD. und von 105 222 Stimmen der Kommunisten gegenüber, also Verlust der SPD. 529 975. Gewinn der beiden anderen proletarischen Parteien 372 568, bleibt Verlust 157 407, d. h. die Stimmengabe der proletarischen Partei sank von 60 auf 53,9 Proz.

Im November 1920 war Landtagswahl. Kurz vorher war auf dem Parteitag in Halle bei der USPD. die Spaltung eingetreten. Es standen nun den Kandidaten der SPD. und den Kandidaten der Kommunisten die Kandidaten von zwei Gruppen der Unabhängigen gegenüber. Jetzt waren es vier proletarische Parteien. Bei der Landtagswahl wurden 2 070 327 Stimmen abgegeben. Es erhielten die Kandidaten

der SPD. 586 811 Stimmen = 28,3 Proz.

der USPD. rechts 286 662 Stimmen = 13,9 Proz.

der USPD. links 60 188 Stimmen = 2,9 Proz.

der Kommunisten 117 716 Stimmen = 5,9 Proz.

Die Unabhängigen hatten also seit Juni 262 534 Stimmen verloren, während die SPD. 5033 und die Kommunisten 12 494 Stimmen gewonnen hatten. Dem Verlust der Unabhängigen von 262 534 steht für die beiden anderen proletarischen Parteien ein Gewinn von 17 527 Stimmen gegenüber, bleibt also ein Verlust von 245 007 Stimmen. Damit hatte man den Anteil der proletarischen Stimmen von 60 Proz. im Jahre 1919 auf 50,6 Proz. herabgedrückt. Es zeigte sich, daß je größer die Zahl der proletarischen Parteien wird, um so geringer wird die Zahl der für diese Parteien abgegebenen Stimmen.

Nun könnte man annehmen, daß die Abnahme der proletarischen Stimmen in der politischen oder wirtschaftlichen Entwicklung begründet sei. Dieser Annahme wird aber der Boden entzogen durch die Resultate der Landtagswahlen vom November 1922. Am 24. September 1922 hatten die beiden sozialdemokratischen Parteien sich vereinigt. Am 5. November, also sechs Wochen nach der Vereinigung, fanden in Sachsen Landtagswahlen statt. Nun standen sich wiederum nur zwei proletarische Parteien gegenüber. Und der Erfolg? Es wurden 2 537 545 Stimmen abgegeben. Von diesen erhielten die Kandidaten der Vereinigten sozialdemokratischen Partei 1 060 249 = 41,7 Proz. und die Kommunisten 267 700 = 10,6 Proz. Es war also seit den Landtagswahlen von 1920 ein Gewinn von 276 572 Stimmen und der Anteil der bürgerlichen Parteien von 49,2 auf 47,7 Proz. herabgedrückt.

Die Landtagswahlergebnisse zeigen mit wenigen Ausnahmen dasselbe Bild wie es in den Resultaten der Reichstagswahl zutage getreten ist. Einige Wahlen der letzten Zeit ließen sogar die Befürchtung zu, daß die extremen Parteien rechts und links noch stärker anwachsen würden, als sie gewachsen sind, während es in unseren Reihen Pessimismus gab, die mit Hinweis auf die schlechten Resultate bei Landtagswahlen einen schlimmeren Rückgang unserer Stimmen befürchteten als er eingetreten ist. Die schlechtesten Resultate kommen aus der Zeit, als durch den Zusammenbruch unserer Währung viele Lohn- und Gehaltsempfänger sowie Kleinrentner zur Verzweiflung getrieben waren.

Früher vertraten Bakunin und die Anarchisten, und jetzt vertreten die Kommunisten die Ansicht, daß durch Not zur Verzweiflung getriebene Proletariat die Weltrevolution entfachen und in dieser die Befreiung erringen werden. Die Stimmengabe beweisen aber, daß mit steigender Not der Kampfesmut sinkt und verzweifelte Proletariat den Parteien der Kapitalisten und Junker zugezogen werden. Die Beseitigung der Not ist das Ziel unserer Kämpfe, und in diesen Kämpfen kann die Not nie ein Kampfgenosse sein.

Die Vertretung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei in den Gemeinden, Kreis- und Provinziallandtagen

hat durch den organisatorischen Zusammenschluß beider Parteien eine nicht unwesentliche Veränderung erfahren. Die USPD ist in 1038 Städten mit 8748 männlichen und 506 weiblichen Abgeordneten vertreten. In den Gemeinden stellte die Partei in 7488 Ortschaften 41 609 männliche und 484 weibliche Vertreter. Magistratsmitglieder sind in 673 Städten 1863. In 2723 Ortsgemeinden ist die Partei mit 5631 männlichen und 10 weiblichen Genossen im Gemeindevorstand vertreten. In 684 Kreistagen zählen unsere Vertreter 3974 männliche und 10 weibliche. 502 männliche und 13 weibliche Genossen vertreten unsere Partei in den Provinziallandtagen. Bei dieser Aufstellung konnten die Ergebnisse der letzten Kommunalwahlen nicht berücksichtigt werden.

Der Parteiausschuß

beschäftigte sich in seinen regelmäßigen Sitzungen stets mit der politischen Situation, die in ausführlichen Referaten durch die Vorsitzenden der Partei dargelegt und in ausgiebiger Debatte von den Mitgliedern des Parteiausschusses besprochen wurde. Es konnte dabei festgestellt werden, daß die Meinung des Parteiausschusses immer im Einklang stand mit den politischen Handlungen des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion. Einigen Forderungen dieser beiden Parteikörperschaften wurde durch Beschlüsse des Parteiausschusses besonderer Nachdruck verliehen, so z. B. das Verlangen nach Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes.

Die Meinungsdivergenzen, die in Sachsen zwischen Landtagsfraktion und Landesvorstand wegen der Taktik der Fraktion im sächsischen Landtage entstanden waren, zwang den Parteiausschuß, sich auch mit dieser Frage zu beschäftigen. Dabei stellte sich der Ausschuß durch Annahme eines generellen Beschlusses auf den Standpunkt, daß für ihre Politik in den Landtagen die Fraktionen ihren Landesparteitagen und der Gesamtpartei verantwortlich sind, daß die Fraktionen auf dem Boden der Landesverfassungen selbständig unter eigener Verantwortung sozialdemokratische Politik zu treiben haben und daß Beschlüsse von Parteiorganisationen oder Landesinstanzen der Partei für die Landtagsfraktionen nur die Bedeutung parteigenösslicher Vorschläge und Gutachten haben, die zu berücksichtigenden dem pflichtgemäßen freien Ermessen der Landtagsfraktionen unterliegt.

Auch die innerpolitische Situation in der Partei war einige Male Gegenstand der Beratung des Parteiausschusses. Das Auftreten einer Opposition mit Herausgabe einer besonderen Korrespondenz ließ den wohlbegründeten Verdacht aufsteigen, daß es in der Partei bereits zu einer geschlossenen oppositionellen Organisation gekommen sei. Durch Annahme einer Resolution verurteilte der Parteiausschuß entschieden das Bestehen und die Förderung einer solchen Opposition und das Bestehen eines besonderen Organs als unvereinbar mit der Aufrichterhaltung der Parteieinheit. Der Parteivorstand wurde beauftragt, mit allen zweckdienlichen Mitteln dagegen einzuschreiten.

Schweren Herzens mußte sich der Parteiausschuß mit den Abbauvorschlägen des Parteivorstandes einverstanden erklären, die aus der Zwangslage der finanziellen Krise, in die auch die Parteikasse während der Zeit der Inflation geraten war, entstanden waren. Er befürchtete mit dem Parteivorstand, daß durch die

Entlassung des zweiten Sekretärs in den Bezirken unser Parteiapparat schweren Schaden leiden würde. Um so erfreulicher wurde in einer späteren Sitzung die Mitteilung aufgenommen, daß durch die Besserung der Finanzlage in der Partei diese Maßnahme nur eine solche der Vorsicht gewesen sei und wieder aufgehoben werden könne.

Diese Freude wurde erhöht durch die Mitteilung, daß die in der Inflationszeit eingegangenen Zeitschriften wieder herausgegeben werden können und daß ihr Erscheinen in neuem Geiste und neuem Gewande bereits guten Erfolg zeitigte.

Die Vorarbeiten für die Abhaltung des Parteitagcs beschäftigten den Parteiausschuß in einigen Sitzungen; er stimmte den Anträgen des Parteivorstandes, den Parteitag zu verlegen, einmal aus parteifinanziellen Gründen, das andere Mal in Rücksicht auf die plötzlich angefügten Reichstagswahlen, zu.

Anregungen für die mündliche und schriftliche Agitation zur Reichstagswahl nahm der Parteivorstand in einer Sitzung des Ausschusses gern entgegen und es darf wohl gesagt werden, daß die Partei noch bei keiner Wahl mit so reichlichem Material in den Wahlkampf gezogen ist.

Parteipresse.

Schon in den Berichten in Augsburg und in Gera mußte auf die äußerst schwierige Lage unserer Parteigeschäfte als Folge der Geldentwertung hingewiesen werden. Es war die ganz naturgemäße Folge, daß mit der raschen Zunahme der Inflation und der wahnwitzigen Steigerung der Preise für alle Rohmaterialien die wirtschaftliche Lage der Parteiunternehmungen sich geradezu verzweifelt gestaltete. Die durch den dauernden Papiermarktschwund bedingten ständigen Erhöhungen der Abonnementspreise übten einen unheilvollen Einfluß auf die Zahl der Leser aus. Das Inseraten- und Druckgeschäft lag infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Depression fast ganz still. Eine ordnungsmäßige Kalkulation war kaum noch möglich. So schwer es im Interesse der davon Betroffenen fiel, mußte in einer Anzahl von Parteibetrieben verkürzt gearbeitet werden, ja, zum Teil mußten Entlassungen erfolgen; Maßnahmen, die lange vorher fast in allen bürgerlichen Druckereien durchgeführt waren. Kurz: es war ein Zustand, der an die Umsicht und Nerven der leitenden Personen die ungeheuersten Anforderungen stellte. Um so erfreulicher ist es, wenn dank dieser Umsicht schon heute gesagt werden kann, daß alle Parteizeitungen sich verhältnismäßig schnell von dem wirtschaftlichen Chaos erholt haben. Nicht eine Parteizeitung, nicht ein Druckereibetrieb ist eingegangen. Alle haben sie bis auf eine Zeitung — und diese erscheint bereits auch wieder — tapfer durchgehalten und stehen heute mit verschwindend geringen Ausnahmen wieder auf gesunder Basis. Soweit in einzelnen Fällen Personalreduzierungen erfolgen mußten, sind jetzt schon wieder Einstellungen vorgenommen worden; auch arbeiten sämtliche Betriebe wieder seit Monaten unverkürzt. Seit dem Beginn des Jahres 1924 sind etwa 300 000 neue Leser zu verzeichnen, und bei Stattfinden des Parteitages dürfte die Friedenshöhe des Abonnentenstandes nicht nur erreicht, sondern vielfach um ein wesentliches überschritten sein. Die Partei verfügt gegenwärtig über 169 Zeitungen, 104 davon besitzen eigene Druckereianlagen mit Wohn- usw. Gebäuden. Von den restlichen 65 haben 35 einen selbständigen Verlag. 30 davon werden in Parteidruckereien, 5 in privaten Druckereien hergestellt. Außerdem erscheinen 28 Kopfbblätter und zwei zweimal wöchentlich herausgegebene Landzeitungen (Landbote). Das Mehr der erscheinenden Zeitungen beträgt gegenüber dem Friedensjahr 1914 rund 50 Proz. Einige Verlage planen bereits die Errichtung eigener Druck-

reien. Eine größere Reihe bestehender Druckereigeschäfte arbeitet fleißig an deren Ausbau.

Die durch die Vereinigung nötig gewordene Zusammenlegung von Parteigeschäften ging nicht immer reibungslos vor sich. Der Auffassung des Parteivorstandes, daß der noch Ablösung aller Verpflichtungen verbleibende Ueberfluß aus Verkäufen, der Gesamtpartei zuzuführen sei, wurde nicht überall beigetreten. Der volle Ueberfluß vom Verkaufsertrag ging der Parteikasse von den der früheren SPD. gehörigen Geschäften in Leipzig und Blauen, wie von dem der Zentrale der USF. gehörenden Grundstück in Berlin zu. In den meisten Orten erfolgte eine Verschmelzung des aufgelösten mit dem bestehenden bleibenden Geschäfte, wobei nur das überschüssige Material oder auch das Grundstück verkauft wurde. Anteile von diesen Einnahmen wurden der Parteikasse aus Hagen, Magdeburg, Nürnberg und Bremen zugeführt. In Braunschweig, Erfurt, Königsberg, Elbing, Stettin u. a. wurde die Angelegenheit örtlich geregelt. Der Verkaufsertrag in Dresden wurde für eine für Offschaffen zu gründende Parteizeitung reserviert. In Berlin war die Druckerei der „Freiheit“ bereits vor der Verschmelzung verkauft. In Düsseldorf und Elberfeld bestehen bis jetzt noch beide örtliche Druckereien, da dort Erstlingsmöglichkeiten vorhanden waren. Für Elberfeld kann jedoch diese vorläufige Regelung nicht als endgültig angesehen werden.

Die der Partei gehörige Diehsche Druckerei in Stuttgart mußte nach dem Tode des verdienstvollen Genossen Diez verkauft werden, nachdem die für den Druck des „Wahren Jacob“ erforderlichen Maschinen nach Berlin überführt waren. Die schwierigen Existenzbedingungen für dieses und die Finanzlage der Partei zwangen zum Verkauf. Dieser erfolgte unter der Voraussetzung der Weiterführung der Druckerei und damit der Weiterbeschäftigung des größten Teiles des Personals. Leider wurde diese Vorbedingung nicht eingehalten, da der wirtschaftliche Niedergang des Vorjahres die Aufrechterhaltung des Betriebes für den Käufer unmöglich machte.

In den Berichtsjahren 1922/23 und 1923/24 wurden insgesamt 104 Geschäfte durch die Revisoren des Parteivorstandes revidiert, und zwar 72 einmal, 23 zweimal, 5 dreimal, 2 viermal, eins fünfmal. Das Revisionsbureau erlitt durch das Ausscheiden der Genossen Otto Heinrich und Emil Hallupp große Verluste. Der erstere starb plötzlich im November v. J., während Genosse Hallupp zur Leitung des Nürnberger Parteiunternehmens berufen wurde.

Vorwärts.

Aus der Redaktion des „Vorwärts“ waren im Laufe des Jahres 1922 die Genossen Erich Kuttner und Kurt Heining ausgeschieden, um sich anderen Wirkungskreisen zuzuwenden. Infolge der Einigung der Parteien wurden zwei frühere Redakteure der „Freiheit“, die Genossen M. Stein und Ernst Reuter, in den Redaktionsverband übernommen. Die Zusammenarbeit erfolgte reibungslos und in bestem gegenseitigen Einvernehmen. Der Redaktion lag außerordentlich an einer Ausgestaltung des „Vorwärts“ zu einem wirklich großen, alle Kreise der sozialistischen Kulturwelt umfassenden Organ. Erfolgreiche Ansätze, durch Schaffung besonderer Beilagen die verschiedenen Interessensphären zu berücksichtigen, mußten leider aufgegeben werden, da die rapide Marktentwertung die geschäftlichen Ausbaumöglichkeiten in ärgstem Maße behinderte. Seit einer Stabilisierung der Währung und damit auch wieder eine stärkere Bewegungsfreiheit der geschäftlichen Dispositionen eingesetzt hat, ist mit verstärkter Energie der Ausbau des Blattes begonnen worden. Ein ausgedehnter Berichtsfaktendienst wurde in Verbindung mit dem Sozialdemokra-

tischen Parlamentsdienst, dessen Geschäftsräume sich im „Vorwärts“-Haus befinden, angebahnt und auf die großen Hauptstädte Europas ausgedehnt. Daneben b.e.b.t das Augenmerk dauernd auf die redaktionell-technische Ausgestaltung des „Vorwärts“ gerichtet. Durch Schaffung einer besonderen Frauenbeilage und einer Bücherchau ist bereits begonnen, das früher Fehlende zu ersetzen.

Nach der Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien auf dem Parteitag in Nürnberg stellte die „Freiheit“ am 1. Oktober 1922 ihr Erscheinen ein. Die Abonnenten gingen fast reiflos zum „Vorwärts“ über und es konnte somit bei normalen wirtschaftlichen Verhältnissen durch gemeinsame Propaganda auf einen weiteren Abonnentenzuwachs g.rechnet werden. Die Verhältnisse gestalteten sich jedoch im Jahre 1923 derartig ungünstig für die gesamte deutsche Presse, daß ihr Fortbestand in Frage gestellt wurde. Die Inflation brachte die bis zum Trübsinn sich überschlagende Entwertung der Mark. Bei dieser ununterbrochenen Entwertung z.r.offen die monatlich angelegten Abonnements- und Inseratenpreise b.s zu Ende der Bezugszeit in ein Nichts. Die vom Reiche eingeleitete Hüfsaktion, durch die H.z.abgabe des Waldbesitzes die Presse im Kampf um ihre Existenz zu unterstützen, war dankbar anzuerkennen, jedoch scheiterte die volle Durchführung an dem Widerstand oder der Sabotage der Waldbesitzer. Die Abgaben flossen nur spärlich, so daß im letzten Vierteljahr 1923 die Rückvergütungskasse für die deutsche Presse ihre Zahlungen einstellen mußte.

Trotz aller Schwierigkeiten konnte der „Vorwärts“ dank der Treue seines festen Abonnentenstammes und unter Heranziehung aller Reserven sowie außer, er Sparfameit und Einschränkung im Umfang sein zweimal tägliches Erscheinen leibehalten. Günstigere Ausichten für die Presse brachte die Goldbasis unserer Währung. Mit der Goldberechnung der Bezugs- und Inseratenpreise ist eine gesunde Grundlage für die weitere Entwicklung der Presse gegeben. Die sich allmählich hebende wirtschaftliche Lage führt uns alle diejenigen Abonnenten zu, welche durch Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit gezwungen waren, das Abonnement auf den „Vorwärts“ aufzugeben. Auch hatte unsere Propaganda für Gewinnung neuer Abonnenten einen günstigen Erfolg. Aus den gleichen wirtschaftlichen Gründen stiegen die Inserateneinnahmen, wodurch die Möglichkeit erwächst, dem „Vorwärts“ nicht nur seinen früheren Umfang zu geben, sondern auch einen weiteren Ausbau vorzunehmen.

Der Parteiverlag J. H. W. Diez Nachfolger G. m. b. H., Berlin.

Durch den Tod des Genossen Diez-Stuttgart wurde die geschäftliche Abänderung erforderlich. Sie erfolgte in der Weise, daß der frühere Vorwärts-Verlag mit dem Verlag Diez unter der obenstehenden Firmenbezeichnung zusammengelegt wurde. Der Sitz der Firma befindet sich in Berlin, Lindenstr. 3.

Durch die Inflationszeit Ende 1923 kam auch das Geschäft in Bedrängnis. Der Verkauf von Büchern innerhalb der Arbeiterbewegung wurde fast gänzlich unmöglich, so daß Ende 1923 über die Hälfte der beschäftigten Personen entlassen werden mußten.

Trotz alledem ließ die Geschäftsleitung Vorbereitungen treffen, um alle eingegangenen Zeitschriften usw. in einer besseren Zeit neu erscheinen zu lassen.

Daß dies richtig war, beweist der gegenwärtige Stand des Geschäfts. Seit 1. Juni 1924 sind im Verlage insgesamt tätig: Geschäftsführer 1, Herstellung 1, Protokoll 1924

Lektor 1, Reisender 1, im Laden 3, Redakteure 4, Buchhaltung 3, Schreibkräfte 3, Expedition 10, Lehrling 1, jugendliche Arbeiter 3, Packer 6, insgesamt 37 Personen.

Neuerscheinungen seit 1. Januar 1924.

Zeitschriften:

„Lachen links“

Das wöchentlich erscheinende republikanische Wochenschrift. — Bis zum 22. Mai 1924 sind 22 Nummern erschienen. Der Verlag und die Redaktion sind bemüht, das Blatt inhaltlich und technisch zu verbessern, um die Auflage durch Verbreiterung des Leserkreises zu steigern. (Gesamtauflage jetzt 75 000.)

„Frauenwelt“

Das neue Blatt für die Frauen ist am 1. März erschienen. Bis jetzt liegen 8 Nummern vor. Es ist gelungen, eine Modebeilage zu schaffen; zugleich wurde der Wunsch der Bezieher erfüllt und mit Nr. 4 ein besonderer Schnittmusterbogen der Frauenwelt beigegeben. Die Auflage beträgt jetzt 65 000.

Am 1. April d. J. erschien die erste Nummer der neuen wissenschaftlichen Zeitschrift der Partei,

„Die Gesellschaft“

in einer Auflage von 5000 Exemplaren. Dem Parteitag wird bereits die dritte Nummer vorliegen. — Die neue Schrift verspricht bei dem großen Kreis von Mitarbeitern aus der Arbeiterinternationale ein für tätige Sozialisten unentbehrliches Organ zu werden.

Endlich erscheint am 1. Juli d. J. wieder fortlaufend das kommunale Zentralorgan

„Die Gemeinde“

Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Das Juliheft liegt bereits vor. — Die Hauptaufgabe der Redaktion soll sein, neben der allgemeinen Kommunalpolitik in weitestem Maße die Interessen der mittleren und kleineren Gemeinden zu berücksichtigen. Daneben soll den großstädtischen Vertretern Rechnung getragen werden.

Buchverlag.

An Büchern und Broschüren in guter Ausführung und bester Ausstattung sind seit dem 1. Januar 1924 im Verlage neu erschienen: 1. Geld und Schwundgeld, von Prof. Dr. Karl Schmidt; 2. Ihr aber lebt, von Richard Lohmann; 3. Das Kind und der Sozialismus, von Max Winter; 4. Hans Baluschek (eine Monographie von Friedrich Wendel); 5. Die drei Vererber Deutschlands, von Kurt Geyer; 6. Daphnis (der erste erschienene Band der Gesamtausgabe von Arno Holz' Werken).

Außerdem sind in besserer Ausstattung wieder herausgegeben: Cunow: Die Marxsche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie; K e n n e r: B a s s a l l e; K l ü b e r: B e b e l (Sozialistische Klassiker); Kurt Grotte w i g: Sonntage eines Großstädtlers in der Natur.

Die Sozialistische Arbeiterinternationale.

Die allgemeine Offensive der Reaktion, die ihren stärksten Ausdruck fand in dem Horthy-Regiment in Ungarn, dem Faschismus in Italien und dem Hafentrußlertum in Deutschland, zwang das Proletariat dazu, alle seine Kräfte zu konzentrieren, um den reaktionären Umläufen der Kapitalisten eine gefestigte und kampffähige Abwehrfront entgegenzustellen. In Deutschland vereinigten sich die beiden sozialistischen Parteien. Dadurch wurden die Kräfte gestärkt, die auch die internationale Vereinigung der Sozialisten aller Länder erstrebten.

Am 10. Dezember 1922 tagte im Haag eine gemeinsame Sitzung der Vertreter der Exekution der Zweiten Internationale und der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien. Es wurde beschlossen, ein gemeinsames Aktionskomitee von zehn Mitgliedern einzusetzen, das die Hauptaufgabe haben sollte, die Einberufung eines internationalen sozialistischen Kongresses vorzubereiten.

Die Zweite Internationale entsandte in dieses Komitee: Henderson-England, Stauning-Dänemark, Vanderveide-Belgien, Weiss-Deutschland und ihren Sekretär Tom Shaw; die Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien entsandte: Abramowitz-Rußland, Bracke-Frankreich, Crispian-Deutschland, Wallhead-England und ihren Sekretär Adier.

Das Aktionskomitee beschloß in seiner konstituierenden Sitzung vom 12. Dezember 1922, den internationalen Kongress für den 20. Mai 1923 in Hamburg in Aussicht zu nehmen.

Am 5. und 6. Januar 1923 trat das Aktionskomitee in Köln abermals zusammen. Das Hauptergebnis der Beratung wurde in einem einstimmig beschlossenen Aufruf an die sozialistischen Arbeiter aller Länder zusammengefaßt, durch den die sozialistischen Parteien zum Hamburger Kongress geladen wurden.

In einer weiteren Sitzung, vom 4. bis 6. April 1923 in Bregenz, formulierte das Aktionskomitee einen Entwurf der Statuten der zu gründenden Sozialistischen Arbeiterinternationale und stellte ferner die Geschäftsordnung für den Kongress fest. Damit hatte das Aktionskomitee seinen Auftrag erledigt.

Am 21. Mai 1923 wurde der Internationale Sozialistische Arbeiterkongress im festlich geschmückten großen Saal des Hamburger Gewerkschaftshauses eröffnet. Zugelassen waren 620 Delegierte aus 30 Ländern.

Eingehend beschäftigte sich der Kongress mit den imperialistischen Friedensschlüssen und den Aufgaben der Arbeiterklasse. Er stellte fest, daß die Friedensverträge die wirtschaftlichen Notwendigkeiten vergewaltigt und dadurch die Krise verlängert und verschärft und den Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft gehemmt hätten. Der Imperialismus der herrschenden Kapitalistenklassen drohe die Menschheit in neue Kriege zu stürzen. Der imperialistischen Politik stellte das Proletariat seine Politik des Friedens, der Völkerrfreiheit und des Sozialismus entgegen. Erstes Erfordernis des proletarischen Kampfes gegen den Imperialismus sei, daß die Arbeiterparteien aller Länder jede Unterstützung eines imperialistischen Krieges ablehnen und daß ihre parlamentarischen Vertreter die imperialistischen Zwecken dienenden Militär- und Kriegskredite verweigern.

Die deutsche Reparationspflicht müsse beschränkt werden auf die wirklichen materiellen Schäden und sei begrenzt durch die wirtschaftlichen Möglichkeiten. Das Werk der Reparationen könne praktisch nur durchgeführt werden, wenn ein Übereinkommen zwischen Deutschland und seinen Gläubigern erfolge und wenn zugleich auf die Methoden der Gewalt und Gebietsbesetzungen verzichtet würde.

Der Kongress rief die Proletarier aller Länder auf, ihre ganze Kraft zum entschlossenen Kampf gegen die internationale Reaktion zu sammeln, die gewalttätigen Angriffe des Kapitalismus abzuwehren, die Demokratie in der ganzen Welt wiederherzustellen und so die Bedingungen zu schaffen, die den Sieg des Sozialismus verbürgen.

Der Kongreß:

protestierte einmütig gegen die militärische Besetzung des Ruhrgebiets, durch die das höchste Gesetz der Völker, in Frieden zu leben und zu arbeiten, verletzt worden sei.

Er forderte die Räumung Georgiens durch die Sowjettruppen und die Wiederherstellung der Souveränität des georgischen Volkes.

Er verurteilte die blutige Gewaltherrschaft, der Armenien durch die Türkei und durch Rußland unterworfen worden sei, und forderte für das armenische Volk das Recht der Selbstbestimmung.

Er lenkte die Aufmerksamkeit der Proletariat auf den Raum der von Rußland und Deutschland losgetrennten Völker von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, auf der Balkanhalbinsel und in Mitteleuropa. Hier seien manche der neuen Staatsgrenzen nicht nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker gezogen, sondern durch die Gewalt diktiert worden. Der Kongreß verpflichtete die sozialistischen Arbeiterparteien für das Selbstbestimmungsrecht aller dieser Völker einzutreten.

Er lenkte ferner die Aufmerksamkeit auf die Versuche der kapitalistischen Regierungen, auf dem Wege der Finanzkontrolle und durch andere wirtschaftliche Maßnahmen eine verdeckte Form der Intervention zu schaffen. So begünstige in Oesterreich die Finanzkontrolle die kapitalistische und monarchistische Reaktion und bedrohe die Macht der Arbeiterklasse. So lasse der wirtschaftliche Druck der kapitalistischen Regierungen auf der äußeren und inneren Politik der neugebildeten Staaten.

Er erklärte es als Pflicht aller Sozialisten und Arbeiterparteien, die russischen Sozialisten in ihrem Wirken gegen das System der terroristischen Parteidiktatur in Rußland zu unterstützen, um zum Regime der politischen Freiheit und der demokratischen Selbstverwaltung des russischen Volkes zu gelangen. Nur so könne Rußland als eine Stütze der proletarischen Revolution erhalten werden.

Zur Frage des Achthundentages und der internationalen Sozialreform erklärte der Kongreß seine volle Übereinstimmung mit der Tätigkeit des Internationalen Gewerkschaftsbundes auf dem Gebiete der Sozialpolitik. Der Kongreß forderte die angeschlossenen Parteien auf, all ihre Kraft auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete einzusetzen, um diese Bestrebungen, insbesondere jene, die auf die Behauptung des Achthundentages abzielen, zu verwirklichen.

Die organisatorischen Grundlagen der Sozialistischen Arbeiterinternationale bedeuten eine straffere internationale Vereinigung der angeschlossenen Parteien.

Die angeschlossenen Parteien müssen in der Erreichung der kapitalistischen Produktionsweise durch die sozialistische das Ziel und im Klassenkampf das Mittel der Emanzipation der Arbeiterklasse anerkennen.

Die Sozialistische Arbeiterinternationale hat die Aufgabe, die Tätigkeit der angeschlossenen Parteien zu vereinheitlichen und in gemeinsamen Aktionen zusammenzufassen. Sie erstrebt die gänzliche Vereinheitlichung der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung.

Jeder Beschluß der Internationale bedeutet eine selbstgewollte Einschränkung der Autonomie der Parteien der einzelnen Länder. Nur dann kann die Internationale lebendige Wirklichkeit sein. Bei Konflikten zwischen Nationen gilt die Internationale als höchste Instanz für die angeschlossenen Parteien.

Die Sozialistische Arbeiterinternationale ist nicht nur ein Instrument für die Aufgaben im Frieden, sondern ebenso ein unentbehrliches Instrument während jedes Krieges.

Organe zur Erfüllung dieser Aufgaben sind: 1. der Internationale Kongreß; 2. die Exekutive; 3. das Bureau; 4. die Geschäftskommission; 5. Das Sekretariat.

Als Sitz des Sekretariats wurde London bestimmt. Die Exekutive konstituierte sich unmittelbar nach dem Schluß des Internationalen Kongresses. Die Vertreter der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands delegierten die Genossen Crispin, Müller und Wels in die Exekutive. Zu ihrem Vorfigenden wählte die Exekutive Henderson = England, zum Kassierer Gosling = England und zu Sekretären Friedrich Adler und Thom Shaw. Die Exekutive wählte ferner das Bureau, bestehend aus Abramowitsch = Rußland, Bauer = Oesterreich, Bracke = Frankreich, Branting = Schweden, Henderson = England, Modigliani = Italien, Troelstra = Holland, Vanderveide = Belgien, Wels = Deutschland. Die Geschäftskommission besteht aus den Sekretären Adler und Shaw, dem Kassierer Gosling, den Vertretern Englands in der Exekutive: Henderson, Macdonald, Thomas, den von der Exekutive gewählten Mitgliedern Allen, Wallhead, Sidney Webb.

Diese Tagung der Sozialistischen Arbeiterinternationale bedeutet einen verheißungsvollen Anfang auf dem Wege zur internationalen Tat der Proletariat aller Länder. Ein Anfang, denn die Gründer waren sich darüber durchaus klar, daß der Neubau der Internationale nicht das Werk eines Komitees oder einer einzelnen Parteigruppe sein kann. Er muß hervorgehen aus dem Anpassungsprozeß der sozialistischen Parteien aneinander. Dieser Anpassungsprozeß, in dem in geistigem Ringen die Übereinstimmung der Auffassungen erarbeitet werden muß, bedarf der Zeit. Die internationale Organisation der Arbeiterklasse kann daher in dem Monat ihres Entstehens nicht das Ergebnis der prinzipiellen Übereinstimmung aller in ihr vertretenen Parteien sein, sie ist aber eine der wichtigsten Voraussetzungen, um einer solchen Übereinstimmung näherzukommen. Indem die proletarischen Parteien ihre Erfahrungen austauschen, indem sie sich bemühen, durch tatkräftige gemeinschaftliche Arbeit ihre Übereinstimmung über die Ziele und Methoden der internationalen Arbeiterbewegung mit Unermüdlichkeit in die Praxis umzusetzen, werden sie in immer weiterem Umfange die notwendige Basis für gemeinsame Aktionen des Weltproletariats schaffen.

Abschluß der Hauptkasse für die Zeit vom 1. Januar 1924 bis 30. April 1924.

Einnahmen	Januar Mkt	Februar Mkt	März Mkt	April Mkt	Summa Mkt
Kassenbestand am 1. 1. 24	—	—	—	—	10 423,12
Beiträge aus d. Bezirken	19 006,70	28 885,24	21 222,15	26 086,43	95 150,52
Sonstige Beiträge . . .	18 937,94	32 394,65	23 459,60	61 947,45	136 739,64*
Aus d. Parteigefächften	24 233,56	27 486,36	34 376,29	33 025,01	119 121,22
2 % vom Umsatz . . .	—	—	—	—	—
Aus d. Parteigefächften	2 350,00	6 850,00	2 000,00	814,00	12 014,00
20 % v. Reingewinn	2 991,53	569,11	575,01	426,75	4 562,40
Aus d. Einkaufszentrale	703,20	—	60,00	—	763,20
Darlehenskonto	105,00	—	—	—	105,00
Rinsen	1 448,90	645,29	1 732,50	3 492,75	7 319,44
Diverse	—	—	—	—	—
Summa . . .	69 776,83	96 830,65	83 425,55	125 742,39	386 198,54
Ausgaben					
Zuschüsse für Agitation an die Bezirke	2 260,00	1 420,00	190,00	—	3 870,00
Drucksachen f. Agitation	1 509,60	149,15	—	1 112,55	2 771,30
Gebälter für die Bezirks- sekretäre	13 140,00	9 400,00	16 380,00	19 490,00	58 410,00
Honorare	40,17	7,36	135,00	80,00	262,53
Fahrtgelber und Diäten für die Agitation . . .	1 661,70	1 190,75	2 052,10	617,00	5 521,55
Bildungsausgab	920,77	633,91	607,50	712,00	2 874,18
Beamtenagitation	605,34	342,71	360,85	679,60	1 988,50
Archiv der Partei	578,28	454,63	539,50	502,45	2 078,86
Soz. Arbeiter-Jugend . . .	1 041,02	735,52	692,70	835,75	3 304,99
Arbeitsgem. soz. Lehrer	480,29	327,85	—	—	807,64
Parteiressie u. Revision der Parteigefächfte . . .	883,60	1 134,80	684,85	716,83	3 420,10
Wahlagitiation	—	—	50 593,00	93 121,90	143 714,90
Anwalts- und Prozeß- kosten	31,20	19,65	25,00	200,00	275,85
Unterstützungen	162,80	181,50	225,00	85,00	654,30
Darlehenskonto	—	5 560,00	3 000,00	3 000,00	11 560,00
Beiträge der Parteigefächfte	3 970,00	2 712,03	3 204,10	2 921,59	12 807,74
Verwaltungsausgaben, persönliche	10 113,60	6 630,80	6 666,00	7 492,00	30 902,40
Verwaltungsausgaben, sächliche	2 235,74	896,01	3 848,77	1 348,69	8 329,21
Sonst. ges	392,52	5 679,38	27 348,31	4 730,89	38 151,10
Kassenbestand a. 30. 4. 24	—	—	—	—	54 493,59
Summa . . .	40 026,63	87 479,57	116 552,48	137 646,27	386 198,54

Berlin, den 26. Mai 1924.

Revidiert und für richtig befunden: Die Kontrollkommission.

Fr. Brühne, Ch. Hengsbach, A. Brey, R. Wengels.

* Darunter 63 187,39 Mkt. von den ausländischen Bruderparteien.

Die Unterstützungs-Vereinigung in neuer Gestalt.

Die Unterstützungs-Vereinigung, die 1902 ins Leben gerufen wurde, hat am 1. April d. J. ein etwas gewalttames Ende erreicht. Die Kasse, die, wie ihr Name sagt, keine auf versicherungstechnischer Grundlage aufgebaute Versicherungsgesellschaft sein wollte, sondern nur eine freiwillige Unterstützungseinrichtung, hatte bis in die Kriegszeit hinein eine mäßige Unterstützung gezahlt an invalide Angestellte der Gewerkschaften und der Partei, sowie an die Hinterbliebenen der verstorbenen Angestellten. Am Ende des Jahres 1922 hatte die Vereinigung ein Vermögen von 5 345 908 Mkt. angehäuft, das allerdings zu der Mitgliederzahl von 6515 nicht hoch erschien, aber vorab die Leistungen im alten Umfang sicherte.

Diese Leistungen waren nun in den 20 Jahren des Bestehens der Kasse sehr erheblich angewachsen, denn die Vereinigung unterstützte Ende 1922 409 Witwen mit 302 Kindern und 74 Invaliden. Die Jahresausgabe an Unterstützung war auf 3 802 100 Mkt. angewachsen.

Mit dem Verfall der Mark ging es der Kasse wie ähnlichen Unternehmungen. Ihr Vermögen verlor sich in der Papierflut. Der verzweifelte Versuch, durch Erhöhung der Beiträge die Leistung auf der bisherigen Höhe zu halten, mißlang. Bei dem Weitlauf, die Beiträge mit der fallenden Mark auf gleicher Höhe zu halten, unterlag die Vereinigung; denn immer, wenn die Beiträge hereinliefen, bedeuteten sie nur noch einen geringen Bruchteil dessen, was als Wert zurzeit in Ansatz gebracht war.

Der Vorstand empfand das alles, aber die Lösung für einen leidlich befriedigenden Abschluß war schier unmöglich, wenn nicht zu einer großzügigen Aenderung gegriffen wurde. Diese Reform mußte sich noch nach anderer Seite Geltung verschaffen, wenn man nicht dem langsamen Verfall der Kasse entgegensehen wollte. Neben der Unterstützungs-Vereinigung kamen immer mehr eigene Unterstützungsstellen der Gewerkschaften auf, und schließlich ging auch die Partei dazu über, die Redakteure und Parteiangestellten in eine besondere Unterstützungseinrichtung hineinzunehmen. Dieses Nebeneinanderbestehen der verschiedenen Kassen mit doppelter Versicherung der Angestellten erschien als ein unhaltbarer Zustand. Die Unterstützungs-Vereinigung hätte ruhig ihre Tätigkeit einstellen können, wenn es möglich gewesen wäre, für die 74 Invaliden und die 409 Witwen mit ihren 302 Kindern eine andere Fürsorge bereitzustellen. Es kam ferner hinzu: Was sollte mit den Versicherten geschehen, die nicht die Möglichkeit hatten, einer der neu gegründeten Kassen beizutreten.

Eine Neugestaltung war notwendig. Vom 1. April haben Gewerkschaft und Partei eine Unterstützungseinrichtung, für die die Mittel gemeinsam aufgebracht werden.

Was zunächst die Leistungen anbetrifft, so wird nach der neuen Satzung für Unterstützungsfälle, die nach dem 1. April eintreten, folgendes bestimmt:

Es erhalten ehrenamtliche Gewerkschaftsfunktionäre, wenn sie durch Unfall zu Schaden gekommen sind, ebenso wie Angestellte für den Fall der Invalidität eine Unterstützung, die im Falle des Todes auch den Hinterbliebenen zuteil wird. Nach Zurücklegung des 65. Lebensjahres soll der Angestellte eine Altersunterstützung erhalten, sofern er seine bisherige Stellung aufgibt. Die Unterstützung der Angestellten bei Invalidität bemißt sich nach der Zahl der Dienstjahre, die der Angestellte in der Arbeiterbewegung zu verzeichnen hat. Sie setzt nach drei Jahren mit 20 Proz. des Gehalts ein und steigt mit jedem weiteren Jahre um 3 Proz. bis zu 80 Proz., die nach 23 Dienstjahren erreicht werden.

Beim Ableben des Angestellten erhält die Witwe 60 Proz., die Kinder 5 Proz. der Unterstützung, die dem Verstorbenen für den Fall der Invalidität gewährt worden wäre, begrenzt in der Zusammenfassung auf 80 Proz. Die Altersunterstützung soll ganz wie die Invalidenunterstützung berechnet werden.

Es werden also nicht mehr die Beitragsjahre in Anrechnung gebracht, sondern die Zeit, die für den Angestellten als Dienstjahre in der Arbeiterbewegung in Frage kommt. Die Organisation hat ihre Angestellten bei der Unterstützungs-Vereinigung anzumelden, der Angestellte zahlt seinen Beitrag an den Verband, von dem er angestellt ist. Die Kasse rechnet nur mit den Verbänden ab. Die Unternehmungen der Sozialdemokratischen Partei führen ihre Leistungen an den Parteivorstand ab, der weiter mit der Unterstützungs-Vereinigung die Abrechnung vollzieht.

Die Vereinigung sammelt kein Vermögen an, da die Aufbringung der Mittel durch die Verpflichtungen der Organisationen auf sichere Grundlage gestellt ist.

Für die Rentenempfänger der Unterstützungs-Vereinigung, die vor dem 1. April d. J. nur von dieser eine Unterstützung bezogen, mußte eine anderweitige Regelung eintreten, die sich aber an die früher gewährten Sätze anlehnt. Die Regelung geschah in folgender Weise: Es werden monatlich gezahlt:

	Witwen- unterstützung	Waisen- unterstützung
bis zu 5jähriger Mitgliedschaft	25 Mk.	4 Mk.
bis zu 10jähriger Mitgliedschaft	30 Mk.	5 Mk.
bis zu 15jähriger Mitgliedschaft	35 Mk.	6 Mk.
bis zu 20jähriger Mitgliedschaft	40 Mk.	7 Mk.
bei über 20jähriger Mitgliedschaft	50 Mk.	8 Mk.

Invalidenunterstützung:

bis zu 5jähriger Mitgliedschaft	50 Mk.
bis zu 10jähriger Mitgliedschaft	60 Mk.
bis zu 15jähriger Mitgliedschaft	70 Mk.
bei über 15jähriger Mitgliedschaft	75 Mk.

Was die Aufbringung der Mittel anbetrifft, so ist vereinbart, daß die für Verwaltung und Unterstützung notwendigen Summen auf die Partei und Gewerkschaften umgelegt werden, und zwar belastet nach den gezahlten Gehältern an die Angestellten. Vorläufig sind von der Kasse 5 Proz. des Gehalts gefordert.

Als Einzelmitglied kann nur derjenige der Unterstützungs-Vereinigung weiter angehören, der nicht in einer Gewerkschaft oder in einem Parteiunternehmen angestellt ist. Als solche Einzelmitglieder kommen im wesentlichen in Betracht Arbeitersekretäre, Kartellangestellte, freie Schriftsteller und die bisher uns angehörenden Angestellten aus anderen Korporationen der Arbeiterbewegung. Ferner diejenigen, die aus einem Anstellungsverhältnis ausgetreten sind, aber die Mitgliedschaft mit Genehmigung des Vorstandes fortgesetzt haben, oder nachdem sie bereits zehn Jahre Mitglied waren, ohne besondere Genehmigung des Vorstandes die Mitgliedschaft aufrechterhalten konnten. In diesem Zustand wird auch gegenwärtig nichts geändert.

Diese Einzelmitglieder müssen ihre Beiträge auf Postcheckkonto Berlin Nr. 8177, Robert Schmidt, einsenden. Markenquittung wird nicht mehr erteilt; das Mitglied erhält am Schluß des Jahres eine Aufrechnung der gezahlten Beiträge. Der Beitrag ist monatlich im voraus einzuzahlen, und es darf ein Rückstand über drei Monate nicht eintreten. Das Mitglied geht sonst seiner Rechte verlustig. Der Beitrag beträgt 5 Proz. des Gehalts, geht aber über 20 Mk. im Monat nicht hinaus,

da eine Gehaltssumme über 400 Mk. im Monat nicht in Anrechnung kommt. Das Einzelmitglied kann die Fortsetzung der Mitgliedschaft sich erleichtern, indem es nur die Hälfte des Beitrags zahlt. Die Folge ist dann, daß auch die eventuell in Frage kommende Unterstützung um die Hälfte gekürzt wird. Tritt später eine volle Beitragszahlung wieder ein, so sollen erst nach fünf Jahren Beitragszahlung die vollen Unterstützungssätze in Anrechnung kommen.

Die Verwaltung der Kasse ist vereinfacht. Es ist ein Verwaltungsrat gebildet, der aus den Vertretern der angeschlossenen Organisationen zusammengesetzt ist. Dieser Verwaltungsrat kann jederzeit die Statuten ändern und dient zugleich als Beschwerdeinstanz. Der Vorstand wird vom Verwaltungsrat gewählt.

Der Verwaltungsrat der Zuschuß- und Unterstützungskasse der Partei hat gemeinsam mit dem Parteivorstand beschlossen, sich der neuen Unterstützungs-Vereinigung anzuschließen. Dadurch wurde der Kreis der Versicherungsberechtigten erweitert. Alle Angestellten, die bisher der alten Unterstützungs-Vereinigung angehörten, werden jetzt ebenfalls durch den Parteivorstand bei der neuen Kasse versichert. Die Zahl der vom Parteivorstand jetzt gemeldeten Angestellten beträgt 1068.

Alle Angelegenheiten, die Unterstützungskasse betreffend, sind auch fernerhin mit dem Parteivorstand zu regeln. An denselben sind auch die Beiträge (zurzeit 6 Proz. des Gehalts) zu entrichten, und zwar auf das Konto: Zuschuß- und Unterstützungskasse der Sozialdemokratischen Partei, Berlin 95 611.

In dem Verwaltungsrat der neuen Kasse hat der Parteivorstand 4 Sitze, im Vorstand zurzeit 2. Auf je 200 Versicherte entfällt 1 Stimme im Verwaltungsrat.

Protokoll.

Eröffnungssitzung.

Mittwoch, den 11. Juni 1924, nachmittags 6 Uhr.

Der Sozialdemokratische Parteitag zu Berlin wurde am Mittwoch, den 11. Juni, abends 6 Uhr, im PlenarsitzungsSaale des Preussischen Landtags eröffnet. Nachdem der Männerchor „Fichte-Georgina 1879“ unter Leitung des Musikdirektors Knöchel das Opferlied von Beethoven und das Lied „Ich warte dein“ stimmungsvoll vorgetragen hatte, ergriff Genosse Künstler-Berlin das Wort:

Künstler-Berlin: Werte Parteigenossinnen und -genossen! Im Auftrage der Berliner Parteigenossen heiße ich die Delegierten und Gäste des Parteitags der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands herzlichst willkommen. In einer politisch äußerst bewegten Zeit, die nach Entscheidungen drängt, versammeln Sie sich als die berufenen Vertreter der in Nürnberg geeinten Sozialdemokratie zu einer Tagung, die nicht allein für die Sozialdemokratie, sondern für die gesamte deutsche Arbeiterbewegung von entscheidungsvoller Bedeutung ist. Überall da, wo proletarische Herzen der Sozialdemokratie entgegenschlagen, wo Arbeiter von den großen und heiligen Ideen des Sozialismus durchdrungen sind, wird dieser Parteitag lebhaften Widerhall finden. War Nürnberg ein Parteitag der Einigung und Sammlung, so machen Sie den Berliner Parteitag zu einem Parteitag der Waffenschmiede für unsere geeinte Sozialdemokratie! Das ist der Wunsch und die Bitte, die wir Berliner Parteigenossen dem Parteitag glauben vortragen zu dürfen. Nichts könnte mehr im Interesse der Sozialdemokratie und der gesamten deutschen Arbeiterklasse liegen, als wenn der Parteitag diesen Wunsch erfüllen würde.

Die deutsche Arbeiterklasse geht schweren Kämpfen entgegen. Die jüngsten Kämpfe der Werft- und Bergarbeiter um den Achtkundentag, um die kleinsten und bescheidensten Forderungen zur Verbesserung der Lebenslage für das Proletariat, waren erst die Vorpostengefechte der bevorstehenden großen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit. In diesen Kämpfen um das nackte Dasein braucht die Arbeiterklasse außer starken Gewerkschaften eine zielbewusste und energische Führung durch die Sozialdemokratie. (Sehr richtig!) Die Sozialdemokratie — das ist die Auffassung aller meiner Berliner Parteifreunde — ist nach wie vor die einzige Partei, die dem Proletariat Ziel und Richtung zu weisen hat. Das soll und muß in den Beschlüssen zum Ausdruck kommen, die Sie in den nächsten Tagen zu fassen haben. Von diesem ersten Parteitag der geeinten Sozialdemokratie muß ein Alarmruf an das gesamte deutsche Proletariat zur Sammlung und Kampfesentschlossenheit ergehen. Der Parteitag soll und muß die Marschrichtung angeben, die Deutschlands Arbeiterklasse in der nächsten Zeit einzuschlagen hat.

Wie im Reich so hat die hoffentlich für alle Zeit hinter uns liegende Inflationsperiode auch in Berlin unserer Parteiorganisation schweren Schaden zugefügt. Nur unter großen Opfern haben wir in der allerschlimmsten Zeit fast alle Organisationseinrichtungen aufrechterhalten können, brauchten nicht zum

Abbau unserer Sekretäre zu schreiten. Und wenn wir Berliner unseren großen Brüder in der Lindenstraße, unseren Parteivorstand in finanzieller Hinsicht zu friedensstellen konnten — das ersehen Sie auch aus dem Geschäftsbericht unseres Parteivorstandes —, so ist das nur durch die große Opferfreudigkeit aller unserer Berliner Parteigenossinnen und -genossen möglich gewesen. Als eine proletarische Organisation haben wir unter den Einwirkungen der Inflationszeit schwer zu leiden gehabt. Das hat uns in Berlin und im ganzen Reich außerordentlich geschwächt und in unserem Vorwärtstommen stark behindert. Aber wir gehen jetzt mit frohem Mut an die Aufbauarbeit in Berlin, und wir geben heute als Berliner dem Parteitag und damit unserer gesamten Partei das Versprechen, daß wir versuchen werden, in kürzester Frist alle Positionen in Berlin zurückzuerobieren im Interesse der Partei und der gesamten deutschen Arbeiterklasse.

Mögen die Gegner sich noch so sehr die Kehlen heiser schreien: die Sozialdemokratie ist dem Untergange geweiht! Wir wissen, daß wir die Kraft haben zum Leben, und daß wir stärker werden, so stark, daß wir alle unsere Gegner in den Staub zwingen werden. Wir alle werden ohne Ausnahme unsere Pflicht im Interesse der Partei tun.

Ich heiße Sie nochmals herzlichst willkommen und wünsche Ihren Beratungen den besten Erfolg. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Hierauf ergriff Genosse Crispian das Wort zu der Eröffnungsrede.

Crispian-Berlin: Genossen und Genossinnen! „Die junge deutsche Republik kämpft schwer gegen innere und äußere Gegner. Gewaltstöße der monarchistischen Reaktion erschüttern ihre Grundlagen. Der Krieg und seine Folge, der Frieden von Versailles, hat sie zum Schuldtracht der Welt gemacht. Die ungeheure Not der arbeitenden Massen dient der schrankenlosen Bereicherung weniger und fördert den Aufstieg einer Kapitalherrschaft, die das öffentliche Leben korrumpiert und sich den Staat zu unterwerfen ansetzt.“ Mit diesen Worten wurde in dem Manifest des Einigungsparteitags von Nürnberg die politische Situation geschildert, eine Charakterisierung der politischen Situation, die heute noch zutrifft, und die es uns allen verständlich macht, daß diese Situation die Einigung der sozialistischen Parteien rascher herbeiführte als viele glaubten, und die die Einigung auch ohne ernstliche Reibungen ermöglichte, die aber auch die Einigung der sozialistischen Parteien erzwungen hat. Denn es handelt sich nicht mehr darum und zu gleicher Zeit wieder noch nicht um die Übernahme der Macht durch das Proletariat. Es handelt sich vornehmlich um die Verteidigung der Republik mit allen ihren Rechten für das Proletariat als den besten und erfolgreichsten Kampfboden des Proletariats, um die Gewaltstöße der Reaktion abzuwehren, um die Gewaltmethoden jener Imperialisten vom Schlage eines Poincaré niederzukämpfen, und um die Übernahme der Macht durch das Proletariat vorzubereiten.

Wenn wir heute fragen, ob die Einigung richtig und erfolgreich war, so wollen wir zunächst beachten, was auch auf den Parteitagen ausgesprochen wurde, auf denen die Einigung vorbereitet wurde, daß die Einigung nicht ein Ereignis sein kann, das mit einem Schlage zu einem reiflosen Erfassen aller proletarischen Schichten und Richtungen führen kann, sondern daß die Einigung ein Prozeß ist, und daß die völlige Einigung des Proletariats vom Proletariat selbst erkämpft und errungen werden muß. Begleitet von harten Erfahrungen und von Einsichten, die auch diejenigen Schichten des Proletariats in die Bahn zur gesamten Einigung drängen, die heute diese Aufgabe der Gegenwart für die sozialistische Bewegung aller Länder noch nicht erkannt haben. Daß die Einigung richtig war, lehrt uns nicht zuletzt auch das Schicksal jener Gruppen, die die Einigung nicht mitgemacht haben: der Zerfall des Restes der Unabhängigen Sozialdemokratie, die sich bereits gespalten hat, eine

Spaltung, die sich in der Errichtung eines sozialistischen Bundes ausdrückt, der typischen Verfallerscheinung, einer Bewegung, die sektiererhaft geworden ist.

Auf der anderen Seite sehen wir, daß die bolschewistische Bewegung auch in Deutschland organisatorisch keinen Fortschritt macht und damit auch politisch keine Rolle spielen kann. Denn in der Organisation, in ihrem Leben und Aufsteigen liegt die Grundbedingung für politische Wirkungsmöglichkeiten und Erfolge. Wer die bolschewistische Bewegung auch in Deutschland so kennengelernt hat, wie wir Sozialisten, die sie als ihre Hauptfeinde betrachtet, wer sie in ihrem Auftreten im Reichstag beobachtet hat, der sieht, daß sich die Führung der Bolschewisten enthüllt als ein Sammelsurium wildgewordener Kleinbürger und Intellektueller, unausgebildeter, rückständiger Arbeiter und von Elementen, die käuflich sind. Die bolschewistische Bewegung ist von Syndikalisten und Anarchisten durchsetzt. In dieser Zeit, wo die Republik und der Sozialismus aufs äußerste von der kapitalistischen Reaktion und von der wilden bolschewistischen Bewegung bedroht wurden, war die Einigung die Rettung des Sozialismus in Deutschland, die Stärkung des Sozialismus auf internationalem Gebiet.

Ob die Einigung erfolgreich war, auf diese Frage gibt uns auch der Stand unserer eigenen Parteibewegung Antwort. Die Sozialdemokratische Partei hat sich selbst in der furchtbaren Krisen- und Inflationszeit im Sommer und im Herbst 1923 behauptet und sie ist jetzt wieder organisatorisch im Aufstieg begriffen. Wir konnten eine Reihe neuer Einrichtungen treffen und unseren Genossen neue Waffen geben. Wir sehen überall in unserer Organisation, daß Tatkraft und Kampfwille wieder lebendig geworden sind. Die Vereinigte Sozialdemokratie hat sich in einem Wahlkampf relativ gut behauptet, in dem wir von der bürgerlichen Reaktion und von den Bolschewisten — da besteht eine Einheitsfront von Reventlow bis zu Frau Gohlske — vernichtet werden sollten. Wir haben uns relativ gut behauptet und haben das darin auch öffentlich bekunden können, daß unsere Fraktion im Reichstag bereits wieder Angriffsaktionen unternommen und neu vorbereitet hat, die sich gegen die übermäßige Belastung der arbeitenden Massen richten. Sie brauchen nur einen Blick auf die Anträge der Fraktion im neuen Reichstag zu werfen, um zu erkennen, daß wir jetzt wieder ein Stadium erreicht haben, in dem wir uns nicht mehr auf dem Rückzug vor der marschierenden Reaktion befinden, sondern wo der Rückzug bereits zum Stillstand gekommen ist und umfassende Angriffsaktionen vorbereitet werden können.

Nun das Wichtigste. Die Einigung in Deutschland hat beschleunigend auf die internationale Einigung gewirkt. Die wiedererstandene sozialistische Internationale ist einer der größten Beweise für die Erfolge der Einigung der sozialistischen Parteien in Deutschland. Die Bildung der sozialistischen Arbeiterinternationale und ihr inniges Zusammenarbeiten mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund wirken günstig auf die Entwicklung der sozialistischen Bewegung in allen Ländern und auf die Gestaltung der Reparationsfrage. Die Reparationsfrage in all ihren internationalen und nationalen Ausmaßen, die Frage, ob Krieg oder Frieden sein soll, das ist die politische Frage der Gegenwart, und von der Lösung dieser Frage hängen Leben und Sterben der sozialistischen Bewegung und von Millionen Proletariern in allen Ländern ab. (Zustimmung.) Das erkannt zu haben und an der Lösung der Reparationsfrage im Sinne einer friedlichen Lösung auf wirtschaftlicher Grundlage konsequent und unerbitterlich gearbeitet zu haben, das ist das weltgeschichtliche Verdienst der sozialistischen Internationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Wir sehen auf internationalem Gebiet, daß schon vor der Wiedererrichtung der sozialistischen Arbeiterinternationale von drei Punkten aus an einer friedlichen Lösung des Reparationsproblems gearbeitet wurde: von London aus, dem

Sitz der zweiten Internationale, von Amsterdam aus, dem Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes, und von Wien aus, dem Sitz der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien. Wir haben insbesondere in der Frage der Reparationen, obgleich wir organisatorisch damals noch keine Einheit bildeten, in vollkommener Einmütigkeit gearbeitet und unsere Entschlüsse gefaßt. Ich verweise insbesondere auf die internationalen Konferenzen im Jahre 1921, in Frankfurt im Jahre 1922, in Hamburg im Jahre 1923, in Luxemburg und Wien im Jahre 1924. Wir haben erlebt, daß die Arbeit, die wir von drei Punkten aus aufnahmen, uns immer näherbrachte und zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft führte und so die Einigung auf internationaler Grundlage mächtig förderte. Heute können wir feststellen, daß der Krieg, der nationalistiche Siegestaumel und der Bolschewismus wohl manch eine sozialistische Organisation zer schlagen haben, daß aber der Sozialismus lebendig blieb und sich von neuem die organisatorischen Formen schuf, die er brauchte, um sich mit größerer Stärke wieder betätigen zu können.

In der Reparationsfrage waren wir uns einig, daß der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete eine der wesentlichsten Voraussetzungen für den Frieden Europas und der übrigen Welt ist. Die Durchführung der Reparationen mußte begrenzt werden von den wirtschaftlichen Möglichkeiten. Als Bedingungen stellten wir auf unseren internationalen Konferenzen ferner auf: die Notwendigkeit eines vollständigen und aufrichtigen Uebereinkommens der beteiligten Länder, den Verzicht auf die Methoden der Gewalt und des Zwangs und der Gebietsbefestigungen und eine Beschränkung der Reparationen auf die wirklichen materiellen Schäden unter Verzicht auf alle Lasten ähnlich denen der Militärpensionen. Die Widerstände, die sich unseren Bestrebungen auf dem Gebiet der Reparationsfragen entgegenstellten, waren ungeheuer groß. Sie waren vorhanden in dem siegestrunkenen internationalen Kapitalismus, in der inneren kapitalistischen Reaktion und in der bolschewistischen Bewegung in allen ihren Spielarten.

Aber auf unserer Seite standen fördernde Kräfte, und da war es vor allen Dingen die Tatsache, die immer klarer wurde, daß die Gewaltmethoden, mit denen die Reparationsfrage gelöst werden sollte, daß die Belastungen Deutschlands über ein erträgliches Maß hinaus auch verderblich selbst auf die sogenannten siegreichen Staaten wirkten, daß deren Maßnahmen, die sich gegen Deutschland richteten, sich zugleich auch gegen die arbeitenden Massen in Frankreich, England, Belgien, Italien und sogar in den Vereinigten Staaten richteten. Das Resultat der Versuche, die Reparationsfrage, die Frage, ob Krieg oder Frieden sein soll, durch Gewaltmethoden zu lösen, ist eine ungeheuerliche Krise mitten in Europa, eine Störung der Weltwirtschaft, eine Weltwirtschaftsanarchie.

Zu den fördernden Kräften gehörte vor allem die Erstarkung der sozialistischen Bewegung in den verschiedenen Ländern. Die Sozialisten haben auf den internationalen Konferenzen die Verpflichtung übernommen, in jedem Lande auf ihre Regierung und auf die widerspenstigen Parteien einzuwirken, damit Vernunft und Verständigung und internationales Zusammenarbeiten der Völker sich endlich durchsetzen können.

Wir Sozialisten in Deutschland übernahmen die Verpflichtung vor der Internationale, in Deutschland den Erfüllungsgedanken durchzusetzen gegen alle Widerstände der Bürgerlichen und der Bolschewisten. Wir übernahmen ferner die Verpflichtung vor dem deutschen Proletariat, unsere ganze Kraft einzusetzen, daß bei der Durchführung der Reparationsfrage im Lande selbst die Belastung nach sozial gerechten Grundsätzen erfolgt. Wir verstehen darunter keine Gerechtigkeit im bürgerlichen Sinn. Wir wissen, daß Moral und Gerechtigkeit in einer Klassengesellschaft sich nicht durchsetzen können. Wir verstehen unter sozial ge-

rechter Belastung ganz bestimmte Maßnahmen zum Schutz der arbeitenden Massen und zu einer ausreichenden Heranziehung der Besitzenden.

Wenn wir nun fragen, wie die sozialistischen Parteien in den verschiedenen Ländern ihre Pflicht erfüllt haben, dann will ich zunächst feststellen: die sozialistische Internationale wird erst in einem verstärkten Maße eine Organisation internationaler Aktionen sein können, die sich auf Aufgebot von Massen stützen, wenn wir dafür die Vorbedingungen in den einzelnen Parteien geschaffen haben. Aber auch ohne daß wir bisher große nationale Massenaktionen mit direkten Wirkungen ermöglichen konnten, können wir sagen, daß unsere sozialistische Internationale erfolgreiche Arbeit geleistet hat, die sich zum Segen für die Völker auswirken wird. Wir arbeiteten ohne Geffapper, ohne großes Geschrei, wie das die Bolschewisten tun, deren Geschrei in Widerspruch zu den Resultaten ihrer internationalen Betätigung steht. (Sehr richtig!)

Ich blicke nach Frankreich hinüber und will bei Beginn des Parteitagcs, in dessen Mittelpunkt das große internationale Problem der Reparationsfrage steht, gern anerkennen, daß es im Parlament in Frankreich nicht einen Genossen gegeben hat, der dem Friedensvertrag von Versailles seine Zustimmung gab (lebhafter Beifall), daß im Gegenteil einmütig von unseren Genossen dort der Friedensvertrag als eine Vergewaltigung eines mehrlosen Landes und Volkes bekämpft wurde. Ich denke an die Rede unseres Genossen Blum auf dem Gründungstongreß der Sozialistischen Arbeiterinternationale in Hamburg 1923, in der er ausführte, es habe ihn besonders verletzt, daß man in dem Vertrag, der Deutschland aufgezungen wurde, erklärt habe, daß Deutschland allein schuld am Kriege sei. Blum sagte als Franzose: „Dieses erzwungene Eingeständnis hat keine Bedeutung, es hätte nur Bedeutung, wenn ein solches Bekenntnis freiwillig abgegeben worden wäre.“ (Sehr richtig!) Das wollen wir festhalten als die Äußerung eines französischen Sozialisten, von denen dieser Tage im Reichstag ein Völkischer erklärte, sie wären bessere Patrioten als die deutschen Sozialisten.

Wir wollen ferner feststellen, daß unsere Genossen in Frankreich gegen die Art, Ultimate zu stellen, den heftigsten Widerstand geleistet haben, wie auch gegen die Besetzung des Ruhrgebiets. Wir müssen dabei noch berücksichtigen, daß Frankreich eine ungeheure Schuldenlast von 100 Goldmilliarden mit sich schleppt, die Jahr für Jahr verzinzt werden soll. Wir wollen nicht verkennen, daß Frankreich außerdem große Summen für den Wiederaufbau aufbringen mußte und daß in Frankreich auch eine große Bcforgnis auf dem Gebiete der Frage der Sicherheiten besteht, besonders deshalb, weil in Deutschland die Völkischen und die Bolschewisten fortwährend neue Kriegsgehen vor allen Dingen gegen Frankreich zu entfachen sich bemühen. Wir haben das andere Frankreich kennen gelernt, das Frankreich der Sozialisten und der arbeitenden Massen, die bereit waren, sich mit den deutschen Arbeitern über einen gemeinsamen Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu verständigen, um damit allen Völkern ein Beispiel zu geben, man sei bereit, die Versöhnung an die Stelle des Krieges treten zu lassen. (Bravoo!) Ich erinnere an das Abkommen des Verbandes der sozialen Baubetriebe in Deutschland mit dem Aktionsausschuß der zerstörten Gebiete in Frankreich, das nicht durchgeführt werden konnte, weil die Besetzung des Ruhrgebiets dazwischen kam. Wir wollen nicht vergessen, daß unsere Genossen aus Frankreich immer wieder erklärt haben: in dem Bestand der deutschen Republik sehen wir Sozialisten und sehen auch die Demokraten und die Republikaner Frankreichs die einzige Garantie für den Frieden in Europa wie in der ganzen Welt. (Beifall.) Unsere Genossen in Frankreich erklärten: die Besetzung des Ruhrgebiets ist ein Schlag ins Gesicht der deutschen Republik und der deutschen

Sozialisten, den einzig zuverlässigen Trägern der Republik und ihrer Fortentwicklung zum Sozialismus in Deutschland.

Wir wollen ferner feststellen, daß unsere Genossen aus Frankreich erklärt haben: wir Franzosen haben den Reparationsplan der Frankfurter Konferenz gutgeheißen und wir geben euch unser Wort, daß wir in Frankreich alles daran setzen werden, um die Politik Poincarés zum Scheitern zu bringen und auch in Frankreich eine republikanische und sozialistische Politik durchzusetzen. Das sprach der Genosse Blum im Mai 1923, als der bloc national in Frankreich in seiner Vollkraft vor uns stand und wo nur schwer der Glaube in uns hochkommen konnte, daß diese Herrlichkeit des nationalen Blads in Frankreich in absehbarer Zeit ihr Ende finden könnte. Und schon im Mai 1924 lag der bloc national jershmeteri da, und in Frankreich ist gegenwärtig die Situation so, daß gegen die Sozialisten, ja daß nicht einmal ohne die Sozialisten regiert und Politik getrieben werden kann. (Lebhafter Beifall.) Das müssen wir um so höher anerkennen, weil gerade in Frankreich die sozialistische und die gewerkschaftliche Bewegung mit die schwersten Schläge durch die bolschewistische Zerstörungsarbeit empfangen hatte. (Sehr richtig!) Und doch sehen wir, was der Glaube an den Sozialismus vermag, daß Aussharren und Nichtverzweifeln, daß Kämpfen zum Erfolg führen muß, wenn wir uns nicht beirren lassen. (Beifall.)

Ein Wort der Anerkennung gebührt auch den belgischen Genossen, die sich in allen Fragen der Reparation vollkommen auf den Boden der französischen Sozialisten gestellt haben. Die Genossen Vandervelde, De Brouckere und Hunsmans und andere haben im Parlament und außerhalb des Parlaments einen unermüdlichen Kampf gegen den Gewaltfrieden und gegen die Gewaltmaßnahmen geführt.

Selbst unsere Genossen aus Italien, wo der Sozialismus zunächst vom Faschismus erdrückt wurde, haben ihre Vertreter auf unsere Konferenzen geschickt. Die italienischen Genossen Matteotti, Modigliano und andere haben sich eifrig an der Lösung der Reparationsfragen beteiligt, nicht im Sinne einer nationalen Lösung ihres eigenen Landes, sondern einer internationalen proletarischen Lösung.

Wenn wir nach England blicken, können wir mit Genugtuung feststellen, daß auch Genosse Macdonald einer der eifrigsten Mitarbeiter auf unseren internationalen Konferenzen gewesen ist, daß er auch in England mit den übrigen Genossen immer wieder versuchte, die Massen gegen die Politik Poincarés mobil zu machen. Die englische Bourgeoisie stand vor den Resultaten ihrer eigenen Politik ratlos da, die kapitalistische Politik hatte in England zu einer Abschlottung und gewaltigen Arbeitslosigkeit geführt. Die englische Industrie ist gezwungen, über 30 Prozent ihrer Erträge im Ausland abzusetzen. Die englische Bourgeoisie mußte keinen anderen Ausweg, als die Rückkehr zu ihren alten Parolen: Schutz Zoll oder Freihandel? Die englische Bourgeoisie glaubte, Schutz Zölle als Kampfzölle gegen die Zollpolitik der Vereinigten Staaten, Spaniens, Italiens, der Balkanstaaten, der Randstaaten und gegen die Konkurrenz der valutaschwachen Länder einführen zu können. Es ist bemerkenswert, daß unsere Genossen in England auf diese bürgerlichen Kampfpapolen bei der Eröffnung des Wahlkampfes antworteten, der mit der Bildung der Arbeiterregierung geendet hat. Die Genossen Clynes und Henderson erklärten schon beim Beginn des Wahlkampfes: die Arbeiterpartei lehnt es ab, in der Frage der bürgerlichen Politik Partei zu ergreifen, sie lehnt es ab, für Freihandel oder Schutz Zoll den Kampf zu führen, sie setzt der bürgerlichen Wirtschaftspolitik die sozialistische entgegen und wird auf ihre Fahne schreiben: Sozialisierung, Vergesellschaftung, plannmäßige Wirtschaft. Englische Genossen haben im Wahl-

kampf erklärt: wenn sich im bürgerlichen Lager die mächtigen Herren zusammenfinden, um ihre imperialistischen Pläne durchzuführen, um einen Raubzug im großen zu veranstalten, dann nennt man das die Bildung eines Kriegsrats; und wenn sich die siegreichen Kapitalisten vereinigen, um andere Völker auszuplündern, dann nennt man das Reparationskommission. Wir sehen daraus, daß wir in der Beurteilung der Fragen der Reparation und des Friedensvertrags überall bei Sozialisten Verständnis und Unterstützung gefunden haben.

Nun haben wir in England eine Arbeiterregierung, eine Minderheitsregierung, und es fällt keinem ein, zu behaupten, diese Regierung wäre imstande, eine rein sozialistische Politik zu betreiben. Aber ich frage: gibt es einen Sozialisten in Deutschland oder in einem anderen Lande, der deshalb unsere Genossen in England des Verrats an den sozialistischen Ideen zu bezichtigen mag? (Sehr gut!) Oder würde ein Mensch zu behaupten wagen, daß unsere englischen Sozialisten die sozialistischen Ziele aufgegeben hätten? Das tun sie nicht. Sie wissen und finden Verständnis bei den arbeitenden Massen, daß sie nun eine Position gezogen haben, von der aus sie eine rein sozialistische Politik vorbereiten wollen und von der aus sie den Kampf um die anderen Ziele der sozialistischen Bewegung organisieren wollen. Was diese Regierung bedeutungsvoll macht und ihr weltgeschichtliche Bedeutung gibt, das ist die Tatsache, daß vor aller Welt bekannt wird, daß auch Arbeiter imstande sind, eine Regierung zu führen. (Sehr richtig!)

Das ist ein großer moralischer Gewinn, den wir nicht hoch genug an schlagen können. Blicken Sie auf die Arbeiter in der englischen Arbeiterregierung, lesen Sie Engels Buch über die Lage der arbeitenden Klassen in England aus den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, lesen Sie auch die Schilderung von Marx über die Lage der arbeitenden Klassen in der Morgenröte des Kapitalismus! Vergleichen Sie jene Arbeiter mit denen, die nach einem Jahrhundert heute in der englischen Arbeiterregierung sitzen! Dann wage es noch einer zu betreiten, daß die sozialistische Arbeiterbewegung keine Erfolge bringen könne, keinen Aufschwung darstelle und nicht verwirklichen könne, was sie als historische Mission übernommen habe.

Der ganze Parteitag wird darin einig sein, daß wir von dieser Stelle aus unsere Genossen in Frankreich, Belgien, in Italien und England, in Oesterreich und in Dänemark und auch unsere Genossen in Rußland grüßen, (Bravo!) die unter besonders schweren Umständen dem Sozialismus die Treue halten. Wir beglückwünschen die Genossen in allen Ländern, die der internationalen Organisation angehören, zu ihrem Vordringen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Wir geloben von dieser Stelle aus, in Deutschland unsere ganze Kraft daran zu setzen, damit wir mit unseren Bruderparteien der übrigen Länder in gleichem Schritt marschieren, um dann mit ihnen die letzten Burgen des Kapitalismus niederzubrechen und den Sozialismus zum Sieg führen. (Bravo!)

Aus diesen Betrachtungen über den Stand der internationalen Arbeiterbewegung und den Feststellungen der Betätigung unserer Genossen in den verschiedenen Ländern ergeben sich die Schlußfolgerungen für uns in Deutschland von selbst. Wir haben drei wichtige Etappen in Deutschland bis zum Friedensvertrag von Versailles, bis zum Ultimatum von London und bis zum Gutachten, um dessen Durchführung jetzt in Deutschland der Kampf entbrannt ist. Durch die Annahme des Gutachtens in Deutschland haben wir endlich als sozialistische Bewegung Boden unter den Füßen bekommen, haben wir die Hände frei bekommen für unseren Kampf gegen eine Lastenverteilung, zuungunsten der arbeitenden Massen. Daß wir entschlossen sind, auf diesem Gebiete unsere ganze Kraft einzusetzen, beweist schon die kurze Betätigung der neuen Fraktion im frisch gewählten Reichstag. Wir machen kein Hehl daraus — wir sprechen das offen aus, und ich

sage es durchaus nicht nur als deutscher Sozialdemokrat, sondern aus meiner Kenntnis der internationalen Auffassungen unserer Genossen —, daß das Gutachten keine sozialistische Lösung der Reparationsfrage darstellt. (Sehr richtig!) Hätten wir schon die Macht, die Reparationsfrage sozialistisch zu lösen, wir würden mit unseren Genossen aus dem Ausland in einer Stunde darüber einig sein und durch eine einmütige Tat beweisen, wie ernst es uns mit der Durchführung des Sozialismus ist. (Bravo!)

Das Gutachten stellt eine kapitalistische Lösung der Reparationsfrage dar. Wir können gegenwärtig diese Lösung durch eine rein sozialistische nicht ersetzen, wir haben noch nicht die Macht dazu, die wir einst sicher bekommen werden. Vorläufig können wir nur Widerlungen erkämpfen, uns Atem und Lebenskraft verschaffen, um endlich zu größeren sozialistischen Aktionen zu kommen. Wenn es nun keine sozialistische Lösung ist, dann wollen wir uns doch die Genugtuung nicht verjagen, festzustellen, daß sich in dem Gutachten im Prinzip eine Kapitulation der Bürgerlichen vor dem Margismus ausdrückt, weil endlich auch die Bürgerlichen begriffen haben, daß mit der Bezeichnung von Gebieten, mit Gewalt und Vergewaltigung wirtschaftliche Fragen nicht gelöst werden können, daß sie nur auf wirtschaftlicher Grundlage zu lösen sind. (Sehr richtig!) Die bürgerlichen Herrschaften, die gegen den Margismus kämpfen, spüren gar nicht, wie sehr sie schon selbst dem Margismus zu verfallen beginnen. Das ist ein erster wichtiger Sündenfall. Es liegt an uns, dafür zu sorgen, daß ihm weitere folgen.

Darum ist die Zustimmung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei zum Gutachten nicht etwa ein Vertrauensvotum für irgendeine kapitalistische Regierung, sondern der Ausdruck des Vertrauens zu unseren Genossen in England, Frankreich, Belgien und Italien, zu unserer eigenen Internationale, zu unserer eigenen sozialistischen Bewegung. (Beifall und Händeklatschen.)

Wir ziehen daher aus diesen Betrachtungen die Lehre, daß einmal die Kapitalisten vor dem Margismus kapitulieren müssen. Sie müssen Methoden aufgeben, durch die die wirtschaftlichen Weltprobleme nicht gelöst werden können. Fünf Jahre bitteren Glendes mußten erst vergehen, bevor sich diese Erkenntnis endlich Bahn gebrochen hat. Die andere Lehre ist, daß die Bolschewisten keine Zukunftsaussichten haben, die nur politische Brunnenvergiftung und Brandstiftung betreiben, die unfähig sind, irgendeine Aktion gegen den Kapitalismus durchzuführen. Nennen Sie uns nur eine einzige internationale Aktion der bolschewistischen Internationale gegen den Kapitalismus! Sie werden keine nennen können. (Sehr richtig!) Spaltungen, Vergiftungen und Stänkereien in der Arbeiterbewegung bringen sie fertig und nichts anderes. Der Bolschewismus endet im Faschismus. (Sehr gut!) Das sehen wir in Ungarn, in Bayern, in Italien und auch in Rußland, wo im Grunde nichts anderes als der Faschismus wütet. Wir kennen die Seelenverwandtschaft zwischen einem Kudentow, einem Sinowjew und seiner politischen Kreatur, der Frau Gohle, die sich in die Hände arbeiten. Wenn wir sehen, daß unsere Genossen in den anderen Ländern marschieren, dann wollen auch wir unsere ganze Kraft daran setzen, daß wir in Deutschland wieder marschieren mit entrollten Fahnen, damit wir von neuem endlich unserem Hauptfeind, dem Kapitalismus entgegentreten können.

So treten wir zum ersten Parteitag der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei zusammen, den wir seit der Einigung haben. Wir Sozialdemokraten, die wir uns mit Stolz Sozialdemokraten nennen und uns der geschichtlichen Aufgaben bewußt sind, die wir zu erfüllen haben, wollen keinen Augenblick während unserer Tagung vergessen, daß unsere kapitalistischen und auch unsere bolschewistischen Gegner mit böswilliger Arglist jedes Wort, das hier gesprochen wird, jeden Beschluß in der Hoffnung belauern, eine neue Handhabe zum Kampf gegen

die sozialistische Bewegung zu bekommen. Wir wollen aber keinen Augenblick vergessen, daß unsere Genossen in Deutschland und in den übrigen Ländern mit Spannung unsere Entschlüsse erwarten. Sorgen wir dafür, daß keine Erwartung unserer Genossen im Lande und in der Internationale enttäuscht wird. Vergessen wir nicht, daß jeder einzelne von uns für den Erfolg der Tagung verantwortlich ist. Beweisen wir, daß sich jeder einzelne der Verantwortung bewußt ist und sich ihr als würdig erweist. Dem Parteitag, der jetzt zusammentritt, gebe ich die Schlußfäße aus unserem Manifest von Nürnberg als Geleitwort auf den Weg:

„In der Einigkeit liegt die Kraft!
Haltet dem Ganzen die Treue,
Wie ihr sie den einzelnen Teilen gehalten habt!
Seid brüderlich im Rat,
Einig in der Tat!
Duldet keine Zersplitterung!

Werbt und wirkt mit verdoppelter Kraft für unsere gemeinsame große Sache!
(Anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Im Auftrag des Parteivorstandes eröffne ich hiermit den Parteitag der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Wir schreiten zur Konstituierung des Parteitags und zwar zunächst zur Wahl des Vorsitzenden. Ich bitte um Vorschläge.

W. Widmann-Offenbach: Ich schlage als Vorsitzenden die beiden Mitglieder des Parteivorstandes Wels und Dittmann-Berlin vor.

Zu Vorsitzenden werden gewählt Otto Wels und Wilhelm Dittmann-Berlin.

Vorsitzender Wels: Parteigenossinnen und -genossen! Ich danke Ihnen zugleich im Namen des Kollegen Dittmann für die Ehre und das Vertrauen, das Sie uns durch diese Wahl ausgesprochen haben. Wir verpflichten uns, die Geschäfte des Parteitags in strengster Objektivität zu führen, und bitten die Delegierten von vornherein um Unterstützung durch genaueste Beachtung der Geschäftsordnung.

Ehe ich zur Konstituierung des weiteren Bureaus schreite, unterziehe ich mich mit Ihrer Zustimmung der Pflicht, die schmerzlich und hart auf uns liegt, wir müssen derer gedenken, die seit Jahrzehnten an den Parteitagen der deutschen Sozialdemokratie teilgenommen haben und heute nicht mehr unter uns weilen. (Die Versammlung erhebt sich.)

Die Zahl derer, die uns der Tod entzissen hat, ist groß. Ich zähle nicht alle auf, die es verdienten, hier genannt zu werden, nur einige will ich nennen, denn die große Zahl derer, die unermüdlich für die Partei tätig waren, aufzuzählen, ist unmöglich. Unter uns weilt nicht mehr, den wir als Nestor unserer Partei kannten, der als Präsident der Nationalversammlung und auf dem Einigungskongreß in Nürnberg fungierte und das als den schönsten Augenblick und die höchste Ehrung seines Lebens bezeichnete, Wilhelm Pfannkuch, sein kluger Mund ist verstummt, die munteren Augen sind geschlossen.

Eine große Zahl anderer Veteranen der Bewegung, die in den einzelnen Bezirken und in der Partei bekannt waren, weilt nicht mehr unter uns: Wilhelm Klees im Alter von weit über 80 Jahren, Robert Conrad, der lange um die Wiederaufnahme der Partei gekämpft, ihr immer die Treue gehalten hat und erst vor wenigen Jahren wieder Mitglied der Partei wurde: Genosse Weigand und Julie von Bollmar, Eduard Wehder in Sonneberg, Bogtherr, Groger, Martow, einer derjenigen, der hier in Berlin von den heutigen Gewaltgebern in Rußland verjagt sein Leben beschloß, Martow, der geachtet und verfolgt von den zaristischen Schergen Freiheit in seinem Vaterland nur während kurzer Monate empfand, der die große Anklage unter den Toten gegen die heutigen Gewaltgeber in Rußland bildet, ein Zeuge für die Unkultur, die Verfolgungs-

sucht im heutigen Rußland. Wir betrauern die Schar der Parteigenossen, die bei der Besetzung der Kruppwerke von französischen Kugeln dahingerafft worden sind, Leimpeters, Potorny, Führer der Bergarbeiterbewegung, Manasse, der ein wahrhaft edler Charakter hier in Berlin die Augen schloß, unseren Genossen Joseph Meier, der durch bayerische Landespolizei in Nürnberg erschossen wurde, Giesländer, Sanfion, Massini, Dreher, aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung jedem bekannt; Balthasar, Cramer in Darmstadt, in seiner engeren Heimat jedem bekannt, vom Parteivorstand Franz Krüger, auf den wir die größten Hoffnungen setzten, unseren geschäftstüchtigen Otto Heinrich. Weiter beklagen wir den Tod des Mannes, der in Berlin vor Jahren den Genossen Singer mit Rat und Tat zur Seite stand, den Genossen Bading, ferner Adoff Ritter, Körsten und einer der Führer unserer schlesischen Partei Gustav Scholich sind es, die ich nur nennen will, um zu zeigen, wie groß die Ernte des Todes in unseren Reihen gewesen ist. Das weist uns aber darauf hin, daß neue Kräfte wachsen müssen, daß die alten Kämpen ersetzt werden müssen. Wir wissen, daß wir im Geist der Verstorbenen handeln, wenn wir den Worten des Kampfliedes folgen:

Das ist das Große, das herrliche auf der West,
Daß das Banner steht, wenn der Mann auch fällt!

Sie haben sich zu Ehren der Verstorbenen erhoben. Ich danke Ihnen.

Als Schriftführer werden darauf auf Vorschlag des Genossen La u - Hannover gewählt: Frau Margarete Wengels-Berlin, Frau Sophie Christmann-Barmen, Max Blumtritt-Hof a. S., Richard Engelmann-Annaberg, Oskar Trinks-Karlsruhe, Karl Markwardt-Büneburg, Erich Wachtel-Weilburg, Alfred Dregger-Lübeck, Grete Jabe-Hamburg.

In die Mandatsprüfungs- und Beschwerdekommmission werden auf Vorschlag des Genossen Krüger-Brandenburg gewählt: Bertha Thiel-Deipzig, Paul Kießena, Eckstein-Breslau, Heinrich Wassermann-Schöningen, Robert Hörtinger-Köln, August Horn-Stettin, Max Warden-Rödingsberg, Karl Müller-Reddinghausen und Richard Hansen-Kiel.

Vorsitzender Wels: Dann hätten wir uns eine Geschäftsordnung für unsere Verhandlungen zu geben. Ich schlage vor, die Geschäftsordnung, die in Ihren Drucksachen enthalten ist, wiederum für die Geschäftsordnung dieses Parteitags als Grundlage zu nehmen. — Andere Vorschläge höre ich nicht. — Dann steht diese Geschäftsordnung fest.

Zu der vorliegenden Tagesordnung sind Anträge eingegangen, zunächst der Antrag I, Hamburg:

Auf die Tagesordnung des Parteitages ist zu setzen: die Stellung der Sozialdemokratie zu den Angriffen auf die sozial- und wirtschaftspolitischen Rechte der Arbeitnehmerschaft.

Ich bitte, von einer Erweiterung der Tagesordnung Abstand zu nehmen, weil in den Referaten die Verhandlung der durch den Antrag gewünschten Fragen bereits garantiert ist und die Tagesordnung eine Belastung durch neue Gegenstände nicht verträgt.

Der Antrag wird abgelehnt

Vorsitzender Wels: Antrag II, Zwickau-Plauen, sagt:

Auf die Tagesordnung zu setzen: Bericht der Programmkommission.

Dieser Tagesordnungspunkt ist unnötig, weil ein Mitglied der Programmkommission über die bisherigen Arbeiten Bericht erstatten wird. Es war nicht möglich, die Arbeiten so zu fördern, daß dem Parteitag ein Programm vorgelegt werden konnte. Selbstverständlich ist die Auffassung aller für die Führung der Partei Verantwortlichen, das, was auf diesem Parteitag nicht möglich war, auf dem nächsten zu erledigen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Vorsitzender **Wels**: Ein Antrag III, Dresden, fordert:

Zu Punkt 3 der Tagesordnung des Reichsparteitags, Bericht der Reichstagsfraktion, ist einem Vertreter der Fraktionsminderheit als Korreferent das Wort gegeben.

Es liegt ein genügend unterstützter Antrag beim Bureau vor, wir werden morgen Vormittag bei Beginn der Sitzung über den Antrag abstimmen, da der Saal nicht nur von den Delegierten, sondern auch von Zuhörern und Gästen besetzt ist.

Marxwald-Frankfurt (zur Geschäftsordnung): Von den Frankfurter Parteigenossen ist rechtzeitig der Antrag eingebacht worden, die Aufstellung eines Kandidaten für die Wahl des Reichspräsidenten auf die Tagesordnung zu setzen. Wenn davon nichts bekannt ist, muß der Antrag beim Parteivorstand verloren gegangen sein.

Vorsitzender **Wels**: Ich kann den Genossen Marxwald beruhigen, beim Parteivorstand gehen keine Anträge verloren.

Einige Anträge sind nicht veröffentlicht worden. Der von Frankfurt gestellte Antrag enthält auch etwas anderes, als was Genosse Marxwald eben gesagt hat. Es sind Anträge gestellt worden, die den Ausschluß des Genossen Ebert vom Parteitag fordern. (Rufe: Psiu!) Diese Anträge sind nicht veröffentlicht worden, weil der Parteitag nicht die Instanz ist, die das Ausschlußverfahren auszuüben hat. Das Ausschlußverfahren ist durch das Organisationsstatut geregelt. Im übrigen bitte ich darum, von der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Anträge abzusehen. Ich habe nichts dagegen, wenn morgen darüber gesprochen wird. Heute wollen wir die Eröffnungssitzung damit nicht aufhalten.

Weitere Anträge zur Tagesordnung liegen nicht vor, die Tagesordnung steht somit in der vorgelegten Form fest.

Parteigenossen! Wir haben heute wieder die Freude, eine Anzahl Vertreter unserer Bruderparteien hier zu begrüßen. Die Deutsche Sozialdemokratie konnte zu ihrem Leidwesen während der Inflationszeit den zahlreichen Einladungen unserer ausländischen Freunde nicht Folge leisten. Durch den Währungsverfall ist alles entschuldigt, was wir in Erfüllung internationaler Verpflichtungen versäumt haben. Unsere Genossen im Ausland aber wissen, daß unsere Herzen ihnen mit der alten Liebe zuschlagen.

In unserer Mitte ist erschienen Genosse de Brouckère als Vertreter der Sozialistischen Arbeiterinternationale, die soeben ihre Tagung in Wien beendet hat. Er ist zugleich als Vertreter unserer belgischen Bruderpartei erschienen und wird Ihnen die Grüße der Arbeiterinternationale und der belgischen Partei übermitteln. Wir begrüßen auch unsere Genossin Miß Bell als Vertreterin der englischen Arbeiterpartei und unseren alten Freund, den Genossen Andersen aus Dänemark. Ferner sind erschienen Genosse Voogd aus Holland und Genosse Pohl als Vertreter der Deutschen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei, ferner Genosse Dan als Vertreter der russischen Sozialistischen Arbeiterpartei, der in Deutschland im Exil ist, den Genossen Lewin von den russischen Sozialrevolutionären und die Genossen Franzisko L. Caballero, Andrés Saboril Coloner und A. Fabra Ribas aus Spanien.

De Brouckère, mit lebhaftem Beifall begrüßt, hält seine Ansprache in französischer Sprache.

Zur Uebersetzung erhält das Wort die Genossin Sender.

Sender-Frankfurt a. M.: Genosse de Brouckère führte folgendes aus: Ich muß mich zuerst bei Ihnen entschuldigen, daß ich nicht imstande bin, in Ihrer Sprache das Wort an Sie zu richten, sondern mich der französischen Sprache bedienen muß. Ich komme zu Ihnen mit einem doppelten Mandat. Meine Freunde von der belgischen Arbeiterpartei haben mich beauftragt, Eurem Kon-

greß guten Erfolg zu wünschen, und ich habe zugleich ein Mandat von der Organisation der Internationalen Arbeiter, die die Einheit des Proletariats realisieren will. Die internationale Solidarität ist in keinem Augenblick so notwendig gewesen wie gegenwärtig, um der überall anwachsenden Reaktion, die immer gefährlichere Formen annimmt, Widerstand zu leisten. Aber auch in keinem anderen Moment war das Gefühl der Solidarität der Arbeiter mit größeren und berechtigteren Hoffnungen erfüllt als gegenwärtig. Wir befinden uns in einer ersten, entscheidenden Stunde, da sich entscheiden wird, ob die Zukunft aus das Gute oder das Böse bringen wird. Ich brauche euch nicht, wie Genosse Crispian bereits getan hat, die Krise zu beschreiben, in die der Weltkrieg alle Länder geschleudert hat. Das Regime, das er herbeigeführt hat und das uns jetzt die Verlängerung der Krise bringt, hat in uns fast den Glauben aufkommen lassen, daß diese Krise kein Ende nehmen will, denn die ökonomische Krise ist keine gewöhnliche und einfache, sondern es scheint fast, als sollte sie eine chronische werden. Das Regime des Geldes, das nicht mehr seine historische Rolle spielen kann, und die zerstörenden Auswirkungen des Krieges, die zur Arbeitslosigkeit in allen Ländern geführt haben, drohen die Zivilisation gänzlich zu zerstören. Aber trotzdem stellt sich uns eine Hoffnung dar, denn es bleibt in der Welt die Kraft des Proletariats. Wir können hoffen, daß die Menschheit diese Krise übersteht, wenn die Männer des Fortschritts sich auch als Männer von Mut erweisen.

Es ist unnötig, zu konstatieren, daß überall, wo diese Hoffnung erscheint, sich die Menschen um die Arbeiterklasse gruppieren werden. Wenn in Frankreich der Sieg der Linken erreicht worden ist, so freuen sich darüber nicht nur die Sozialisten, und ebenso wird der Sieg der deutschen Sozialisten nicht nur von den Sozialisten Frankreichs begrüßt, sondern selbst ein so konservatives Organ wie der „Temps“ hat zum Ausdruck gebracht, daß der Sozialismus in Deutschland die einzige Hoffnung sei, um eine Befriedung Europas herbeizuführen. Meine Freunde und die ganze Internationale haben auch den Sieg MacDonalds in England begrüßt, und überall hat man unsere Freude geteilt, denn der Sozialismus erscheint als die einzige Hoffnung der Welt.

Ich will mich auf wenige Ausführungen beschränken. Der Sozialismus ist heute keine rein theoretische Hoffnung mehr, sondern er birgt schon heute das Versprechen der Verwirklichung in sich. Er wird es sein, der morgen die Menschheit führen wird. Wir befinden uns heute in allen Ländern in einer Zwischenstufe, in der wir nicht imstande sind, die ganze Macht im Staate in der Hand zu haben, sondern nur über einen Teil der Macht verfügen. Wir sind genötigt, uns in diesem Sinne zu betätigen, damit wir einen Fortschritt für die Menschheit erzielen können. In dieser außerordentlich schwierigen Lage für eine Partei haben wir in allen Ländern darauf hingewirkt, daß die Lösung der Reparationsfrage in einem Sinne unternommen wird, der der Arbeiterklasse aller Länder dient. Die Lösung, die in dem Sachverständigen Gutachten zum Ausdruck kommt, ist nicht unsere Lösung, und doch sind in ihm einige Prinzipien, die wir in Frankfurt festgelegt haben, übernommen. Wenn dies auch der Fall ist, dürfen wir doch nicht übersehen, daß das Gutachten von Leuten ausgefertigt wurde, die Interessenvertreter des Finanzkapitals sind, und daß diese die Basis der Reparationslösung zu bestimmen versuchen. Es handelt sich nunmehr darum, gemeinsam in allen Ländern zu handeln, damit das Gutachten nicht im Geist der Plutokratie, sondern im Geist der Demokratie ausgeführt wird. In der nächsten Zeit werden wir wichtige Entscheidungen in dieser Richtung zu treffen haben. Wenn die Lösungen vom Geist der Demokratie beseelt sind, dann wird durch die Lösung der Verwaltungsfragen nicht die internationale Finanz einen Vorteil erzielen. Gelingt uns das aber nicht, dann wird die Ausführung des Gutachtens zu dem Sieg der Finanz über die Völker führen.

Neben dieser Frage der Verwaltung hat eine besondere Bedeutung die Frage des Achtstundentages. Wir sehen auf der ganzen Front in allen Ländern den Angriff gegen den Achtstundentag und erkennen die geschlossene Solidarität, mit der die Kapitalisten aller Länder vorgehen. Ich komme zu euch deutschen Sozialisten, um euch zu sagen, daß im Interesse der Reparationsfrage der Achtstundentag in Deutschland nicht abgeschafft werden darf. Wenn eure Kapitalisten vor euch hintreten, dann sagen sie, im Interesse des Vaterlandes müsse der Achtstundentag abgeschafft werden, um die Reparationen erfüllen zu können. Aber oft sind das dieselben Leute, die sich nach Frankreich und Belgien wenden und erklären: Seht, seht, in Deutschland ist der Achtstundentag bereits abgeschafft; wenn wir in Frankreich und Belgien eine erfolgreiche Konkurrenz aufnehmen wollen, können wir den Achtstundentag auch nicht behalten, darum müßt ihr ihn auch aufgeben. So arbeiten alle unter dem Vorwand des Patriotismus. Aber wir müssen uns bewußt bleiben, daß das Problem des Achtstundentages ein internationales ist, das wir gemeinsam zu verteidigen haben. (Sehr richtig!)

Genosse Crippien hat daran erinnert, welche Verpflichtungen die internationalen Sozialisten aller Länder zur Lösung der Reparationsfrage übernommen haben. Er hat Ihnen gezeigt, daß wir unser Versprechen gehalten haben. Ich kehre eben von Wien zurück und kann Ihnen heute ein neues Versprechen abgeben, nämlich, daß wir nicht eher ruhen werden, als bis die Reparationsfrage in einem Sinne gelöst ist, der nicht zur Abschaffung des Achtstundentages bei euch und in anderen Ländern führen kann. (Lebhafter Beifall.) Diese Frage ist eine internationale, und in allen Ländern muß der Kampf dafür aufgenommen werden.

Die Augen der Internationale sind jetzt besonders auf Deutschland und Frankreich gerichtet. Ich wünsche euch bei eurer Aktion den besten Erfolg. Ich wünsche, daß eure junge Republik gesichert werde, daß ihr voranschreitet zu Kultur und Freiheit, daß eure Wirtschaft und Industrie wieder zu neuer Blüte gelange, daß die Demokratie in eurem Lande siege und daß ihr ein Deutschland herstellen könnt, das mit seinen Nachbarn in Frieden lebt, gleichberechtigt im Kreise der Nationen und keinen Feind mehr in der Welt haben wird. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Miß Bell (England), mit lebhaftem Beifall begrüßt, macht ihre Ausführungen in englischer Sprache.

Zur Uebersetzung erhält das Wort

Frau **Schreiber-Krieger**: Genossin Bell bringt mit Stolz die Grüße der englischen Labour Party. Sie entschuldigt sich, daß sie nicht in deutscher Sprache sprechen kann. Aus England berichtet sie, daß dort der Erfolg früher kam, als man zu hoffen wagte. Noch hat die englische Labour Party keine Mehrheit im Parlament. Sie muß einen ersten Versuch machen, um durch Verwaltungsmaßnahmen wenigstens bessere Lebensbedingungen zu schaffen. Freilich ist diese Arbeit nicht besonders eindrucksvoll und sie wird unsere Phantasie nicht erregen. Dennoch aber dient sie der Wohlfahrt des ganzen Volks. Wenn der Tag des vollen Erfolgs dieser Verwaltungsreformen gekommen ist, werden neue gesetzliche Maßnahmen sich anschließen. In erster Linie das Gesetz für die volle bürgerliche Gleichberechtigung der Frauen, die in England noch zu erreichen ist. Wenigstens eine der bürgerlichen Parteien ist bereit, diese Gleichberechtigung der Frauen zu unterstützen, so daß sie binnen kurzem unbedingt errungen wird.

Die nächste Arbeit gilt der Verwirklichung sozialistischer Maßnahmen. Wenn dieser Augenblick des Kampfes gekommen ist, wird die klare Scheidung zwischen den Sozialisten und den anderen Parteien stattfinden. Dann wird es in England nur noch zwei Parteien geben, die der Kapitalisten und der Sozialisten, und dann erst wird der wahre Kampf der Labour Party ent-

brennen. Dann werden die Männer und Frauen, die von der Labour Party ins Parlament gesandt wurden, falls sie überstimmt werden, das tun, was jedem ehrlichen Arbeiter nach Beendigung seiner Tagesarbeit zu tun übrig bleibt: sie werden ihre Hülle und ihre Sachen nehmen und im Lande Rechenhaft legen, sie werden sagen: dies war unsere Arbeit, dies war unser Wollen, dies unser Erfolg; wenn ihr zufrieden seid, dann schickt uns aufs neue an unsere Arbeitsstelle. Und das Land wird zufrieden sein. Das nächste Mal wird die Labour Party nicht als Minderheit, sondern als volle Mehrheit ins Parlament einziehen. (Lebhafter Beifall.)

Genossin Bell macht darauf aufmerksam, daß die englische Revolution keine dramatische Revolution ist, denn das Land hat Jahrhunderte demokratischer Schulung, demokratischer Ideale hinter sich. Heute aber geht die Entwicklung schneller — Fortschritte brauchen nicht mehr Jahrhunderte, denn die Menschen sind weiser geworden. Genossin Bell prophezeit, daß schon in zehn Jahren die Arbeiterschaft die Macht in England errungen haben wird.

In diesem Sinne bringt Genossin Bell die Grüße der Labour Party, insbesondere auch von einem Kongreß von tausend sozialistischen Frauen, der eine lebendige Manifestation des Willens der englischen Arbeiterschaft war. Sie glaubt an die gemeinsame Befreiung, an eine neue Zivilisation und an den Sieg des Sozialismus für die ganze Menschheit. (Lebhafter Beifall.)

Alfing Andersen (Dänemark) (von lebhaftem Beifall begrüßt):

Genossinnen und Genossen! Sie sind sonst daran gewöhnt, unseren Genossen Staunung auf den Parteitag zu hören. Er ist diesmal durch die Bildung der ersten sozialdemokratischen Regierung Dänemarks daran verhindert. (Lebhafter Beifall.) Wir sind in derselben Lage wie unsere englischen Genossen: wir haben keine eigentliche Mehrheit, aber unser Parteivorstand, Parteiausschuß und Reichstagsfraktion haben einstimmig beschlossen, die Regierung zu übernehmen. Wir haben es nicht getan, um schon bald danach unsere Regierung stürzen zu lassen, einige sozialdemokratische Anträge zu stellen, sie ablehnen zu lassen und wieder neue Wahlen anzugehen. Keine Partei, auch keine Arbeiterpartei, lebt von Neuwahlen allein. (Sehr wahr!) Wir wollen versuchen, was man mit der Verwaltung machen kann. Die Gegner haben während des Wahlkampfes immer gesagt: laßt die Sozialisten nicht ans Ruder, denn ihr wißt gar nicht, was sie mit der Verwaltung machen können. Nun wollen wir eben versuchen, was man mit der Verwaltung machen und was man eventuell Schlechtes damit verhindern kann. (Sehr gut!) Wir wollen eine effektive Kontrolle über die Aktiengesellschaften, Versicherungsgesellschaften, Banken und Monopole beantragen und in dieser Weise eine Sozialisierung einleiten, um die Bevölkerung gegen Spekulation und Ausbeutung zu schützen. Wir wollen eine Steuerreduktion und eine Vermögensabgabe zur Begahlung der Staatsschulden versuchen. Wenn der Reichstag im Oktober zusammentritt, wollen wir die Ratifikation des Achtstundentages beantragen. (Bravo!) Wir wollen auch im dänischen Reichstage einen Abrüstungsantrag einbringen. (Bravo!) Unsere Gegner haben wie in England gesagt, daß die dänische sozialdemokratische Regierung fair trial haben sollte, wir sollten einmal zeigen, was wir wollten und was wir konnten. Was wir wollen, das werden wir ihnen zeigen. Was wir können und was wir nicht können, das werden die Gegner den Wählern zeigen müssen. Dann werden wir vielleicht einen Verfassungstempel in Dänemark beginnen. Wir wollen versuchen, die Mehrheit des dänischen Volkes zu erobern. Wir wollen in dieser Weise den Klassenkampf weiterführen, um unser letztes Ziel zu erreichen.

Wahrscheinlich werden wir im Herbst auch eine sozialdemokratische Regierung in Schweden bekommen. Wir könnten dieses Jahr auch eine sozialdemo-

fratische Regierung in Finnland und Norwegen haben, wenn nicht die Zerspaltung der Kommunisten die Arbeiterbewegung zerstört hätte. Wenn auch die einzelnen Länder klein sind, so würden doch vier sozialdemokratische Regierungen Skandinaviens von Bedeutung nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern auch für die ganze internationale Politik sein. (Sehr richtig!)

Wenn ich den herzlichsten Gruß der dänischen Sozialdemokratie übermittle, ist es keine formale Höflichkeit. Es geschieht mit der aufrichtigen Zusage seitens der allerdings kleinen Partei, an der Seite der kämpfenden deutschen Arbeiterklasse zu stehen in ihrem schweren Kampf gegen die eigenen Kapitalisten und gegen den internationalen Kapitalismus. Wir wissen, daß die deutsche Partei schwere Kämpfe durchgemacht hat. Unsere Gegner im Auslande haben gesagt: jetzt ist die deutsche Sozialdemokratie erledigt. Nein, Genossinnen und Genossen, auch wir Sozialdemokraten in Dänemark haben dieselbe Zuversicht zur deutschen Sozialdemokratie wie früher. (Lebhafter Beifall.) Eine Partei wie die deutsche Sozialdemokratie mit ihrer Geschichte, mit ihrer Organisation, mit ihren Siegen, ihrer theoretischen und praktischen Bedeutung für die ganze internationale Arbeiterbewegung wird nie eine endgültige Niederlage erleben. Eine Partei mit sechs Millionen Stimmen in einem Wahlkampf des gefährlichsten Doppelfeuers hat nur Siegen und Fortschritten entgegenzusehen. Wenn Sie vielleicht in einigen Monaten Neuwahlen in Deutschland haben, wird auch die Arbeiterklasse in Deutschland von dem bösen Traum des Nationalismus oder des Nationalsozialismus erwachen. Die deutsche Sozialdemokratie wird dazu imstande sein, der deutschen Arbeiterklasse zu zeigen, daß die deutsche Sozialdemokratie und die internationale Sozialdemokratie der feste Boden ist, auf dem die Arbeiterklasse vom Kapitalismus zum Sozialismus kommen kann, so schnell sie auch will, wenn sie es nur will. (Sehr richtig!) In dieser Überzeugung rufe ich Ihnen im Namen der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks, also fast im Namen der ganzen organisierten dänischen Arbeiterklasse ein Glück auf zu. (Lebhafter Beifall!)

Voogd-Holland (von lebhaftem Beifall begrüßt): Parteigenossen! Obgleich ich von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft nicht ausdrücklich hierher delegiert bin, weil der Parteivorstand nicht wußte, daß ich in Berlin weile, weiß ich doch im Namen der holländischen Partei zu sprechen, wenn ich Ihnen die herzlichsten Grüße des holländischen Proletariats überbringe. (Bravo!) Wenn ich sage „des holländischen Proletariats“, dann heißt das nur: des holländischen sozialdemokratischen Proletariats. Leider haben wir auch in Holland die ungeliebte Zerspaltung. Auch der Kommunismus hat bei uns sein Unwesen getrieben. Zum Glück haben sie aber die Sache so ungeschickt angefangen, daß sie bei uns zu keiner Bedeutung gekommen sind und auch nicht kommen werden. Ihr unvernünftiges und läppisches Wesen hat sogar das Mißfallen der roten Karbinale in Moskau erregt, die ihre Vertrauensmänner in Holland die holländischen Eifel geschimpft haben. (Heiterkeit.)

Das holländische sozialdemokratische Proletariat verfolgt dieselben Ziele und geht mit derselben Entschlossenheit vor wie das Proletariat in anderen Ländern. Wir haben eine christliche Regierung. Sie weiß ihr Christentum auf keine bessere Weise zum Ausdruck zu bringen, als indem sie mit einem Flottengesetz kam, das die Militärausgaben um viele Millionen erhöhte. Da hat die Partei mit einer sehr energiegelassen Aktion eingegriffen. Wir haben eine umfangreiche Hausagitation entfaltet und dadurch bewirkt, daß mit einer Stimme Mehrheit das Flottengesetz in Holland zu Fall gebracht und die Regierung gestürzt wurde. (Bravo!) Anstatt nun zu versuchen, die Krise in der Weise zu lösen, daß man die demokratischen Kräfte zusammenfaßt, sind die Minister wieder ins Parlament zurückgekehrt und haben gesagt: wir gehorchen nur der Not, nicht dem

eigenen Triebe, aber die Königin hat gesagt, sie kann ohne uns nicht auskommen. (Heiterkeit.) Somit setzen die Minister ihre Arbeit in derselben Weise fort. Es wird eine Gesundung der Finanzen angestrebt, aber leider werden die Arbeiter dabei krank. (Sehr gut!) Das Verhältnis zwischen den Besitzenden und den Nichtbesitzenden wird durch diese Sanierungsarbeit zuungunsten der arbeitenden Klassen verändert. Dagegen wenden wir uns mit aller Stärke.

Wir wenden uns auch dagegen, daß man den Unterricht verschlechtert, indem man die Lehrergelälter kürzt, die Schulklassen vergrößert und unbefugte Lehrkräfte auf die Kinder losläßt. Die christliche Regierung handelt nach dem Bibelwort: selig sind, die geistig arm sind. Wir wissen aber, daß wir ohne Bildung und besseren Unterricht das hohe Ziel der Arbeiterschaft nicht verwirklichen können. Es ist uns gelungen, auch in den Kreisen der christlichen Arbeiter eine Mißstimmung hervorzurufen. Wenn jetzt Wahlen in Holland wären, würden wir beträchtlich vergrößert ins Parlament zurückkehren.

Als einem der Führer der internationalen Jugendbewegung sei es mir vergönnt, ein paar Sätze hinzuzufügen. Sie haben sich vorhin zum Andenken derjenigen Kämpfer erhoben, die durch den Tod Ihren Reihen entzogen wurden. Der Vorsitzende hat die Hoffnung ausgesprochen, daß aus dem jungen Geschlecht neue Kämpfer erstehen, um die Lücken auszufüllen. Ich kann Ihnen versichern, daß die sozialistische Jugendinternationale in allen Ländern ihr Möglichstes leistet, um unter den Jugendlichen des Proletariats die Erziehungsarbeit zu verrichten, die sie später in den Stand setzen soll, die Fackel des Proletariats weiterzutragen. Wir versuchen auf alle Weise, die Jugendlichen auf die großen Aufgaben vorzubereiten. Aber nicht nur auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete verrichten wir diese Arbeit. Uns liegt auch sehr viel daran, daß die demokratischen und Friedensbestrebungen in den jungen Herzen zum Ausdruck kommen, daß ein Heer von Friedensstreitern heranwächst, um den Ausbruch eines Krieges zu verhindern. Wie wieder Krieg, das ist die Lösung, welche das junge Proletariatsgeschlecht angestimmt hat. (Bravo!) Wir verrichten diese Erziehungsarbeit in demselben Sinne, wie der „Vorwärts“ den Parteitag begrüßt hat. Er hat in seinem Leitartikel die verschiedenen Hemmnisse dargelegt, welche der deutschen Arbeiterbewegung entgegenstehen, und gesagt: es ist an der Zeit, nicht nur das Auge auf die wirtschaftlichen und politischen Aufgaben des Proletariats zu richten, sondern die Sozialdemokratie ist zugleich eine sittliche Forderung an das Proletariat der ganzen Welt. In diesem Sinne wollen wir auch unsere Jugendarbeit verrichten, indem wir der Jugend sagen: wenn ihr später eine neue Welt aufbauen wollt, müßt ihr erst in euch die alte kapitalistische Welt, die kapitalistische Lebensführung niederreißen. (Zustimmung.) Indem wir so vorgehen, hoffen wir, nicht nur junge Männer und Frauen später zu stellen, welche in den Gewerkschaften und in den politischen Organisationen ihre Pflicht tun, sondern auch, daß sie eine Gesinnung an den Tag legen, die zu schönen Hoffnungen berechtigt, indem sie eine höhere Stufe auch als Menschen in dieser Gesellschaft einnehmen.

Ihre deutsche Jugendbewegung ist der stärkste Verband in unserer Internationalen. Ich wünsche Ihnen Glück dazu. Ich hoffe, daß diese Bewegung noch viel für Sie bedeuten wird. Ich hoffe, daß die grüne Saat, die unter Sturm und Raufen aufwächst, einmal eine Ernte geben wird, über die Sie und wir alle freudig und stolz sein werden. (Lebhafter Beifall.)

Pohl-Ishchokowatski (von lebhaftem Beifall begrüßt): Von unserem Parteivorstand erhielt ich den Auftrag, Sie zu Ihren Verhandlungen zu beglückwünschen und zu begrüßen. Wenn von irgendeiner Partei dies kein formaler Höflichkeitsakt, sondern wirkliche Herzenssache ist, so von uns, die wir für die deutsche Arbeiterklasse, welche der ganzen Welt führende Geister lieferte, nur

tieffte Verehrung hatten. Für uns ist die Liebe zur deutschen Arbeiterklasse ein Stück Tradition, die auch durch die schweren Erschütterungen der deutschen Arbeiterbewegung uns nicht einen Augenblick verließ. Uns verbindet auch mit der deutschen sozialistischen Partei und mit der deutschen Arbeiterschaft durch den Krieg und durch die Friedensverträge eine wahre Schicksalsgemeinschaft, die die jahrzehntelangen Freundschaftsbande zwischen uns noch fester zusammenfügt. Wenn Sie einmal aller dieser Schwierigkeiten Herr geworden sind, dann vergessen Sie nicht, daß an Ihrer Grenze ein auf hoher Kulturstufe stehendes deutsches Proletariat lebt, dessen Schicksal mit dem Ihrigen verbunden ist. Holt die deutsche Arbeiterklasse zur endgültigen Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus aus, so werden Sie unsere kleine Armee als Elitetruppe an Ihrer Seite finden. (Bravo!) Wir, die wir jahrelang arbeiten und noch mehr arbeiten müssen, um die vergangenen Verbrechen an der Arbeiterschaft wieder gutzumachen, unsere Reihen zu formen, die Partei zu konsolidieren; wir verstehen Ihre tausendfältigen Schwierigkeiten und begreifen die Größe Ihrer neuen Aufgabe. Bei unserem Kampf haben wir das Vertrauen zu uns selbst nicht verloren, auch nicht den Glauben an den Sieg des Sozialismus. Wir sind in bezug auf die Zukunft der Arbeiterklasse Deutschlands und der deutschen Sozialdemokratischen Partei der besten Hoffnung. Wir verfolgen die Vorgänge bei Ihnen mit leidenschaftlicher Spannung; die Augen unserer Arbeiter bliden in diesem Augenblick nach diesem Saal. Nach unserer Auffassung entscheidet sich nicht nur das Schicksal Ihrer Partei und der deutschen Arbeiterklasse und vielleicht ein Stück Schicksal des Deutschen Reiches hier, sondern das Schicksal der Arbeiterklasse in Europa schlechweg. Daher auch unsere Teilnahme, unsere Liebe und Begeisterung, unsere Glückwünsche für ein fruchtbares Arbeiten dieses Parteitages im Interesse der Partei, des Sozialismus und der Arbeiterschaft. (Bravo! und Händeklatschen.)

Dan (mit Beifall empfangen): Ich überbringe Ihnen den Gruß der russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Unsere Partei ist es gewöhnt, mit brüderlicher Aufmerksamkeit das Schicksal der deutschen Partei zu verfolgen, nicht nur weil wir beide aus der unerschöpflichen Quelle unserer Meister Marx und Engels schöpfen, sondern weil unsere Partei von jeher unter dem stärksten Einfluß der deutschen Partei stand und sich unsere Bewegung unter diesem Einfluß entwickelte. Von der deutschen Sozialdemokratie und ihren Führern haben wir die theoretische und praktische Anwendung der Prinzipien des Klassenkampfes gelernt. Namen wie Kautsky und Bernstein, Bebel und Liebknecht, Singer und Auer sind jedem russischen Arbeiter bekannt. Wenn wir trotz des bolschewistischen Terrors und unter ungemeinen Opfern für unsere Organisation in Rußland, wobei Tausende im Kerker und in der Verbannung schmachten, uns behaupten konnten, wenn unser Einfluß sogar tief in die Reihen der Kommunistischen Partei hineindringt, so verdanken wir das den Prinzipien des Klassenkampfes, der die Unterlage unserer gesamten Tätigkeit bildet.

Aber auch die deutsche Partei hat ein Interesse, mit Aufmerksamkeit das Schicksal der russischen Sozialdemokratie zu verfolgen, obgleich wir jetzt im Vergleich mit der Millionenpartei Deutschlands eine verschwindend kleine Partei sind. Sie sowohl als alle europäischen Parteien haben an dem Krebschaden zu leiden, den der Kommunismus in den Arbeiterreihen bildet. Dieser Schaden in Europa und in Deutschland kann nicht überwunden werden, wenn er nicht an seiner Quelle in Moskau getroffen wird, überwunden nicht durch die rohe Gewalt der Konterrevolution, sondern durch das Wiedererleben der Klassenbewußten sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Indem unsere Genossen in Rußland darauf hinarbeiten, sind sie sich bewußt, nicht nur ihrer eigenen Sache zu dienen, sondern dem internationalen Proletariat aller Länder — auf dem schwersten,

gefährlichsten, aber auch dem wichtigsten Posten. Es lebe die deutsche Sozialdemokratie und die internationale Solidarität der sozialistischen Parteien. (Beifall.)

Dewin (mit Beifall empfangen): Im Auftrag der ausländischen Delegation der Sozialrevolutionären Partei Rußlands überbringe ich Ihnen die herzlichsten Grüße und besten Wünsche für erfolgreiche Arbeit. Ich begrüße Sie zugleich im Namen der Genossen, die wie vor der russischen Revolution wiederum in den Gefängnissen und in der Verbannung schmachten, nur weil sie nicht mit den Methoden der bolschewistischen Partei übereinstimmen. Zugleich danke ich Ihnen im Namen aller derer, die gezwungen waren, ins Exil zu wandern und namentlich durch Vermittlung Ihres hochverehrten Vorsitzenden in Deutschland ein Asyl gefunden haben.

Schwere Jahre liegen seit der Revolution hinter Ihnen, schwere Kämpfe stehen Ihnen bevor. In keinem anderen Lande ist das Verständnis für die Schwierigkeiten, unter denen die deutsche Sozialdemokratie seit der Revolution zu arbeiten hatte, so groß wie gerade bei uns in Rußland. Bei aller Verschiedenheit der sonstigen Bedingungen war das Grundproblem nach der Revolution bei uns wie bei Ihnen dasselbe, nämlich, ob es gelingen würde, die Bewegung zum Aufbau des neuen Regimes nach der Revolution auf demokratischem Boden durchzuführen oder nicht. In Rußland sind wir geschlagen worden, weil Rußland keine organisierte Massenbewegung vor der Revolution gekannt hat. Die extremistische bolschewistische Bewegung hat gesiegt und zu einem Zustand des völligen Ruins der wirtschaftlichen, geistigen und kulturellen Lage des Landes geführt. Sie waren glücklicher. Fünfzigjährige Organisationsarbeit auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiet hat Ihnen die Möglichkeit gegeben, den Extremen rechts und links entgegenzutreten und in der republikanischen Verfassung den Weg für die Weiterentwicklung zur Demokratie und zum Sozialismus zu finden. Sie haben leider auch dank der traurigen Lage, namentlich in den auswärtigen Beziehungen, erfahren müssen, daß die Massen oft die Schwierigkeiten der Situation, unter der Sie Ihre politische Tätigkeit ausüben mußten, nicht verstanden und würdigten und daß viele, meistens nach links, zum Teil aber auch leider sogar nach rechts abgewandert sind. Diese Erfahrungen lehrten uns, daß die Methoden der bolschewistischen Bewegung nicht nur eine russische Frage bilden, sondern eine Frage von allgemeiner Bedeutung. Leider ist bei den europäischen Sozialisten oft die Auffassung vertreten, der Bolschewismus sei für Rußland das Richtige, für Europa aber nicht. Sie haben es zu verspüren bekommen, daß die Methoden der Dritten Internationale auch nach Deutschland verpflanzt werden und Ihnen ungeheure Schwierigkeiten verursachen. Als ich z. B. die Schließung der schimpflichen Szenen bei der Eröffnung des Reichstages in der Zeitung las, dachte ich an Heines Wort: Ich kenne die Weiße, ich kenne den Teufel. Ich kenne auch die Herren Verfasser. Das haben wir alles seinerzeit erlebt und das ist alles in Moskau rebigiert. Jetzt, wo Sie wieder so schweren Zeiten entgegengehen, ist das Grundproblem, vor dem Sie stehen, die Massen zur Sozialdemokratie zurückzuführen, sie dem Kommunismus wieder abspenstig zu machen. Im Namen meiner Partei wünsche ich Ihnen, daß Ihnen diese Tagung für diesen Kampf, der unvermeidlich bevorsteht, die nötigen Waffen liefert und Sie rüstet zu neuen Kämpfen und neuen Siegen im Interesse der arbeitenden Massen Deutschlands und der ganzen Welt. (Bravo!)

Vorsitzender Wels: Außer den Genossen, die uns eben die Grüße ihrer Partei überbracht haben, haben auch andere unserer gedacht, und haben uns schriftlich und telegraphisch Grüße übermittelt.

Admet Eli, der Vertreter der Partei in Georgien, übermittelt Grüße und stellt in einem längeren Schreiben den Aufstieg der Sozialdemokratischen Partei

Deutschlands für eine Notwendigkeit hin, um den unterdrückten Völkern zu helfen. Die jüdisch-sozialistische Arbeiterpartei Poale Zion wünscht erfolgreiche Arbeit zum Wohl der deutschen und internationalen Arbeiterschaft. Ein herzlich gehaltenes Schreiben übermittelt die Jugoslawische Arbeiterpartei, die auf die große Bedeutung unserer Partei für die internationale Bewegung hinweist. Die österreichische Bruderpartei sendet herzliche Grüße, ebenso die Exekutive der tschechoslowakischen Arbeiterpartei, ferner die Genossen der estländischen Sozialdemokratie im Auftrag ihres Zentralkomitees. Die finnländische Partei wünscht besten Erfolg, ebenso die norwegische Arbeiterpartei.

In großer Zahl sind Glückwünsche aus dem Reich eingegangen, die bekanntzugeben unmöglich ist. Ich hebe nur die Glückwünsche des Genossen Adolf Köster hervor, des deutschen Botschafters in Riga.

Außerdem ist ein Telegramm eingegangen, das ich Ihnen nicht vorzuenthalten will:

Hoffend, daß der Parteitag wegweisend in der Bekämpfung der Reaktion von rechts und links wird, wünscht seiner Tagung besten und vollen Erfolg.
Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Der Bundesvorstand.

(Lebhafter Beifall.) Als vor wenigen Tagen Genosse Löbe im Reichstag darauf hinwies, daß die deutsche Sozialdemokratie im Bunde mit den deutschen Republikanern eine Armee von jungen Leuten aus dem Boden stampfen wird, die bereit und fähig sind, die deutsche Republik zu schützen und zu schützen gegen die Treibereien der im Stahlhelm und Werwolf zusammengeschlossenen Reaktion, hatte er die Organisation Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold dabei im Auge. In wenigen Monaten haben sich etwa 1/2 Millionen junger und kräftiger Republikaner unter diese Fahne geschart, in der Mehrzahl Sozialdemokraten, um die deutsche Republik zu schützen. (Lebhafter Beifall.)

Ich sage namens des Parteitages unseren Gästen für ihre herzlichen Glückwünsche unseren besten Dank. Uns alle begeistert ja das gleiche hohe Ideal der Befreiung von dem doppelten Joch der ökonomischen Knechtschaft und politischen Sklaverei. Wir wissen uns alle eins mit den Genossen in der Internationale. Wenn unsere Gäste in ihre Heimat zurückkehren, können sie berichten: die deutsche Sozialdemokratie hat schwere Kämpfe hinter sich, sie ist aber nicht geschlagen. Der Mut der Sozialdemokratie ist ungebrochen, ihr Banner weht in starker Hand, getragen von der Hoffnung der deutschen Arbeiterklasse, den in den Gewerkschaften, den politischen Organisationen und von den in den Genossenschaften zusammengeschlossenen Scharen der Arbeiterschaft. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands steht voll Mut und Kraft in diesem Kampf, weil sie von dem unzerstörbaren Glauben befestigt ist, der einst die Partei geschaffen hat, der sie aus der Sekte heraus zu der Partei entwickelt hat, die in Deutschland trotz der gegenwärtigen Kämpfe und scheinbaren Rückschläge die leitende politische Stellung einnimmt. An der Republik — das sagen Sie den Genossen in den anderen Ländern — halten wir fest und lassen an ihr nicht rütteln, denn der Bestand der deutschen Republik ist die Voraussetzung für den Frieden Europas. (Lebhafter Beifall.)

Die deutsche Republik aber braucht Luft und Licht zum Leben. Wenn eins uns mit Freude und Stolz erfüllt, so ist es die Tatsache, daß aus allen Reden die Erkenntnis hervorklang, daß die Sozialdemokratie in ihrem Kampf um Bewegungsfreiheit für das deutsche Volk, für das jüngste und gequälteste aller europäischen Staatswesen Verständnis bei den Proletariern aller Länder findet. Darum setzen wir alles daran, unsere Schar geschlossen zu halten, die deutsche Sozialdemokratie als das zu bewahren, was sie war und bis zur Stunde ist, die

stärkste und geschlossenste Organisation, das marschbereite Kadre im internationalen Heerhaufen des Proletariats.

Wie auf allen Tagungen zu Beginn und Schluß bringen wir zum Vortrag das Lied der internationalen Massen, in das die Sänger, Gäste und Delegierten miteinstimmen werden zum Gelöbnis unserer Treue für die Internationale.

Der Parteitag stimmt hierauf machtvoll in den Schlußgesang, die Internationale, ein.

Unter der begeisterten Zustimmung des Parteitages schließt hierauf der Vorsitzende Wels die Eröffnungssitzung und bemerkt, daß die Mandatsprüfungskommission zu Beginn der morgigen Sitzung den Delegierten beim Betreten des Saales die Mandate abzunehmen hat.

Schluß der Sitzung 9 1/4 Uhr.

Zweite Sitzung.

Donnerstag, den 12. Juni 1924, vormittags 9 Uhr.

Vorsitzender Dittmann: Die Sitzung des Parteitages ist eröffnet. Als Schriftführer bitte ich die Genossen Engelmann-Annaberg, Trinks-Karlsruhe, Martwardt-Lüneburg aufs Bureau. Die Mandatsprüfungskommission tritt nachher zusammen, die Mandate sind ihr zuzustellen.

Es ist folgendes Begrüßungstelegramm aus Riga eingelaufen:

Sozialdemokratie Lettlands sendet herzliche Grüße. Möge der Parteitag beitragen zum baldigen Aufschwung der sozialdemokratischen Bewegung Deutschlands.

Partei Vorstand, Bruno Kalnin.

Ferner ist eingegangen ein Schreiben von der französischen Partei (Bravo!), das in deutscher Uebersetzung lautet:

Liebe Genossen, wir haben Ihre lebenswürdige Einladung vom 27. Mai erhalten, in der wir aufgefordert werden, Ihrem Kongreß beizuwohnen. Leider können wir uns nicht vertreten lassen, denn die Ereignisse in Frankreich sind von außerordentlicher Bedeutung und die gegenwärtige politische Situation ist sehr schwierig. Wir wünschen Eurer Zusammenkunft vollen Erfolg und bitten Euch, von unsern brüderlichen Gefühlen überzeugt zu sein.

Der Generalsekretär: Paul Faure.

(Beifall.)

Wir haben zu dem gestern zurückgestellten Antrag III zu Punkt 3 der Tagesordnung Stellung zu nehmen, zum Bericht der Reichstagsfraktion einem Vertreter der Fraktionsminderheit als Korreferenten das Wort zu geben. Außerdem ist ein von 80 Unterschriften unterstützter Antrag eingelaufen zum Antrag III, den Genossen Dittmann als Korreferenten zu bestimmen. Ich gebe dem Genossen Fleißner zur Begründung des Antrags auf Einsetzung eines Korreferenten das Wort.

Fleißner = Dresden-Briesnig: Parteigenossen und -genossinnen! In der Fraktion des vorigen Reichstages haben über eine Reihe grundsätzlicher Fragen starke Meinungsverschiedenheiten geherrscht, die ihren Ausdruck zum Teil sogar bei Abstimmungen im Reichstage fanden. Andererseits ist die Tatsache, daß die Politik der Partei heute von der Reichstagsfraktion stark beeinflusst wird und daß die Parteigenossen im Reich aber die Verantwortung für diese Politik zu tragen haben, geeignet zu veranlassen, daß wir uns eingehend über diese Dinge unterhalten. Wenn auch der Referent auf diese Vorgänge ein-

gehen wird, scheint es mir doch auch bei der größten Sachlichkeit in Rücksicht auf die Schwierigkeit der Materie unmöglich zu sein, im Referat auch die andere Seite entsprechend zu Wort kommen zu lassen. Es ist übrigens ein alter Brauch in der Partei, bei wichtigen Angelegenheiten, wo starke Meinungsverschiedenheiten herrschen, auf dem Parteitag beiden Richtungen das Wort zu geben. Niemals aber sind Fragen von größerer Bedeutung in Betracht gekommen als diejenigen, die in der Fraktion des vorigen Reichstags eine so große Rolle gespielt haben. (Sehr richtig!) Daher ist es dringend geboten, in einem Korreferat die von der Mehrheit der vorigen Reichstagsfraktion in wichtigen grundlegenden Fragen abweichende Meinung zu hören.

Es hat sich dabei, um nur einiges hervorzuheben, um die Ruhraktion, um die Bildung der großen Koalition und um die Ermächtigungsgesetze gehandelt. Schon diese drei Fragen rechtfertigen unser Verlangen nach einem Korreferat. Der Ausfall der Reichstagswahlen ist von diesen Fragen sicher stark beeinflusst worden, und zwar zuungunsten unserer Partei. (Sehr richtig!)

Wir stellen unsern Antrag, weil die anwesenden aus den Bezirken gewählten Delegierten über die Dinge nicht so orientiert sein können, wie für eine Entscheidung vorausgesetzt werden muß. (Widerpruch.) Ich bitte deshalb den Parteitag, den Antrag anzunehmen.

Schred-Bielefeld: Nach meiner Meinung sprechen nicht nur alle sachlichen, sondern auch alle taktischen Gesichtspunkte gegen den Antrag, einen Korreferenten zu bestimmen. Was verstehen die Antragsteller unter Fraktionsminderheit? (Sehr gut!) Jeder, der die Dinge aufmerksam verfolgt hat, weiß, daß die Minderheiten und Mehrheiten in der Fraktion manchmal stündlich wechseln mußten, weil unter dem Druck der politischen und wirtschaftlichen Hochspannung der Politiker verpflichtet ist, nicht nach einem Schema zu handeln, sondern nach dem, was im Augenblick für die Interessen des demokratischen Sozialismus notwendig ist. (Sehr richtig!) Dazu kommt, daß besonders in der Frage des Ermächtigungsgesetzes allen Delegierten bekannt ist, daß die beiden Fraktionsvorsitzenden Müller und Dittmann gegen die Haltung der Mehrheit der Fraktion waren (hört! hört!), und insofern die Fraktionsminderheit aufs beste repräsentieren können. (Heiterkeit.)

Ist weiter nicht bekannt, daß in der Frage der großen Koalition Minderheit und Mehrheit durcheinandergelaufen sind! Daß Freunde von mir auf dem Standpunkt standen, daß der Austritt aus der Regierung sachlich nicht richtig sei? Wenn bei diesen entscheidenden Fragen niemand in der Fraktion gegen die Bestellung des Genossen Müller als Referenten war, kam gerade in dieser Beschlussfassung zum Ausdruck, daß es sich in der Erörterung nicht um Gründe der Mehrheit und Minderheit handeln kann, sondern daß die Berichterstattung erfolgen muß, um zusammengedrängt auch zu sagen, was für Schlussfolgerungen zu ziehen sind für das, was kommen muß. (Sehr richtig!)

Genosse Fleißner hat von einem Brauch der Partei gesprochen, bei besonderen Fragen einen Korreferenten zu stellen. Aus der Geschichte der Parteitage mußte er wissen, daß es sich dabei stets um klar umrissene grundsätzliche oder taktische Fragen gehandelt hat.

Ich glaube auch nicht, daß mit der Bestellung eines Korreferenten die Debatte abgeklügelt wird. Durch das Korreferat werden auch diejenigen, die sich nicht in einer geschlossenen Minderheit befinden, sich vielleicht zu sehr festgelegt fühlen. (Zurufe.) Denn schon meine einfachen Hinweise finden hier Widerpruch! Wieviel mehr wird ein Widerspruch gegen manche Darlegungen des Genossen Dittmann gerade auch von der „Minderheit“ erfolgen! Dann sind

Berichtigungen und sachliche Einwürfe notwendig, so daß dadurch eine Verlängerung der Debatte erfolgt.

Gerade wer aus dem, was hinter uns liegt, und den damit verbundenen Parteikämpfen die Schlussfolgerung zieht, daß wir jetzt alle Veranlassung haben, gegenüber dem Ansturm von rechts und links eine kompakte, geschlossene Front herzustellen, sollte davon Abstand nehmen, sich allzu sehr in Einzelheiten zu verlieren. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen. (Beifall.)

Vorsitzender Dittmann: Es haben sich noch Redner für und gegen den Antrag gemeldet. Mit Rücksicht auf die acht Punkte der Tagesordnung, die in drei Tagen erledigt werden müssen, sollte der Parteitag sich auf den Standpunkt stellen, nach je einem Redner für und gegen den Antrag bereits durch Abstimmung zu entscheiden, wie er sich verhalten will. (Zustimmung.) Wir werden also so verfahren.

Der Antrag auf Einsetzung eines Korreferenten wird mit 228 gegen 111 Stimmen abgelehnt.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein. Der Parteiauschuß hat mit der Kontrollkommission und dem Parteivorstand beschlossen, Ihnen vorzuschlagen, die Referate des Genossen Wels zum Parteivorstandsbericht, des Genossen Ludwig zur Organisation und des Genossen Müller zum Bericht der Reichstagsfraktion unmittelbar hintereinander erlassen zu lassen, um nach Anhörung der drei Referate eine Gesamtdiskussion erfolgen zu lassen. Da ich keinen Widerspruch höre, werden wir so verfahren.

Ferner ist gestern in der Sitzung des Parteiaususses, der Kontrollkommission und des Parteivorstandes die Frage der Parteidifferenzen in Sachsen besprochen worden. Es wurde für zweckmäßig gehalten, eine Kommission einzusetzen, um alle Einzelheiten dieser Angelegenheit in ihr eingehend zu erörtern. Dabei war allgemeine Auffassung, daß die Kommission zunächst den Versuch, eine Verständigung unter den sächsischen Genossen herbeizuführen, machen müsse. Wenn dieser Versuch fehlschlagen sollte, sollte die Kommission mit einem bestimmten Antrag an den Parteitag herantreten, wie die Sache zu entscheiden sei. Es wurde weiter vorgeschlagen, daß alle Genossen, die in Sachsen im Vordergrund der Bewegung stehen, mehr oder weniger Partei sind, die sächsischen Genossen von beiden Seiten zwar ausgiebig zu hören, aber nicht in diese Kommission zu delegieren, sondern die Kommission aus Genossen aus den übrigen Teilen des Reiches zusammenzusetzen, da es sich ja um eine Entscheidung der Gesamtpartei handeln soll, wenn eine Entscheidung nicht zu umgehen ist. Es wird vorgeschlagen, folgende 9 Genossen in diese „Sachsenkommission“ zu delegieren:

Vemmenhew-Altona, Blum-Burg, Hoffmann-Eberfeld, Heilmann-Brandenburg, Buchwitz-Görlitz, Wollmann-Schwerin, Dietrich-Weimar, Oster-Stuttgart, Simon-Mugsburg.

Zu diesem Vorschlag hat Genosse Liebmann-Leipzig das Wort.

Liebmann-Leipzig: Die sächsische Delegation hat schwerste Bedenken gegen die Zusammenfassung der Kommission. Die Absicht, eine neutrale Entscheidung zu fällen, kann nicht erreicht werden, wenn die sächsischen Genossen überhaupt in dieser Kommission ausgeschaltet werden. Die Frage der sächsischen Parteilichkeiten hat die sächsische Parteiorganisation in den letzten Monaten viel zu stark beschäftigt, als daß wir es hinnehmen könnten, daß bei der Entscheidung über diese Frage die sächsische Parteigenossenschaft ausgeschaltet wird. Ich bitte dringend, einige Parteigenossen aus Sachsen in die Kommission einzubeziehen. Die Ausschaltung der sächsischen Genossen würde den Eindruck erwecken, daß die sächsische Parteiorganisation von vornherein an die Wand

gequ coastet worden ist. Die Einbeziehung der sächsischen Genossen würde auch die Arbeit der Kommission wesentlich erleichtern.

Vorsitzender Dittmann: Damit kein Irrtum entsteht, Genosse Liebmann: Die sächsischen Genossen von beiden Seiten sollen in der ausgiebigsten Weise gehört werden. Nur wenn keine Verständigung zu erzielen ist und sich die Notwendigkeit einer Entscheidung ergibt, sollen die sächsischen Genossen bei dieser Entscheidung nicht mitwirken, weil sie ja ohnehin Partei sind und die Stimmen der sächsischen Genossen in der Kommission sich gegenseitig aufheben würden, da wir ja beide Seiten gleichmäßig berücksichtigen müßten.

Liebmann-Weipzig: Die sächsischen Genossen müssen aus Zweckmäßigkeitsgründen die Möglichkeit haben, aktiv auch im ganzen Laufe der Verhandlungen und bei der Urteilsfindung und Formulierung mitzuwirken. Diese Mitwirkung würde das Vertrauen zur Entscheidung der Kommission innerhalb der sächsischen Organisation wesentlich steigern und die Stellung der Genossen im Lande erleichtern. Ich bitte deshalb dringend, zwei sächsische Genossen in die Kommission zu wählen.

Vorsitzender Dittmann: Die vorgetragenen Argumente sind auch gestern in der Sitzung des Parteiausschusses, des Vorstandes und der Kontrollkommission zur Geltung gebracht worden. Beide Seiten sollen in ausgiebigster Weise gehört werden. Alle Argumente sollen gewürdigt, alle Personen vernommen werden, deren Wort für die Entscheidung der Kommission von Wert sein kann. Der Vorschlag, zwei Sachsen zu den neun Genossen aus dem übrigen Reich hinzuzuwählen, wurde auch gestern gemacht. Nach ausgiebiger Aussprache ist trotzdem beschloffen worden, die Kommission in der vorhin von mir vorgetragenen Weise zusammenzusetzen.

In der hierauf erfolgenden Abstimmung wird der Vorschlag des Parteiausschusses, der Kontrollkommission und des Parteivorstandes, eine Kommission von 9 Genossen aus dem Reich einzusetzen, mit großer Mehrheit angenommen. — Der Antrag Liebmann ist damit abgelehnt.

Der Parteitag tritt hierauf in die Tagesordnung ein:

1. Bericht des Parteivorstandes.

a) Allgemeines.

Berichterstatler Wels = Parteivorstand: Parteigenossinnen und -genossen! Der jetzige Parteitag ist der erste nach der Einigung von Nürnberg, der erste Parteitag der wiedervereinigten Sozialdemokratie; und darin liegt seine besondere Bedeutung. Auf diesem Parteitag werden verschiedene Strömungen zutage treten. Das war auch in früheren Zeiten so. Aber dieser Parteitag wird als die Verkörperung einer Partei erscheinen, die einig und entschlossen ist, einig zu bleiben. Die Trennung in zwei sozialdemokratische Parteien liegt bereits wie ein böser Traum hinter uns. Niemand hat den Wunsch, diese Spaltung in zwei Parteien wieder herbeizuführen. (Sehr richtig!) Das Wesen einer einigen Partei besteht nicht darin, daß alle einer Meinung sind, sondern darin, daß jeder innerhalb des Rahmens der Partei, soweit er nach rechts oder links gespannt ist, seine Meinung frei äußern kann, ohne an irgendeine Schranke gebunden zu sein. Die Einigung der Partei in Nürnberg hat diesen Rahmen weiter gespannt und damit die Bewegungsfreiheit des einzelnen stark vermehrt. Es ist wie bei der Vereinigung einzelner Staatsweisen, wodurch der Bürger der verschiedenen Staatsweisen das Recht erhält, sich innerhalb des vereinigten Einheitsstaats frei anzukleiden. Von diesem Recht der geistig freien Ansiedlung ist in den letzten Jahren der weiteste Gebrauch innerhalb der Partei gemacht worden.

Die Gruppierungen innerhalb der gesamten Partei entsprechen längst nicht mehr in ihrer persönlichen Zusammensetzung dem, was wir gehabt

haben, als es zwischen den beiden früher getrennten Parteien noch Grenzpfähle gab. Ueber all das spannt sich jetzt der verbindende Bogen der gemeinsamen grundsätzlichen Auffassung. Trotz der zahlreichen Wortmeldungen glaube ich nicht, daß es auf diesem Parteitag Debatten von großer prinzipieller Bedeutung geben wird. Wir sind in dieser Beziehung heute einiger als je.

Wir sind einig in dem Festhalten an unserem großen sozialistischen Endziel, einig aber auch in dem Erkenntnis, daß uns kein Wunder den Endsieg in den Schoß werfen wird, sondern nur die methodische Schulung der organisatorischen Kräfte des arbeitenden Volkes uns schrittweise diesem Ziel näher bringen kann. Wir unterschätzen die Kräfte unserer Gegner nicht. Wir erkennen den Kampf zwischen Kapital und Arbeit, der auf gewerkschaftlichem Gebiet um die Arbeitsbedingungen, auf politischem Gebiet um die Arbeiterchutzgesetzgebung und um die Lastenverteilung geführt wird, als einen Kampf um die Herrschaft im Staate an. Uns ist bekannt, was die Kapitalismacht durch die ihr gefügigen Parteien und durch ihre Presse leistet. Ihr die organisierte Macht der Arbeit entgegenzusetzen, ist unsere Aufgabe.

Wir sind ferner in der Partei einig, daß die Arbeit für den Klassenkampf gegen das Kapital den besten Kampfboden in der Demokratie findet. Es gibt kein schlimmeres Wort zur Verkleisterung der Proletariiergehirne als das, daß die Demokratie als die bloße Kulisse der Kapitalsherrschaft zu bezeichnen ist. Betrachten wir diese Frage doch geschichtlich! Waren es etwa die Kapitalisten oder die Bourgeois, die sich irgendwo für die Demokratie einsetzten oder ihr Blut vergossen? In England dröhnte uns der Ruf nach dem allgemeinen Wahlrecht zuerst aus der Charlistenbewegung entgegen, die eine reine Klassenbewegung des Proletariats war. In Paris eroberten 1848 die Arbeiter die Republik und das gleiche Wahlrecht auf der Straße. In Deutschland stieß Lassaue Anfang der sechziger Jahre den Ruf nach dem gleichen Wahlrecht als dem Kampfruf des revolutionären Proletariats aus. Ueberall, wo um die Demokratie gekämpft wurde, stand die Masse der Kapitalisten und der Bourgeoisie auf der anderen Seite der Barrikaden. Vor diesem Hause hier haben einst die Arbeiter Berlins für das gleiche Wahlrecht demonstriert. In diesem Hause könnte dem Ministerpräsidenten von Bülow der Ruf ins Ohr: Ihr seid gewarnt, her mit dem gleichen Wahlrecht! In diesem Saale hat jahrzehntlang das preussische Dreiklassenparlament getagt. Immer haben die Vertreter der Arbeiter den Kampf um das gleiche Wahlrecht geführt. Wie isoliert waren die paar Sozialdemokraten, die damals hier im Hause saßen! Welcher zähe Widerstand wurde ihnen von den Dunkern geleistet, während die Bourgeoisie in stumpfer Resistenz verharrte. Erst durch den Zusammenbruch kam das allgemeine Wahlrecht und die demokratische Republik, weil es eine Forderung der deutschen Arbeiterklasse und der Sozialdemokratie war, die jahrzehntlang darum gekämpft hatte. Persönliches Regiment und Dreiklassenwahlsystem in Preußen waren die Wälle, die sich dem Vormarsch der Arbeiterklasse entgegenstellten. Großgrundbesitzer und Kapitalisten haben sich hinter diesen Wällen verschanzet. Jetzt, wo sie gefallen sind, sollen wir sagen, daß das alles nichts gewesen sei? Gewiß war es noch nicht alles, — und noch nie hat ein Sozialdemokrat geglaubt, daß mit Erringung der demokratischen Staatsverfassung schon alles gewonnen sei.

Unter dem Dreiklassenwahlrecht konnte in diesem Hause nur eine geringe Minderheit von Arbeitern sitzen. Jetzt gibt uns das gleiche Wahlrecht die Möglichkeit, die Mehrheit in diesem Saale, im Reichstag, in jedem Landtag, in jedem Rathaus in Deutschland zu gewinnen.

Wir sind in der Partei auch darin einig, daß die arbeitende Bevölkerung an der Demokratie festhalten muß, um in ihr und durch sie zur Mehrheit zu

gekommen, um im Besitz dieser Mehrheit ihren Klassengegnern zuzurufen zu können: der Staat sind wir!

Überall in Europa, wo der demokratische Gedanke Einbuße erlitten hat, ist es durch die Gegner der Arbeiterklasse geschehen. Überall kämpft die Arbeiterklasse im Zeichen der Demokratie: in Italien gegen Mussolini, in Ungarn gegen Horthy, in Spanien gegen Primo de Rivera, und in Frankreich kämpft sie gegen die Diktaturgeheißte Millerands, die er nach Antritt seiner Präsidentschaft ankündigte und womit er einen Sturm entfachte, der ihn gestern fortsetzte. Ist Rußland eine Ausnahme davon? Wer kann uns sagen, wie die russischen Arbeiter zu ihren gegenwärtigen Machthabern stehen? Sie selbst können das am wenigsten, denn ihnen ist der Mund verschlossen. Auch selbst wenn es anders wäre, könnte Rußland uns kein Vorbild sein.

Nein, wir sind einzig im Bekenntnis zur Demokratie und zum demokratischen Staat, dessen Gründung in diesem Saale stattfand, als der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte im Dezember 1918 mit überwältigender Mehrheit die Ausschreibung von Wahlen zur Nationalversammlung beschloß. Seither läßt sich unser politisches Programm zusammenfassen: wir treten ein für die Demokratie, für die Republik und die politische, territoriale und finanzielle Reichseinheit, ohne die es in Deutschland keine Demokratie und erst recht keine Sozialdemokratie geben kann.

Wir haben nicht als sozialdemokratische Partei für das Selbstbestimmungsrecht der Völker gekämpft, damit unser Volk jetzt darauf verzichtet. Wir haben wie jede nationale Einheit ein Recht auf die nationale Geschlossenheit. Wir, die wir immer für die unterdrückten Völker eingetreten sind, haben die erste Pflicht, für unser Volk und seine nationale Freiheit einzutreten. Es gibt Parteigenossen, die im Kampf für die Reichseinheit nur eine nationalistische Sentimentalität sehen, die geeignet ist, die politischen Ziele der Partei zu verschleiern, gerade so wie uns unsere Gegner, die heute noch Kugnießer des schamlosen Wortes von den vaterlandslosen Geistlichen sind, unterstellen, daß wir zum Stimmenfang ein nationales Mäntelchen umhängen, um unser internationales Gesicht zu verbergen. Wir haben seit der Einigung unausgesetzt mit Taten gegen diesen Vorwurf geantwortet, und die Haltung der sozialdemokratischen Männer und Frauen im besetzten Gebiet, an der Saar, an Rhein und Ruhr hat den Beweis geliefert, daß unser Wille zur Erhaltung des Staats und der Reichseinheit kein Lippenbekenntnis für den Wahlkampf, sondern uns Herzens- und Lieberzeugungssache ist, die oft unter sehr schweren Opfern aufrechtzuerhalten war.

Aber bei manchen in unseren Reihen erscheint auch noch das Verständnis für Wert und Bedeutung der Reichseinheit zu fehlen. Wozu haben wir von landespolitischer Warte aus Reichspolitik treiben sehen. Das diene allein den Separatisten. Das Reich zertrümmern, heißt die deutsche Arbeiterarmee zerschlagen, die dem Sozialismus einmal den Sieg erkämpfen soll. Soll ich im einzelnen aufzählen, was ein Zerfall des Reiches in seine Länder für den Bestand und die Wirksamkeit der Partei, für Presse und Versammlungsleben bedeutet? In der Zeit der militärischen Okkupation durch die verschiedenen Militärbefehlshaber in Sachsen, Thüringen usw. erlebten wir, daß das Reich, in Stücke zerrissen, nur noch in lockerem Zusammenhang miteinander stand. Was in einem Teil des Deutschen Reichs für Gesetz und Recht galt, wurde im anderen als Unrecht und Gesetzlosigkeit verurteilt. Die Entwicklung in Sachsen und Thüringen spricht Bände, was dieser Zustand für die Partei mit sich brachte, wie im okkupierten Gebiet die organisierte Arbeitererschaft dem morgenluftwütenden Unternehmertum ausgeliefert ist; wie in Bayern der Klassenkampf und die Niedernüppelung der Partei geradezu behördliche Sanktion erhielt, dank eines meuternden Generals und eines hochverräterischen Diktators; wie in Thüringen

mit der letzten Schamlosigkeit jedermann beschimpft und entehrt wurde, der je in der Bewegung oder einem republikanisch geführten Amt stand, — dank einem Militärbefehlshaber, der unter jedes deutschvölkische Flugblatt seinen Stempel setzte, die Sozialdemokratie aber nach allen Kräften behinderte. Soll ich noch die Tragödie des Saargebiets, Sachsens, Mecklenburgs, der Pfalz aufrollen? So viel Wülpertungen und Mißfolge, so viel Lahmlegung und Zerstörung der großen Arbeiterarmee, der Sozialdemokratie, ohne die der Kampf und Sieg für uns unmöglich ist.

Das Ganze ist ein Vorgehmad dessen, was uns passieren müßte, wenn die Reichseinheit einmal zum Teufel ginge, wenn solche Zustände der Anarchie und des Verfalls sich verewigen würden. Und das geschah in der Zeit, in der unsere Organisationen in großen Teilen Nord- und Süddeutschlands noch intakt und tätig waren, wo unsere Presse wirkte und unsere Versammlungen zünden konnten, in einer Zeit, wo wir die stärkste Partei im Reichstage waren. Denken Sie sich neben dem Verfall des Reiches auch automatisch die Sozialdemokratische Partei hinweg, die als Voraussetzung für ihre Existenz die ungeteilte Existenz Deutschland hat, dann haben Sie das trostlose Bild im ganzen Umfang, das ein Wegfall der Reichseinheit nach sich ziehen würde. Dann erst sollten Sie die kleinbürgerlichen Despoten in den Restländern aufsteigen sehen, die nicht mehr durch Angst vor der Sozialdemokratie im Zaume gehalten, die Splitter der Sozialdemokratie erdgütig zu vernichten am Werke sein werden. Heute steht die Reichsregierung unangegriffen auf sicherer Warte vor den deutschvölkischen Desperados, die sich in den einzelnen Ländern an die Oberfläche gearbeitet haben. Es gibt noch Bundesstaaten, in denen unsere Leute mit in der Regierung sitzen und ihren Einfluß ausüben, vor allen Dingen auch im Reichsrat, dessen Voraussetzung wieder die Reichseinheit darstellt. Nehmen Sie das alles weg, dann verlieren wir die Demokratie in der Gegenwart und gefährden unsere sozialistische Zukunft in Deutschland.

Noch eins bedeutet der Kampf um die Reichseinheit, vielleicht das Wichtigste für den, den die Zugehörigkeit der Partei Herzenssache und Werbung für das Endziel, die Ideale des Sozialismus bedeutet. Prüfen Sie meine Worte an Ihren eigenen Erfahrungen, Genossen, und an den politischen Ergebnissen der letzten Wochen, insbesondere nach den Reichstagswahlen. Solange die Frage der Reichseinheit, des unabhängigen Nationalstaates Deutschlands nicht gelöst ist, wird der Kampf um Demokratie und Sozialismus, um Republik und Pazifismus immer in zweiter Reihe stehen, solange werden wir das Ohr des Volkes nicht in dem Maße für unsere Zukunfts Ideale haben, wie wir es wünschen. Das aussprechen heißt lediglich die Wahrheit sagen, ob sie uns auch unangenehm ist, ob auch unsere Gegner daraus ein Schwäche unserer Position oder unserer Parole herleiten. Wir müssen uns darüber klar werden, wenn wir die richtige und erfolgversprechende Stellung einnehmen wollen. Jetzt haben sich Parteien und Klüften dieses Nationalgefühls, dieser Sehnsucht nach dem unbedrohten, unabhängigen, einheitlichen Nationalstaat bemächtigt, dieses berechnete Nationalgefühl mißbraucht und irregeleitet, zu einem wilden und sinnlosen Nationalismus umgefälscht und aufgepeitscht. Das kann uns über das primäre nicht hinwegtäuschen, die Grundlage zu finden, die besteht und bestand, ehe noch Deutschvölkische und Nationalsozialisten in diesen Boden ihre giftige Drachensaat senkten.

Es ist kein Zweifel, das Volk will aus dem nationalen Jammer heraus. Es hat es übersatt, Gegenstand von Bedrohungen und Demütigungen zu sein, es kann die wöchentlichen Sanktionen, die täglichen Ohrfeigen und Beschimpfungen durch äußerliche Chauvinisten nicht mehr ertragen, es verabscheut diese Peiniger und hält die unaufhörliche Beunruhigung einfach nicht mehr aus. Das Volk will nur eins, Ruhe und Sicherheit, wie sie klare Grenzen, scharf umrissene Pflichten

und unangefochtene Rechte eines Volkes geben können. Daß das deutsche Volk in weitem Umfang in diesem Sehnen und Streben den Charlatanen und Wunderdoktoren des Chauvinismus verfallen ist und dort die Rettung sucht, wen erlauft das, und wer darf das selbstbewußt verurteilen! Auf dem Würzburger Parteitag 1916 hat schon Genosse Scheidemann darauf hingewiesen, daß es uns, wenn wir nach dem Krieg zur politischen Macht kämen und die Wunden des Krieges nicht heilen könnten, passieren könnte, daß das mißhandelte und getretene Volk zu anderen Wunderdoktoren läuft, um von ihnen die Heilung zu suchen, die wir als Sozialdemokraten ihnen nicht geben können. Wir haben vorausgesehen, was sich ereignen kann. Eben deshalb muß es unsere Aufgabe sein, unserem abgehegten und gepeinigten Volk zu helfen, wo es ein Recht auf unsere Hilfe hat, um sein und unser Haus sicherzustellen. Mehr noch! Wir standen an der Wiege der deutschen Republik, in deren Geburtsstunde der böse Stern des Waffenstillstandes aufgegangen war, dessen erstes Erwachen die Trümmer eines zugrunde geführten und gerichteten Kaiserreiches stürzen sah. Das legt uns die Verpflichtung auf, für dieses junge und unglückliche, in seiner Entwicklung gehemmte Staatswesen, für die Republik, für ihre Einheit und Wirkungsmöglichkeit einzutreten. Wer die Reichseinheit gefährdet, ist Helfer der Reaktion und Monarchie. Er hilft in zweierlei Weise: er macht den Weg frei für die Errichtung der Monarchie auf den Trümmern der zerfallenen Republik und läßt es zu, daß der berechtigte und wahrhafte Drang weitester Volksteile nach dem unbedrohten, ungeteilten Nationalstaat solange von Quacksälbern der äußersten Rechten zu giftigem Akerfözialismus umgefälscht wird, bis im Innern die Wiedertekehr des alten monarchistischen Zwangsstaats zur Wahrheit geworden ist.

Nur in der Reichseinheit kann die große sozialdemokratische Armee und Partei formiert werden. Nur ein Volk, von dem die nationalen Sorgen genommen sind, kann über Haß und Revanchegefühle hinaus die Parole einer helleren und völkerveröhnenden Zukunft hören. Darum führen wir den Kampf für die Reichseinheit, für die Republik, um in ihrem sicheren Besitz für den Ausbau des Reichs in unserem Sinne zu wirken. Die Einheit der Republik ist der Schutz vor Vergewaltigung der sozialistisch Denkenden und Handelnden in den einzelnen reaktionär versuchten Teilen des Reiches, sie ist der einzige Zustand, in dem unser Volk vom Chauvinismus abgelenkt und für hellere Zukunft und freudigere Ideale empfänglich gemacht werden kann.

Wenn die Einheit und Sicherheit der Republik all das bedeutet und mehr, dann ist die Ergänzung der Parole für jeden Sozialdemokraten klar. Sie kann nur lauten: alles aufbieten gegen die Zerstörung der Reichseinheit und energischer Kampf gegen die Reaktion und ihre Schrittmacher. Die Gefahr für die äußere Politik und für die Einheit des Reiches bestand in dem, was wir bis vor wenigen Wochen Poincarismus nannten, aus dem Bestreben, das auch heute noch in Frankreich bei den letzten Wahlen und jetzt seinen starken Einfluß ausübte, bestand aus den Schichten von Kapitalisten, Militärs und Berufschauvinisten, die Deutschland mit ihren Bajonetten in seiner Entwicklung zu zerstören strebten, indem sie Deutschland aus den Reihen der Einheitsstaaten streichen und an Stelle eines großen Volkes eine Menge haltloser Volksseken setzen wollten. Ich weiß, dieses Frankreich wilhelminischen Gepräges hat an sich die Macht, Teile aus dem Leibe Deutschlands herauszureißen, täglich Vergewaltigungen zu verüben und immer noch neue fruchtbare deutsche Flure in Exerzierplätze umzuwandeln. Wer könnte in Deutschland die Macht aufbringen, diesen Armeen entgegenzutreten und die französischen Generale aus dem vergewaltigten Deutschland herauszubringen! Aber, Parteigenossen, es ist ein gewaltiger Unterschied zwischen dem Besitz der tatsächlichen Macht und der Möglichkeit, sie in Aktion zu setzen,

auch für Herrn Poincaré. Es gibt eine Weltmeinung, die eine, wenn auch unbewaffnete Macht ist, mit der sich in gar zu grellen Widerspruch zu setzen, auch für Poincaré eine Unmöglichkeit, eine Gefahr, sein Sturz war.

Nur eine Möglichkeit gibt es gegen die Niederlage dieser Herren. Und dafür sorgen reichlich ihre Epigonen, ihre Ebenbilder in Deutschland, unsere Deutschnationalisten. Sie vor allen Dingen sorgen dafür, daß in Frankreich der Chauvinismus nicht ausstirbt und die Gedankengänge, die bei den Wahlen sich zum Sieg durchgerungen haben, nur schwer an die Oberfläche kommen, unsere Nationalisten mit ihrem Revanchegeheiß, ihrem Rasseln mit den kümmerlichen Holzfäßen, mit ihren für einen ersten Kampf unzureichenden Waffenlagern, mit ihren kindischen Verschwörungen, ihren Sekundanerputschen und der Masterade der Parademärsche vor prinziplichen und militärischen Gespenstern. Sie geben der Weltmeinung immer wieder die Unterlage für die Auffassung, daß Deutschland doch eine Gefahr für den öffentlichen Frieden der Welt sei, sie rechtfertigen den Appell an die Militärmacht Frankreichs. Das sind unsere Deutschnationalisten und wie sie alle heißen und ihre augenblicklichen Erfolge. Sie begehen die dümmste Sünde wider den heiligen Geist der Politik: sie provozieren, während sie zur Gegenwehr völlig unfähig sind.

Wie aber kam es, daß die Nationalisten trotz allen Lärms, den sie zu machen verstanden haben, noch vor kurzem bedeutungslos waren, und dennoch mit „Heil“erfolgen aufwarten können, daß sie in Mecklenburg führend sind, in Thüringen die Regierung von Strohputzen an der Strippe führen und in ihren Kundgebungen nach den Reichstagswahlen sich so gebärden, als ginge übermorgen schon die politische Macht im Reiche in ihre Hände über? Wo liegt die Erklärung dafür, daß sie uns heute schon im Ausland mit ihren Bahziffen blamieren und übermorgen noch mehr diskreditieren. Ich habe von dem nationalen Glend gesprochen, aus dem unser Volk heraus will und wie es bei diesem nur verständlichen Bestreben in die Hände der rechtsradikalen Quacksalber fällt. Das ist aber nicht der Hauptgrund für dieses Verlagen des kleinen und mittleren Bürgertums, der politisch nicht geschulten Arbeiter, die seit sechs Jahren zwischen Sowjetstern und Hakenkreuz hin- und herpendeln, die bald den roten, bald den weißen Terror anbeten. Sie sind gar nicht freiwillig in die Arme der Herren Dinter und von Graefe gesunken, sie sind ihnen geradezu von dem Hauptfeind der Reaktion zugetrieben worden, von den Kommunisten. So steht die Rechnung der Reaktion und ihrer Schrittmacher. Ohne Reaktion kein Kommunismus, ohne Kommunismus kein Rechtsradikalismus. Das sind die ineinandergreifenden Glieder der Kette, an denen sich Deutschland windt und reißt, die es schließlich erdroffeln müssen. Die einen sorgen für die äußere, die anderen für die innere Aktion und der Erfolg ist die Zerstörung der deutschen Republik. Sicher wäre dieser ganze Hegenabbat zweier angeblich spinnefeindlichen, in Wahrheit aber Hand in Hand arbeitenden Parteien unmöglich ohne die Unterlage, aus der sie beide ihre Kraft ziehen: die Dummheit des deutschen Spießbürgertums, die nur von seiner Feigheit übertroffen werden kann. (Sehr richtig!) Nur dadurch erklären sich die negativen Erfolge des Kommunismus als Bürger-schrecken weiter Kreise in Deutschland und ihre Einordnung in den Ordnungsbloß. Für uns am traurigsten, auch für unsere Frontziehung das entscheidende ist der Umstand, daß den Bräsen bald der Rechts-, bald der Linksradikalen nicht nur der ahnungslose und hafenherzige Bürger zum Opfer fiel, sondern leider auch weite Arbeiterkreise. Was ich vorhin von den Deutschnationalisten sagte, gilt in noch höherem Maße von den Kommunisten. Ihre ganze politische Weisheit besteht im Provokieren, obwohl sich die Führer der Kommunisten ihrer jämmerlichen Schwäche durchaus bewußt sind. Wenn aber das Vorgehen der Deutschnationalisten eine Sünde wider den heiligen Geist der Politik war, ist es bei den

Kommunisten eine Sünde wider die heiligsten Menschenrechte, denn sie haben in ihrem Phrasennebel, in ihrem Kadavergehörig gegen Moskau mit den Leibern deutscher Arbeiter provoziert und gepöbelt, an ihren Händen klebt das Blut von Tausenden, das vergossen ist, auf ihnen ruht die Verantwortung für die Opferung der Toten und die drohende Verflawung der Lebendigen. Gegen die Reaktion und ihre Schrittmacher, das heißt die Rechtsrabiaten, die unsere Stellung in der Welt ruinieren, wehren wir uns, aber ebenso scharf und entschlossen gegen diese Sorte von Kommunisten, die aus der Rätereipublik München das Rahr-Bayern, aus der konstitutionellen Macht in Mecklenburg ein Großherzogtum Graefe und aus der thüringischen Arbeiterregierung den Ordnungsbloß von Dinters Gnaden gemacht haben. Das sind die Erfolge der Dritten Internationale.

Der wüßteste Kampf der Kommunisten aber gilt uns. Wie recht hatte schon Kautsky, wenn er in seinem Vorwort zur Neuauflage der Inauguraladresse sagt: es gibt heute keine lauterer Schreier als die illegalen Agenten der Dritten Internationale. Dabei war es niemand klarer als Marx und Engels, daß der Marxismus als angewandte Wissenschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein anderes Gesicht zeigen müßte als zur Zeit der Gründung oder der ersten Dokumente. Wer die Vorworte Engels zu den verschiedenen Ausgaben des kommunistischen Manifestes liest, weiß, daß er die Notwendigkeit, ja die Voraussetzung für eine folgerichtige Anwendung erkannte, denn die ökonomische Entwicklung ist seit 1848 mit Riesenschritten vorwärtsgewand. Den Unfinn, das kommunistische Manifest aus jenen Jahren zur Erklärung des primitiven Marxismus jener Zeit über den durch Marx selbst höher entwickelten Marxismus als Verflachung und Verarmung hinzustellen, hat niemand schlagender widerlegt als Otto Bauer, unser österreichischer Genosse, in der denkbar einfachsten Art. Er wirft die Frage auf, ob jemand glaubt, aus einem Lehrbuch der Physik aus dem Jahre 1848 den Stand der heutigen physikalischen Entwicklung mit drahtloser Telegraphie und Radio klarzumachen. Die Ökonomie aber hat sich ebenso wie die physikalische Wissenschaft entwickelt. Sollen die Lehrbücher aus 1848 die allein ungetrübten Quellen sein, aus denen die Erkenntnis fließt! Nein, Parteigenossen! Der Kommunismus und sein Mutterland Rußland können uns kein Vorbild sein. Marx ist, um die Entwicklungsgeschichte der kapitalistischen Gesellschaft zu studieren, nicht nach Moskau, er ist nach London gegangen. Der Gedanke, daß das bis vor wenigen Jahren nach allgemeiner Anschauung wirtschaftlich und politisch rückständigste Land plötzlich in allen Dingen ein Vorbild für die vorgeschrittenen Länder sein soll, ist geradezu ein Hohn auf den Marxismus selbst. Wie es viele Christen gibt, die den toten Christus anbeten, den Lebendigen aber, wenn er wiederkäme, nochmals ans Kreuz schlagen würden, so sehnen sich die russischen Machthaber heute noch nach der Asche von Karl Marx, um mit ihr in Rußland einen abergläubischen Hottuspokus zu treiben, den Lebendigen aber würden sie, wäre er heute in Rußland, da unterbringen, wo die Besten der Sozialdemokratie untergebracht sind, im Gefängnis.

Nein, Parteigenossen und -genossinnen, der Kommunismus von heute ist durchaus reaktionär. Er muß es sein, denn er ist keine Gründung zur Lösung der sozialen Frage, er ist Instrument der Außenpolitik Rußlands, wie ich auf dem Augsburger Parteitag im einzelnen dargelegt habe. Das kam niemals so plastisch zum Ausdruck als durch die Rede Trotski, in der er den Anspruch Rußlands auf Konstantinopel ankündigte, die Beherrschung der Meerenge forderte. Man hat die Rede dementiert. Offenbar waren sie angesichts der englisch-russischen Verhandlungen zu ungeschickt. Ich glaube aber den russischen Erklärungen nicht, und den Dementis erst recht nicht, weil solche Reden, wenn sie bei der Be-

herrschung des Nachrichtenapparates durch die russische Regierung einmal nach außen gebrungen sind, sicher auf Wahrheit beruhen. So ziehe ich daraus die notwendigen Schlussfolgerungen. Mit dieser Erklärung Trotski sind die Herren von der Dritten Internationale in Moskau glücklich bei dem politischen Testament Peter des Großen angekommen. Die Welt zeigt sich, von den Fenstern des Kremis aus gesehen, politisch immer in gleichem Licht, mag auch Nikolaus II., Lenin oder Trotski hinaussehen. Nikolaus bekannte sich wenigstens zum Imperialismus, Panlawismus, während Trotski, Sinowjew im Namen der Weltrevolution reden. Im Namen der Weltrevolution haben sie angeblich in Georgien die Parteibrüder befreit, in Wahrheit haben sie nur den Kaukasus wieder an Rußland angeschlossen und damit England unmöglich gemacht, den Kaukasus als Schutzwand zwischen seine und die russischen Interessensphären in Asien zu legen. Rußland hat damit die politische Operationsbasis gegen den Verbindungsweg Englands nach Indien wiedergewonnen, für den die Jaren 50 Jahre Krieg geführt haben. Solche Erfolge erzielt man, wenn man Ueberfallskriege auf den Namen der Weltrevolution tauft, wie Trotski die ersten Panzerzüge auf den Namen von Karl Marx und Friedrich Engels tauft. Die Heere der großen französischen Revolution marschierten in ihrem Namen, um ihren Sieg über den Kontinent zu tragen und endeten mit der Errichtung des Napoleonischen Weltreichs. Trotski läßt im Namen der Weltrevolution marschieren, und sonderbar, die Heerstraßen seiner Armee sind genau die gleichen, auf denen der Zarismus vorrückte, erst gegen den Kaukasus, dann Persien, Afghanistan, und nun Konstantinopel! Um diesen Marsch zu unterstützen, benutzte die russische Regierung den Kommunismus, diese angebliche Form der Dritten Internationale, um die inneren Verhältnisse der anderen Staaten zu zermürben. Der einzige Gedanke, der dieser Politik zugrunde liegt, ist die Sicherung und Festigung des eigenen Staates, unbekümmert um Wohl und Wehe anderer Staatswesen.

Rußland hat auch keine andere Wahl, es muß die Marschroute der Großmacht wählen, denn alle anderen Länder der Welt, vielleicht außer Deutschland, sind antirussisch, nicht weil sie antikomunistisch, sondern weil sie Großgläubiger Rußlands sind. Deshalb bedroht Rußland den wundensten Punkt der Entente im Orient, unbekümmert um seinen damaligen Bundesgenossen Kemal Pascha, dessen Kampf in erster Reihe um Konstantinopel ging. Vielleicht aber fragen sich die Kommunisten in Deutschland einmal — es wäre wirklich ein Wunder, oder man muß wundergläubig sein —, wie die Erfüllung der älteren zaristischen Wünsche, Beherrschung des Kaukasus, Durchbringung Persiens, Bedrohung Konstantinopels im Sinne der Weltrevolution liegen soll. Nirgends sehen wir in der Tat die Aufopferung einer einzigen großrussischen panlawistischen Forderung, um der Dritten Internationale Vorstüb zu leisten. Funksprüche, Resolutionen, Anweisungen liegen im spezifisch russischen Interesse. Diese Anweisungen für die Parteifreunde draußen sind es, die ihnen den Weg zeigen, andere Staatswesen innerlich zu zermürben. Eine dieser so geschaffenen Zermürbungsorganisationen, deren Geschäftsfähigkeit zu beobachten wir Gelegenheit hatten, ist die Internationale Arbeiterhilfe.

Bürgerliche Politiker, Staats- und Kommunalbeamte, aber auch Sozialdemokraten sind der Internationalen Arbeiterhilfe auf den Leim gegangen. Wir sind im Besitz eines stenographischen Protokolls einer Sitzung des 21er-Ausschusses von mehreren hundert Seiten. Darin sind die Anweisungen gegeben, um nach dem Rezept Lenins durch List, Lüge, Verschlagenheit und Verschweigung der Tatsachen der Dritten Internationale und der Großmacht Rußland zu dienen. Im Sinne dieser imperialistischen Politik liegt es, wenn Mingenberg in jener Sitzung offen erklärte: „Es ist natürlich überall zu versuchen,

gegen die blödsinnige pazifistische Einstellung der Arbeiterschaft wo irgend möglich anzukämpfen.“ Während nach den Leiden des Krieges und den furchtbaren Opfern die deutsche Arbeiterschaft, die Sozialdemokratie, den Gedanken: „Nie wieder Krieg!“ propagiert, hören wir, wie diese Männer der Internationalen Arbeiterhilfe ebenso wie Ludendorff und Wulle das als Blödsinn bezeichnen. Die Männer des 21er-Ausschusses bestreiten heuchlerisch, Kommunisten zu sein. Wie stimmt dazu der Beschluß, der in fünffacher Gliederung gefaßt ist: „Die Mitglieder der Internationalen Arbeiterhilfe haben in ihrer heutigen Sitzung den Beschluß gefaßt, daß jeder von der Partei angeforderte Genosse sofort für die Partei freizugeben ist.“ Und weiter der Beschluß: „Nach den politischen Ereignissen muß die Internationale Arbeiterhilfe mehr als früher starke propagandistische Arbeiten durchführen und ist daher als Parteiapparat zu betrachten.“

Daß deshalb alle Genossen, die in der Arbeiterhilfe verbleiben, wie jeder andere Genosse, der in einem Parteiapparat arbeitet, in erster Linie diesem Parteiapparat zur Verfügung steht, d. h., daß alle Anforderungen von der Arbeiterhilfe den anderen Kommandierungen vorgehen.“

Vor dem 21er-Ausschuß fallen alle Masken. Münzenberg sagt: „Sie wissen, daß die Kommunistische Internationale, seitdem sie überzeugt ist, daß der Gang der Revolution sich verlangsamt, in der Parole der Einheitsfront die Basis zu verbreitern sucht. Daher kann die Arbeiterhilfe Schritte tun, die politische Parteien nicht tun können.“ Weiter sagt er: „Wir haben uns dagegen zu wehren, daß wir eine rein kommunistische Organisation sind. Wir müssen andere Namen und Gruppen heranziehen, um die Verfolgung zu erschweren. Es ist nicht gerade interessant, „Klubs der Harmlosen“ zu gründen, aber wir müssen in die weitesten Kreise dringen und überall nachweisen: Rußland gibt alles preis, es hat sich gedemütigt, es tut alles, um der Welt den Frieden zu geben. Natürlich werden wir manche Genossen der Berliner Organisation nicht hereinbekommen. Man kann Ruth Fischer und Maslow nicht zumuten, solche Klubs zu gründen, mir sind die Hundstschäfen auch lieber. Es kommt darauf an, in die Gewerkschafts- und bürgerliche Presse zu dringen. Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiterhilfe nicht nur an diesem Klub beteiligt ist, sondern sie benutzt, um den bürgerlichen Kreisen Wege zu weisen und Rußland nicht zu schaden. Das nutzt uns mehr, als wenn ständig in der Presse zu lesen ist, wie gut es Rußland geht. Wenn wir die Weltkonferenz betrachten, die von uns einberufen ist, stellen wir mit Genugtuung fest, daß sie mit der Annahme einer Resolution endete. Es ist eine Kommission zustande gekommen, in der Fimmen, Peus und andere sitzen. Durch sie muß die Kulturarbeit weitergetrieben werden. Ich zweifle nicht, daß die einzelnen Komitees der Kommunistischen Internationale und Sowjetrußlands einen guten Dienst leisten werden.“ In jener Konferenz wurden über die Not in Rußland ergreifende Mitteilungen gemacht. Um jeden Einwand zu zerschlagen, daß die Arbeiterhilfe eine kommunistische Organisation ist, sagt Münzenberg am Schluß: „Es ist uns möglich geworden, in fast allen Erdteilen Propaganda für die Arbeiterhilfe zu errichten. Ich kenne keine Bewegung in der internationalen Arbeiterorganisation mit so vielseitigen Aufgaben politischer Propaganda, parlamentarischer Interpellationen, Gründung vieler Komitees wie Kinderhilfe, Kinobeteiligung, kaufmännischen Geschäften, Anleihepropaganda usw., die den Grundstein gelegt hat für eine systematische Arbeit in der Zukunft. Dabei hat die Arbeiterhilfe keine Zuschüsse von der Kommunistischen Internationale nötig gehabt. Der Zweck“, so schließt er, „zu dem wir leben, ist die breite Propagandaaarbeit für Sowjetrußland. In allen Ländern, wo der revolutionäre politische Kampf weniger Bedeutung hat als in Amerika, werden unsere internationalen Arbeiterhilfskomitees vorübergehend den Aufbau der Kommunistischen Partei führen müssen.“

Ich glaube, das ist deutlich genug für die Genossen, die in der Arbeiterhilfe noch tätig sind. (Sehr richtig!) Die Arbeiterwohlfahrt mit nahezu 500 Ortsgruppen ist der Platz, wo unsere Parteigenossen zu arbeiten haben, wenn sie in Hilfsarbeit tätig sein wollen. Die Partei, die die Vernichtung der Sozialdemokratie auf ihre Fahne geschrieben hat, deren unkulturelle, echt asiatische Kampfweise den Untergang der Zivilisation bei ihrem Sieg bedeuten würde, die in ihren Organen dumm prohod schreier: Wir Kommunisten sind roh und ungebildet aus Prinzip, die von Gewalt, Lüge und Verleumdung lebt, ist unser Feind, wenn auch manche Genossen in ihr tätig sind. Entschieden und klar muß auf diesem Parteitag die Scheidelinie gezogen werden. (Sehr richtig!) Das mag manchem nicht gefallen, die die Einigung in Nürnberg nur mit halbem Herzen mitmachten, die in Nürnberg die Hand vielleicht nur erhoben nach der Art jenes Bäuerleins bei der Eidesleistung, der mit zwei Fingern bei dem Schwur Erbleitung gab, um sein Gelöbnis unwirksam zu machen. Die Einstellung zu den Kommunisten ist eine von den Fragen, die der Partei seit der Einigung schwere innere Kämpfe gebracht haben. (Sehr richtig!) Das scheinbare Einlenken der Kommunisten nach der Katastrophe des mitteldeutschen Aufstandes täuscht unsere Genossen vielfach. So kam es zum Zusammenschluß in Thüringen und Sachsen, wo man besonders vertrauenselig und hoffnungsvoll war. Es waren nicht nur ehemalige Unabhängige, sondern auch frühere SPD-Leute, die den Stein der Weisen in der proletarischen Einheitsfront — wie die Kommunisten sie auffassen — gefunden zu haben glaubten.

Ich will nicht auf das Kapitel des Kampfes und der Beschimpfungen eingehen, mit denen der Parteivorstand bedacht wurde. Mir scheint, nach den Reichstagswahlen ist in der Partei eine gewisse Entspannung eingetreten, als bekannt wurde, daß der Kurs Ruth Fischer-Maslow, der Kurs des mitteldeutschen Aufstandes, eingeführt werden sollte und nach dem neuen Brevier der Kommunistischen Partei, der in allen Gemeinden eingeführt werden sollte. Es ist ein Exzerptreglement für die Funktionäre der Kommunistischen Partei, für parlamentarischen Knotenpunkt bis zum vorgesehenen Gesang der Internationale beim selbstprovokierten Hinauswurf, das das alte preußische Exzerptreglement weit hinter sich läßt. Die Ausführungen Brandlers in Moskau sind kaum mehr nötig als Beweis für diesen politischen Irrtum unserer Genossen, weil es der KPD nicht auf die Regierung, sondern auf Beschaffung von Waffen für die Revolution in Deutschland ankam. Sie führten Heinze nach Dresden und haben das Eingreifen des Parteivorstandes notwendig gemacht, dessen Ermahnungen unbeachtet blieben. Gegen den Willen der Mehrheit der Organisationen in Sachsen, durch starken Druck auf die Landtagsfraktion traten wir im Parteivorstand für die Bildung einer Regierung im Zusammengehen mit den Demokraten in irgendeiner Form ein, um Heinze durch dieses Mittel aus Sachsen hinauszubringen. Trotz aller Schmähungen zähle ich diese Arbeit zu den wertvollsten und für die Partei wichtigsten und bin stolz darauf, sie mitgeleitet zu haben, und stolz auf unseren Erfolg. Vierundzwanzig Stunden Arbeit hatten genügt, um Heinze zu entfernen. Auch unsere Opponenten waren froh, daß sie die Loga ihres Prinzips sich rein halten konnten und andere die Verantwortung für das trugen, was die Verständigen unter ihnen als notwendig erkannt.

Zu den Verständigen gehört auch Zeigner. Ich nenne keinen Namen nicht, um auf seine Stellung gegen uns einzugehen. Ich muß aber daran erinnern, daß Zeigner den Parteivorstand unter dem lebhaften Beifall einer Berliner Funktionärversammlung der moralischen Korruption bezichtigen konnte, den Beweis aber ablehnte, so daß wir im Parteivorstand uns zu dieser Anklage heute noch im Verteidigungszustand befinden. Wenn einer der Freunde

Zeignern auf dem Parteitag sich die Anklage der moralischen Korruption zu eigen machen will, bitten wir dringend darum, das hier vor dem Forum der Gesamtpartei zu tun. Wir sind bereit, auf alles einzugehen, was gegen uns gesagt und geschrieben ist, dessen Höhepunkt jener Artikel im Zwickauer Parteiblatt darstellt, wo gesagt wurde, daß 60 000 Mann Soldaten aufmarschieren mußten, um drei Kommunisten in Sachsen zu entfernen, daß aber dazu, wozu die 60 000 zu schwach waren, die zwei Männer aus der Linienstraße kommen mußten, um die notwendige Hilfsstellung zu geben. Diese Hilfsstellung haben wir nicht den 60 000 gegeben. Wie die Entwicklung in Sachsen ohne unser Eingreifen heute wäre, das zeigt Thüringen und Mecklenburg, davon sind Sie alle innerlich selbst überzeugt. (Sehr richtig!)

Es war meine Absicht, auf alle diese Kämpfe einzugehen, weil ich das der Partei schuldig zu sein glaubte. Wir im Parteivorstand gehörten mit Schimpf und Schande aus der Partei gestoßen zu werden, wenn alles zuträfe, was man uns in jenem Artikel an den Hals gehängt hat. Ich tue das nicht, weil ich die Situation für entspannt halte. Aber ich bitte Sie dringend, Genossen von der Opposition, lassen Sie sich durch nichts beirren, die Reinigung der Partei an Haupt und Gliedern vorzunehmen, die Sie so oft angekündigt haben. Wir waren gezwungen, uns in einer kleinen Schrift gegen das organisierte Treiben der Opposition zu wenden. Wenn in München zwei Tage vor der Reichstagswahl in einem Flugblatt mit dem Titel „Kritische Flugschriften der Opposition in der USPD.“ der Fall Auer erscheinen konnte, dann werden Sie mir recht geben, daß es sich da um einen struppelosen Kampf handelt. Ich muß aber sagen, daß während des Wahlkampfes die Parteipresse einheitlich eingestellt war. Wenn nach der Wahl der Beschluß des Parteivorstandes auf Herbeiführung des Volksentscheides kritisiert wurde, nehme ich das nicht tragisch, seitdem ich gesehen habe, daß unsere Gründe überall da, wo sie in Zusammenhang vorgetragen werden konnten, durchschlagenden Erfolg erzielt haben. Wir können mit Stolz sagen, daß die grundsätzliche Einheit im Wahlkampf nicht an den Grenzen des Reiches haltmachte, sondern sich auf die ganze Internationale erstreckte.

Daß die Internationale sich nach dem Krieg so rasch wieder zusammengefunden hat und alle Kriegsfolgen überwinden konnte, daß sie sich als ein geschlossenes, aktionsfähiges Ganzes darstellt, das rechne ich zu den größten Tatsachen der Weltgeschichte, und vor allen Dingen sind wir stolz darauf, daß die Einigung der sozialistischen Internationale die erste sichtbare Frucht der Einigung der deutschen Sozialdemokratie war, daß wir deutschen Sozialdemokraten ihr den Weg bereiteten und daß diese Tatsache sich in Hamburg, auf deutschem Boden vollzog. Ueber die Siege unserer englischen, französischen, österreichischen und dänischen Genossen, mit denen wir in dem deutsch-dänischen Grenzabkommen ein Friedensdokument von bleibendem Wert geschaffen haben, haben wir gebuhelt, weil wir sie als die Siege eines Ganzen empfanden, dessen Teile wir sind. Sie wissen aus zahlreichen Befundungen der Solidarität in Wort und Tat, daß die Genossen draußen an unseren Kämpfen ebenso leidenschaftlichen Anteil genommen haben wie wir an ihren.

Uns alle eint der gemeinsame Wille, die gegenwärtigen Schwächen der Arbeiterklasse, die eine Folge des Krieges sind, ihre leibliche und seelische Not zu überwinden und in einem gerechten, dauerhaften Frieden die Grundlage für einen neuen Aufstieg zu gewinnen. So stehen wir vor unseren ausländischen Genossen heute nicht mit leeren Händen da, da die Politik der friedlichen Verständigung im Deutschen Reichstage eben erst einen großen Sieg errödet hat. Da zeigt sich, wie töricht der Glaube war, der Ausgang einer einzelnen Wahlschlacht könnte genügen, um über die deutsche Sozialdemokratie

zur Tagesordnung überzugehen. Mögen jene über ihren kurzfristigen Sieg jubeln, wir haben längst gewußt, daß Unkraut schneller wachsen kann als der Baum. Aber wenn das Unkraut längst verdorrt ist, wächst der Baum weiter, weil er seine Wurzeln tief in das Erdreich versenkt hat. Die deutsche Sozialdemokratie wird wachsen, weil sie eine Lebensnotwendigkeit für das arbeitende Volk Deutschlands ist. Sie muß allen Stürmen trotzen, allen Feinden widerstehen. In diesem Bewußtsein sind wir nicht nur organisatorisch vereinigt, nein, sind wir bereits zu einer inneren Einheit zusammengewachsen. Einig wollen wir marschieren, einig wollen wir schlagen unter der alten Parole: Alles für das Volk, alles durch das Volk! (Lebhafter Beifall!)

Ludwig-Berlin: Im gestrigen Leitartikel des „Vorwärts“ zum Parteitag heißt es, daß wir uns unter den gegenwärtigen revolutionär veränderten Verhältnissen nicht mehr auf das Agitieren, Organisieren und Theoretisieren beschränken können, sondern daß jederzeit die Stoßkraft unseres politischen Willens mit entscheidend ins Gewicht fällt. Das ist nicht falsch. Für die richtige Anwendung dieser Stoßkraft jedoch ist noch immer entscheidend das Agitieren, das Organisieren. Die schönsten Entschlüsse und Willenserklärungen nützen nichts, wenn dahinter nicht eine kampfbereite, organisierte Masse steht. Deshalb halten wir schon den Punkt, über den ich hier für den Parteivorstand zu berichten habe, als einen der wichtigsten überhaupt.

Im gestrigen Leitartikel des „Vorwärts“ zum Parteitag heißt es, daß wir uns unter den gegenwärtigen revolutionär veränderten Verhältnissen nicht mehr auf das Agitieren, Organisieren und Theoretisieren beschränken können, sondern daß jederzeit die Stoßkraft unseres politischen Willens mit entscheidend ins Gewicht fällt. Das ist nicht falsch. Für die richtige Anwendung dieser Stoßkraft jedoch ist noch immer entscheidend das Agitieren, das Organisieren. Die schönsten Entschlüsse und Willenserklärungen nützen nichts, wenn dahinter nicht eine kampfbereite, organisierte Masse steht. Deshalb halten wir schon den Punkt, über den ich hier für den Parteivorstand zu berichten habe, als einen der wichtigsten überhaupt.

Seit der Vereinigung der beiden Parteien in Nürnberg sind 1½ Jahre verfloßen. Wir legen Ihnen im Bericht eine Tabelle über Mitgliederbeiträge, Mitgliederbewegung, Kassenverhältnisse vor, die Gründe dafür sind Ihnen bekannt. Es geschieht aus Mitleid mit Ihnen, weil wir annehmen, daß Sie fünfzehn-, sechzehn- und siebenzehnstellige Zahlen doch nicht mehr lesen können. Der Kassenbericht, den der Parteivorstand Ihnen vorlegt, erstreckt sich deshalb nur auf die Zeit vom 1. Januar dieses Jahres bis zum letzten April, er wird von mir erweitert bis zum 12. Juni.

Die geschäftliche Vereinigung ging nicht immer reibungslos in den einzelnen Städten und Bezirken vor sich. Die Betriebe der beiden Parteien, die zusammenzulegen waren, bestanden in verschiedenen Formen, 1. G. m. b. H., 2. offene Handelsgesellschaft, 3. Aktiengesellschaft, 4. die Form der Genossenschaft. Der Parteivorstand hat die Erfahrung machen müssen, daß die zweckmäßigste Form die G. m. b. H. ist. Er hat deshalb überall diese Art Firmierung empfohlen. Eine Reihe von Unternehmungen mußte Ende 1922 veräußert werden, da die einsetzende Wirtschaftskrise die Partei zu diesem Schritte zwang, um andere Einrichtungen aufrechterhalten zu können. Veräußert wurden die Unternehmungen in Leipzig, Plauen, Magdeburg, Nürn-

berg, Hagen, Stuttgart (Dieh) und Bremen sowie Haus und Grundstück der Zentrale der USPD. in Berlin. Die überschüssenden Mittel wurden überall der Gesamtpartei zugeführt. In zwei Fällen kann der Parteivorstand nicht berichten, in welcher Weise die Bestände verwandt worden sind.

Es ist überhaupt notwendig, einmal von dieser Stelle aus ein deutliches Wort für viele, die es angeht, zu sagen.

Alle Parteiunternehmungen draußen im Lande, gleichviel ob sie Genossenschaftsdruckereien, G. m. b. H., Aktiengesellschaften darstellen, sind Eigentum der Gesamtpartei Deutschlands. Man sollte es kaum für möglich halten, daß es Parteigenossen gibt, die anderer Meinung sind. Es gibt solche, die uns in Briefen schreiben: „Unser Unternehmen geht dem Parteivorstand gar nichts an. Es ist eine Genossenschaft usw.“ Bei manchmal eintretenden schwierigen Verhältnissen hat man immer gemerkt, die Gesamtpartei — vertreten durch den Parteivorstand — zu finden. Wir wollen hier ausdrücklich feststellen, daß überall in allen Orten die Genossen nur Treuhänder der Gesamtpartei sind und daß sie nur für die Gesamtheit die Verwaltung der Geschäfte zu führen haben. (Beifall.)

Bei der Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien im Oktober 1923 zählte die SPD. nach dem Bericht des Parteivorstandes in Augsburg 1 174 105 Mitglieder, die USPD. nach dem Bericht in Gera 290 762 Mitglieder. Nach den Feststellungen der Bezirksleitungen haben, verursacht durch Treibereien einzelner Blindgänger, nur 206 065 Mitglieder der USPD. die Vereinigung mit der SPD. vollzogen. Nach den verkauften Beitragsmarken — nicht nach der Höhe der Beitragssumme, die ja keinen Maßstab darstellt — zählte die vereinigte Partei am Jahres-schluß 1 261 072 Mitglieder, darunter 130 000 Genossinnen. Auf diese Zahl können wir stolz sein, wenn wir bedenken, welche furchtbare Krise, Inflationsperiode, hinter uns liegt und in welchen elenden wirtschaftlichen Nöten sich die deutschen Arbeiter auch zurzeit noch befinden. Die Rederei und Schreiberei, daß die Sozialdemokratische Partei einem Leichnam gleiche, der nur noch verscharrt zu werden brauche, ist Unsinn. Wo ist eine Partei, die mit den gleichen geringen Mitteln so ungeheuer viel leistet, so daß sie heute wieder berichten kann, daß Organisation und alle Einrichtungen der Gesamtpartei sich in bester Verfassung befinden. Während der Inflationsperiode war die ganze Tätigkeit der Parteileitung, aber auch die der Bezirke, darauf gerichtet, die Organisation und die notwendigen Organe und Einrichtungen aufrechtzuerhalten. Die Bezirke sowohl wie der Parteivorstand mußten, so schmerzhaft es war, während der schlimmsten Zeit viele Angestellte und Arbeiter entlassen. Der Höhepunkt der Krise wurde im letzten Quartal 1923 erreicht.

Da mußten eingestellt werden „Die neue Zeit“, „Der wahre Jakob“, „Die Gleichheit“, das „Mitteilungsblatt des Parteivorstandes“, „Der Freie Beamte“ und die „Gemeindepolitik“. Der Parteivorstand hat bis zu der Zeit vierzig über ganz Deutschland verteilte Angestellte entlassen müssen. Das alles ist in der Organisation überwunden worden und seit Januar berichten alle Bezirke über eine Aufwärtsbewegung.

Es ist aber auch gelungen, die Parteipresse während der Wirtschaftskrise, insbesondere während der Inflationsperiode zu erhalten. Neben der Treue der Genossen und Genossinnen als Leser, als Vertrauensleute, als Treuhänder, als Preßkommissionsmitglieder, als Arbeiter oder als Angestellte verdanken wir diese Tatsache den Geschäftsführern unserer Parteigeschäfte, und der Parteivorstand beauftragt mich ausdrücklich, diesen allen

den besonderen Dank der Partei abzustatten für ihre Hingabe und große Aufopferung in jener toten Zeit des Jahres 1923. Mancher Genosse hat vielfach mit seiner Gesundheit dieses Opfer gebracht.

Die Partei verfügt zurzeit über 169 Zeitungen. 104 Zeitungen werden in eigenen Druckereien hergestellt. In diesen befinden sich 121 Rotationsmaschinen, 259 Schnellpressen und 288 Sekundärmaschinen.

Gegen 1914 verfügt die Sozialdemokratische Partei um das Doppelte an Parteizeitungen, aber auch der Verstand, der durch die wirtschaftlichen Verhältnisse zurückgegangen war, steigt seit Januar und hat die Friedenszahl überschritten.

Der Parteivorstand gibt seit einiger Zeit wieder das „Mitteilungsblatt für Funktionäre“ heraus, neu erscheint ab Juli dieses Jahres „Die Genossin“, Informationsblätter für weibliche Funktionäre. Der „Freie Beamte“ wird demnächst ebenfalls wieder erscheinen.

Zur Reichstagswahl hatte der Parteivorstand die Organisation der Materiallieferung für die Bezirke längst vor der Auflösung des Reichstages in Angriff genommen. Wenige Tage nach der Auflösung erhielten die Bezirke das Handbuch für die Reichstagswahl zugestellt, sodann ein kleines Merkbuch für Parteifunktionäre, fünf Ausgaben Referentenmaterial, darunter zwei Ausgaben für weibliche Wähler. Außerdem lieferte der Parteivorstand den Bezirken 2 000 000 bunte Flugblätter und fünfzehn verschiedene Sorten Plakate in einer Gesamtauflage von 500 000 Stück. Daneben wurden den Bezirksleitungen 43 verschiedene Flugblattentwürfe zur Verfügung gestellt, so daß von vielen Seiten im Gegenzug zu anderen Gelegenheiten gesagt wurde: „Parteivorstand, höre auf mit deinem Segen“. An Gesamtkosten hat der Parteivorstand für die Reichstagswahl 145 000 Mark ausgegeben. Er hat alle Materialien den Bezirken gratis geliefert. Die Gesamtkosten der Partei zur Reichstagswahl betragen nach unseren Feststellungen rund 845 000 Mark für sämtliche 35 Wahlkreise. Die Wahl mit diesen geringen Mitteln bei der Heftigkeit des Wahlkampfes zu führen, war nur möglich mit einer opferbereiten Organisation, in der fast alle Organisationsarbeiten für die Wahl ohne Entgelt geleistet wurden.

Der Parteiverlag Dieh (früher „Vorwärts“-Buchhandlung) hatte vom Parteivorstand den Auftrag, alle eingegangenen Zeitschriften wieder erscheinen zu lassen, sobald die Verhältnisse es ermöglichen. Dabei sollten aber alle die Lehren der letzten Jahre beachtet und berücksichtigt werden. Inwieweit das gelungen ist, müssen Sie in der Diskussion nachher sagen.

An Stelle des „Wahren Jakob“ erscheint seit dem 15. Januar dieses Jahres das Witzblatt der Republik „Lachen links“. Redaktion und Verlag wissen, daß noch sehr viel für den Ausbau des Blattes zu tun ist.

Für die Frauen erscheint seit dem 1. März dieses Jahres die „Frauenwelt“. Bis jetzt liegen acht Nummern vor. Es ist mit vieler Mühe gelungen, der „Frauenwelt“ sofort einen Modeteil beizufügen, ja es ist möglich gewesen, ab Nummer 4 einen eigenen Schnittmusterbogen herzustellen. Die Auflage beträgt heute 67 000. Alle Bezirksvorstände haben kurz vor dem Parteitag durch uns eine Uebersicht erhalten, welche Orte Bezirke der „Frauenwelt“ sind. Wir sprechen den Wunsch aus, daß beim nächsten Parteitag der Verlag den Bezirksleitungen nur noch mitzuteilen braucht, welche Orte nicht Bezirke sind. Der „Frauenwelt“ liegt eine Beilage „Kinderland“ bei. Diese Beilage „Kinderland“ hat bereits heute 5000 feste Abonnenten in den Kindergruppen der einzelnen Parteiorde. Der Verlag hat außerdem am 1. April im Auftrag des Parteivorstandes die wissenschaftliche Zeitschrift „Die Gesellschaft“, redigiert vom

Genossen Rudolf Hilferding, herausgegeben. Der Verlag kann heute über 5000 feste Abonnenten buchen. Die Zeitschrift erscheint monatlich einmal. Sie ist von vielen Parteigenossen begrüßt worden, und wir sprechen die Hoffnung aus, daß wir zu den fünfeinhalb Tausend Lesern weitere fünftausend in aller Kürze verzeichnen können. Außerdem wird wieder am 1. Juli dieses Jahres eine Kommunalzeitschrift: „Die Gemeinde“ — Halbmonatszeitschrift — für sozialistische Arbeit in Stadt und Land, erscheinen. Die erste Nummer liegt Ihnen bereits vor. Sie befindet sich in der Mappe, die Ihnen der Verlag Diez überreicht hat. Auch hier wird der Verlag alle die Erfahrungen berücksichtigen, die früher bei den Zeitschriften ähnlicher Art gemacht worden sind. Vor allen Dingen soll die Redaktion darauf achten, daß die kleineren und mittleren Orte, besonders die Landgemeinden, genügend berücksichtigt werden. Es war vielleicht ein großer Mangel solcher Zeitschriften, daß sie hauptsächlich auf die großstädtischen Verhältnisse zugeschnitten waren. (Sehr wahr!)

Ich komme jetzt zu dem Kassenbericht der letzten Monate. Da muß ich dem Parteitag berichten, daß nach unserer Auffassung die Liebe zum Parteivorstand von Tag zu Tag mehr gewachsen ist. Sie hat den Höhepunkt erreicht vom 1. bis zum 12. Juni in Gestalt der Geldeingänge aus den Bezirken. Während wir in den Monaten Januar bis einschließlich Mai eine monatliche Durchschnittseinnahme von 23 000 Mk. an Beiträgen buchen konnten, sind vom 1. bis 12. Juni 32 000 Mk. bei uns eingegangen, ohne die Beträge, die die einzelnen Delegierten wahrscheinlich persönlich mitgebracht haben.

Die Gesamteinnahme des Parteivorstandes in den zurückliegenden letzten fünf Monaten betrug an Beiträgen der Mitglieder 151 727 Mk., 145 234 Mk. andere Beiträge, darunter 63 187 Mk. aus der internationalen Sammlung, 178 543 Mk. von den Parteigeschäften, 17 482 Mk. von der Einkaufszentrale, 763 Mk. zurückgezahlte Darlehen, 105 Mk. Zinsen und 8784 Mk. sonstige Einnahmen.

Die Ausgabenposten wollen Sie, bitte, im gedruckten Bericht nachsehen.

An Beiträgen sind bis zum 10. Juni 151 727 Mk. vereinnahmt worden. Die einzelnen Bezirke, wir zählen 31, haben mit einer Ausnahme dazu beigetragen. An der Spitze der finanziellen Leistung steht Hamburg mit 17 850 Mark, dann folgt Leipzig mit 14 857 Mk., Chemnitz-Zwickau mit 12 556 Mk., Berlin mit 11 250 Mk., Hannover mit 9365 Mk. Ich zähle die übrigen Bezirke nicht mehr auf. An welcher Stelle der finanziellen Leistung an den Parteivorstand der einzelne Bezirk steht, ist von uns persönlich zu erfahren. Die Größe der Bezirke nach den Mitgliederbeiträgen errechnet ist Hamburg, Hannover, Leipzig, Schleswig-Holstein, Franken, westliches Westfalen usw.

Nach fünf Monaten ist es das erstmal wieder möglich, einen Vergleich gegen früher, das heißt vor dem Kriege, anzustellen. Die Sozialdemokratische Partei hatte vor dem Kriege im letzten Geschäftsjahr eine Gesamteinnahme von 1 400 000 Mk. Wir haben also gegenwärtig fast den Friedensstand erreicht. Dabei muß ausdrücklich betont werden, daß alle Orte, Bezirke und auch der Parteivorstand früher über kleinere und größere Reserven verfügt haben, das ist heute nicht der Fall. Die Richtung, in der wir alle zu arbeiten haben, ist von selbst gegeben.

Ehe ich den Kassenbericht abschließe, will ich auch noch namens des Parteivorstandes den Genossen aus der Internationale besonderen Dank sagen. Die deutsche Sozialdemokratische Partei hat aus dieser Sammlung 100 000 Mk. in den letzten 1½ Jahren zur Aufrechterhaltung ihrer Organisation und Einrichtungen erhalten. Wir danken allen Genossen in den europäischen Staaten, auch jenseits des Ozeans, für diesen Akt der Solidarität. (Lebhafter Beifall.)

Unser Stolz wird sein, alles zu tun, die früher so oft befundene deutsche Solidarität bei der ersten Gelegenheit zu beweisen. (Bravo!)

Ueber die speziellen Gebiete unserer Organisation, über die Frauenbewegung und die Arbeiterwohlfaht verweise ich auf den Ihnen gedruckt vorliegenden Bericht.

Das Bildungsweisen der Partei befindet sich, ebenso wie die Jugendorganisation und Erziehungsbewegung der Kinderfreunde, in neuem Aufstieg. Die Kinderfreundeorganisation zählt, obwohl sie erst etwa ¼ Jahr besteht, bereits 70 Ortsgruppen, die Jugendorganisation hat eine Mitgliederzahl von über 100 000 und die Zahl der Bildungsausschüsse ist auf 600 angewachsen. Eine ähnliche erfreuliche Entwicklung zeigt auch die Jungsozialisten- und Lehrerbewegung.

Wir haben alles getan, um die Kultureinrichtungen auch durch die schwere Zeit der Inflationskrisis durchzuhalten, und es ist dies auch gelungen, wie wir mit Genugtuung feststellen können.

Wir wissen, daß der Sozialismus als Kulturgedanke heute in weitesten Kreisen lebendig ist, daß insbesondere bei unseren jüngeren Genossen ein starker Drang herrscht, sich mit den Problemen der Zeit geistig auseinanderzusetzen und an der Vertiefung der sozialistischen Weltanschauung zu arbeiten.

Daraus erwachsen uns als Kulturpartei Verpflichtungen, die wir soweit als möglich zu erfüllen bestrebt sind.

Ich habe Ihnen nun gesagt, was der Parteivorstand als Treuhänder der Partei und was seine durch ihn vertretenen Parteigeschäfte, Institutionen usw. während der rückliegenden Berichtszeit getan haben. An Ihnen liegt es, nachher zu sagen, was nicht getan worden ist oder, was ich absolut nicht für ausgeschlossen halte, was falsch gemacht worden ist. Alles was geschehen ist und was geleistet worden ist, geschieht in der Absicht, der arbeitenden Klasse in Deutschland zu dienen und diese einer besseren Zeit entgegenzuführen. (Lebhafter Beifall.)

2. Bericht der Kontrollkommission.

Berichterstatter Brühne-Frankfurt a. M.: Die Kontrollkommission hat sich seit dem letzten Parteitag mit zwei Beschwerden zu befassen gehabt. Bei Aufhebung des Parteigeschäfts J. H. Diez Nachfolger wurden an die Angestellten und Arbeiter 8 Millionen Mark Entschädigung gezahlt. Im Frühjahr 1923 war dies noch eine große Summe. Diese 8 Millionen sind mit Einverständnis des Arbeiterrats der gesamten Angestellten und Arbeiter mit 7,5 Millionen sofort an die Angestellten und Arbeiter verteilt worden, während ½ Million zurückgehalten wurde, um im Notfall aus diesem Fonds an die in Frage kommenden noch etwas zahlen zu können. Nachträglich hat der Genosse Otto, der im Geschäft tätig war, Beschwerde gegen die Verteilung erhoben. Die Beschwerde mußte abgelehnt werden, weil die Angelegenheit mit dem Stuttgarter Geschäft abgeschlossen war. Alle Angestellten und Arbeiter sind sofort in anderen Stellungen untergebracht worden; eine Notlage war also nicht vorhanden.

Eine weitere Beschwerde ging vom Parteisekretariat für den 17. hannoverschen Wahlkreis aus. Sie wurde gegen einen Beschluß des Parteivorstandes wegen Aufstellung des Genossen Roske als Spitzenkandidat im Wahlkreis Ost-hannover erhoben. Der Parteivorstand hatte beschlossen, von einer Aufstellung des Genossen Roske in dieser Legislaturperiode Abstand zu nehmen. Die Kontrollkommission kam zur Ablehnung der Beschwerde.

Die Kontrollkommission hat seit der letzten Reichstagswahl die Geschäfte des Parteivorstandes kontrolliert, ebenso „Vorwärts“-Buchhandlung, Parteikasse, Arbeiterjugend usw. Im Jahre 1923 war die Kassenrevision kein Ver-

gnügen, da man mit 13- und 15stelligen Zahlen rechnen mußte. Das wird ja nun besser werden. Es wurde alles in Ordnung gefunden.

Ich beantrage im Namen der Kontrollkommission, dem Parteivorstand für seine gesamte Tätigkeit Entlastung zu erteilen. (Lebhafter Beifall!)

3. Bericht der Reichstagsfraktion.

Berichterstatler Hermann Müller-Branten: Genossinnen und Genossen! Sie finden auf der Tagesordnung des Parteitags noch ein Referat des Genossen Hilferding über die Reichstagswahlen und die Sozialdemokratie. Die Arbeitsteilung zwischen Hilferding und mir ist so gedacht, daß Hilferding die Dinge behandeln wird, die für die zukünftige Politik der Partei von besonderer Bedeutung sind, während ich darstellen werde, was die Fraktion geleistet hat, und die Fraktion gegen Angriffe verteidigen werde, die meiner Auffassung nach ungerechtfertigt erhoben worden sind. Ich kann in meinem einstündigen Referat keine volle Darstellung der Arbeiten der Fraktion geben. Das ist aber auch nicht notwendig. Wir haben zwei Tage nach der Auflösung bereits unser „Handbuch für sozialdemokratische Wähler“ herausgegeben. Sie finden darin die positive Arbeit dargestellt, die die sozialdemokratische Fraktion in den letzten Jahren geleistet hat.

In diesem Bericht ist alles enthalten, was über die Jahre seit dem Einigungsparteitag in Nürnberg zu sagen ist. Danach hat die sozialdemokratische Fraktion ihr Hauptgewicht darauf gelegt, positiv für die Arbeiterklasse zu wirken. Dabei hat sie die Grundsätze hochgehalten, die auch in den vergangenen Jahrzehnten für die Fraktion maßgebend waren. In diesem Zusammenhang erwähne ich daran, daß 1879 nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes kein geringerer als Friedrich Engels den ersten Rechenschaftsbericht der sozialdemokratischen Fraktion angegriffen hat, weil die Politik der Fraktion zu reformistisch gewesen sei. Kein anderer als August Bebel hat ihm darauf am 18. November 1879 geantwortet: „Die Massen verlangen, daß auch für das Heute gesorgt wird, unbeachtet dessen, was morgen kommt.“ Dieser Grundsatz war auch unser Leitstern bei der parlamentarischen Tätigkeit.

Wir müssen zugeben, daß heute unser Kampf gegen früher erschwert ist, weil durch die Kriegspfeilschöße irreführende Arbeiter zum Teil heute den Weg nach rechts gefunden haben und die rechtsradikale Bewegung stärken. Wir müssen heute ferner mit einer Partei links neben uns rechnen, die ihre ganze Taktik auf eine Zerstörung der sozialdemokratischen Partei eingerichtet hat. Am nächsten Mittwoch sollen beim Zusammentreten des Reichstags die Anträge, behandelt werden, die die Fraktionen zu den Verordnungen eingebracht haben, die auf Grund der beiden Ermächtigungsgesetze erlassen worden sind.

Nach den Standalzenen im Reichstag nach seinem Wiedezusammentritt ist die Befürchtung berechtigt, daß die bürgerliche Mehrheit mehr als je dafür sorgt, daß dieses Parlament nicht allzuoft und allzulange zusammentritt, also die Beratungszeit eingeschränkt wird. Es leiden darunter am meisten diejenigen Fraktionen, die die Verordnungsgebung korrigieren wollen, die vor der Auflösung des Reichstags an die Stelle der normalen Gesetzgebung getreten war. Gerade die Tätigkeit der Fraktion ist aber am empfindlichsten geschädigt, die positiv für die Arbeiterklasse etwas herauszuschlagen versucht.

Das Parlament spielt heute eine andere Rolle als vor dem Weltkrieg und der Revolution. Damals war der deutsche Reichstag mehr ein Debattierklub mit sanfter Rede und Gegenrede. Heute kann der Reichstag alles, wenn er nur will. Es existiert über ihm nicht mehr die Obrigkeit, die früher selbst seine Tagesordnung mitbestimmte. Wenn die Reichstagsräte des Kaiserreichs die Beratung eines Gegenstandes nicht wünschten, hatten sie die Macht, sie zu verhindern.

Der Reichstag ist jetzt den Parlamenten der Länder angenähert, in denen das parlamentarische System schon länger herrscht. Wir haben mehr Interpellationsdebatten und Debatten im Anschluß an Regierungserklärungen als früher; die Beratung der Gesetze wird aber schneller als in den vergangenen Jahrzehnten erledigt.

Am Reichstag ist infolge des deutschen Mehrparteiensystems keine geschlossene Mehrheit. Das hat uns oft zu Beschlüssen gezwungen, die vielfach von Parteigenossen angefochten worden sind, worauf ich bei der sachlichen Behandlung der einzelnen Materien zurückkommen werde. Dadurch besteht auch bei inneren Fragen, die gar keine Hauptfragen der Politik sind, jeden Tag die Möglichkeit, daß sich die extremen Parteien von rechts und links vereinigen und auf Grund dieser politischen Verhältnisse auch vereinigen müssen, auf ein Mißtrauensvotum, wenn es nur geschickt genug formuliert ist. Der Sturz der Regierung liegt daher von Woche zu Woche im Bereich der Möglichkeit. Dieser Zustand beeinträchtigt die Arbeiten des Parlaments außerordentlich, zeigt aber auch, daß heute keine Partei, die in der Regierung nicht vertreten ist, völlig frei von Verantwortung ist, wie überhaupt das parlamentarische System zur Wahrheit und zur Anerkennung der Realitäten in der Agitation erziehen soll. Das Verlangen von Unmöglichkeiten rächt sich an jeder Partei, die in absehbarer Zeit zur Uebernahme der Verantwortung gezwungen ist.

Müssen wir diese Realitäten anerkennen, so ist deshalb nicht im geringsten gesagt, daß wir von unseren sozialistischen Grundsätzen irgend etwas aufzugeben haben. Ich habe stets, zum Beispiel in den von mir abgehaltenen Versammlungen, betont, daß wir weniger als je Ursache haben, etwa für den Sozialismus ein Moratorium zu nehmen. Ganz im Gegenteil; rein objektiv betrachtet sind die Voraussetzungen für die Durchführung des Sozialismus besser geworden als jemals. Nicht nur der Krieg, dieser große Proletarisator, hat in dieser Richtung gewirkt, sondern viel mehr noch die Inflation, durch die große Massen früher selbständiger Existenzen proletarisiert worden sind, die heute kaum mit der Arbeit ihres Kopfes oder ihrer Hände ihren Lebensunterhalt verdienen. Interessant ist, daß gerade diese Proletarisierung weiter Kreise des selbständigen Mittelstandes, diese Tendenz in der Richtung unseres Endziels, sich nicht unter einem sozialistischen Ministerium, sondern unter einem kapitalistischen ereignet hat, dessen Kanzler Cuno Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Paketschiff-Gesellschaft gewesen ist, dessen Wirtschaftsminister Beder von Rheinstahl war, zwei maßgebende Vertreter des Kapitalismus.

Wenn wir feststellen, daß die Mittelschichten zum großen Teil proletarisiert sind, so heißt das noch nicht ohne weiteres, daß sie zu uns kommen. In diesen Schichten, die objektiv für uns massenhaft reif geworden sind, ist die Tradition mehr als in anderen Kreisen an der Tagesordnung. Sie müssen in ständiger Kleinarbeit uns zugeführt werden. Nach einigen Jahren werden viele von ihnen kuriert sein, die noch bei den letzten Wahlen den Rechtsparteien nachgelaufen sind; sie werden begreifen, daß, wenn weniger Sozialisten im Reichstag sind, das noch nicht ein Mehr an Aufwertung bedeutet (Sehr gut!), womit die Abwanderung dieser für uns reifen Schichten bei den Wahlen zu unterbinden versucht wurde.

In diesem Zusammenhang einige Bemerkungen zum Wahlrecht, das auch von anderen Parteien auf die Tagesordnung gesetzt werden wird. Es ist notwendig, daß wir wieder zu kleineren Wahlkreisen kommen. (Sehr richtig!) Große allerdings haben auch ihre Vorteile. Wenn sich unendlich lange Listen gegenüberstellen, wird der Wahlkampf unpersönlicher und weniger geschäftig geführt, wie meist in der Vergangenheit. Andererseits muß der persönliche Zusammenhang zwischen den Abgeordneten und dem Wahlkreis mehr betont werden.

den, weil dadurch auch mehr Arbeit zur Erfassung der Grenzschichten geleistet wird, die für uns reif sind. (Sehr richtig!) Heute unterzieht das oft, weil darauf bei den großen Wahlkreisen und langen Listen nicht derselbe Wert wie früher gelegt wird. Das soll aber nicht heißen, daß wir zum Einzelwahlkreis zurückkehren wollen. Wir werden am Verhältniswahlssystem festhalten, das wir programmatisch seit Jahrzehnten verlangt haben. Bürgerliche haben sich schon zu Gegenanträgen aufgeschwungen, die das Wahlsystem heraufsetzen wollen. Wir als Linksparteien haben im Reichstag die Mehrheit und können Verfassungsänderungen in dieser Richtung verhindern. Unsere alte Forderung des Frauenwahlrechts ist heute von keiner Seite mehr angefochten. Wir haben keine Ursache, wie hier und da verlangt wurde, das englische oder französische Wahlsystem zu verlangen. Das französische Wahlsystem ist eins der verrücktesten, das es überhaupt gibt. Es hat unsere Partei zu einer Verbindung mit anderen Parteien gezwungen, um dadurch einen politischen Erfolg zu erzielen. Ich will dies für deutsche Verhältnisse nicht empfehlen. Wir haben es bei unserem Wahlrecht nicht nötig. Aber zugunsten unserer französischen Genossen muß ich sagen, daß sie, wenn sie zum Teil so weit gegangen sind, sich mit den bürgerlichen Linkspublizisten auf eine gemeinsame Liste zu einigen, den Beweis geliefert haben, daß sie Politik zu treiben verstehen. (Sehr gut!) Ich wünsche, daß die deutsche Sozialdemokratie in Situationen ähnlicher Art denselben Sinn für Politik zeigt. Unsere französischen Bruderorganisationen haben damit erst die politische Entspannung erreicht, nach der wir so lange verlangt haben. Es ist nur zu bebauern, daß dies erst so spät möglich geworden ist. Ich kann hier die Bemerkung nicht unterdrücken, daß unsere Rechtsbewegung in Deutschland deshalb so stark geworden ist, weil Poincaré ihr fortwährend Wasser auf ihre Mühlen geliefert hat. In dieser Beziehung ist bei uns sehr viel zerstört worden. Die bürgerlichen Parteien haben darunter gelitten, aber auch die Sozialdemokratische Partei hat eine Schwächung erfahren.

Die Sozialdemokratische Partei verfügt im jetzigen Reichstag über 100 Mandate gegen 171 bei Schluß der letzten Session. Es hat Leute gegeben, die glaubten, man könne mit 171 Mandaten alles machen. Hoffentlich begreifen Sie, daß man mit 100 etwas weniger machen kann. Es muß gegenüber falschen Behauptungen immer wieder festgestellt werden, daß wir seit der Revolution im Parlament niemals die Mehrheit gehabt haben. Wir haben die Lage in der allerersten Zeit nach der Revolution, zur Zeit der Volksbeauftragten, beherrscht. Die Hemmnisse aufzuzählen, die damals unsere Arbeiten behinderten, würde zu weit führen. Ich erinnere nur an die Ernährungsorgen, an die Schwierigkeit der Rückführung des Heeres, wobei mit Ententeoffiziere zugegeben haben, sie hätten die Rückführung in der kurzen Frist nicht für möglich gehalten. Vor allen Dingen aber muß an die leider schon damals einsetzenden Kämpfe in der Arbeiterklasse und die Auseinandersetzung mit Spartakus erinnert werden, die bereits am zweiten Tage der Revolution begann. Dann kam die Nationalversammlung, in der wir nicht die Mehrheit hatten. Wir waren nicht der Auffassung, daß wir eine Minderheitsregierung bilden sollten. Es ist sehr interessant, aus den Auseinandersetzungen der letzten Zeit zu erfahren, daß damals Siegerwald in der Zentrumsfraktion dafür eingetreten ist, der Sozialdemokratie die Minderheitsregierung zu überlassen. Wir scheint, Siegerwald war ein besserer Margist als viele unserer Margisten, da er der Ueberzeugung war, daß, wenn man auch einer sozialistischen Minderheitsregierung das Heft in die Hand gibt, der Kapitalismus nicht vor seinem Ende steht. Unter dem Einfluß Erzbergers unterlag Siegerwald damals. So wurde auf demokratischer Basis die Regierung der Mitte gebildet, die außenpolitisch nötig war, um überhaupt zu erträglichen Verhältnissen zu kommen.

Die Koalition der Nationalversammlung fiel mit der Wahl von 1920. Wir zogen als getrennte Parteien in den Reichstag. Die Sozialdemokratische Partei lehnte es nach ihrer Schwächung durch die Wahlen ab, im Juni 1920 in eine Regierung einzutreten. Da die Wähler gegen uns enthielten hatten, glaubten wir unmöglich die Verantwortung übernehmen zu können, die wir während der Nationalversammlung getragen hatten. Durch unsere Haltung 1920 haben wir die immer wiederkehrende Behauptung widerlegt, daß wir die Auffassung hätten, daß wir in einer Republik immer in der Regierung sein müßten. Diese Auffassung ist niemals bei uns vertreten worden.

Wenn uns ein Drang nach Ministerportefeuilles immer wieder vorgeworfen wird, so kann ich objektiv darüber sprechen. Ich habe es seit 1920 sechsmal abgelehnt, in die Regierung einzutreten, weil ich meine Anwesenheit in der Fraktion für wichtiger hielt. Es gehört nicht zu der angenehmsten Beschäftigung, Parteigenossen zum Eintritt in ein Koalitionsministerium zu veranlassen. Ich habe eine Sucht nach Ministerportefeuilles in der Reichstagsfraktion noch nicht bemerkt. Vielleicht können Sollmann und Rabbruch noch persönliche Erfahrungen mitteilen. (Zuruf: Andere Leute sind anderer Meinung!) — Soweit das Reich in Betracht kommt, muß ich das feststellen. Selbst Toni Sender nicht mir zu. (Zuruf: In den Ländern soll es nicht anders sein!)

Wenn wir die Koalitionsbildungen der letzten Jahre überschauen, wie es das sozialistische Handbuch tut, so sind wir nur in der Regierung vertreten gewesen, wenn wir in die Regierung mußten. Die Gründe, die uns dazu gezwungen haben, sind fast immer außenpolitische gewesen. In das Ministerium Behrenbach-Simons sind wir 1920 nicht hineingegangen, dagegen nach dem Londoner Ultimatum in die Regierung Wirth, um damals die Befegung des Ruhrgebiets zu verhindern. Man hat Schlussfolgerungen von Oesterreich auf Deutschland übertragen. Der Eintritt in die Koalitionsregierung unter einer bürgerlichen Führung soll eine Flucht vor dem Klassenkampf sein. Ich bin gespannt, ob ein Theoretiker nachher diese Beweisführung für das Kabinett Wirth zu führen versucht. In das zweite Kabinett Wirth sind wir gegangen, nachdem die Demokraten wegen der Entscheidung über Oberschlesien ausgetreten waren. Ebenso lag es beim Sturz Cunos. Ich hielt es damals für besser, die Regierung Cuno noch einige Tage zu halten. Denn die Agitation unserer Gegner wurde dadurch erleichtert, daß die Ausführung der Steuererlasse von einer ganz anderen Regierung übernommen werden mußte. Ich gebe aber zu, daß bei dem Sturm im Lande Cuno schwer zu halten war. Was sollte aber eigentlich nach der Regierung Cuno kommen? Die Aufgabe der neuen Regierung war die Liquidation des Ruhrabenteuers, und diese konnte nur mit einer Regierung vorgenommen werden, die sich auf uns stützte. Oder glaubt jemand, daß die Liquidation des Ruhrabenteuers durch eine Verbindung mit Hergt und Graf Westarp möglich gewesen wäre! Die Frage aufwerfen heißt sie verneinen. Wir mußten damals in den sauren Apfel beißen, um Schlimmeres zu verhüten.

Man braucht freilich nicht immer in die Regierung zu gehen. Wir haben uns in der allerletzten Zeit auf eine Unterstützung einer Regierung der bürgerlichen Mitte beschränkt. Aber da lagen besondere Verhältnisse vor, und diese waren auch wieder durch den Wahlausfall bedingt, der uns eine Regierung mit einer Stimme Mehrheit nicht ermöglichte. Es wird aber auch hier niemand behaupten, daß wir um die Unterstützung dieser Regierung Marx herumgekommen wären. Das ganze Ausland, insbesondere die sozialistischen Parteien des Auslands forderten von uns, daß wir so viel Vernunft aufbrächten, zu tun, was im Interesse der Befriedung Europas nötig war. Ich stelle mit Freuden fest, daß die Meinungsverschiedenheiten in der Fraktion diesmal ge-

ringer als bei früheren Fällen gewesen sind. Gewiß, wir haben der Regierung Marg kein Vertrauensvotum gegeben, sondern nur das Vertrauen ausgesprochen, daß sie die Geſetze macht, die zur Befriedung Europas notwendig sind. Ich lege übrigens auf diese Formulierung keinen besonderen Wert. Darauf kommt es nicht an, ob das Wort „Vertrauen“ oder „Billigung“ vorkommt, oder ob eine Tagesordnung angenommen wird, die, wie in parlamentarischen Ländern, von der Regierung angenommen ist. Wenn wir einer Regierung das Leben ermöglichen, geben wir ihr den nötigen Zuschuß von Vertrauen. Wir dürfen uns vor diesem Wort nicht so fürchten, wie das viele von uns noch tun.

Mit dieser Tätigkeit zugunsten der Regierung der Mitte haben wir nur getan, was im Interesse der Arbeiterklasse erforderlich gewesen ist, weil wir der Ueberzeugung waren, daß nur durch Annahme des Sachverständigenutachtens und der Durchführung der deshalb notwendigen Geſetze auch innerpolitisch Zustände aufrechterhalten werden können, die im Interesse der Arbeiterklasse liegen. Wenn die deutsche Wirtschaft nicht an die internationale Finanzwirtschaft angeschlossen wird, sind die Tage unserer Währung gezählt. Ich brauche Ihnen nicht auseinanderzusetzen, was das für den Haushalt jedes einzelnen Arbeiters bedeutet. Das ist unsere Auffassung von der praktischen Unterstützung des Klassenkampfes.

Dieses Wort steht in einer Reihe von Resolutionen wieder. Das betrübt mich, nicht weil es sich gegen uns richtet, sondern weil dieser Vorwurf immer wieder erhoben wird. 1895/96 wurde er auch erhoben, als Bebel mit Vollmar und Quard für das Agrarprogramm eintraten. Man sollte endlich diesen alten Badenhüter ruhen lassen und mit neuen Vorwürfen kommen. (Heiterkeit.) Es kommt wirklich weniger auf die Vorbereiter des Klassenkampfes an als auf das Heer der Klassenkämpfer, weniger auf diejenigen, denen nicht wohl ist, wenn sie nicht ein paar Säge mit Klassenkampf durch ihre Gebetmühle gedreht haben, als auf diejenigen, die in den Betrieben den Klassenkampf zu führen haben. Abgesehen von Skandinavien ist, wenn wir rückwärts blicken, keine Arbeiterklasse so sehr auf den Klassenkampf eingestellt und hat begriffen, worauf es ankommt, als die deutsche. Das ist der Erfolg der Agitation von sechs Jahrzehnten. Wenn sich dieser Erfolg nicht mehr voll auswirken kann, so zum Teil deshalb, weil wir infolge der Kriegszeit eine so viel weniger aufgestärkte Jugend haben. Es werden erst Jahre ins Land gehen, bis wir für die Arbeitermassen den Zustand der Aufklärung vor dem Kriege wieder bekommen werden. Leider müssen wir feststellen, daß sich in bezug auf die Führung des Klassenkampfes Zustände entwickelt haben, die weder Marg noch Engels voraussehen konnten. Wir haben in allen Ländern Rückfälle in die Zeit zu verzeichnen, in der Bakunin mit Marg, in der Most mit August Bebel gekämpft hat, Rückfälle in die Zeit des Syndikalismus, des Anarchistens, Rückfälle besonders in Rußland, wo die Partei mit der Regierung solidarisch ist, wo es auf die Annahme von Geld für die Parteien fremder Länder nicht im geringsten ankommt. Wenn wir heute eine Partei links neben uns haben, die gierig auf alles lauert, was bei uns geschieht, so macht das bei aller Anerkennung der Meinungsfreiheit für jeden einzelnen Redakteur und Redner zur Pflicht, bei jeder Äußerung äußerste Vorsicht zu üben.

Wir wissen, daß alles, was zu unseren Ungunsten ausgenutzt werden kann, durch den Apparat ausgenutzt wird, der von den Rostowitern gegen uns unterhalten wird. Wir sind in diesen Zustand hineingekommen, seitdem in Halle die Spaltung zwischen den Unabhängigen und Kommunisten erfolgt ist. Wenn wir heute auf diese Zeit zurückblicken, können wir sagen, daß dieser Spaltungsarteilung die schwerste Niederlage gewesen ist, die die Sozialdemokratie seit der Revolution gehabt hat. Wir laborieren immer noch daran und haben in den

Arbeitermassen nicht den nötigen Ausgleich finden können. Das hat uns geschwächt, und die Bourgeoisieparteien wissen, welche Rückwirkung das auf die Führung der Klassenkämpfe gehabt hat. Deshalb muß die Partei und müssen die Gewerkschaften die Klassenkräfte in jedem Falle feststellen, ehe es zu politischen oder gewerkschaftlichen Operationen kommt.

Diese Verschiebung der Klassenkräfte hat auch ihre Rückwirkung auf die parlamentarische und außerparlamentarische Situation gehabt. Es ist oft darauf hingewiesen worden, daß wir 1922 bei der Ermordung von Rathenau glänzende Demonstrationen gehabt haben. Das ist richtig. Trotzdem wird niemand leugnen, daß es uns 1923 nicht möglich war, solche Demonstrationen auf die Beine zu bringen, weil inzwischen die Inflation eingesetzt hatte, die die Arbeiterklasse ihrer letzten materiellen Reserven beraubt hat. Wir mußten, warum wir seit 1921 immer wieder dafür eingetreten sind, daß eine stabile Währung in Deutschland garantiert würde. Wir haben gesehen, daß in dem Augenblick, wo wir eine stabile Währung hatten, wir die Hände viel mehr frei bekommen und an Macht gewonnen haben. Wir wollen uns aber nicht darüber täuschen, daß heute, im Gegensatz zur Agitation der Kommunisten, wir eine revolutionäre Konjunktur nicht haben und im Augenblick um der wirtschaftlichen Gefundung Deutschlands und Europas willen eine ruhige Entwicklung wünschen müssen, vor allem auch deshalb, weil es für uns gilt, die Republik zu erhalten gegenüber den Angriffen, die immer stärker von rechts hergekommen sind.

Ich glaube nicht, daß die Bäume der Monarchisten in Deutschland in den Himmel wachsen werden. Die Frage der Staatsform ist eine innerdeutsche Angelegenheit, das können wir theoretisch ruhig zugeben, aber praktisch liegen die Dinge so, daß nach den Erfahrungen des Weltkrieges ganz Europa und auch Amerika nicht dulden würde, daß die Hohenzollern wieder auf den Thron zurückkommen. Sie haben nicht einmal das verstorbene Karlchen in Budapest auf den Thron zurückkommen lassen. Wir müssen verhindern, daß die Republik zu einer Falle wird, und ich fürchte vielmehr, daß unsere Industriellen und Landbändler eines Tages großen Gefallen an der Republik finden könnten, wenn wir nicht verhindern, daß diese Republik immer mehr zu einer Selbstadrepublik wird. Ich glaube auch, daß wir innerpolitisch in der Lage sind, die Macht zur Verteidigung der Republik aufzubringen. Aber rein taktisch gesehen, wollen wir uns auch darüber klar sein, daß wir die deutsche Republik nicht allein mit Demonstrationen erhalten können, sondern auch — das war die Auffassung der Fraktion bei vielen Fragen — dadurch unterstützen müssen, daß wir es den Republikanern ermöglichen, in der Republik zu arbeiten.

Was beim Beamtenabbau geschehen ist, war schlimm, aber es geschah zum großen Teil zu einer Zeit, wo die Sozialdemokratie in der Regierung nicht mehr vertreten war. (Zuruf: Das Wachstum der Reaktion in Bayern während unserer Regierungszeit!) Ich glaube, daß während unserer Regierungszeit die Reaktion nicht so gewachsen ist wie zu der Zeit, als wir nicht mehr drin waren. (Sehr richtig!) Ich glaube, daß unter der Regierung Knilling die Reaktion gewachsen ist. (Zuruf: Während wir in der Reichsregierung waren!) Ich komme auf den Punkt noch zurück und werde, wenn ich über den Austritt aus der Regierung rede, auch auf die bayerischen Verhältnisse eingehen.

Bei dem Viel-Parteiensystem in Deutschland ist es sehr schwer, das zu treiben, was man eine stetige Politik nennt. Wir können in dieser Beziehung auch von unseren Gegnern lernen. Als die Deutschnationalen jetzt gierig darauf gewesen sind, in die Reichsregierung hineinzukommen, haben sie bei den Verhandlungen mit den Mittelparteien das Verlangen gestellt, daß in den fünf größten Ländern eine der Reichsregierung homogene Regierung gebildet werden sollte. Sie wußten, von welchem Werte das war. Wir haben leider, als wir

in der Regierung waren, ähnliche Forderungen nicht gestellt, sondern die Entwicklung den einzelnen Ländern überlassen. Ich bin der letzte, der unseren sächsischen und thüringischen Genossen Vorwürfe machen will, daß sie, rein verfassungsmäßig gesehen, den Versuch gemacht haben, mit den Kommunisten zusammen eine Regierung zu bilden. Verfassungsmäßig hatten sie dazu das Recht, aber politisch war es das Unklugste, was sie tun konnten. Nicht zuletzt hat die bayerische Reaktion daraus Nutzen gezogen. Dadurch, daß man den Versuch gemacht hat, mit den Kommunisten die Regierung zu bilden, ist das Bürgertum zusammengeschweißt worden, was sonst nicht in demselben Maße eingetreten wäre. (Widerpruch.) Karl Marx hat uns auseinandergelegt, daß das Bürgertum keine einheitliche reaktionäre Masse ist. Das gilt heute noch mehr als damals. Wenn wir praktische Politik treiben wollen, müssen wir alles vermeiden, was unsere eigenen politischen Zirkel stören könnte.

Ueber den Fall Zeigner sage ich nur den einen Satz: Wenn Zeigner deutsch-national gewesen wäre, wäre er wahrscheinlich vor Gericht besser davongekommen. (Sehr richtig!) Aber es muß zugegeben werden, daß die Aera Zeigner eine Schädigung der Republik bedeutet hat (sehr wahr! — Widerspruch), rein politisch gesehen muß gesagt werden, daß Zeigner alles zum politischen Führer fehlte. Ich glaube, ich habe darüber ein Urteil. Ich erinnere an jene Nacht, wo ich mit Zeigner, Soltmann und Radbruch eine Konferenz in der sächsischen Gesandtschaft hatte und Zeigner uns immer wieder gefragt hat, als wir die Politik darzulegen versuchten: „Warum sagt man uns das nicht?“ Dabei handelte es sich um Dinge, über die er längst Bescheid wissen mußte. Zeigner ist politisch absolut haltlos gewesen. Das kann niemand bestreiten. Ich will darauf nicht weiter eingehen, weil Zeigner sich hier nicht verteidigen kann, aber rein sachlich und objektiv will ich feststellen, daß die Aera Zeigner kein Nutzen, sondern ein Schaden für die deutsche Republik gewesen ist. (Sehr richtig!)

Dann ist vorhin in einem Zwischenruf auf Bayern hingewiesen worden. Bezüglich Bayern haben wir verlangt, daß das Notwendige geschieht. Als es nicht geschah, sind unsere Genossen aus der Reichsregierung ausgetreten. (Lachen.) Ich glaube, eine schärfere Opposition gegenüber einer Reichsregierung kann man nicht ausüben, als daß man die Regierung verläßt. Nun wird auf die Mittel, die das Reich anzuwenden hatte, hingewiesen. Es wird dabei teils an militärische, teils an ökonomische Mittel gedacht. Wir haben damals unsere Ratsschlage gegeben. Wir konnten uns aber darüber nicht täuschen, daß sämtliche bürgerlichen Parteien nicht bereit gewesen sind, das zu tun, was sie in ihrer Sprache das 86-Spielen genannt haben. Die Folge war, daß, als wir aus der Regierung ausgetreten waren, übrig blieb der Kampf gegen Sachsen und Thüringen, der Kampf, der dem großen Publikum gegenüber als der Kampf gegen den Kommunismus aufgeführt wurde. Aber wir dürfen eins nicht aus den Augen lassen, was in den Verhandlungen eine große Rolle gespielt hat. In einem Punkt hat die Reichsregierung recht behalten. Durch die Taktik, die sie eingeschlagen hat, hat sie verhindert, daß der bayerische Brand auf Norddeutschland übergriff. Ich brauche nur an den Rüsttriner Prozeß zu erinnern. Wir haben auch aus andern Prozessen gesehen, wie damals die Fäden von München nach Norddeutschland gespannt gewesen sind. Die Regierung stand auf dem Standpunkt, daß es richtig wäre, den bayerischen Herd ausbrennen zu lassen. Wir können feststellen, daß besonders durch die Tätigkeit von Ludendorff eine Wendung in der bayerischen Politik eingetreten ist, wie wir uns überhaupt freuen dürfen, wenn Ludendorff seine Hände im Spiele hat. Bisher ist alles schief gegangen, wenn er dabei war, und ich hoffe, daß sich das auch in der politischen Bewegung zeigen wird. Es ist interessant gewesen, daß die

Bayerische Volkspartei, die die ganze Zeit mit den Rechtsparteien zusammen den schärfsten Kampf gegen uns geführt hat, jetzt bei den Entscheidungen der letzten Tage sich für die Erfüllungspolitik erklären mußte, d. h. für die Politik, die gerade von München aus immer am schlimmsten angefeindet war.

Noch einige Bemerkungen zu dem, was gegen die Haltung der Fraktion während der Regierung Cuno angeführt worden ist. Es wurde uns der Vorwurf gemacht, daß wir diese Regierung der Nichterfüllung unterstützt hätten. Ich will nicht die Frage aufwerfen, ob der Einmarsch ins Ruhrgebiet auch erfolgt wäre, wenn die Regierung Wirth nicht gestürzt worden wäre und in der Regierung Cuno die Lebensmöglichkeit genommen worden wäre. Wahrscheinlich hätten die Herren vom bloc national, die damals in Frankreich regierten, auch dann den Weg ins Ruhrgebiet gefunden, weil sie glaubten, so bei den Wahlen besser abzuschneiden. Das entlastet aber diejenigen nicht, die den Franzosen den Vorwand geliefert haben. Es war interessant, daß wenige Monate vor seinem Tode Hugo Stinnes in einer Ausschussung im Reichstag sich beschwert hat, daß man wegen des Mangels an Telegraphenstangen und Kohlenlieferungen den Franzosen den Vorwand zum Einmarsch gegeben hätte, also dieselbe Behauptung aufgestellt hat, die wir früher aufgestellt haben. Die Franzosen waren rechtswidrig einmarschiert. Die Hauptleidtragenden waren die Arbeiter, die Angestellten, die Eisenbahner. Wir waren damals mit unserer Haltung im Einklang mit dem, was uns von den organisierten Genossen des neu besetzten Gebietes vorgetragen wurde. Sie waren die Träger des passiven Widerstandes und hatten daher ein Anrecht darauf, daß wir sie unterstützten. Die Art, wie der passive Widerstand im Ruhrgebiet geübt worden ist, hat in Europa für Deutschland moralische Eroberungen mit sich gebracht. (Sehr richtig!) Das deutsche Volk besteht doch nicht aus Hundern, die einfach kuscheln, wenn Unrecht am deutschen Volke geübt wird. (Sehr richtig!) Daß die Arbeiterschaft dafür nicht belohnt worden ist, haben wir gesehen.

Ich glaube, auch politisch hat unsere Haltung während dieser Zeit dem deutschen Volke Nutzen gebracht. Wir können feststellen, daß wenn in dieser schweren Zeit, wo infolge des Verhaltens der Franzosen die nationalistischen Wellen hochgingen, der passive Widerstand nicht in einen aktiven ausgeartet ist, das ein Verdienst der Sozialdemokratischen Partei ist. Als ich Helferlich im Reichstage einmal vorgeworfen habe, daß er eigentlich der Hauptredakteur für die Regierung Cuno gewesen sei und verantwortlich sei für die Tat- und Unterlassungssünden, hat er mir geantwortet, er habe oft den Eindruck gehabt, daß ich die Rinde der Reichskanzlei kaum aus der Hand gegeben hätte, ehe er dort eingetroffen war. Selbstverständlich konnten wir unter Cuno nicht alles durchsetzen, weil wir nicht zum letzten bereit waren, weil wir nicht in die Regierung Cuno eintraten, aber auch, weil die Mehrheit der Fraktion nicht gewillt war, in eine Regierung einzutreten, die die Regierung Cuno ablösen sollte und die Aufgaben hatte, die ich bereits skizziert habe. Es ist müßig, die Frage aufzuwerfen, ob es möglich gewesen wäre, den Ruhrkampf früher zu liquidieren, wenn die Sozialdemokratie früher bereit gewesen wäre, die Regierung der großen Koalition zu machen. So hat im April schon die Reichsregierung zugegeben, daß der deutsche Widerstand seine höchste Kurve erreicht hatte und daß die französischen Verlegenheiten auf der niedrigsten Kurve angelangt waren. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, daß wir in dieser Zeit uns immer wieder Mühe gegeben haben, mit unseren sozialistischen Genossen des Auslandes eine gemeinsame Plattform für die Lösung der Reparationsfragen zu finden. Es ist uns gelungen, diese Plattform zu finden, und wir haben der Regierung ihren Inhalt mitgeteilt. Wir haben auch immer auf die bürgerlichen Parteien Einfluß auszuüben versucht, damit sie für unsere Lösung eintreten. Ich stelle

fest, daß am Schluß der Konferenzen mit den englischen, französischen, belgischen und italienischen Sozialisten Einmütigkeit darüber war, daß das der Weg wäre, um zu versuchen, für die internationale Arbeiterklasse einen Fortschritt zu erreichen. Soviel über die Zeit, in der wir der Regierung Cuno die Lebensmöglichkeit gegeben haben, bis wir schließlich den Sturz dieser Regierung veranlaßt haben.

Dann ist eine Periode gekommen, wo an der Haltung der Fraktion schwerste Kritik geübt worden ist, in der dem ersten Ministerium Stresemann der Vorwurf gemacht wurde, daß es nicht schnell genug die Sanierung der Währung durchgeführt hätte. Ich habe mir immer Mühe gegeben, diejenigen zu widerlegen, die mit solchen Vorwürfen gekommen sind. Ich sage auch heute, die Vorwürfe, die damals Hilferding gemacht worden sind, sind zu Unrecht gemacht worden. Eine Sanierung der Währung war nicht möglich, solange die großen Zahlungen nach dem Ruhrgebiet gegangen sind.

Auf den Streit um die große oder kleine Koalition will ich nicht näher eingehen. Die kleine Koalition ist nach dem Ergebnis der Wahlen erledigt. Die große Koalition ist auch erledigt, weil mit einer Stimme Mehrheit gegenüber der Opposition von rechts und links nicht regiert werden kann. Aber ich muß mich wundern, wenn immer wieder Anträge kommen, die sich gegen jede Koalition wenden und keinen Unterschied zwischen der Koalition im Reich und in den Ländern machen. Wenn es der Reaktion gelingen sollte, den Rechtskurs auch in Preußen durchzuführen, dann werden Sie sehen, was die Regierung, in der wir sitzen, für Preußen und das ganze Reich bedeutet. (Sehr richtig!) Ich glaube, daß gerade dieses System, das mit dem Namen Severing verknüpft ist, das System der Zusammenfassung der demokratischen Mittelparteien zu gemeinsamer Arbeit mit der Sozialdemokratie, das System ist, unter dem die Durchführung der Demokratie in Deutschland gewährleistet werden kann, aber nicht die Theorie des Alles oder Nichts (sehr richtig!), die für die Theologen viel besser paßt als für die Politiker. (Sehr richtig! — Heiterkeit.) Als man in Weimar der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Vorwürfe machte, daß durch diese Koalition die Sozialdemokratie eine Position nach der anderen geräumt hätte, habe ich darauf hingewiesen: ihr werdet Koalitionspolitik in Thüringen machen, oder alle Positionen räumen, die ihr bisher bezogen habt. Wir haben dort einen Trümmerhaufen und brauchen nicht danach zu streben, daß in Preußen ähnliche Zustände herbeigeführt werden, wie wir sie in Sachsen haben und vermutlich in Württemberg bekommen werden.

Wenn die große Koalition ihre Politik nicht durchführen konnte, so hauptsächlich deshalb, weil damals eine schnelle Sanierung der Finanzen notwendig war und die bürgerlichen Parteien der Auffassung waren, daß diese Sanierung nur nach ihrem Rezept möglich war. Wir haben uns gegen den Lohnabbau gewandt und dagegen, daß die Sanierung durch eine Entlastung des Reiches von sozialen Aufgaben erfolgen sollte, auch daß sie auf Grund der Verlängerung der Arbeitszeit erfolgen sollte. Es ist uns damals gesagt worden, daß die Sozialdemokratie als die Partei der Minderbemittelten, der Arbeiter, Angestellten und Beamten, so viel Hemmungen hat, daß sie das Sanierungsprogramm der Mittelparteien nicht durchführen kann. Der Grund, warum man uns damals aus der Regierung verdrängt hat, ist schließlich ein Kompliment für die Politik, die wir in dieser schweren Situation getrieben haben.

Die Sanierung, die von bürgerlicher Seite vorgenommen wurde, konnte viel besser in einer früheren Zeit vorgenommen werden. Wir Sozialdemokraten haben immer auf die Notwendigkeit dieser schnellen Sanierung hingewiesen. Wir können heute an den Göttinger Parteitagsschluß erinnern, der gesagt wurde, weil man die Hoffnung hatte, daß in den bürgerlichen Kreisen die Ein-

sicht so groß wäre, daß durch ein großes Opfer die Sanierung der Finanzen erfolgen könnte. Als wir von Götting zurückkamen und mit den bürgerlichen Parteien verhandelten, ist uns von allen bürgerlichen Parteien gesagt worden: Was ihr wollt, ist an sich richtig, aber es kann nicht durchgeführt werden, ehe nicht endgültig feststeht, was wir an Reparationszahlungen zu leisten haben. Dieses Argument war falsch. Inzwischen ist der Sachverständigenbericht herausgekommen und wir wissen heute noch nicht, was wir endgültig zu zahlen haben, und trotzdem ist eine Sanierung unserer Finanzen auf dem Wege der Rentenmark gelungen, die viel leichter möglich gewesen wäre, als Wirth die internationalen Sachverständigen nach Berlin geladen hatte, zu einer Zeit, als wir noch 500 Millionen Goldmark mehr in der Reichsbank hatten. Die bürgerlichen Parteien glaubten die Verantwortung für die Sanierung übernehmen zu müssen. Sie hatten dazu nicht die Mehrheit und verlangten deshalb Ermächtigungsgesetze. Das erste derselben wurde bewilligt, als wir in der Regierung Stresemann waren. Bei der Kritik der Ermächtigungsgesetze sollten wir nicht vergessen, daß die Rentenmark ein Kind des Ermächtigungsgesetzes Nr. 1 ist. Wer die Verhandlungen im Steuerauschuß des Reichstages verfolgt hat, weiß auch, daß, wenn diese Verordnung über die Rentenmark auf dem normalen Wege der Gesetzgebung durchgebracht werden sollte, sie schließlich auch zu spät gekommen wäre, weil dann alle möglichen Hemmungen sich geltend gemacht hätten, da große Meinungsverschiedenheiten vorhanden waren. Es gab Praktiker und Finanztheoretiker, ich erinnere an Schacht und Rabenhage, an den Demokraten Fischer, die der Auffassung waren, daß man direkt auf eine Goldnote zusteuern sollte. Wir haben damals durchgesetzt, daß in das erste Ermächtigungsgesetz die Bestimmung aufgenommen wurde, daß es in dem Augenblick fiel, wo eine anderweitige parteipolitische Zusammensetzung der Regierung kam. Die rechtsstehenden Parteien wollten erst nicht heran. Sie behaupteten, daß in der Verfassung Worte wie „parteipolitische Zusammensetzung“ nicht vorkämen. Wir haben uns damit doch durchgesetzt, und als wir dann aus der Regierung Stresemann ausgetreten waren, fiel damit auch das erste Ermächtigungsgesetz.

Dann kam die Regierung Marx. Diese verlangte von neuem ein Ermächtigungsgesetz. Um dieses Gesetz sind in der Partei heftige Kämpfe entstanden. Ich gehörte zu denjenigen, die der Auffassung waren, daß man dieses zweite Ermächtigungsgesetz nicht geben sollte. Ich bin der Ueberzeugung, daß man einer Regierung die weitestgehenden Vollmachten geben kann, wenn man selbst in der Regierung ist und sie von innen heraus kontrollieren kann. Der Fall war aber nicht mehr gegeben, und wir konnten damals auch nicht wieder in die Regierung eintreten. Ich war auch der Auffassung, daß, wenn es zur Auflösung gekommen wäre, wir als Sozialdemokratische Partei nicht schlecht abgeschnitten hätten, denn wir hätten nicht die Verantwortung für die Maßnahmen gehabt, die dann auf Grund des Art. 48 der Verfassung gekommen wären. Aber gerade weil ich zur Minderheit gehört habe, fühle ich mich verpflichtet, die Gründe darzulegen, die die Mehrheit gehabt hat, auch diesem Ermächtigungsgesetz schließlich zuzustimmen. Es war nicht etwa Furcht vor der Auflösung, die die Beschlüsse dictiert hatte, obwohl eine Auflösung und Wahlen im Winter nicht zu den Unnehmlichkeiten gehört hätten.

Zwei Gründe machte die Mehrheit für sich geltend. Sie sagte sich: Praktisch wird nichts verbessert, wenn wir das Ermächtigungsgesetz ablehnen, denn in den acht bis zwölf Wochen, die vergehen werden, bis eine neue Regierung gebildet wird, wird die Regierung einfach alles mit Art. 48 durchführen, was sonst auf Grund des Ermächtigungsgesetzes und im Verordnungswege durchgeführt würde; für das Proletariat wäre also nichts verbessert gewesen.

Es ist gesagt worden, ob nicht vielleicht, wenn wochenlang allein auf Grund des Art. 48 regiert würde, Verordnungen herauskommen würden, die nicht herausgekommen wären, wenn auf Grund des Ermächtigungsgesetzes regiert und jede einzelne Verordnung zur Begutachtung einem Reichstagsausschuß vorgelegt wurde. Wir hatten bereits im letzten Reichstag einen Antrag eingebracht, der ein Gesetz zur Ausführung des Art. 48 verlangt. Der Antrag wurde wegen der Auflösung nicht mehr verabschiedet. Wir haben ihn im neuen Reichstag wieder eingebracht, weil die Grenzen abgefeßt werden müssen, in denen auf Grund des Art. 48 der Verfassung regiert werden kann.

Der Grund, daß praktisch für die Arbeiterklasse nichts gebessert worden wäre, war für die Mehrheit der Fraktion aber nicht entscheidend. Die Mehrheit der Fraktion sagte sich, daß die neue Rentenmark eben erst ins Leben getreten sei und daß diese Währung ein sehr zartes Pflänzchen sei, daß, wenn es zur Auflösung komme und außen- und innenpolitisch Stürme in Deutschland kommen würden, die Rentenmark stark beeinträchtigt würde. Diejenigen, die meinen, daß die Mehrheit der Fraktion nicht das Richtige getroffen hat, müßten zugeben, daß sie von Gründen geleitet war, die in der Linie des Interesses der Arbeiterklasse lagen. Unsere Währung hat sich inzwischen gehalten. Aber die amerikanischen Sachverständigen in Berlin haben dem Finanzminister Luther die Frage vorgelegt, wie lange nach seiner Meinung die Rentenmark sich noch halten könne. Auch Finanzsachverständige, die unserer Partei nahe standen, hatten prophezeit, daß die Rentenmark sich nur wenige Monate halten könne. Erfreulicherweise hat dieser Pessimismus in der Praxis keine Rechtfertigung gefunden.

In verschiedenen Wahlkreisen sind in Bausch und Bogen diejenigen Abgeordneten abgesetzt worden, die sich für die Ermächtigungsgesetze ausgesprochen haben. Sie werden nach meiner Darstellung eine Berechtigung für solche Anträge nicht anerkennen. Aber es ist hohe Zeit, daß solchen Anträgen in unserer Partei ein Ende gemacht wird. (Sehr richtig!) Wenn solche Methoden im politischen Kampf einreißten sollten, werden nur Heuchler und Gesinnungslumpen gezüchtet. (Lebhafte Zustimmung.) In einer Zeit, wo der Schwerpunkt der politischen Arbeit im Parlament liegt, brauchen wir mehr als je Charaktere im Parlament. (Lebhafter Beifall.) Charaktere werden aber durch solche Methoden nicht erzogen.

Nun noch einige Bemerkungen über das, was unser Freund Broudére gestern über den Achtstundentag gesagt hat. Wir Sozialdemokraten waren der Lieberzeugung, daß das Äußerste getan werden muß, den Achtstundentag zu verteidigen. Er ist eine Errungenschaft der Revolution. Ausnahmen vom Achtstundentag hat es, wie auch in anderen Ländern, immer gegeben. Unsere Absicht war, diese Ausnahmen auf tariflich und gesetzlich festzusetzende zu beschränken. Damit gingen wir zugunsten der Arbeiterklasse über das hinaus, was in der Wirth-Note vom November 1922 den alliierten Regierungen mitgeteilt worden war. Der Achtstundentag war auf Grund von zwei Demobilisierungsverordnungen der Volksbeauftragten erlassen. Als die Sozialdemokraten die Regierung Stresemann verlassen hatten, hat der Reichsarbeitsminister Brauns am 17. November 1923 die Demobilisierungsverordnungen über die Arbeitszeit der Arbeiter und Angestellten aufgehoben. Das Kabinett hatte es damit sehr eilig. In der Drucksache, die dem Reichstag zugeht, war der 30. November als Aufhebungstag genannt. Das Kabinett hat daraus in letzter Minute den 17. November gemacht und dadurch die sofortige Aufhebung bewirkt.

Als wir im Ermächtigungsausschuß die Verordnung vorgelegt bekamen, haben wir sofort verlangt, daß die Demobilisierungsverordnungen über die Arbeitszeit wieder in Kraft gesetzt werden sollten. Dieser Antrag ist von sämt-

lichen bürgerlichen Parteien niedergestimmt worden. Nach Ablauf der Demobilisierungsverordnung war für die erwachsenen männlichen Arbeiter ein besonderer Arbeiterschutz überhaupt nicht mehr da, so daß jede Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit gegenüber diesem Zustande der Willkür einen Fortschritt bedeutete. Das hat uns nicht veranlaßt, die Verordnung kritisch hinzunehmen, sondern wir haben Verbesserungsanträge gestellt, von denen einige angenommen wurden. Die Anträge kamen aber wegen der Reichstagsauflösung im Plenum nicht mehr zur Beratung. Wir haben als Partei keinen Zweifel darüber gelassen, daß mit Ablauf der Demobilisierungsverordnungen der Kampf um den Achtstundentag nicht beendet ist. Die Gewerkschaften, mit denen wir uns beraten haben, erwägen zurzeit, auf welchem Wege am besten unter den gesetzlichen und parlamentarischen Voraussetzungen der Volksentscheid über den Achtstundentag herbeigeführt werden kann. Die Gewerkschaften wünschen wegen des eminent gewerkschaftlichen Interesses dieser Frage, daß die Führung dieses Kampfes, soweit der Volksentscheid in Frage kommt, bei den Gewerkschaften liegt. Wir können diese Gründe anerkennen. Für die sozialdemokratische Presse bleibt oberste Pflicht, mit allen Kräften diesen beginnenden Kampf zu unterstützen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird im Parlament die notwendige Unterstützung zu leisten haben.

Ich glaube, nachgewiesen zu haben, daß wir das Richtige verlangt haben und die Erkenntnis für die Notwendigkeiten gehabt haben. Wenn wir nicht überall nach Wunsch durchgedrungen sind, so trägt nicht die Minderheit die Schuld, sondern das geschlossene Vorgehen unserer Gegner.

Ich habe einige vierzig Versammlungen im Wahlkampfe abgehalten. Wer die Haltung unserer Reichstagsfraktion den Wählern ruhig und objektiv darlegt und sich hütet, schädliche Illusionen zu wecken, wird bei den Massen der deutschen Arbeiterklasse auch das notwendige Verständnis finden. (Sehr richtig!) Unter dem parlamentarischen System haben wir es oft schwerer, aktuelle politische Probleme den Wählern klarzumachen als früher, wo wir, weil die anderen uns nicht mitarbeiten ließen, in der reinen Linie der Agitation gestanden haben.

In der Agitation ist uns, auch von den Kommunisten, vorgeworfen worden, daß die Sozialdemokratie nicht das Notwendige zur Beseitigung des Belagerungszustandes in Deutschland getan hätte. Demokratie und Belagerungszustand sind keine absoluten Gegensätze. Kein anderer als Bebel hat oft an das „Videant consules“ der alten Römer erinnert. In den schweren Zeiten der römischen Republik hat man sich trotz Demokratie nicht scheut, den Konsuln besondere Vollmachten zu geben. Praktische Erfahrungen in Deutschland haben uns gezeigt, daß in der Republik von heute der Erlaß des Belagerungszustandes eine zweischneidige Sache ist. Auch wenn der Belagerungszustand aus anderen Motiven erlassen war, hat er sich oft gegen die Arbeiterklasse ausgewirkt. Fortwährend haben wir Beschwerden über Schritte zu führen gehabt, die unter dem Belagerungszustand auch gegen die sozialdemokratischen Organisationen und Parteiblätter erfolgten. Ich denke dabei nicht nur an Thüringen und Sachsen, sondern auch an Mecklenburg und Lübeck. Die Militärs sind überall, nicht bloß bei uns, unpolitisch und haufen gewöhnlich wie der Stier im Porzellanladen, wenn sie gewisse Nachvollkommenheiten bekommen haben.

Wenn man uns den Vorwurf gemacht hat, daß wir nicht schnell genug für die Aufhebung des Belagerungszustandes gesorgt hätten, so möchte ich an folgendes erinnern. Wir müssen uns auch über die Folgen einer eventuellen Ablehnung eines solchen Antrages klar sein. Zu gegebener Zeit hatten sogar die Kommunisten für diese Beweisführung Verständnis, als ich einmal mit ihnen die Abmachung traf, daß ein Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes nicht sofort zur Abstimmung kam, sondern zunächst an den Rechtsausschuß ver-

wiesen wurde, damit eine sofortige Ablehnung im Parlament vermieden würde. Eine Ablehnung würde nur die Militärs in der Ausübung des Belagerungszustandes bestärkt haben, weil sie sich geradezu darauf hätten berufen können, daß das demokratische Parlament des Deutschen Reiches ihnen das Recht gegeben habe, so zu verfahren, wie sie tatsächlich verfahren sind. Diese taktischen Gesichtspunkte waren für uns mit maßgebend. Wir wollten keine verstärkte Legalität des Belagerungszustandes haben. Deswegen haben wir nicht in jeder Situation darauf bestanden, daß von uns solche Anträge gestellt wurden und zur Verabschiedung kamen.

In der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit konnte ich nur einen kurzen Auschnitt der Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion geben. Ich bestreite aufs entschiedenste, daß die Politik, die wir in den letzten Jahren getrieben haben, schuld an der sogenannten Niederlage der Sozialdemokratischen Partei ist. Wir hatten am Schluß der Session 171 Abgeordnete im Reichstag. Ich habe unter den Mitgliedern des Parlaments keinen gefunden, der uns mehr als 120 im neuen Reichstag zugesprochen hätte. Seit der unseligen Spaltung von Halle sind leider starke Arbeitermassen in das Lager der Kommunisten übergegangen. Wir hatten auch Kenntnis von den besonderen Verhältnissen in Rheinland und Westfalen. Auch früher haben wir schon solche parlamentarischen Schlappen erlebt. Im Jahre 1907 ist die sozialdemokratische Fraktion von 81 auf 46 zurückgegangen. (Zuruf: Nicht die Stimmen!) — Gewiß, aber damals hatten wir auch keine Partei links neben uns. Ich weiß, daß nicht alle Stimmen bei den Arbeiterparteien bleiben. Das liegt nicht zuletzt an dem Bruderkampf, den die Kommunistische Partei seit Jahren gegen uns führt. Die Sozialdemokratische Partei hat sich durch parlamentarische Schlappen früher nicht im geringsten beirren lassen, auf dem Wege, den sie einzuschreiten für notwendig hält, fortzugehen. Ich habe noch mit den Alten zusammen seit Jahren im Parteivorstande gearbeitet. Damals hatten wir andere Gelegenheit, jede einzelne politische Handlung bis ins kleinste vorzubereiten. Wir sind in einem halben Jahre damals nicht vor so viel Verantwortung gestellt worden, die wir seit der Revolution oft in einer einzigen Woche tragen mußten, wo wir oft zu einer sofortigen Entscheidung in der schwierigen politischen Situation gezwungen gewesen sind.

Weil so gern an die Zeit der Alten erinnert wird, möchte ich sagen, daß die Führer und die Massen vor allem in einem Punkte an den Alten sich ein Vorbild nehmen möchten: sie möchten nicht kleinmütig werden und nie den Glauben an ihre große historische Mission verlieren. (Sehr richtig!) Das hat uns nach 1907 und bei anderen ähnlichen Fällen, auch in den Zeiten des Sozialistengesetzes, immer wieder über die Schwierigkeiten hinweggeholfen. Wenn wir in diesem Glauben an ein besser zu unterrichtendes Volk appellieren, dann werden wir auch künftig Siege vorbereiten können. Wenn wir uns nicht selbst aufgeben, wenn wir uns die Treue halten, so werden wir neue Siege vorbereiten können. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende Dittmann verlegt hierauf nach kurzen geschäftlichen Mitteilungen die Sitzung auf nachmittags 3 Uhr.

Schluß der Sitzung 1 Uhr 20 Minuten.

Nachmittags-sitzung.

Vorsitzender Dittmann eröffnet die Sitzung und erteilt zunächst das Wort zum Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Berichterstatter Dr. Edstein-Breslau: Die Mandatsprüfungskommission erstattet folgenden Bericht. Auf dem Parteitag sind 400 Genossinnen und Genossen

anwesend. Davon sind gewählte Delegierte 285, Mitglieder des Parteivorstandes: 19, des Parteiausschusses: 48, der Kontrollkommission: 9, der Reichstagsfraktion: 18, Mitglieder der Organisationskommission, die sonst nicht irgendwie ein Anwesenheitsrecht auf dem Parteitage haben, 5, ein Referent, 7 Vertreter von Parteiministationen und 8 ausländische Gäste.

Von Parteiministationsvertretern sind anwesend: 1 Vertreter der Geschäftsführung des „Vormärts“, 1 Vertreter der Arbeiterjugend, 1 Vertreter des Bildungsausschusses, 1 Vertreter der Jungsozialisten, 1 Vertreter der Beamtenzentrale, der Redaktor des P.N., 1 Vertreter des Verlages Diez, 1 Vertreter der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer.

Die Kommission hat keine Mandate zu beanstanden gehabt. Sie bitte nur, daß die Bezirksorganisationen die Protokolle über die Wahl der Delegierten etwas klarer abfassen, so daß nicht, wie es gewesen ist, der Anschein der Notwendigkeit einer Beanstandung entsteht.

Sachliche Beanstandungen sind nicht erfolgt. Die Mandatsprüfungskommission beantragt daher, sämtliche Mandate für gültig zu erklären.

Der Vorsitzende Dittmann stellt hierauf ohne Widerspruch fest, daß sämtliche Mandate vom Parteitag für gültig erklärt sind.

Es wird beschloffen, vor der Aussprache über die in der Vormittags-sitzung erstatteten Berichte noch zwei kurze Ergänzungsberichte zum Vorstandsbericht entgegenzunehmen, einen Bericht des Bildungsausschusses und einen Bericht der Programmkommission.

Heinrich Schulz-Berlin als Berichterstatter des Zentral-Bildungsausschusses: Genossinnen und Genossen! „Ganz spät, nachdem die Teilung längst geschehen, naht der Poet.“ Dieses Wort mahnen der Resignation hat leider heute noch die gleiche Bedeutung wie zu Schillers Zeiten. Im verfloffenen Jahre hat es eine höhere Bedeutung gehabt als je zuvor. Erst muß der Mensch zu essen und zu trinken haben, erst muß er Schuhe an den Füßen und ein Dach über dem Kopf haben, ehe er sich um Kulturangelegenheiten bekümmern kann! So spricht der Einzelmensch, so sprechen auch die Menschen in ihren verschiedenen sozialen Verbundenheiten. Das Wort ist an sich begreiflich, aber nicht ohne weiteres richtig. Die Kultur ist nicht nur eine schöne Feder am Hute des Menschen, nicht nur ein Schnörkel in den Programmen politischer Parteien, sie muß als Lebensnotwendigkeit empfunden werden. Die Kultur ist auch nicht nur eine Sache der materiellen Mittel, obwohl es leichter ist, Kultur auf der Grundlage solider wirtschaftlicher Mittel zu pflegen. Wichtiger als die wirtschaftlichen Mittel ist die Einsicht in die Notwendigkeit der Kultur und der Wille zur Kultur. Der kaiserliche Obrigkeitsstaat hätte die Mittel zur Kultur in Hülle und Fülle gehabt, aber er hatte nicht den Willen. Die junge Republik hatte den Willen, in den ersten Jahren stärker als später, aber ihr fehlen die Mittel. Immerhin war es dem armen Deutschen Reich selbst in der schweren Inflationszeit des vergangenen Jahres möglich, die wichtigsten Kulturaufgaben mit schwachen Mitteln zu fördern, und auch die freien Verbände der Kultur, auch unsere sozialistischen Bildungs- und Jugendverbände sind durch diese bescheidenen Hilfen am Leben erhalten worden.

Andererseits sind Kräfte an der Arbeit, und je weiter wir uns vom November 1918 entfernen, um so stärker sind diese Kräfte, die dem Reich die Mitarbeit an den Kulturaufgaben des deutschen Volks verwehren möchten und alles zur Angelegenheit der Länder machen möchten. Bei aller Achtung vor den Stammeseigentümlichkeiten und den Kulturleistungen der Länder in der Vergangenheit möchte ich doch aussprechen, daß es doch auch eine deutsche Wissenschaft, eine deutsche Kunst, eine deutsche Kultur gibt. Ich begrüße es daher, wenn die deutsche Sozialdemokratie sich immer wieder mit Nachdruck zum Einheits-

gedanken auch auf kulturellem Gebiete bekennt und ich bitte unsere Genossen in den Ländern, in diesem Sinne tätig zu sein und dem Reich in kultureller Beziehung zu lassen, was ihm zukommt. Die Weimarer Verfassung überweist dem Reich eine Reihe wertvoller Aufgaben, besonders auch auf dem Schulgebiet. Ich sehe in dieser Beziehung trübe in die Zukunft, gerade im Hinblick auf die stärker gewordenen partikularistischen Kräfte im Reich. Es bedarf eines entschlossenen Willens der deutschen Sozialdemokratie, wenn sie hier Entwicklungen, die rasch voranschreiten, zum Stillstand bringen will.

Wie ist die Partei selbst mit den Kulturaufgaben fertig geworden? Vor dem Krieg war überall reges Leben; während des Krieges wurde unter den schwierigen Verhältnissen mit schwachen Mitteln geleistet, was möglich war; nach dem Kriege sind wir wieder allgemein an der Arbeit, zerrissene Fäden wieder anzuknüpfen, neue Fäden neu zu knüpfen. Aber die Notwendigkeit zur kulturellen Betätigung der Parteigenossen wird nicht überall in gleichem Maße erkannt. (Sehr richtig!) Wo eine klare Erkenntnis dafür und der entschlossene Wille vorhanden ist, geht es auf dem Gebiete kultureller Betätigung voran. In solchen Bezirken, in denen das kulturelle Leben der Partei auf der Höhe steht, steht aber auch das allgemein politische Leben der Partei auf besonderer Höhe; vermehrte Einsicht in kulturelle Notwendigkeiten lehrt auch vermehrte Einsicht in die Aufgaben und Notwendigkeiten parteipolitischen Betätigung.

Etwaigem Zögern und Schwanken, das sich hier und da etwa zeigt, sollte das Bekenntnis des Parteitag zur Kulturpolitik abhelfen.

Wir können aber mit den alten Mitteln und Methoden auf diesem Gebiet nicht weiter kommen. Unsere Jugendbewegung erobert sich täglich neue Gebiete, innerlich und äußerlich. In der jungsozialistischen Bewegung ringen neue Kräfte nach Gestaltung. Jugendbewegung, Volksbildung, Studentenbewegung und sonstige gemeinsame kulturelle, wissenschaftliche, künstlerische Beziehungen mit dem geistigen Deutschland dürfen nicht mehr verloren gehen. Nichts wäre gefährlicher für die deutsche Sozialdemokratie und den Sozialismus, als wenn sich, wie es schon zweimal in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie zu verzeichnen war, das geistige Deutschland sich entzweit von uns abwenden würde. Ebenso bedarf die wissenschaftliche und künstlerische Arbeit der Anregung und Befruchtung durch sozialistische Erkenntnisse und Kräfte. Auf diesem Gebiet sind wertvolle Anfänge gemacht worden. Ich freue mich besonders der Bemühungen und Erfolge des neuen Diezverlages. Jeden Intellektuellen, der sich zum Sozialismus bekennt, sollten wir freudig aufnehmen. Allerdings sollten wir nicht jedem ein Mandat auf den Präsentierteller überreichen. (Sehr gut!) Das wäre ein großer Fehler. Es kann jemand ein großer Wissenschaftler und Künstler sein und doch ein schlechter Politiker. Es ist viel besser, wenn er sich weiter ungestört wissenschaftlich und künstlerisch betätigt, als wenn er politisch und parlamentarisch unzulängliche Arbeit leistet. Wir sollten die Intellektuellen mit besonderer Achtung behandeln und dadurch bei uns zu halten suchen, und wir sollten nicht Arbeiten kleinlicher, äußerer Art von ihnen verlangen, die jeder andere auch machen könnte. Der Gelehrte und Künstler leistet zu Zeiten, wenn andere ruhen, Wertvolles für den Sozialismus, jedenfalls mehr als er durch eine kleinere äußere Handarbeit leisten könnte.

Es handelt sich aber nicht nur um geistige Anregungen. Gerade der junge Nachwuchs sucht nach seelischen Antrieben im Sozialismus und in der Arbeit für die Sozialdemokratie. Man unterschätze nicht, wie gerade in dieser Beziehung der Jungsozialismus nach Erkenntnis und Gestaltung ringt.

Es genügt mir, zum Ausdruck gebracht zu haben, daß eine Partei von der Größe und Bedeutung der deutschen Sozialdemokratie kulturelle Verpflichtungen zu erfüllen hat, und zwar erhöhte Verpflichtungen infolge veränderter gesell-

schaftlicher Grundlage. Der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Eine weltumspannende Partei wie die deutsche Sozialdemokratie mit Menschheitszielen lebt nicht nur von politischer Aufklärungs- und Organisationsarbeit. Möge sich die deutsche Sozialdemokratie ihren alten Ruhmestitel, die Partei der Kultur zu sein, durch erneute und vermehrte Arbeit im Dienst der Kultur erneut erwerben. (Bravo!)

Dr. Adolf Braun (Berichterstatter über das Programm): Werte Genossen und Genossinnen! Ich muß den Vorstehenden etwas korrigieren. Ich spreche nicht im Namen der Programmkommission, ich berichte über ihre Tätigkeit und warum wir nicht tätig gewesen sind, wofür ich die Ursachen anführen möchte.

Wir alle bedauern mehr oder weniger, daß dem Parteitag ein Programmentwurf nicht vorgelegt werden konnte, wir empfinden die Lücke in unserem Rüstzeug. Man muß aber mit lebhaftem Bedauern auch feststellen, daß in den letzten 20 Monaten diese Lücke in der Partei sehr wenig empfunden wurde. Ein Parteiprogramm unserer Partei wird nicht von einer Programmkommission geschaffen, sondern nur unter Mitwirkung sämtlicher Parteigenossen, unter Betätigung ihres Sprachrohrs, der Parteipresse. Wie wenig hat sich die Parteipresse um das Parteiprogramm gekümmert, wie selten erschien ein Wort des Antriebs, das Programm möchte bald fertiggestellt werden. Unsere Presse hat ihrer Meinung nach Wichtigeres zu tun. Ein Blatt, das vor dem Göttinger Parteiprogramm drei Dutzend Programmartikel erscheinen ließ, hat über das Fehlen des neuen Programms nichts gebracht, nichts über die Wirksamkeit der Programmkommission. Es ist zu bedauern, daß die letzten zwei Jahre verfloßen sind, ohne daß für die prinzipielle Schulung der Parteigenossen für sozialistische Anregungen des Arbeiterwillens Rennenswertes geschah. Es wurde sicherlich gar vieles geredet, aber ob man gerade für den Sozialismus gewirkt hat, ob wir durch die beliebte Parteipolemik Anhänger gewonnen haben, neue Magazine aufstellen, um die bisher indifferenten oder verirrten Proletarier an die Partei zu ziehen, darüber hat die Statistik der letzten Reichstagswahlen mancherlei Aufklärung gegeben. Es ist merkwürdig, daß diejenigen, die die Streitigkeiten in der Partei angeblich am prinzipiellsten behandelten, von sozialistischen Gesichtspunkten sehr wenig hören ließen. Wir haben in den letzten 20 Monaten eine ungeheure Verwechslung von Taktik und Prinzip empfunden. (Sehr richtig!) Zu wissen, was Taktik, was Prinzip ist, ist in einer Zeit ungeheuer wichtig, in der ein neues Programm geschaffen werden soll. Wir haben Zeiten hinter uns, in denen Streitigkeiten, Zwistigkeiten, ein fürchterlich gesteigertes Mißtrauen unter den Parteigenossen herrschten. Diese Zeiten sind höchst ungeeignet für die Schaffung eines neuen Parteiprogramms, für die Herstellung eines neuen geistigen Bandes, das sich um alle Parteigenossen schlingt, das sie zu einer Geschlossenheit, zu einem einigen Kampfwillen gegen unsere Gegner erzieht. Das Wort des großen Rechtslehrers Savigny gilt für die Schaffung dieses Parteiprogramms. Unserer Zeit fehlt der Beruf zur Gesetzgebung. Man mußte bei Anträgen auf Schaffung neuer Programmpunkte immer fürchten, daß geheime Absichten vermutet werden, die auf den gegenwärtigen Streit in der Partei irgendwie einwirken sollten, daß neue Autoritäten geschaffen werden sollten, um diese oder jene taktische Frage angesichts einer Tagesstimmung zu entscheiden. Wir gehen einer Besserung der Partei entgegen. Viele Anzeichen sprechen dafür, daß wir bei ihrem Beginn schon angelangt sind. In diesen trüben Zeiten hatten wir wenig Stimmung, ein neues Programm zu schaffen.

Dazu kam eine Reihe weiterer Hemmnisse. Unser alter Freund und Lehrer Karl Kautsky, unter dessen Verdiensten für die Sozialdemokratie aller Länder ein großes die Schaffung des Erfurter Programms für die deutsche Sozialdemokratie ist, war leider lange krank und weilte seit Monaten im Aus-

land. Diese Abwesenheit war ein starkes Hindernis für den Zusammentritt der Programmkommission, weil wir des Rates von Rausty nicht mißten konnten. Der Einigungstongreß von Nürnberg hat ihn zum Vorsitzenden der Programmkommission gemacht. Ein Programm unter seiner Mitwirkung, gestützt von seinen Anregungen und Gedanken, wird von einem Parteitag und von der gesamten Parteigenossenschaft viel vorurteilsfreier angenommen werden als ohne seine Mitarbeit.

Dazu kommt, daß wir alle, die wir an dem Programm mitarbeiten sollen, die Mitglieder der Kommission, die Parteigenossenschaft, die Parteipresse, durch die Arbeit für die Partei vollständig in Anspruch genommen waren, so daß es schwierig war, die Programmkommission zu einer ernsthaften Konzentration ihres Willens auf die Schaffung des Parteiprogramms zusammen zu bekommen.

Man darf auch den Wechsel der Zeit nicht vergessen. Wir älteren, die wir auf den Parteitagen von Halle und Erfurt mitwirkten, sollten die Schwierigkeiten der Schaffung des Erfurter Programms nicht vergessen. Wie leicht waren aber jene Zeiten im Vergleich zu denen von heute. Wie leicht war es ehemals, Forderungen an Staat und Gesellschaft zu stellen, deren Repräsentanten ausnahmslos unsere Feinde waren, da die Möglichkeit himmelweit entfernt war, daß wir diese Forderungen in Staat und Gesellschaft selbst verwirklichen sollten. Das Verhältnis der Sozialdemokratie zu den öffentlichen Körperschaften ist heute wesentlich geändert. Wir kommen, ob wir wollen oder nicht, heute selbst in die Notwendigkeiten, die Verantwortung mit zu tragen, unsere Forderungen zu verwirklichen. Dazu kommt die Notwendigkeit der Prüfung, ob die Verwirklichung dieser Forderung in den gegenwärtigen Zeiläufen möglich ist. In den Jahren 1890 bis 1891 konnten wir viele Forderungen auf ferne Sicht aufstellen, konnten wir eine Fülle von Wünschen in einem kurzen Satz konzentrieren, während wir heute viel spezialisieren und zu vielen Einzelragen Stellung nehmen müssen, dabei immer vor der Verantwortung stehen, übermorgen von den eigenen Parteigenossen vor die Frage gestellt zu werden, ob wir unsere Forderungen, wenn wir nicht mehr in der Opposition stehen, auch verwirklichen können.

Wir sind uns klar, daß eine Reihe von Forderungen des Programms von 1890 heute erfüllt sind, und zwar weit mehr, als die Parteigenossen in der Agitation zugestehen wollen. Es wäre viel nützlicher, auf die Erfolge unserer Partei durch die Erfüllung von vielen Programmpunkten hinzuweisen. Andererseits dürfen wir die alten noch nicht erfüllten Forderungen nicht ohne weiteres in ein neues Programm übernehmen, wir müssen die noch nicht erfüllten Forderungen an den heute völlig veränderten Verhältnissen messen, wir müssen sie neu formulieren, wir müssen sie vielleicht überhaupt unter ganz anderen Gesichtspunkten betrachten.

Dabei ist völlig klar, daß die eigentliche sozialistische Forderung, das Streben, aus der kapitalistischen Ordnung in eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu gelangen, im wesentlichen völlig gleich geblieben ist. Darin werden wir uns nicht ändern. Unser Endziel ist im wesentlichen das gleiche geblieben. Trotzdem können wir nicht wie 1890 formulieren. Damals haben wir ganz allgemeine Grundzüge und Ziele aufstellen können, während wir heute zu den Problemen Stellung nehmen müssen, Uebergänge aus der Ordnung, die wir heute noch tragen müssen, in die Ordnung zu suchen haben, die wir mit allen Fasern unseres Seins erstreben. Dabei ist an den großen Problemen der Sozialisierung trotz aller üblen Erfahrungen und Enttäuschungen nicht vorüberzugehen, die eintraten, weil wir noch nicht die genügende Macht besaßen. Hieraus ergeben sich besondere Schwierigkeiten der Formulierung, vor allen Dingen deswegen, weil manches an einem Orte möglich ist, was anderwärts nicht

durchführbar ist. Wir müssen die Fülle der Erfahrungen der letzten fünf Jahre in Betracht ziehen und dürfen nicht von längst verfloßenen Zeiten ausgehen, da sich Macht- und Kraftverhältnisse völlig verschoben haben.

Zusammenfassend müssen wir uns sagen, daß die Zeit überaus ungünstig für die Schaffung eines Programms war. Wir geben der Hoffnung Ausdruck wie auch der Bericht des Parteivorstandes, daß wir einer Gesundung der Partei zu größerem Vertrauen und parteigenössischem Zusammenwirken entgegengehen. Wir müssen unterscheiden lernen zwischen dem, was uns zu Sozialdemokraten macht, und dem, was momentane Zwangslagen praktischer Politik für Gegner und Anhänger dieser Politik unserer Partei sind. Wir müssen uns mehr verstehen, müssen mehr wirklichen Sozialismus in die Massen tragen, dann wird von selbst entstehen, was wir alle wünschen, ein richtungsgebendes, zum Sieg führendes Programm. (Bravo! und Händeklatschen.)

Vorsitzender **Dittmann**: Wir treten nunmehr in die Aussprache ein. Um die Geschäfte zu vereinfachen, schlage ich Ihnen vor, sämtliche zum Vorstandsbericht und zum Bericht der Reichstagsfraktion gestellten Anträge als unterstützt anzusehen. — Ich stelle Ihr Einverständnis fest. Dann sind mehrere Anträge eingegangen, die zum Druck gegeben worden sind. Jetzt hat das Wort zu den Frankfurter Anträgen, zu denen schon gestern gesprochen worden ist, der Genosse **Markwald**. Später sprechen wir dann über die Redner und die Rednerfolge.

Markwald-Frankfurt a. M.: Genosse **Wels** ging gestern von der irrlichen Auffassung aus, der von Frankfurt eingebrachte Antrag habe den Ausschluß des Genossen **Ebert** aus der Partei nebst der Aufstellung einer Reichspräsidentenkandidatur verlangt. Deshalb könne der Antrag nicht zur Debatte gestellt werden. Es wird niemand von Ihnen annehmen, daß ich den Parteitag belügen wolle. Von dem Frankfurter Bezirk sind drei Anträge gestellt, die getrennt voneinander zu behandeln sind. Ein Antrag auf Ausschluß von **Ebert** ist von einem anderen Frankfurter Bezirk als die beiden anderen Anträge eingegangen und auch von der Hauptversammlung angenommen worden. Wenn also der Parteivorstand aus materiellen oder formalen Gründen den einen Antrag nicht zur Debatte stellen wollte, hätte er mindestens der Frankfurter Organisation mitteilen müssen, aus welchen Gründen er einen ordnungsmäßig gestellten Antrag dem Parteitag einfach vorenthält. Der erste Antrag sagt nichts weiter, als daß der Parteitag einen Kandidaten zur Reichspräsidentenwahl aufstellen soll. Der zweite Antrag enthält allerdings eine Kritik der bisherigen politischen Handlungsweise des Reichspräsidenten und lautet:

„Der Parteitag stimmt dem „Vorwärts“ zu, der in seiner Nummer 601a vom 27. Dezember 1923 die Ablegung einer Landesregierung durch das Reich „nach sächsischem Muster“ unter Anwendung des § 48 Abs. 2 der Reichsverfassung für „vollkommen unvereinbar mit dem Wortlaut und dem Geist der Verfassung“ erklärt hat. Da der Reichspräsident, Genosse **Ebert**, diesen Verstoß gegen die Reichsverfassung begangen hat, auch seine Unterschrift unter verschiedene andere, den Interessen des Proletariats widersprechende Verordnungen auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung nicht verweigert hat, erklärt der Parteitag die erneute Kandidatur des Genossen **Ebert** zum Amt des Reichspräsidenten für ausgeschlossen.“

Sie mögen über diesen Antrag denken wie Sie wollen. (Zuruf.) Er beweist schon in seinem Wortlaut den Irrtum des Genossen **Wels**. Ein Ausschluß aus der Partei ist nicht verlangt. Es lagen also drei getrennte Anträge vor, über die getrennt abgestimmt wurde. Wenn Genosse **Wels** behauptet, es sei ein Antrag gestellt, so muß er falsch aus Frankfurt informiert worden sein. Sichtlich darf ich zu dem Antrag erst sprechen, wenn er die genügende Unterstützung gefunden hat, mache aber darauf aufmerksam, daß vor der Wahl des

Reichspräsidenten kein Parteitag zu erwarten ist und es jedem demokratischen Bewußtsein widersprechen würde, die Aufstellung des Kandidaten für ein so wichtiges Amt den wenigen Genossen des Parteivorstandes zu überlassen. (Sehr richtig!)

Wels: Der Parteivorstand in Berlin kann natürlich die Entstehungsgeschichte jedes Antrages nicht nachprüfen, ist dazu auch nicht verpflichtet. Den Grund, weshalb diese Anträge nicht gedruckt worden sind, habe ich dem Parteiausschuß und gestern dem Parteitag angegeben. Bei uns sind zwei Anträge aus Frankfurt am Main eingegangen. Wir müssen die Anträge, wenn überhaupt, dann wortgetreu veröffentlichen. Beide Anträge behandeln dieselbe Materie, wenden sich gegen den Reichspräsidenten, sind ein Ganzes. Der Antrag, der beginnt: „Der Parteitag stimmt dem Vorwärts zu“, ist in unsere Hände gelangt, aber er wird durch den Antrag, der folgt, ergänzt (Widerspruch):

(Wels liest den Antrag vor, den Markwald bereits verlesen hat.)

Nun kommt ein Schlusssatz, der heißt „Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, auf möglichst baldige Neuwahl des Reichspräsidenten hinzuwirken“. (Heiterkeit.) Der Parteivorstand hat nicht das Recht, die Anträge aus den Bezirken zu sezieren und Stückwerk zu veröffentlichen. Die Tendenz des Antrags gipfelt in dem vorlesenen Satz, den Genossen Ebert auszuschließen. Dieser Antrag ist nicht aufgenommen, weil der Parteivorstand dem Parteitag keine statutarisch unzulässigen Anträge unterbreitet, sondern auf dem Standpunkt steht, daß jeder, der Anträge stellt, sich über die Bestimmungen des Organisationsstatuts informieren soll. (Sehr richtig!)

Nun hat Genosse Markwald um Veröffentlichung ersucht und bittet, die beiden Anträge zur Diskussion zu stellen. Der Antrag, daß der Parteitag die Aufstellung eines Kandidaten für die Wahl des Reichspräsidenten auf die Tagesordnung setzen solle, ist uns nicht zugegangen. Ich behaupte nicht, daß Markwald die Unwahrheit gesagt hat, aber der Parteivorstand kann Anträge nur prüfen, wenn sie zugesandt werden. Ich bin der Auffassung, daß der Parteivorstand in Wahrung des Statuts handelt, wenn er Anträge, die statutarisch zur Verhandlung auf dem Parteitag nicht zugelassen werden können, nicht an den Parteitag bringt. (Sehr richtig! Bravo!)

Vorsitzender Dittmann: Der Parteitag kann nicht anders handeln, als dem Genossen Markwald anheimzugeben, die Anträge in der Form, die er für richtig hält, erneut zu stellen. In der vorliegenden Form sind sie nach dem Organisationsstatut nicht zulässig. — Der Parteitag schließt sich dieser Auffassung an. Damit ist diese Angelegenheit erledigt.

Wir gehen nunmehr zur Aussprache über. Als sich während des Referats des Genossen Wels ein starker Ansturm auf die Rednerliste einstellte, habe ich vorgeschlagen, erst nach Anhörung der drei Referate Wortmeldungen entgegenzunehmen. Die Redner sind aber trotzdem eingetragen worden, und um eine langwierige Geschäftsordnungsdebatte zu vermeiden, schlage ich vor, die Rednerliste, wie sie sich jetzt gestaltet hat, anzunehmen. Danach sind 44 Redner gemeldet. (Heiterkeit.) Wenn wir jetzt eine neue Rednerliste aufstellen würden, würden wir wahrscheinlich daselbe Schauspiel erleben. Ich bitte Sie daher, die Rednerliste so bestehen zu lassen. — Damit ist der Parteitag einverstanden. Die Redezeit beträgt 10 Minuten. Ich bitte den Parteitag, den Vorsitzenden darin zu unterstützen, daß keinem Redner gestattet wird, die Redezeit zu überschreiten, damit nicht hinterher Beschwerden kommen.

Krille-München: Der Vorsitzende hat eben erläutert, wie die Rednerliste zustande gekommen ist. Nach der Bemerkung des Vorsitzenden von heute vormittag hatten wir vorläufig verzichtet. Jetzt stehen wir am Schluß der Liste. Uns liegt aber daran, daß die Landmannschaften, die nach ihrer Auffassung das

Verlagen der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes am eigenen Leibe verspürt haben, auch zu Wort kommen. Nach 15 oder 20 Rednern wird aber hier die große Guillotine kommen, und dann ist Schluß. Deshalb lege ich gegen diese inkonsequente Geschäftsführung Protest ein.

Vorsitzender Dittmann: Um während des Referats des Genossen Wels nicht eine Unterbrechung durch eine Geschäftsordnungsdebatte herbeizuführen, wie die Rednerliste geregelt werden solle, habe ich die Frage heute früh nicht zur Entscheidung gebracht. Ich werde das jetzt tun. Ich habe schon festgestellt, daß der Parteitag damit einverstanden ist, daß die Rednerliste so bestehen bleibt.

Genosse Dittmann wünscht als Begründer eines selbständigen Antrags eine verlängerte Redezeit von 20 Minuten. Seine Auffassung ist aber irrig. Die Anträge zum Vorstandsbericht und zum Bericht der Reichstagsfraktion gelten nicht als selbständige Anträge. Selbständige Anträge sind nur solche, die einen besonderen Punkt für den Parteitag bedeuten. Ich stelle deshalb fest, daß die Redezeit zu den genannten Anträgen für jeden Redner nur 10 Minuten beträgt. (Dittmann-Stuttgart: Auf den Parteitag vor dem Kriege haben wir eine andere Geschäftsordnung gehabt; da konnte der, welcher selbständige Anträge gestellt hatte, 20 Minuten reden!) Ich werde den Parteitag entscheiden lassen. Wer für meine Auffassung ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. — Gegenprobe. — Das Erste war die große Mehrheit. Die Redezeit beträgt also für Jeden zehn Minuten. Ich gebe dem Genossen Dittmann das Wort.

Dittmann-Stuttgart: Seit der Vereinigung sind 1½ Jahre ins Land gegangen. Die Tatsache besteht, daß bei entscheidenden Fragen der Politik vielfach Meinungsverschiedenheiten bestanden. Wenn wir sie heute nicht austragen können, ist das nicht unsere Schuld, denn Sie haben uns in Ihrer Mehrheit ein Korreferat verweigert. Die Kollegen der Fraktionsmehrheit sagen zu ihren Handlungen: Wir waren in einer Zwangslage: außen die Erfüllungspolitik, im Innern die Sicherung der Republik. Das gab uns Veranlassung, Koalitionspolitik zu treiben. Deshalb mußten wir mit bürgerlichen Parteien zusammengehen. Wird ein solcher Standpunkt eingenommen, dann handelt es sich aber darum, ob man eine Koalition mit bürgerlichen Parteien als ein unter dem Zwang gegebenes Uebel betrachtet, zeitlich möglichst begrenzt und den Höchstpreis für die Interessen des Proletariats fordert, oder ob man von dem Gedankengang ausgeht, daß man als Minderheit unbedingt dabei sein will, sich bei einer Regierungsbildung nicht ausschalten lassen will und damit auch die Verantwortung und Rücksichtnahme auf Staat und bürgerliche Koalitionsparteien übernehmen will. Diese letzteren Gedankengänge sind es, die nach unserer Auffassung dazu beigetragen haben, daß die Partei falsche Wege wandelte. Man hat fortgesetzt Rücksichten nehmen müssen. Demgegenüber steht die Tatsache, daß die Bourgeoisie auch in den Koalitionsparteien keine Rücksichten auf Volksinteressen genommen hat. (Sehr gut!) Sie ging ihren Weg und hat auf Staats- und Volksinteressen gepiffen. (Sehr richtig!) Sie hat die Erfüllungspolitik sabotiert und die Friedenspolitik dem Ausland gegenüber ernstlich gefährdet. Dieses Schuldkonto geht tief hinein in die Kreise aller bürgerlichen Parteien.

Und wie steht es innerpolitisch? Die Lasten sind nicht auf die starken Schultern abgewälzt worden, sondern dem werktätigen Volke aufgebürdet. Das Kapital hat es in der Inflationszeit verstanden, sich zu konsolidieren auf Kosten des Mittelstandes und der Arbeiterklasse, während die Volksmassen verarmten. Es ist bis zur Diktatur der Bourgeoisie wirtschaftlich und politisch gekommen. Die bürgerlichen Parteien spekulierten auf die Zerrissenheit des Proletariats, die sie in ihrem Interesse planmäßig förderten, auf die Dummheit und Ver-

geßlichkeit breiter Arbeitermassen und auf ein Drittes, indem sie uns jahrelang gestatteten, an Koalitionsregierungen teilzunehmen, um uns mitverantwortlich zu machen für ihre Politik und ihre Sünden. Ob sie uns ferner noch zum Mitregieren brauchen, ist eine andere Frage. (Sehr gut!) Sie haben das getan, um das Schuldkonto von sich auf uns abzuwälzen. (Sehr gut!) Das ist ihnen leider nur zu sehr gelungen, wie die letzte Reichstagswahl bewiesen hat. Wir hätten die Aufgabe gehabt, der Bourgeoisie die Verantwortung zuzuschreiben, ihre Politik zu bekämpfen und das Proletariat als Klasse aufzurufen und die Konsolidierung der Arbeiterbewegung vorzunehmen. (Zurufe.) Den Zwischenrufen möchte ich sagen, daß sie es heute durch ihre Ablehnung eines Korreferenten unmöglich gemacht haben, sachliche Gedankengänge zusammenfassend vorzutragen. (Sehr richtig!) Wir sind entschlossen, uns auf dem Parteitag und sonstwo weder durch persönliche noch andere Zwischenrufe von der Linie abbringen zu lassen, unsere Auffassung sachlich und entschieden zu vertreten. (Lebhaftes Bravo!)

Schauen Sie sich die Entwicklung und Erscheinungen während der Zeit an, in der wir vereinigt sind. Ich gehe nicht auf die wenig freundschaftliche Bemerkung des Genossen Wels ein, daß in Nürnberg ein Teil die Vereinigung wie ein pfiffiges Bäuerlein nur sehr faul mitgemacht habe. Solche Ausführungen auf dem Parteitag sollte man nicht in namenloser Unterstellung machen, sondern da hätte man deutlich werden sollen. (Sehr richtig!) Wir, die wir uns vereinigt haben, hatten das Recht, unsere Bedenken vorher zum Ausdruck zu bringen. Wir legten Wert darauf, daß es nicht eine rein organisatorische Einigung werden sollte, sondern daß unsere geistige Einstellung dabei die notwendige Beachtung finden sollte.

Wenn es wegen der Beschränkung der Redezeit nicht möglich ist, hier sachlich zusammenhängend zum Ausdruck zu bringen, welche Politik wir jetzt langen Monaten ersehnten und anzustreben wir uns sachlich bemühten, dann werden wir es in der Gesamtpartei tun müssen, und wir werden es in dem Bestreben tun, daß sachliche Meinungsverschiedenheiten uns nicht auseinanderreiben, sondern zur innerlichen Kräftigung der Partei dienen. Wir sind auf dem Parteitag zusammen, um von allen Richtungen aus neue Werbestraft auf die proletarischen Massen auszuüben. Das kann um so besser geschehen, wenn Sie jede Meinung achten und auch wir das Recht haben, unsere sachliche Meinung offen und rücksichtslos zum Ausdruck zu bringen. (Lebhafter Beifall.)

Loni Sender-Frankfurt a. M.: Die deutsche Sozialdemokratie erklärt, sie sei eine Partei der Demokratie und verlangt daher die Demokratie im Staate. Eine Partei der Demokratie muß aber vor allem die Demokratie auch restlos in ihren eigenen Reihen verwirklichen. (Sehr gut! — Zurufe.) Demokratie heißt nicht nur, daß in den Beschlüssen das Recht der Mehrheit sich durchsetzen kann, sondern heißt auch Schutz der Minderheit. (Sehr gut!) Diesen Schutz der Minderheit, den wir im Staate fordern, verlangen wir auch innerhalb der Partei. Darum ist es ein Waffengang mit ungleichen Waffen, wenn sämtlichen Referaten, die alle einer Richtung angehören, kein einziges Korreferat gegenübergestellt werden darf.

Wenn wir die Resolution des Genossen Müller kritisch lesen, dann bedeutet sie eine glatte Verurteilung der Politik der Fraktionsmehrheit und der Parteinstanzen. (Sehr richtig!) Da wir Klarheit schaffen wollen, haben wir eine eigene unmißverständliche Resolution eingebracht. Genosse Müller sagt in seiner Resolution, daß die Partei genötigt gewesen sei, Koalitionspolitik zu treiben, daß das Ziel der Koalition Sicherung der Republik gegen den Ansturm der Reaktion sein müsse. Die Teilnahme an der Regierung müsse die Durchsetzung der Demokratie und die Erfüllung der bürgerlichen Republik mit sozialem Inhalt zum

Ziele haben. Aber in der Politik will man doch nicht nur Ziele haben, sondern auch Resultate. An den Resultaten erst erkennt man, ob die getätigte Politik gut war oder falsch. Diese Ziele sind durch die Koalitionspolitik restlos nicht erreicht worden. (Sehr richtig!) Genosse Müller hat selbst gesagt, daß wir das Erstarken der Reaktion und die bewußt und planmäßig betriebene Inflation nicht verhüten und die sozialen Errungenschaften, vor allem den Achtstundentag, nicht sichern konnten. Wir haben auch nicht verhindern können, daß die Justiz noch viel schändlicher arbeitet als in der Vergangenheit. (Sehr richtig!) Auf der anderen Seite ist gegenüber dem Minus an positiven Resultaten ein sehr großes Plus an Opfern zu verzeichnen gewesen. Opfer haben wir gebracht vor allen Dingen im Ansehen, das unsere Partei im Proletariat nötig hat. Opfer wurden durch die Zugeständnisse gebracht, die wir der Bourgeoisie in dem gemeinsamen Regierungsprogramm haben machen müssen. Die Preisgabe der Demokratie hat ihren drastischsten Ausdruck in den Ermächtigungsgesetzen gefunden, durch die den Regierungen — wie besonders im zweiten Ermächtigungsgesetz — Blankovollmachten ohne Einschränkung erteilt wurden, die dann in antisozialem Sinne ausgenutzt wurden. Durch die legale Preisgabe der Demokratie haben wir der Reaktion einen Weg gewiesen, wie sie auf legalem Wege ihre Diktatur errichten könnte. Das ist die außerordentliche Gefahr der Ermächtigungsgesetze. Wenn wir weiter fragen, wie die Sicherung der Republik gelungen ist, müssen wir uns zunächst klar sein, daß es nicht allein auf die Staatsform und auf den Namen der Republik ankommt, sondern auf ihren Inhalt und Charakter. (Sehr gut!) Dann müssen wir feststellen, daß bei Aufrechterhaltung des Namens der Republik und bei Feststellung der Tatsache, daß wir in der Tat noch keinen regierenden Monarchen in Deutschland haben, doch der Inhalt der Republik immer weniger republikanisch und weniger demokratisch geworden ist. Wie wenig es auf die republikanische Staatsform allein ankommt, beweist ein Blick auf andere Länder. Frankreich ist eine Republik, und doch haben wir ein Frankreich des Herrn Poincaré gehabt. England ist eine Monarchie, und doch haben wir das England des Genossen Macdonald. (Zuruf: Also Monarchie! — Heiterkeit.) Dieser Zuruf ist nur ein Beweis, mit welcher Voreingenommenheit gewisse Anwesende des Kongresses logischen Gedankengängen nur zu folgen wissen. (Lebhafter Zustimmung.) Nicht „also Monarchie!“, sondern eine Republik mit republikanischem, mit demokratischem, mit sozialem Inhalt. (Sehr richtig!)

Genosse Müller sagte, man müsse vor allem verhüten, daß die Republik zu einer Geldsackrepublik werde. Aber das haben Sie gerade deswegen nicht verhindern können, weil wir so viele Opfer gebracht haben und dadurch die Kräfte der Reaktion haben groß werden lassen, ohne die Gegenkräfte gegen die Reaktion zu mobilisieren. (Sehr wahr!) Die Gesichtspunkte jeder proletarischen Politik müssen sein, unsere Macht als Klasse zu stärken, die Geschlossenheit unserer Organisation und des gesamten Proletariats zu erhöhen und eine starke Anziehungskraft auf alle fluktuierenden Kräfte der Gesellschaft auszuüben, damit immer stärker der Glaube innerhalb der Gesellschaft aufkommt: hier ist die Kraft, die das Neue, das Junge, das Gesunde schaffen will. (Lebhafter Beifall.)

Es ist abwegig, wenn man immer wieder in der Partei hört, daß nicht Klassen-, sondern Staatspolitik getrieben werden muß, und wenn man hört, das Vaterland müsse in gegebener Stunde über die Partei gestellt werden. Wir sind allerdings noch der vielleicht etwas antiken Auffassung, daß wir als Klasse, als Partei nicht das Interesse einer kleinen oder auch einer großen Schicht, sondern des gesamten Volkes vertreten. Nur aus dieser Tatsache können wir die ganze Begeisterung schöpfen, weil wir wissen: was wir für unsere Klasse erstreben, deckt sich mit dem Wohl des gesamten werktätigen Volkes. (Zuruf: Nichts Neues!) — Das mag nichts Neues sein. Es kommt aber darauf an, fest-

zustellen, ob man sich in der praktischen Politik auch von diesen Gedanken leiten läßt. (Zustimmung.)

Darum möchte ich auch dem Genossen Müller auf seine Bemerkung, daß ja schon Karl Marx vor Jahrzehnten nachgewiesen habe, daß die Bourgeoisie keine einheitliche Masse sei, folgendes sagen: Man hat uns wiederholt auf diesem Parteitag gesagt, daß man auch in neuer Situation lernen müsse, wie der Marxismus auch auf die neue Zeit anzuwenden sei. Das gilt auch in bezug auf diese Bemerkung des Lehrers des Sozialismus Karl Marx. Wir befinden uns heute in einer Zeit der Verschärfung der Klassengegenätze, wo beide Klassenteile immer stärker zusammengeschweißt werden. Die Bildung des Bürgerblocks ist im Entstehen begriffen. Was anders ist denn diese Bildung des Bürgerblocks als ein Zusammenschweißen der besitzenden Klassen, die sich bedroht fühlen, Kräfte sammeln und uns geschlossen gegenüberzutreten? Dies und nichts anderes wollen auch wir. Wir wollen, daß das Proletariat durch eine glänzende Politik, die von allen Proletariern verstanden werden kann, immer stärker zu einer einheitlichen, tatkräftig geschlossenen Masse wird. Dann erst sind wir imstande, auch die Kräfteverhältnisse im Staat wieder zu unseren Gunsten zu verschieben, unsere Ziele nicht nur als eine Sata Morgana vor uns hinzustellen, sondern mit raschem Schritt auf sie loszumarschieren. (Lebhafter Beifall.)

Auffhäuser-Berlin: In Nürnberg haben wir einen organisatorischen Rahmen für die beiden sozialistischen Parteien geschaffen, und heute ist es unsere Aufgabe, diesem Rahmen Inhalt und Gestalt zu geben.

Wir sind in die große Koalition eingetreten und aus der ersten großen Koalition herausgebracht worden. Wir sind in die zweite große Koalition hineingegangen und herausgebracht worden. Wir haben dem ersten Ermächtigungsgesetz zugestimmt und das zweite mitverantwortet. Die erste Koalition ist durch die scharfen wirtschaftlichen Gegensätze außerhalb des Parlaments gesprengt worden. (Sehr richtig!) Die zweite große Koalition ist das Opfer der politischen Gegenreaktion geworden. Das erste Ermächtigungsgesetz hat die freie Wirtschaft wiederhergestellt. Das zweite hat die Ergänzung gebracht und schließlich den Abbau der Sozialpolitik herbeigeführt. Die Koalitionspolitik war also in ihrem Verlauf nicht abhängig von unserem Willen, sondern von den ökonomischen Kräften außerhalb des Parlaments. Wir müssen unsere politische Einstellung auch von den wirtschaftlichen Erfordernissen der Arbeiter diktieren lassen, genau wie die Gegenseite, wie die Volkspartei usw. ihre politische Einstellung danach gelibt hat, welches die wirtschaftlichen Interessen der Unternehmer sind.

Genosse Müller hat als Erfolg der Koalitionspolitik hervorgehoben, daß wir die Rentenmark bekommen haben. Aber diese Rentenmark ist doch nicht die Währung, die die Sozialdemokratie gewollt hat. Es ist kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt, wenn die Währung aus der Souveränität des Reiches genommen und in die Hände der Privatwirtschaft gelegt wird. Alles, was wir heute an sozialem Rückschritt beklagen, ist nicht zuletzt durch den Verwaltungsrat der Rentenbank diktiert, das heißt vom Privatkapital, das über diese Währung im wesentlichen zu verfügen hat.

Nun wird gesagt, der wesentliche Beweggrund, weshalb wir die Mehrheit und Regierung mit den anderen Parteien bilden, sei das Allgemeininteresse.

Die Berliner Organisation bringt in ihrem Antrag 232 zum Ausdruck, daß sie gerade darin die eigentliche Fehlerquelle erblickt. Die tiefere Meinungsverschiedenheit über die die Partei zu einer Klärung kommen muß, ist nicht allein die Koalitionsfrage oder die Ermächtungsverordnung, sondern die Stellung der organisierten Arbeiterklasse Deutschlands zu diesem Staate. Wir haben in unserem Antrag zum Ausdruck gebracht, daß wir wohl die Republik als Staatsform verteidigen und sie als Kampfboden für den Sozialismus betrachten, daß wir

aber nicht vergessen wollen, daß diese Republik nach wie vor großkapitalistisch geblieben ist. Oberfinanzrat Bang hat in einer Schrift des Reichsverbandes der Industriellen offen erklärt: „Als der wilhelminische Staat zerbrach, blieb die Wirtschaft gesund und überlebte den Staat.“ Ich füge dem hinzu: die Republik ist infolge ihrer wirtschaftlichen Einstellung in den letzten 6 Jahren geradezu die Beute der deutschen Schwerindustrie geworden. Die Sozialdemokratie kann im heutigen sozialistischen Staat nicht mehr politische Verantwortung übernehmen, als sie wirtschaftliche Macht in diesem Staat hat.

Wir haben das Opfer gebracht und Unruhen und den Bürgerkrieg verhindert. Aber in derselben Zeit, in der die Sozialdemokratie dieses Opfer brachte, hat die andere Seite den Bürgerkrieg mit der wirtschaftlichen Waffe der Inflation gegen uns geführt. Dieser Bürgerkrieg der Inflation hat nicht weniger schädlich und tödlich gewirkt als eine bewaffnete Auseinandersetzung.

Wir sollen auch nicht annehmen, daß in der nächsten Zeit diese Frage für uns gleichgültig wird. Die politische Gruppierung von heute, die zeitweise Trennung der Deutschnationalen und der anderen Bürgerlichen kann nicht von Dauer sein. Wir werden bei der Frage der Lastenverteilung aus dem Sachverständigenrat den geschlossenen Bürgerblock von den Demokraten bis zu den Nationalisten haben. Der Parteitag muß für die künftige Wirtschaftspolitik und Lastenverteilung die Richtlinien geben und die Konsequenzen ziehen, die wir aus der Wirtschaftspolitik der zurückliegenden Koalitionsregierungen ziehen mußten. Ich sehe im Wahlergebnis vom 4. Mai kein Unglück für die Sozialdemokratie, wenn sie bereit ist, aus der veränderten wirtschaftlichen Lage auch ihre politischen Konsequenzen zu ziehen. Die Kommunisten brauchen wir nicht zu fürchten; sie machen sich allein kaputt. Aber wir müssen unsererseits positiv die soziale und gesellschaftliche Struktur Deutschlands auch für den Kampf der Arbeiterklasse ausnützen. Wir müssen die starken industriellen Kräfte aller Werttätigen bei uns sammeln, indem wir eine Politik treiben, die sichtbar sozialdemokratisch ist. (Sehr richtig!) Das gibt uns die Möglichkeit, das Vertrauen in vollem Maße zurückzugewinnen und die Kräfte zu sammeln, die wir brauchen. In diesem Sinne empfehlen wir den Antrag Nr. 232. Er bedeutet nicht einen Erfolg für morgen, aber den Weg zur Macht. (Lebhafter Beifall.)

Seydewitz-Zwickau: Wenn in den Diskussionen über die sächsische Frage gesprochen wird, fühlen wir uns immer vor einem Berg von Voreingenommenheit, der im Interesse der Gesamtpartei überwunden werden sollte. Genosse Hermann Müller hat gesagt, verfassungsrechtlich ist das Eingehen einer Koalition der Sozialdemokraten in Sachsen mit den Kommunisten durchaus richtig, politisch ist es aber eine Dummheit gewesen. Wir stehen ebenso wie der größte Teil der deutschen Parteigenossenschaft auf dem Standpunkt, daß die Koalitionsfrage eine taktische Frage ist. Uns ist in den Koalitionsdebatten oft vorgehalten worden, daß man nicht grundsätzlich sagen könne, man dürfe nie mit der Deutschen Volkspartei oder einer anderen Partei zusammengehen. Auf der anderen Seite darf man aber auch nicht sagen, daß man niemals mit den Kommunisten zusammengehen darf. (Sehr richtig!)

Es wird gesagt, wir hätten der Partei durch das Zusammengehen mit den Kommunisten geschadet. Ich bitte, einmal objektiv die Dinge zu betrachten und zu sehen, wie das Zusammengehen der sächsischen Partei mit den Kommunisten auf die kommunistische Partei gewirkt hat. (Sehr richtig!) Sinowjew hat gesagt, daß die sächsischen Kommunisten auf den Leim gegangen seien und nicht das erreicht haben, was sie wollten. Die Meinungsverschiedenheiten in der KPD, die Tatsache, daß Brandler, der so etwas wie der liebe Gott in der KPD war, beiseite gedrückt worden ist, ist nicht zum wenigsten durch die Bindungspolitik erreicht worden, die wir mit den Kommunisten in Sachsen und Thüringen ge-

trieben haben. Die Kommunisten haben unbestritten die Absicht, unsere Partei zu zerstören. Meinungsverschiedenheit in unserer Partei besteht nur darüber, wie man diese Versuche der Kommunisten parieren kann. Wir glaubten es auf dem Wege zu erreichen, den wir beschritten haben.

Sofort nach der zweiten Wahl zum sächsischen Landtag, als es all die Auseinandersetzungen in der sächsischen Partei noch nicht gab, regierte in Sachsen die Regierung Bud, die auch nur mit Unterstützung der Kommunisten regieren konnte. Was im Zusammenwirken der KPD mit der Sozialdemokratie nach dem März-Parteitag 1923 geschah, ist nur die Fortsetzung der bisher betriebenen Politik gewesen. Wenn gesagt wird, die sächsische Parteiliste hätte die Dummheit gemacht, die Koalition in Sachsen und die feste Regierungsbildung mit den Kommunisten eingegangen zu sein, so ist das falsch, es ist nicht die ausgesprochene Parteiliste in Sachsen gewesen, sondern die Vertreter der Fraktionsmehrheit. (Sehr richtig!) Im Prinzip bestand in Sachsen über diese Frage eine gewisse Einmütigkeit.

Ich möchte der Meinung des Genossen Müller widersprechen, daß die Aera Zeigner ein Schade für die Republik gewesen sei. Weh getan hat uns, daß Genosse Müller gesagt hat: wenn Zeigner ein Deutschnationaler gewesen wäre, wäre das Gerichtsurteil gegen ihn nicht so schlimm ausgefallen. Ich sage: wenn Zeigner nicht Sozialdemokrat gewesen wäre, wäre er wegen der Delikte, deren er angeklagt war, freigesprochen worden. (Sehr richtig!) Es hat sich nur um eine Mache gehandelt, Zeigner das Genid zu brechen.

Wir sehen durchaus die Verbindung, die zwischen der sächsischen und der Reichspolitik besteht. Wenn in den Berichten gesagt wurde, an der Reichsregiernde in Sachsen sind die sächsischen Genossen selbst schuld, weil sie die Koalition mit den Kommunisten eingegangen sind, so heißt das: man darf die Reaktion nicht reizen, sonst wird sie noch schärfer gegen die Arbeiterschaft vorgehen. (Sehr richtig!) Ich wünschte dringend, daß im Reich etwas mehr Verständnis vorhanden wäre für die Wirkung der Reichsregiernde auf die sächsische Arbeiterschaft. (Sehr richtig!) Das hat uns bei der Gemeindevwahl schwer geschadet. Betrachten Sie diese Episode der Zusammenarbeit der sächsischen Sozialdemokratie mit den Kommunisten nicht als eine politische Torheit, sondern als eine Notwendigkeit, die der Arbeiterschaft dienen wird. (Lebhafter Beifall.)

Ströbel-Berlin: Die Partei ist nach einer schweren Wahlniederlage zu einem Parteitag zusammengetreten. Man hätte annehmen sollen, es würde kein Parteitag der Selbstzufriedenheit, sondern der schärfsten Selbstprüfung und Kritik. (Sehr gut!) Diese Niederlage wird leider von vielen Genossen nicht einmal als solche empfunden. Es besteht daher die Gefahr, daß die Ursachen dieses Mißerfolges nicht erkannt und abgestellt werden, daß also die alte Parteipolitik weiter getrieben wird und die Partei aus ihrer mißlichen Lage nicht wieder herauskommt.

Man hat die Wahlniederlage auf die sfruppellose Demagogie der Rechten und der äußersten Linken zurückgeführt. Es ist doch feststehend, daß diese gewissenlose Verheißung der Nationalisten und Kommunisten den Erfolg gehabt hat, daß fünf bis sechs Millionen Wähler dieser Verheißung erlegen sind. Zu sagen, dem lautesten Schreier leiste man willig kein Ohr, wäre eine Verachtung der breiten Massen, die wenig demokratisch wäre. (Sehr gut!) Die breiten Massen haben in den letzten Jahren geradezu fürchterlich gelitten. Ich erinnere nur an die Broschüre von Professor Hirsch, wonach in den letzten zwei Jahren die Masse des arbeitenden Volkes nur ein Fünftel, häufig nur ein Sechstel des Friedenseinkommens beisehen hat. Nehmen wir dazu, daß jahrelang nur vom Proletariat,

dagegen fast nicht von der Bourgeoisie die Steuern getragen wurden, so ist die ungeheure Empörung der Massen erklärt.

Die Massen mußten in Scharen zu den Kommunisten übergehen, wenn nicht die Sozialdemokratie diese unerhörte Entwicklung aufs äußerste bekämpfte. Bei der Nachprüfung werden Sie auf die Forderung der Erlassung der Schwerte, der Zwangsanleihe, der Goldsteuer hinweisen und werden sagen, die Bürgerlichen hätten diese Forderungen vereitelt, die Partei trage keine Schuld. In Wirklichkeit hat die Partei doch in gewissem Sinne Schuld, weil sie die Entwicklung nicht mit dem gebotenen Nachdruck und unter Aufrechterhaltung der Massen getrieben hat. Als Beweis will ich Sie nur an die Worte von Müller in Görlitz erinnern, Stinnes sei noch nicht der Aller schlimmste (Lachen), er habe sogar hin und wieder eine vernünftige Arbeiterpolitik getrieben. In der Schrift von Kurt Geier, „Drei Volksverderber“, ist ausgesprochen, daß er einer der schlimmsten Volksverderber schon damals war.

Als der Ruhrkrieg ausbrach, wobei unerwähnt sei, ob er hätte verhütet werden können und müssen, wenn sich die Sozialdemokratische Partei mit Energie gegen die Stinnes-Politik eingesetzt hätte (Sehr gut!), haben wir einseitig gegen die Franzosen und nicht gegen die Schwerindustrie, gegen die Steuer- und Reparationsfabriken gekämpft. (Sehr gut! — Zuruf vom Parteivorstand.) Man hatte monatelang die Schandwirtschaft von Cuno gebuldet, man fürchtete eine neue Dolchstoßlegende. Dadurch sollten wir uns niemals beeinflussen lassen. Scheidemann und Ebert sind dieser Legende zum Opfer gefallen, obwohl sie wahrlich keine Schuld an dem Ausbruch der November-Revolution getragen haben. (Heiterkeit und Zurufe.) Die Politik der Unabhängigen Sozialdemokratie während des Krieges war auf eine andere geistige Vorbereitung der kommenden Dinge eingestellt als Ihre Politik. (Sehr gut!)

Außer zu den Kommunisten ging ein Teil der durch die Entwicklung Ruinierten sogar zu den Völkischen, weil die Sozialdemokratie den Grenzstrich zwischen sozialistischem Vaterlandsgefühl und Nationalismus nicht scharf genug gezogen hat. Während des Ruhrkampfes hat ein Teil der Parteipresse den Nationalismus sogar im Stile des Altdeutschtums vertreten. Ohne Kritik an den Reden der beiden Fraktionsredner im Reichstag zu üben, die rhetorisch glänzend waren, kann ich sagen, es fehlte in diesem Kampfe gegen die Rechte der scharfe sozialistische Angriffsgeist Leuten gegenüber, die vom Novemberverbrechen zeternten, die von Schuldflüge zu sprechen wagten. Ihnen gegenüber mußte die Anklage der Juli- und Augustverbrechen, der Ansetzung zum Weltkrieg erhoben werden, was nicht scharf genug erfolgt ist.

Führen wir erst einen umfassenden Klassenkampf, dann wird die Sozialdemokratie auch diese Niederlage siegreich überstehen.

Scheidemann-Cassel (mit Händeklatschen empfangen): Ich bin Ströbel dankbar, daß er endlich „festgestellt“ hat, daß Ebert und ich an der November-Revolution unschuldig sind. (Heiterkeit.) Ich fürchte, die Gegner werden es trotzdem nicht glauben, wenn ich mich auf ihn berufe.

Es ist viel von Unzufriedenheit und Selbstzufriedenheit geredet worden. Das bringt mich in Verlegenheit. Ich verstehe es, wenn man von einer unerfreulichen Stimmung in der Partei spricht, aber Unzufriedenheit? — das verstehe ich nicht. Ich habe in meiner Praxis bisher einen zufriedenen Sozialdemokraten überhaupt noch nicht kennen gelernt. (Heiterkeit!) Vielleicht bin ich aber noch nicht lange genug in der Partei. (Sehr gut!) Wenn in der Partei eine unerfreuliche Stimmung herrscht, so deshalb, weil es vielfach an der nötigen Information gefehlt hat (Sehr richtig!), wenn wir im Reichstag wiederholt Politik machen mußten, die für die Draußenstehenden un durchsichtig war

und uns im Interesse des Landes und der Arbeiterschaft zu Entschlüssen verpflichtete, über die die Genossen draußen zunächst den Kopf schüttelten. Wo die Parteipresse ihre Pflicht und Schuldigkeit getan hat, ist die unerfreuliche Stimmung durch die Aufklärung der Parteigenossen bald zerstört worden. (Sehr richtig!) Wo aber die Parteiblätter nur Organe von Redakteuren sind, die sich einbilden, alle politische Weisheit mit Löffeln gefressen zu haben und deshalb glauben, der Partei am besten zu dienen, wenn sie Mißtrauen wecken und Zwietracht säen, da ist die Stimmung in der Partei natürlich schlecht geworden. Die neurathenische Kraftmeierei, die wir merkwürdigerweise auch in Blättern finden, die von Gewerkschaftsmännern inspiriert werden, verstehe ich überhaupt nicht. So zu tun, als ob wir die ganze Welt aus den Angeln heben könnten — in Zeitläuften, wo die Gewerkschaftsbeamten staatliche Erwerbslosenunterstützung beziehen mußten, ist ein Verbrechen an der Gewerkschaftsbewegung und dient nicht der Festigung der Partei. (Sehr richtig! und Zusage.)

Mit Abscheu habe ich die Anträge vernommen, die sich mit der Person Eberts beschäftigen. Habt Ihr, die Ihr Euch dafür interessiert, Ebert zu rüffeln oder gar aus der Partei auszuschließen, denn gar kein bißchen Schamgefühl! (Anhaltender Beifall und Händeklatschen.) Dieser Mann hat Jahrzehnte lang, länger als mancher seiner Gegner überhaupt an Lebensjahren zählt, im Dienst der Partei gestanden. Gewiß hat er Fehler gemacht. Wer wäre mit allem einverstanden, was er auf Grund der Verfassung mit seinem guten Namen hat decken müssen (Sehr richtig!), was ihm wahrscheinlich genau so gegen den Strich gegangen ist wie uns auch! Ich bitte dringend: blamiert uns nicht vor der ganzen Welt und schweigt.

Ich erinnere mich an Parteitage vor 20 und mehr Jahren, auf denen debattiert wurde, ob wir nicht ruppiger werden sollten. So ruppig wie die, die weiter links von uns stehen, könnten wir nicht werden. (Sehr richtig!) Diejenigen, die sich einbilden, daß man mit dem Blasen von Kindertrompeten und dem Pfeifen auf zwei Fingern auf die Dauer Eindruck auf die Arbeiterschaft machen könne, irren sich. Eine Partei mit Millionen Anhängern kann eine solche Politik nicht treiben, sondern muß praktische Arbeit liefern, sonst laufen ihr die Massen davon. Das werden die Kommunisten erleben. Die Kommunisten berufen sich, wenn sie ihre Parteimitglieder nennen, auf Kadel und Rosa Luxemburg. Sich auf beide zu berufen, ist Unsinn. So alte proletarische Klassenkämpfer wie der Privatdozent Dr. Rosenberg und der Studienrat Dr. Schwarz werden das wissen. Die andern sind offenbar noch zu jung, so daß sie keine Ahnung haben, daß Rosa Luxemburg 1911/12 nicht ruhte, bis Kadel, der aus der russisch-polnischen Partei hinausgeworfen war, auch aus der deutschen Partei entfernt wurde. Aber auch auf Rosa Luxemburg können sich die Kommunisten nicht mehr berufen, nachdem Genosse Levi, dem wir dafür dankbar sind, ihren Nachlaß herausgegeben und nachgewiesen hat, daß sie den Unfug der bolschewistisch-kommunistischen Politik in Grund und Boden verurteilt und die Demokratie reiflos für die Arbeiterbewegung, auch die kommunistische verlangt. Wir, die wir für die Demokratie kämpfen, werden Tag für Tag deshalb beschimpft. Irgendeine Konkurrenz mit den Kommunisten aufzunehmen, wäre sinnlos. Lassen wir sie schimpfen.

Die Kernfrage ist die: wie steht die Sozialdemokratie zu dem neuen Staat? (Sehr gut!) Auch die Genossin Sender, die ich schätze, spricht von den vielen Mängeln der Republik. Sollen wir trotzdem uns zu der Republik, die in der Hauptsache unsere Schöpfung ist, nicht ganz anders stellen, als zu dem alten Kaiserreich, für das Millionen von Arbeitern in den Krieg gegangen sind!

Diese Frage hängt mit der Frage der Beteiligung an einer Koalitionsregierung eng zusammen. Ich halte niemand im Saal für so dumm, daß er sich unter allen Umständen an einer Regierung beteiligen möchte. Die Republik muß in erster Linie von den Massen — vielleicht auf der Straße — verteidigt werden. — Keiner weiß das. Solange wir die Möglichkeit haben, eine Schanze festzuhalten, die uns vielleicht vor diesem schwersten Kampf bewahren kann, so dürfen wir sie nicht preisgeben. (Sehr richtig!) Ich bin nicht unter allen Umständen für eine Beteiligung an Koalitionsregierungen. Ich verlange unter allen Umständen, daß ein Mindestprogramm vereinbart wird, zu dem sich die andern mit uns verständigen müssen. Ist die Möglichkeit vorhanden, daß wir uns über wichtigste Punkte verständigen können, so müssen wir in Wahrung unserer proletarischen und demokratischen Interessen für die Republik an der Regierung teilnehmen. (Sehr richtig!) Es ist doch für eine große Partei blamabel, wenn bei einer Regierungsbildung die Demokraten, die Deutsche Volkspartei, das Zentrum über eine neue Regierung zuhandeln und so tun, als ob eine Sozialdemokratie im Reich gar nicht vorhanden wäre. (Sehr richtig!) Das verstehen die Genossen draußen auch nicht und finden es vielfach unerhört. Dafür habe ich vollkommenes Verständnis. Aus Fehlern in der Vergangenheit müssen wir lernen. Es ist falsch, zu sagen, wir müßten die gleiche Politik treiben, ob wir in der Regierung sind oder nicht. Würden wir uns zu einer solchen Taktik bekennen, dann bräuchten die andern auf uns keine Rücksicht zu nehmen, weil sie sich sagen können, selbst bei einer Minderheitsregierung wären wir ja der Sozialdemokratie auf alle Fälle sicher, sie sind bereits gebunden. (Sehr gut!) Wenn wir für das Sachverständigengutachten als Grundlage für Gesetze sind, die getroffen werden müssen, um mit der Entente in ein gutes Verhältnis zu kommen, so ist das richtig. Zweifellos sind wir aber bis zu einem gewissen Grade gebunden. Die Deutschnationalen haben sich in der Wahlbewegung gegen das Sachverständigengutachten ausgesprochen, sind bei dem Kuhhandel um die Regierung vollkommen umgefallen und spielen jetzt, nach dem Scheitern des Regierungskuhhandels, wieder die Rabiaten. Wir müssen aber unter allen Umständen dafür sorgen, daß, wenn nachher die Gesetze gemacht werden, die proletarischen Interessen in der wirksamsten Weise vertreten werden. Wenn es infolge unseres Vorgehens zu einer Auflösung des Reichstages kommen sollte — wenn wir sie provozieren könnten, sollten wir das tun. Viele sind bereits zur Vernunft gekommen. (Sehr gut!) Das Riesenheer der Beamten sagt jetzt schon: Je weniger Sozi, um so weniger Gehalt. (Sehr gut!) Wir haben sehr viel Agitatoren, aber auch noch viel mangelndes Verständnis für die praktischen Aufgaben der Tag für Tag an uns herantretenden Politik. Die französischen Parteigenossen haben wahrhaft praktische Politik in ihrem Zusammengehen mit den Radikalen getrieben. Wenn wir das in Deutschland tun würden, wie würden unsere Radikalinsti, die in Wirklichkeit konservativ bis auf die Knochen sind, gelärmt haben! Denken Sie an das Stichwahl-Abkommen 1912, — wie ist uns dafür gedankt worden!

Bitte: Keine Bindung durch Resolutionen, aber eine Verpflichtung, — unbeschadet unserer sonstigen Pflichten für die Interessen des Proletariats bis zum letzten zu kämpfen —, die wichtigste Pflicht, auf die wir alle Kraft konzentrieren müssen, ist die: die Republik zu retten, koste es was es wolle, für sie zu kämpfen mit Leib und Seele. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Elfte-Berlin: In der gesamten Partei herrscht die einmütige Auffassung, daß wir die diktatorischen Bestrebungen der kommunistischen Zentrale ablehnen. In letzter Zeit ist aber oftmals der Parteivorstand von dem Weg der Demo-

fratle abgewichen und hat sich diktatorischen Maßnahmen zugewandt. Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist anzunehmen, daß der Ausgang der Wahl in Berlin mit der Kandidatenaufstellung in Berlin zusammenhängt. (Sehr richtig!) Wir hatten damals nicht die Absicht, wenn wir auf dem Bezirksparteitag Groß-Berlin eine Mehrheit haben sollten, diese rücksichtslos auszunutzen. Am 23. Februar wurden wir vom Parteivorstand zu einer Sitzung berufen, in der man sich über die Aufstellung der Kandidaten und die Wahrung der Parität klar werden sollte. Wir haben dort erfahren, daß der Parteivorstand schon zwei Tage vorher mit der anderen Seite verhandelt hatte. Er schlug uns vor, Parität zu üben, weil uns sonst die Rechte, die 42 Mandate mehr hätte, rücksichtslos an die Wand rücken würde. (Hört, hört!) Auf der Bezirksvorstandssitzung wurde mit geringer Mehrheit der Vorschlag angenommen, eine Enbloc-Wahl zum Reichstag auf dem Bezirksparteitag vorzunehmen. Dieser Antrag ist dann aber mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden, weil die Delegierten selbst über die Aufstellung der Kandidaten entscheiden wollten. Die Abstimmungen über die einzelnen Kandidaten und die Entgegennahme des Ergebnisses ist in voller Ruhe vor sich gegangen. Erst bei einer persönlichen Bemerkung der Genossin Bohmschuch und einem Zwischenruf: wir treiben es zum Bruch, kam es zu den Zuständen, die Ihnen durch die Presse bekannt geworden sind. Am nächsten Tage wurde im „Vorwärts“ der Bezirkstag als ein Tag des Unheils in der Berliner Arbeiterbewegung bezeichnet und die Linke als unversöhnlich hingestellt.

War die Linke versöhnlich? Ich kann mich hier auf einen Artikel des Genossen Dittmann berufen, der die Vorgänge geschildert. Ich bitte Sie jetzt um Ihre besondere Aufmerksamkeit. Genosse Dittmann schreibt: Die Linke verfügte über gut 40 Stimmen Mehrheit. Bevor es zur Abstimmung über die zweite Stelle der beiden Listen kam, mahnte ich die Linke, ihre Mehrheit nicht zu mißbrauchen und für die zweite Stelle die Vorschläge der Minderheit zu berücksichtigen. Die Abstimmung über die zweiten Stellen der Listen zeigte, daß diese Mahnungen ihre Wirkung nicht verfehlt hatten. Genosse Dittmann rechnet dann aus, daß die Kandidaten für die zweite Stelle, z. B. Heimann 45 Stimmen, Bohmschuch 64 Stimmen von der Linken erhalten haben. Ich habe deshalb, schreibt Genosse Dittmann, sofort der Auffassung widersprochen, daß beim dritten gemeinsamen Wahlgang die Linke Vergewaltigungsabsichten gehabt habe. Trotzdem wurde diese Wahl fassiert. Dittmann hat am 4. März in einer Bezirksvorstandssitzung ausgeführt, gegen die formelle Rechtllichkeit der Wahl lasse sich kein Einspruch erheben, (Hört, hört!) anders liege es aber auf sachlichem Gebiet. Wir haben dann einen neuen Bezirksparteitag gehabt, der die Wahl en bloc schiedte. Wir haben dann dieselbe Situation gehabt wie auf dem Parteitag am 2. März. Zugunsten der Rechten ist eingegriffen worden, zugunsten der Linken nicht. Der Antrag des Bezirksparteitags, den Bezirksparteitag zu vertagen, wurde im Berliner Bezirksvorstand niedergestimmt, und so kam zustande, daß das, was für die Rechte recht war, für die Linke nicht billig sein durfte. Mit erstaunlichem Eifer hat sich der Parteivorstand für die paritätische Liste ins Zeug gelegt. Wir von Berlin haben diesen Eifer des Parteivorstandes in verschiedenen Bezirken Deutschlands, wo es die Linke abzuhalfen galt, vermisst. Wir verwahren uns entschieden gegen die vom Parteivorstand angewandte Gewaltmaßnahme, die ein Hohn auf die vielgepriesene Demokratie ist. Die Bezirksparteitage haben allein das Recht der Entscheidung, sofern gegen die Wahl formell kein Einspruch zu erheben ist. Infolge dieser Vorgänge haben die Berliner Parteigenossen im ersten Quartal dieses Jahres einen Mitgliederchwund von etwa 20 Prozent zu verzeichnen. (Hört, hört!) Es muß unsere heiligste Aufgabe sein, die verlorenen Mitglieder wieder heranzuholen. Dazu gehört, daß der Parteivorstand die Rechte der Parteimitgliedschaft respektiert. (Beifall.)

Kemmel-Karlsruhe: Namens meiner Freunde aus Baden habe ich einiges zu erklären. Auch bei uns in Baden, dort insbesondere, wo die Industrie zu Hause ist, war man nicht immer mit der Politik der Reichstagsfraktion zufrieden. Das liegt an der ungenügenden Aufklärung über die inneren Vorgänge, die für die Handlungen der Fraktion maßgebend waren. Allerdings haben die politischen Situationen so schnell gewechselt, daß es nicht immer möglich war, rechtzeitig Informationen ins Land hinauszubringen.

Im Antrag 194 Breslau ist gefordert, in Koalition nur zu gehen, wenn der Bezirksvorstand des Landes ein zustimmendes Gutachten abgibt. Ueberall da, wo die Parteiführung gut ist, wird es so gehalten werden. Wenn aber einmal Differenzen zwischen Bezirksvorstand, Parteileitung und Landtagsfraktion über die Frage der Taktik ausbrechen, dann muß die Landtagsfraktion als zuständige Instanz entscheiden. Die Frage, ob das, was man tut, richtig oder falsch ist, wird vom Erfolg oder Mißerfolg entschieden.

Auffallender Mangel in der Erkenntnis unserer Einstellung zum Staatsganzen zeigt der Antrag 229 Bremen, der sogar die Gründung der Reichswehr und Sipo verurteilt. Die Tätigkeit der Reichswehr haben wir manchmal zu kritisieren gehabt. Daß aber ein Staat ohne eine militärische Organisation nicht bestehen kann, haben alle erfahren, die in schwerer Zeit die Verantwortung tragen mußten. (Sehr richtig!) Wenn in der Zeit, ehe die Rätewirtschaft in München zutage trat, es möglich gewesen wäre, in Bayern die Staatsform mit starkem polizeilichen Schutz zu verteidigen, wäre heute in Bayern die Reaktion wahrscheinlich nicht in dem Ausmaße da. (Sehr richtig!)

Warum gingen wir 1918/19 in die Koalition? Wir sollten doch endlich aus der Geschichte lernen. Lesen Sie nach, was in der „Gesellschaft“ von Bauer-Wien über gewisse Vorgänge in England und Frankreich gesagt ist. Als in Deutschland 1918 das System zusammenbrach, war das Bürgertum zu schwach, um führen zu können, die Arbeiterklasse zu uneinig, um die Macht fest in der Hand zu halten. Wenn man sich an die Auseinandersetzung Ende 1918 und Anfang 1919 erinnert, an den Kampf des Spartakismus gegen die bestehende Staatsform oder gegen den Willen, in Deutschland die Republik zu etablieren, dann haben wir den Kernpunkt der Schwäche des Proletariats in Deutschland. Erst einen Kampf um die Frage, ob Republik oder Diktatur, und jetzt um die Frage, ob Republik oder Monarchie. Mit der Schaffung der Reichsverfassung hätte dieser Kampf aufhören müssen. Unsere ehemaligen Genossen, die heute in der kommunistischen Partei sind und diesen wüsten Kampf gegen die Sozialdemokratie führen, hätten wissen müssen, daß der Bruderzwist der Arbeiterklasse den Faschismus erzeugt und den Monarchisten neuen Anhang zuführt und daß die Staatsform, die dem Staat ein soziales Gepräge geben kann, gefährdet wird. Wenn man in Koalition geht, muß man Verantwortung übernehmen. Gleich so richtig ist die Tatsache, daß über die Frage, ob wir in eine Regierung hineingehen oder nicht, nicht unser Wille entscheidet, sondern die politische Situation. Dieselben Genossen, die gegen die Politik der Koalition Stellung nehmen, halten es für selbstverständlich, daß in Sachten eine Koalition mit den Kommunisten gemacht wird. Ich gehöre zu den Leuten, die für die Vorgänge in Sachten Verständnis haben, weil ich mir vorstellen kann, daß, wenn die Sozialdemokratische Partei sich nicht in der absoluten Mehrheit befindet, unter Umständen eine Unterstützung oder Duldung von links her anzustreben nötig sein kann. In jenem Zeitpunkt, wo in Sachten eine Koalition gemacht wurde, war in Deutschland längst klar, daß der Eintritt in die sächsische Regierung seitens der Kommunisten eine Etappe sein sollte in dem Kampf gegen die bestehende Staatsform. (Zuruf.) Die Nachweise sind später gekommen, sie

führen aber den Beweis für die Zeit, in welcher die Kommunisten in die Regierung eingetreten sind. Wer den Kampf der Kommunisten in Rechnung stellte, dem mußte klar sein, daß er für die Kommunisten nur Mittel zum Zweck war. Es steht fest, daß eine Koalition mit einer Partei, die in bezug auf die Staatsform auf einem andern Boden steht, eine Gefahr heraufbeschwört und zu Zusammenstößen führen muß. Wir werden noch jahrelang mit den schwersten Enttäuschungen zu rechnen haben, bis diese bürgerliche Republik zu einem sozialen Volksstaat ausgebaut sein wird. In diesem Kampf hilft uns nicht absolute Negation, sondern Aufklärung darüber, was staatspolitisch notwendig und für die Arbeiterklasse tragbar ist. (Bravo!)

Markwald-Frankfurt a. M.: Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob wir einen glänzenden Sieg der Sozialdemokratie in der jetzigen Situation erwarteten. Unsere Absicht ist seit Jahren, solche Situation zu schaffen. Eine Kritik hat nur Zweck, wenn sie darauf ausgeht, die Zukunft zu gestalten. Das Schamgefühl sollte einem Sozialdemokraten nur eins verbieten: Schritte zu unterlassen, von denen er überzeugt ist, daß sie dem Proletariat nützlich sind, und Schritte zu tun, die dem Proletariat schaden. Niemand hat dem Genossen Ebert einen Vorwurf aus Schritten gemacht, zu denen ihn die Verfassung zwang. Der „Vorwärts“ schrieb seinerzeit: „Es scheint die Absicht bestanden zu haben, auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung die thüringische Regierung nach sächsischem Muster abzusetzen. Wir halten diese Art der Anwendung des Artikels 48 für vollkommen unvereinbar mit dem Wortlaut und dem Geist der Verfassung.“ Die Konsequenz ergibt sich von selbst. Man sollte den Mut haben, das auszusprechen, was 90 Prozent der Arbeiterschaft denken. Die unternommenen Schritte waren nach dem Wortlaut der Verfassung ungesetzlich, da die sächsische Regierung kein Mißtrauensvotum vom Landtag bekam.

Genosse Hermann Müller hat mit Recht gesagt, das parlamentarische System sollte zur Anerkennung von Realitäten in der Agitation erziehen. Das haben wir leider vermisst. Wir haben gewünscht, daß die Presse, von der gerühmt worden ist, daß sie beruhigend auf die Arbeiterschaft einwirkt, so daß sich das „glänzende“ Wahleresultat in Berlin ergab, mit derartigen Realitäten operiert hätte. Ich erinnere an drei Fälle. 1. Der „Vorwärts“ und der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ nannten das Steuertompromiß von 1922 ein sichtbares Opfer der Besitzenden — die Zwangsanleihe von einer Milliarde Goldmark! Als ich gegen diese Auffassung schrieb, gab mir Müller in einer Redaktionssitzung den Rat, auf meine Stellung zu verzichten, wenn ich die Politik der Partei nicht mehr vertreten könne. Jetzt steht im Reichstagshandbuch, das der Parteivorstand herausgab, ungefähr daselbe wie damals in der „Volksstimme“. 2. Als das erste Kabinett der großen Koalition gebildet wurde, schrieben alle von dem „Sozialdemokratischen Parlamentsdienst“ beeinflussten Blätter, dieses Kabinett sei das Kabinett zur Erfassung der Sachwerte. Die wenigen Blätter der sogenannten Opposition behaupteten das Gegenteil. 3. Als der militärische Ausnahmezustand proklamiert wurde, teilten diese vom „Sozialdemokratischen Parlamentsdienst“ beeinflussten Blätter mit, der Ausnahmezustand richte sich gegen Bayern, er sei die einzige juristische und tatsächliche Möglichkeit, den militärischen Belagerungszustand zu beseitigen. Severing hat in der „Blode“ geschrieben, daß er mit dem Belagerungszustand einverstanden gewesen sei, denn nun würden in Bayern verfassungsmäßige Zustände hergestellt werden. (Hört, hört!) Wir wußten aber vom ersten Tage an, daß der Belagerungszustand sich nur gegen die Arbeiter richten würde. Was soll aber jetzt werden? Mit parlamentarischen Machtmitteln kann die Sozialdemokratie nichts ausrichten, mit den Deutschnationalen kann keine Regierung zustande kommen, die Volks-

partei hat erklärt, daß sie nach wie vor das große Ziel verfolgt, den Bloß zu gründen, den ich als den Kapitalistenbloß bezeichnet habe. Unsere Resolution sagt im Grunde genommen lediglich daselbe, was der Parteivorstand in Görlich beantragt hat. Weil wir wußten, daß damit nicht ernst gemacht werden würde, haben wir damals gegen diese Resolution gestimmt.

Die „Frankfurter Zeitung“, ein bürgerliches Blatt, schrieb nach den Wahlen in Mecklenburg: „Nicht weil die Sozialdemokratie mit den Kommunisten paktiert hat, sondern weil sie in der Reichspolitik zuviel mit den anderen Parteien paktiert und sich nicht durchzusetzen verstanden hat, weil sie den Arbeitern an Führung nichts zu bieten wußte, deswegen sind die Anhänger davongelaufen.“ Nicht nur die Kommunisten, sondern auch die Deutschnationalen und die Deutschvölkischen haben in den Wahlversammlungen mit dem sozialdemokratischen Programm agitiert und es so hingestellt, als könnten unsere Forderungen vielfach von ihnen befolgt werden. Daß die Arbeiterschaft in den breitesten Kreisen des Volkes auf diesen Schwindel hereinfiel, war ein großer Fehler.

Genosse Müller hat gemeint, es sei nicht immer klug, die Aufhebung des Belagerungszustandes zu beantragen, weil dann, wenn dieser Antrag abgelehnt wird, es nicht nützlich sei, daß die Urheber des Belagerungszustandes merken, daß der Reichstag ihn nicht aufheben will. Am 8. Oktober lehnten die Sozialdemokraten die Anträge auf Aufhebung des Belagerungszustandes ab, obwohl damals noch die Deutschnationalen dafür waren und wir die Mehrheit dafür gehabt hätten. (Laebe-Berlin: Das ist ein Irrtum!)

Genosse Müller hat noch gemeint, die unpolitischen Militärs hausten wie die Stiere im Porzellanladen. Das Unglück ist, daß sie nicht unpolitisch sind. Den Militär möchte ich sehen, der im Porzellanladen der Deutschvölkischen haust. Es sind eben politische Militärs, und es darf deshalb für uns kein Pattieren mit dem jetzigen undemokratischen Staat geben, solange die Republikaner bewaffnet und nur die Monarchisten bewaffnet sind. Sie selbst haben die Reichsmehr als Rückenstütze der Reaktion bezeichnet, und Sie haben, als der Belagerungszustand verhängt wurde, dieser Rückenstütze das Heft in die Hand gegeben. In wenigen Wochen werden die Deutschnationalen in der Reichsregierung oder der preussischen Regierung sein. Wenn mit dieser Politik Schluß gemacht wird, wird der Zeitpunkt eintreten, an dem, weil Verdienst und Glück sich verteilten, die Sozialdemokratie den ersehnten glänzenden Sieg davontragen wird. (Beifall.)

Der Vorsitzende **Dittmann** schlägt hierauf vor, die Verhandlungen auf Freitag, den 13. Juni, Vormittags 9 Uhr, zu vertagen. — Der Parteitag stimmt zu.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr.)

Dritte Sitzung.

Freitag, den 13. Juni 1924, vormittags 9 Uhr.

Vorsitzender: **Dittmann**.

Schriftführer: **Bechtel-Weiburg, Dreger-Lübke** und Frau **Grete Jabe-Hamburg**.

In der Fortsetzung der Debatte erhält zunächst das Wort als Vertreter des Saargebiets Dr. **Sender-Saarbrücken**:

Meine sehr verehrten Parteigenossinnen und Parteigenossen! Als Vertreter des Saargebiets gestatten Sie mir, Ihre Aufmerksamkeit auf die besonderen Verhältnisse im Saargebiet hinzuweisen.

Unser Schicksal ist bis zur Abstimmung im Jahre 1935 durch den Versailler Vertrag bestimmt. In Versailles ist das Annexionsmenü aufgestellt worden. In diesem Menü war auch das Saargebiet enthalten. Wir sind aber nicht verspeist worden, jedenfalls nicht vollständig. Es muß festgehalten werden, daß wir nicht territorial von Deutschland abgeprengt sind, sondern nur verwaltungsmäßig insofern, als wir der sogenannten Treuhänderschaft des Völkerbundes unterstellt sind und diese Treuhänderschaft durch eine sogenannte internationale Regierungskommission dargestellt wird. Mit Rücksicht auf die mir zur Verfügung stehende Zeit kann ich leider über die unterirdische Art der Zusammenfassung der Regierungskommission nichts sagen. Es darf aber kein Zweifel darüber bestehen — und das haben die letzten Wahlen zum Landesrat für das Saargebiet gezeigt —, daß 99% Proz. der Saarbevölkerung deutsch sind und auch deutsch bleiben wollen. (Bravo!) Obwohl Frankreich gelegentlich der Versailler Verhandlungen die beabsichtigt gewesene Annexion des Saargebiets nicht erreicht hat, besteht bis zur heutigen Stunde das Bestreben Frankreichs — wie weit ein neues Regime dies ändern wird, können wir heute noch nicht beurteilen —, die Treuhänderschaft des Völkerbundes in untreuer Weise ausüben zu lassen, und zwar in so untreuer Art, daß wir auch weiter fest entschlossen sind, uns mit unseren, wenn auch schwachen Kräften, gegen die verstockten Annexionsbestrebungen zu stemmen.

Es gibt eine ganze Reihe von Mitteln der Annexion, die Frankreich durch die in ihrer Mehrheit französisierte Regierungskommission betreibt. In der Regierungskommission ist der französische Einfluß überwiegend; Frankreich hat gewissermaßen die Mehrheit in dieser internationalen Regierungskommission. Seinen Einfluß wußte Frankreich sogar auf das Mitglied der Kommission auszuweiten, das ein geborener Saarländer sein sollte. Ich erinnere nur an den bekannten verräterischen Minister Dr. Heffter, der gestürzt wurde. Sie wissen, daß Frankreich Eigentümer der Gruben ist. Dieser Staat ist einer der mächtigsten Arbeitgeber der Welt, dem 70 000 Bergarbeiter an der Saar gegenüberstehen. Die Bergwerke, die französischen Eigentum sind, haben auf Grund des Versailler Vertrages die Berechtigung, französische Schulen für ihr Bergwerkspersonal zu errichten. In Wirklichkeit müssen wir aber von einer Verdrängung der deutschen Schule über das erträgliche und nach dem Versailler Vertrag zulässige Maß hinaus sprechen. Die Schule ist ein bedeutungsvolles Annexionsmittel geworden. Es ist festzustellen, daß ein sehr willfähriger Wegebereiter der Französisierung der deutschen Schule ein deutscher katholischer Geistlicher, Professor Rottion, ist. (Hört, hört!) Das muß von dieser Stelle aus dem Zentrum gesagt werden, damit es nach dem Rechten sehe. —

Die Frage des französischen Militärs ist von uns dazwischen Male, besonders in Genf beim Völkerbund, behandelt worden. Wir im Saargebiet haben nach dem Versailler Vertrag keinen Anspruch auf französisches Militär. Frankreich weiß das so gut wie wir und kennt so gut wie wir Sinn und Zweck des Aufenthalts des Militärs. Wir sind kein Okkupationsgebiet, sondern sogenanntes Völkerbundsgebiet, das dem französischen Militarismus entzogen sein sollte. —

Ein weiteres Mittel der Annexion ist der Absolutismus der Regierungskommission. Wir haben kein Parlament mit Beschlußrecht. Wir haben nur einen sogenannten Landesrat, der bei unerträglicher Beschneidung des passiven Wahlrechts mit dem kärglichen Recht der Begutachtung ausgestattet ist. Seine Abgeordneten haben keine Immunität. Wir stehen jederzeit mit einem Fuß im Gefängnis oder Zuchthaus. Wie die Immunität behandelt wird, zeigt der Fall eines Parteigenossen Schneider, der in den letzten Tagen recht empörende Schulstandale zur Sprache gebracht hat und dafür disziplinarisch zur Verantwortung gezogen werden sollte, jedenfalls aber schon jetzt Einbußen und Nachteile er-

litten hat. Der Landesrat hat kein Recht, sich seine Geschäftsordnung selbst zu geben. Er muß sich seine Tagesordnung von der Regierung, die er bekämpft, vorsetzen lassen. Er hat nicht das Recht der Interpellation und der Stellung von Initiativanträgen. Trotzdem hat es der Landesrat verstanden, sich die Redefreiheit zu erzwingen, teilweise auch gegen diejenigen, die ihnen als ernannte Präsidenten durch die Regierung vorgelegt wurden. Wir haben nämlich nicht das Recht, diese Präsidenten selbst zu wählen.

Der Höhepunkt der Torheit dieser annexionistischen Politik war eine sogenannte Notverordnung, die Zuchthaus, Gefängnis, Konfiskation des Vermögens, Verbannung usw. vorsah. Diese Notverordnung habe ich immer in dem Sinne begrüßt, als sie uns den Weg zum Völkerbunde freier machte. Auf einmal sah die Welt, daß im Saargebiet Dinge vor sich gehen, die nicht in Ordnung sind, und mit einemmal war das Saarproblem geschaffen, dank der ungewollten Hilfe der von uns bekämpften Regierung. —

Sie sehen aber auch schon jetzt, daß es im Saargebiet so aussieht, als ob es kein Verwaltungsobjekt der sogenannten Völkerbundsdemokratie wäre. Die Schuld daran trägt der dominierende Einfluß Frankreichs im Völkerbund und besonders in seinem Exekutivorgan, dem Völkerbundsrat. Von dem schwachen Deutschland konnten wir nicht immer eine ausreichende Hilfe erwarten. Wir erkannten deshalb die Notwendigkeit, allein zu der Stelle hinzugehen, die für uns in unseren Nöten die einzige ist und bis zur Abstimmung im Jahre 1935 bleibt, nämlich zum Völkerbund nach Genf. Nach und nach ist es uns geglückt, die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf das Saarproblem hinzulenken. Ich bin darüber erfreut, daß mir Gelegenheit gegeben worden ist, von dieser Stelle aus unseren Parteigenossen Branting und Unden aus Schweden unsern herzlichsten Dank für ihre Unterstützung in Genf auszusprechen. Ohne sie ständen wir wohl heute noch am Anfang. — (Bravo!) Ich verkenne auch nicht, daß wir ohne den Schutz der englischen Vertreter, insbesondere Lord Rymoors, der von MacDonald nach Genf gesandt worden war, niemals das in der Abwehr erreicht hätten, was wir tatsächlich erreicht haben. Unsere Arbeit ist fast nur Abwehr. Dieser Erfolg ist um so höher zu bewerten, als der Völkerbund und der Völkerbundsrat heute noch ein sehr zögerndes, schwächliches, ja ein verfallenes Wegebild darstellen (sehr wahr!), schon allein aus dem Grunde, weil neben anderen Staaten auch Deutschland fehlt. Es war für uns immer sehr schmerzlich zu sehen, daß wir uns an die Vertreter einer ganzen Reihe europäischer und außereuropäischer Staaten wenden mußten, während Deutschland fehlte. Ich sage das hier vor dem Parteitag, weil die Partei ihre Aufgabe auch darin erblicken muß, den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund vorzubereiten (sehr richtig!) und darauf zu halten, daß wir zum mindesten als Vertreter Deutschlands einen treuen weitersesten Republikaner im Völkerbund sehen, am besten einen Sozialdemokraten. Wir wissen ganz genau, daß unser Schicksal mit der Lösung des Reparationsproblems zusammenhängt. Aber trotz alledem müssen wir im Saargebiet und muß die gesamte Partei ihre Pflicht tun.

Zum Schluß darf ich Ihnen noch sagen, daß wir trotz der Spezialpolitik, die wir zu treiben gezwungen sind, nach wie vor mit heißem Interesse die Politik der Partei verfolgen. Denn wir spüren die Auswirkungen der Politik der Partei, ihre Erfolge und Mißerfolge als harte oder freundliche Wirklichkeit an unserem eigenen Leibe. Wir nehmen an allem warmen Anteil, da wir gedenken, nach noch 11 Jahren der Haft wieder nach Deutschland zurückzukehren, und zwar zu einer wohl ausgebauten Republik. 11 Jahre sind noch eine sehr lange Zeit; in dieser Zeit kann eine Reihe von Aufgaben von der Partei gelöst werden. Wir sind ein unlösbarer Teil der deutschen Sozialdemokratie. Zu ihr gehören wir wie das Kind zur Mutter. (Zustimmung.)

Deshalb gestatten Sie mir zum Schlusse noch folgendes auszusprechen, worauf wir im Saargebiet ungeheuren Wert legen. Sorgen Sie mit allen Kräften dafür, daß eine kräftige Hand endlich einmal an die Gurgel der Reaktion gelegt wird! Sorgen Sie für den beschleunigten Ausbau der Republik und verteidigen Sie den Achtundentag als eines der unantastbaren Heiligtümer des Proletariats. In diesem Sinne schließe ich mit den Worten, die der „Vorwärts“ in seinem Begrüßungsartikel an die Parteigenossen des Landes gerichtet hat: „Zurück zu den alten Quellen und vorwärts zu neuer Kraft.“ (Lebhafter Beifall.)

Sollmann-Köln: Parteigenossen und Parteigenossinnen! Unser Parteifreund Ströbel hat in seiner gestrigen Rede gesagt, ein Teil der Parteipresse habe während des Ruhrkampfes nahezu alldeswürdige Politik getrieben. Genosse Ströbel hätte bei seiner Gewissenhaftigkeit den schweren Vorwurf belegen sollen. Ich wäre bereit gewesen, ihn zu diesem Zwecke ein Blatt wie die „Rheinische Zeitung“ bündeweise zur Verfügung zu stellen, und ich bin überzeugt, er würde seinen Irrtum einsehen. In Wahrheit hat die gesamte deutsche Parteipresse ohne Ausnahme die völkischen Methoden des aktiven Widerstandes und die Häßpredigten gegen Frankreich bekämpft. Wir haben den Ruhrkampf geführt im Klasseninteresse des europäischen Proletariats, aber auch in dem Vaterlandsgefühl, das aus so vielen Reden unseres alten Bebel geklungen hat. Bebel sagte in seinem Fraktionsbericht 1890/93:

„An der Erhaltung der Unabhängigkeit Deutschlands sind die arbeitenden Klassen mindestens ebenso interessiert wie diejenigen, die sich als die berufenen Herrscher der Völker betrachten, und das arbeitende Volk ist nicht gewillt, seinen Nacken unter irgendeine Fremdherrschaft zu beugen. (Sehr richtig!) — Gälte es einmal, sich seiner Haut zu wehren, die arbeitenden Klassen Deutschlands würden ihren Mann stellen bis zum letzten Mann und selbst die Letzsten.“

Während des Chinakonflikts sagte Bebel im Reichstage:

„Was würde Deutschland tun, wenn ein auswärtiger Feind ihm auch nur einen Fuß breit Landes nähme? Die ganze Nation würde aufstehen wie ein Mann und das zurückweisen.“

Im Reichstage sagte Bebel am 17. März 1904:

„Wir werden jeden Versuch, von diesem Vaterlande ein Stück Boden wegzureißen, mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften bis zum letzten Atemzug zurückweisen.“ (Hört, hört!)

Dieser Bebel, der ein Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft war, wußte also, daß es gegenüber außenpolitischen Bedrohungen doch ein „sogenanntes Volksganzes“ gibt, wie die von Aufhäuser begründete Berliner Resolution häßlich sagt. Aber freilich, dem Genossen Ströbel sind auch die letzten Reichstagsreden Löbes und Breitsteins zu national gewesen. Wenn ich nicht fürchten müßte, unsern Freund Breitsteins mit meinem Lob zu kompromittieren (Heiterkeit), so würde ich sagen: lieber Breitsteins, diese letzte Rede war ganz ausgezeichnet; nur so fort, so sind Sie auf dem richtigen Wege. Wir brauchen uns jedenfalls nicht hinter den Bebel des Ausnahmegesetzes geistig zurückwerfen zu lassen.

Zum Ruhrkampf will ich daran erinnern — was vielfach vergessen ist —, daß unsere Politik von der gesamten Internationale gebilligt worden ist (Sehr richtig!), am stärksten von dem internationalen Kongreß in Hamburg Ende Mai v. J. Noch am 6. Oktober, während unserer Regierungszeit, hat das internationale sozialistische Bureau gemeinsam mit dem internationalen Gewerkschaftsbureau die Politik Frankreichs mit den schärfsten Worten verurteilt und die Rheinländer in ihrem Widerstande gegen Frankreichs Imperialismus bekräftigt. Es ist nicht so, daß wir uns des passiven Widerstandes zu schämen

brauchten. (Sehr richtig!) Ohne diesen Kampf regierte meiner Ueberzeugung nach heute noch in Frankreich der bloc national mit Poincaré und Millerand. (Lebhafte Zustimmung.) Gewiß war es auch unsere Meinung, daß der Kampf früher zu Ende gebracht werden mußte. Aber das war nur möglich durch den Sturz Cunos. Da bin ich freilich der Auffassung, daß die Partei viel zu lange gezögert hat, diesen Sturz zu vollziehen. (Zuruf: Sie haben das ja mitgemacht!) — Ich, keineswegs. Ich wußte aber, daß, wenn man Cuno stürzen sollte, an seine Stelle die große Koalition gesetzt werden mußte. (Hermann Müller: Das wollte die Mehrheit!) Ja, das wollte ich mit der Mehrheit. — Ich frage die Genossen, die gestern über die Koalitionspolitik lange theoretisiert haben, und ich frage die Redner, die nach mir kommen: wie wollten die Genossen der Opposition das Ruhrunternehmen beenden, wie wollten sie zu Verhandlungen mit Frankreich kommen ohne die Regierung der großen Koalition? (Sehr richtig!) Ich bin ja auch zum Minister gedrückt worden. (Hermann Müller: Sehr richtig!) 24 Stunden habe ich mich dagegen gewehrt. Wir wußten genau, daß wir mit unserem Ministerdasein unser ganzes politisches Ansehen verlieren konnten. Was haben uns die Genossen der Opposition damals auf ihrer Sonderkonferenz in Weimar empfohlen? Sturz der Regierung Cuno und möglichstes Zusammengehen mit den Kommunisten. (Hört, hört!) Wer würde das heute noch zur Lösung der innen- und außenpolitischen Probleme empfehlen?

Gewiß mag Sie die Frage recht haben, daß die Koalitionspolitik in Sachsen die KPD. geschädigt hat. Aber ich glaube, von einem so engen Gesichtspunkte aus kann man die Reichspolitik in einer solchen Stunde nicht machen. Wenn die Politik in Sachsen die KPD. auch geschädigt hat — das leugne ich nach dem Wahlausfall nicht — so hat sie doch die gesamte republikanische Reichspolitik noch viel mehr geschädigt. Ich bin nicht verantwortlich für den Einmarsch der Reichswehr in Sachsen. Ich weiß auch, daß Ebert die gewaltsame Entfernung der sächsischen Regierung keineswegs gebilligt hat. Aber selbst ein Parteiblatt wie die „Leipziger Volkszeitung“ hat zugegeben, daß die Art des kommunistischen Vorgehens, auch der kommunistischen Minister in Sachsen, leider der Reaktion den willkommenen Anlaß zur Einsetzung der Reichsregulativ gegen Sachsen gegeben hat. (Sehr richtig!) Ohne die Koalition mit den Kommunisten hätten wir den Einmarsch in Sachsen, den von uns niemand wollte, verhindern können. Ich bin niemals ein Freund der Zeignerischen Politik gewesen. Trotzdem erkläre ich: an diesem unglücklichen Politiker ist ein Justizverbrechen begangen worden und wird zum Schaden Deutschlands ein neues vorbereitet. (Sehr richtig!) Die Art, wie man an Zeigner Rache nimmt, scheint mir unwürdig, erbärmlich, büßisch und feige zu sein; sie muß die Verachtung jedes anständigen Menschen herausfordern. (Lebhafte Zustimmung.)

Nun hat die Genossin Toni Sender nach Erfolg oder Mißerfolg der Koalitionspolitik gefragt. Hier sind Erfolge: Wir haben den passiven Widerstand knapp vor dem Chaos in Deutschland zu Ende gebracht. Wir haben zu Verhandlungen mit dem Verband gedrängt und sie erreicht. Wenn Sie heute die Politik des Sachverständigengutachtens billigen, so strömt sie aus der Außenpolitik, die wir im Herbst vorigen Jahres im Kabinett getrieben haben. (Sehr richtig!) Der Separatismus im Rheinlande ist erledigt worden. Wir haben gegenüber den Verfassungspolitikern im Kabinett erreicht, daß dem Rheinlande die finanzielle Hilfe nicht gesperrt wurde, und so die Rheinlande politisch fest bei Deutschland gehalten, die in jenen Monaten einige Male ganz dicht vor der Auflösung gestanden haben. Wir haben durch Hilferding die Rentenmark vorbereitet, die

Sanierung der Reichsfinanzen eingeleitet, den Rechtsputz, namentlich mit Hilfe Severings, verhindert, die Republik gerettet und die Reichseinheit gewahrt. (Sehr richtig!) Was wäre geschehen, wenn im Oktober 1923, als in Bayern und in ganz Norddeutschland die Reaktion bewaffnet aufmarschierte, ein deutschnationaler Minister des Innern in Preußen gewesen wäre! (Bravo!)

Es wird nach einer Klärung der Stellung zum republikanischen Staat gerufen. Warten Sie damit nicht zu lange, sonst ist dieser Staat nicht mehr vorhanden. (Sehr gut!) Während wir Theorie treiben, machen die anderen Politik. (Sehr richtig!) Wir müssen den Willen zur Eroberung der Staatsgewalt auf dem Wege der Demokratie haben. Nicht nur die Massen, sondern auch manche Führer wissen Errungenschaften erst oft zu schätzen, wenn sie zum Teufel gegangen sind. (Bravo! und Händeklatschen.) Das ist der Quell der Mißerfolge unserer Politik in den letzten Jahren nicht nur in der geeinten Partei, sondern auch vorher, daß viele nicht mit dem Herzen bei dieser Republik gewesen sind. Indem ich die Frage bejahe, daß dieser Staat bei aller Unvollkommenheit ein großer entscheidender Fortschritt gegenüber dem kaiserlichen Halbabsolutismus, dem Dreiklassenstaat Preußen, den Dreiklassenparlamenten in den Gemeinden ist, setze ich mich mit aller Kraft für diesen Staat ein, nicht als Endziel, sondern als Kampfbojen für die Befreiung der Arbeiterklasse.

Ich grüße die Jungsozialisten von dieser Stelle, weil sie nicht Kurpfotiker und Kurwischfänger sind, sondern für die Massen der Partei den Anschluß an die großen allgemeinen Geistesströmungen unserer Zeit suchen. Die Partei tragen. Die Jugend, die sich voll Abscheu von den bluttriefenden Hakenkreuzern und dem ebenso blutigen Sowjetstern abwendet, muß sich die Partei geistig erobern, muß praktisch in der Partei mitarbeiten. Die Sozialdemokratie ist keine überwundene Angelegenheit. Die Partei aber muß wie die Labour Party in England die große gemeinsame Aufnahmestelle für alle Menschen werden, die wirtschaftlich, politisch, kulturell, ethisch, ja auch religiös über die Barbarei des Kapitalismus hinaus zu klassenlosen Gemeinschaftsformen streben. Dann wird auch die Stunde der Sozialdemokratie wieder kommen, die uns nicht nur äußerlich mächtiger, sondern auch innerlich reifer, wissender, fähiger und einheitlicher finden wird. (Bravo! und Händeklatschen.)

Heinig-Berlin: Wenn man den Ausführungen der Wortführer der Opposition mit größter Aufmerksamkeit folgt, bleibt doch ein Rest von Unzufriedenheit, weil man das Gefühl nicht los wird, daß die Opposition eigentlich an der Peripherie all der Probleme geblieben ist, die uns berühren. (Sehr richtig!) Keiner hat, nachdem er die negative Seite seiner Stellung formuliert hat, ausgesprochen, was von morgen an richtungsgebend sein soll. (Sehr gut! — Zurufe und Unruhe.) In der Kritik dessen, was geschehen ist, sind auch viele Anhänger des Parteivorstandes oder rechten Flügels mit denen von links durchaus einer Meinung. Wenn man die Politik als die bewußte Herstellung des labilen Gleichgewichts der Kräfte ansieht, so habe ich den Eindruck, daß in den jüngst vergangenen Wochen die Partei bei ihrer Politik zur Frage der Kabinettsbildung nicht immer auf der Linie des stärksten Widerstandes, der in ihr liegen kann, gewesen ist. Es hat manchmal so ausgesehen, als hätten die bürgerlichen Parteien einen Blankoscheck von uns in der Tasche. Daß das nicht der Fall war, wissen die, die dafür verantwortlich sind; tatsächlich war aber diese Wirkung nach außen verschiedentlich vorhanden. Der Vorschlag des Volksentscheids, der kaum noch zur Debatte steht, hat bei vielen Genossen draußen das Bedenken entstehen lassen, daß er außenpolitisch nicht reiflos ausbalanciert war bevor dazu Stellung genommen wurde. So gibt es viele Dinge, über die man sich ernsthaft unterhalten kann. Aber entscheidend ist doch, daß der Parteivorstand

und seine Anhänger nicht durch Ideen und eine Politik getötet werden wollen, die vor 30 Jahren einmal richtig waren. (Lebhafte Zustimmung.) Die Entwicklung ist doch kein Kreislauf, es gibt kein Zurück. Wie Sollmann gesagt hat, gibt es nur eins, daß sie uns stürzen, die nach uns kommen, für die, was wir erkämpft haben, eine Selbstverständlichkeit ist und die darauf weiter aufbauen. In unserer positiven Stellung zum Staat haben wir positive Arbeit zu leisten, wir können nicht zum Jahre 1890 zurückkehren, das wäre ein Schlag in unser eignes Gesicht. Wir wollen von denen getrieben werden, von denen das Morgen kommt, und nicht von denjenigen, die aus dem Vorgehern nicht herauskommen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Dittmann muß ich sagen, daß sich in der Gewerkschaftsbewegung immer nur die Taktik bewährt hat, bei allem dabei sein zu wollen. (Sehr gut!) Wenn Aufhäuser gesagt hat, unser Wechseln aus und in die Koalition lasse auf eine gewisse Weichheit schließen, so muß ich ihm als Gewerkschaftler sagen, wenn uns der Unternehmer zehnmal die Treppe hinabwarf, das erstemal sind wir doch wiedergekommen. (Zurufe und Unruhe.) Das Wesen des Klassenkampfes ist doch, daß man den Gegner niemals allein läßt. Eine solche „positive“ Politik würden wir in Berlin mindestens zur Hälfte der Berliner Genossen unter keinen Umständen mitmachen. (Sehr gut!)

Der Genosse Litzte hatte Sie gestern mit Berliner Dingen beehligt und für den Mißerfolg der Berliner Wahlausfälle den Parteivorstand verantwortlich gemacht. Er hätte nicht so weit zu suchen brauchen. Er ist nämlich der zweite Vorsitzende in Berlin, und dieser Bezirksvorstand hat den Parteivorstand gebeten, in Berlin eingzugreifen. (Hört, hört! — Unruhe und Zurufe.)

Wenn die Genossen Toni Sender in ihrer Einstellung zur Republik als unsere Aufgabe bezeichnete, die Gegner zu zwingen, gute Republikaner zu werden — (Widerspruch) — das war wenigstens der Inhalt Ihrer Ausführungen nach meiner Ueberzeugung —, so werden diese bürgerlichen Republikaner doch nicht dadurch besser, daß wir uns um die Republik nicht kümmern. Es gibt in der Politik keine Vernunftsthe, die Republik wird nur in dem Ausmaß gut sein, wie wir sie lieben, wie wir für sie kämpfen. (Sehr gut!) Sie ist nicht unser Ziel und nicht unser reiflos durchgeformtes Ideal, aber ein Stück weiter aus dem Gestern zum Heute.

Die Kritik der Opposition ist also im wesentlichen eine negative Feststellung, was hier und da hätte besser gemacht werden können, aber nicht der Ausdruck dessen, was die Opposition morgen haben will. (Sehr richtig!) Wenn ich dem Parteivorstand einen Vorwurf mache, dann den, daß er heute noch nicht den vollen Einfluß hat, den wir auf Grund der Wahlen haben müßten, um in die Zukunft hinein positive Politik zu treiben. Das ist unsere Aufgabe, in der Kritik sind wir lange einig. (Bravo! und Händeklatschen.)

Vorsitzender **Dittmann:** Es liegt ein genügend unterstützter Antrag auf namentliche Abstimmung über den Antrag Dittmann und Genossen vor.

Dr. Kieß-Jena: Ich hatte die Ehre, auf dem Parteitag 1921 über die Regierungsbildung in Thüringen wie heute mit dem Genossen Müller zu diskutieren. Damals sah er die Regierungsbildung in Thüringen überaus pessimistisch an, weil schon damals die Kommunisten eine gewisse Rolle spielten und die USP. nach seiner Ansicht nicht regierungsfähig war. Trotzdem hat Thüringen unter rein sozialistischer Regierung wie Sachsen SPD. gemeinsam mit der USP. und sogar mit den Kommunisten bis Anfang 1923 eine Länderpolitik getrieben, die den Beweis erbracht hat, wie rein sozialistische Regierungen regieren und welche Möglichkeiten des Aufbaues sich in unserer Bewegung zeigen, wenn sie sich reiflos, nur eingefangen durch die Reichsverfassung, in den Ländern entfalten kann. Danach müssen wir feststellen, daß eine

Arbeiterpolitik in den Ländern nur sozialdemokratisch sein kann. Die Kommunisten haben, bevor sie eine „eigene Politik“ versuchten, bis zum Frühjahr 1923 unsere Politik mitgemacht. Hier ist also der Weg der linken Möglichkeiten restlos gegangen. Mit dem Sturz Lipinskis in Sachsen begannen die Versuche der Kommunisten eine „reine Arbeiterregierung“ zu bilden, die schließlich mit der Auflösung des Thüringer Landtags und der großen Koalition in Sachsen endete. Die selbständige Länderpolitik der Kommunisten führt also zum Zusammenbruch der Arbeiterpolitik! Uns aber trifft kein Vorwurf, wenn wir den Versuch mit der K.P. unternommen haben, sondern wir müssen seine Ergebnisse in der Agitation ausnützen.

Genosse Müller hat die thüringische Politik der Partei als Trümmerhaufen bezeichnet. Immerhin hat die Sozialdemokratie in Thüringen sehr viel geschaffen, was eine Periode der Reaktion nicht spurlos vertilgen kann. (Sehr gut!) Jedenfalls bleibt mehr übrig als von dem wenigen, was mit Zustimmung der bürgerlichen Koalition anderswo geschaffen worden ist. Aber gleichgültig, wie das ist: Die Müller und Scheidemann erklärt haben, gleichgültig wie die Dinge sonst gegangen sind, diese Republik ist unsere Republik, so sagen wir mit Stolz: Dieses Thüringer Land haben wir zusammen geschmiedet, das also, was die Bourgeoisie 1848 schwächlich unternommen und nie zustande gebracht hat. Das ist ein großes historisches Ereignis, was wir der Behauptung gegenüberstellen können, die sozialdemokratische Politik in Thüringen sei ein Trümmerhaufen. (Sehr richtig! und Zurufe.)

Mit Sollmann gebe ich zu, daß die Partei in den Monaten seiner Regierungszeit auch bei uns Rückschläge erlitten hat. Die von Sollmann, Frölich und Zeigner angekündigte Reichsregierung gegen Sachsen und Thüringen hat sich nicht gegen die Kommunisten, sondern gegen die Sozialdemokratie gerichtet. (Unruhe.) Wir denken an Freiberg, wo unsere Bewegung große Opfer gebracht hat. Wenn wir vorhin Sollmann hörten, können wir uns nicht wundern, wenn er Neuromantiker werden will und nicht mehr auf die klare Erkenntnis der Klassenverhältnisse und gesellschaftlichen Macht abstellt, sondern nebelhafte Vorstellungen von kultureller Entwicklung hegt. Einen solchen romantischen Aufbau lehnen wir nach solchen Erfahrungen ab. (Unruhe und Zurufe.) Wir wollen auch für die große Politik die klare Erkenntnis der gesellschaftlichen Kräfte, die wir koordinieren wollen, soweit sie auf unser Ziel losmarschieren. Das parlamentarische Vorgehen allein genügt nicht. Ich weise trotz der ewigen Debatte mit Müller wieder auf das österreichische Beispiel hin, wo zur Freude für jeden Reichsdeutschen die Fäden klug zu den Massen des Neu proletariats gesponnen wurden, wo die brennenden Tagesfragen, beispielsweise einmal die Lohnfrage der Bankangestellten zur Staatsfrage gemacht wurde.

Wir brauchen bewußten Massenkampf, ohne nach Opposition und ähnlichem zu fragen, wie sich Heinig das so leicht gemacht hat. (Zurufe und Unruhe.) Wir brauchen das Maximum an Kraftentfaltung, was wir in jenen kritischen Tagen vermocht haben, als man ein Maximum an Zurückhaltung gegenüber dem Kampf in Thüringen und Sachsen gezeigt hat. (Bravo! und Händeklatschen.)

Wir bedauern die sozialdemokratische Politik in Sachsen, sind aber stolz, daß wir die absolute Einheit der Partei über alle Klippen hinweg durchgeführt haben. (Bravo!) Das ist ein ungeheurer Gewinn, den auch der Parteivorstand Müller zugestehen wird. Mit Recht ist gesagt, am besten würde der Anschauungsunterricht dafür, was die Parteien leisten und was nicht. Diese Dinge müßten auch einmal nach links ausprobiert werden. Wir haben sie nach rechts bis zur letzten Bitterkeit durchgekostet, und dieser Tropfen rechts war bitterer als alles andere links. So konnten wir in Thüringen zeigen, wie weit

mir zu gehen vermögen. Wir brauchen aber nicht das befehlende Moment zu mißverstehen, das wir aus dem Kampf heraus gewonnen haben, den wir in Thüringen geführt haben, nicht aus der Beschaulichkeit!

Wenn Müller erklärt, daß die Göttinger Resolution nicht zum Ziel geführt hat, so darf ich darauf hinweisen, daß ich schon damals gegen die Göttinger Resolution gestimmt habe. Ich begrüße es aber, wenn Müller die seitdem eingeleitete Entwicklung kritisch betrachtet und zugesteht, daß der Versuch nicht zum Ziel geführt hat. Die Loyalität aber, die er sich selber gewährt, verlangen wir auch für einen Versuch nach links. Bei allem scharfen Kampf gegen die Kommunisten dürfen wir nicht Antikommunisten werden, sondern müssen Arbeiterpolitik aus der Erkenntnis der Gesamtsituation heraus treiben, und die beste Arbeiterpolitik ist das Ringen um die Seele der Arbeiter. (Sehr richtig!) Das wird dann die beste gegen die Kommunisten gerichtete Politik sein. So werden viele Debatten vermieden und wir werden das Maximum an Kraft zeigen, wenn wir uns auf den Ausgangspunkt der Bewegung besinnen, die sozialistische Erkenntnis der Lage der arbeitenden Klassen. Bravo! und Händeklatschen.)

Vorsitzender Dittmann: Es ist namentliche Abstimmung über den Antrag Müller und Genossen beantragt worden.

Schulz-Königsberg: Aus dem Bericht des Parteivorstandes ist ersichtlich, daß es in der Partei aufwärts geht. Die Wahlen am 4. Mai waren der Auftakt zu den kommenden Reichstagswahlen. Sie wären besser ausgefallen, wenn nicht schwere Fehler gemacht worden wären. Gewiß hat auch die Inflation an dem schlechten Stand der Organisation schuld, wir müssen bei Austrag der Gegenfähigkeiten, die durch die große Koalition und das Ermächtigungsgesetz geschaffen sind, aus den gemachten Fehlern lernen. In Sachsen sieht sich die Rechte und die Linke im Parlament nicht mehr an. So können die Dinge nicht weitergehen. Als im vorigen Jahre die große Koalition in Kraft trat, sind ganze Vorstände der Ortsvereine zurückgetreten, weil sie die Politik der Partei nicht mehr mitmachen zu können glaubten. Man muß die Partei doch als Ganzes betrachten und nicht bei jeder Gelegenheit davonlaufen. Es ist festgestellt, daß da, wo die schlimmste Opposition gemacht wurde, die Organisation am meisten zurückgegangen ist. (Lachen.) Frankfurt hat gegen das Jahr 1922 einen Rückgang von 6000 organisierten Mitgliedern gehabt, auch unser dortiges Parteiblatt hat an Abonnenten verloren. (Hört, hört!) Wo Sozialismus Neuland ist, und die Menschen erst zu Sozialisten erzogen werden sollen, werden sie durch Gegenfähigkeiten abgestoßen. Heute gehen die Genossen zu den Kommunisten, wenn sie die Politik der Partei nicht verstehen. In Berlin ist es ebenso wie in Frankfurt.

Ganze Führergarnituren abzusagen, ist früher nicht üblich gewesen. Die Berliner, die sich besonders radikal gebärden, haben jahrelang einen Wolsfgang Heine, der ganz rechts steht, als Abgeordneten gehabt. Viele Genossen verließen auch die heutige Staatsform. Früher stand die Sozialdemokratie einig gegen Staat und Wirtschaft. Wir haben uns stets als ehrliche Republikaner bekannt. Liegen die Dinge heute nicht auch so? Müssen wir unsere eigene Schöpfung, die Republik, nicht im Auge behalten, wenn wir das Wirtschaftsleben umändern wollen? Deswegen sind wir auch in die Koalition gegangen.

Auf eine Bemerkung des Genossen Scheidemann, daß wir nicht ruppiger werden können, weil der Bedarf an Ruppigkeit von den Kommunisten gedeckt wird, wurde gestern dazwischengerufen, wir sollten energischer werden. Ich möchte wissen, wie wir das machen sollen. In eine Koalition mit den Bürgerlichen zu gehen, ist radikaler, als draußen zu bleiben. (Sehr richtig!) Man muß

dem Gegner Vorteile abringen. Wenn man sich vom Feind löst und nur Agitation treibt, ohne daß die Arbeiterschaft Vorteil davon hat, ist das nicht radikal, sondern pflaumenweich. Deswegen werden wir auch weiter in eine Koalition mit Parteien gehen, die auf dem Boden der Republik stehen, zum Nutzen der Arbeiterbewegung.

Ich wundere mich, daß es noch Genossen gibt, die einem Zusammengehen mit den Kommunisten das Wort reden. Mit einer Partei, die erklärt, daß sie die Lüge als bewußtes Kampfmittel gebraucht, ist nichts anzufangen. Bei den Wahlen zum Reichstag, zu den Gemeindevertretungen haben die Kommunisten direkt gegen Sozialdemokraten gestimmt. So können die Dinge nicht weitergehen.

Ein großer Teil dessen, was wir in der Partei durchgemacht haben und was zum Schaden der Arbeiterschaft ausgefallen ist, beruht darauf, daß wir die alte Führerautorität nicht mehr besaßen. Was wir nach der Revolution durchgemacht haben, hat sich meistens nicht um die Sache gedreht, sondern man hat einfach die Führer bekämpft. Dagegen hat sich sogar der Genosse Dismann auf dem Verbandstag der Metallarbeiter in Kassel gewendet. Wenn er auch hier verlangt hätte, daß wir die Führer nicht kritisieren sollen und das, was der Parteivorstand zum Nutzen unserer Partei getan hat, dann wäre das richtig gewesen. (Heiterkeit.) Die Geschichte nimmt ihren Fortgang, aber seien wir einig, damit der Gang der Geschichte beschleunigt wird. (Beifall!)

Cöbe-Berlin: Ich bedaure, daß der Opposition nicht gestattet worden ist, ihre Gedankengänge in einem Korreferat mitzuteilen. (Sehr richtig!) Wir haben verhindert, daß sie die Linien aufzeigt, die nach ihrer Ansicht eine fruchtbarere und erfolgreichere Politik der Partei ermöglichen soll. (Sehr richtig!) Wir dürfen auch nicht das Odium der Schwäche und Unzulänglichkeit auf uns laden. Ich glaube, daß die Beschlußfassung aus einer gewissen Unzulänglichkeit erfolgt ist, die aus dem Gedanken herrührt, daß wir das schon hundertmal gehört haben, daß diese Kritik niemals etwas Positives, sondern nur Negatives gebracht hat und die Partei schwächt. Ich billige die Ansicht des Parteitagess in diesem Punkte nicht, wenn auch manches diese Abneigung verständlich macht. Auf einer Versammlung, die gestern im Friedrichshain stattfand, ist als einzige Schrift die Kampfschrift der Opposition zum Fall Luer verbreitet worden. Auf meiner Fahrt von Solingen nach Breslau im Wahlkampf wurde ich von einer Broschüre der Genossin Sender verfolgt, die die Tendenzen der Reichstagsfraktion gegenüber dem Belagerungszustand nicht richtig wiedergibt, sondern es so erscheinen läßt, als ob die Mehrheit ihre Haltung aus Liebe zum Belagerungszustand eingenommen habe. Solche Dinge erschweren eine sachliche Kritik. So leicht wie Markwald es seinen Gegnern macht, brauchte er es nicht zu tun. (Heiterkeit.) Er sollte nicht Wert darauf legen, der Schule Sozialdemokratischer Parteitage zu werden. (Sehr gut! — Heiterkeit.) Vor der Ritterlichkeit, mit der Scheidemann den Kampfgefährten verteidigt hat, ziehe ich den Hut, obgleich ich in der sachlichen Beurteilung dessen, was Markwald kritisiert haben wollte, anderer Meinung bin. Wir sollten soviel Objektivität besitzen und sagen: ich stimme die Minderheit nicht nieder, sondern will ihre Gründe hören und mich mit ihr auseinandersetzen. (Sehr richtig!)

Genosse Ströbel hat gestern an meiner Rede im Reichstag Kritik geübt und gesagt, wenn wir den Vorwurf des Novemberverbrechens entgegengescheubert hätten: Ihr seid die Juli- und Augustverbrecher, so wäre das wirklicher gewesen. Darüber läßt sich streiten. Ob er die Ungerechtigkeit der gegen uns erhobenen Vorwürfe dadurch wirksamer ins Licht setzt, scheint mir zweifelhaft zu sein. Ueber Ströbels hier gehaltene Rede kann ich ein günstigeres Urteil abgeben, als er es über meine getan hat. Wir müssen unsere

Handlungsweise immer nachprüfen, weil die Resultate unseres Müheß nicht diejenigen sind, daß die Genossen draußen einheitlich damit zufrieden wären. (Sehr gut!)

Der Streitpunkt, der hier aufgerollt wird, ist der der Koalition. Gegen das, was in der Resolution Müller gesagt worden ist, hat kein Redner der Opposition einen Satz vorbringen können; nur den Gedankengang, den Ihr damit verbindet, verwerfen wir. Was uns als Ersatz angeboten wird, ist sehr mager. In sechs Absätzen der Resolution Dismann wird die bisherige Politik von Partei und Fraktion verurteilt. Ein Absatz blickt in die Zukunft und ergeht sich in allgemeinen Redewendungen über Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, während doch jeder der Meinung ist, daß er diesen Klassenkampf führt.

Es handelt sich um den alten Gedanken: Versündigen wir uns am Klassenkampf, wenn wir mit Teilen der Bourgeoisie zeitweise zusammengehen? Das ist von den Älten im Zolltarikampf und in den Zeiten des Erbschaftsteuerkampfes geschehen. Der Unterschied zu heute ist der: Was damals Episode war, wird jetzt zur Periode. Deshalb das Mißtrauen und die Unzufriedenheit, von der wir oft hören. Nun frage ich: Ist der Weg, den wir heute beschreiten, unvermeidlich, oder können wir mit Dismann und anderen ein Recht kommandieren? Ich glaube, daß wir das nicht können. In allen europäischen Staaten, in denen die Sozialdemokratie bis dicht vor die Tore der Macht gelangte, ist das Koalitionsproblem ähnlich gelöst worden wie bei uns. Wir atmen jetzt förmlich auf, daß die französischen Sozialisten in einer Koalition mit Bürgerlichen der schlimmeren Reaktion ein Paroli bieten können. (Sehr gut!) Ob diese Koalition eine versteckte ist oder ein offenes Bündnis, ist eine Frage von geringerer Bedeutung. In England und Dänemark sehen wir Koalitionspolitik; nur müssen dort unsere Genossen die Koalitionsbrüder bei den Bürgerlichen suchen ähnlich in Schweden. So einfach, wie Genosse Dismann es hinstellt, ist die Frage also nicht zu lösen.

Wenn wir ein Kabinett Marx am Leben erhalten mußten, das doch durch die Wahl entfernt werden sollte, dann nur aus dem Gesichtspunkt, weil das Sachverständigengutachten in Deutschland zur Annahme gebracht werden muß, um unserer Interessen willen, um des Volkes willen. In unseren Kreisen wird jedoch unterschätzt, welche positive Kraft auch in der Opposition liegen kann. Erst eine kraftvolle Opposition kann zu einer kraftvollen Stellung in der Koalition führen. (Sehr gut!) Es wird fälschlich angenommen, daß wir uns aus der Politik ausschalten, wenn wir uns aus der Koalition ausschalten. (Sehr gut!) Wenn wir unser parlamentarisches Gewicht wieder mit der Kraft in Einklang gebracht haben, über die wir draußen verfügen — es war ja eins der Symptome unserer Schwäche, daß unsere Gegner wußten, daß hinter den 173 nicht mehr zwei Fünftel des Volkes stehen (sehr richtig!) — werden wir auch eine günstigere Position beziehen können, werden aber, wenn wir zu Bündnissen genötigt sind, vor aller Welt abgrenzen müssen, was wir innerhalb dieser Koalition nur erreichen können. Die Enttäuschung unserer Genossen draußen ist erklärlich, weil immer zuviel von unserer Beteiligung an der Regierung erwartet wird. Die englische Arbeiterpartei handelt nüchterner. Sie tritt zwar mit ihrem Wahlprogramm in den Wahlkampf ein, gesteht aber nach der Wahl ihren Wählern offen, daß sie für dieses ganze Programm die ganze Macht nicht erobert habe. Deswegen gehen wir mit der Teilmacht, die wir haben, an die Lösung einer kleinen Zahl bestimmt abgegrenzter Augenblicksfragen heran. So sollen wir, wenn wir zu solcher Koalition gezwungen sind, immer sagen: Genossen, täuscht euch nicht! Wir bringen euch nicht Frieden, Freiheit und Brot auf einmal, sondern wir können euch in diesem

Augenblick nur den Frieden zu bringen versuchen, um dann die andern Kämpfe weiterzuführen.

Wir müssen uns ernstlich überlegen, wie wir über die parlamentarischen Kämpfe hinaus den großen Körper unserer Parteigenossen aktiver in unseren politischen Kampf hineinziehen. (Sehr richtig!) Deshalb müssen wir den großen Ruf zum Schutz der Republik in unser Land hinaus ertönen lassen. Nicht auf die Form, sondern auf den Inhalt der Republik kommt es an. Aber da wir so wenig Freunde der Republik, auch nur ihrer Form haben, und gezwungen sind, Bürgerliche zu kritisieren, die zuge Freunde dieser Republik sind, sollte man in unseren Reihen keine Zweifel darüber lassen, daß es zwar auf den Inhalt und nicht auf die Form ankommt, daß wir aber die Form verteidigen, um den Inhalt zu gewinnen. (Sehr richtig!) Die heutige Republik ist noch nicht das, was sie sein soll. Das wollen wir aus ihr erst machen, und deshalb kämpfen wir mit Nägeln und Zähnen für diese Republik. (Lebhafter Beifall und Handklatschen.)

Robert Schmidt-Berlin: Durch das Auftreten der Opposition ist die Frage in den Vordergrund gedrängt, ob es vom sozialdemokratischen Standpunkt richtiger erscheint, in ein Koalitionsministerium einzutreten. Wir haben in der Fraktion bei jeder Entscheidung über diese Frage immer eine Opposition gehabt. Daß die Auffassung der Opposition vollständig verkehrt ist, dafür ein Beispiel. Als wir nach dem Londoner Ultimatum uns in der Situation befanden, daß das bürgerliche Kabinett zurücktrat, gab es für uns keine andere Entscheidung, als Eintritt in ein Koalitionsministerium. Wir hätten sonst der deutschen Arbeiterschaft ungeheuren Schaden zugefügt. Damals waren sich England, Frankreich und Italien einig, daß dieses Ultimatum erfüllt werden muß und daß, wenn diese Erfüllung nicht geschehe, die Besetzung des Ruhrgebiets die weitere Folge sein würde. Hat die Partei nicht eine Aufgabe erfüllt, die im Interesse der deutschen Arbeiterschaft lag, indem sie alles einsetzte, um damals die Besetzung des Ruhrgebiets zu vermeiden?

Welches war denn im Grunde genommen die Politik, die von der bürgerlichen Seite als die Erfüllungspolitik bezeichnet wurde? Diese Politik nahm Rücksicht auf die politische und geistige Strömung, die als Folge des Krieges eingetreten war, und sie erwartete in der Folgezeit ein Abflauen der geistigen Zerrüttung der europäischen Völker. Ist in dieser Beziehung keine Veränderung eingetreten? Ist nicht in England und Frankreich ein Umschwung zu verzeichnen? Die Stellung Deutschlands und der Sozialdemokratischen Partei konnte keine andere sein als die des Abwartens und der Verständigung mit unseren Freunden im Auslande, um eine Veränderung in der Schärfe der politischen Gegensätze herbeizuführen. Ich habe eine große Achtung vor unseren Freunden im Auslande, besonders in Frankreich. Sie haben sich schnell wieder zur Internationale zurückgefunden und sie haben ebenso wie unsere Freunde in den anderen Ländern der Internationale neues Leben und neue Kraft zugeführt.

Was will nun die Opposition für ein Programm für die kommende Zeit? Was hat sie hier zum Vortrag gebracht? Genosse Löbe ist der Meinung, wir hätten doch einem Korreferenten das Wort geben sollen. Beachten Sie aber auf der anderen Seite den Vorteil, der darin liegt, daß eine ganze Reihe von Parteigenossen von der Opposition zu Worte gekommen sind, die sonst nicht das Wort erhalten hätten. Uns liegt daran, die verschiedensten Anschauungen zu hören. (Sehr richtig!)

Ein Redner aus Thüringen sagte: wir wollen das Maximum der Kraft entwickeln. Das ist eine schöne Redensart, und ich glaube, wir können ihm zustimmen. Aber ich frage ihn: haben die Bergarbeiter in ihrem Kampf nicht ein Maximum der Kraft entwickelt? (Sehr richtig!) Haben nicht die Gewerkschaften

in ihrem Lohnkampf und in den Kämpfen um den Achtfundentag auch ein Maximum der Kraft entwickelt, und zwar in einer Zeit, in der ihre Kassen leer, ihre ganze Aktionskraft ungeheuer geschwächt war, in einer Zeit, in der sie die kommunistische Taktik zu überwinden haben? Aber in einem Unterschiede ich mich von dem Kritiker aus Thüringen. Wir sollen die Kraftentwicklung der gewerkschaftlichen Kämpfe und der Lohnkämpfe nicht mit politischen Fragen verquicken. (Sehr gut!) Das sind Dinge, die nicht zusammengehören. Ich bin fest überzeugt, daß auch die Gewerkschaften ihre Aufgaben auf dem Gebiete der Lohnkämpfe von politischen Tagesfragen frei halten werden. Das Gegenteil wäre eine Taktik kommunistischer Art, aber nicht eine Taktik, die eine sozialdemokratische Partei als richtig bezeichnen kann.

Genosse Aufhäuser sagte: es fehlt uns an weitgesteckten sozialdemokratischen Zielen. Ich frage, ob wir auf wirtschaftlichem Gebiet nicht weit gesteckte Ziele propagiert haben, ob nicht in der Erfassung des Sachwertes, in der Steuerfrage, auf sozialpolitischem Gebiet, in der Währungsfrage die Sozialdemokratische Partei geradezu führend im Parlament gewesen ist. (Sehr wahr!) Ich habe sehr oft den Eindruck, daß es sowohl draußen wie innerhalb der Fraktion Genossen gibt, die nicht im einzelnen verfolgen, mit welchem Eifer die Tätigkeit auf diesem Gebiet sich vollzog. (Sehr wahr!) Ich habe keine große Achtung vor der Auffassung unseres Genossen Aufhäuser, wenn er mit einer Handbewegung über die Währungsreform hinweggeht und meint, nur die Goldwährung sei das richtige, die Rentenmark sei nur ein Palliativmittelchen. Unter denjenigen, die sich mit der Währungsfrage beschäftigen, wird kein Streit darüber bestehen, daß eine Golddeckung bei der Währung nur dann Wert hat, wenn auch die Noten gegen Gold eingelöst werden. (Sehr richtig!) Nur zu sagen: der Goldschatz steht als Deckung für die Noten dahinter, hat bei einer solchen Papierflut keinen Wert. Deshalb war gerade der Weg der Sachdeckung, wie er von uns vorge schlagen worden ist, der allein richtige. Wenn es jemals unberechtigt gewesen ist, an einer Sache Kritik zu üben, dann an der Aufgabe, die die Partei in dieser Beziehung erfüllt hat. (Sehr richtig!)

Der Genosse Aufhäuser sagt, auch außerhalb müßten wir unsere weitgesteckten sozialdemokratischen Ziele klar und deutlich zur Geltung bringen, so erwidere ich ihm: er ist als Leiter einer großen Gewerkschaftsorganisation sehr gut in der Lage, weitgesteckte sozialdemokratische Ziele zur Geltung zu bringen. (Sehr gut!) Aber ich sehe in seiner Organisation dieselben Erscheinungen wie in den anderen gewerkschaftlichen Organisationen. (Sehr wahr! und Heiterkeit.)

Nun ein Wort zum Ermächtigungsgesetz. Ich teile die Auffassung, die der Genosse Müller im wesentlichen stützt hat. Aber lassen Sie mich noch eines hinzufügen. Die Entscheidung über das zweite Ermächtigungsgesetz war eng verknüpft mit der Frage der Auflösung des Reichstags, die von den Deutschnationalen aus naheliegenden Gründen mit ungeheurem Eifer betrieben wurde. Ich frage heute: ist nicht jede Hinausschiebung des Wahltermins in ruhigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen von größerer Bedeutung als in einer Zeit der Unruhe und der stärksten Währungserschütterungen? (Sehr wahr!) Es wäre sehr töricht gewesen, wenn wir in dieser Zeit den Deutschnationalen gefolgt wären und gesagt hätten: jetzt wollen wir die Wahlen zu einem Zeitpunkt aus schreiben, der der ungünstigste für die deutsche Arbeiterschaft ist. (Sehr richtig!) Der Reichstag durfte nicht eher aufgelöst werden, bis die Reparationsfrage geklärt war. Mit dem alten Reichstag hätten wir die Reparationsfrage leichter gelöst. Ist nicht die Reparationsfrage die Frage, die uns augenblicklich außerordentlich interessiert, von der das Wohl und Wehe des deutschen Volkes abhängt? Die Lösung dieser Frage ist die Aufgabe der unmittelbaren Zukunft. Da vermiße ich, daß die Opposition uns ihr Ziel

angibt. Das Ziel kann kein anderes sein, als mit allen Kräften auf der Grundlage des Sachverständigengutachtens in enger Fühlung mit den Freunden draußen die Lösung zu suchen, die uns einen Schritt vorwärts in Deutschland bringt. Unter solchen Umständen mußten wir das Ermächtigungsgesetz schlucken. Viele der Verordnungen, die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes ergangen sind, hätte die bürgerliche Majorität im Reichstag sowieso angenommen.

Aus all diesen Gründen ist es unsere vornehmste Aufgabe, wenn wir wieder zu den Kräften kommen wollen, die wir zu dem Aufbau der Partei und auch zum Aufbau Deutschlands brauchen, die Erkenntnis des Sozialismus zu vertiefen und in immer weitere Kreise der Bevölkerung hineinzutragen. (Beifall.)

Inzwischen ist ein Antrag auf Schluß der Debatte eingelaufen.

Krüger-Brandenburg begründet diesen Antrag.

Fleißner-Dresden spricht gegen den Antrag.

In der Abstimmung wird der Antrag auf Schluß der Debatte mit 136 gegen 131 Stimmen angenommen. (Pfeifflute der Opposition.)

Markwald-Frankfurt (persönliche Bemerkung): Genosse Löbe hat einen Vergleich zwischen mir und einem kommunistischen Abgeordneten gezogen, dessen Eigenart in grober Beschimpfung seiner politischen Gegner besteht. Ich möchte fragen, ob der Genosse Löbe einen einzigen beleidigenden Ausdruck von mir gehört hat. Falls er diese Frage verneinen muß, würde der Vorwurf auf ihn selbst zurückfallen. (Heiterkeit.)

Toni Sender (persönliche Bemerkung): Der Genosse Heinig hat mir unterstellt, ich hätte gesagt, daß man die Bürgerlichen dazu zwingen könne, gute Republikaner zu sein. Das Stenogramm weist aus, daß ich weder dem Wortlaut noch dem Sinne nach einen derartigen Bißfisch gesagt habe. (Sehr gut!)

Vorsitzender Dittmann: Ich darf feststellen, daß der Genosse Heinig das Wort „Bißfisch“ sicher nicht gebraucht hat. Sonst wäre es gerügt worden.

Dittmann-Stuttgart (persönliche Bemerkung): Genosse Schulz aus Königsberg sagte, ich hätte mich selbst als Korreferenten bezeichnet. Wenn meine engeren politischen Freunde mich als Korreferenten vorschlugen, so hat der Parteitag das Korreferat ja abgelehnt.

Genosse Schulz hat dann auf angebliche Äußerungen von mir auf dem letzten Verbandstag meiner Organisation in Cassel Bezug genommen. Dazu habe ich folgendes persönlich festzustellen. Wir haben auf dem Verbandstag in Cassel allen Richtungen volle Redefreiheit in verlängerter Redezeit gegeben. Die Äußerungen, die der Genosse Schulz zitiert hatte, kann er nur aus dem „Vorwärts“ wiedergegeben haben. (Hört, hört!) Jedenfalls kann er es an keiner anderen Stelle gefunden haben, wo über den Verbandstag eingehend berichtet wurde. Ich muß ihm also wie jedem, der auf eine objektive Wiedergabe meiner Äußerungen Wert legt, empfehlen, sich an objektive Zeitungsberichte oder aber an unser Protokoll vom Casseler Verbandstag zu halten. Sachlich ist das, was Genosse Schulz zitiert hat, falsch. Ich habe auf dem Verbandstag den Kameraden gegenüber erklärt — was eine Selbstverständlichkeit ist —: urteilt objektiv, erkennt an, was wir im Interesse des Verbandes getan haben, und über die einzelnen strittigen Fragen wollen wir uns sachlich auseinandersetzen und zu verständigen suchen. Nimmermehr hat der Vorstand und habe ich als Berichterstatter des Vorstandes ein bedingungsloses Vertrauen verlangt.

Löbe-Berlin (persönliche Bemerkung): Herr Schölem, den ich in einem etwas harten Vergleich hier herangezogen hatte, hat verschiedene Eigenschaften. Als ich den Vergleich anstellte, dachte ich daran, wie dieser Abgeordnete die Interessen seiner eigenen Partei in untätiger, taktloser, ungezügelter und

vordringlicher Weise vertritt. (Sehr gut!) Seine beleidigenden Beschimpfungen, diese Art seines Auftretens habe ich bei dem Vergleich mit Markwald nicht heranziehen wollen. (Große Heiterkeit.)

Ich benutze die Gelegenheit zu einer anderen persönlichen Richtigstellung. Eine Bemerkung über die Verteilung einer Broschüre ist von den Berliner Genossen so aufgefaßt worden, als ob ich der hiesigen Organisation einen Vorwurf machen wollte. Ich nehme an, daß die hiesige Organisation daran gar nicht beteiligt war. Ich wollte damit nur gewissen Leuten, die Kampfschriften gegen die Partei herausgeben und das für das Notwendigste ihrer Parteiarbeit halten, geißeln. Gegen den einzelnen sandte ich meine Worte, nicht gegen die Berliner Organisation. (Zurufe.) Es wäre noch viel schlimmer, Genosse Dittmann, wenn dies Material von einer gegnerischen Partei verkauft würde.

Wels (Partei-Vorstand) (Schlußwort): Parteigenossinnen und Genossen! Den größten Teil der für das Schlußwort übrigbleibenden Arbeit hat der Genosse Müller zu übernehmen. Gestatten Sie mir, auf die Dinge einzugehen, die für mein Referat besonders in Frage kommen.

Die Vorwürfe, daß die Opposition nicht in genügendem Maße zum Wort gekommen ist, weil ihr ein Korreferat nicht gestattet wurde, müssen meiner Auffassung nach zurückgewiesen werden, weil andere Gründe als die maßgebend sind, die insbesondere Genosse Fleißner in für den Parteivorstand herabsetzender Weise hervorhob. Ich betone ferner gegenüber dem Genossen Fleißner, daß die Festlegung der Tageszeit für den Parteitag schon vor Monaten erfolgt ist und daß von seiner Seite gegen die Zweckmäßigkeit dieser zeitlichen Begrenzung ein Einspruch erhoben worden ist.

Die Unabhängige Partei ist vor der Vereinigung von dem bei der alten Partei üblichen Brauch abgegangen, eine ganze Woche zu tagen; gerade ihre Mitglieder haben uns auf die Zweckmäßigkeit dieser Verkürzung aufmerksam gemacht.

Die Aufstellung eines Korreferenten ist nach meinem Gefühl deshalb abgelehnt worden, weil die Parteigenossen von der Auffassung ausgingen, daß der Einheit der Partei nicht dadurch gedient wird, aller Welt das Schauspiel zu geben, daß die Einigung der Partei nur ein Schemen ist und zwei Richtungen heftig um die Herrschaft kämpfen. (Sehr gut! und Zurufe.) Ich hatte das zweifelhafte Vergnügen, als Referent des Vorstandes auf verschiedenen Bezirksparteitagen zu den Korreferaten Stellung zu nehmen. Diese Art der Organisierung der Opposition durch die Forderung nach Gleichberechtigung mit den verantwortlichen Parteinstanzen geht über die zustehenden Ansprüche hinaus. Diese Zwistigkeit ist auf die Tatsache zurückzuführen, daß die Einigung nicht mit der gleichen Unvoreingenommenheit von allen vollzogen worden ist. Der Beschluß zur Einigung ist auf dem Parteitag der U.S.P.D. in Gera mit überwältigender Mehrheit gefaßt worden, die Minderheit aber hat als Reservatio die Erklärung abgegeben, sie werde auch in der geeinten Partei von den in der anderen Partei aufgestellten Grundfragen nicht abweichen, insbesondere in den Punkten, die heute zur Debatte stehen. Mit Bedauern habe ich erlebt, daß Dittmann auf dem Landesparteitag in Württemberg aus dieser Reservatio das Recht ableitete, eine besondere Stellung in der Partei einzunehmen. (Hört, hört! und Zurufe.) Die Genossin Sender hat in Chemnitz mir gegenüber auf diese Erklärung verwiesen. Diese persönliche Salbung einiger Genossen in Gera hat für die Partei keine Geltung und verstoßt gegen Sinn und Geist des Geraer Beschlusses, nach Nürnberg zu gehen. (Lebhafte Zurufe und große Unruhe.) Nach der mir gemordenen Darstellung war es nichts anderes als eine Ueberrumpelung

der für die Einigung kämpfenden Parteileitung. (Lebhafte Zurufe von Dißmann.) Genosse Dißmann, Sie verbitten sich immer alle Angriffe. Ich habe in meinem Referat nicht die Tonart angeschlagen, die die Opposition gegen uns anschlägt. (Lebhafte Unruhe.) Der Parteivorstand hat in 1½ Jahren seit der Einigung aus dem eigenen Lager fast mehr Beschimpfungen erfahren als von den Kommunisten. Wir erblicken in der unausgesetzten Schaffung von neuen Reibungsflächen nichts anderes als die Befolgung der kommunistischen Parole, gegen die Führer anderer Richtungen vorzugehen. (Große Unruhe und erregte Zurufe.) Soll ich den Stoß Zeitungsartikel vortragen, in denen zur Beseitigung des Parteivorstandes und zu seiner Reinigung an Haupt und Gliedern aufgefodert wird, weil der Parteivorstand durch sein würdeloses Hinterherlaufen hinter den bürgerlichen Parteien die Würde der Partei nicht wahrte? Wer die mit der Verantwortung für die Wahrung und Förderung der Partei beauftragten Personen in der Öffentlichkeit so herabsetzt, dient den Interessen der Partei nicht. Wenn alle Angriffe gegen den Vorstand immer mit dem Satz schließen: das hindert uns nicht, einig und zusammen zu bleiben, so habe ich dafür nur ein sehr beschränktes Verständnis. (Sehr gut!) Der Vorstand soll durch diese Äußerung zur Liebe gezwungen werden, etwa wie der Berliner sagt: „Liebe mir oder ich zerhack dir die Kommode!“ (Heiterkeit.) Das ist die Liebe, die auf dem Terror gegen den anderen Teil beruht, die die Opposition in der Partei schürt, die wir nachweislich als organisierte Opposition gekennzeichnet haben, deren Zusammenhänge wir auch dokumentarisch nachweisen können.

Wir lehnen es ab, den Richtungsstreit in der Partei als etwas zur Partei Gehöriges anzuerkennen.

Seydewitz hat mir und dem Parteivorstand gegenüber behauptet, bei der Regierungsabwicklung in Sachsen seien die Kommunisten noch nicht als Verderber den Parteigenossen erkennbar gewesen. Die an den Parteivorstand gerichteten Fragen sind klipp und klar von uns mit der Ablehnung eines Zusammengehens mit den Kommunisten beantwortet worden, da auch Ihnen schon damals die von Moskau befohlenen 21 Punkte bekannt waren, wonach die Notwendigkeiten des deutschen Volkes oder des betreffenden Landes als Richtschnur nicht anerkannt werden sollten, sondern die Befehle einer Körperschaft, die außerhalb Deutschlands liegt. Wir haben auf die Zerstörungsarbeit in den Gewerkschaften hingewiesen, und waren uns mit einem hervorragenden Gewerkschaftler darin einig, daß das Zusammengehen mit den Kommunisten so verderblich wie die Rätherrschaft in München wirken würde. So sehr mir eine Einigung mit den sächsischen Freunden am Herzen liegt, kann ich nicht anerkennen, daß das Zusammengehen mit den Kommunisten eine Notwendigkeit oder eine politische Klugheit gewesen wäre. Tatsächlich haben die Thüringischen und sächsischen Genossen das Zusammengehen mit den Kommunisten im Gegensatz mit der von der gesamten Partei befolgten Politik eingeleitet. (Lebhafter Widerspruch.) Der Versuch von Seydewitz, diese Politik zu rechtfertigen, war deshalb deplaciert. Wie das Stenogramm meiner Rede ausweisen wird, habe ich auch nicht der Sozialdemokratischen Partei in Sachsen den Vorwurf gemacht, die hätte die Reichsregierung herbeigeführt, sondern ich habe die Schuld hierfür den Kommunisten gegeben.

Die Genossin Sender charakterisierte unsere Politik durch den Mangel an Erfolg; unsere Politik müsse also falsch gewesen sein. Eine Politik kann richtig sein, ohne daß ihr Erfolge beschieden sind. Ich erinnere an die Politik der Sozialdemokratie während des Krieges und die Bemühungen, durch eine Friedensresolution die Brücke über das Blutmeer zu schlagen. In stetigem Ringen haben wir Zentrum und Demokraten für diese Resolution im alten Reichstag gewonnen. War diese Politik falsch, weil sie nicht zum Erfolge führte? Sie

wurde sabotiert durch die Männer, die in den Regierungsämtern die Politik des deutschen Reichstags sabotierten und die Brücken immer wieder in Grund und Boden schlugen, die dem deutschen Volk den Frieden gegeben hätten. So richtig wie diese Politik war auch unsere Politik in der Nachkriegszeit, der der Erfolg verjagt blieb, weil auf den Schultern der Sozialdemokratie, die allein im allgemeinen Zusammenbruch die Trägerin der Regierungsverantwortung war, alle Lasten sich türmten. Die Sozialdemokratische Partei allein genoß das Vertrauen im Volk, wir sind die Information der Verantwortung für die Sünden und Fehler des alten Regimes. Wir konnten keinen Erfolg erzielen, weil das Sündenkonto der verflochtenen Regierung ins Ungeheure gestiegen war und durch unsere Arbeit in wenigen Jahren nicht ausgelöscht werden konnte. Es ist ein tragisches Geschick, daß die Sozialdemokratie in Deutschland solange positiv wirken konnte und nicht an der politischen Macht war, als in Frankreich die Revanchegeströmung noch stärker als jetzt war und unter der unendlichen Belastung der Kriegs- und Nachkriegszeit der Einfluß der Sozialdemokratie durch die außenpolitischen und innerpolitischen Wirkungen sich verminderte, in den übrigen Ländern der Einfluß der Arbeitererschaft aber durch die von Deutschland getriebene Politik wuchs. In der Sozialdemokratischen Partei verkörpert sich das Schicksal des deutschen Volks. (Sehr richtig!)

In der Geschichte aber wirkten sich die Dinge anders aus. Die Sozialdemokratie Deutschlands wird für die fünf Jahre nach dem Krieg bis zur Zeit der wirtschaftlichen Konsolidierung den höchsten Ruhm ernten und einen Aufstieg für die deutsche Sozialdemokratie gemeinsam mit der Sozialdemokratie der anderen Länder beginnen.

Ich sehe deshalb nicht wie Ströbel eine schwere Niederlage in dem verflochtenen Wahlkampf. Wie im Weltmeer gibt es im politischen Leben der Völker und Parteien Wellenberge und Wellentäler. Die Welle am 4. Mai warf uns auf den Tiefstand, die kommende Zeit wird uns in die Höhe heben, vor allen Dingen, weil die moralisch-sittlichen Tendenzen, die ökonomischen Kräfte und die wissenschaftlichen Unterlagen für Regierungs- und Wirtschaftsbildung allein bei der Sozialdemokratie zu finden sind und ihr den Sieg verschaffen.

Ich bin betrübt, daß der Gedanke einer Niederlage der Sozialdemokratie vor den Wahlen gar nicht so hart empfunden wurde, denn ein Artikel in einem sächsischen Blatt erschien mit der Aufschrift: Her mit der befreienden Niederlage! Man hoffte, mit der Aenderung der Politik der Partei die Beseitigung der Bonzen herbeizuführen, um so den Aufstieg anzubahnen. Niemand kann sich darüber im unklaren befinden, daß die Sozialdemokratische Partei schon aus rein technischen Gründen einen Rückgang der Mandatsziffern im Reichstag erleben mußte. Bei den Wahlen im Februar 1921 zogen die Kommunisten mit 30 gegen 28 unabhängige Sitze in den Preussischen Landtag ein. Bei der Zerschlagung in Halle wurden die Unabhängigen nicht wie die Abgeordneten in die Hälfte geschnitten. Das wußten wir, und darum ist es falsch, diese Korrektur der Wahlziffer als eine schwere Niederlage hinzustellen.

Litte könnte ein absolut authentischer Interpret der Vorgänge in Berlin sein, denn er war Vorsitzender der ersten Bezirksgeneralversammlung, die zur Aufstellung der Kandidaten Stellung nahm, die er mit der Erklärung schloß, daß, da ein Ergebnis nicht zustande gebracht sei, nunmehr der Parteivorstand eingzugreifen habe. Ich bekenne mich aber schuldig, schon vorher mit den streitenden Gruppen Verhandlungen aufgenommen zu haben, aber wahrlich nicht aus Vergnügungssucht, (Sehr gut!), sondern weil ich durch den Vorsitzenden der Berliner Organisation, den Genossen Künstler, wiederholt darum gebeten war. Es kam auch kein Diktat zustande, sondern in gemeinsamer Sitzung einiger Mitglieder des Vorstandes hat der Bezirksvorstand von Groß-Berlin Be-

schlüsse gefaßt, die nachher von einer zweifelsfreien Mehrheit der Delegiertenversammlung angenommen worden sind. Wenn behauptet wird, dieses Eingreifen sei Berlin bei den Wahlen schlecht bekommen, so ist das irrig. In Teltow-Beestow war kein Streit über die Kandidaten, und dort hat die Partei noch schlechter abgeschnitten als im eigentlichen Berlin, wo verhältnismäßig die günstigsten Resultate erzielt wurden.

Soweit mein Schlußwort! Das weitere wird Müller behandeln, und zwar auch die Anträge 8, 9, 10, 11, 12 und 28, die zum Fraktionsbericht gehören.

Von den Anträgen, die sich auf den Bericht des Parteivorstandes beziehen, bitte ich Sie, den Antrag 1 abzulehnen, weil niemand wissen kann, welche innerhalb der nächsten Jahre zu lösenden und lösbaren Aufgaben der Partei aufzutreten werden. Diese Forderung ist dem Wunsch entsprungen, der Partei zu dienen, ist aber undurchführbar. Ebenso bitte ich den Antrag 2 abzulehnen, den Antrag 3 dagegen anzunehmen, mit dessen Annahme alle zu diesem Punkt gestellten Anträge sich erledigen, nämlich die Anträge 5, 6 und 7. Den Antrag 13 bitte ich, dem Parteivorstand zu überweisen, damit die Antragsteller diesen darüber informieren können, da bisher nicht bekannt geworden ist, daß eine Verletzung in der Begehung der Missetat eingetreten ist. Ebenso bitte ich um Ueberweisung des Antrags 14 an den Parteivorstand. Antrag 15 ist dadurch für erledigt zu erklären, daß die Fraktion nunmehr monatlich über ihre Tätigkeit in Verbindung mit dem Mitteilungsblatt für die Funktionäre Berichte herausgeben wird. Dadurch erledigt sich Antrag 16. Antrag 17 bitten wir dem Vorstand zu überweisen, Antrag 18 als erledigt zu erklären. Vom Antrag 19 bitten wir, den einleitenden Satz anzunehmen, die Ziffer a dem Parteivorstand zu überweisen; der Erwägung zu b bedarf es nicht, da ein solches Organ schon vorhanden ist und nur abonniert zu werden braucht. Antrag 20 bitte ich abzulehnen. Der Antrag ist leicht gestellt, aber die Aufrechterhaltung einer Parteischule ist eine Finanzfrage, wir haben auch einen Erfolg in der Schule in Schloß Tinz. Antrag 21 bitten wir abzulehnen, weil der Wunsch durch die Herausgabe der „Gesellschaft“ und die Tatsache erfüllt ist, daß Wanderlehrer tätig sind; den Absatz 2 des Antrages bitte ich dem Parteivorstand zu überweisen, ebenso den Antrag 22 und 23. Anzunehmen bitte ich den Antrag 24, dagegen den Antrag 25 abzulehnen, da wir eine solche Einrichtung in dem Wirtschaftsausschuß der Reichstagsfraktion haben mit dem Recht der Heranziehung von Experten. Antrag 26 bitte ich im Auftrage vom Parteivorstand und Parteiauschuß anzunehmen. Antrag 27 bitte ich dem Parteivorstand zu überweisen. Die Anträge 29 und 30 bitte ich abzulehnen. Den Antrag 31 bitte ich der Reichstagsfraktion zu überweisen. Antrag 32 bitte ich abzulehnen. Wir glauben im Sinne des Kampfes unsere Pflicht getan zu haben. Antrag 240 bitte ich dem Parteivorstand zu überweisen. Antrag 241 ist erledigt, da das Frauenblatt in Kürze herauskommen wird. Antrag 242 bitte ich abzulehnen. Wir können außer den schon bestehenden Spezialzeitschriften nicht noch ein Blatt herausgeben, für das keine Abonnenten mehr da sind. Außerdem gibt die Erziehungs-Internationale schon eine solche Zeitschrift heraus. Mit der von mir vorgeschlagenen Erledigung der Anträge wird der Partei am besten gedient werden.

Hermann Müller (Parteivorstand), (Schlußwort): Ueber die Anträge 239 und 243 ist namentliche Abstimmung beantragt. Das sind die beiden Resolutionen von mir und Genossen Dismann. Ich glaube, daß die Entscheidung über alle zur Frage der Taktik gestellten Resolutionen mit der Entscheidung für oder gegen die eine oder andere dieser beiden Resolutionen fällt. Ich beantrage deshalb, die Anträge 8, 9, 10, 11, 12, 187, 188, 189, 190, Abs. 1, 191, 192, 193, 194, 210, 227, 228, 229, 231, 232 und 237 durch die Annahme einer der beiden Resolutionen für erledigt zu erklären. Die Resolution Dismann ist ein starkes Miß-

trauensvotum gegen die Parteileitung und die Politik der Fraktion. Darüber wird sich jeder klar sein.

Es sind mehrere Anträge gestellt, die Wünsche in bezug auf einzelne Materien der Gesetzgebung betreffen. Da der Parteitag vor den Wahlen geplant war, ist ein großer Teil der Anträge unter anderen Voraussetzungen gestellt, als sie heute vorliegen, und durch Anträge, die die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion in den letzten Wochen eingebracht hat, bereits erledigt.

Die Anträge 8 und 190 Abs. 2 bitte ich der Fraktion zu überweisen. Die Reichstagsfraktion wird die Arbeitsdienstpflicht als verkappten Versuch, die Wehrpflicht einzuführen, glatt ablehnen. Die im Antrag 186 geforderten Vorbereitungen für einen Volksentscheid über den Achtstundentag werden bereits getroffen. Antrag 195 richtet sich gegen den deutschen Volkshafter in Washington. Wieviel ist von Krupp nur beurlaubt und hat nicht die Absicht, dauernd Vorkämpfer zu bleiben. Antrag 196 bitte ich der Fraktion zu überweisen, ebenso die Anträge 197, 198 und 199. Die Anträge 48, 200, 207 und 236 betreffen das Gesetz über die Ausführung des Artikels 48 der Reichsverfassung. Wir haben bereits einen entsprechenden Antrag im neuen Reichstag eingebracht. Zu den Anträgen 201, 202 und 204 Abs. 1 liegen bereits Anträge der Fraktion vor. Auch zu Antrag 203, Aufwertung der Sparkassenguthaben, haben wir Anträge im Reichstag eingebracht. Die Anträge 204, Abs. 2 und 3 und 224 bitte ich der Fraktion zu überweisen. Antrag 245 bitte ich anzunehmen. Antrag 205 verlangt ein Amnestiegesetz. Ein entsprechender Antrag ist bereits im Reichstag eingebracht. Die Anträge 206 und 208 bitte ich der Fraktion zu überweisen. Auf Antrag 209 werde ich noch zurückkommen. Bezüglich der Anträge 211, 212, 214 und 215, betreffend die Bodenfrage, haben wir bereits im neuen Reichstag den Antrag wiederholt, den wir schon im alten gestellt haben. Die Anträge 213, 216, 217 und 218 bitte ich der Fraktion zu überweisen. Antrag 219 betrifft das Wahlrecht für die Seeleute. Die Anträge 220 und 221 fordern ein neues Wahlgesetz. Ueber die Notwendigkeit der Verkleinerung der Wahlkreise habe ich bereits gesprochen. Das Reichskabinett hat eine entsprechende Vorlage bereits angenommen, so daß wir uns demnächst damit zu befassen haben werden. Die Anträge beantrage ich der Fraktion zu überweisen. Die Anträge 222 und 226 betreffen die Reichsbahnen. Wir werden das Material verwenden bei Erledigung der Gesetze über das Gutachten der Sachverständigen. Die Anträge 223, 225 und 230 bitte ich der Fraktion zu überweisen. Ueber Antrag 244, der die Reichstagsfraktion beauftragt, bei der Haushaltsberatung den Reichswehretat abzulehnen, ist namentliche Abstimmung beantragt. Ich halte solchen Antrag für unklug. (Sehr richtig!) Ob der Reichswehretat angenommen oder abgelehnt werden muß, entscheidet sich nach den Verhandlungen im Reichstag. Wir würden durch die Annahme des Antrages den Rechtsparteien eine zu leichte Gelegenheit geben, in der Reichswehr gegen uns zu agitieren. (Sehr richtig!) Ich bitte daher, den Antrag abzulehnen.

Es ist bemängelt worden, daß die Fraktion in der vergangenen Zeit nicht genügend Informationen über ihre Haltung herausgegeben hat. Diese Vorwürfe sind berechtigt. Wir haben beschlossen, dem Mitteilungsblatt des Parteivorstandes allmonatlich eine Beilage über die Tätigkeit der Fraktion zu geben und auch regelmäßig Referentenmaterial herauszugeben. Es darf aber nicht vergessen werden, daß wir in den letzten Jahren nicht die Mittel gehabt haben, eine so umfassende Agitation zu betreiben. In Zukunft werden wir in dieser Beziehung wieder mehr leisten können.

Daß eine lebhafteste Stimmung gegen Korreferate in der Partei besteht, rührt daher, weil hierin so viel Mißbrauch getrieben worden ist. (Sehr richtig!) An

den Parteivorstand sind in den letzten Monaten vielfach Anforderungen ergangen, aus seiner Mitte Referenten und Korreferenten für Unterabfertigung zu stellen. (Heiterkeit.) Dazu sind die Mitglieder des Parteivorstandes nicht gewillt. Genossin Sender hat gesagt, daß unter Demokratie Schutz der Minderheit zu verstehen sei. Das ist richtig, aber zur Demokratie gehört noch viel mehr Schutz der Mehrheit. (Sehr gut!) Wenn 5 Redner der Minderheit hintereinander geredet haben, kann man nicht sagen, daß die andere Seite nicht gehört werden solle. (Sehr richtig!)

Ich habe immer Wert darauf gelegt, zu beweisen, daß wir in die Regierung nur gegangen sind, wenn wir mußten, und daß dafür stets außenpolitische Gründe maßgebend gewesen sind. Um diese Feststellung sind sämtliche Redner der Opposition herumgegangen. Ebenso hat auch niemand getadelt, daß die Fraktion der Regierung Marx das Leben ermöglicht hat. Wir haben immer verlangt, daß die Politik getrieben wird, zu der sich schließlich die Regierung der Mitte entschlossen hat. Die Politik, zu der Marx sich jetzt verpflichtet hat, war nichts anderes als die Fortsetzung der Erfüllungs- und Befreiungspolitik, die wir vertreten haben. Was die Bedingungen anlangt, die man stellen soll, wenn man eine Regierung unterstützt oder in eine Koalition hineingeht, so lassen sich dafür allgemein gültige Maßstäbe nicht aufstellen. Bei der Unterstützung des Kabinetts Marx war unsere Stellung schwach, weil die anderen mußten, daß wir im Interesse unseres Zusammenarbeitens mit den internationalen Sozialisten gezwungen waren, für die Politik der Durchführung des Sachverständigenaustausches einzutreten. Genosse Dismann hat behauptet, der Grund für die Koalitionspolitik sei vielfach gewesen, daß man sich nicht ausschalten lassen dürfe. Für einen kleinen Kreis war diese Argumentation wohl maßgebend. Ich bestreite aber, daß für 80 Proz. derjenigen, die die Fraktionspolitik verteidigten, dieser Grund ausschlaggebend war. Man braucht nicht immer dabei zu sein, es gibt Fälle, wo wir aus der Regierung herausgehen müssen.

Genosse Markwald hat erklärt, daß er gegen die bürgerlichen Bedingungen gewesen sei, weil er überzeugt war, daß sie nicht ernst gemeint waren. Wenn der Parteivorstand und Parteiausschuß solche Resolution vorschlagen, nehmen sie es auch ernst damit. Wir wußten freilich, daß wir, was die Republikanisierung der Reichswehr angeht, nicht alles durchsetzen konnten. Aber konnten wir aus der Regierung Wirth herausbleiben, weil die bürgerlichen Parteien unsere Bedingungen nicht reiflos annehmen wollten? Damit hätten wir dem Proletariat den schwersten Schlag versetzt. Ich habe deshalb in meiner Resolution die Formulierung von Bedingungen unterlassen. Solche Bedingungen müssen aus der jeweiligen politischen Situation heraus formuliert werden.

Die Opposition hat auch meine Rede in Görlich über Stinnes kritisiert. Ich habe davon nichts zurückzunehmen. Ich habe mich damals scharf dagegen gewandt, daß man Stinnes in Spaas als Gutachter auf das Ausland losgelassen hat. Ich habe aber auch gesagt, man solle Stinnes nicht zum schwarzen Mann machen. Ich habe ferner gesagt, daß die Thyssen und Klöckner nicht besser sind als Stinnes. Weiter habe ich gesagt, daß bei Lohnverhandlungen in der Arbeitsgemeinschaft Stinnes nicht der Schlimmste gewesen ist. Andererseits haben wir immer betont, daß Stinnes seine privaten Interessen mit denen des deutschen Volkes verwechselt hat. Stinnes hat es so einzurichten verstanden, daß von seinem Vermögen das Reich Erbschaftsteuer überhaupt nicht bekommt. Er hat seine Frau als Erbin eingesetzt, und die Kinder haben auf ihren Pflichten zugunsten der Mutter verzichtet. (Unerhört!) Das ist charakteristisch für diesen Mann, der in der deutschen Wirtschaft lange eine so große Rolle gespielt hat.

Genosse Aufhäuser meinte, daß wir, als wir in der Koalitionsregierung waren, uns von den anderen Parteien nicht so abgegrenzt hätten, daß die zu gewinnenden Schichten des neuen Proletariats über unsere Haltung die richtige Auffassung bekommen hätten. Was die Wirtschaft angeht, so haben wir doch in den letzten Jahren Interpellationen genug eingebracht, die gezeigt haben, wie die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik sich von der unterscheidet, die getrieben worden ist, nachdem wir nicht mehr im Wirtschaftsministerium vertreten waren. Die Kritiker mögen vergleichen die Wirtschaftspolitik während der Tätigkeit des Genossen Schmidt und des Staatssekretärs Hirsch mit der zu jener Zeit, als wir nicht mehr im Ministerium waren. Sie würden einen großen Unterschied zu unsern Gunsten feststellen. Die Behauptung, daß die Bourgeoisie die Inflation absichtlich herbeigeführt habe, halte ich für falsch. Die Behauptung ist so absurd, daß die Wähler sie nicht glauben würden. Gewisse Kreise der Schwerindustrie sind noch nicht die Bourgeoisie. So wenig wir heute von der Demokratie zu erwarten haben, gebietet doch die Gerechtigkeit, festzustellen, daß in den letzten beiden Krisen die demokratische Partei sich alle Mühe gegeben hat, zu verhindern, daß die Deutschnationalen in die Reichsregierung hineinkommen. Deshalb darf man nicht so allgemein von der Bourgeoisie reden.

Markwald hat die Frage aufgeworfen, was werden soll, wenn die Deutschnationalen in die Regierung kommen. Wenn die Deutsche Volkspartei mit ihrer Politik durchkommt und die Mittelparteien mürbe macht, ist damit zu rechnen, daß die Deutschnationalen in absehbarer Zeit in die Regierung kommen. Der gesamte Parteitag wird die Auffassung teilen, daß das nichts ist, was wir zu wünschen haben, trotzdem es unsere Agitation erleichtern würde. Es kann kein Zweifel bestehen, daß wir dann eine scharfe Oppositionsstellung gegen die Reichsregierung einzunehmen hätten. Es fragt sich aber: Sollen wir uns in solchem Falle damit begnügen, Opposition zu machen, bis wir die ganze Macht erobert haben? Das kann nicht unsere Aufgabe sein. Wir müßten dann vielmehr denselben Weg gehen wie unsere französischen Genossen und Konstellationen herbeizuführen suchen, die dem Wert der Reaktion ein Ende machen könnten. (Sehr gut!) Also freuen Sie sich nicht zu früh, daß uns diese bequeme Stellung in der Zeit gegeben wird. Wenn dieses Unglück über Deutschland kommen sollte, werden wir dahin arbeiten müssen, daß die Reichspolitik in absehbarer Zeit auch wieder praktisch durch uns beeinflusst wird.

Ich bin überzeugt, daß dann über den Weg, den wir gehen werden, weniger Meinungsverschiedenheiten unter uns bestehen werden, als es heute noch der Fall ist. Ich glaube, daß wir einem bloc national in Deutschland gegenüber keine andere Taktik einschlagen können, als sie die französischen Sozialisten dem bloc national in Frankreich gegenüber eingeschlagen haben.

Es ist dann über meine Resolution gesprochen worden. Genosse Löbe hat bereits darauf hingewiesen, daß gegen die Resolution an sich nichts eingewendet worden ist. Genossin Sender hat gemeint, in dieser Resolution seien nur Ziele genannt. Das ist absichtlich geschehen. Sie hat gefragt: wo sind denn die Resultate dieser Politik? Die Resolution bezieht sich nicht nur auf die Zukunft, sondern auch auf die Vergangenheit. Ich stelle demgegenüber die Gegenfrage: wie wären die Resultate gewesen, wenn wir 1920 und nachher eine andere Politik eingeschlagen hätten, eine Politik, wie sie die Genossin Sender uns hier vorgetragen hat. Genosse Sollmann hat heute morgen schon darauf hingewiesen, daß dann vermutlich das Deutsche Reich nicht mehr existieren würde, daß die Politik der Separation, die von den französischen Militärs und Gewaltpolitikern betrieben worden ist, zum Ziele geführt hätte. Aber ich frage auch: glauben Sie vielleicht, daß wir in Deutschland eine geringere Inflation bekommen hätten,

wenn wir seit 1920 nicht in der Regierung gewesen wären? Glauben Sie, daß wir eine größere Kampfkraft uns erhalten hätten, glauben Sie, daß unsere Steuerpolitik besser gewesen wäre und daß der Achtskudentag heute gesichert wäre? Diese Fragen aufwerfen, heißt sie verneinen.

Dann einige Worte zu den Bemerkungen über unsere Steuerpolitik. Ich will nicht das wiederholen, was auf den letzten Parteitag bereits gesagt worden ist. Aber ich kann auch hier nur erklären, daß die Erzbergerische Steuerpolitik an sich durchaus gut war. (Sehr richtig!) Wenn es den deutschen Kapitalisten gelungen ist, sich dieser starken Besteuerung zu entziehen, so doch nur deswegen, weil die Inflation dazwischen gekommen ist und die Bourgeoisie es immer in der Hand gehabt hat, mit schlechtem Geld die Steuern zu bezahlen. Das ist so weiter gegangen, bis unter Hilferding jene brutale Steuerpolitik eingeleitet wurde, die auch von dem Besitz mehr in die Taschen des Reiches gebracht hat. Im übrigen brauche ich die Fraktion in der Steuerpolitik nicht zu verteidigen; ich glaube, ihre Steuerpolitik hält jeder Kritik stand.

Dann ein paar Bemerkungen über Sachsen und Thüringen. Seydewitz hat gemeint, man müßte doch Verständnis für die Wirkung haben, die die militärische Exekutive in Sachsen gehabt hätte. Ich glaube, der Parteivorstand und die Fraktionsleitung haben dieses Verständnis stets gehabt. Wir sind vom ersten Tage an gegen die Exekutive aufgetreten. Unsere Minister sind, als die Frage zum ersten Male im Kabinett aufgeworfen wurde, sofort zu uns gekommen und haben gesagt, sie würden ihre Ämter niederlegen. Nur weil die Fraktion nicht präsent war, ist die Amtsniederlegung um einige Tage verschoben worden. Im übrigen sind wir es doch gewesen, die alle Beschwerden gegenüber der Reichsregierung vertreten haben und die insolge dessen den gesamten Inhalt dieser Beschwerden bis ins kleinste hinein kennen. Nach dem, was Wels zuletzt sagte, ist es nicht meine Absicht, noch lange über die Frage der kommunistisch-sozialistischen Regierungen zu polemisieren. Ich will nur das eine wiederholen, was uns ein bekannter Gewerkschaftsführer gesagt hat, als die Bildung der kommunistisch-sozialistischen Regierung in Sachsen vorgenommen wurde. Er hat damals erklärt: die Bildung dieser kommunistisch-sozialistischen Regierung wird für das Gesamtreich daselbe Unheil bedeuten, das die Mätewirtschaft für Bayern bedeutet hat. (Sehr richtig!) Wer die Zeit seither überschaut, muß zugeben, daß sich diese Prophezeiung leider sehr bewahrheitet hat.

Nun ein paar Bemerkungen zu dem, was der Genosse Kieß gesagt hat. Er hat sich auf meine Ausführungen auf dem Göttinger Parteitag bezogen. Ich habe damals die Überzeugung gehabt, daß bei dem Mehrheitsverhältnis, wie es in Thüringen gegeben war, auf die Dauer eine sozialistische Politik in Thüringen nicht durchführbar sei, und habe die Frage aufgeworfen: was werden die Thüringer Sozialisten mit ihrem Siege anfangen? Der Parteivorstand hat damals die Linie der Entwicklung vorausgesehen, und wir stimmen im Endresultat völlig mit dem überein, was die Thüringer Genossen selber als das Fazit dieser Regierungszeit hingestellt haben. Es hieß doch in dem Aufruf, der damals herausgekommen ist:

In der Stunde höchster Gefahr für das Proletariat drücken sich die Kommunisten feige vor der Verantwortung. Wenn die KPD sagt: Einheitsfront, meint sie Putsch; wenn sie sagt: gemeinsamer Kampf, will sie Parteitagitation. Die KPD ist die Todfeindin der Sozialdemokratischen Partei. Jedes Mittel wendet sie im Kampf gegen uns an.

Wir haben die KPD niemals anders aufgefaßt, als sie nach dem Scheitern des Experiments von der Thüringer Sozialdemokratie selber geschildert worden

ist. Wenn ich das Wort von dem „Trümmerhaufen“ gebraucht habe, so habe ich es doch im Zusammenhang mit dem gebraucht, was ich seinerzeit auf dem Landesparteitag in Weimar zum Ausdruck gebracht habe. Es hat sich bezogen auf die Positionen, die wir jetzt räumen mußten. Ich habe in meinem Referat wiederholt, daß ich damals sagte: ihr habt jetzt während der ganzen Debatte der Reichstagsfraktion vorgeworfen, daß sie durch ihre Koalitionspolitik alle Positionen räumen mußte, die sie seit 1918 bezogen hatte; wenn es euch nicht gelingt, Koalitionspolitik zu treiben, dann werdet auch ihr alle Positionen räumen müssen. Ich glaube, das hat sich leider voll und ganz bewahrheitet. Es ist niemals jemandem eingefallen, der Thüringer Sozialdemokratie deshalb einen Vorwurf zu machen, weil sie, solange sie in der Regierung gewesen ist, versucht hat, sozialistische Politik zu treiben. Ich will nicht auf den Vergleich eingehen, der wegen der Verhältnisse in Oesterreich und Deutschland gezogen worden ist. Diese Verhältnisse sind nicht vergleichbar. In dem kleinen Oesterreich liegen die Verhältnisse ganz anders als bei uns, insbesondere was das Neuproletariat angeht. Wir haben in Oesterreich doch nicht in den Grenzschichten des Volkes mit solchen nationalistischen militäristischen Traditionen zu rechnen, wie es leider in Deutschland der Fall ist.

Nun wenige Bemerkungen zu dem, was zur Frage der Wahl des Reichspräsidenten gesagt worden ist. Scheidemann hat den Vorstoß der Frankfurter bereits gestern zurückgewiesen. Daß wir nicht als Partei alles billigen können, was ein Reichspräsident an Verantwortung auf sich nehmen muß, ist selbstverständlich. Aber ich glaube doch, sagen zu dürfen — und ich habe die Dinge doch ziemlich aus der Nähe verfolgt —: wenn später einmal ein Historiker die Periode objektiv zu beurteilen versuchen wird, in der unser Ebert an der Spitze der deutschen Republik gestanden hat, dann wird er feststellen, mit wieviel Einsicht und Takt er dieses Amtes gewaltet hat. (Lebhafte Zustimmung.) Es wird ewig eine Ehre für die Sozialdemokratische Partei sein, daß sie unter so schwierigen Verhältnissen, solange es noch möglich war, aus ihren Reihen den Mann stellte, der so gewirkt hat, wie Ebert. (Lebhaftes Bravo.) Auf der anderen Seite hätte die einfache Klugheit davor warnen sollen, einen solchen Vorstoß zu unternehmen. Wir lesen täglich, wie die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Deutsche Zeitung“ gegen den Reichspräsidenten anrennen. Die wissen ganz genau, warum, und das sollte uns die politische Pflicht auferlegen, mehr zu überlegen, was wir tun, und gegen die vorzugehen, die Ebert beseitigen wollen, statt ihnen indirekt in ihrer Taktik zu helfen.

Nun ein paar sachliche Bemerkungen. Ich spreche ganz offen aus, daß auf diesem Parteitag noch gar nicht die Zeit dazu ist, über die Wahl des Reichspräsidenten zu reden. (Sehr richtig!) Wir wissen ja noch gar nicht, welche politische Konstellation vorhanden sein wird, wenn es zur Wahl des Reichspräsidenten kommt. (Sehr gut!) Wir wissen nicht, welche Parteien sich z. B. dafür erklären werden, Ebert wieder mit dem Amt des Reichspräsidenten zu betrauen. Aber eins dürfen wir doch heute schon annehmen, daß nämlich die Parteien, die auf der äußersten Rechten stehen, den Versuch machen werden, einen General, einen Mac Mahon oder einen Admiral an diese Stelle zu bringen. (Sehr wahr!) Ich hoffe, daß die deutschen Republikaner einschließlich der Sozialisten, so viel politischen Verstand aufbringen werden, das zu verhindern, ebenso wie die Franzosen jetzt gegen ihren Millerand diesen politischen Verstand aufgebracht haben. (Sehr richtig!) Diese Wahl wird ein Politikum ersten Ranges sein, und Parteileitung und Fraktion werden Mittel und Wege finden, um die Partei an der Wahl zu interessieren. Heute wäre es verfrüht, weiter etwas darüber zu sagen.

Nur wenige Schlussbemerkungen in bezug auf die Politik der Zukunft, die Genosse Hilferding in ihrem sachlichen Inhalt noch behandeln wird. Mir ist es gar nicht bange darum, daß die Sozialdemokratische Partei und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auch in Zukunft eine Politik verfolgen werden, die der Republik und dem Interesse der Arbeiterklasse zugute kommt. Denn wir sind ja in Deutschland heute überhaupt nicht mehr in der Lage, eine Politik der Isolierung zu treiben. Wir müssen heute internationale Politik treiben. Wer das Glück gehabt hat, in den Jahren seit Ende des Krieges mit unseren englischen, französischen, italienischen und belgischen Genossen über die Probleme der praktischen Politik zu verhandeln, hat gefunden, daß wir uns über die einschlagenden Schritte immer sehr bald einig geworden sind. Ich vertraue also in diesem Punkte nicht nur auf den gesunden Sinn der deutschen Partei, sondern auch auf das Zusammenwirken der Internationale, das uns vorwärts bringen wird, vorwärts bis zum endgültigen Siege. (Lebhafter Beifall.)

Dilmann-Stuttgart (persönliche Bemerkung): Genosse Wels hat davon gesprochen, daß ich und andere Genossen der früheren USPD. wiederholt bei Auseinandersetzungen der letzten Zeit auf die Erklärung, die 122 Teilnehmer des Geraer Parteitag mit mir auf jenem letzten Parteitag der USPD. abgegeben haben, Bezug genommen hätten. Er fügte hinzu, wir betrachteten diese Erklärung als ein Separatrecht in der geeinigten Sozialdemokratischen Partei. Die Erklärung, die wir auf dem Geraer Parteitag abgegeben haben, hat folgenden Wortlaut:

Die organisatorische Verschmelzung der sozialdemokratischen Parteien bedeutet nicht die Aufgabe der Gesichtspunkte und Auffassungen, von denen wir uns bisher haben leiten lassen. Der Parteitag bekennt sich auch in dieser Stunde zu der Auffassung, daß nur die Politik, die kämpfend gegen die Bourgeoisie die Kräfte des Proletariats zusammenfaßt und entfaltet, die proletarische Klasse als solche einigt und ihrem Endziel entgegenführt. Er ist sich bewußt, daß allein diese Politik imstande ist, das weitere Ziel der bisherigen Politik der USPD., — Einigung aller proletarischen Parteien — zu erreichen. In dieser Erkenntnis betont der Parteitag erneut, daß die Politik der Koalition mit den bürgerlichen Parteien, wie sie bisher getrieben wurde, der Einigung der Arbeiterparteien bisher am meisten hindernd im Wege stand, daß sie dem Proletariat keinen Vorteil, sondern Schaden gebracht hat, daß sie tiefe Enttäuschung in die Reihen der Proletarier gesät und daß sie um geringe zeitweilige Vorteile das dauernde Interesse des Proletariats in Gefahr gebracht hat.

Von diesem Gesichtspunkte ausgehend erklären die Delegierten des Parteitages, daß sie auch in der neuen Partei zur Koalitionspolitik im Sinne des Leipziger Manifestes der USPD. und im Geiste der Beschlüsse des Leipziger Parteitages vom Januar 1923 wirken werden. (Lebhafte Rufe: Hört, hört!)

Ich bitte Sie, selbst zu beurteilen, ob das nicht unser gutes Recht war. Wir verlangen kein Reservatrecht. Wir wirken wie jeder andere in der geeinten Partei für unsere Ueberzeugung. Als die USPD.-Kameraden in Gera beschlossen, der Einigung zuzustimmen, hat niemand von uns daran gedacht, den Kameraden der früheren SPD. zuzumuten, ihre sachliche Auffassung preiszugeben. (Sehr richtig!) Wir fanden uns zusammen, und von Reservatrechten kann weder hüten noch drüben die Rede sein.

Ich habe gestern gesagt, daß Meinungsverschiedenheiten in sachlicher Weise zum Austrag gebracht werden müßten, im übrigen aber wir uns alle zur gemeinsamen Arbeit und zu geschlossenem Kampfe gegen den Klassengegner zu-

sammenfinden müssen. Diesen Bemerkungen gegenüber sagt Genosse Wels, er stünde ihnen sehr mißtrauisch gegenüber. Es bleibt bei der Erklärung, die ich gestern abgegeben habe, und weder der Parteivorstand Genosse Wels, noch sonst jemand wird uns von dem Wege abbringen, das sachlich zum Ausdruck zu bringen, was unsere Ueberzeugung ist. Ich bedaure bloß, daß Genosse Wels derartige persönliche Ausfälle, die wir bei ihm, wenn es sich um Genossen handelt, die eine andere politische Richtung vertreten wie er, leider gewöhnt sind, gegen mich sich auch heute wieder erlaubt hat. (Beifall.)

Wels (Parteivorstand) (persönliche Bemerkung): Ueber den Takt streite ich mit dem Genossen Dilmann nicht. Ich möchte aber die Tatsache feststellen, daß die Erklärung, die er vorhin als in Gera abgegeben verlesen hat, ursprünglich als Antrag an den Geraer Parteitag gelangte, weil bestimmte Kreise die Hoffnung hatten, daß ein solcher Beschluß des Geraer Parteitages von der mehrheitssozialdemokratischen Partei als Hindernis für die Einigung betrachtet werden würde. (Lebhafter Widerspruch und Zurufe: Unerhört! — Große Unruhe.) Als das in Gera verlesen wurde, ist diese Erklärung zu Protokoll gegeben worden. (Erneute Rufe: Unerhört! Was sagt Hilferding dazu?)

Elke-Berlin (persönliche Bemerkung): Genosse Wels sagte, daß ich der beste Interpret dafür wäre, daß der Parteivorstand die Berechtigung hatte, in Berlin einzugreifen, weil ich als Vorsitzender des Bezirksparteitages das in einer Erklärung am Schlusse des Berliner Bezirksparteitages verlangt hätte. Das ist unrichtig. Ich zitiere aus dem Bericht des „Vorwärts“ vom 3. März folgendes:

Genosse Bille als Vorsitzender erklärt, daß nach den Erklärungen Dittmanns und Crispiens der Parteivorstand sich mit den Vorgängen beschäftigen werde. Ich habe also lediglich festgestellt, daß Genosse Dittmann und Genosse Crispien erklärten, der Parteivorstand werde eingreifen. Ich als Vorsitzender habe mich mit einer derartigen Maßnahme nicht identifiziert und war auch damit nicht einverstanden. (Hört, hört!)

Dilmann-Stuttgart (persönliche Bemerkung): Es liegt im Interesse der Partei, daß von diesem Parteitag aus nach den Bemerkungen des Genossen Wels keine falsche Auffassung draußen entsteht. (Sehr richtig!) Deswegen habe ich die Erklärung zu verlesen, die ich im Auftrage der 122 Antragsteller auf dem Geraer Parteitag der USPD. abgegeben habe. Die Mehrheit des Parteitages hatte die von mir verlesene Erklärung, die ursprünglich ein Antrag war, unterzeichnet. Dann traten Kameraden, die die Erklärung nicht mit unterzeichnet hatten, an uns heran und sagten: wir sind selbstverständlich mit euch nicht uneinig, aber wir wollen uns nicht dem Verdacht aussetzen, daß, nachdem die Vorverhandlungen zwischen den Parteivorständen geschlossen worden sind und nachdem in Augsburg die Einigung beschlossen worden ist, wir im letzten Augenblick der Einigung durch einen solchen Beschluß Schwierigkeiten machen wollten. (Sehr richtig!) Daraufhin haben wir uns als Antragsteller verständigt, um zum Ausdruck zu bringen, daß es uns darum zu tun sei, auch nicht den Funken eines Mißtrauens entstehen zu lassen. (Sehr richtig!) Ich habe dann im Auftrage der Antragsteller eine Erklärung abgegeben, und zwar unter Bezugnahme auf den Genossen Ledebour, den ich vergeblich mit anderen Freunden beschworen habe, den Einigungsweg zu beschreiten. Ledebour hat unserem Antrag gegenüber gesagt: das ist ein Beschwichtigungsvorwurf, und ihr bringt mich nicht dazu, auch wenn ihr diesen Antrag stellt, der Verschmelzung der beiden Parteien zuzustimmen. Wir sagten in der Erklärung folgendes:

Ledebour hat meinen Appell als „Belästigung“ empfunden. Das sollte er nicht sein. Er galt ihm und seinen Freunden. Er galt und gilt aber auch über den Rahmen des Parteitages hinaus, er gilt für alle, die sich bisher nicht entschließen konnten, den Weg gemeinsam mit uns weiterzugehen. Das Zu-

reden betrachten wir als unsere Pflicht. Wir werden weiter so verfahren, bis wir die Vereinigung des gesamten Proletariats herbeigeführt haben.

Genosse Ledebour hat gemeint, unsere Resolution sollte einen Beschwichtigungsvorwurf darstellen. Die Resolution sagte in ihrem Wortlaut klar und präzise, was sie sein soll, nämlich ein Willensausdruck, ein Ausdruck unserer Ueberzeugung, für die wir eingestanden sind und für die wir weiter eintreten werden. Die Wirkung kann und soll keine andere sein, als daß wir dem Parteitag wie der gesamten Arbeiterklasse sagen: wir werden unsere Ueberzeugung auch weiter sachlich verteidigen und hoffen, sie zum Siege zu führen. Nachdem dieser unser Willensausdruck die Tatsache zu verzeichnen hat, daß ein wesentlicher Teil, die Mehrheit des Parteitages — die Resolution trägt 122 Unterschriften —, unterzeichnet hat, können wir auf eine formelle Abstimmung verzichten und geben diese Resolution als eine Erklärung der Unterzeichneten zu Protokoll.

(Lebhafte Rufe: Hört, hört! bei der Opposition.)

Nachdem das protokolllarisch feststeht, beurteilen Sie selbst die Unterstellungen des Genossen Wels. (Beifall bei der Opposition.)

Dr. Hilferding (Parteivorstand): Es gibt selbstverständlich in einer solchen Situation Vorgänge, die nicht im Protokoll zum Ausdruck kommen. (Sehr richtig!) Es liegt mir vollständig fern, etwa zu behaupten, daß die 122 Unterzeichner dieser Erklärung die Einigung nicht gewollt hätten. Wir haben aber in Verhandlungen, die namentlich mit der wichtigsten Landsmannschaft, die den Antrag unterschrieben hatte, geführt worden sind, die Genossen darauf aufmerksam gemacht, daß die Annahme dieses Antrages mit größter Wahrscheinlichkeit zur Zerschlagung der Einigung führen müsse. Trotzdem ist dieser Antrag von den Genossen, die sich der ganzen Tragweite bewußt sein konnten, gestellt worden, und erst in den Verhandlungen ist es gelungen, einen großen Teil der Unterzeichner zu der Erklärung zu veranlassen, daß sie auf die Annahme eines solchen Antrags verzichten und sich im Interesse der Einigung damit begnügen werden, daß die Erklärung zu Protokoll genommen wird. Dadurch erst ist die Abstimmung über den Antrag und damit die Gefährdung der Einigung in Gera verhindert worden. (Lebhafte Rufe: Na also!)

Crispien (Parteivorstand) (persönliche Bemerkung): Ich wollte zu dieser Frage nicht sprechen, nachdem Genosse Hilferding sich dazu geäußert hat. Ich kann nur bestätigen, daß Genosse Hilferding den Sachverhalt durchaus richtig dargestellt hat.

Ich muß aber zu dem sprechen, was sich in den Auseinandersetzungen zwischen den Genossen Witte und Wels abgespielt hat. Ich spreche nicht darüber, weil es sich um eine Berliner Frage handelt, sondern, weil im ganzen Reich verbreitet worden ist, der Parteivorstand habe sich in Berlin bei der Aufstellung der Kandidaten zur Reichstagswahl diktatorische Eingriffe erlaubt. Diese Behauptung wurde zuerst von dem Genossen Franken aufgestellt, der Redakteur der „Levi-Korrespondenz“ ist, und der nicht nur bei der kommunistischen Partei organisiert war, sondern der noch als Mitglied unserer Partei in dem Organ der Kommunisten „Chronik des Faschismus“ Mitarbeiter war. (Hört, hört!) Dieser Genosse erklärte in der „Levi-Korrespondenz“, daß auch Genosse Crispien aufgehört habe, ein Mann des linken Flügels zu sein, daß er jetzt auch zum rechten Flügel übergegangen sei. (Hört, hört!) Ich will gar kein Hehl daraus machen, daß ich in politischen Fragen häufig genug einen sehr ablehnenden Standpunkt gegen die offizielle Politik der Partei eingenommen habe. Aber ich muß es ablehnen, mich von den Genossen, der sich meines Erachtens nicht so bewährt hat wie manche andere Genossen, in meiner Gesinnung

abstempeln zu lassen. Als ich dann in der Korrespondenz, in der dieser Vorwurf gegen mich erhoben wurde und der Parteivorstand zu Unrecht beschuldigt wurde, eine Erwiderung veröffentlichen wollte, in der ich die Sache richtig stellte, ist diese Erwiderung nur zur Hälfte abgedruckt worden. Es war mir infolgedessen nicht möglich, an der gleichen Stelle die nötige Antwort zu erteilen. (Hört, hört!) Wie lag die Angelegenheit in Berlin? In Berlin war es nicht möglich, durch die Verhandlungen eine Liste zustande zu bringen, die beide Seiten befriedigte. Als auf dem Bezirksparteitag eine Kandidatenliste angenommen war, erklärte die Hälfte der Kandidaten, auf dieser Liste nicht kandidieren zu wollen, weil die Rechte sich benachteiligt fühlte. Damit hatten wir statt 10 nur 5 Kandidaten. Es gab eine lange Auseinandersetzung, und ich habe dann, bevor der Bezirksparteitag auseinanderging, den Vorschlag gemacht, der Bezirksparteitag sollte entweder noch am selben Abend erneut zusammentreten oder am folgenden Sonntag, damit die Berliner Organisation ihre Kandidaten selbständig aufstellt und ein Eingreifen des Parteivorstandes vermieden wird. Ich als Vertreter des Parteivorstandes habe mich dahin ausgesprochen, die Berliner Organisation möchte es uns ersparen, als Parteivorstand eingreifen zu müssen. Der Bezirksparteitag hat meinen Vorschlag nicht angenommen. Der Parteivorstand wurde dann angerufen; wir haben mit den Berliner Organisationsleitungen eine gemeinsame Sitzung abgehalten. Der Parteivorstand hat keine Kandidatenliste diktiert, sondern er hat mit der Berliner Organisationsleitung verhandelt. Es wurde über eine neue Kandidatenliste ein Beschluß der Berliner Leitung selbst herbeigeführt. Dieser Beschluß wurde einem zweiten Bezirksparteitag zur Annahme empfohlen und von der Berliner Bezirkskonferenz auch angenommen. Nach diesem Sachverhalt kann kein Mensch mehr erklären, daß die Reichstagskandidaten von Berlin auf Grund eines Diktats des Parteivorstandes aufgestellt worden seien. Zwei linksstehende Genossen lehnten es nun leider ab zu kandidieren. Es blieben noch acht Kandidaten übrig, und das schien bei den Aussichten in Berlin ausreichend zu sein. Das richtig zu stellen hielt ich für notwendig, damit nicht sachliche Auseinandersetzungen durch persönliche Quertreibereien vergiftet werden. (Sehr gut!) Die Opposition wird in Grund und Boden gewirtschaftet, wenn in ihr bestimmte Elemente die Taktik verfolgen, jeden, der sich nach seiner Ueberzeugung zu entscheiden wagt, politisch zu meucheln und gesellschaftlich zu ächten. (Sehr gut! — Erregte Zurufe und große Unruhe.) Ich trage dem nicht Rechnung. Jeder soll für das eintreten, was er verantworten kann, und die Partei mag über jeden Genossen entscheiden. (Bravo! und Händeklatschen.)

Vorsitzender Dittmann: Es liegt ein genügend unterstützter Antrag auf namentliche Abstimmung über den Antrag Nr. 244 vor.

Hierauf wird auf Antrag des Genossen Brühne dem Parteivorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Zu der folgenden namentlichen Abstimmung bemerkt der Vorsitzende Dittmann, daß sämtliche Mitglieder des Parteitages, auch die Mitglieder des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion, stimmberechtigt sind, da es sich nicht um einen Rechenschaftsbericht, sondern um die allgemeinen Richtlinien handelt, nach denen die Parteipolitik zu führen ist.

Die Verjammung beschließt gemäß dem Vorschlage des Vorsitzenden Dittmann, zunächst namentlich über den Antrag Müller abzustimmen.

Es erfolgt also zunächst die namentliche Abstimmung über den Antrag Müller und Genossen.

Nachmittagsſitzung.

Vorſitzender Dißmann: Für die Wahlen zum Parteivorſtand werden vom Parteiausschuß folgende Vorſchläge gemacht. Es werden vorgeschlagen: drei Vorſitzende: Hermann Müller, Otto Wels, Arthur Crispian; zwei Kassierer: Friedrich Bartels, Konrad Ludwig; fünf Sekretäre: Dr. Braun, Dißmann, Frau Suchacz, Mollenbuh, Stelling; neun Beſißer: Richard Fiſcher, Frank, Hildebrand, Dr. Hüſerding, Künſtler, Dr. Moſes, Frau Remig, Frau Ryned, Heinrich Schulz.

Von den bisherigen Sekretären ſind die Genossen Pfannkuch, Heinrich und Krüger geſtorben. Der Parteiausschuß hielt es nicht für notwendig, eine der Zahl der Verſtorbenen entſprechende Ergänzung der Sekretäre vorzunehmen, weil der Parteivorſtand ohnehin durch die Vereinigung der beiden Parteien ſehr ſtark geworden iſt. Genosse Stelling, der früher dem Parteivorſtand der SPD. angehört hat, iſt ſeinerzeit beurlaubt worden, um dem Ruſe der mecklenburgiſchen Genossen entſprechend das Amt des Miniſterpräſidenten in Mecklenburg zu übernehmen. Er würde nach früheren Beſchlüſſen der SPD. noch als Mitglied des Parteivorſtandes anzuſehen ſein und rückt wieder in die Zahl der Sekretäre ein. Von den früheren Beſißern iſt Genosse Ritter verſtorben. Der Parteiausschuß war der Anſicht, daß es nicht notwendig ſei, an ſeiner Stelle einen Beſißer in den Parteivorſtand zu wählen. Weitere Vorſchläge bitte ich bis 5 Uhr nachmittags beim Bureau einzureichen.

Für die Kontrollkommiſſion werden vom Parteiausschuß folgende Vorſchläge gemacht. Laut Statut ſind neun Mitglieder zu wählen. Es werden vorgeschlagen: Lore Agnes, W. Bod, Auguſt Bren, Friedrich Brühne, Klemens Hengsbach, Auguſt Karſten, Paul Löbe, Hermann Müller-Viſtchenberg, Adolf Schönlender, Robert Wengels.

Das Reſultat der Abſtimmung von vormittag iſt folgendes: Für den Antrag Müller ſind 262 Stimmen, gegen den Antrag 105 Stimmen abgegeben. Demnach iſt der Antrag Müller angenommen (Bravo!) und der Antrag Dißmann iſt dadurch erledigt.

Die Abſtimmung über alle übrigen gedruckten Anträge kann erleichtert werden, wenn die Anträge nach den Vorſchlägen der Referenten Wels und Müller verhandelt werden. Ich frage den Parteitag, ob er damit einverſtanden iſt, daß die Anträge ihre Erledigung ſo finden, wie Wels und Müller vorgeschlagen haben. — Ich höre keinen Widerſpruch und ſtelle feſt, daß mit Ausnahme des einen Antrags, über den namentliche Abſtimmung beantragt iſt, alle anderen Anträge ihre Erledigung in dem von mir bezeichnenden Sinne gefunden haben. Eine gedruckte Zuſammenſtellung über das Schickſal der Anträge wird den Delegierten noch überreicht werden.

Es folgt die namentliche Abſtimmung über Antrag 244 Ekſtein und Genossen, wonach die Reichstagsfraktion beauftragt wird, bei der Haushaltsberatung den Reichswehretat abzulehnen.

Vorſitzender Dißmann: Ich habe noch Kenntnis davon zu geben, daß noch folgender Antrag geſtellt wurde:

Der Parteitag erklärt:

Da die Internationale Arbeiterhilfe ein Organ der kommuniſtiſch-bolschewiſtiſchen Politik iſt, die als eines der Hauptziele die Vernichtung der Sozialdemokratie erſtrebt, iſt die Beteiligung an der Internationalen Arbeiterhilfe

und ihre Unterſtützung unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Sozialdemokratie.

(Sehr gut!)

Eine Debatte über den Antrag findet nicht mehr ſtatt, da beim Bericht des Genossen Wels über die Sache debattiert worden iſt und ſich Genosse Wels eindeutig zu der Frage geäußert hat.

Wir haben die ſächſiſchen Parteidifferenzen aus der allgemeinen Debatte ausgeſchieden und eine Kommiſſion eingefeßt, die zunächſt den Verſuch einer Verſtändigung machen ſollte. Ich gebe nunmehr das Wort dem Berichtſtatter der Kommiſſion, dem Genossen Buchwig.

Buchwig-Görlich: Die Kommiſſion, die Sie zur Beilegung des Streites der ſächſiſchen Parteigenossen eingefeßt haben, hat ihre Arbeiten beendet. Ich kann wohl ſagen, daß das Reſultat der Arbeiten nicht nur als befriedigend bezeichnet werden kann, ſondern daß weit darüber hinaus die Genossen beider Richtungen, der Parteitag und die Gesamtpartei außerordentlich zufrieden mit dem Reſultat ſein werden. Die Arbeit der Kommiſſion iſt dadurch erleichtert worden, daß die Kommiſſion nicht in die Lage verſetzt wurde, einen Richterſpruch zu fällen, ſondern die Gelegenheit gegeben war, zu einer gegenseitigen Verſtändigung zu kommen. (Bravo!) Es muß feſtgeſtellt werden, daß beide Richtungen von vornherein den Willen zeigten, die Einheit der ſächſiſchen Partei wiederherzuſtellen. (Bravo!)

Die Kommiſſion hatte es ſich von vornherein zur Aufgabe geſtellt, den anweſenden Genossinnen und Genossen beider Richtungen von Sachſen weiteſten Spielraum in der Ausſprache zu geben. Ich glaube, daß nach dieſer Richtung hin weder die Fraktionsminderheit, noch die Fraktionsmehrheit ſich über irgendeine Einigung beklagen kann. Von der ſogenannten Fraktionsminderheit haben an den Verhandlungen teilgenommen die Genossen Arzt, Liebmann, Edel, Graupe und Schwarz, von der ſogenannten Fraktionsmehrheit Hagen, Franz, Bethge, Müller und Held. Angeſichts dieſes Reſultats der Verhandlungen und mit Rückſicht auf die Kürze der dem Parteitag noch zur Verfügung ſtehenden Zeit kann ich mir es erſparen, die geſchichtliche Entwicklung des Parteistreits in Sachſen vor Augen zu führen. Ueberdies haben ſich beide Richtungen in ſehr erfreulicher Weiſe bemüht, durch Niederlegung je einer Broſchüre die auf dem Parteitag anweſenden Genossinnen und Genossen über die geſchichtlichen Urſachen des Parteistreits zu informieren. Die Kommiſſion iſt im Laufe der Verhandlungen ſehr ſchnell zu der Meinung gelangt, daß es ſich um zwei entſcheidende Punkte in dem Parteistreit handelt, erſtens um die Frage, wer über wichtige parlamentariſche Laſtfragen, ſei es Regierungsbildung, ſei es Miniſterwahl, entſcheidet, zweitens wie ſich die zukünftige Politik in Sachſen geſtalten ſoll. Daß in Sachſen überhaupt Unſtimmgkeiten über dieſe beiden Punkte entſtanden, iſt nach Auffaſſung der Kommiſſion darauf zurückzuführen, daß bisher die Kompetenzen der Landesinſtanzen und der einzelnen Körperſchaften in der Partei nicht klar genug abgegrenzt waren, daß zweitens inſolge der bekannten Ereignisse in Sachſen eine Entwicklung vor ſich ging, bei der oftmals ſchnell Entſcheidungen gefällt werden mußten. Die Kommiſſion war ſich klar darüber, daß das Schwergewicht auf dieſe beiden Punkte gelegt werden mußten. Die bisherigen Einigungsverhandlungen und Einigungsverſuche, die vom Parteivorſtand ſowie von den ſächſiſchen Landesinſtanzen vorgenommen worden waren, waren geſcheitert, und inſolgedeffen mußte ſich nun der Parteitag mit dieſen Dingen beſchäftigen.

Die Kommiſſion glaubt, eine endgültige Löſung gefunden zu haben und unterbreitet dem Parteitag folgende Erklärung zur Beilegung des Parteistreits in Sachſen:

1. Die Entscheidung über Regierungsbildungen, Ministerwahlen und sonstige parlamentarische Taktikfragen in den einzelnen Ländern trifft die zuständige Landtagsfraktion.

2. Wenn es technisch irgendwie durchführbar ist, sind die Landtagsfraktionen verpflichtet, vor ihrer Entscheidung über grundlegend wichtige Fragen eine Beschlüßfassung der Landesinstanzen herbeizuführen.

3. Für die Politik in den Landtagen sind die Landtagsfraktionen den Landesparteierversammlungen und dem Reichsparteitag verantwortlich. Die Entscheidungen der Landesparteierversammlungen sind für die Fraktionen verbindlich.

4. Nicht berührt hiervon wird das Recht des Parteivorstandes und Parteiausschusses, die Ausführung von Landesbeschlüssen bis zur Entscheidung eines Reichsparteitages zu suspendieren, wenn diese den Beschlüssen der Reichsparteitage zuwiderlaufen oder die Interessen der Gesamtpartei schwer schädigen.

Unbeschadet der bisher vertretenen taktischen Auffassungen erklären alle sächsischen Genossen, die an den Verhandlungen der Einigungskommission auf dem Berliner Parteitag teilgenommen haben:

1. Fraktionsmehrheit einerseits, Fraktionsminderheit und Landesinstanzen andererseits haben in der Vergangenheit in der festen Überzeugung gehandelt, dem Wohle des wertvollen Volkes zu dienen. Beide haben bestimmt geglaubt, im Recht zu sein. In der Tat hatten die außer-sächsischen Gewaltmaßnahmen unvorhersehbare Situationen geschaffen, die, sich überstürzend, zu immer neuen Gefahrenpunkten führten. Dazu kam, daß die Zuständigkeit der einzelnen Körperschaften bisher nicht klar genug abgegrenzt war.

Die Genossen beider Richtungen haben sich inzwischen zusammengefunden, um über die Grundlagen des Zusammenarbeitens in der nächsten Zukunft zu beraten. Die Genossen haben die Grundlage gefunden. Die Kommission empfiehlt dem Parteitag die debattierlose und einstimmige Annahme der Erklärung.

2. Höher als alle Vorteile und Nachteile der Koalitionspolitik und einer Koalitionsregierung steht uns die Einheit der Partei. Getragen von dieser Auffassung, stellen die sächsischen Genossen für die künftige Landespolitik folgendes fest:

- a) Die neue Taktik der Kommunistischen Partei, an Stelle der „Einheitsfront“ offen die Vernichtung der Sozialdemokratie zum Leitmotiv ihres Handelns zu machen, hat die proletarische Mehrheit im Sächsischen Landtag zerstört. Ihre Wiederherstellung wird durch das Verhalten der Kommunisten für absehbare Zeit unmöglich gemacht.
- b) Die Politik der Gesamtpartei geht dahin, durch Annahme und Durchführung des Sachverständigen Gutachtens die Wirtschaftslage Deutschlands zu sichern und allmählich zu verbessern. Wird dann der schwere Kampf um die innere Lastenverteilung, der nur von einer einigen geschlossenen Sozialdemokratie mit Erfolg für die arbeitende Bevölkerung geführt werden kann, günstig beendet, dann ist ein starker Rückgang der nationalsozialistischen und kommunistischen Verzweiflungstimmen zu erhoffen. Die gesamte sächsische Landtagsfraktion wird im Geiste dieser Politik der Gesamtpartei daran mitarbeiten, zu verhindern, daß während dieser kritischen Uebergangszeit die Regierung Sachsens in die Hände der Reaktion gerät.

3. Die Neuaufstellung der Landtagskandidaten ist in einigen sächsischen Bezirken bereits erfolgt, in der Annahme, daß Neuwahlen unmittelbar bevorstünden. Angesichts der veränderten Situation wird die Auswahl der Landtagskandidaten den zuständigen Parteiorganisationen nochmals zur Entschei-

bung vorgelegt werden, möglichst nicht früher als acht Wochen vor den Neuwahlen. Die Anwesenden verpflichten sich, dafür einzutreten, daß bei der Auswahl der Landtagskandidaten die Stellung der einzelnen Parteigenossen in dem jetzt überwindenen Parteistreit nicht gewertet wird.

Dieses Ergebnis ist nicht durch einen Schiedsspruch, sondern durch bereitwilliges Entgegenkommen beider Richtungen innerhalb der Fraktion des Sächsischen Landtags zustande gekommen. Mehrheit und Minderheit haben sich schon zusammengefunden, um die Arbeit für die nächste Zeit zu regeln. (Bravo!) Die Kommission empfiehlt Ihnen, diesen Entscheid, der alle befriedigen kann und im Interesse der Partei die Schlag- und Stosskraft unserer Bewegung für die nächsten Kämpfe stärkt, debattelos und einstimmig anzunehmen. (Bravo!)

Vorsitzender Wels: Ich glaube, die Partei kann sich zur Beilegung des Streits unter den sächsischen Genossen in dieser Weise beglückwünschen. Der Antrag 238 kann daher vom Parteivorstand zurückgezogen werden, der den Beschluß des Parteiausschusses zum Beschluß des Parteitages erheben sollte. Es bleibt als Gutachten des Parteiausschusses bestehen. Ich bitte den Parteitag, seiner Meinung dahin Ausdruck zu geben, diese von der Kommission empfohlene Vereinbarung durch möglichst einmütige Annahme als Auffassung des gesamten Parteitages hinzustellen. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich stelle die einstimmige Annahme fest. (Bravo!)

4. Das Organisationsstatut.

Cipiniski-Leipzig (Berichterstatter): In der Vorlage legt Ihnen die Organisationskommission die neue Verfassung der Sozialdemokratischen Partei vor, in der die in Nürnberg vollzogene Einheit zum Ausdruck kommt. Zur Grundlage des neuen Statuts sind die alten Statuten der Sozialdemokratischen und Unabhängigen Partei genommen worden, aus denen das Beste gewählt und durch die Erfahrungen und Beratungen ergänzt wurde.

Das Statut bringt zum Ausdruck, daß wir eine geschlossene Partei von Mitgliedern sein wollen, die den ersten Willen haben, im Rahmen der Organisation grundsätzliche Politik der Partei zu treiben und zu fördern. Daher ist zwischen vorläufigen und endgültigen Mitgliedern unterschieden. Mitglieder, die diesen ersten Willen nicht haben, sollen innerhalb eines Jahres durch einfachere Art als durch das Ausschlußverfahren aus der Partei wieder entfernt werden können.

Vertrauensämter innerhalb der Partei sollen nunmehr nur übertragen werden, wenn die bisherige Mitgliedschaft eine Gewähr dafür bietet, daß das Amt im Interesse der Partei ausgeübt wird. Es ist daher eine Karenzzeit für die Übernahme von Vertrauensposten vorgesehen. Wir wissen, daß Lenin in seiner Schrift „Die Kinderkrankheiten des Radikalismus“ Anweisung gegeben hat, wie sich die Kommunisten durch Zug und Trug in anderen Parteien Eingang verschaffen sollen. Solche Zellenbildung und Sprengung der Partei zu verhindern mußte im Statut ermöglicht werden; denn gerade die Zerstörung der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften ist die von den Kommunisten bestätigte neueste Methode.

Nach dem Statut soll die Mitgliederzahl für die Besetzung des Parteitages maßgebend sein. Wir können keine Papierstaten gebrauchen, sondern stetige, beitragszahlende Mitglieder. Es geht nicht an, daß Parteiorte alle Rechte der Partei für sich in Anspruch nehmen, oder andern Orten die Zahlungspflicht an den Parteivorstand überlassen. Nunmehr wird der Parteitag ein getreues Spiegelbild der Partei darstellen, und die Mitglieder in sich verkörpert sehen, die auch tatsächlich für die Partei materiell das Notwendige leisten.

Wir haben die Demokratie innerhalb der Partei in weitestem Rahmen auszubauen versucht. Das gleiche Verlangen geht aus der großen Zahl der vorliegenden Anträge hervor. Mit diesen Anträgen aber wird zugleich die Ablehnung der Diktatur innerhalb der Partei dokumentiert. Dadurch unterscheiden wir uns grundsätzlich von anderen Parteien. Für die Herstellung der Demokratie in der Partei, getragen von dem Willen der Mehrheit, ist Vertrauen die erste Voraussetzung. Deshalb wollen wir auch, daß bei allen Wahlen innerhalb der Partei keine Zufallsmehrheit entscheidet. Wenn sich z. B. bei der Wahl des Parteivorstandes keine Mehrheit für einen Kandidaten entscheidet, so muß der Wahlgang wiederholt werden. Das hohe Amt des Parteivorstandes muß unbedingt vom Vertrauen der gesamten Partei getragen werden, also von einer Mehrheit, die mehr als die Hälfte der Abstimmenden beträgt.

Aber auch das Mißtrauen innerhalb der Partei muß ausgeräumt werden. Durch die zur Abänderung des veröffentlichten Entwurfs vorgelegten Anträge geht ein Zug des Mißtrauens, der stark an die Parteienpolitik der Kommunisten erinnert, das Vertrauen zu den Führern zu erschüttern.

Noch deutlicher als der Antrag 115 wird in dieser Hinsicht der Antrag 171, der zwischen bezahlten und ehrenamtlichen Funktionären unterscheidet. Ist die Arbeit so stark gemachsen, daß sie nicht mehr ehrenamtlich bewältigt werden kann, und muß der Betreffende bezahlt werden, so soll er zu minderem Recht degradiert werden. (Hört, hört!) Im Auftrage der Kommission protestiere ich auf das schärfste gegen die Tendenz dieser Anträge. (Bravo!) Dann wäre also der Redakteur, der Expedient, sogar der Austräger einer Zeitung als Funktionär stimmberechtigt, bei dem Parteisekretär aber soll das Stimmrecht ruhen! Haben wir Personen auf so hervorragende Posten gestellt, so haben wir ihnen damit unser Vertrauen bekundet, ein solches Amt auszuüben, und können deshalb keine Unterscheidung im Stimmrecht machen. Selbst im Statut der unabhängigen Partei nach der Spaltung in Halle wurde für die besoldeten Vorstandsmitglieder und Sekretäre das Stimmrecht beschlossen. Dann kann man es den Sekretären in den Bezirken nicht streitig machen. Die Statuten der Ortsvereine, Unterbezirke und Bezirke sollen mit dem der Gesamtpartei nicht in Widerspruch stehen.

Der Antrag 248 ist überflüssig. Es ist selbstverständlich, daß kein Parteigenosse in einer Körperschaft mitwirkt und mit entscheidet, wenn er persönlich interessiert ist. Müller-Berlin-Tempelhof: Sehr richtig! Dieser allgemeine Grundpaß auf alle Parteiorganisations-Ansprüche ausgedehnt, macht diesen Antrag gegenstandslos.

Die Gesamtpolitik der Partei ist darauf eingestellt gewesen, ein unitarisches Deutschland zu erreichen und mit der Kleinstaaterei aufzuräumen. Im Verfolg dieser Politik hat der Parteitag in Weimar die stärkere Zentralisation der Partei beschlossen. Durch die Reichsverfassung ist kein einheitliches Reich geschaffen, den Ländern ist ein gewisses Eigenleben verblieben. Dasselbe muß den Parteiorganisationen in den Ländern zugesprochen werden, sie müssen die Möglichkeit haben, dieses Eigenleben auszuschöpfen. Diese Zentralisation der Partei bedingt keine Uniformierung. Die Länder haben verschiedenes Ausmaß, verschiedene wirtschaftliche Struktur und Tradition, so daß hierfür ein gewisser Spielraum gelassen werden muß. Das Organisationsstatut gibt deshalb für die Bezirks- und Unterbezirksorganisationen nur allgemeine Richtlinien. Deshalb kann man auch keine Urwahlen für alle möglichen Fälle im Reichstatut festlegen. Wo in den Ländern und Bezirken ein Bedürfnis dafür vorhanden ist, muß es das Bezirksstatut selbst regeln. Der Parteitag verbietet keine Urwahl.

Es liegt ein Antrag vor, bei allen Parteiwahlen die Verhältniswahl anzuwenden. Dieser Antrag zeigt eine Weltfremdheit der Parteiorganisationsarbeit. Die Verhältniswahl ist für allgemeine Wahlen verschiedener Parteien festgesetzt. Wir erstreben doch gerade die Einheit der Partei. Nach welchen Gesichtspunkten sollte innerhalb der Partei nach dem Verhältniswahlsystem gewählt werden. Dieser Antrag beweist, wie notwendig ein Lehrkursus für Mitglieder über die Parteiorganisation ist. (Sehr gut!)

Leider gibt es an manchen Orten so wenig freudige Mitarbeiter in der Organisation, daß sich die Arbeit auf wenige Personen häuft. Hier gilt es, durch Erziehungsarbeit mehr Mitarbeiter zu finden, um die Ueberhäufung mit Arbeit zu vermeiden.

Es ist davon abgesehen worden, für Doppelmandate einen generellen Vorschlag zu machen. Es wird nur an den Beschluß des Weimarer Parteitages erinnert:

Die Demokratisierung des Wahlrechts in Reich, Staat und Gemeinde hat die Zahl der parlamentarischen Mandate der Partei stark erhöht und zur Uebertragung mehrerer Mandate einzelner Genossen geführt.

Obwohl es durchaus nicht unerwünscht ist, daß die Verbindung und Zusammenarbeit der einzelnen Fraktionen durch einige Doppelmandate inniger gestaltet und gesichert werden, birgt die Uebertragung mehrerer parlamentarischer Mandate an einen Genossen doch die Gefahr in sich, daß jedes Mandat nicht mit der gebotenen Hingabe ausgeübt werden kann.

Da aber die Partei das größte Gewicht darauf legen muß, daß jedes von ihr vergebene Mandat mit Pflichttreue und Gewissenhaftigkeit ausgeübt wird, empfiehlt der Parteitag, parlamentarische Doppelmandate möglichst zu vermeiden.

Hier ist von Körperschaften, die gesetzgeberische Arbeit zu leisten haben, die Rede, also nicht von Gemeindevertretern.

Die Kommission hat weiter festgestellt, daß Parteivorstandsmitglieder oder Organisationsleiter, wenn sie in Ministerstellungen berufen werden, für die Zeit ihres Amtes von ihren Parteiämtern zurücktreten. Wir sind der Auffassung des Parteivorstandes beigetreten, daß diesen Parteigenossen der Austritt in ihre Parteiämter gewährleistet werden muß, wenn ihre politische Tätigkeit als Minister beendet ist. (Sehr richtig!) Die Partei muß sich alle Kräfte dienstbar machen, und es wäre unwirtschaftlich, gerade diese Kräfte brach liegen zu lassen.

Wir haben ferner darauf hinzuweisen, daß Aufgaben, die dem Bezirksstatut zu regeln vorbehalten sind, in das Reichstatut nicht aufgenommen worden sind.

Es ist dann das Verlangen gestellt worden, im Statut zu bestimmen, daß der Parteivorstand nur im Einverständnis mit den Bezirksverbänden die Bezirke abgrenzt. Das ist selbstverständlich und braucht nicht im Statut festgesetzt zu werden.

Es bleibt noch übrig, auf die Einzelfragen einzugehen. Im § 1 ist angegeben, wer Mitglied ist. Mitglied ist, wer der Organisation beitritt und sich zu den Grundsätzen der Partei bekennt. Eine weitere Formulierung haben wir abgelehnt, weil es selbstverständlich ist, daß der Parteigenosse sich nach den Satzungen der Partei richten muß. Eine andere Frage ist durch Antrag 37 aufgeworfen worden. Dieser Antrag ist überflüssig, weil in der Mannheimer Resolution schon die Verpflichtung enthalten ist, daß jeder Parteigenosse sich einer gewerkschaftlichen Organisation anschließen muß, soweit für seinen Beruf eine Gewerkschaft besteht. Die Kommunisten erstreben die Bildung roter Gewerkschaften. Das bringt ein

enges Zusammenarbeiten zwischen der Partei und den Gewerkschaften mit sich und wird sich wahrscheinlich darin ausdrücken, daß eine nähere Vereinbarung mit den Gewerkschaften getroffen werden muß. Deshalb sind derartige Anträge überflüssig.

Im § 5 Abs. 2 ist eine Karenzzeit von 1 Jahr für die Uebernahme eines Vertrauensamtes in der Partei vorgesehen. Wir haben das Wort endgültig eingeschaltet, weil wir im § 28 Absatz 3 den Ortsvereinen die Möglichkeit geben, innerhalb eines Jahres ein Mitglied auszuschließen. Wenn also ein Streit über die Mitgliedschaft schwebt, wird die einjährige Karenzzeit bis zur endgültigen Aufnahme ausgedehnt werden müssen.

Als Neuheit ist in das Statut aufgenommen, daß es sich gegen die Zellenbildung innerhalb der Partei wendet. § 28 Abs. 5 enthält eine neue Bestimmung über die Zugehörigkeit zur Partei. In den §§ 28 ff. ist das geordnete Ausschlußverfahren geregelt, das auch durch das neue Organisationsstatut nicht berührt werden soll. Es ist aber Vorsorge getroffen, die Bedingungen, unter denen jemand nicht Mitglied sein kann, zu erweitern. Im Abs. 5 werden 4 verschiedene Möglichkeiten vorgesehen. Zur Partei kann nicht gehören, wer einer anderen politischen Partei als Mitglied angehört, ferner wer sie finanziell unterstützt ohne Mitglied zu sein. Die dritte Möglichkeit ist, daß der ausgeschlossene werden kann, der für die gegnerische Organisation innerhalb der Partei wirkt, und die vierte, daß er gegen die Partei selbst wirkt. Hier entsteht die Frage, ob, wenn ein solcher Parteischädling festgestellt ist, man warten soll, bis das ordentliche Ausschlußverfahren erledigt ist und der Betreffende monatelang die Wählbarkeit innerhalb der Partei fortsetzen kann, oder ob man kurzen Prozeß machen soll. Der Vorschlag sieht vor, daß in solchem Falle dem Parteivorstand ein außerordentliches Ausschlußverfahren eingeräumt werden soll. Den vom Parteivorstand ausgesprochenen Ausschluß kann nur der Parteitag aufheben. So glaubt die Kommission die Partei gegen die Zellenbildung innerhalb der Partei schützen zu können. Die Meinungsfreiheit innerhalb der Partei, der Organisation und der Presse darf aber unter keinen Umständen Andach sein, solches Ausschlußverfahren einzuleiten, sonst würde die Partei zur dogmatischen Sekte herabsinken und damit das innere Leben der Partei lahmlegen. (Sehr richtig!) Ich bitte Sie daher, dem Antrage 249, der dieses außerordentliche Ausschlußverfahren wieder beiseitigen will, nicht stattzugeben.

Im § 3 ist die Gliederung der Organisation vorgesehen. Da lagen eine Reihe von Anträgen vor, daß man vom Fundament aus nach oben geht, d. h. vom Ortsverein auf den Unterbezirk oder Kreisverein und von dort auf die Bezirksorganisationen. Die Zahl der Organisationen, die in direktem Verkehr mit dem Parteivorstand stehen, soll auf ein kleines Maß beschränkt werden. Deshalb ist die Einheitsorganisation die Bezirksorganisation, die sich wieder in Unterbezirke und Ortsvereine gliedert. Die Statuten der Ortsvereine usw. dürfen mit dem Reichsorganisationsstatut nicht in Widerspruch stehen. Die Kommission hat sich nicht entschließen können, größere Ortsvereine zu selbstständigen Bezirken zu erheben. Daß muß im Bezirk selbst geregelt werden. Dann ist die Frage aufgeworfen, ob die Bezirke nicht verpflichtet werden sollen, den Bezirksparteitag vor jedem Parteitag zu berufen. Das ist unmöglich, weil die Tagesordnung des Parteitags häufig so spät veröffentlicht werden muß, daß die Bezirke dazu keine Stellung nehmen können.

Eine weitere Differenz bedeutet die Frage, ob die Bezirksverbände innerhalb eines Landes zu einer Landesorganisation und Landesparteitagen zusammentreten können. Die Landesorganisation als solche ist

durch den Weimarer Beschluß aufgehoben, aber die Eigenart der einzelnen Länder steht voraus, daß ein Zusammenarbeiten der Bezirksverbände gegeben sein muß. Nun steht die Frage, ob auch die Bezirksverbände Landesversammlungen abhalten können. Der Referent zu dem Weimarer Statut, Genosse König, hat ausgeführt, daß Sachsen und Bayern bereit sind, ihre Landesorganisationen aufzugeben, wenn man den Bezirken das Recht einräumt, zur Erledigung ihrer Aufgaben zu Landesversammlungen zusammenzutreten. Das sieht das Statut vor. Damit ist die Zulässigkeit der Landesparteitage festgestellt.

Welche Aufgaben haben nun diese Landesversammlungen? Der Parteiauschuß hat am 24. März 1921 für Bayern folgendes Gutachten abgegeben:

Bayern hat z. Z. vier Bezirksverbände. Die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit der Bezirke in Bayern, zum Zwecke einheitlicher Regelung spezifisch bayerischer Fragen, einheitlichem Vorgehen bei Aktionen, die die Landespolitik betreffen, muß bejaht werden. Zu diesem Behufe müssen die Bezirksverbände Bayerns die bereits bestehende Landeszentrale ausbauen. Die Landeszentrale ist und kann kein Organ sein, das als Zwischenglied zwischen Bezirksverband und Parteivorstand den Bezirksverbänden vorgeordnet wäre. Gerade darin unterscheidet sich die Landeszentrale von dem früheren Landesvorstand, dem weitgehende Rechte in organisatorischer Beziehung satzungsmäßig aufgetragen waren. Die Landeszentrale jetzt und in Zukunft ist kein mit „Gefesestrafi“ ausgestattetes Organ, sondern lediglich ein notwendiges Hilfsorgan der vier bayerischen Bezirksverbände.

Dadurch wird die Tätigkeit der Landesversammlungen auf die spezifischen Fragen eines einzelnen Landes beschränkt. Nun fragt sich, welche Wirkung solche Beschlüsse haben. Es ist sinnlos, eine Körperschaft zusammenzurufen, ihre Meinungsäußerung herbeizuführen und dann den Beschluß in der Luft hängen zu lassen. Deshalb ist der von der Sachsenkommission gemachte Vorschlag beachtlich, daß solche Beschlüsse bindende Kraft haben. Selbstverständlich dürfen sie mit Beschlüssen der Reichspartei nicht im Widerspruch stehen.

Zur Karenzzeit der Vertrauensämter möchte ich noch einschalten, daß das Verlangen, die Karenzzeit von 3 auf 5 Jahre zu erhöhen, abgelehnt worden ist. Es ist auch abgelehnt, eine Einschränkung für die Uebernahme von Parteiämtern für jene Parteigenossen zu schaffen, die in staatliche Vertrauensstellungen eingerückt sind.

Im § 6 ist vorgesehen, daß als Vertreter der Partei nur gilt, wer im Einverständnis mit den Parteioorganisationen als Kandidat aufgestellt ist. Damit soll mit den Vertretern aufgeräumt werden, die sich in der Gemeinde als Arbeiterkandidaten aufstellen lassen, angeblich für die Partei Beschlüsse fassen, aber es nicht für nötig halten, die Parteimitgliedschaft zu erwerben.

Die Bestimmung im § 5 für die Vertretung weiblicher Mitglieder ist angefochten worden, weil einerseits eine Einschränkung erreicht werden soll, andererseits man ein Sonderrecht nicht einräumen will. Durch den § 5 Abs. 1 bringt die Kommission zum Ausdruck, daß die weiblichen Mitglieder gleichberechtigte Parteigenossen sind. Sie müssen, wenn sie geeignete Vertreter sind, über die männlichen Mitglieder hinaus in Lemter berufen werden. Es ist für alle Parteioorganisationen, die die Gleichberechtigung der Frauen nicht anerkennen wollen, der Zwang ausgesprochen, auch den weiblichen Mitgliedern im Verhältnis ihrer Zahl eine Vertretung einzuräumen.

Dann wurde die Frage der Abberufung der Parteivertreter in Parlamenten besprochen. Wir haben kein Exekutivrecht, einen Parteigenossen

aus einem öffentlichen Mandat zu entfernen, wir können nur eine moralische Verantwortung für den Parteigenossen ablehnen. Deshalb bestimmen eine Reihe Gemeindevorstellungen, daß der Gemeindevertreter sein Amt niederlegen kann, wenn er die Ansicht der Partei, die ihn aufgestellt hat, nicht mehr teilt. Wir geben den einzelnen Instanzen das Recht der Abberufung. Man muß aber dem, der vermeintliches Unrecht erleidet, die Möglichkeit geben, sich dagegen zu wehren.

Die Beiträge soll der Bezirksvorstand festsetzen, denn es muß eine Anstalt sein, die schnell und beweglich sich den Verhältnissen anpassen kann. Als Höhe der Beiträge ist ein Viertelstundentlohn angenommen worden. Da aber in einzelnen Berufen die Arbeiterlöhne so herabgedrückt worden sind, daß sie unter Umständen einen Beitrag unter 10 Pfennig die Woche ergeben, haben wir den Mindestbeitrag für die Woche auf 15 Pfennig festgesetzt.

Ein großer Streit entstand darüber, ob die Parteigeschäfte verpflichtet sein sollen, von ihrem Reingewinn 20 Proz. an den Parteivorstand abzuführen. Man hat verlangt, daß das nach der Leistungsfähigkeit gemacht werden soll. Wo kein Reingewinn gemacht worden ist, kann kein Anteil erhoben werden. Aber es den Parteigeschäften anheimstellen, würde zur Folge haben, daß die, die bisher gezahlt haben, sich von der Verpflichtung drücken würden. Deswegen haben wir die Bestimmung so gelassen und alle anderen Anträge abgelehnt.

Ich komme nun auf den Parteitag. Der Parteitag soll sich aus einer festumgrenzten Mitgliederzahl zusammensetzen. Auf diesem Parteitag sind 235 Delegierte anwesend, in Zukunft sollen es 300 sein, damit der Parteitag arbeitsfähig und unterbringungsmöglich ist. Diese Zuweisung der Delegierten wird nur nach den an den Parteivorstand abgeführten Beiträgen bemessen. Wenn infolge großer Arbeitslosigkeit die Beitragsleistung nicht hat erfolgen können, soll darauf Rücksicht genommen werden, wie es bisher geschah. Es entstand nun die Frage, ob der Parteitag alljährlich oder alle zwei Jahre stattfinden soll. Der Ausschuß hat sich für ein alljährliches Zusammenkommen erklärt. In der neuen Druckvorlage ist ein Satz weggelassen, der ergänzt werden muß. Im § 12 ist hinter dem ersten Absatz folgender Wortlaut einzufügen:

Liegen wichtige Gründe vor, so kann er (der Parteitag) mit Zustimmung einer Dreiviertelmehrheit des Parteiausschusses um ein Jahr verlagert werden.

Es ist zu hoffen, daß davon kein Gebrauch gemacht werden muß.

Weiter ist die Frage der Zusammenfassung des Parteitages besprochen worden, ob die Fraktion in dem Verhältnis wie jetzt ein Fünftel der Abgeordneten delegierten soll, ob der Parteiausschuß nur im Verhältnis zur Fraktion vertreten ist und ob die übrigen Mitglieder Stimmrecht haben. Nach der Mandatsprüfung ergibt sich, daß anwesend sind 19 Parteivorstandsmitglieder, 48 Parteiausschußmitglieder, 18 Mitglieder der Fraktion und 9 Mitglieder der Kontrollkommission. Das sind insgesamt 84 gegenüber 300 Delegierten. Dabei ist zu beachten, daß der Parteiausschuß jetzt zusammengesetzt ist aus dem Parteirat der Unabhängigen Partei und dem früheren Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei. Das fällt in Zukunft weg. Der Bezirk wählt nur einen Vertreter. Wie diese Wahl vorgenommen werden soll, ist den Bezirken überlassen. Die Zahl der Parteiausschußmitglieder wird sich dann auf 35 oder 36 vermindern.

Nun sind alle Anträge, die eine Beschränkung des Stimmrechts vorsehen, abgelehnt worden, weil der Parteivorstand erklärt hat, daß er den Parteiausschuß vor den Parteitag zur Beratung bedarf und daß man deshalb eine Separierung eines Teils des Parteiausschusses nicht vornehmen kann.

Dann wird auch, wenn der Parteiausschuß in dieser Form geändert wird, das Verhältnis zwischen der gesamten Delegiertenzahl und der Zahl der Funk-

tionäre des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Parteiausschusses geringer als jetzt sein.

Nun ist bei den Frauen vorgeesehen, daß in jedem Bezirk mit mindestens 10 000 Mitgliedern ein weibliches Mitglied zu dem Parteiausschuß gewählt werden soll. Es liegt ein Antrag unter Nr. 246 vor, diese Zahl auf 7500 herabzusetzen. Der Ausschuß hat diesen Antrag abgelehnt, und zwar aus folgenden Gründen: Erlassen wir die Gleichberechtigung der Frauen an, dann können wir ihnen eine Sonderstellung nicht einräumen. (Sehr wahr!) Die Bestimmung des Organisationsstatuts soll den Parteigenossinnen den Anreiz geben, die Mitgliedschaft in ihren Bezirken so zu mehren, daß sie sich eine Sondervertretung im Parteiausschuß sichern. Jede Herabminderung der Zahl wird den Anreiz, dieses Ziel zu erreichen, vermindern. (Sehr richtig!)

Dann sind einige kleine Änderungen vorgenommen worden. Ein Kassierer ist gestrichen, ebenso ist die Einsicht der Bücher des Parteiausschusses gestrichen worden, weil er gar keine führt. Ferner sind einzelne redaktionelle Änderungen erfolgt, auf die ich nicht besonders einzugehen brauche.

Ich komme zu der Frage, ob überhaupt der Parteiausschuß bestehen bleiben und welche Funktionen er ausüben soll. Die vielen Antragsteller zu diesem Punkte haben völlig den Zweck des Parteiausschusses verkannt. Der Parteiausschuß hat zweierlei Aufgaben. Es hat sich schon in der Unabhängigen Partei ergeben, daß, selbst wenn der Parteibeirat besteht, die Zusammenkunft der Bezirksvorstände nicht entbehrt werden kann, weil die persönliche Führungsnahme des Parteivorstandes mit den Bezirksverbänden notwendig ist und weil auf der anderen Seite eine Institution da sein muß, die gutachtlich dem Parteivorstand zur Seite steht, wenn Parteistreitfragen entstehen. Der Parteiausschuß ist keine beschließende Instanz wie der Parteitag, sondern eine Gutachterinstanz. Dieses Gutachten kann der Parteivorstand nach seinem Ermessen werten. Daran sollten wir nichts ändern. Ich bitte Sie, alle Anträge, die auf die Veränderung des Parteiausschusses abzielen, soweit sich eine solche Veränderung nicht durch das Organisationsstatut von selbst ergibt, abzulehnen. Wir haben früher gegen die Zusammenfassung des Parteiausschusses Stellung genommen und diesbezügliche Anträge gestellt. Aber da haben wir dagegen angekämpft, daß das rein bürokratische, fiskalische Parteiinteresse in den Vordergrund gestellt wird. Da die Wahl der Parteiausschußmitglieder durch die Bezirke vorgenommen werden kann, wird in dieser Hinsicht eine Korrektur eintreten.

Dann möchte ich die weitere Frage erörtern, wann das Organisationsstatut in Kraft tritt. Mit dem Beschluß des Parteitages, mit Annahme des Organisationsstatuts tritt es in Kraft.

Im Auftrage der Kommission bitte ich Sie, alle zum Organisationsstatut gestellten Anträge abzulehnen und die Vorlagen en bloc anzunehmen. Sie wird uns eine Waffe für den Kampf geben, sie wird die Partei einheitlich und stark machen. (Beifall.)

Vorsitzender Wels: Ich möchte das Resultat der namentlichen Abstimmung über den Antrag betreffend Ablehnung des Beirats bekanntgeben. Mit Nein haben gestimmt 249, mit Ja 99 Delegierte. Der Antrag ist also abgelehnt.

Neus-Deffau: Parteigenossen und Parteigenossinnen! Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit nur auf eine Sache lenken. In dem Statut ist vorgesehen, daß der Parteitag aus höchstens 300 Delegierten bestehen soll. Auch diese Ziffer ist meines Erachtens noch viel zu groß. Ich hätte es für das Richtige gefunden, wenn man die Zahl etwa auf 100 oder 120 beschränkt hätte. Die Fähigkeit einer Versammlung zur Verhandlung hängt in hohem Maße davon ab, daß sie nicht zu groß ist. Sie können auch auf dem gegenwärtigen Parteitag, die Beobachtung machen, daß die Verhandlungsfähigkeit nicht durch die Steigerung

der Delegiertenzahl auf 400 gestärkt wird. (Sehr richtig!) Von der Verhandlungsfähigkeit des Parteitag sind wir aber für unsere Arbeit in der Zukunft sehr abhängig. Ich glaube, unsere Parteitage könnten viel wirksamer arbeiten, wenn die Zahl der Delegierten nicht so groß wäre. Ich höre zu meinem Schrecken, daß das wichtige Thema Landwirtschaft und Sozialdemokratie nicht zur Verhandlung kommen soll. (Hört, hört!) Wenn das geschähe, dann würden wir die schwersten Angriffe aus den Reihen der Parteigenossen und aus den Reihen der Gegner erfahren. (Sehr wahr!) Ein Parteitag von etwa 120 Mitgliedern könnte ganz anders arbeiten.

Dann will ich noch ein Zweites sagen, das Sie wahrscheinlich einigermaßen in Erstaunen versetzen wird. Ich würde die Zusammensetzung des Parteitag nicht messen an der Zahl der organisierten Parteimitglieder, sondern an der Zahl der Bevölkerung der vertretenen Provinzen und Kreise. Ich würde einfach sagen: der Parteitag soll eine Vertretung des deutschen Volkes sein. Danach würde ich denjenigen Provinzen, die wegen mangelnder Organisation schlechter vertreten sind, eine viel stärkere Vertretung geben, und zwar unabhängig von der Zahl der Organisierten. Freilich würden dann weniger Großstädter, weniger Berliner zum Parteitag kommen, vielleicht auch weniger aus Sachsen; es wären weniger Vertreter der Industriearbeiter. Aber das würde ich für einen gewaltigen Vorzug halten. Wir sind heute noch viel zu sehr eine Industriearbeiterpartei. (Sehr richtig!) Die englische Partei nennt sich nicht Arbeiterpartei, wie immer fälschlicherweise übersetzt wird, sondern Arbeitspartei, Labour Party, nicht Worker Party. Wenn der Erfolg in England größer ist als bei uns und demnächst noch größer sein wird, dann ist das vor allem diesem Umstande zu verdanken. Wir müssen eine Partei der Arbeit werden. Es muß dahin kommen, daß hier auch Vertreter der kleinen Gewerbetreibenden, der Kleinbauern sitzen. Wir haben bisher nur einen oder zwei Kleinbauern. Die Sache ist nicht so, daß in absehbarer Zukunft die Kleinbauern verschwinden, sondern wir werden mit ihnen rechnen müssen, wenn wir die Mehrheit im Volke gewinnen wollen. Ich will keine Anträge nach dieser Richtung hin stellen, weil ich Sie nicht in die Verlegenheit bringen möchte, so vernünftige Gedanken abzulehnen. (Heiterkeit.) Aber ich will es immerhin gesagt haben. Wir müssen eine Partei der Arbeit des ganzen Volkes, eine Labour Party werden. Dazu gehören alle diejenigen, die nicht von Zinsen und Renten, sondern von der Arbeit leben. Diese alle müßten ihre Vertretung auf dem Boden des Sozialismus finden. Das ist möglich; aber dann müssen wir sie hier haben. (Zuruf: Sie können ja alle zu uns kommen!) Ja, holt sie einmahl!

Ludwig-Berlin: Das, was der Genosse Peus vorhin sagte, kann nicht so ohne weiteres mit einer Handbewegung abgetan werden. Unsere Bezirksleiter, unsere Bezirksorganisationen, unsere Bezirkssekretäre in den verschiedensten Provinzen Deutschlands wissen, daß auch wir in den letzten Jahren so oft mit ihnen über die Berücksichtigung der Wünsche der ländlichen Bevölkerung verhandelt haben und daß hier wie auf sehr vielen Gebieten vieles nachgeholt werden muß. Ihr wißt ja auch sehr gut, daß nach der Revolution gerade aus den Schichten, von denen Peus gesprochen hat, Hunderttausende von Wählern zu uns gekommen sind, weil sie von den Sozialisten gehört hatten, und weil die Sozialisten mehr Macht bekommen hatten. Größere Massen der ländlichen Bevölkerung an uns zu fesseln, ihren Wünschen Rechnung zu tragen, muß weiter die Aufgabe der Partei sein.

Ich wundere mich über den Antrag Thurm und Genossen. Die Bestimmung des Organisationsstatuts in § 28 Abs. 5 ist der Niederschlag der bitteren Lehren,

die wir Unabhängige in den letzten Jahren am eigenen Leibe erfahren haben. (Sehr wahr!) Sie ist weiter nichts wie ein notwendiger Schutz vor solchen Elementen, die planmäßig unsere Organisation zerstören wollen. (Sehr wahr!) Wir haben in der Unabhängigen Partei ein Jahr lang erdulden müssen, daß Leute im Parteivorstand und in den anderen Korporationen saßen, die in aller Offenheit mit der kommunistischen Partei zusammenarbeiteten (sehr richtig!), und zwar zu dem einzigen Zwecke, um die Partei von innen heraus zu gewinnen. Wenn eine Partei in Deutschland eine schriftliche Anleitung dafür herausgibt, in der es heißt: „Es muß nur so Ausschlußanträge hageln“, so kann doch diese Ausschlußanträge nicht jemand stellen, der in der kommunistischen Partei Mitglied ist, sondern nur jemand, der bei uns Mitglied ist (erneute lebhafteste Zustimmung), der entweder im direkten Auftrage einer anderen Partei handelt oder der beeinflusst von der kommunistischen oder einer anderen Partei sich zu solchen Zwecken gebrauchen läßt. Ich möchte die deutsche Partei sehen, die etwas Derartiges duldet. Das duldet nur die Sozialdemokratische Partei. (Sehr richtig!) Wißt Ihr etwa nicht, daß im letzten Jahre in Duzenden von Orten Anträge von Parteimitgliedern gestellt worden sind, mit der Ortsgruppe zur kommunistischen Partei überzutreten? (Hört, hört!) Kein Mensch rührt einen Finger, um solche Antragsteller herauszuwerfen. Sie bleiben so lange Mitglied, bis sie ihren Zweck erreicht haben. Wenn Sie so duldend sind, dann versündigt Sie sich an der eigenen Partei. (Lebhafteste Zustimmung.) Die Unabhängige Partei hatte sich im Falle der Über das Organisationsstatut hinweggesetzt. Es gibt Fälle, in denen eine Parteileitung sich sofort von einem solchen Mitglied losagen muß. Wenn vor drei Monaten ein Mann in der „Roten Fahne“ einen Artikel gegen die Partei veröffentlichte mit der Unterschrift „Mitglied der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei“ und wenn dann keine Parteileitung zugreift und einen solchen Menschen ausschließt, dann beweist das eben, daß wir die Bestimmung, wie sie jetzt vorgeschlagen wird, brauchen. Wir denken an Fälle, in denen ein Parteigenosse, dem Gelegenheit gegeben ist, in der Parteipresse seine Meinung zum Ausdruck zu bringen, in einem gegnerischen Presseorgan gegen uns in trasser Form Angriffe erhebt. In solchen Fällen muß eine Parteileitung vorgehen können. Natürlich wird sie sich eine solche Maßnahme überlegen.

Aus diesen Gründen ist es notwendig, den Paragraphen zu genehmigen. Ich unterstreiche das, was Genosse Lipinski gesagt hat, was besonders der Parteivorstand gegenüber der Ansicht einzelner Genossen zum Ausdruck gebracht hat, dieser Paragraph kann niemals für die Vertretung der Auffassung in irgendeiner anderen Frage in Anwendung kommen. Das ist ja gerade das, was uns Unabhängige seinerzeit von der KPD trennte. Wir wollen Meinungsfreiheit haben. Wir wollen keine Kaserne werden, in der nach einem Reglement egeriert wird. Aber die vorgeschlagene Bestimmung des Organisationsstatuts verlangt der Selbstschutz der Partei. (Beifall.)

Fortune-Frankfurt a. M.: Im Vorstandsbericht ist sehr viel von Demokratie und Verfassung gesprochen worden. Als Partei müssen wir in erster Linie darauf bedacht sein, daß unsere Verfassung, unser Parteigesetz so demokratisch wie möglich ist, daß die Mitwirkung der Mitglieder der Partei in ausgiebigstem Maße bei allen wichtigen Entscheidungen gesichert ist. Ich habe deshalb die Aufgabe, die Anträge zu begründen, die von Frankfurt a. M. gestellt worden sind. Dabei will ich nicht auf alle Einzelheiten eingehen. Wir wollen in erster Linie berücksichtigt haben, daß bei der Wahl der Bezirkssekretäre zu den Gemeinden und Städten und für die Landtage die Kandidatenauf-

stellung durch Urwahl erfolgt. Wir wollen weiter, daß die Delegiertenwahl für den Parteitag in allen Wahlkreisen durch Urwahl vorgenommen wird.

Dem Parteivorstande das Recht zu geben, ohne weiteres Ausschließungen vorzunehmen, würde ich für eine außerordentliche Gefahr halten. Ich bin der Auffassung, daß sich das Parteigesetz bis jetzt in jeder Beziehung bewährt hat, daß Ausschüsse nur vorgenommen werden können auf Grund des Organisationsstatuts. Jedem Parteivorstandsmitglied und jedem Bezirksvorstandsmitglied ist es unbenommen, wenn ein Mitglied der Partei sich einen Verstoß gegen die Parteiorganisation zuschulden kommen läßt, bei seiner Bezirksorganisation oder Parteiorganisation einen Antrag zu stellen. In unserem Bezirk ist ein Fall vorgekommen, in dem ein Parteimitglied vom Bezirksvorstand ohne weiteres ausgeschlossen worden ist, und zwar nach meiner Auffassung zu Unrecht. (Widerspruch und Zuruf: Weil er für die Franzosen gearbeitet hat!) — Ich will dann nicht sagen, daß er zu Unrecht ausgeschlossen worden ist, aber mindestens nicht zu Recht nach unserem Organisationsstatut. Der Fall ist ja nicht einwandfrei festgestellt. (Zuruf: Doch, schwarz auf weiß!) Wir haben keine Gelegenheit gehabt, nachzuprüfen, ob der Verstoß so schwerwiegend war, daß der Bezirksvorstand das Recht hatte einen Ausschluß vorzunehmen. Der Bezirksvorstand hat einfach diesen Genossen für ausgeschlossen erklärt, ohne daß ein Schiedsgericht stattgefunden hätte. Sie sehen schon aus diesem Falle, daß der Antrag, den Genosse Ludwig begründet hat, eine außerordentliche Gefahr bedeutet, vor allen Dingen für diejenigen Genossen die ihre freie Meinung innerhalb der Partei vertreten wollen. (Sehr richtig!) Deshalb bitte ich, den Antrag Thurm anzunehmen.

Ich gebe ohne weiteres zu, daß eine Reihe von Anträgen, die aus Frankfurt oder aus anderen Bezirken gestellt worden sind, bereits im Statut berücksichtigt worden sind. Wir können deshalb auf diese Anträge verzichten. Im übrigen bitte ich Sie nochmals: nehmen Sie ein Statut an, das nicht nur dem Wortlaute, sondern auch dem Geiste nach der Demokratie entspricht.

Genossin Arning-Magdeburg: Die Frauen haben dem Parteitag einen Änderungsantrag zu § 22 des Organisationsstatuts vorgelegt. Ich stütze mich bei der Begründung auf § 5, der besagt, daß in allen Leitungen der Organisation und zu allen Delegationen den weiblichen Mitgliedern entsprechend ihrer Zahl eine Vertretung zu gewähren ist. Zu diesen Parteiämtern gehört auch der Parteiauschuß. Nach dem Entwurf des neuen Organisationsstatuts ist nun wiederum die Zahl von 10 000 weiblichen Mitglieder notwendig, um Anspruch auf ein Mandat im Parteiauschuß haben zu können. Wir finden diese Zahl zu hoch und wollen durch unseren Antrag erreichen, daß man auch hier den augenblicklichen Verhältnissen Rechnung trägt. Daß die Zahl von 10 000 weiblichen Mitglieder zu hoch gegriffen ist, möge Ihnen folgende Gegenüberstellung beweisen.

1913 hatte nur Groß-Berlin 10 000 weibliche Mitglieder, alle anderen Bezirke reichten nicht heran. In der Blütezeit unseres Mitgliederbestandes 1920/21 haben nur sieben Bezirke diese Zahl erreicht, im Vorjahre nur zwei Bezirke; Groß-Berlin hat fast nicht mehr diese Zahl. 10 000 ist also immer nur die Höchstgrenze gewesen. Man sollte den Bogen nicht überspannen und angesichts der Schwierigkeiten in der Werbung von weiblichen Mitgliedern unseren Antrag annehmen. Wenn man, wie Lipinski, den Frauen die Gleichberechtigung geben will, muß man sie sich auch in dieser Beziehung auswirken lassen. Die Frauen, die im Vordergrund der Bewegung stehen, können doch nur eine bessere Information durch die Teilnahme an den Sitzungen des Parteiaususses erhalten. (Bravo!)

Thurm-Berlin: Angesichts der vorgerückten Zeit, der geringen Aufmerksamkeit und der glänzenden Attacke von Ludwig gegen meinen Antrag werde ich die Mehrheit kaum davon überzeugen, daß die Annahme dieses Antrages im Interesse der Partei liegt. Der Antrag 248 hingegen scheint von keiner Seite bekämpft zu werden, so daß er wohl angenommen werden wird.

Der erste Entwurf, der dem Parteitag vorlag, sah den Passus nicht vor, den der Antrag 249 streichen will. Trotz sorgfältigster Durchsicht der eingereichten Anträge haben wir nicht feststellen können, daß irgendeine Organisation des Reiches einen solchen Passus gewünscht hätte. Was hat also der Statutenkommission in der Zwischenzeit das Recht zu einer solch ungeheuren Machterweiterung des Parteivorstandes gegeben? (Sehr richtig!) Wenn ausgerechnet Ludwig uns Genossen der Unabhängigen Partei gegenüber einer solchen Machterweiterung das Wort redet, so nimmt mich das angesichts seines früheren Verhaltens wunder, da in Halle dauernd zwei Mann in Hilfsstellung sein mußten, damit er nicht zu denen übergibt, die er heute so scharf bekämpft. (Widerspruch.) Wenn Ludwig die Notwendigkeit dieses Passus mit dem Fall Sepp Oerter belegen zu müssen glaubte, so beweist gerade dieser Fall, daß diese Machterweiterung unnötig ist, denn der Parteitag wird in diesen Fällen ein solches Vorgehen stets gutheißen. Auch die Opposition wird keine Lumpen in der Partei dulden. In unserer Partei gibt es eine Reihe von Genossen, die mit vollem Herzen bei der Partei sind, aber die Befürchtung hegen, daß der Parteivorstand vielleicht einmal ihm mißliebige Genossen unter Mißbrauch dieses Passus aus der Partei zu entfernen versucht. Um diese Befürchtung völlig auszuschalten und kein Mißtrauen in dieser Beziehung gegenüber dem Vorstand aufkommen zu lassen, beantragen wir, diese Bestimmung zu streichen. Nach dem jetzigen Organisationsstatut kann der Vorstand jederzeit Parteischädlinge ordnungsgemäß entfernen. (Widerspruch.) Wir wollen keine Ausnahmeparagraphen, die wie bei den Kommunisten dem Parteivorstand eine Machtfülle verleiht, die sich mit der Demokratie in der Partei nicht vereinbaren läßt. (Sehr gut!) Sollte der Parteitag trotzdem diesen Passus stehen lassen, so frage ich, ob der Parteivorstand auch gegen diejenigen vorzugehen gedenkt, die in bürgerlichen Blättern, im „Nacht-Uhr-Abendblatt“, in einer ganz gemeinen Art und Weise gegen die Partei vorgehen. Wie lange hat es gedauert, bis man Lensch entfernte. Die Antragsteller sind der Ueberzeugung, daß dieser Passus ein Ausnahmeparagraph gegen links bedeutet und bitten, ihrem Antrag zuzustimmen. (Bravo!)

Auf Antrag Köhle-Frankfurt a. M., gegen den sich Graupe-Zwickau wendet, wird die Debatte geschlossen.

Lipinski-Leipzig (Berichterstatler) (Schlußwort): Wenn Genosse Peus angeregt hat, die Agitation mehr auf das Land zu tragen, so stimme ich ihm mit Ludwig zu. Es ist aber eine völlige Verkennung der Parteiorganisation, die Partei auf Unorganisierte aufbauen zu wollen. Wer zur Partei gehört, muß das Ziel der Partei mit erstreben. (Sehr gut!) Die Volksvertretung ist der Reichstag und das Landesparlament. Der Parteitag ist die Vertretung der Parteimitglieder. Den Gedanken der Reduzierung des Parteitags auf 120 Mitglieder lehne ich ab. Schwierigkeiten bestehen heute noch für die Unterbringung eines großen Parteitages. Nur mit Rücksicht hierauf besteht ein Interesse an der Reduzierung. Ein weiteres Beschränken ist auch deshalb unangebracht, weil dann wiederum das Wettlaufen der Reichstagsabgeordneten und anderer Funktionäre um die Mandate des Parteitags beginnt, wodurch die Mitgliedschaft im übrigen mehr als bisher von der unmittelbaren Vertretung auf dem Parteitag ausgeschaltet würde.

Wäre der Genosse aus Frankfurt meinen Ausführungen gefolgt, so hätte er sich seine Ausführungen ersparen können. Ich habe erklärt, daß das Statut

Urwahlen nicht verbietet, eine allgemeine Bestimmung aber nicht aufgenommen ist, weil dies den Bezirksstatuten überlassen bleiben muß. Ich kann mir aber kein erhebendes Bild vorstellen, wenn bei solchen Urwahlen höchstens 10 Proz. der Parteimitglieder sich beteiligen. Damit ist auch die Behauptung hinfällig, ich hätte mich zum Antrag 248 nicht geäußert. Diesen Grundsatz habe ich als Regel für alle Parteinstanzen aufgestellt. Der Antrag ist daher überflüssig.

Ich kann nicht als Gegner der Frauen gelten, denn ich bin vor mehr als 30 Jahren aus einer Wirtschaftsorganisation ausgeschlossen worden, weil ich die Gleichberechtigung der Frauen in dieser Organisation anstrebte. Die Bestimmung im § 22 bedeutet, daß den Frauen über das Verhältnis ihrer Zahl hinaus eine Vertretung im Parteiauschuß gewährt werden soll, und steht nicht in Widerspruch mit § 5, sondern geht über ihn hinaus. Wenn Sie für die Gleichberechtigung der Frauen eintreten, dann müssen Sie konsequent alle Sonderbestrebungen bekämpfen, die die Frauen für sich in Anspruch nehmen, auf die schließlich gewisse Berufsgruppen ebenfalls Anspruch erheben würden.

Zu den Frankfurter Genossen möchte ich bemerken, daß durch § 28 Absatz 5 Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Parteipresse nicht getroffen werden sollen. Der Parteivorstand soll auch unbeliebte Persönlichkeiten nicht aus der Partei entfernen können. Es soll ihm nur eine Handhabe für die Entfernung von Parteizerstörern geben. Ich begreife nicht, warum nicht noch andere Namen genannt werden, deren Träger ohne großes Aufheben aus der Partei gedrängt wurden, aber doch nur, weil sie es selbst duldeten, denn ein Recht dazu hatte der Parteivorstand bisher nicht. Ihm dieses Recht für den Ausnahmefall zu geben, ist notwendig. Das geordnete Ausschlussverfahren für Disziplinwidrigkeiten innerhalb der Partei wird dadurch nicht berührt. Ich bitte den Antrag 249 abzulehnen.

Der Antrag des Berichterstatters, unter Ablehnung der sämtlichen vorliegenden Abänderungsanträge über den vorgelegten Entwurf des Organisationsstatuts en bloc abzustimmen, wird mit großer Mehrheit angenommen und darauf der Entwurf in der vorgelegten Fassung ebenfalls mit großer Mehrheit angenommen.

Vorsitzender Wels: Das Statut tritt mit dem jetzigen Augenblick in Kraft, die Bestimmungen über die Beitragszahlung mit dem 1. Juli.

Nach dem Statut besteht die Kontrollkommission, die früher aus neun Mitgliedern bestand und durch Beschluß in Nürnberg erweitert worden war, wiederum aus neun Beisitzern. Sie finden auf den Abstimmungszetteln morgen früh einen Hinweis, wieviel Personen für jede Körperschaft zu wählen sind. Stimmzettel, die mehr Namen enthalten, sind ungültig.

Hierauf wird folgende Erklärung verlesen:

Die unterzeichneten Delegierten als Mitglieder des engeren und erweiterten Bezirksvorstandes Groß-Berlin stellen fest, daß die Behauptung des Genossen Heinig, der Berliner Bezirksvorstand hätte sich an den Parteivorstand mit der Bitte um Vermittlung gewandt, unrichtig ist. Der Bezirksvorstand hat eine solche Bitte nie ausgesprochen.

Thurm, M. Wengels, Waderholz, Zubeil, Otto Meier.

Harnisch und Karl Lütke.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr.)

Vierter Sitzungstag.

Sonabend, den 14. Juni 1924, vormittags 9 Uhr.

Vorsitzender Wels eröffnet die Sitzung.

Parteigenossinnen und -genossen! Ehe wir in unsere Tagesordnung eintreten, will ich darauf hinweisen, daß wahrscheinlich in derselben Stunde, in der am Eröffnungstage Genosse Crispian des Genossen Matteotti rühmend gedachte als einem der Männer, die mit uns zusammen noch im Vorjahre an der internationalen Verständigung arbeiteten, daß dieser Mann dem Stahl von Meuchelmördern erlegen ist. So meldet es die Presse. (Lebhafte Psalmen. — Die Versammlung erhebt sich.) In Matteotti verliert der internationale Sozialismus einen seiner fähigsten, besten und mutigsten Köpfe. In Matteotti sehen wir die Inkarnation des persönlichen Mutes, des Bekenntnisses zum Sozialismus und zur Demokratie auch in härtester Zeit, der mannhaft den Maßnahmen des Diktators Mussolini und seiner aufgeheulten Banditenbanden widerstand. Vor uns steigen die blutigen Schatten der in Deutschland gemordeten Blutzügel der Republik auf, vor uns stehen die Schatten von Erzberger und Rathenau, die von den Händen von Gefinnungsgegnern derjenigen fielen, die Matteotti zur Strecke brachten. Wir machen die Schergen Italiens verantwortlich für die Saat, die jetzt solche Früchte trägt. Wir wollen das Proletariat Europas zum Kampf gegen diese Unkultur und Barbarei aufrufen. Wir wollen in Matteotti einen der Märtyrer für die Befreiung der Arbeiterklasse sehen und verehren. Sie haben sein Gedächtnis durch Erheben von den Plätzen geehrt. Sorgen Sie durch Ihre Taten dafür, daß mit dieser Ehrung allein das Andenken an Matteotti nicht verschwunden ist, sondern daß wir Rache nehmen durch unsere Kämpfe gegen die Barbarei und die Reaktion in allen Ländern durch Revolutionierung der Köpfe.

Es folgt die Abstimmung über die Resolution zum Bericht des Vorstands, die Internationale Arbeiterhilfe betreffend. Die Resolution wird fast einstimmig angenommen.

Vorsitzender Wels: In den Drucksachen befindet sich ein Beamtenprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Darin sind folgende Änderungen vorzunehmen, die ich Ihnen vorlesen will.

1. Auf Seite 2, Spalte 2 nach i) einzufügen:

k) gesetzliche Regelung der Dienstzeit unter grundsätzlicher Wahrung des achtstündigen Arbeitstages,

l) gesetzliche Regelung des Urlaubs unter Berücksichtigung des Lebens- und Dienstalters.

2. An derselben Stelle unter 3.

in Zeile 5 zu setzen an Stelle „15jähriger“: „12jähriger“,

c) am Schluß der Zeile 7, also nach „anpassen“ einzufügen: „Das Diätariat ist zu beseitigen. An seine Stelle tritt eine auf höchstens zwei Jahre zu bemessende Probezeit.“

Ich empfehle Ihnen, das Beamtenprogramm mit Berücksichtigung dieser Änderungen anzunehmen. — Dagegen erfolgt kein Widerspruch, es ist so beschlossen.

Der Reichsausschuß für sozialdemokratisches Bildungswesen, der sich zusammensetzt aus folgenden Personen: Heinrich Schulz, Karl Korn, Hugo Heimann, Schnell, Paul Löbe, Schred, Bohm-Schuch, Restriepke, Crispian, Bönenstein, Reitenberg und Seidel, wird für das kommende Jahr mit der Wahrnehmung der Arbeiten des Reichsausschusses betraut.

5. Die Sozialdemokratie und die Landwirtschaft.

Referent Wilhelm Helling. Unsere Volksgenossen in der Stadt, die die Nahrungsmittel nur fertig auf den Märkten sehen, haben nicht das Verständnis für die Bedürfnisse und Entwicklungsmöglichkeiten des Landes. So ist es zu verstehen, daß bis zum Kriege die städtisch eingestellte Sozialdemokratie schwer den Weg zum Herzen der Landbewohner fand und mit ihrer rein theoretischen Einstellung zur Agrarfrage ungenen Gegnern bis auf den heutigen Tag Material in die Hände spielte, um gegen die Ausbreitung der Sozialdemokratie auf dem Lande zu kämpfen. Die Begriffe Kapitalismus und Proletariat können nicht ohne weiteres auf landwirtschaftliche Verhältnisse übertragen werden. Nur beim Großgrundbesitz gibt es klare Scheidelinien zwischen Kapital und Arbeit, Ausbeutern und Ausgebeuteten. Nun besitzt der Großgrundbesitz in Deutschland aber nur 25 v. H. der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Der übrige Teil wird von Landwirten bewirtschaftet, die ich kurz Bauern nennen will.

Karl Marx war im kommunistischen Manifest von den Voraussetzungen ausgegangen, daß sich die kapitalistische Entwicklung in der Landwirtschaft nicht anders regeln könne als in der Industrie. Er sagt darüber, daß die kleinen Mittelständler, Kaufleute, Rentiers, Handwerker und Bauern in das Proletariat hinabsinken. In einer Schrift über Grund- und Bodenfragen sagt Wilhelm Liebknecht: der Dampfpflug wird den Ackerbau ebenso revolutionieren wie der Dampfwebstuhl und die Spinnmaschine die Industrie revolutioniert haben, denn er vernichtet die Kleinproduktion. Man war damals der Auffassung, daß es für den Bauern nur eine Rettung gäbe: Uebertragung des Privateigentums in das gesellschaftliche Eigentum. Man wollte zwar auch damals den Bauern gerne helfen, aber man sagte sich: Wir erhalten nur künstlich einen Stand am Leben, der dem Untergang geweiht ist. Auch das Erfurter Programm beginnt mit dem Satze: Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Notwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebs. Man verbreitete diese Idee in Broschüren unter der Landbevölkerung und erzielte dadurch eine verheerende Wirkung. Man kann einen Stand nicht für eine Partei gewinnen, wenn man ihm direkt sagt, daß er mit der Zeit von der Bildfläche verschwindet. Aber nach meinen Erfahrungen in der Landagitation kann ich Ihnen versichern, daß man die Kleinbürgerliche Bevölkerung Deutschlands und die Landarbeiter damals auch mit einer besseren Parole nicht für die Sozialdemokraten gewonnen hätte, weil diese Volksschichten in einem derartigen Abhängigkeitsverhältnis zum Grundeigentümer standen, daß sie nicht gewagt hätten, bei den Wahlen ihre Stimme der Sozialdemokratie zu geben. Auch nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechts werden die sozialdemokratischen Landarbeiter, Pächter und Kleinbauern auf dem Lande in so gemeiner Weise bekämpft und wirtschaftlich geschädigt, daß dadurch unserer Partei bei jeder Wahl viele Stimmen verloren gehen.

Auf dem Frankfurter Parteitag von 1894 tauchte wieder die Agrarfrage auf. Die Referenten mußten damals schon zugeben, daß das Bauerntum auf absehbare Zeit noch lebensfähig sei. Man mußte daher versuchen, für das Bauerntum etwas zu tun und es für die Partei zu gewinnen. In einer Resolution wurde gesagt, daß der Untergang der landwirtschaftlichen Unternehmer in Deutschland besiegelt sei und auch die kleine Bauernschaft durch Steuerlast in Verfall käme. In der Resolution wurde empfohlen, sich in Zukunft eingehend mit der Agrarfrage zu befassen. Ein besonderer Agrarausschuß sollte dem nächsten Parteitag Vorschläge machen. Er arbeitete auch ein Agrarprogramm aus, das aber infolge der ablehnenden Haltung der Presse wieder umgearbeitet werden mußte. Nachdem man auf dem Breslauer Parteitag 1895 2 Tage über das Programm debattiert hatte, wurde eine Resolution Kautsky

angenommen, die das neue Agrarprogramm aufs schärfste verurteilte. Der Grundgedanke der Ablehnung war, daß die Sozialdemokratie nicht aufhören dürfe, Klassenpartei zu sein; das Programm dürfe nicht durch Neubelebung des Eigentumsfanatismus der Bauern verwässert werden. Die Resolution wurde mit 158 gegen 63 Stimmen angenommen. Kautsky hatte damals fast die gesamte Partei im Lande hinter sich. Die Agrarfrage war damit bis zur Revolution von der Tagesordnung verschwunden.

Nach der Revolution wurde die Sozialdemokratie durch den Umsturz gezwungen, in der Agrargebung der Republik mitzuarbeiten. Obwohl heute noch über verschiedene landwirtschaftliche Fragen in der Partei Meinungsverschiedenheiten bestehen, kann festgestellt werden, daß die Sozialdemokratische Partei der Nachkriegszeit durch praktische Arbeit einen Teil des Schadens wieder gutgemacht hat, welchen die Sozialdemokratie der Vorkriegszeit mit ihren landfremden Theorien angerichtet hatte. Das Göttinger Programm befaßt über die Bodenfrage nur, daß Grund und Boden, die Bodenschätze sowie die natürlichen Kraftquellen der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Volksgemeinschaft zu überführen sind. Wie dieser Satz auf der Grundlage der heutigen Verfassung auszuliegen ist, darüber gibt uns das Landprogramm der Sozialdemokratischen Partei vom Mai 1923 Aufschluß. Dieses Programm enthält eine Reihe Forderungen, die man als Richtlinien für die zukünftige Gestaltung der Agrarfrage zum größten Teil gutheißen kann.

Eine wertvolle Bereicherung hat die agrarsozialistische Literatur der letzten Jahre durch das Werk Dr. Davids „Sozialismus und Landwirtschaft“ erfahren. Dieses Buch trägt der Entwicklung der letzten Jahrzehnte Rechnung und fand infolge seines klaren sachlichen Inhalts auch bei unseren politischen Gegnern Beachtung.

Ich will mich nun weniger mit den Theoretikern der Agrarpolitik von gestern und heute auseinandersetzen, als vielmehr diejenigen Wege zeigen, welche in nächster Zeit durch praktische Arbeit zu dem Ziele führen, daß die Landwirtschaft und Sozialdemokratische Partei sich einmal näher kennen lernen. Wir können die Landbevölkerung nur gewinnen durch Lösung der Boden- und Steuerfrage. Die heutige Stellung der Sozialdemokratischen Partei zur Landwirtschaft könnte ich kurz in einem Satz zusammenfassen:

Die Sozialdemokratie tritt ein für die Rechte und Interessen der Bodenarbeiter, für diejenigen, welche durch Arbeit ihrer Hände die für die Allgemeinheit notwendigen Werte schaffen, im Gegensatz zu den Kreisen der Grundherren, die ganz oder teilweise von arbeitslosem Renteneinkommen leben, ohne dem Volksganzen zu dienen.

Der Herr über den Boden ist auch Herr über den Menschen! Das galt schon vor 2000 Jahren und ist heute auch noch zum größten Teil richtig. Das alte germanische Bodenrecht hat sich im Laufe der Jahrhunderte zu einem römischen Warenrecht am Boden entwickelt, welches den Boden nicht in den Dienst der Allgemeinheit stellt, sondern ihm den Charakter einer Handelsgesellschaft verleiht, zum Vorteile einzelner, jedoch zum Schaden der Gesamtheit. (Sehr wahr!) Weimarer Verfassung, Siedlungsgesetzgebung und Pachthufordnung machen zwar den ernsthaften Versuch, den Boden der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen, doch ist in der Praxis leider von der Wirkung der in diesen Gesetzen verankerten Grundsätze wenig zu spüren. (Sehr richtig!) Der Gedanke des Siedlungsgesetzes war gut, das Gesetz und seine Paragraphen sind schon wesentlich schlechter durch die Arbeit der bürgerlichen Parteien geworden, und von der Durchführung möchte ich lieber ganz schweigen.

Wie wenig Grund gerade die Landbevölkerung hat, mit der Durchführung der republikanischen Gesetzgebung zufrieden zu sein, dafür ein Beispiel: Nach

dem Reichsiedlungsgesetz kann Oedland auf Antrag eines Siedlers unter gewissen Voraussetzungen enteignet werden. Im Kreise Bersenbrück, im sogenannten Steinfeld, liegt eine Fläche kulturfähigen Oedlandes in Größe von etwa 400 Hektar. Der Landrat des Kreises machte 1920 den Versuch, diese Fläche den bisherigen Eigentümern auf gutlichem Wege abzukaufen, was aber letztere ablehnten. Anfang 1921 wurde dann ein Enteignungsverfahren eingeleitet, welches auf den schärfsten Widerstand stieß und erst vor einigen Wochen, also nach 3 Jahren, zum Abschluß gebracht wurde. Mit einem Stab von Rechtsanwältinnen ist es den Eigentümern gelungen, den Siedlungsgedanken zu sabotieren, und zu verhindern, daß an Stelle eines Dorfes mit etwa 30 Siedlern heute noch eine Fläche Oedlandes vorhanden ist. Damals hatten sich etwa 70 Bewerber für diese Stellen gemeldet, wovon heute die wenigsten siedeln können. Damals waren sie aber noch dazu in der Lage. Beteiligt an dieser Sache als Siedlungsbehörden waren das Kulturstamt in Osnabrück, das Landesbauramt in Hannover und das Preussische Landwirtschaftsministerium.

Aber auch aus dem Osten des Landes wollen die Klagen über die mangelhafte Durchführung des Siedlungsgesetzes nicht verstummen. Man war dort nicht einmal in der Lage, die in Baracken liegenden Flüchtlinge unterzubringen. Der Reichstag hat bekanntlich im Mai v. J. ein besonderes Flüchtlingsiedlungsgesetz gegen die Stimmen der Deutschnationalen beschlossen. Siedeln wollen bekanntlich auch die Deutschnationalen, nur will keiner das zum Siedeln notwendige Land hergeben. Die Großgrundbesitzer im Osten sagen: Es gibt im Westen noch über 2 Millionen Hektar Moor- und Oedland. Diese Flächen sollen zunächst kultiviert und besiedelt werden, das ist für die Volksernährung wichtiger als die Verschlagung der großen Güter im Osten. Die Grundeigentümer des Westens aber werfen den Siedlungsball nach dem Osten zurück und behaupten: Wir brauchen die Oedländereien für unsere Kinder und Kindesfinder. Man soll zunächst den Großgrundbesitzern im Osten zuleibe rücken und vor allen Dingen auch die Staatsdomänen aufteilen. Ich bin der Ansicht, daß das Siedlungsgesetz dahingehend ausgebaut werden muß, daß man zunächst den Latifundien den größten Teil ihres Besitzes gegen angemessene Entschädigung enteignet und daß ferner Moor- und Oedländereien zu Siedlungs- und Kulturzwecken ohne bürokratische Hemmnisse enteignet werden müssen. Ich will hier einschalten, daß ich darunter nicht verstehe, daß der Großgrundbesitz zer schlagen werden soll; das wäre für die Volksernährung schädigend. Ich will nur sagen, daß wenn ein Großgrundbesitzer 20 Güter von je 500 Hektar hat, er 19 abgeben kann und eins für sich behalten kann.

Ferner muß im Osten die Anliegersiedlung gefördert werden, d. h. unwirtschaftliche und unrentable Kleinbetriebe müssen dort, wo Landbeschaffung möglich, bis zu einer Akkumulation vergrößert werden.

Bei dieser Gelegenheit will ich mich auch kurz zu dem Streit, ob Groß- oder Kleinbetrieb, äußern. Die Statistik von 1882 bis 1907 zeigt, daß in diesem Zeitraum die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe sich um die Zahl von etwa 160 000 Stellen vermehrt haben. Die Theorie von dem naturnotwendigen Untergang des landwirtschaftlichen Kleinbetriebes hat sich als unrichtig erwiesen, und zwar hauptsächlich deswegen, weil die betriebstechnische Entwicklung in der Landwirtschaft sich anders vollzieht als in der Industrie. (Sehr richtig!) Die industrielle Gütererstellung ist ein mechanischer, die landwirtschaftliche Produktion ein organischer Prozeß. In der Industrie arbeitet man mit totem, in der Landwirtschaft mit lebendigem Material.

Die zweite Frage, ob Groß- oder Kleinbetrieb mehr erzeugt, kann dahin beantwortet werden, daß der Kleinbetrieb pro Flächeneinheit mehr erzeugt.

Hingegen ist vielleicht der Produktionsprozeß im Großbetrieb rentabler, hier wird mit weniger Arbeitsleistung dasselbe Resultat erzielt wie im Kleinbetrieb. Diesen Standpunkt vertreten auch Wissenschaftler der heutigen Zeit, wie Professor Auhagen. Zugunsten des Kleinbetriebes darf auch nicht verschwiegen werden, daß die meisten Kleinbauern infolge der ungünstigen Besitzverteilung des Landes gezwungen sind, unter wesentlich ungünstigeren Voraussetzungen zu arbeiten wie der Großbetrieb. Der Großbetrieb kann die Zahl seiner Arbeitskräfte und seine Ausgaben für Betriebsmittel der Größe des Betriebes genau anpassen und entsprechend vermehren, hingegen verfügt der Kleinbetrieb in vielen Fällen über eine für die volle Entfaltung seiner Arbeitskraft zu kleine Fläche. Er kann weder die Arbeitskraft seiner ganzen Familie rationell ausnützen, noch die vorhandenen Betriebsmittel und Baulichkeiten. Auch ist der Kleinbauer in vielen Fällen Pächter des Landes oder er hat zum wenigsten größere Teile seines Besitzes zugepachtet und muß für die Pachtländereien außer den Lasten auch noch einen angemessenen Pachtpreis aufbringen. Nun darf aber die Kleinbauersche Frage nicht allein vom wirtschaftlichen Standpunkte betrachtet werden, sondern auch vom bevölkerungspolitischen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß der Ueberschuß der Landbevölkerung nicht nur die Reihen der arbeitslosen Industriearbeiter vermehrt, sondern auch in Scharen nach dem Ausland abwandert, und so dem Volksganzen verlorengeht. Im Jahre 1912 wanderten aus Deutschland 18 000 Menschen aus, im Jahre 1923 schon 115 000. Verkehrt ist allerdings der Grundsatz, Arbeiter aus der Stadt auf das Land zurückzuführen zu wollen. Es kann nur unsere Aufgabe sein, den Versuch zu machen, den Ueberschuß der Landbevölkerung durch Zuteilung von Land auf dem Lande zu erhalten. Siedlermaterial ist in Deutschland massenhaft — namentlich im Westen und Nordwesten — vorhanden. Nun sagen unsere Gegner aus den Bürgerlichen Parteien ja immer, die Sozialdemokratie kann für die Siedlung und für einen freien Bauernstand deswegen nicht eintreten, weil der angesehene Landwirt der Sozialdemokratie als Wähler den Rücken kehren würde, sobald er einmal Eigentümer geworden ist. Diesen Standpunkt machen sich auch bekanntlich noch sehr viele Parteigenossen zu eigen, er ist aber unhaltbar, wie Ihnen folgendes Beispiel aus der Praxis zeigt: In der Gemeinde Hanenmoor (Kreis Bersenbrück) hatte man in den Jahren 1919 und 1920 insgesamt 24 Siedlerfamilien auf Oedland ausgesiedelt. Das zu vergebende Land ist nicht auf Grund des Siedlungsgesetzes enteignet worden, sondern der Kreis hat es schon vor dem Kriege angekauft und jetzt an besonders geeignete Landwirte vergeben. Diese Siedler bewirtschaften 70 bis 80 Morgen, sind Eigentümer geworden, und infolge der Geldentwertung größtenteils schuldenfrei. Welche Partei haben nun diese 24 Familien bei der letzten Reichstagswahl gewählt? Etwa Deutschnationale oder Völkische? Nein. In Hanenmoor sind 36 Stimmen für die Sozialdemokratie und 10 Stimmen für die Demokraten abgegeben worden. Andere Parteien wurden überhaupt nicht gewählt. Dieses Ergebnis aus der Praxis ist bei der Beurteilung dieser Frage bedeutend wertvoller als hundert Artikel aus den Federn unserer berufensten Theoretiker.

Ist der Kleinbauer, welcher nur eigenen Grundbesitz bewirtschaftet, ein verhältnismäßig freier und unabhängiger Mann, so trifft dies nicht auf diejenigen Betriebe zu, welche ganz oder teilweise auf Pachtland angewiesen sind. Das Pachtwesen ist zwar in Deutschland nicht so ausgebreitet wie in England, wo beispielsweise 88 Proz. der landwirtschaftlichen Kulturläche verpachtet sind. In Deutschland dagegen sind nur 14 Proz. verpachtet. Trotzdem ist es vor allen Dingen Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei, sich um diese Kategorie der Landwirte zu bemühen. Den Pachtbetrieb finden wir am ausgebreitetsten bei

den Nebenbetrieben bis zu 2 Hektar, ferner bei den Kleinbetrieben und Großbetrieben. Am wenigsten tritt das Pachtverhältnis bei mittel- und großbäuerlichen Stellen in Erscheinung. Die meisten Pachtbetriebe hat Nordwestdeutschland, die Provinzen Hannover, Westfalen sowie Oldenburg. Die Zahl der landwirtschaftlichen Hauptbetriebe, welche ganz auf Pachtland angewiesen sind, kann in Westfalen, Hannover allein auf etwa 100 000 geschätzt werden. Hier hat man neben dem reinen Pachtbetrieb noch solche Pachtstellen, wo der Pächter neben der Geldleistung auch zu Arbeitsleistungen — in der Regel 80 bis 100 Tage im Jahre — verpflichtet ist. Diese Pächter heißen in Nordwestdeutschland Feuerlinge und auch Rötter. Daß der Pächter- und Feuerlingsstand bei ungünstigen Konjunkturverhältnissen wie jetzt nach dem Kriege stark der Ausbeutung durch den Grundeigentümer ausgeliefert ist, liegt auf der Hand. Um die kleinen Pächter die Entziehung des Landes und auch gegen ungerechtfertigt hohe Pachtpreise zu schützen, wurde kurz vor den Reichstagswahlen 1920 von der damaligen Regierung Müller die Pachtshukordnung erlassen. Die erste Pachtshukordnung, welche einen Notbehelf für zwei Jahre darstellte, befriedigte in keiner Weise die Pächter. Als nach Ablauf dieser Verordnung im Frühjahr 1922 durch den Reichstag die zweite Pachtshukordnung beschlossen wurde, hat sich die Sozialdemokratische Partei mit aller Energie den Interessen der Kleinpächter und Feuerlinge angenommen. Dieses Eintreten der Sozialdemokratie für den Pächterstand wurde damals von allen landwirtschaftlichen Organisationen anerkannt. Die Pachtshukordnung wurde auf Grundstücke bis zu 10 Hektar ausgedehnt und könnte befriedigen, wenn die Pachteinigungsämter einigermaßen im Sinne des Gesetzgebers handeln würden. Dies ist jedoch nicht der Fall, da die meisten Vorstände der Pachteinigungsämter, die Amtsrichter, von vornherein der Pachtshukordnung gegnerisch gegenüberstehen. Außerdem sind sie in vielen Fällen mit den Grundeigentümern verflochten und verschwägert, so daß sie mit dem größten Widerstreben eine für die Grundeigentümer ungünstige Entscheidung fällen. Ich will auch hier kurz einen Beweis für das beibringen, was ich gesagt habe. Der Vorsitzende des Pachteinigungsamtes in Westfalen, ein Amtsrichter, der aus Großgrundbesitzerkreisen hervorgegangen ist, hat vor zwei Wochen eine Entscheidung in bezug auf die Festsetzung eines Pachtpreises gefällt. In der Begründung heißt es:

„Auch hielt das Pachteinigungsamt bei den obwaltenden Verhältnissen eine hohe Pachtsumme für ein geeignetes, zulässiges Druckmittel, den Pächter zur baldigen Aufgabe der Pachtung zu veranlassen.“ (Hört, hört!)

Mit anderen Worten, der Amtsrichter konnte die Pachtshukordnung nicht ganz beiseite schieben, er mußte dem Pächter einen Teil seines Landes lassen, ihm waren aber keine Schranken für die Bemessung des Pachtpreises gesetzt, und da sagte er: jetzt wollen wir einen ordentlichen Pachtpreis festsetzen, so hoch, wie zulässig, damit der Pächter dort fortgeht. Das macht ein preussischer Amtsrichter, der ausführendes Organ für die republikanische Gesetzgebung sein soll. (Hört, hört!) Aus diesen Gründen muß jetzt, nachdem die Regierung Marx auf Grund des Ermächtigungsgesetzes die Pachtshukordnung schon teilweise abgebaut hat, mit aller Energie gefordert werden, daß an Stelle der befristeten Verordnungen ein Dauerpachtshukgesetz tritt, welches in klarer Fassung und mit allem Nachdruck die Pächter gegen Entziehung des Landes und wirtschaftlich ungerechtfertigte Pachtpreise schützt. Abgesehen von den Fällen, in denen aus Anlaß von Familienverhältnissen für kurze Zeit verpachtet wird, ist das gesamte Pachtverhältnis vom wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkte aus zu verwerfen. Der Bodenbearbeiter wird dadurch in ständiger Abhängigkeit vom Eigentümer gehalten. Der Letztere bezieht aus der Arbeit des Ersteren ein arbeitsloses Rentemein-

kommen und führt auf Kosten der Allgemeinheit ein behagliches Drogenleben. Die Verpächter sind für die landwirtschaftliche Produktion gänzlich überflüssige Parasiten und belasten die gesamte landwirtschaftliche Produktion in durchaus schädlicher Weise. Wo Grundstücke mit Gebäuden verpachtet sind, läßt man diese seit der Revolution in ganz unverantwortlicher Weise zerfallen. Namentlich in Nordwestdeutschland gibt es Behausungen der Pächter, die menschenunwürdig sind und von welchen ich vor einigen Jahren einige photographische Aufnahmen gemacht habe. Man findet viele Häuser ohne Schornstein, andere haben noch die sogenannten Schlafbuben, werden im ganzen überhaupt auch nicht den bescheidensten Anforderungen an eine menschliche Wohnung gerecht. Ich möchte hier nur eine dieser Photographien zeigen, und zwar das Hausinnere einer Pächterwohnung. Sie sehen hier die weißen Punkte. Die Photographie wurde aufgenommen, als die Sonne schien. Die Sonne schien also ungehindert in das Haus hinein. Damit ist wohl der Beweis dafür erbracht, daß im Winter auch der Regen ungehindert hineinkommt. (Sehr richtig!) Viele Grundbesitzer benutzen ihre Vormachtstellung gegenüber den Pächtern dazu, um sie politisch zu bevormunden. So hat Freiherr von Hadeln in der Provinz Brandenburg von seinen sämtlichen Pächtern Verträge unterschreiben lassen, in welchen es heißt:

1. Pächter erklärt hiermit durch geleistete Unterschrift, Mitglied des Kreishauernverbandes Rottbus-Land zu sein.

2. Die Pachtung erlischt nach vollendeter Ernte, wo Pächter als Mitglied aus dem Kreishauernverein Rottbus-Land ausscheidet oder gegen die Interessen des Kreishauernverbandes verstößt.

(Hört, hört!) Wer also nicht Mitglied des Deutschen Nationalen Landbundes werden will, bekommt von dem Freiherrn von Hadeln kein Pachtland. (Hört, hört!) Aus dem Regierungsbezirk Osnabrück erhielt ich vor einigen Tagen die Mitteilung, daß der dortige Vorsitzende der Deutschen Nationalen Volkspartei, der zugleich Verpächter ist, seinen Kleinpächtern gegenüber geäußert habe, die Pächter müßten von jetzt an soviel an Pacht zahlen wie nur eben möglich wäre, weil sie am 4. Mai dieses Jahres sozialdemokratisch gewählt hätten. (Lebhafte Rufe: Hört, hört!) Der Briefschreiber spricht die Hoffnung aus, daß jetzt die Sozialdemokratische Partei auch die Pächter nicht im Stich lassen möge. Mehrliche Beispiele können zu Tausenden angeführt werden. Sie zeigen, daß hier noch ein großes Arbeitsfeld für unsere Partei vorhanden ist, um für den Schutz der wirtschaftlich schwachen Pächter und Feuerlinge einzutreten.

Werden viele meiner bisher vorgebrachten Forderungen unter den jetzigen Mehrheitsverhältnissen im Reichstage in nächster Zeit wohl schwerlich durchführbar sein, so komme ich jetzt zu einem Punkte, der meines Erachtens den Reichstag schon in den nächsten Wochen oder Monaten beschäftigen wird. Es handelt sich um die entgeltliche Besteuerung der Landwirtschaft. Hier liegen für unsere Partei die Verhältnisse insofern günstiger, als auch verschiedene andere Parteien ein wesentliches Interesse daran haben, daß diesmal der Großgrundbesitz seinen gerechten Anteil an der zu erwartenden Steuerlast erhält. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die adeligen Grundherren auch vor dem Kriege den preussischen Staat nach allen Regeln der Kunst in Steuersachen demogelten. Feudale Grundherren, die im Winter an der Riviera lebten und dort bis zu 10 000 Mark monatlich ausgaben, bezahlten in vielen Fällen nicht mehr Einkommensteuer als ein Dorfschullehrer oder Handwerker. Aus diesem Grunde gefällte dem Landbunde auch die in diesem Jahre auf Grund der Steuernotverordnungen eingeführte Steuerveranlagung nach festen Sätzen nicht. Die Landbündler sehnten wieder die Buchführung als Grundlage für die Veranlagung zurück, und auch der jetzige Reichsernährungsminister Graf Ranitz hat diesen

Standpunkt befürwortet. Zunächst müssen wir uns vor Augen führen, daß über die Landwirtschaft seit August 1923 eine wahre Sintflut von Steuergesetzen und Steuernotverordnungen hereingebrochen ist. Heute hat der Landwirt an Steuern zu zahlen: 1. die Umsatzsteuer, 2. die Einkommensteuer, 3. die Vermögenssteuer, 4. die Tilgung der Rentenmarktgrundschuld, 5. die preussische Grundsteuer, 6. die Erbschaftsteuer und noch verschiedene kleinere lokale Steuern. Dieses überflüssige Mielerlei von Steuern muß unbedingt verschwinden und einer einfacheren Veranlagung Platz machen, da das Veranlagungsgeßäft vielfach einen großen Teil der Steuern aufricht und außerdem der Landwirt durch die vielen, ihm gar nicht bekannten Steuern verärgert und in seiner Arbeit behindert wird. Außerdem muß sich unsere Finanzwirtschaft in anderer Hinsicht ganz neu einstellen. An die Stelle des Grundfahes der Leistungsfähigkeit wird ein neuer Grundfah gestellt werden müssen, den ich den Grundfah der Produktivität nennen möchte. Die Besteuerung nach der subjektiven Leistungsfähigkeit kommt ohne die Mitwirkung des Steuerpflichtigen durch Selbstangabe über die Größe seines Einkommens- und Vermögensertrages nicht aus. Seine Mitwirkung setzt eine einigermaßen entwickelte Steuermoral voraus, die heute nicht mehr vorhanden ist. Damit ist eine der unentbehrlichen Vorbedingungen für eine gerechte Verteilung der öffentlichen Lasten durch die subjektive Besteuerung weggefallen. Vor allem aber fordert der Zwang der Produktionssteigerung einen Wandel. Hieraus muß steuerpolitisch die Folgerung gezogen werden, daß gemäß dem im Artikel 155 der Reichsverfassung niedergelegten Grundfah der Besitzer eines Grundstücks Sachverwalter dieses Teiles des Nationalkapitals ist und als solcher diesen oder jenen durchschnittlichen Ertrag herauszuwirtschaften hat. Erreicht er dies nicht, so muß er die Steuer aus einer anderen Einnahmequelle zahlen oder sein Grundstück einem wirtschaftlich befähigteren Individuum übergeben. Die Allgemeinheit kann auf seinen Minderertrag keine steuerliche Rücksicht nehmen, im Gegenteil sie muß darauf bestehen, daß aus den vorhandenen Produktionsmitteln das Höchste herausgeholt wird. Das aber bedeutet in der Praxis die Rückkehr zu Ertragssteuern in ihrer rohesten Form durch Verablagung, nicht nach dem wirtschaftlichen Ertrag, sondern nach der Ertragsfähigkeit. Von diesen Gesichtspunkten aus muß verlangt werden, daß die Umsatz-, Einkommen- und Vermögenssteuer zu einer Reichsgrundwertsteuer zusammengelegt werden, die Groß- und Kleinbetrieb unter Berücksichtigung von Bodengüte und Verkehrslage gleich befaßt. Wie hoch eine derartige Steuer pro Hektar für die gesamte land- und forstwirtschaftlich genutzte Fläche Deutschlands sein müßte, hängt selbstverständlich in erster Linie von den Bedürfnissen des Reiches ab, im zweiten Linie muß allerdings auch die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft im allgemeinen — jedoch nicht im Einzelfalle — berücksichtigt werden. Nun behaupten ja Landwirtschaftskammern, der Landbund und andere landwirtschaftliche Autoritäten, daß heute bei mittleren und schlechten Böden überhaupt kein Reinertrag herauszuwirtschaften sei. Diese Behauptungen sind schon deswegen nur mit der größten Vorsicht aufzunehmen, weil viele Grundeigentümer infolge der Steuerlast ihre Lebenshaltung keineswegs einschränken. So besitzt ein mir bekannter Großgrundbesitzer heute noch vier Luxuspferde, die zunächst einmal verschwinden müßten, ehe man an eine Steuerermäßigung denken kann. Auch ist es geradezu erstaunlich, wie Grundeigentümer, die auf der einen Seite behaupten, nicht in der Lage zu sein, die heute geforderten Steuern bezahlen zu können, auf der anderen Seite mit ihren Pächtern umspringen, wenn es heißt, aus dem verpachteten Boden den letzten Groschen an Pacht herauszupressen. So verlangen in Nordwestdeutschland die Verpächter im laufenden Pachtjahre durchweg 100 Prozent

der Friedenspacht und außerdem noch das Mehr an Steuern. Dadurch wird selbstverständlich der Grundeigentümer vollständig steuerfrei, und der Bodenbearbeiter hat die gesamten Lasten an Steuern und Abgaben trotz geringerer Rentabilität des Bodens zu tragen. Der Staat solle einmal die Grundeigentümer in Deutschland genau so behandeln wie diese heute die unglücklichen Pächter behandeln, die gezwungen sind, von ihnen Land zu pachten. Einen ergöglichen Beweis für die Unrechtheit der Grundeigentümer in dieser Richtung liefert die „Deutsche Tageszeitung“ vom 25. März dieses Jahres. Darin wird behauptet, daß bei Unterstellung allergünstigster Momente im laufenden Jahre pro Morgen 41 Mark zugefetzt werden. (Hört, hört!) Auf der anderen Seite hat Herr Freiherr von Ledebur, Vorsitzender der Landwirtschaftskammer Westfalen, also auch eine Autorität auf landwirtschaftlichem Gebiet, von seinen Pächtern 150 Prozent der Friedenspacht verlangt, also annähernd 40 Mark Pacht pro Morgen mittlerer Bodengüte. (Hört, hört!) Das Pachteinigungsamt Halle in Westfalen hat am 17. Mai dieses Jahres in einer Sache Kruse gegen Buchmann 125 Prozent der Friedenspacht als angemessenen Pachtpreis festgesetzt. (Hört, hört!) Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt, wir sehen 40 Mark pro Morgen zu. (Zuruf: Warum behalten sie das Land!) — Ganz richtig. Freiherr von Ledebur, der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer, hingegen behauptet, der Boden kann 30 Mark Reinertrag aufbringen. Das macht also eine Differenz von 70 Mark pro Morgen, gleich 280 Mark pro Hektar, bei 30 Millionen Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche im jetzigen Deutschland den ganz kleinen Unterschied von 8,5 Milliarden Mark jährlich.

Bei der Steuerfrage bietet sich eine ausgezeichnete Gelegenheit für die Sozialdemokratische Partei, schon in nächster Zeit erfolgreich für die Interessen des Kleinbauernturns einzutreten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß in den nächsten Jahren in Deutschland ernsthaft der Versuch gemacht werden muß, die landwirtschaftliche Produktion zu heben, aus dem Boden größere Erträge herauszuwirtschaften und die Anbaufläche noch zu verbreitern. Unsere Gegner fordern zu diesem Zwecke vor allen Dingen Unantastbarkeit des Privateigentumsrechts am Grund und Boden, Aufhebung jeglicher Zwangswirtschaft und hohe Schutzzölle. Auch hier widerlegen die Grundeigentümer ihre Behauptung selber, indem sie verlangen, der Grundeigentümer müsse gegen Eingriffe in das Privateigentumsrecht geschützt werden, damit er eine Produktionspolitik auf lange Sicht treiben könne. Den Pächtern verweigern sie aber den Pachthuf und verleugnen ihre Grundfah in dieser Beziehung nur, um ihren Herrenstandpunkt als Eigentümer des Bodens durchsetzen zu können. Meines Erachtens wird die Produktion in erster Linie am besten durch eine produktive Steuergesetzgebung gefördert, welche den Bodenbesitzer zwingt, das Äußerste aus dem ihm anvertrauten Gute der Allgemeinheit herauszuholen. Dieser brutale Zwang wird zehnmal besser wirken wie Ermahnungen, belehrende Vorträge usw. Es ist vor allen Dingen die beschleunigte Kultivierung der Moor- und Deßänderien zu verlangen, die heute infolge der Geld- und Produktionsverhältnisse ja nur mit erheblichen Zuschüssen des Staates erfolgen kann. Auch muß auf die Reichsbahn eingewirkt werden, daß sie eine vernünftigeren Tarifpolitik zugunsten der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Betriebsmittel betreibt. Dieses ist nicht nur im Interesse der Landwirtschaft, sondern auch zum Vorteil der konsumierenden Bevölkerung zu verlangen. Wenn man heute die gewaltige Spanne zwischen Erzeuger- und Verkaufspreis betrachtet, so muß unter allen Umständen gefordert werden, daß das Genossenschaftswesen weiter ausgebaut wird; denn das verarmte Deutschland kann sich keineswegs die vielen überflüssigen Detail- und Zwischenhändler erlauben, die heute neben der Umsatzsteuer, dem hohen Zinsfuß usw. die lebensnotwendigen

Produkte ins ungeheure verteuern. Es ist auch unbedingt notwendig, die landwirtschaftlichen Forschungsinstitute auf ihrer jetzigen Höhe zu erhalten oder sie womöglich noch auszubauen. Die landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen müssen demokratisiert werden, damit auch den Söhnen kleinerer Landwirtschaft Gelegenheiten geboten wird, sich theoretisch und praktisch für ihren Beruf auszubilden.

Ich habe in einem vor einigen Tagen im „Vorwärts“ erschienenen Artikel den Versuch gemacht, die Frage der landwirtschaftlichen Schutzzölle vom rein landwirtschaftlichen Standpunkt aus zu beleuchten, und ich bin zu dem Schluß gekommen, daß eigentlich nur Großgrundbesitz und Verpächter wesentliche Vorteile von hohen Schutzzöllen haben, daß aber die gesamte Volkswirtschaft durch ein event. Erliegen der Landwirtschaft schwer in Mitleidenschaft gezogen würde und von diesem Gesichtspunkte aus gesetzliche Maßnahmen getroffen werden müssen, um die Landwirtschaft in ihrer Existenz zu schützen. Mit welchen Mitteln das geschehen kann, darüber will ich jetzt nicht sprechen.

Am einzelnen möchte ich zu dieser Frage noch ausführen, daß die bestehende Kreditnot keineswegs durch Schutzzölle behoben wird, daß man auch nicht deswegen seine Zuflucht zu Schutzzöllen nehmen darf, weil die gegenwärtige Besteuerung der Landwirtschaft so hoch ist. Würde bei jeder Verschärfung des landwirtschaftlichen Steuerdruckes eine entsprechende Erhöhung der Zölle folgen, so wären ja letzten Endes die landwirtschaftlichen Steuern in erster Linie von den Konsumenten zu tragen. Bei Beurteilung der Frage, ob die Landwirtschaft durch Zölle oder andere Maßnahmen geschützt werden muß, können allein die Interessen des Gesamtvolkes ausschlaggebend sein, nicht aber die Wünsche einer besonderen Berufsklasse.

Meines Erachtens wird es in den nächsten Jahren für uns in Deutschland weniger darauf ankommen, den einen oder anderen Punkt des sozialistischen Programms zu verwirklichen, als darauf, die Republik und ihre demokratische Verfassung gegen den Ansturm der Gegner zu verteidigen. Das deutsche Volk wird sich für die Republik unter Führung der Sozialdemokratie oder für die Monarchie unter Führung der Deutschnationalen entscheiden müssen. Da ist es an der Zeit, ernsthaft zu prüfen, ob die Sozialdemokratie eine Partei der Lohnempfänger bleiben will, oder ob sie die Partei des arbeitenden Volkes in Stadt und Land sein will. Für eine Lohnarbeiterpartei ist ein Agrarprogramm ein unnützer Ballast mit Rücksicht auf die Agitation. Wollen wir jedoch die Landbevölkerung gewinnen, so muß selbstverständlich auch deren Bedürfnisse Rechnung getragen werden. Dies geschieht nicht durch Programme für eine allzu ferne Zukunft, auch nicht durch kommunistische Landausgleichspläne. Die Sozialdemokratie ist auf Grund ihrer geschichtlichen Entwicklung als Partei der Enterteten und Entrechteten dazu berufen, in Deutschland Führerin der Bodenarbeiter zu werden. Eine unserer zukünftigen Aufgaben besteht darin, die auf eigene Arbeit angewiesenen Volksschichten in Stadt und Land zum gemeinsamen Kampfe für unsere großen Ziele zusammenzuführen. Wenn mein heutiger Vortrag dazu beigetragen hat, die Wege in dieser Richtung zu ebnen, so hat er seinen Zweck erfüllt. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Wels: Zu dieser Frage ist ein genügend unterstützter Antrag Georg Schmidt eingelaufen.

Ehe wir in unseren Verhandlungen fortfahren, habe ich einer traurigen Pflicht zu genügen. (Die Versammlung erhebt sich.) In derselben Zeit, in der ich Ihnen die Nachricht übermittelte, die Leiche des Genossen Matkott sei gefunden, hat sich in unserer unmittelbaren Nähe auf dem Potsdamer Bahnhof ein schweres Unglück ereignet. Ein eintreffender Frühzug fuhr auf einen Vorortzug. Die Zahl der Getöteten steht noch nicht fest. Der Parteitag spricht den Angehörigen der Verwundeten und Getöteten sein tiefstes Beileid aus.

Georg Schmidt-Berlin: Ich bitte Sie um Annahme des vorliegenden Antrags. Die Partei muß zu einer Erklärung über diese wichtige Frage kommen. In dem Antrag, der von der Fraktion des Reichstags unterbreitet wurde, sind die Richtlinien gegeben, wie wir auf dem Lande ausklarend wirken wollen.

Die Landbündler sind in der Propaganda bezüglich der Not „der Landwirtschaft“ sehr rührig. Die Landbündler haben vor dem Sachverständigenkomitee Vorträge gehalten, und durch statistische Tabellen nachgewiesen, wie ungeheuer verschoben die Preisliste der Agrarprodukte zu denen der Produktionsmittel, deren die Landwirtschaft bedarf, sein sollten. Dabei ist dies keine deutsche, sondern eine internationale Erscheinung. Wir vermissen in allen diesen Darlegungen der Landbündlerorganisationen die Kurve des Lohnes in der Landwirtschaft. Die Löhne in der Landwirtschaft sind niedriger als vor dem Krieg. Dabei betrug das Lohnkonto in der Landwirtschaft 30 bis 35 Proz. der Produktionskosten in der Vorkriegszeit, in der Regel mehr als bei der Herstellung der Produkte der Industrie und des Handwerks. Wenn die Landbündler das Lohnkonto vergessen haben, so muß das gewichtige Gründe haben. Zieht man es in Betracht, so ist die Notlage der Landwirtschaft lange nicht so groß, wie sie hingestellt wird.

Ein Lohn von 25 bis 30 Pfennig Barlohn einschließlich Deputat und alle anderen Entlohnungsformen im Reichsdurchschnitt, der heute gezahlt wird, ist keine Entlohnung, bei der die Landarbeiterschaft bestehen kann. In Ostpreußen führte die Landarbeiterschaft vor kurzem einen großen Kampf zur Erhöhung besonders des Barlohnes, der 1,04 Pfennig pro Stunde betrug. Der Gesamtlöhntoht beträgt dort pro Stunde 28 bis 30 Pfg. Dabei müssen diese Landarbeiter noch 2—3 fogenannte Hofgänger stellen, die in der Behauptung des Landarbeiters mit untergebracht werden. Gegen den Reichsarbeitsminister erhebe ich den Vorwurf, daß er sich bei allen Eingriffen in die Lohnkämpfe in der Landwirtschaft sehr arbeitgeberfreundlich gezeigt hat. Der Reichsarbeitsminister Brauns, der aus dem industriellen Westen stammt, sollte daran denken, daß er nicht einseitig die Interessen des Großgrundbesitzes wahrnehmen kann.

Ich habe es wiederholt und auch in einem hier ausliegenden Heft der „Blode“ ausgesprochen, daß wir gerade in der Landwirtschaft zugunsten der ländlichen Arbeiterschaft, durch die Parlamente Hilfe brauchen, die wir nur durch die Sozialdemokratische Partei bekommen können. Dieser Gedanke hat sich auf dem Lande schon festgesetzt.

Helling wies darauf hin, daß die Verhältnisse in der Landwirtschaft anders gelagert sind als in der Industrie; das trifft auch für die Arbeiter zu. Während der Inflation und der allgemeinen Bewirtschaftung der Lebensmittel benutzte man die Deputate, um gegen die sozialdemokratische Fraktion und auch dem Landarbeiterversand Stimmung zu machen. Heute baut man die Deputate ab. Dieses rücksichtslose Vorgehen der Landwirte wird die Landarbeiterschaft zur klaren Erkenntnis ihrer Klassenlage bringen. Ich gebe zu, daß während der Inflation die Landwirte ein leichtes Spiel hatten, den Landarbeitern vorzureden, daß die Landwirte bei der behördlichen Preisfestsetzung den Arbeitnehmern angeblich nicht den Lohn geben konnten, den sie geben wollten. Heute aber wird das damals als wertbeständigen Lohn empfohlene Deputat den Landarbeitern wieder entzogen.

Dißmann hat in einem Artikel darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaften in dem Werftarbeiterkampf bei den Unorganisierten große Sympathien haben und gerade diese im Streik fest aushalten. Dasselbe können wir auch bei den Lohnkämpfen in der Landwirtschaft beobachten. Ich setze große Hoffnung darauf, daß es uns gelingt, die Unorganisierten wieder zurückzugewinnen, die infolge der Inflation nicht in den Verbänden blieben.

Geschadet hat der Arbeiterbewegung auf dem Lande nichts mehr als der kommunistische Phrasendrusch. Während unseres Lohnkampfes in Ostpreußen ist die Streibewegung in den Bezirken zurückgegangen, wo die Kommunisten Einfluß hatten; die weiter nichts konnten, als gegen den deutschen Landarbeitervereinband und die Sozialdemokratische Partei zu gehen. Die kommunistische Welle auf dem Lande halte ich für überwunden, weil der Landarbeiter, der an die Scholle gefesselt ist, ruhige, planmäßige und sachliche Arbeit in den Verbänden und den Parteien haben will. Die Saat fünfzehnjähriger organisatorischer Tätigkeit wird auch auf dem Lande ihre guten Früchte in Zukunft tragen. Es müssen sich aber mehr Genossen und Genossinnen zu Versammlungen auf dem flachen Lande zur Verfügung stellen. Meiner Ansicht befriedigt keine Tätigkeit mehr als die unter den breiten Massen der Landbevölkerung. In Dutzenden von Kreisen Deutschlands aber hat es daran gefehlt, während Städte und Industriebezirke mit Versammlungen überschwemmt wurden. Gerade auf dem Lande aber bleibt das gesprochene Wort nach meinen Erfahrungen fester haften als in den Städten. (Sehr richtig!) Helfen Sie uns, das Land zu gewinnen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Vorsitzender Wels: Wir haben die Freude, heute in unserer Mitte die Genossin Adelheid Popp zu begrüßen, die die Wünsche der österreichischen Bruderorganisation überbringt.

Adelheid Popp-Wien: Wir haben es schmerzhaft empfunden, am Eröffnungstage Ihres Parteitage nicht anwesend sein zu können. Das Gefühl hat uns aber keine Ruhe gelassen, wie unbrüderlich und unsolidarisch dies auf Sie wirken könnte, daß niemand Zeit hätte, Ihnen persönlich ein paar freundliche Worte zu sagen, so daß der Parteivorstand, sobald die Hindernisse einer Reise, die in der Teilnahme an den politischen Arbeiten, z. B. am Zollkart, an wichtigen Gemeindefragen Wiens und der politischen Situation überhaupt lagen, befallen waren, mich beauftragte, Ihnen zu sagen, daß die Sozialdemokratische Partei Österreichs nach wie vor mit den Gefühlen der herzlichsten Sympathie zu Ihnen steht und keinen heiseren Wunsch hegt, als daß dieser Parteitag einen Schritt vorwärts bedeute, daß die Vereinigte Partei Deutschlands die wahre Erbin der starken, großen, kampfs- und siegesproben alten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands werden möge. (Bravo!) Die Sozialdemokratie, die Arbeiterklasse eines Landes mag noch so stark sein, mag 90 und mehr Prozent der Arbeiterschaft und neben den Männern einen großen Teil der arbeitenden Frauen und Mädchen in ihren Organisationen vereinigen, sie wird doch nicht ihr Ziel erreichen können, kaum instande sein, das Errungene für die Arbeiterschaft festzuhalten, wenn in anderen Ländern die Arbeiterschaft nicht ebenfalls stark, groß und mächtig ist. (Sehr richtig!) Keine Partei eines Landes wird ihr Ziel erreichen, wenn sie nicht mit den Sozialdemokratischen Parteien der Arbeiterschaft aller Länder zusammengeht. In diesem großen Ringen in dem so klein gewordenen Österreich wird unsere mit Begeisterung getane Arbeit viel zielfähiger wirken, wenn die deutsche Sozialdemokratie wieder einig und unüberwundlich dasteht. Wir werden alle unsere Gegner im eigenen Lande leichter überwinden und die Anschläge der reaktionären Mächte um so sicherer überwinden, je stärker sie sind. Wir sind bereit, allen Bestrebungen der reaktionären Kreise mit dem Opfermut und der Begeisterung der österreichischen Arbeiter und Arbeiterinnen entgegenwirken. (Bravo!) Darum freuen wir uns doppelt, aus Ihren Berichten zu vernehmen, daß die Vereinigte Sozialdemokratie Deutschlands im Aufmarsch und Vormarsch ist. Wir beglückwünschen Sie dazu und versichern Sie unserer Sympathie in jedem Augenblick. In Ihren Bedrängungen und Nöten waren wir mit unseren Herzen und oftmals mit unseren Tränen bei Ihnen und wollen auch mit Ihnen den Aufstieg und Fortschritt zum

endlichen Ziel dessen teilen, was wir alle wünschen und erhoffen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Vorsitzender Wels: Der Parteitag hat durch seinen Beifall seinen Dank für die freundlichen Begrüßungsworte schon erstattet. Als die Parteioorganisation in schwerster Not in der Inflation sich befand, hat die österreichische Partei, die selbst noch schwerer unter der Inflation litt, im Verhältnis zu den übrigen Ländern die deutsche Sozialdemokratie am wirksamsten unterstützt. (Bravo!) Das werden wir niemals vergessen. (Bravo! und Händeklatschen.)

6. Die Reichstagswahlen und die Sozialdemokratie.

Dr. Hilferding-Berlin (Berichterstatter): Wenige Tage trennen uns von dem Zeitpunkt, an dem sich das erste Jahrzehnt seit Kriegsausbruch erfüllt. Dies legt uns die Beantwortung der Frage nahe: wie stehen wir nach Ablauf dieses Dezenniums, wie hat sich die Welt seitdem geändert? Der Versuch, jetzt schon gewisse Schlüsse zu ziehen, ist schwierig. Ich bin mir der Unzulänglichkeit der Lösung sicher bewußt, trotzdem müssen wir zu einer allgemeinen Orientierung zu kommen suchen.

Wie stehen die Dinge ökonomisch? Durch den Krieg und die Revolution ist der Kapitalismus nirgends entournelt worden, am wenigsten in Rußland. Doch sind durch Krieg und Nachkriegszeit die Konzentrationstendenzen des Kapitalismus ungemein gesteigert worden. In der Weltwirtschaft befinden sich alle großen Kraftquellen der Industrie, Petroleum, Kohle, Elektrizität, alle wichtigen industriellen Rohstoffe, Eisen, die anderen Metalle in den Händen und unter der Kontrolle weniger monopolistischer Vereinigungen. Die bearbeitenden Industrien haben sich entweder diesen großen Monopolen angegliedert und sind, wie früher das Handwerk, kapitalhörig, so jetzt monopolhörig geworden, oder diese Fertigungsindustrien haben sich zu monopolistischen Gebilden zusammenschließen müssen, die mit den Rohstoffmonopolen Vereinbarungen zum Aufbau der riesigen vertikalen Konzerne treffen, die heute in den wichtigsten kapitalistischen Ländern die Volkswirtschaft beherrschen. Die Verbindung der Großbanken oder großer Finanzinstitute mit den Beherrschern der industriellen Monopole ist weiter fortgeschritten. Die gesamte Wirtschaftsmacht ist so in den Händen einer kleinen Schicht konzentriert.

Krieg und Nachkriegszeit haben andererseits das Proletariat, die gesamte Arbeiterschaft ungeheuer ausgerüstet. In allen Ländern hat sich die Arbeiterschaft ebenfalls zu großen Organisationen zusammengeschlossen, Teile von ihr, die vor dem Krieg der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung fern standen — wie Angestellte und Beamte —, sind in diese Gesamtbewegung eingereicht worden. Die Inflation hat das Renteneinkommen vermindert oder vernichtet, große Teile des Mittelstandes expropriert und pauperisiert. Die industrielle Konzentration war zugleich von einer außerordentlichen Vermögenskonzentration begleitet.

Wir sehen die ganze kapitalistische Gesellschaft von dem Kampf dieser Organisationen erfüllt in gesteigerten Gegensätzen, gesteigertem Antagonismus. Die Gesellschaft ist vor die Frage gestellt, wie sie diese privaten Monopole, die Wirtschaft und Staat zu beherrschen streben, in den Gesellschaftsrahmen, in die staatliche Organisation einordnen kann. Das Instrument für diese Einordnung sind die großen Organisationen der Arbeiterschaft, die damit nicht nur das beschränkte Klasseninteresse der Arbeiterschaft vertreten, sondern das Gesellschaftsinteresse, das Interesse der gesellschaftlichen Freiheit; diese fordert, daß sich die Gesamtheit nicht von einer kleinen Anzahl wirtschaftlicher Interessenten unterjochen lassen darf. Der Sozialismus ist heute längst nicht mehr die Frage der Armut und des Elends (Sehr richtig!), kein Kampf der Beladenen

und Müsseligen gegen Reiche und Glückliche. Sozialismus ist der Kampf großer organisatorischer Gewalten, und in diesem Kampf muß infolge der kapitalistischen Entwicklung selbst die Macht der Arbeitnehmerorganisationen, derer, die das gesellschaftliche Interesse der Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung gegenüber der Unterjochung durch die Interessenten vertreten, immerfort wachsen.

So steht nach dem Krieg und der Revolution der Sozialismus als Tagesfrage der Politik auf der Tagesordnung dieser Gesellschaft, mag sie es anerkennen oder nicht. Es ist merkwürdig, daß gerade in der Zeit, in der sich die Gesetze der kapitalistischen Entwicklung, wie sie Marx aufgedeckt hat, vollenden, wo das Konzentrationsgesetz sichtlich Wirklichkeit geworden ist, wiederum eine neue Welle des Hasses und des Unverständes dem Marxismus entgegen schlägt. Der Marxismus ist seinerzeit in Deutschland wissenschaftlich „widerlegt“, er ist immer wieder totgesagt worden; jetzt versucht man, ihn totzuschimpfen. Dieser Kampf wird von allen denen geführt, die vom Marxismus aus dem sehr triftigen Grunde nichts wissen wollen, weil sie von ihm nichts wissen. Noch nie hat sich das Wort so bewährt, daß die Geschichte die beste Marxistin ist. Mich erinnern die Leute, die jetzt so laut gegen den Marxismus losdonnern, an jene Person bei Molière, die mit größtem Erstaunen erfährt, daß sie ihr ganzes Leben lang — Prosa gesprochen hat. Die Leute, die auf den Marxismus schimpfen, wissen gar nicht, wie oft sie marxistisch reden und, soweit sie es überhaupt können, marxistisch denken müssen, nicht weil sie den Marxismus studiert haben, sondern weil die tatsächliche Entwicklung jene Voraussetzungen wahr gemacht hat, die Marx im „Kapital“ als notwendige Resultate der kapitalistischen Dekonomie aufgezeigt hat.

Was ist Marxismus? Marxismus ist nichts anderes als das Aufdecken der Bewegungsgeetze der menschlichen Gesellschaft in der materialistischen Geschichtsauffassung. Die, die heute der Sozialdemokratie vorwerfen, daß sie zum Klassenhaß aufreize, haben noch nicht die Anfangsgründe des Marxismus begriffen. Im Kommunistischen Manifest heißt es: Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen. Freie und Sklaven, Patrizier und Plebejer, Bauern und Leibeigene, kurz Unterdrücker und Unterdrückte führten einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf. Sie sehen also: schon die römischen Plebejer waren „Marxisten“, denn sie führten Klassenkämpfe!

Ich möchte hier denen, die immer wieder davon sprechen, daß die Partei am „unverfälschten Klassenkampf“, am „marxistischen“ Klassenkampf festhalten soll, zu bedenken geben, daß wir in einer Zeit leben, in der die Klassengegensätze so scharf sind und so offen zu Tage treten wie kaum je zuvor. Deshalb ist es wirklich überflüssig, einem Sozialdemokraten beständig vorzuhalten, er führe den Klassenkampf nicht „richtig“ genug. Es handelt sich nur darum, daß wir den Klassenkampf so führen, daß der größte Erfolg erzielt wird. Das sind Fragen der Taktik, die jeweils zu entscheiden sind, aber prinzipiell ist die Partei in ihrer Auffassung geschlossen und muß es sein. Denn wenn jemand sich einbilden sollte, er brauche keinen Klassenkampf zu führen, so würde der Kampf unserer Schwerindustrie und unserer Großagrarien ihn zwingen, den Klassenkampf zu führen. Die Führung von Klassenkämpfen ist eine ganz elementare Tatsache der Geschichte, unabhängig vom Willen und den Auffassungen der einzelnen. Der Marxismus hat natürlich nicht erst die Klassenkämpfe geschaffen und veranlaßt, sondern sie nur in ihrer grundlegenden Bedeutung für die gesellschaftliche Entwicklung verstehen gelehrt. Die Vorstellung namentlich, daß das Proletariat oder die Sozialdemokratie den Klassenkampf vergessen, den „Boden des Klassentampfes“ verlassen könne, wie jetzt die Stiebungsphrase mancher „Oppositioneller“ lautet, ist schlechthin kindisch und vor allem ganz und gar unmarxistisch. Sie wollen vielleicht der Befürchtung Ausdruck geben, das Bewußtsein des Klassen-

gegensatzes könnte verdunkelt werden oder verloren gehen. Aber wie grundlos ist diese Befürchtung gerade in der gegenwärtigen Periode!

Wir alle bewundern den Aufstieg der englischen Arbeiterklasse und wissen, daß er im wesentlichen das Werk der englischen unabhängigen Arbeiterpartei ist. Sie war gegründet von Keir Hardy, dessen Sozialismus man am ehesten als religiösen ansprechen kann. Sie war geführt von MacDonald, der sich immer dagegen gewehrt hat, ein Marxist und Vertreter des Klassentampfes zu sein. Und doch! Es gibt keine Gruppe, die den Klassentampf energischer und erfolgreicher geführt hat als die unabhängige Arbeiterpartei Englands. Ihr Werk war es, das zu tun, was für uns die Quintessenz unseres politischen Handelns von jeher gewesen ist, die Arbeiter loszulösen aus der politischen und ideologischen Gefolgschaft des Bürgertums, die Arbeiterklasse als politische Partei zu konstituieren, die für die Gegenwartsinteressen der Arbeiterklasse kämpft, um in und durch diese Kämpfe das sozialistische Endziel, die klassenlose Gesellschaft zu verwirklichen. Dabei war es nicht das Entscheidende, daß sie sich dabei bewußt war, daß sie den „unverfälschten“ Klassentampf führte. Im Gegensatz dazu haben wir in England eine Gruppe gehabt, die Sozialdemokratische Föderation Hyndmans, die behauptet hat, entgegen der unabhängigen Arbeiterpartei, entgegen ihren religiösen oder rein humanitären Ideologien den wirklichen Standpunkt des Marxismus unverfälscht zu vertreten. Die Sozialdemokratische Föderation hat in England nie politische Bedeutung erringen können, weil sie das Wesentliche nicht verstanden hat: immer im Zusammenhang mit der lebendigen Arbeiterbewegung bleiben, immer bei den Massen bleiben. Das grenzt uns auch von den Strömungen ab, die mitunter auftauchen und meinen, wir müßten immer in der Regierung sein. Oberstes Prinzip unserer Taktik muß bleiben, den Massen nicht mehr zugunsten, als sie verstehen können. Aber das bedeutet auch andererseits, den Massen begreiflich zu machen, was die politische Situation zu jeder Zeit erfordert. (Lebhafter Beifall.)

Jedes politische Problem ist ungeheuer kompliziert. Ich erinnere mich an manche Unterredungen mit Viktor Adler über politische Probleme, wie sorgsam er jedes Problem erwog, wie er es gleichsam von allen Seiten abtastete, wie er sich selbst jedes pro und contra der Lösungsmöglichkeiten klarzumachen suchte, und wie aus all den Erwägungen dieses umfassenden und tiefbohrenden politischen Geistes schließlich das Resultat herausprang: die bestimmte Lösung für ein politisches Problem. Ich wünschte, daß unserer Partei der Respekt vor den Schwierigkeiten, politische Aufgaben zu lösen, stärker zum Bewußtsein kommt als in früheren Zeiten, wo wir keine politischen Probleme hatten, sondern nur unsere Weltanschauung zu propagieren, unsere Organisation auszubauen brauchten.

Nachdem eingangs meiner Ausführungen die ökonomische Situation kurz skizziert worden ist, fragen wir nun: wie stehen wir politisch? Da dürfen wir wohl sagen, dieses erste Jahrzehnt des Krieges schloß damit ab, daß die Periode gewalttätiger Zudrungen und Entscheidungen zu Ende geht. Wir mußten damit rechnen, daß der falsche Frieden, der soviet neuen Zündstoff auf der Erde aufgehäuft hatte, zu neuen gewalttätigen Lösungen führen werde; wir wußten auch, daß jede Anwendung von Gewalt in den außenpolitischen Problemen auf die inneren Verhältnisse zurückzuschlagen würde. Wir verkennen nicht, daß auch jetzt noch in der Außenpolitik Europas und der Welt es eine Reihe sehr gefährlicher Probleme gibt, aber wir haben doch den Eindruck, daß diese Probleme mehr an die Peripherie zurückgedrängt sind, daß die allgemeine Erschöpfung nach dem Kriege gewalttätige Auseinandersetzungen verhindert. Alle vorhandenen Gefahren und Konfliktsmöglichkeiten sind stark gemindert worden seit dem Aufstieg der englischen Arbeiterklasse zur Macht, seit

dem Regierungsantritt Macdonalds. Denn trotz aller deutschen Romantik, trotz aller bolschewistischen Selbstüberschätzung wird das Schicksal der Welt und namentlich Europas nicht im Osten entschieden, sondern es hängt ab von den großen Entwicklungen im Westen, namentlich von der Entwicklung der Demokratie und des Sozialismus des Westens. (Sehr richtig!)

Die Entwicklung in England ist gekrönt worden durch die Entwicklung in Frankreich, und das macht die Lösung des mitteleuropäischen Problems in einer Richtung möglich, die zugleich die Richtung der Befriedung Europas und der Sicherung dieses Friedens ist. Auch von dieser Stelle aus muß ein Wort über die auswärtige Politik Macdonalds gesagt werden. Diese Politik hat Erfolg gehabt, weil sie die neue Methode darstellt, die Methode des Sozialismus, auswärtige Probleme anzufassen. Sozialisten als Außenminister müssen ehrlich sein, weil sie nicht eine Gewaltpolitik, eine Politik der Ausbeutung der zwischenstaatlichen Machtverhältnisse, sondern eine Friedenspolitik vertreten, die darauf gerichtet ist, die wichtigsten Nationen zusammenzufassen. Deshalb konnte Macdonald wahr machen, was die Inauguraladresse fordert. Er hat „die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, die die Beziehungen von Privatpersonen regeln sollten, als die obersten Gesetze des Verkehrs zwischen den Nationen“ zur Geltung gebracht. Er hat damit das Prestige der englischen Politik wiederhergestellt, das die Koalitions- und die konservative Regierung so sehr gemindert hatten. Er hat damit das Vertrauen der französischen Demokratie gewonnen und so beigetragen zu der Abkehr Frankreichs vom Poincarismus, zum Siege des Sozialismus und der Demokratie in Frankreich.

Der Sieg in Frankreich ist für uns einmal von großer Bedeutung, weil er das Wiedererstarken der französischen sozialistischen Partei zeigt. Auch in Frankreich ist der Höhepunkt des Kommunismus vorüber, auch dort beginnen die Wunden zu heilen, die die bolschewistische Agitation der Arbeiterschaft geschlagen hat. Der Sieg in Frankreich ist zugleich eine außerordentliche Stärkung der sozialistischen Internationale. Wir alle haben es als tief tragisch empfunden, daß damals, als es uns gelungen war, die sozialistische Internationale wieder aufzubauen, als es gelungen war, mit denen, die der Krieg ferngehalten hatte, wieder zusammen zu sein, diese neue sozialistische Internationale den Nationen litt, die die Kraft- und Machtlosigkeit des französischen Sozialismus bedeutete. Erst heute können wir uns mit Genugtuung und Freude dem Gedanken hingeben, daß jetzt die sozialistische Internationale in ganz anderer Weise arbeitsfähig und von politischer Bedeutung ist als vorher. Deswegen ist der Sieg in Frankreich nicht nur für Frankreich und Deutschland, sondern für jedes einzelne Glied der Internationale von so hoher Bedeutung.

Aber die Sozialisten haben nicht allein gesiegt, sondern mit ihnen die französische Demokratie, die französischen progressiven Kräfte. Viele von uns waren von der Größe des Sieges überrascht. Aber ich sehe darin nur eine Warnung: nicht die Ideen und die historische Tradition zu unterschätzen. (Sehr richtig!) Frankreich ist eben eine Republik und es hat das große Glück der Traditionen von 1789, der großen Kämpfe um die Wiederherstellung der Republik; es hat das Glück, jene intellektuelle Schicht zu besitzen, die mit aller Kraft ihres Geistes und mit aller Hingebung ihrer Persönlichkeit für die Idee der Freiheit und republikanischen Gleichheit eintreten. Wir in Deutschland sind nicht in dieser glücklichen Lage. Wir haben die stärkere und besser organisierte Arbeiterschaft; diese ist bei uns die wichtigste und unerlässlichste Trägerin des republikanischen Gedankens. Aber ich hoffe, daß wir auch in Deutschland dazu kommen werden, mehr als bisher eine republikanische Intelligenz zu bekommen, die mit der Arbeiterklasse vereint diesen ganzen Wust von alten historischen konservativen Traditionen wegräumen wird.

Wir sollten uns in Deutschland den Sieg der französischen Demokratie nicht durch Mißtrauen und Kleingläubigkeit verkleinern lassen. Es ist eins der schlimmsten Resultate des Krieges gewesen, daß dieser Krieg, wo alles nur von den blinden Entscheidungen des Gewaltzufalls abhing, in uns allen den Glauben an die Idee zu sehr erschüttert hat. Ich meine aber, daß die rasche Ueberwindung der französischen imperialistischen Politik und des Militarismus aus dem Innern des französischen Volkes heraus uns das Vertrauen zurückgeben muß, daß die breiten Massen aller Völker sich heute nicht mehr von der Bühne der Geschichte verdrängen lassen, sondern handelnd auf ihr bleiben und ihre Gegner schließlich zu überwinden verstehen. Der Sieg der französischen Demokratie wird die Hoffnung der Verwirklichung näher bringen, die alle großen Geister der französischen und deutschen Demokratie gehabt haben, die Hoffnung auf das Zusammenwirken, die Versöhnung und Solidarität dieser beiden großen Kulturnationen. Was die bürgerliche Demokratie allein nicht konnte, das erwarten wir von dem Zusammenarbeiten der bürgerlichen mit der sozialistischen Demokratie. Marx hat in seiner Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie gesagt: Wenn alle inneren Bedingungen erfüllt sind, wird in Deutschland der Auferstehungstag verkündet werden durch das Schmettern des gallischen Hahns. Der gallische Hahn hat seinen Ruf ertönen lassen, an uns ist es jetzt, die inneren Bedingungen herzustellen, damit wirklich ein Auferstehungstag für Deutschland, für ganz Europa kommen kann. (Bravo!)

Welches sind die inneren Bedingungen? Das Wichtigste ist, es in Deutschland dazu zu bringen, daß wirklich Friedensarbeit geleistet werden kann, daß der Geist des Militarismus, nachdem der Körper zerfallen ist, endlich überwunden wird. Die wichtigste Vorbedingung dafür ist, daß das Reparationsproblem endlich der Lösung zugeführt wird. Das kann nur durch die Annahme des Gutachtens der Sachverständigen geschehen. Die Sozialdemokratie hat eine nicht nur politisch richtige, sondern auch historisch bedeutsame Tat verrichtet, als sie als erste bedingungslos und ohne Zaudern die Annahme des Gutachtens forderte. Sie hat recht behalten in der Beurteilung der internationalen Situation. Denn die demokratischen und sozialistischen Kräfte aller anderen Nationen treten für die Annahme des Gutachtens ein, weil dies die einzige Möglichkeit ist, zum Frieden zu gelangen. Die Partei hat aber damit auch in der wichtigsten Frage der deutschen und europäischen Politik unbestritten die Führung erlangt. Die Proklamierung der Notwendigkeit der Annahme war von der Ankündigung begleitet, daß die Sozialdemokratie entschlossen ist, für die Annahme zu kämpfen und sie unter Umständen durch einen Volksentscheid durchzusetzen. Ich bin von der Richtigkeit dieser Politik um so mehr überzeugt, je länger ich die Ereignisse seitdem verfolgen konnte. Sie war richtig, weil dieser Beschluß zugleich den Ausweg aus allen parlamentarischen Schwierigkeiten gezeigt hat, weil er In- und Ausland die Sicherheit gegeben hat, daß unter Führung der Sozialdemokratie dieser Weg zum Frieden beschritten und bis zu Ende gegangen werden wird.

Das Sachverständigengutachten bedeutet endlich — nach zehn Jahren — den Abschluß des Krieges und den Beginn des Friedens. Wie dieser Krieg nicht mit dem Waffenstillstand zu Ende war, so wird auch der Friede nicht mit der Annahme des Gutachtens endgültig festgelegt sein. Wir werden am Frieden noch Jahre lang arbeiten müssen, aber die Bahn für diese Arbeit ist frei und der Erfolg ist sicher.

Das Gutachten bedeutet für uns — und es ist charakteristisch, daß wir internationalen Sozialdemokraten es sagen müssen — vorerst die Sicherung und Aufrechterhaltung der deutschen Einheit. Nur durch Annahme des Gutachtens bekommen wir Rheinlande und Ruhr frei. Nur in Deutschland, in einem Lande,

wo wirkliches Nationalbewußtsein nur schwach entwickelt ist und jenes falsche der Deutschnationalen und anderer bürgerlicher Schichten herrscht, das nur Anbetung des alten Machtstaates ist und dem zum wahren Nationalgefühl das wichtigste fehlt: die Liebe zu allen Nationsangehörigen, nur in Deutschland, sage ich, ist möglich, was überall sonst unverständlich wäre: daß in dem Moment, in dem es sich um die Befreiung des wichtigsten Teiles des Landes handelt, Leute, die sich national nennen, damit anfangen, zu rechnen, ob ihr Portemonnaie dadurch nicht allzusehr geschädigt wird. (Sehr gut!)

Die Annahme des Sachverständigengutachtens gibt uns weiter die Möglichkeit, die Wirtschaftseinheit wieder herzustellen, gibt uns die Möglichkeit, von den Kontrollen, von den Eingriffen, von den Zollbarrieren, von der Zerschneidung unseres Eisenbahnsystems freizuwenden. Es ist also das dringendste Interesse der deutschen Industrie, der deutschen Produktion, auch der deutschen Landwirtschaft, das uns leitet, wenn wir für die Annahme des Sachverständigengutachtens eintreten. Auch in dieser Beziehung sind wir und nicht die Deutschnationalen, nicht der Landbund, diejenigen, die die wirklichen Interessen der deutschen Volkswirtschaft gegen die parasitären Privatinteressen in Schutz nehmen. Die Annahme des Sachverständigengutachtens bedeutet auf alle Fälle eine außerordentliche Erleichterung unserer augenblicklichen Lage. Der Außenminister hat uns kürzlich gesagt, daß die direkten Lasten aus den Rumverträgen über eine Milliarde betragen. Außerordentlich schwer zu berechnen sind die Schäden, die durch die fortwährende Besetzung des Ruhrgebiets, durch die Zolllinie, durch die Kontrollen, durch die fortwährenden Eingriffe der gesamten deutschen Wirtschaft erwachsen; aber sie betragen vielleicht das Vielfache der vorhin genannten Summe. Die Annahme des Sachverständigengutachtens bedeutet also jedenfalls für absehbare Zeit eine Erleichterung unserer wirtschaftlichen Lage. Diese ist augenblicklich präkar und gefährlich. Wir alle wissen, daß die schwere Kreditkrise, die auf unserem Wirtschaftsleben lastet, bei längerer Dauer in eine Produktionskrise umschlagen muß, daß die Gefahren einer Zunahme der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit sehr groß sind. (Zustimmung.) Wenn wir diesen Zustand vermeiden wollen, dann müssen wir den einzigen Weg einschlagen, den das Sachverständigengutachten weist, den Weg der Wiederherstellung des Vertrauens in die Sicherheit Europas, des Vertrauens auf die Ehrlichkeit und Vernünftigkeit der deutschen Politik.

Wir können aber auch das Gutachten annehmen, weil in diesem Gutachten wichtige Sicherungen vorhanden sind. Es ist ganz auf der Idee aufgebaut, daß die Zahlungen die deutsche Währung nicht erschüttern dürfen. Alle Uebertragungen deutscher Zahlungsmittel ins Ausland müssen diese Bedingung erfüllen. Sobald die Uebertragungen unsere Währung gefährden, so müssen sie nach dem Plan der Sachverständigen eingestellt werden. Erweist sich auf die Dauer die Uebertragung der von Deutschland geforderten Summen als unvereinbar mit der Aufrechterhaltung der Stabilität der Währung, so müssen die Zahlungen selbst herabgesetzt werden. Das bedeutet eine so starke Sicherung unserer Währung und damit unserer Wirtschaft, daß dagegen alle Bedenken auch vom rein wirtschaftlichen Standpunkt in den Hintergrund treten.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch hervorheben, daß die Zahlungen, die Deutschland zu leisten hat, alles umschließen, die Restitutions, die Kosten für alle Kommissionen, vor allem auch die Besatzungskosten. Damit ist in dem Plane selbst die stärkste wirtschaftliche Garantie dafür gegeben, daß die Besatzung abgebaut wird und die Besatzungsfristen schließlich, wenn einmal Sicherheit und Vertrauen da sind, verkürzt werden, weil es das stärkste wirtschaftliche Interesse der anderen Mächte ist, ihre Besatzungskosten zu verringern.

Dazu noch ein paar Worte über die Frage der Eisenbahnen. In der Öffentlichkeit sind in dieser Hinsicht sehr falsche Vorstellungen erweckt worden, weil man den Bericht der beiden Eisenbahn-Sachverständigen, die die Gutachter zugezogen hatten, als ein Urteil der Sachverständigen selbst angesehen hat. Aber wir wollen nicht verkennen, daß die Art der Regelung der Eisenbahnfrage auch für uns als Sozialdemokraten starke Bedenken hat. Ich möchte an dieser Stelle der englischen Arbeiterpartei und der französischen Demokratie deshalb sagen: Im Programm der englischen Arbeiterpartei steht die Rationalisierung der Eisenbahnen. Wir Sozialdemokraten haben uns in den letzten Jahren mit größter Schärfe gegen alle Versuche der Schwerindustrie in der Richtung einer Privatisierung der Eisenbahnen wenden müssen. Wir wünschen, daß es in den Verhandlungen des Organisationskomitees für die Eisenbahnen ermöglicht wird, die Tarifhoheit des Reiches, den Einfluß des Reiches auf die Eisenbahnpolitik so stark zu machen, daß der größte Teil unserer Bedenken ausgeräumt wird. Wir hoffen, daß es nach dem Wahlsieg in Frankreich und bei der Stellungnahme der englischen Arbeiterpartei möglich sein wird, gewisse Zugeständnisse zu erhalten, die manche Befürchtungen, die sich aus dem Text des Berichtes ergeben können, zerstreuen.

Wenn man das Bild des Weltkapitalismus betrachtet, wenn man sieht, wie trotz aller ungeheuren Schwierigkeiten der Kapitalismus die schwere Krise zu überwinden im Begriffe ist, so können wir gar keinen Zweifel daran haben, daß die Wiederherstellung der politischen Sicherheit zugleich einen neuen ökonomischen Aufschwung und damit ein neues Erstarken der deutschen Arbeiterklasse, einen neuen Vormarsch des Sozialismus bedeutet. (Sehr wahr!)

Mit der Annahme des Gutachtens wird die neue Grundlage der auswärtigen Politik geschaffen sein. Aber auch die Grundlage, auf der wir nunmehr das sozialistische Friedensgebäude zu errichten haben. Wir haben häufig den Pazifismus kritisiert. Der Ausbruch des Krieges und die späteren Ereignisse haben diese Kritik vielfach als berechtigt erwiesen. Lassen Sie mich trotzdem hier ein Geständnis machen. Ich habe mir oft gedacht: gewiß, wir haben wissenschaftlich sehr gründlich und nur allzu richtig die Kriegsurachen analysiert; gerade in marxistischen Schriften ist lange vor Ausbruch des Krieges nachgewiesen worden, wie dieses System der kapitalistischen Machtstaaten, wie diese Periode des Imperialismus schließlich zum Kriege führen mußte. Aber ich habe mir manchmal auch gesagt: vielleicht waren wir etwas zu wissenschaftlich in Deutschland und etwas zu wenig politisch, vielleicht hätten wir etwas mehr vom Geist, vom Temperament, vom Optimismus eines Saurès gebraucht. (Sehr richtig!)

Diese Friedensarbeit hat heute ganz andere, viel realistischere Grundlagen als vor dem Kriege. Der letzte Krieg hat ergeben, daß der Massenkrieg mit den modernen Hilfsmitteln der Kriegstechnik notwendigerweise ein ungeheurer Erschöpfungskrieg werden mußte. Die typische Gestalt des nächsten Krieges ist nicht gekennzeichnet durch die Kriegsergebnisse des Ostens, sondern durch den jahrelangen Ermattungskrieg im Westen. Alle Fortschritte der Kriegstechnik selbst können nur bewirken, daß der Charakter des Erschöpfungskrieges, wenn es wieder zu einem Kriege kommen sollte, in noch viel fürchterlicherer Weise hervortritt. Aber schon dieser Krieg hat gezeigt, was in einem künftigen Kriege noch stärker hervortreten würde, daß die Grenze zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten vollständig verwischt ist. (Sehr richtig.) In einem nächsten Kriege gibt es keine Etappe mehr, kein schönes Stappenleben mehr, kein Hinterland. Die Fortschritte der Flugtechnik und des Gaskrieges werden mit allen diesen Dingen ein Ende machen. (Sehr gut und heiterkeit.) Das bedeutet schon, daß auch vom Standpunkte der kapitalistischen Wirtschaft aus ein neuer Krieg ein fürchterliches

Unglück wäre, selbst ohne die sozialen Folgen, die jeder Krieg nach sich zieht und die die kapitalistische Gesellschaft nicht zum zweitenmal überstehen könnte. Der Krieg hat aber auch meines Erachtens Ergebnisse gezeigt die in ganz anderer Weise eine Grundlage für eine Friedenspolitik geben können. Der Krieg hat für das englische Imperium geschlossen mit einer Erreichung seiner wichtigsten kolonialen und imperialen Ziele. Der Weg Kap-Kairo, der Landweg nach Indien sind gesichert. England hat heute nur ein Interesse an der Erhaltung seiner Macht. Demgegenüber tritt das Interesse an der Ausdehnung der Macht verglichen mit dem ungeheuren Risiko eines neuen Krieges vollständig in den Hintergrund; denn ein solcher Krieg bedeutet ja für ein modernes Imperium nicht nur einen ungeheuren Verlust an Volksvermögen, nicht nur das große Risiko der sozialen Revolution, sondern für England auch unmittelbar die revolutionäre Bewegung, die Rebellion aller asiatischen, aller afrikanischen Völkerstämme und damit unter Umständen den Todesstoß für das Weltreich. Daher ein gewisser konservativer Zug in der englischen auswärtigen Politik, daher das Bestreben, die Gegensätze zu überbrücken. Es ist schließlich daselbe wie auf wirtschaftlichem Gebiet, wo, wenn in einer Industrie die Betriebe eine gewisse Größe erreicht haben, die Fortdauer der Konkurrenz unter Umständen unrentabel für alle wird und an die Stelle des Niederkonkurrierens das Kartell tritt. Ebenso sehen wir die englische Politik erfolgreich auf den Abschluß von Kartellen hindrängen. Wir sehen die Verständigung der angelsächsischen Reiche, das Abkommen von Washington, das die wichtigsten Gegensätze zwischen England und Amerika durch Vereinbarungen aus der Welt zu schaffen sucht, und sehen, wie diese beiden Riesenreiche diese Methoden gegenseitiger Vereinbarungen auf alle anderen großen, für den Seerrieg entscheidenden Mächte auszudehnen suchen. Mit diesem konservativen Interesse der angelsächsischen Reiche verbindet sich aber das Selbsterhaltungsinteresse aller kleinen Nationen und schließlich das ungeheure Friedensinteresse der breiten, arbeitenden Massen in allen Ländern. Das sind neue Grundlagen einer realistischen Friedenspolitik, und auf diesen Grundlagen haben wir aufzubauen.

Das Instrument für eine solche Friedenspolitik kann nur der Völkerbund sein. Auch der Völkerbund hat sich wesentlich geändert in dem Augenblick, in dem an Stelle der Vertreter des französischen Militarismus Vertreter der französischen Demokratie, unterstützt von den französischen Sozialisten in der Regierung Frankreichs sind. Das eröffnet die Möglichkeit, den Völkerbund allmählich umzugestalten und durch Mitarbeit auch für Deutschland das Notwendige zu erreichen. Deswegen verlangen wir von der Deutschen Regierung, daß sie endlich alle Bedenken fallen läßt und den Eintritt in den Völkerbund vollzieht (Läbe: Noch in diesem Jahr!) Es ist selbstverständlich, daß der Eintritt schon bei der nächsten Völkerbundstagung beantragt werden muß. Unsere Abstinenzpolitik im Völkerbund war aber auch eine ganz nutzlose Konzession an gewisse völkerbundsfeindliche Ideen gewisser Schichten im deutschen Volk. (Sehr richtig!) Damit muß endlich gebrochen werden. Die Zeit ist zu ernst, um aus innerpolitischer Schwäche solche Konzessionen an vergangene Romantik zu machen.

Wir fordern aber den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Wir haben allerdings auch den Wunsch der Universalität des Völkerbundes. Wir wünschen daher, daß auch Rußland in den Völkerbund eintritt. Diese Frage ist heute, wo die russische Regierung von der englischen Arbeiterregierung anerkannt ist und wo wahrscheinlich auch ihre Anerkennung in Frankreich bevorsteht, eine reine Angelegenheit der russischen Regierung. Was wir von der deutschen Regierung wünschen, ist nur, daß sie nicht aus der Haltung Rußlands nach Ausreden für ihre Stellung sucht (Hermann Müller: Sehr richtig!), daß sie sich auf keine Bindung an die russische Politik einläßt.

Ich möchte hier überhaupt ein Wort über die russische Regierungspolitik sagen. Wir deutschen Sozialdemokraten sind mit großer Energie für die bedingungslose Anerkennung der Sowjetregierung eingetreten und für den Abschluß von wirtschaftlichen Verträgen mit Rußland. Wir haben es abgelehnt, irgendwelchen Gläubigerinteressen zu dienen, sei es deutscher, sei es ausländischer Schichten. Aber damit sind unsere Pflichten erfüllt, um so mehr, als jetzt, seit der Wendung in Frankreich die Gefahr einer imperialistischen Unterjochung Rußlands nicht mehr gegeben ist. Wenn die russische Regierung glaubt, daß wir verpflichtet sind, ihre Preisfechter zu sein, daß sie sich aber auf der anderen Seite erlauben darf, unter der Firma der kommunistischen Internationale alles daran zu setzen, um die deutsche Arbeiterbewegung durch bezahlte Söldlinge zu ruinieren, so ist sie im Irrtum. (Lebhafte Zustimmung.) Wir wünschen, wie gesagt, eine vernünftige russische Regierung und wir wünschen ihr alles Glück. Aber die russische Regierung und Herr Sinowjew haben die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß ihre verschiedenen Vertreter im Auslande endlich politisch stubenrein werden. (Sehr gut!)

Lassen Sie mich diese Ausführungen über die auswärtige Politik mit einigen kurzen Bemerkungen schließen. Es ist ganz klar, daß für die sozialistische Friedensarbeit im Vordergrund stehen wird die große Frage der Abrüstung. Wir sind mit der sozialistischen Internationale einig in der Auffassung, daß eine Abrüstung, die sich bloß auf die Besiegten beschränkt, keine Friedenssicherung, sondern eine erhöhte Friedensgefahr bedeutet. (Sehr wahr!) Der Weg der beschränkten Abrüstung, der dahin führt, daß endlich wahr gemacht werde, was im Versailler Vertrag versprochen worden ist, daß endlich an die allgemeine Abrüstung herangegangen wird.

Wenn wir uns in der Welt umsehen, so müssen wir noch folgendes konstatieren. Die einzigen, die während der schweren Zeit der Vergangenheit, zum Teil schon während des Krieges für eine gerechte Behandlung Deutschlands eingetreten sind, waren die Demokraten, vor allem die Sozialisten der Welt. (Lebhafte Zustimmung.) Fortschritt der Demokratie, Fortschritt des Sozialismus in der Welt ist das wichtigste außenpolitische und damit das wichtigste nationale Interesse Deutschlands. (Lebhafte Zustimmung.) Deswegen können wir nicht genug betonen, daß alle diese Dinge von der schwarzen Reichswehr, von den geheimen illegalen Organisationen, abgesehen von den inneren Gefahren und der außenpolitischen Schädigung nichts anderes sind, als eine dumme, reaktionäre romantische Ideologie. (Sehr wahr!) Es ist genau so kindisch, Deutschland durch einen Guerillakrieg befreien zu wollen, wie es kindisch wäre, die Grohndindrie durch den Handbetrieb verdrängen zu wollen. Nicht mit Gewalt, sondern mit Geist muß Deutschland siegen können, und das wird nur möglich sein, wenn der Geist der Demokratie siegen wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir sehen in der auswärtigen Politik eine ungeheuer bedeutsame Wendung durch das Aufsteigen der westlichen Arbeiterklasse zur Macht. Bevor aber diese Wendung wirken, bevor diese Veränderung in der europäischen Geschichte sich vollziehen konnte, hat eine weise, politisch einsichtige, wesentlich von außenpolitischen Erwägungen und nicht von innerpolitischen Ängsten beeinflusste Regierung (Heiterkeit) sich veranlaßt gesehen, die deutschen Reichstagswahlen auszuschreiben. Sie haben in einer ungünstigen Zeit für alle die stattgefunden, welche für die Erfüllungspolitik als einzig mögliche Befreiungspolitik eingetreten waren.

Im einzelnen hat das Vorgehen der Schwerindustrie mit Notwendigkeit das Wahleresultat in Rheinland-Westfalen stark beeinflusst und das besonders starke Anwachsen der kommunistischen Stimmen erzeugt. Bei dieser Arbeiterschaft, die erst spät von der gewerkschaftlichen Organisation erfaßt wurde und nur mühsam

in unsere politischen Verbände eingereicht werden konnte, mußte sich das Gefühl der hellen Empörung in der Abgabe des kommunistischen Stimmzettels Luft machen. (Sehr richtig!)

Neben diesen allgemeinen Ursachen des Wahlausfalls, den wir vorausgesehen haben, und der bei uns nicht den geringsten Anlaß zu einer Entmutigung zu bilden braucht, muß zur Erklärung des Wahlausfalls in den verschiedenen Orten die Arbeit der Organisation in Rechnung gestellt werden. Wo unsere Organisationen gut gearbeitet und verstanden haben, die Arbeiter über gewisse Notwendigkeiten und Zwangsläufigkeiten unserer Politik aufzuklären, haben sich die Arbeiter in diesem schweren Kampf glänzend gehalten. Andere Organisationen aber haben sich selbst die Politik ungeheuer erschwert. (Sehr richtig!)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang im Hinblick auf die künftige Parteilarbeit etwas sagen. Zunächst müssen wir uns darüber klar werden, daß der Funktionär, der Vertrauensmann das wichtigste und verantwortungsvollste Glied in der ganzen Parteiorganisation ist. Von seiner Arbeit hängt es ab, in welchem Verhältnis die Massen zur Führung stehen. Vor dem Krieg hatten wir es leicht. Für die Sozialdemokratie war es in vieler Hinsicht nicht sehr schön, aber wir waren damals konkurrenzlos, die einzige Arbeiterpartei (sehr richtig!), und konnten es uns gestatten, über alle möglichen Probleme, über die abstraktesten wie über die kleinsten große Debatten in aller Öffentlichkeit zu führen. Es konnte nicht viel passieren, es kamen vielleicht einmal ein paar weniger zur Partei, aber zu anderen Parteien ist kaum ein Arbeiter desertiert. Meinungsfreiheit — selbstverständlich! Keiner wäre des Namens eines Sozialdemokraten würdig, der nicht die Meinungsfreiheit in Anspruch nimmt. Sie hat aber ihre Grenze an einer wichtigen Schranke, nämlich an dem Gefühl der Solidarität, das uns in der Zeit der Spaltung stark verloren gegangen ist, das wir uns wieder erwerben müssen. (Bravoo!) Jede Debatte muß vom Geist der Kameradschaft getragen werden. Wenn ein Funktionär die Kameradschaft nicht übt, muß im internen Kreis für Abhilfe gesorgt werden. Aber Funktionär und Funktionär müssen als unzerstörbare Kette zusammenhalten, um die Partei, ihre Besele und ihre Taten mit Zähnen und Klauen gegen jeden Angriff zu verteidigen. (Sehr richtig! und Händeklatschen.) Wir können keinen Funktionär in der Partei ertragen, der glaubt, sich auf Kosten der Organisation populär machen zu können. (Unhaltender Beifall.)

Noch ein Wort an die Preßkommission und die Geschäftsführer unserer Zeitungen und Druckereien. Ich möchte ihnen nahelegen, daß jede Verstärkung der Redaktionen, jede Ausgestaltung unserer Zeitungstechnik keine überflüssige Ausgabe, sondern vielmehr die beste Kapitalanlage ist. (Sehr richtig!) Auch muß ihnen, aber auch den Redakteuren klar sein, daß wir keine Zeitung allein für Funktionäre brauchen, sondern für die Erfassung des Arbeiters nicht nur als Klassenkämpfer und Politiker, sondern im ganzen Umfang seiner menschlichen Interessen und seines Strebens nach höherer Kultur. (Sehr richtig!)

Wem haben die Nationalisten und Kommunisten den Sieg zu danken? Sie haben infolge der zunehmenden Verzweiflung, des Aberglaubens an die Gewalt gefiegt. Schon jetzt können wir erkennen, wie diese Verzweiflungstimmung abnimmt. Wir sind völlig ruhig; denn wir wissen, wir werden infolge der zunehmenden Einsicht und des zunehmenden Selbstvertrauens des Proletariats in seine eigene Kraft siegen.

Der Kampf in der inneren Politik wird ein Kampf um die Abwälzung der Reparationslasten sein. Diese Lasten werden schwer sein. Dieser Kampf wird daher mit großer Leidenschaft und Energie von den Besitzenden geführt werden. (Sehr richtig!) Wir kennen ihr Programm. Der Reichsverband der Industrie hat es schlagwortartig zusammengefaßt: Beseitigung des

politischen Einflusses der Gewerkschaften, des Achtstundentages, des Schlichtungsverfahrens und der Tarifverträge, Privatisierung der Staatsbetriebe, Schutzzölle. Wir wissen also, woran wir uns zu halten haben. Die wichtigste der Fragen ist die des Achtstundentages.

Wir treten für den Achtstundentag aus schwerwiegenden volkswirtschaftlichen Gründen ein. Nicht nur unsere, sondern auch die Ueberzeugung einer großen Reihe bürgerlicher Nationalökonomien ist es, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit keine Verteuerung und Einschränkung der Produktion bedeutet. Denn sie wird sehr stark durch erhöhte Intensität der Arbeit und durch Verbesserung der Qualität der Arbeit kompensiert. Verkürzung der Arbeitszeit zwingt zudem zu der möglichst besten technischen und organisatorischen Einrichtung des Betriebs. Das Wort von Brentano ist bis heute nicht widerlegt: kurze Arbeitszeit und hohe Löhne bedeuten billige Arbeit. Ich habe neulich eine ausführliche Zusammenstellung von Materialien über den Achtstundentag in einer Schrift von Professor Lippmann über das Arbeitszeitproblem durchgesehen. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß die Erfahrungen mit der Verkürzung der Arbeitszeit vor dem Krieg günstiger als nach dem Krieg waren. Das ist aber für uns nichts Neues. Wir haben immer darauf hingewiesen, daß infolge der Unterernährung der Arbeiter, infolge der ständigen Unruhe und Aufregung in den Betrieben, die während der Inflation durch die Ungewißheit über die Kaufkraft der Löhne und die ewigen Lohnverhandlungen hervorgerufen war, die günstigen Wirkungen auf Erhöhung der Arbeitsintensität nicht eintreten konnten. (Sehr richtig!) Diese weniger günstigen Erfahrungen nach dem Kriege sind keine Widerlegung der alten nationalökonomischen Einsicht, daß der Achtstundentag für die Industrie die rationelle Grenze, das volkswirtschaftlich Vernünftige ist. Aber selbst, wenn damit eine volkswirtschaftliche Schädigung verbunden wäre, was ich bestritte, so ist die Frage des Achtstundentages für uns in erster Linie eine Frage von kultureller Bedeutung. Wenn wir in langer Erziehungsarbeit das Mitbestimmungsrecht der arbeitenden Menschheit über die Produktion und die Wirtschaft der Gesellschaft wahr machen wollen, brauchen wir Arbeiter, die Zeit und Muße zur kulturellen Erhebung haben. Deshalb verteidigen wir den Achtstundentag mit allen politischen und gewerkschaftlichen Mitteln. (Bravoo!)

Die Situation ist auch in dieser Beziehung günstiger geworden. Ich danke hier dem Genossen Broudère für seine Worte. Wir hoffen, daß es der Arbeiterschaft in England und Frankreich infolge der politischen Entwicklung gelingen wird, die Ratifizierung des Abkommens über den Achtstundentag in den Parlamenten durchzusetzen; dann werden wir auch in Deutschland trotz aller Widerstände die Ratifizierung leichter durchsetzen. Sollten wir dies parlamentarisch nicht erreichen, so werden wir die Abstimmung durch einen Volksentscheid herbeiführen. Wir brauchen nicht zu befürchten, daß sich in dieser Grundfrage Arbeiter, Beamte und Angestellte in irgend nennenswerter Anzahl von andern Parteien durch Schlagworte verführen lassen werden; sie werden für den Achtstundentag entscheiden und damit seinen Sieg in allen andern Staaten sichern helfen. Im Anschluß an die Frage der Arbeitszeit muß die Lohnfrage kurz gestreift werden. Ich habe manchmal den Eindruck, daß breite Arbeiterkreise noch nicht verstehen, wie infolge der neuesten Entwicklung auch die Lohnfrage zu einer politischen Frage geworden ist. (Sehr richtig!) Das ganze System der Tarifverträge und Schlichtungsprüfungen führt dahin. Immer ein gewisses Machtverhältnis der gewerkschaftlichen Organisationen vorausgesetzt, hängt die Lohnhöhe von den Vorständen der Schlichtungsausschüsse ab, die vom Reichsarbeitsminister bestimmt werden und nach seinen Richtlinien arbeiten. Die Befehle des Reichsarbeitsministeriums und der Einfluß auf die Politik des Arbeitsministers wird so von großer Bedeutung. Das Maß dieses politischen Einflusses

äußert sich in jedem einzelnen Arbeiterhaushalt. Die Höhe des Wochenlohns jedes Arbeiters hängt von der Stärke der sozialdemokratischen Vertretung im Parlament ab. (Sehr richtig!)

Ein weiterer wichtiger Punkt des Reichsverbandes und des Landbundes ist der Zollschuß. Die Gestaltung der Handelspolitik ist eine der bedeutsamsten Fragen der deutschen Arbeiterschaft überhaupt. Bei einer Rückkehr zu dem Zollschußsystem der Vorkriegszeit würde sich die deutsche Volkswirtschaft vor allem auf die Agrarproduktion und die Produktion industrieller Rohstoffe stützen. Das Interesse der deutschen Arbeiterschaft liegt aber vor allem in möglichst ungehinderter Ausdehnungsmöglichkeit der Verfeinerungs- und Fertigindustrien, die das meiste Arbeitskraftvermögen besitzen und die meiste Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitern ausüben. Deshalb muß die Handelspolitik dafür sorgen, daß diese Industrien billige Produktionskosten haben, daß also die Kaufkraft der Löhne nicht durch Getreidezölle vermindert und die Industrie nicht durch Rohstoffzölle belastet wird. Deshalb wünschen wir eine Handelspolitik mit langfristigen Handelsverträgen unter Freilassung der Lebensmittel und industriellen Rohstoffe von Zöllen. Wir leugnen die augenblickliche schwierige Lage der deutschen Landwirtschaft keinen Augenblick. Es handelt sich dabei um die Nachwirkungen der Kriegswirtschaft, der Inflations- und zum Teil der Stabilisierungskrise. Das Mißverhältnis in den Preisen der landwirtschaftlichen und der industriellen Produkte ist eine internationale Erscheinung. Es ist um so größer, je weiter die Inflation gediehen war und je schwerer deshalb die Stabilisierungskrise ist. Die Gründe für die Niedrigkeit der deutschen Getreidepreise bestehen außerdem noch darin, daß erst seit dem Spätherbst 1923 der Steuerdruck auf die Landwirtschaft wirksam wurde und daß dies die Landwirtschaft ebenso wie die übrige Wirtschaft in einem Augenblick traf, wo sie kein flüssiges Kapital und keinen Kredit hatte und deshalb unter allen Umständen verkaufen mußte. Da außerdem infolge der Kreditnot der Getreidehandel die Ernte nicht in größeren Mengen aufnehmen konnte, bildeten sich lokal begrenzte Bezirke, wo die Landwirte um jeden Preis das Getreide loszuschlagen mußten. Der Umstand, daß die landwirtschaftlichen Preise in Deutschland unter den Weltmarktpreisen stehen, beweist schon, daß die Krise der Landwirtschaft nicht durch Lebensmittelzölle beseitigt werden kann. Denn die Landwirtschaft hat nicht durch die Einfuhr allzu billigen Auslandsgetreides gelitten — denn das ausländische Getreide war teurer als das einheimische —, sondern unter dem gleichen Uebelstand wie die Industrie, unter der Stabilisierungskrise und Kreditkrise. Außerdem kämen Getreidezölle nur einem Bruchteil der Landbevölkerung zugute; die Landarbeiterschaft und die Betriebe bis zu fünf Hektar hätten davon keinen Vorteil. Auch für die mittleren und größeren bäuerlichen Betriebe würde der vorübergehende Vorteil der Zölle durch die Steigerung des Bodenwertes kompensiert werden, der sich bei jedem Erbgang und Besitzwechsel zeigen würde. Diese Steigerung der Bodenpreise würde von neuem eine Aussperrung der Landarbeiterschaft und Kleinbauern von Grund und Boden bedeuten und dem von uns vertretenen Siedlungsgegenden und damit einem Bedürfnis der Landarbeiter, Kleinbauern und Pächter widersprechen, das in dem volkswirtschaftlich erträglichen Maße durchaus befriedigt werden muß. (Sehr gut!) Alle diese Gründe lassen uns das Heilmittel der Lebensmittelzölle ablehnen. Wir werden nur in der Ueberzeugung gestärkt, daß der Landwirtschaft auf andere Weise geholfen werden muß. Dafür gibt es eine Reihe von Wegen. Als wichtigste erscheinen mir: Ausbau des ländlichen Genossenschaftswesens, direkte Verbindung der ländlichen Genossenschaften mit den Konsumentenorganisationen und den Kommunen; intensive Förderung des landwirtschaftlichen Bildungswesens, Unterstützung der landwirtschaftlichen Kreditorganisationen, Landarbeiter- und Pächterschuß. Ich

bitte Sie aus diesem Grunde, den Antrag anzunehmen, den Parteivorstand zu beauftragen, das Thema „Sozialismus und Landwirtschaft“ nach Vorbereitung durch eine Kommission auf die Tagesordnung eines der nächsten Parteitage zu setzen

Im Zusammenhang mit den Abwälzungsproblemen werden wir den Kampf um die Steuergegebung mit größter Energie zu führen haben. Wir scheitern allerdings, daß wir die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft allzusehr ausschließlich auf Steuerfragen lenken. Der Achtstundentag, die Lohnpolitik und die Lebensmittelzölle sind in jeder Beziehung wichtiger. Die Steuerfrage wird allerdings wie bisher auch in diesem Reichstag zu den heftigsten Kämpfen führen. Die finanziellen Ergebnisse sind augenblicklich vornehmlich auf Kosten und unter harten Opfern der arbeitenden Massen, namentlich auch der Beamten, verhältnismäßig günstig. Die Einnahmen decken die Ausgaben. In den ersten fünf Monaten betrug die Deckung etwa 98 Prozent. Da hierin die Rückzahlung der Goldanleihe mit ungefähr 430 Millionen einbegriffen ist, haben wir in diesen fünf Monaten einen Ueberschuß von rund 300 Millionen Goldmark zu verzeichnen. Allerdings werden etwa 60 Prozent dieser Einnahmen durch die Massenbelastung aufgebracht. Im Vorschlag für das laufende Jahr wird die Massenbelastung auf etwa 65 Prozent geschätzt. Es ist klar, daß dieser Zustand mit der Zusicherung des Reichszänglers in Widerspruch steht die Verteilung der Lasten müsse in gerechter sozialer Weise erfolgen. Die Reichstagsfraktion wird eine ihrer wichtigsten Aufgaben darin sehen, die Erfüllung dieses Versprechens durchzusetzen.

Der Kampf um die Abwälzung ist für uns nicht nur ein Kampf um materielle Interessen, er ist vor allen Dingen der Kulturkampf der breiten Massen. Wir wollen die materielle Besserstellung, weil wir die geistige Hebung wollen. Aber diese ist nicht möglich ohne den Geist der Freiheit. In unserem Volke lebt noch viel zu sehr der alte Geist des Obrigkeitstaats. Aber mit Untertanengeistung lassen sich keine großen Kulturaufgaben verwirklichen. (Sehr wahr!) Deswegen steht hoch über unserem materiellen Kampf der Kampf für die deutsche Republik.

Es ist gesagt worden, Republik oder Monarchie sei nur eine Form des Staates, es komme aber auf den Inhalt an. Das ist in doppelter Beziehung falsch. Die Republik ist an sich ein hohes Gut. Denn sie ist die Verwirklichung der Freiheit. Wir wollen keine Monarchie, weil wir eine geborene, eine nicht von uns eingesetzte Obrigkeit nicht anerkennen wollen. Man mag auch, wenn man ohne jeden politischen Wirklichkeitsinn theoretisiert, solche Anschauungen aufstellen. Aber haben wir etwa bei einer Wiederherstellung der Monarchie eine nach Art der englischen zu erwarten? Glaubt jemand an das Volkstairtum des Herrn Stresemann? Die Monarchie in Deutschland würde erst kommen nach der Niederschlagung der Sozialdemokratie, der Republikaner, geküßt auf die illegalen Banden und die Mordorganisationen, von Blut und Schmutz triefend wie der italienische Faschismus. Deswegen sage ich: Republik oder Monarchie ist für uns keine Frage. Mit allen Waffen, mit aller Hingebung, mit all unseren Kräften müssen wir für die Republik gegen die Monarchie kämpfen. (Lebhafter Beifall.)

Sagen wir damit etwas, was nicht Geist vom Geist des Sozialismus ist? Was ist denn Sozialismus, wenn Sozialismus nicht Freiheit ist? Wir wollen doch den Sozialismus, weil wir befreit sein wollen von der Uebermacht der materiellen Interessen, von der Herrschaft der Interessenorganisationen, weil wir wollen, daß endlich diese Fragen aufhören: wo kann ich heute Mittagbrot essen, wo finde ich morgen ein Obdach? Diese Dinge müssen aus dem Gesichtsfeld

freis der Menschheit zurücktreten, damit die Menschheit sich erst verwirklichen kann in der Teilnahme an den Gütern der menschlichen Kultur. Kultur und Freiheit ist unzertrennlich, und deshalb ist Republik und Sozialismus unzertrennlich. Wenn eine gewalttätige Minorität sich gegen Republik und Verfassung erhebt, dürfen wir als Vertreter der Minorität, als Schützer der Verfassung nicht davor zurückschrecken, diese Angriffe ebenso abzuwehren. Ich habe es immer als eine Schande empfunden, wenn in großen Industriestädten die andern die Straße beherrscht haben. Wenn jeder Arbeiter seine Pflicht tut, würden diese Deutschen Tage, diese völkischen Demonstrationen in den Industriestädten sehr rasch verschwinden.

Wir haben die Monarchie nicht nur gegen die Monarchisten zu verteidigen, sondern auch gegen die Aushöhlung durch die partikularistischen, die föderalistischen Bestrebungen. Wir bleiben die Partei des Einheitsstaates.

Wir stehen in einer entscheidenden Periode. Die außenpolitische Lösung ist auf dem Weg, aber wir wissen, daß, wenn sie Wirklichkeit geworden sein wird, wir dann in einer ganz andern Front zu kämpfen haben werden. Was hat denn so häufig bei den Parteigenossen Unzufriedenheit verursacht? Es war das Gefühl, daß wir unter dem Zwang der Außenpolitik in einer Front kämpfen mußten, die nicht die unsere war, daß wir, um ärgeres politisches Elend abzuwenden, Bundesgenossen suchen mußten, die sonst nicht unsere Bundesgenossen sein können. Wenn die wichtigsten und gefährlichsten außenpolitischen Fragen gelöst sein werden, dann werden die Versuche der Reaktion, die Versuche der Deutschnationalen, in die Regierung zu kommen und sie zu beherrschen, mit stärkerer Kraft aufleben. Diese Versuche werden auch bei anderen bürgerlichen Parteien Unterstützung finden. Die Möglichkeiten für die Sozialdemokratie, Koalitionspolitik zu treiben und in der Regierung zu sein, werden geringer sein. Wenn wir bisher aufgerufen wurden, in die Regierung einzutreten, geschah es nur, um Verantwortlichkeiten zu übernehmen und Lasten zu tragen, vor denen die bürgerlichen Parteien sich scheuten und die sie nicht allein tragen wollten. Wenn außenpolitisch etwas getan werden mußte, was der nationalistischen Demagogie unbequem war, erging der Ruf an die Sozialdemokratie. Wir haben gewußt, daß es uns als Partei schaden würde, und sind doch hineingegangen und haben eine Politik getrieben, von der wir wußten, daß viele Schichten sie nicht verstehen werden. Wir taten es in der Ueberzeugung, daß wir durchhalten müssen, bis diese Politik Erfolg gehabt hat, weil wir erst dann freie Bahn für die eigentlichen Aufgaben des Sozialismus bekommen. Schon bei der letzten Regierungsbildung konnten wir beobachten, daß, als endlich der Erfolg der Erfüllungspolitik winkte, es den bürgerlichen Parteien nicht so sehr darum zu tun war, diesen Erfolg mit uns zu teilen, obwohl wir die Träger dieser Politik gewesen sind.

Daß die Möglichkeiten der Koalitionspolitik geringer werden, schreckt uns nicht. Koalitionspolitik ist für uns ein Notbehelf, der nicht nötig wäre, wenn schon alle Schichten der deutschen Arbeiterklasse zur Erkenntnis ihres wirklichen Klasseninteresses erwacht wären. Was wir wollen, ist nicht Koalitionspolitik, sondern die Majorität der Sozialdemokratie im Reichstag, denn diese ist nach der sozialen Struktur Deutschlands zu haben. Nur die Zersplitterung der deutschen Arbeiterklasse hat dies bisher nicht zur vollen Wirkung kommen lassen. Unsere Aufgabe ist es daher, gegen diese Zersplitterung zu kämpfen. Was ist es für ein Wahnsinn, wenn heute, da wir in der Defensive stehen und den Achttundentag, die Sozialpolitik und eine gerechte Steuerpolitik verteidigen müssen, sich nicht jeder Arbeiter sagt: In all diesen Dingen kann es ja gar keine abweichende Meinung unter uns geben. Was ist es für ein Wahnsinn, sich die Organisationen von den Kommunisten zer schlagen, die politische Vertretung

schwächen zu lassen, um Dinge willen, die weder heute noch morgen auf der politischen Tagesordnung stehen, sondern vielleicht ein Streit um die Zukunft sein werden! Die Ueberwindung der Zersplitterung kann aber nur durch die Sozialdemokratie erfolgen. Es ist falsch, wenn manche Arbeiter noch immer glauben, wir seien verpflichtet, uns mit den Kommunisten zu einigen, weil diese auch Klassengenossen sind. Klassengenossen sind auch die christlichen Gewerkschafter, die völkischen Arbeiter und das waren auch die Anarchisten. Wir können die Arbeiterklasse nur einigen auf das Programm der Sozialdemokratie. Es ist eine Utopie, zu meinen, daß man die Arbeiterklasse einigen kann, ohne sie zugleich auf ein bestimmtes Programm zu einigen, das nicht willkürlich ist, sondern aus den dauernden und geschichtlichen Notwendigkeiten der Entwicklung der Arbeiterklasse und der menschlichen Gesellschaft entspringt. Weil es Klassengenossen sind, deswegen gehören sie zu uns, aber zu uns als Sozialdemokraten. (Sehr richtig!)

Wir haben als wichtigste Aufgabe der Partei die Pflicht, über die Industrie- arbeiterklasse hinaus immer mehr die Grenzschichten zu gewinnen. Auch darüber wird auf späteren Tagungen noch zu sprechen sein. Setzt nur ein Wort über das Verhältnis zu den Intellektuellen. Es ist nicht richtig, daß in unserer Partei die Intellektuellen besondere Schwierigkeiten haben. Und wir alle wissen, wir brauchen als Partei auch die Intellektuellen. (Sehr richtig!) Wir können sie gewinnen, weil die Lage der geistigen Arbeiter von Grund auf geändert ist. Wir brauchen sie, weil für gewisse Aufgaben die Intellektuellen durch ihre systematische Schulung besser vorgebildet und geeignet sind. Wir brauchen sie für die Leistungen, die ihrer Vorbildung, die der spezifischen Art ihrer Arbeit gemäß sind. Wir brauchen sie für die Vertretung und für die Fortbildung unserer wissenschaftlichen und kulturellen Auffassung. Freilich dürfen sie nicht erwarten, sofort als Lehrer und Meister von uns begrüßt zu werden. Sie müssen zu uns kommen zuerst als Lernende des Sozialismus, damit sie mit uns zusammen Kämpfer und Führer des Sozialismus werden können.

Die Aufgaben der Partei sind gewaltig, aber die Situation ist günstiger geworden. Ueberall in der Welt gewaltige Fortschritte des Sozialismus, der Arbeiterklasse! Allein von dem Fortschritt der Arbeiterklasse kann ein neuer, harmonischer Aufbau der Gesellschaft erwartet werden. Zur Arbeit dafür rufen wir alle auf, die mit uns begriffen haben, daß die gegenwärtige Gesellschaft weder die Forderungen der Freiheit, noch der Kultur erfüllt. Wir rufen alle auf, mit uns zu arbeiten an diesem großen historischen Prozeß der Menschwerdung. Wenn wir uns die Lage der Arbeiter in früheren Zeiten vor Augen halten, wenn wir uns an die Schilderungen aus der Zeit des Frühkapitalismus erinnern, wo der Arbeiter nur Anhängsel einer Maschine war, und den Vergleich ziehen mit heute, wo die Arbeiterklasse kämpfend in mächtvollen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Organisationen zusammengesetzt ist, wenn wir uns sagen dürfen, daß es erst die Leistung der sozialistischen Bewegung gewesen ist, daß die Schätze unserer klassischen Literatur, unserer Kunst zu wirklich nationalen Schätzen geworden sind, dann wird auch endlich einmal der Gegner einsehen müssen, daß es sich nicht um materielle Dinge, um „engerzigen“ Klassenkampf handelt, sondern um die große historische Aufgabe der Weiterentwicklung der Menschheit. Wir sind durch schwere Zeiten hindurchgegangen und das letzte Jahrzehnt war die tiefste Demütigung der Menschheit. Aber der Tiefpunkt ist überschritten. Von jetzt an geht es wieder aufwärts, geht es vorwärts, und das ist die Aufgabe, die uns gestellt ist: die Massen hinaufzuführen zu den Gipfeln der politischen Macht, der wissenschaftlichen Erkenntnis, der kulturellen Errungenschaften! (Lebhafter Beifall und Handklatschen.)

Vorsitzender Wels: Es ist folgende Resolution eingegangen:

Die Beendigung des Krieges hat nicht zu einer Beruhigung der außenpolitischen Beziehungen der kapitalistischen Staaten geführt. Der Kampf um fremde Warenabzählmärkte, um Kapitalsiedlungsplätze und politische Interessenfeldern, den schon die internationalen Kongresse in Basel, Kopenhagen und Stuttgart als das Kennzeichen der gegenwärtigen Entwicklung des Kapitalismus feststellten, ist verschärft und zugespitzt durch Kämpfe um Petroleumlager, durch Verschiebung der Kräfteverhältnisse in Europa, durch das Aufkommen neuer sozialer und politischer Kräfte in Rußland, durch Aktivierung der außenpolitischen Interessen der amerikanischen Staaten.

Neue schwere Krisen zeigen sich am Horizont. Die deutschen herrschenden Klassen, eingebend des Verlustes ihrer imperialistischen Stellung durch den Weltkrieg, hoffen in neuen Vermählungen das Verlorene wiedererlangen zu können. In einer unaufrichtigen Außenpolitik, in heimlichen und offenen Rüstungen im Innern suchen sie Zeit und Mittel zu gewinnen.

Die SPD.

erblickt ihre wichtigste Aufgabe darin, neuen Krisen, neuen Kriegen vorzubeugen durch entschlossenen Kampf gegen alle diese Mächtschaften der deutschen herrschenden Klassen, und insbesondere durch Ueberbürdung der schwersten Lasten des verlorenen Krieges auf die, die sie tragen kann und tragen soll, die kriegsschuldige Bourgeoisie. Die Partei ist überzeugt, daß dieser Kampf in dem Maße von Erfolg sein wird, in dem die internationalen sozialistischen Parteien sich vereinigen zu einem gemeinsamen Kampf gegen die Imperialisten und Kriegstreiber aller Länder, einem Kampf, in dem die tragischen Lehren des Jahres 1914 nicht unbeachtet bleiben dürfen.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort Genosse Hensler.

Hensler-Dortmund fragt, ob es richtig sei, daß mehrfach verschiedene Wortmeldungen von einem Genossen zusammengefaßt den Schriftführern übergeben sind, und bittet, die Reihenfolge der Redner zu verlesen.

Vorsitzender Wels erwidert, daß allerdings einige Genossen mehrere Wortmeldungen zugleich abgegeben haben. Infolgedessen würden mehrere Redner einer Richtung hintereinander sprechen. Er verliest darauf die Reihenfolge der Redner und bittet, es bei dieser Rednerliste zu belassen.

Krille-München verwahrt sich dagegen, daß die Parteigenossen, die sich zur Debatte gemeldet haben, als organisierte Opposition bezeichnet würden. Er habe sich allein zum Worte gemeldet, und zwar im Hinblick auf den Ausfall der Reichstagswahlen in Bayern. Die bayerische Frage sei auf dem Parteitag überhaupt noch nicht berührt worden.

Vorsitzender Wels eröffnet hierauf die Diskussion und gibt das Wort dem Genossen Levi.

Dr. Levi-Berlin: Das Kernstück der ganzen Betrachtungen des Genossen Hilferding, bei dem ich insbesondere schätze, daß sie sich nicht auf heute und morgen beschränken, sondern versuchen, uns den Blick für eine lange Periode zu öffnen, sehe ich darin, daß sie auf der These aufgebaut sind: mit dem Kriege ist die Aussicht auf eine gewisse Beruhigung der auswärtigen Beziehungen eingetreten. Das knüpft an einen Gedanken, den auch Genosse Müller ausgesprochen hat. Ich verstehe sehr wohl, daß nach einem Jahrzehnt grausamsten Erlebens aus allen Herzen der Wunsch nach Herstellung von Bedingungen kommt, in denen wir wenigstens äußerlich einigermaßen beglückt leben können. Aber das schlimmste wäre, wenn wir bei der Betrachtung dieser Dinge unsere Wünsche zugrunde legen wollten. Der Krieg hat uns das Bild des englischen Imperiums hinterlassen. Ich möchte ein Wort variieren, das geprägt wurde, als die Kulturwelt unter einem ähnlichen Zeichen stand. Die Pax

Romana, der römische Friede ist heute ersetzt durch den britannischen Frieden. Die Pax Romana hat Jahrhunderte gedauert. Wir wollen nicht vergessen, daß der römische Friede große Kulturentwicklungen zugrunde gerichtet hat. (Sehr richtig!) Der Kapitalismus hat nicht nur zu einer Steigerung und Beschleunigung der wirtschaftlichen Vorgänge geführt, sondern er hat auch die politischen Vorgänge bis an das äußerste Ende der Beschleunigung getrieben. Der beginnende Kapitalismus hat eine Pax Frankreichs, den napoleonischen Frieden geschaffen, gestützt auf die überragende Macht eines Staates; er hat ein Jahrzehnt gedauert. Wir sollten dem britischen Frieden nicht trauen, wo der Henker schon vor der Tür steht. (Sehr wahr!) Heute schon sind die Kräfte lebendig, die sich gegen den britischen Frieden auswirken werden. Ich will nur hinweisen auf die Lebendigwerdung des amerikanischen Kontinents. Uns wird gesagt: in Rußland ist nicht der Sozialismus und nicht der Kommunismus. In dieser Kritik sind wir uns wohl alle einig. Und uns wird auch gesagt, in Rußland sei nichts anderes gewesen als ein Kommunistenputsch. Diese Bezeichnung ist meines Erachtens zu eng. (Sehr richtig!) Sie geht an der Tatsache vorbei, daß in Rußland 170 Millionen Bauern zum nationalen Selbstbewußtsein gekommen sind. (Sehr wahr!) Die russische Wirkung auf die ganze Welt beruht nicht auf einer dummen Rede Sinowjews (sehr richtig!), nicht auf der Organisation der kommunistischen Internationale, sondern auf den ungebärdigen Kräften eines Millionenvolkes, das jungfräulich, neu wie von Gott geschaffen, in die Weltgeschichte getreten ist. (Lebhafte Zustimmung.) Der Kapitalismus wird auch in Rußland seine Wunder wirken. Der russische Bauernstaat wird in kurzer Zeit ein imperialistisches Machtgebilde von unerhörter Kraft sein, ob er nun Republik oder Sowjetstaat ist. (Sehr wahr!)

Ich sehe auch eine Befriedung nicht, wenn wir das Sachverständigengutachten angenommen haben. Auch ich bin für die Annahme des Sachverständigengutachtens, aber aus andern Gründen und zu einem andern Ziele. Genosse Hilferding meinte, mit dem Sachverständigengutachten sei eine große geschichtliche Wendung eingetreten. Es ist vielleicht das einzige, womit ich mich mit dem Genossen Bernstein eng berühre, daß auch ich nicht an das so häufige Eintreten großer geschichtlicher Momente glaube. Das Sachverständigengutachten gibt der deutschen Bourgeoisie für ihre Leistungspflicht einen Rahmen, und wir sind für Annahme des Gutachtens, weil wir beginnen können, die deutsche Bourgeoisie in der Pflicht, die sie durch den Beginn des Krieges übernommen hat, zu pressen. Aber die große geschichtliche Wendung sehe ich darin nicht, weil ich nicht glaube, daß die deutsche Bourgeoisie das Sachverständigengutachten als eine große geschichtliche Wendung hinnehmen wird. Für uns ist die Ueberbürdung der Lasten ein Ziel im sozialen Kampf. Für die deutsche Bourgeoisie ist das Sachverständigengutachten, wie Lenin damals von ganz anderem Gesichtspunkte aus gesagt hat, eine Atempause, die für Ziele benutzt wird, die von allen sozialistischen Zielen weit abliegen. (Sehr richtig!) Die bisherige Politik der Sabotage jener Erfüllung ist für die deutsche Großbourgeoisie ein gar zu gutes Geschäft gewesen. Wir haben darüber das Rheinland verloren, sie haben die Währung torrumpiert; der ganze Mittelstand ist aufgerieben, das Proletariat zerstört. Aber für große Teile der Bourgeoisie ist das eingetreten, was der Genosse Hilferding gesagt hat. Sie haben das Volk verderben lassen, haben aber ihren Beutel gesichert, haben aus dem dürren deutschen Sande in Jahren entsetzlicher Not des Volkes amerikanischen Reichtümer hervorgezaubert. (Lebhafte Zustimmung.) Infolgedessen glaube ich nicht, daß die deutsche Bourgeoisie auch nach Annahme des Sachverständigengutachtens uns eine Zeit vergönnen würde, in der wir etwa mit der Kelle in der einen und mit dem Schwert in der andern Hand arbeiten könnten. Wir werden kämpfen müssen nicht

nur um die Steuern. Und die Steuerfrage ist — darin gebe ich Hülferding völlig recht — keine Frage nur um Geld und Gut. Wenn wir wirklich etwas von alten Manuskripten verbrennen müssen, dann vielleicht das eine, das wir sagten, es gehe um das Pfeischen des kleinen Mannes und um das Gläschen Bier. Heute geht es um mehr; es geht um die kulturelle Stellung des deutschen Proletariats. (Sehr richtig!) Es tut mir leid, daß nicht die Gelegenheit gegeben war, die Frage der Koalition von weiteren Gesichtspunkten auszurollen. Vielleicht wären wir zu ganz anderen Folgerungen gekommen als zu der Folgerung: Koalition oder nicht Koalition. Auch wir haben den Satz gelesen, den Engels gegen die Blanquisten schrieb: „Die deutschen Kommunisten sind Kommunisten, weil sie Kompromisse abschließen.“ Aber wir hätten uns dann vielleicht über das verständigen können, was nicht nur der Koalitionspolitik, sondern der ganzen Führung unserer Politik gefehlt hat.

Zum Schluß noch ein Wort anknüpfend an das, was Genosse Hülferding gesagt hat: uns fehlt es an republikanischer Intelligenz. Wenn auch die Genossen von der andern Fakultät sich die letzten Gründe und Ziele der Politik, wie wir sie wünschen, überlegen würden, dann würden sie vielleicht ersehen, daß diese Politik nichts anderes bezweckt, als große sittliche, geistige Kräfte zu mobilisieren in einer Zeit, in der sie dem Sozialismus, zumal in Deutschland, abhanden gekommen sind. Das ist nicht negative Politik, sondern positive Politik. (Sehr wahr!) Denn sie will Mann und Frau, Arbeiter und Intelligenz zu einem Block zusammenschließen, der unüberwindlich ist. (Lebhafter Beifall.)

Fleißner-Dresden: Die Reichstagswahlen sind der Gradmesser für die Stärke und Schwäche einer Partei. Während dieses Parteitages ist immer wieder darauf hingewiesen worden, der Mißerfolg der Sozialdemokratie sei auf die Verhältnisse zurückzuführen. Es wäre meines Erachtens eine große Selbsttäuschung, wenn wir uns mit einer solchen Erklärung zufrieden geben wollten. (Sehr richtig!) Es ist vor allem zu prüfen, inwieweit unsere Politik fehlerfrei war. Es unterliegt keinem Zweifel, daß in der Politik und in der Taktik, besonders in der letzten Zeit, Fehler gemacht worden sind. (Sehr wahr!) Ich erinnere nur an die zahlreichen Enttäuschungen, die in den verschiedensten Bezirken gefaßt worden sind und in denen der Mißmut über die Politik der Partei im Parlament zum Ausdruck kam. (Sehr wahr!) Ich erinnere auch daran, daß der Sturz der Regierung Cuno erst durch den Proteststurm aus dem Lande herbeigeführt wurde, während die Fraktion sich über ihre Stellung noch nicht klar war.

Ich möchte dann auf eine Bemerkung des Genossen Hülferding zu sprechen kommen, die ich für sehr richtig halte, nämlich auf die Bemerkung, daß die Partei eine stärkere Fühlung mit den Massen suchen und erhalten müßte. Das ist ja gerade das, worum es geht. (Sehr richtig!) Das ist das, was wir bisher vermisst haben. Gerade das hat nach meinem Dafürhalten auch den starken Mißerfolg der Partei mit sich gebracht.

Was nun die Auffassung anlangt, daß in der Hauptsache die „Verhältnisse“ an dem schlechten Ausfall der Wahlen schuld seien, so möchte ich ergänzend bemerken, daß zweifellos bestimmte Vorgänge in den großen Industriegebieten, in dem Bergarbeitergebiet Westfalens zur Abkehr der Wählermassen von der Sozialdemokratischen Partei beigetragen haben. Ich erinnere z. B. an eine Reihe von Schießereien, die von Sozialdemokraten gefaßt worden sind, und die die stärkste Erbitterung gerade in Bergarbeiterkreisen ausgelöst haben. (Sehr wahr!)

In dem Mitteilungsblatt an die Funktionäre, das der Parteivorstand herausgegeben hat und in dem die Wahlen behandelt werden, ist eine Stelle bemerkenswert. Es wird davon gesprochen, die Sozialdemokratische Partei habe sich bei

dem Kampf während der Reichstagswahlen in der Defensiv, in der Abwehr gegen rechts und links befunden. Wenn überall der Wahlkampf von diesem Gesichtspunkt aus geführt worden ist, dann ist allerdings manches zu erklären. (Sehr richtig!) Wir in Sachsen haben den Wahlkampf anders geführt. Wir haben den Angriff gegen links und rechts gewagt, und das Resultat spricht auch dafür, daß diese Taktik nicht unrichtig gewesen ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Daß aber nicht allein die sogenannte Opposition unsere Politik in vieler Beziehung für fehlerhaft hält, lassen Sie mich an zwei Aussprüchen von Genossen dokumentieren, die nicht zur Linken gehören. Es war ein sehr prominenter Genosse, der bei einer Gelegenheit erklärte: Wir müssen wieder zum Klassenkampf zurückkehren, unsere Politik muß sich im Parlament mehr von der Politik der bürgerlichen Parteien abheben. (Sehr richtig!) Nichts anderes will die Opposition auch. (Zustimmung.) Ein anderer Genosse erklärt speziell in bezug auf das Ermächtigungsgesetz: Wir stehen vor einem Fiasko; der Zweck des Ermächtigungsgesetzes ist nicht erreicht; es richtet sich nur gegen die Arbeiter; die bisherige Politik hat die Macht der Arbeiter erschüttert. Es könnte auch noch eine Reihe von Zitaten aus dem „Vorwärts“ bringen, die auf den gleichen oder ähnlichen Ton gestimmt sind. Nur hält im „Vorwärts“ eine solche Erkenntnis in sehr vielen Fällen nicht sehr lange vor. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Adams-Hamburg: Bei dem Referat von Helling handelt es sich um Fragen von tiefer sozialer Bedeutung. Die soziale Ausgestaltung des Bodenrechtes in Deutschland ist dringend notwendig. Der Beschluß der Reichstagsfraktion auf Durchführung des Artikels 135 ist daher zu begrüßen. Bedenklich scheint es mir, daß die Bodenfrage von Parteigenossen oft allein als Siedlungs- und Pachtfrage angesehen wird, als die reine Aufteilung der großen Güter. Viel entscheidender ist augenblicklich die Steuerfrage, die das Kernstück der Bodenfrage überhaupt geworden ist. Wir stehen in Anhalt vor den Landtagswahlen. In diesem Kampf steht die Frage der reinen Grundwertsteuer, die in Anhalt mit Hilfe der Partei unter Preus durchgeführt worden ist, mit an erster Stelle. Es ist gelungen, das Zwanzigfache des bisherigen Ertrags aus der Grundsteuer herauszuholen und so den Anhaltischen Etat zu balancieren, wie es großartiger in keinem kleinen Staat bisher wohl gelungen ist.

In der Steuerfrage besteht auf dem Lande eine Unmoralität, die überhaupt nicht zu überbieten ist. In Preußen, wo die Einschätzung nach dem Ertragswert überwiegt, ist die Steuer in weiten Gebieten ein Skandal, weil sie den kleinen Bauern mehr belastet als den großen Besitzer. Wenn wir diese Frage bei der Propaganda schärfer in den Vordergrund rücken, werden wir Kreise für uns gewinnen können, die uns bisher nicht zugefallen sind.

Der Ausfall der Reichstagswahlen stellt den Reichstag in den Fragen der Kultur- und Schulpolitik vor die schwersten Entscheidungen. Diese Fragen sind auf den Parteitag bisher fast nicht besprochen worden. Hülferding hat die Frage aufgerührt, wie ein Teil der Menschen aus dem Lager der intellektuellen Kreise für uns zu gewinnen wäre, die heute noch zum Bürgertum gehören, obwohl sie längst proletarisiert sind. Im Augenblick ist alles bedroht, was auf dem Gebiet der Kultur- und Schulpolitik bisher errungen worden ist, durch die jegliche Zusammensetzung des Reichstags. Die Vertikalisierung der Schule, die neunjährige höhere Schule, die Durchbrechung der vierjährigen Grundschule wollen die Rechtsparteien und das Zentrum. In der Bedrohung der freizeitlichen Entwicklung des Schulwesens scheint mir eine außerordentliche Gefahr zu liegen, die um so bedenklicher ist, weil das Interesse weiter Parteikreise für diese Dinge nicht besteht. Diese Fragen werden als Lehrerfragen behandelt, während sie

Fragen der gesamten Parteigenossen darstellen. Unsere Gegner von rechts haben die ungeheure Bedeutung der Gewinnung der Jugend erkannt. Die jungsozialistischen Kreise werden von uns nicht genügend beachtet, oft auch, weil sie theoretisch sind, mit einem Lächeln abgetan. Es ist nicht allein mit dem Gedanken der Republik in unserem Kampf getan, sondern es handelt sich um die kulturelle Einstellung, die für die Jugend so wichtig ist.

Wenn wir den Blick vorwärts richten und die Kreise gewinnen wollen, die bei der Wahl zur Nationalversammlung als Mittläufer zu uns gekommen sind, so müssen wir die Betrachtung der Ideale, die die Jugend heute in sich birgt, in den Vordergrund stellen neben der Verteidigung der heutigen Staatsform. Sobald wir den Gedanken der sozialen Gerechtigkeit auf der einen Seite, an den auch bei der Bodenfrage anzuknüpfen ist, und auf der anderen Seite die Fragen der Kultur- und Schulpolitik und der sozialen Gemeinschaft in den Vordergrund rücken, können wir diese Kreise gewinnen. Während wir uns im Richtungsstreit bewegen, suchen die Rechtstreife die Jugend für sich zu gewinnen und hierdurch die Streiter heranzuziehen, die sie für ihre verführerischen Zwecke gebrauchen. Es darf uns also die Fühlungnahme mit der Jugend nicht verlorengehen, damit wir die große Partei der Zukunft aufrichten können. Wir müssen mit der sozialistischen Lebensführung, die mehr als je heute nötig ist, schon beim Kind beginnen, weil nur so die sozialistischen Menschen heranwachsen, die wir dringend für die Eroberung der Republik und der Gesellschaft brauchen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Kreile-München: Die Kritik an den Reichstagswahlen ist nicht abwegig, weil wir daraus lernen sollen und mit ihr nicht Streit und Opposition bezweckt ist. Man hätte einen günstigeren Ausfall der Wahlen in Bayern erwarten können, weil wir seit langem eine vollkommen deutschnationale Regierung am Ruder haben. Unsere Fraktion im Landtag hat keine Dummheiten gemacht, weil sie sie nicht machen konnte, sie war ständig in die Opposition gedrängt. Neben dem Anwachsen der völkischen und kommunistischen Stimmen fällt die proportional große Anzahl der Wähler auf, die nicht zur Wahl gegangen ist. Darin liegt die Ursache für den schlechten Wahlausfall. Er ist hervorgerufen durch das Verlagen der Reichsregierung gegenüber der Reaktion, vor allen Dingen der bayerischen Reaktion, die die Avantgarde der deutschen Reaktion überhaupt bildet. Nach meinem Ueberblick haben die Arbeitermassen durchaus ein gutes Verständnis für Möglichkeiten und Unmöglichkeiten der jetzigen politischen und wirtschaftlichen Situation. Sie haben es aber nicht verstanden, daß gegen die Räteregierung mit Waffengewalt vorgegangen worden ist, der Reaktion in Bayern aber bis zur Sprengung der Reichseinheit entgegengekommen wurde, so daß es nur einem Zufall zu verdanken war, daß nicht am 1. Mai Tausende von Arbeitern auf der Strecke blieben, getötet von den Geschützen und Gewehren, die die illegalen Organisationen von der Reichswehr hatten. Der Sündenfall begann damit, daß der bayerischen Regierung bei der Ueberrnahme der materiellen Bestimmungen des Republik-Schutzgesetzes die Justizhoheit verblieb. (Sehr richtig!) Sachsen und Thüringen sind die letzten Konsequenzen des Verlagsens unserer Politik. (Sehr richtig!) Die Wähler in Bayern fanden bei uns nicht den freien Luftzug der Geschichte, sondern die Stülpst des politischen Kleinhandels. Man hat für dieses Verlagen meist die außenpolitische Konstellation herangezogen. Wir hätten längst mehr Vertrauen im Ausland und wären in der Reparationsfrage weiter, wenn unsere Politik nicht gegenüber der inneren Reaktion versagt hätte.

Achtung vor den geistigen Problemen, die Hilferding verlangte, habe ich bei der Debatte über den Vorstandsbericht nicht bemerkt. (Sehr richtig!) Politische und wirtschaftliche Erörterungen und Vertiefungen waren zwar

nicht gerade in einer Zeit möglich, in der jeder Tag neue Erscheinungen und Laifachen brachte. Aber wie hier auf dem Parteitag, so ist es im ganzen Reich: ein unausführliches Ausweichen vor den Problemen und reine Einstellung auf die Erhaltung der Organisation. Sicher braucht eine große Partei eine starke Organisation, aber das ist doch nicht alles, wenn der politische Wille zum Sozialismus dieser Organisation fehlt. Löbe hat schon ausgesprochen, das Gefühl müsse mitsprechen, und gerade das haben die Massen nicht gefunden. In Süddeutschland hat Hitler gerade durch seine leidenschaftliche und suggestive Art viel unter seinen Bann gebracht. (Widerspruch.) Das haben die fränkischen Genossen ja auch gesehen, nachdem sie den Wolf ins eigene Land bekamen. Die Masse hungert noch etwas, was sie fortreibt, nach Begeisterung und Glauben. (Sehr richtig!) Wir müssen die Masse mit dem Glauben an den Sozialismus erfüllen. Das geschieht aber nicht durch die Verhinderung jeder Opposition und Kritik.

Achtung vor den Problemen setzt Achtung vor der Anschauung des andern voraus. Das erscheint mir als das wichtigste unserer Zukunftsarbeit: Die Erziehung der zum politischen Leben erwachten Massen und Intelligenz zu unseren Zielen, zur Vertiefung ihrer wirtschaftlichen und politischen Einsicht. Wir müssen deshalb auch die kulturellen Ansätze in unseren eignen Reihen fördern, die im Klassenkampf zutage gefördert worden sind. Gewiß müssen wir den Anschluß an die großen kulturellen Strömungen haben, aber wir müssen sie erfüllen und ergänzen mit dem wertvollen, das durch die Wogen des Klassenkampfes aus dem Jungbrunnen aller Völker, aus der Masse gehoben worden ist. Wir müssen dafür sorgen, daß die großen Probleme des Sozialismus den jungen Köpfen näher gebracht werden, müssen auch die Masse der proletarisierten Studenten zu erfassen suchen, wir müssen in die Breite streben, aber auch in die Tiefe schürfen, um das reine Gold des Idealismus zu heben. (Bravo! und Händeklatschen.)

Saube-Leipzig: Hilferding hat mit Recht das Sachverständigengutachten in den Mittelpunkt des Referats gezogen. Die Stellungnahme der Partei dazu scheint mir von dem großen historischen Gesichtspunkt aus getragen werden zu müssen. Ich stimme Hilferding restlos zu, daß wir immer im Zusammenhang mit der großen lebendigen Masse bleiben müssen und ihr nicht Dinge zumuten können, die sie nicht begreifen kann. Ich verweise auf die Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse und des deutschen Volks während des Ruhrkampfes. Es handelte sich damals, wie wir nunmehr aus historischer Perspektive klar erkennen, um die große Auseinandersetzung zwischen Bourgeoisie und Kapital in Deutschland. Das Kapital hat zerbissen durch das Mittel der Inflation die Kampfkraft der Arbeiterklasse gebrochen. Das war das innerpolitische Ergebnis der Ruhraktion. Im europäischen Sinne war der Ruhrkampf die Auseinandersetzung in der Führung der ganz Europa beherrschenden Monopole. Außenpolitisch war das Ende dieses Kampfes die Niederlage des deutschen gegenüber dem französischen Kapital, und das Sachverständigengutachten ist die Formulierung der Friedenspräliminarien. In den letzten Tagen hat gerade die Schwerindustrie ihren Einfluß während der Regierungsbildung dahin geltend gemacht, daß sich auch die Deutschnationalen für die Zustimmung zu dem Sachverständigengutachten und die zu bildende Regierung erklären sollten.

Sie haben das mit ganz bestimmtem Vorbedacht getan. Jetzt wird eine Befriedung Europas kommen durch die Konzentration der kapitalistischen Mächte Europas im Kampf gegen das Proletariat, und wir werden im Vordergrund dieses Kampfes stehen. Das wird an unsere Partei ganz besondere Anforderungen stellen. Hilferding erklärte mit Recht, auch die Kommunisten werden um die Befreiung des Proletariats nur auf dem Boden der sozialdemokratischen

Partei kämpfen können. Aber wir müssen dann auch eine Politik treiben, die nicht Tausende von Proletariern in diejenigen Kreise abtreibt, die die Zersplitterung systematisch betreiben.

Hilferding hat auf die Inauguraladresse verwiesen. In dieser Adresse sind auch die Grundlagen vorgezeichnet, die für uns gelten müssen, wenn wir in der kommenden Auseinandersetzung der Kräfte bestehen wollen. Marx hat darauf hingewiesen, daß diese Außenpolitik in sozialistischem Sinne nur durch starke proletarische Organisation getragen sein kann. Wenn wir uns als Marxisten bezeichnen, müssen wir marxistische Politik treiben in dem wissenschaftlichen Sinne von Marx und dürfen uns nicht auf eng beschränkte Ziele einstellen wie im vergangenen Jahre. Dadurch sind uns Tausende von Proletariern verloren gegangen. In dem Augenblick, wo in England ein Arbeiterkabinet regiert und die Sozialisten in Frankreich eine hervorragende Stellung eingenommen haben, wo die Voraussetzungen für eine günstige Lösung der außenpolitischen Probleme vorhanden sind, haben wir in Deutschland eine vernichtende Niederlage erlebt. (Widerspruch.) Wenn Hilferding von der Tragik der Franzosen sprach, müssen wir von der Tragik der Deutschen sprechen. Die tragischen Fäden haben sich geknüpft, weil wir nicht im Sinne der Inauguraladresse eine Politik weiter Sicht getrieben haben, sondern die großen historischen Linien außer acht gelassen haben, von denen Marx immer gesprochen hat. (Beifall.)

Löbe-Breslau: Unsere heutige Forderung, daß Deutschland in den Völkerbund eintreten soll, darf nicht wieder eine platonische Liebeserklärung bleiben. Beim Zusammentreten des Plenums des Völkerbundes im September muß der deutsche Antrag vorliegen. Alle Freunde Deutschlands in der Welt, Sozialisten, Demokraten, Fortschrittler, mühen sich seit 3 Jahren ab, bei uns die Stimmung dafür zu schaffen, daß wir dem Völkerbund beitreten. Deshalb muß Stresemann vor die Frage gestellt werden, ob er bereit ist, solchen Antrag bis zum September einzureichen. Vielleicht könnte man durch solche Anfragen, wie sie im englischen Parlament üblich sind, unser verträgliches parlamentarisches Leben aufrechterhalten. Die Anregung dazu ist schon vom Genossen Crippien im Vorkriegsrat gegeben worden.

Ich möchte noch auf einen Antrag hinweisen, den wir über die Frage der kulturellen und bildungspolitischen Arbeit in den Parlamenten gestellt haben. Wir dürfen die Gefahr nicht übersehen, daß diejenigen schul- und bildungspolitischen Fragen, die wir nach der Verfassung endlich auf das Reich übertragen glaubten, dem Reich abgenommen und auf die Länder abgewälzt werden. Zahlreiche Kräfte sind am Werke, um diese Dinge wieder den Ländern zu zuschieben, um die Fortschrittsfeindschaft und das Rückertum sich auswirken zu lassen. Der Antrag soll die Parteiöffentlichkeit aufmerksam machen und die Reichstags- und Landtagsfraktion darum ersuchen, diesen Bestrebungen entgegenzutreten und die kulturpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie im Reich verwirklichen zu lassen. (Beifall.)

Vorsitzender Dittmann: Der Antrag, den Genosse Löbe begründet hat, lautet:

Der Parteitag wendet sich mit Entschiedenheit gegen die neuerdings in verstärktem Maße auftretenden Bestrebungen, das deutsche Schulwesen und darüber hinaus die gesamte Kulturpflege zu zersplittern durch den Versuch, die Mitwirkung des Reiches zugunsten der alleinigen Zuständigkeit der Länder auszuschalten. Die deutsche Sozialdemokratie bekennt sich auf dem Gebiete der Kulturpolitik zum Gedanken der deutschen Einheit, mit dem die

Wahrung berechtigter landwirtschaftlicher, heimatischer und volkstümlicher Besonderheiten durchaus vereinbar ist. In diesem Sinne erwartet sie von den Sozialdemokraten im Reichstage und in den Landtagen sowie in den Regierungen, die Aufrechterhaltung und Durchführung der kulturpolitischen Bestimmungen der Weimarer Verfassung.

Dittmann-Stuttgart: Die Partei und die Gewerkschaften haben in den letzten Jahren einen Aktivposten aufzuweisen, der in der Außenpolitik zu suchen ist, indem es den gemeinsamen internationalen Bemühungen gelungen ist, der Verständigung und dem Zusammenarbeiten der Völker die Wege zu ebnen. Das Sachverständigengutachten entspricht nicht dem, was wir wünschen. Wir sind für keine Annahme eingetreten, weil uns kein anderer Weg bleibt, um aus den gegenwärtigen unhaltbaren wirtschaftlichen Zuständen herauszukommen. Doch die Bedenken können bei Annahme der Gutachten nicht im Hintergrund verschwinden. Gegenüber dem zahlenmäßigen Vergleich in bezug auf die deutsche Leistungsfähigkeit im Verhältnis zur Vorkriegszeit habe ich große Bedenken, weil die Dinge heute viel schwieriger liegen als in der Vorkriegszeit. Es ist auch zu bedenken, ob die deutsche Wirtschaft das tragen kann, was nach dem Gutachten in einer Leistung von 2500 Millionen Goldmark aufzubringen ist. Das ist nur möglich, wenn es gelingt, durch die Annahme des Gutachtens ein weltwirtschaftliches, vernünftiges Zusammenarbeiten herbeizuführen, so daß die deutsche Wirtschaft sich hebt und solche Leistungen durchführen kann. (Sehr richtig!) Die deutsche Wirtschaft kann zweifellos heute mehr produzieren, als in der Vorkriegszeit. Das Großkapital hat einen Teil seiner Riesengewinne angelegt, um die Produktionsanlagen gewaltig zu erweitern. Ob sie aber diese Anlagen vollständig ausnutzen und die Waren auf dem Weltmarkt absetzen kann, scheint mir eine andere Frage zu sein.

Hilferding hat auf die Kreditnot hingewiesen. In den letzten Wochen bekommen wir aus allen Teilen des Landes die Mitteilung, daß die Unternehmer wieder starke Arbeiterentlassungen vornehmen, Kurzarbeit einführen und Betriebe stilllegen. Das stimmt sehr ernst. In der nächsten Zukunft wird die deutsche Wirtschaft noch gewaltige Krisen durchmachen, und die deutschen Arbeiter werden noch Schweres durchkosten müssen.

Wer trägt die Lasten, wenn das Gutachten angenommen wird? Da wird der innerpolitische Kampf um die Verteilung der Lasten sich gewaltig zuspitzen. (Sehr richtig!) Auch darauf müssen wir uns einstellen. Ich bedaure, daß die Fraktion nicht dem Antrag der Minderheit stattgegeben hat, bei der Annahme des Gutachtens Bedingungen zu stellen, und die bürgerlichen Parteien vor die Frage zu stellen, wie sie sich zur Lastenverteilung stellen. Die Behandlung, die uns die Mittelparteien haben zuteil werden lassen, ist so unwürdig, daß wir ihnen den Festbedarfshinweis hinwerfen müssen. Wochenlang haben sie unsere Partei beiseite gestellt und mit anderen verhandelt, um eine Koalition gegen die Sozialdemokraten zustande zu bringen. Erst nachdem das nicht gelang, kannte man wieder unsere Partei. Wenn die Lastenverteilung auf die Schultern des Proletariats abgewälzt wird, wird der Kampf im sozialen Ringen in Werkstätten und Fabriken zwischen Kapital und Arbeit ausgetragen werden. Die Worte des Genossen Hilferding enthalten die ernste Mahnung, daß wir eine Politik betreiben müssen, die sich im Einklang mit dem Verständnis der breiten Massen befindet. (Lebhaftes: Sehr richtig!) Ich wünsche, daß diesen Worten auch die Tat folgen wird. (Lebhafter Beifall.)

Wenn der Klassengegensatz sich verschärft und die Partei ihre Politik auf das Vertrauen der breiten Massen einstellt, werden die Meinungsverschiedenheiten unter uns zurücktreten und dem gemeinsamen Ringen gegenüber dem Klassen-

gegner Platz machen. Das ist auch der Weg, um zur proletarischen Einigung zu kommen.

Wenn wir die Praktiken der KPD. von uns weisen, müssen wir eingedenk sein, daß wir es nicht allein mit Ruth Fischer, Scholem und Genossen zu tun haben, sondern mit den 4 Millionen kommunistischen Wählern. (Sehr richtig!) Das sind die proletarischen Wähler, die zu uns kommen müssen (sehr richtig!), die wir durch eine Politik des unveröhnlichen Klassenkampfes wieder für uns gewinnen müssen.

Es ist gesagt, daß jeder Funktionär die Beschlüsse der Partei zu verteidigen hat. Das ist richtig im Kampf dem Gegner gegenüber. Das schließt aber nicht aus, daß wir in der Partei das Recht haben müssen, bei Beschlüssen in der Politik, die wir für verhängnisvoll halten, in sachlicher Austragung in der Partei unserer Meinung Geltung zu verschaffen. Lassen Sie uns, Genossinnen und Genossen, in diesem schweren Ringen die Parteipolitik so ausgestalten, daß wir die Banntrügerin sind in diesem Klassenkampf, die alles um sich scharen muß. Der Parteitag soll ausklingen in dem Appell an die breiten proletarischen Massen: Wir wollen die Massen sammeln und vorwärts gehen, um der alten Parole wieder Geltung zu verschaffen: Es lebe die revolutionäre völkervereinende Sozialdemokratie! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Clara Ziels-Breslau: Wenn gestern gesagt worden ist, daß die Neben der Opposition keine Ziele für die Politik der Zukunft bewiesen hätten, so hat Hilferding der Partei die Wege und Ziele gewiesen. Das ist als Gewinn des Parteitags zu betrachten. Zu dem Aufräumen mit Konzeptionen in innerpolitischen Fragen gehört auch die Ueberwindung der Rücksicht, die bisher von der Partei genommen worden ist, auf eine Einrichtung der Republik, aus der heraus Politik gegen die Republik gemacht worden ist. Wenn heute die Annahme des Gutachtens als die Grundlage für unsere auswärtige Politik bezeichnet worden ist, ist es für die Partei untragbar, daß eine Politik gemacht wird, die die Linien der offiziellen Politik der deutschen Republik stört. Ich denke an die Haltung von Angehörigen der Reichswehr und die Verbindung von Offizieren der Reichswehr mit illegalen Verbänden. Diese Verbindung ist eine Gefahr, da gerade diese Verbände der Hort des tiefsten Abscheus gegen die Annahme des Gutachtens sind. Wir müssen alles tun, um die Atmosphäre zu reinigen, um zu einer gerechten Würdigung aller Punkte zu kommen, die zur Annahme des Gutachtens führen müssen.

Wir können es nicht dulden, daß Angehörige der Reichswehr ihre Sympathien für illegale reaktionäre Verbände aussprechen. Am 12. Mai des vorigen Jahres haben wir in einem Artikel der „Breslauer Volkswacht“ den Reichswehrminister darauf aufmerksam gemacht, daß die provozierenden Uebungen von selbstschußartigen Zusammenrottungen innerhalb der Provinz Schlesien die Duldung und die Sympathie des Reichswehrkommandeurs in Glogau gefunden haben. Wir haben den Reichswehrminister Gehler gefragt, wie er sich dazu stelle, daß ein Mann, der vor ganz kurzer Zeit noch bezahlter Agent von illegalen Selbstschußverbänden gewesen war, als Offizier in den Dienst der Reichswehr genommen wurde. Die „Breslauer Volkswacht“ ist vom Reichswehrminister verlagert worden. Obgleich bis jetzt 13 Monate vergangen sind, ist der Prozeß nicht von der Stelle gekommen. Das ist der Beweis dafür, daß das Reichswehrministerium die Klarstellung dieser Vorwürfe zu scheuen hat. Wir haben die Pflicht, auf die Gefahr dieser gewaltpolitischen Tendenzen in der Reichswehr immerfort hinzuweisen, selbst wenn wir Landesverratsprozesse in einem noch viel größeren Umfange als bisher entfehlen. Es ist eine Aufgabe der Justizpolitik in der Partei, allgemein die Erkenntnis zu verbreiten, daß der Anflug der Landesverratsprozesse aufhören muß. Es kann nicht angehen, daß

man strafbar wird, wenn man auf eine Gesekwidrigkeit aufmerksam macht. Wir haben alle Veranlassung, für eine Reinigung der Reichswehr einzutreten, wenn schon ihre volle Beileitigung in diesem Falle nicht diskutabel erscheint. (Beifall.)

Dr. Braun-Berlin: Die Opposition befindet sich in der schwierigen Lage, weil Genosse Hilferding eine ausgezeichnete Rede gehalten und Richtlinien für die Zukunft gegeben hat. Die „Opposition“ hat ihre Entschließung eingebracht, nachdem die Hilferding'sche Resolution schon bekannt war. Ich möchte irgendeinen Unparteiischen einmal fragen, ob nach Einbringung der Hilferding'schen Resolution noch ein solches allgemeines Gerede notwendig war. Mit der Hilferding'schen Resolution werden wir bei Freund und Feind Eindruck machen; aber mit den allgemeinen Redereien von Liebmann, Krüger usw. werden wir nur den Eindruck erwecken, daß wir eine Phrasenpartei sind, aber keine Partei, die auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus steht.

Genosse Dismann hat uns hier in seiner kräftigen und in Volksversammlungen so glänzend gespielten Rhetorik allerlei darüber erzählt, wie die Lastenverteilung künftig sein wird. Das gleiche, nur viel klarer und deutlicher, hat Hermann Müller dem Reichstangler Marg gesagt, wie im Reichstage unser Genosse Lobe in seiner glänzenden Rede, die hoffentlich in weite Kreise der Partei bringen wird. (Sehr richtig!) Genosse Dismann hat davon gesprochen, unsere Politik müsse von dem Gefühl und dem Verständnis der breiten Arbeitermassen begleitet sein. Das Verständnis der breiten Masse ist leider oft nicht so groß, wie wir es wünschen. Es ist die Aufgabe der Führer der Partei, das Verständnis der breiten Masse zu steigern.

Genosse Dismann hat auch von der kommunistischen Partei gesprochen. In einem können wir von der kommunistischen Partei lernen, nicht zuletzt der Genosse Dismann, nämlich darin, innere Streitigkeiten nicht immer in größter Öffentlichkeit auszutragen. Innerhalb der kommunistischen Partei bestehen weit mehr Differenzen als innerhalb der Sozialdemokratischen Partei. Aber erfahren Sie aus den kommunistischen Zeitungen und Versammlungen davon kaum jemals etwas?

Ich habe mich zum Wort gemeldet, um zur Frage des Agrarprogramms einiges zu sagen. Der Referent über die Agrarpolitik ist von dem Gedanken ausgegangen, daß die Sozialdemokratische Partei ihre Wurzel in der Wahrnehmung der Rechte und der Interessen der Bodenarbeiter haben müsse. Das ist eine ganz allgemeine Redeweise. Wir treten selbstverständlich für alle Arbeiter ein, auch für die Bodenarbeiter. Meines Erachtens müssen wir davon ausgehen, daß die Landwirtschaft so eingerichtet werden muß, daß sie die ganze Bevölkerung ernähren kann. Die Landwirtschaft muß national und international in sozialistischem Sinne so organisiert werden, daß Ernährungsschwierigkeiten nicht eintreten können. Von diesem meiner Meinung nach einzigen sozialistischen Gedanken ist bisher die Betrachtung unserer Agrarpolitik nicht ausgegangen. Der Referent hat sich auf das „ausgezeichnete Buch von Dr. David“ berufen und hat gesagt: das ist das Buch der Sozialdemokratie. Es gibt noch viele andere Bücher von Sozialdemokraten über die Agrarpolitik, und Genosse David wird sicher nicht der Meinung sein, daß sein Buch allein das Buch der Sozialdemokratie sei.

Es ist weiter gesagt worden, Karl Marx habe in der Beurteilung der landwirtschaftlichen Verhältnisse und ihrer Entwicklung unrecht gehabt. Wenn im 16. Jahrhundert jemand Phantasien über Siemens-Schuckert-Werke, Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, Stahltrüß, Transatlantische Schiffsahrtverbände usw. geäußert hätte, dann hätte man auch gesagt: der Mann versteht das Handwerk, die Kunst, die Grundlagen unserer gewerblichen Arbeitsweise nicht. Welch kurze Zeit ist, weltgeschichtlich betrachtet, verfloßen, seitdem die technisch-indu-

strielle Revolution eingesetzt hat? Die Wahrscheinlichkeit spricht doch dafür, daß wir infolge der ununterbrochenen Steigerung der Bevölkerung zu ganz anderen Methoden der Bodenbearbeitung und Bodenverteilung kommen müssen, die notwendigerweise in weit kürzerer Zeit als in Jahrhunderten die europäische und amerikanische Landwirtschaft völlig umformen müssen.

Der Referent hat davon gesprochen, die Statistik beweise, daß die Anzahl der landwirtschaftlichen Eigner ununterbrochen steige. Die letzte landwirtschaftliche Statistik, die wir haben, ist meines Wissens die von 1895. Aus der Fragebogen für diese Statistik erschienen war, habe ich, ich glaube in der „Neuen Zeit“, sofort darauf hingewiesen, daß dieser Fragebogen die tendenziösesten Antworten herausfordere. Ich habe damals geschrieben: Wahrscheinlich wird jeder, der in Deutschland einen Blumentopf besitzt, als ein landwirtschaftlicher Eigner statistisch erfasst werden, nur damit die preussische Regierung die Möglichkeit hat zu sagen, daß wir in einem Agrarstaat leben, infolgedessen Staatsregierung und Dreiklassenparlament hauptsächlich agrarische Interessen zu vertreten haben. Bevor man mit einer Statistik operiert, muß man sehen, wie sie geworden ist. Die deutsche landwirtschaftliche Statistik ist eine der tendenziösesten Statistiken, die es überhaupt gibt.

Nun wird gewünscht, daß wir eine Kommission für die landwirtschaftlichen Fragen wählen. Ich möchte davor sehr warnen. Wir haben schon sehr viele Kommissionen mit ähnlichen Aufgaben gehabt. Wir haben eben in Deutschland keine einheitliche Landwirtschaft, keine einheitliche Besitzverteilung, keine einheitlichen Arbeitsverhältnisse, sondern die größte Mannigfaltigkeit. Infolgedessen können wir kein einheitliches Agrarprogramm aufstellen.

Viel wird über die jetzigen Steuern der Landwirtschaft geklagt, sicherlich mit einem gewissen Recht. Aber das Recht verwandelt sich sofort in ein Unrecht, wenn wir erkennen, daß die vor dem Kriege außerordentlich intensive deutsche Landwirtschaft zu einer extrem extensiven Landwirtschaft geworden ist. Die aus dem Kriege heimkehrenden Landwirte haben die Preise ausgenutzt, um ihre Hypotheken abzudecken, nicht aber um ihren Boden zu verbessern und um ihr Inventar auszugestalten. So sind sie ihre Hypotheken losgeworden, bekommen aber in der Geldnot von heute keine neuen Hypotheken, die der Ertragsfähigkeit des Bodens zugute kommen sollen. Infolgedessen sind sie in einer sehr schwierigen Situation. Wenn in der Landwirtschaft eine schwere Not besteht, sind die Bodeneigner in höchstem Maße selbst daran schuld.

Wenn wir von der Landwirtschaft und von der Beschäftigung der Arbeitslosen reden, wird viel davon gesprochen, wir sollten doch die Moore urbar machen. Das ist meiner Meinung nach eine große Oberflächlichkeit. Die Moore sind das große Reservoir für die Beregnung des Landes. In den Mooren wird das Wasser sofort vom Boden aufgesaugt, so daß es nachher Wald und Feld beschriften kann. (Widerspruch.) Zum Beweise will ich aus einer Reisebeschreibung über Brasilien, die ich in diesen Tagen gelesen habe, folgende interessante Stelle verlesen:

Auf der Heimreise konnte ich mich in der brasilianischen Provinz Sao Paulo von den Schäden einer sinnlos ausgeführten „Kultur“ überzeugen. Dieses einst herrliche, mit einem das ganze Jahr hindurch gleichmäßig warmen Klima gesegnete Waldgebiet hatte die idealsten Kaffeeplantagen gezeitigt. Die blinde Habgier der Hacenderos entwaldete aber immer mehr, bis allmählich das Klima derart verändert worden ist, daß jetzt die Kaffeepflanzen alljährlich erfrieren und so große Strecken schon verlassen, öde und wüst liegen. (Ich gedenke hierbei unseres eigenen Vaterlandes. Wenn wir die „Kultivierung“, das sinnlose Abholzen der Wälder und Trockenlegen aller Sumpfgebiete

weiter so fortführen, wird es diesem einst ebenso ergehen. Die Natur läßt sich nun mal nicht ungestraft vergewaltigen.)

Ähnlich hat sich ein Botaniker der Berliner Universität in diesen Tagen geäußert. Die Sozialdemokratie, die nicht mit Rücksicht auf Stimmungen arbeitet, die an die Zukunft, an die Erhaltung und Entwicklung der Wirtschaft denken muß, muß sehr vorsichtig sein, wenn es sich um derartige Maßnahmen handelt.

Gewiß gibt es kaum eine größere, vorurteilsloses und umfassendes Studium erfordernde Aufgabe, als die Stellung der Sozialdemokratie zur Landwirtschaft. Aber es gibt auch keine schwierigere Aufgabe, wir sollten diese Aufgabe nicht so leicht nehmen, wie es bisher geschehen ist. (Beifall.)

Frau Dr. Stegmann-Dresden: Es war anerkennenswert, daß Genosse Hilferding in seinem Referat über die Reichstagswahlen uns den wirtschaftlichen und politischen Boden gekennzeichnet hat, aus dem alle Dinge hervorgegangen sind. Lassen Sie mich einige Worte über etwas sagen, was für uns außerordentlich wichtig ist und was meines Erachtens bisher sehr stark vernachlässigt worden ist. Ich meine die innigen Beziehungen, die unlöslichen Wechselwirkungen zwischen dem Wirtschaftlichen und dem Politischen. Genosse Hilferding sagte, es wäre erstaunlich, welche Welle des Hasses dem Marxismus gerade in dem Augenblick entgegenschlägt, in dem die von Marx gekennzeichneten Bedingungen für das Uebergehen der Macht an die proletarische Klasse vorhanden sind. Das ist nicht erstaunlich, es ist nur ein Symptom; es beweist nur, daß die Kapitalistenklasse die Situation erkannt hat. Genosse Hilferding hat vom Festhalten am Klassenkampf gesprochen, aber in einer Weise, als ob er hätte ausdrücken wollen, das sei kein Programm, das allein genüge, es sei armselig, sich immer nur darauf zu berufen. Es kommt ganz darauf an, wie man den Klassenkampf versteht, und bereit ist, dieses Programm durchzuführen. Der Klassenkampf ist immer noch die Quelle, aus der unsere Kraft hervorgehen muß und das Licht, das die Dinge, die in der Zukunft liegen, erhellt. Heute haben wir internationale industrielle Konzerne, ungekrönte Könige, die überall, in Republiken und Monarchien die Fäden der Regierung in der Hand haben. Wir haben hier wiederholt von Stinnes gesprochen und interessante Dinge von ihm erfahren. Aber wir haben damit nur einige Seiten dieses interessanten Komplexes erkennen können; wir haben nicht den ganzen Komplex Stinnes erfasst. Der Stinnes, von dem gesprochen wurde, ist tot. Der Komplex Stinnes, der überpersönliche Stinnes lebt, das Konzern Stinnes lebt. Es ist interessant, zu wissen, was der hervorragende französische Nationalökonom Daiss von diesem Konzern Stinnes sagt. Er sagt: der Stinneskonzern als Besitzer der Ruhrkohle, als Besitzer von Eisenbergwerken in Spanien und Schweden steht im Interessengegensatz zu einem französischen Konzern, der ebenso international ist wie Stinnes, zum Konzern de Wendel. Daiss zeigt den ganzen Kampf, der sich zwischen Stinnes und de Wendel abgespielt hat und geht so weit, daß er erklärt: der ganze Ruhrkonflikt war ein Duell zwischen diesen beiden Konzernen; das Ziel war Stahl; für diesen Stahl, den Stinnes fabriziert, hat er sein Abgabegbiet in Argentinien und in allen anderen Ländern; schon während des Krieges hat er für diese Abgabegbiete auf dem Umwege über die Schweiz französisches Kapital mobil gemacht. Im ganzen ist die Welt eingeteilt in die Desinteressen und in die Stahlinteressen, und der Kampf geht zwischen diesen. Während unsere Arbeiter an der Ruhr den passiven Widerstand machten, haben sie die Geschäfte des Stinneskonzerns besorgt.

Genosse Hilferding sprach vielleicht etwas leichthin von der „dummen deutschen nationalen Romantik“. Wenn Sie bedenken, was hinter dieser Romantik steht, dann werden Sie begreifen, daß man sie lieber vorher ernst nehmen soll

als nachher, wenn das Unglück geschehen ist. Hinter dieser deutschen Romantik brodeln die Leidenschaften, die durch die Interessen der Stahl- und Oelmagnaten, der großen Industriellen aufgewühlt sind und fortgesetzt genährt werden.

Genosse Hilferding war in bezug auf den Ausgang der Reichstagswahlen optimistisch. Es ist sehr schön, optimistisch zu sein, wenn es bedeutet, daß man allem, was da kommt, mutig entgegengeht. Wenn aber dabei die Gefahren unterschätzt werden, dann hört dieser Optimismus auf, schön zu sein. Wir können nicht verkennen, daß die Sozialdemokratie sich in einer schweren Krisis befindet. Wenn man davon spricht, es sei doch sonderbar, daß wir gerade in einer Zeit, in der England und Frankreich Fortschritte im Sozialismus machen, in Deutschland diese Krisis zu verzeichnen hätten, so verkennt man ganz bestimmte Realitäten. Diese Krisis kann in der französischen und englischen Sozialdemokratie noch gar nicht vorhanden sein. In der deutschen Sozialdemokratie muß sie sein. Sie kommt daher, daß wir dem Endkampf gegenübergestanden haben und daß wir in diesem Endkampf gescheitert sind. Wir müssen daraus die Lehre ziehen, daß wir den Endkampf gegen den Kapitalismus wieder aufzunehmen haben.

Ferner hat Genosse Hilferding davon gesprochen, was mir ganz besonders nahegeht, wir wären vielleicht in der Beurteilung der Kriegsurachen zu wissenschaftlich gewesen. Diese Kritik erscheint berechtigt in Anbetracht, daß im Krieg die Wissenschaft überhaupt Schiffbruch gelitten zu haben scheint. Und doch muß unbedingt gesagt werden, daß man überhaupt nicht zu wissenschaftlich sein kann. Wir müßten sonst an das Wort des Mephisto erinnern: „Verachte nur Vernunft und Wissenschaft, Des Menschen allerhöchste Kraft, so hab ich dich schon unbedingt!“ Die soziale Wissenschaft muß nach wie vor unsere Führerin sein. Das ist sie aber nur dann, wenn sie im Zusammenhang mit dem lebendigen Zentralpunkt, dem Herzen und der Rot des Proletariats steht. Dieser Zentra punkt ist der Gegensatz zwischen Unterdrückten und Unterdrückter. Von diesem Kernpunkt aus kann die soziale Wissenschaft nicht zu wissenschaftlich sein. Sie ist es nur dann, wenn sie ohne Zusammenhang mit dem lebendigen Leben sich an der Peripherie betätigt, wo bürgerliche Ideologien hineinspielen. Dann entwickelt sich die Blutarbeit, die wir Intellektualismus nennen. Dieser Intellektualismus macht die Wissenschaft unerschöpflich.

Edel-Dresden: Im Herbst 1923 sprach Hilferding, der Sozialismus befindet sich in der ganzen Welt auf der absteigenden Linie. Der Sieg der englischen Arbeiterklasse und der französischen Sozialisten hat ihn bald Lügen gestraft. Die proletarischen Kräfte in Deutschland haben sich auch besser schlagen können, als Hilferding gewissagt hat. Aus dieser fatalistischen Einstellung des wissenschaftlichen Beraters der Partei erklärt sich manches, was die Kritik der Parteigenossen im vergangenen Jahr auslöste. (Sehr richtig!) Die sächsische Partei verlangt fast einmütig eine klassenmäßige geführte Politik.

Dann aber muß auch die Kritik unterlassen werden, die im „Vorwärts“ an der Leitung der sächsischen Partei geübt wird, die von jungen Schullehrern und Redakteuren geführt sein soll. (Sehr richtig!) Wir können wenigstens mit Befriedigung feststellen, daß der Bezirk Ostschlesien mit diesen jungen Lehrern und Redakteuren sechs Reichstagsabgeordnete entsenden konnte. Ich hätte das auch von andern Bezirken gewünscht.

Wenn uns das Verständnis abgesprochen wird, weil wir nicht staatspolitisch genug eingestellt seien und keine Regierungsweisheiten besitzen, so sollten wir lieber weniger staatspolitisch und mehr rigoros ja brutal im Interesse der Arbeiterklasse sein. (Sehr richtig!) Die Früchte dieser staatspolitischen Einstellung sollten schrecken. Es besteht die Gefahr, daß bei der Durchführung des Sachverständigengutachtens schwere soziale Kämpfe entbrennen. Wir sind in die

Opposition hineingeprügelt. Die Bürgerlichen verstehen die Macht auszunutzen. Deshalb mehr Egoismus im Interesse der Arbeiterklasse. Es gilt aufzubauen, damit wir endlich überhaupt erst soziale Auseinandersetzungen im Interesse der Arbeiterklasse wagen können. (Bravo! und Händeklatschen.)

Dr. Breitscheid-Berlin: Die Ausführungen, ob die aggressive und weniger aggressive Methode einen größeren oder geringeren Erfolg bei den Reichstagswahlen erzielt haben, halte ich im Augenblick nicht für zweckmäßig. Die „Opposition“ will anscheinend die zu einem früheren Tagesordnungspunkt gehörigen Reden auch heute noch halten.

Das Referat von Hilferding veranlaßt mich, auf die auswärtige Politik und das Sachverständigengutachten nochmals einzugehen. Ich bedauere die Kürze der Redezeit, nicht um meinetwillen, sondern um anderer willen, insbesondere habe ich dadurch die Anregungen von Levi nicht entwickeln können und es ist so verhindert worden, daß wir die positive Beseitigung und Politik von ihm erfahren konnten, die er an die Stelle derjenigen setzen will, die Hilferding vertreten hat. Levi nimmt genau so gut wie wir das Sachverständigengutachten an, behauptet aber, wir täten dies aus anderen Motiven. Den Beweis hierfür ist er schuldig geblieben. Er begrüßt das Sachverständigengutachten, weil die Bourgeoisie zum Zuhlen gezwungen werde und die Konsequenzen aus dem kapitalistischen Kriege ziehen müsse. Auch für uns ist dieses Motiv von ungeheurer Bedeutung, und wir sagen weiter, daß das Sachverständigengutachten jetzt angenommen werden muß, weil einzig und allein dadurch eine Befriedung Europas in dem heute überhaupt möglichen Rahmen erreicht werden kann. Man sollte sich also nicht über Motive unterhalten, sondern die Tatsachen nehmen wie sie sind. Ich bedauere deshalb auch, daß eine gesonderte Resolution eingebracht ist, die im wesentlichen Kern nichts anderes als die Resolution Hilferding enthält, deren Einbringung aber den Eindruck erweckt, es beständen tiefergehende Meinungsverschiedenheiten, die ich nicht sehe. Zweckmäßig würde also diese Resolution zurückgezogen, um einen einheitlichen Willen nach außen zum Ausdruck zu bringen.

Dißmann hat bedauert, daß die Fraktion ihre Zustimmung zum Sachverständigengutachten nicht an Bedingungen geknüpft hat. Wäre das geschehen, dann wäre das Kabinett Marx wahrscheinlich nicht zustande gekommen, sondern eine deutschnationale Regierung mit Unterstützung der Mittelparteien. Das Sachverständigengutachten wäre also überhaupt nicht oder nur in einer Verkaufslösung angenommen worden, die eine positive Beantwortung der neben dem Sachverständigengutachten herlaufenden Fragen durch die Franzosen und Engländer in unsern sozialistischen und demokratischen Sinn unmöglich machte.

Es wurde gesagt, es gehöre zum Klassenkampf, daß solche Bedingungen formuliert würden: Es gibt einen Satz: das Moralische versteht sich von selbst. Wir sollten allmählich dahin kommen, daß sich der Klassenkampf für die Sozialisten und die Sozialdemokratische Partei von selbst versteht und nicht notwendig bei jeder Gelegenheit im Munde geführt zu werden braucht. (Sehr richtig!) Auch dieser Begriff kann zu einer Pflaue werden, vor der kein Gegner mehr Respekt besitzt. Jeder, der sich zum Sozialismus bekennt, ist ein Bekenner der Idee des Klassenkampfes. (Sehr gut!) Ich bestreite es, daß das, was von der Opposition den andern zum Vorwurf gemacht wird, ein Abweichen von Sinn und Geist des Klassenkampfes bedeutet. Es handelt sich höchstens um eine verschiedene Auslegung des Wortes, des Begriffs und der Idee. Wenn Edel uns die staatspolitische Einstellung zum Vorwurf machte, so wird niemand Lafalle, der sehr stark staatspolitisch eingestellt war, vielleicht mehr als die heutige Sozialdemokratie, ein Abweichen vom Gedanken des Klassenkampfes vorwerfen können. Wir stehen im Staat durch unseren Einfluß

bald in der Opposition, bald in einer Regierung, und suchen unsere Macht im Interesse der Klasse der Arbeiterkraft zu verstärken. Wir treiben damit einen Klassenkampf, der an Wert durchaus nicht hinter dem zurücksteht, der immer das Wort im Munde führt und fordert, daß wir zu allen Zeiten gegen jede Regierung in der unbedingtesten Opposition stehen müßten.

Es ist nicht richtig, daß das Sachverständigengutachten den Sieg des französischen Kapitals über das deutsche bedeute. Großen Teilen des französischen Kapitals war dieses Sachverständigengutachten durchaus unangenehm. Wenn sich heute Frankreich auf den Boden dieses Gutachtens stellt, und zwar rückhaltlos, dann deshalb, weil der Sozialismus und die linke Demokratie in Frankreich bei den Wahlen den Erfolg davongetragen haben. Ist das der Sieg des französischen Kapitalismus, wenn dieses Gutachten von den antikapitalistischen Elementen gestützt wird? Wir dürfen uns nicht in eine Politik hineintreiben lassen, die eine gewisse Ähnlichkeit mit der der deutschnationalen besitzt, die über diese Aenderung im Grunde ihres Herzens erboht sind, weil ihr Poincaré von gestern hundertmal lieber ist als Herriot von heute.

Die Bedeutung des Sachverständigengutachtens und die Möglichkeit der Annäherung liegt in erster Reihe darin, daß die internationale Situation entgittert wird und wir nicht mehr in den außenpolitischen Fragen unter dem Druck stehen, den das Ausland auf uns ausübt, sondern, daß wir über diesen Nationalismus hinwegzudenken vermögen, daß der Zwang zu einer gemeinsamen Front gegen den internationalen Kapitalismus unter Umständen auch einmal mit Bürgerlichen in Deutschland aufgehoben wird und wir uns mit größerer Klarheit gegen unsern eignen Nationalismus und Kapitalismus wenden können. (Anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Peus-Dessau: Das Referat Helling hat die Aufmerksamkeit des Parteitag nicht genügend erregt, weil vielen die Dinge leider zu fern stehen, weil wir zu sehr noch eine Partei nur der Industriearbeiter sind. Wir brauchen eine Organisation der Kleinbauern. Für die Arbeit in Stadt und Land ist vor allen Dingen ein neues Bodenrecht notwendig, das im Artikel 155 der Reichsverfassung angekündigt ist, aber mit dem Bewußtsein der meisten Parteigenossen noch im Widerspruch steht, und zwar sehr zu Unrecht. Dieser Artikel der Reichsverfassung muß nicht nur anerkannt, sondern auch durchgeführt werden. Dazu gehört die Einführung der Grundwertsteuer an Stelle der Grundvertragssteuer. Die Einführung der großen Wertsteuer erzeugt das Staatseigentum an Grund und Boden, während die Grundvertragssteuer eine Steuer vom Einkommen darstellt. Deshalb müssen wir die Grundwertsteuer unter allen Umständen in Reich und Ländern durchsetzen. Wir in Anhalt nehmen das Verdienst für uns in Anspruch, die Grundwertsteuer, wie sie sein muß, durchgeführt zu haben, (Sehr richtig!), gemessen nach dem gemeinen Wert, progressiv und unter Fortlassung der Besteuerung der Baulichkeiten, so daß der Staat Obereigentümer wird und der bisherige Eigentümer nur Untereigentümer bleibt.

Das ist ein Klassenkampf der Tat gegenüber dem Klassenkampf der Redensarten. (Sehr richtig!) Wir bekämpfen damit die Grundrentenparasiten, die überflüssigste Klasse in Deutschland. Wenn wir sie beseitigen, würden wir die Fürsten, Könige und Herzöge, überhaupt alle diejenigen, die die Deutschnationalen füttern, wahrhaft expropriieren. Wir können diesen Kampf mit Verbündeten führen, wenn wir uns für die Grundsteuer einsetzen, und würden dadurch den Sieg erringen. Neben uns kämpfen unter der persönlichen Führung Damaschkes die Bodenreformer, weil sie die Grundwertsteuer auf alle Länder ausdehnen möchten. Den Sachsen muß ich vorwerfen, daß sie bis heute noch keine Grundwertsteuer geschaffen haben. Seinerzeit drohten der Landbund und Minister Hermes gegen die Steuer Einspruch zu erheben. Da

haben wir nur einen Teil der Forderungen erhoben. Als Hilferding Reichsfinanzminister war, haben wir die Steuer durchgeführt. Hätten wir sie in allen Ländern, dann wären wir finanziell in viel besserer Situation. Unsere Grundbesitzer zahlen heute schon 20 mal soviel Grundsteuer wie vor dem Krieg, und wir hoffen, diese Summe noch zu erhöhen. Solange die Steuer nicht höher ist als die Pacht, kann die Landwirtschaft dabei existieren. Es ist aber viel besser, wenn die Einnahmen der Verpächter in die Staatskasse fließen.

Wenn Sie einen Klassenkampf gegen das Junkertum führen wollen, das uns am meisten gefährlich werden kann, dann führen Sie ihn für die Grundwertsteuer im ganzen Reich. Dann bekommen Sie auch die Basis für die Landverteilung, die wir brauchen. Dann müssen Sie auch das Gesetz machen, daß aller Grund und Boden nur an den Staat und die Gemeinden verkauft werden darf, dann können wir das Land an diejenigen verteilen, die es nötig haben. Jeder soll Grundbesitzer werden und seine Heimstätte haben, neben dem Großgrundbesitzer soll er als freier Mann dastehen. Wenn Sie diesen Kampf führen, dann bekommen Sie das ganze Volk auf Ihre Seite. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender Wels: Es sind mindestens ein Duzend Schlufanträge eingelaufen. Da ich keinen Widerspruch höre, ist der Schluß der Diskussion eingetreten.

Jetzt hat Genosse Hilferding das Schlußwort.

Dr. Hilferding-Berlin: Die Ausführungen in der Debatte zur Agrarfrage zeigen, wie richtig der Antrag ist, das Thema Landwirtschaft und Sozialismus auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen. Allerdings muß die Sache gründlich vorbereitet werden. Die erfahrensten Theoretiker und Praktiker werden ausgesucht werden, um eine Grundfrage für ein Aktionsprogramm einer sozialistischen Landwirtschaftspolitik aufzustellen. Ich glaube, daß Genosse Adolf Braun seinen Widerspruch zurückziehen sollte und möchte den Parteitag bitten, den Antrag Georg Schmidt anzunehmen.

Die Resolution des Genossen Levi bitte ich abzulehnen, weil sie gerade das Wesentliche einer Parteitagsschließung verkennt. Levi hat gegen allgemeine Ausführungen vor mir polemisiert und gesagt, daß er sich gewisse Entwicklungstendenzen anders vorstellt. Ich habe mich gehütet, diese Tendenzen zur Grundlage einer Resolution zu machen, sondern habe vielmehr ganz bestimmte politische Ziele der auswärtigen und inneren Politik aufgestellt. Für die Erfüllung dieser Punkte fordern wir Sie auf, die Politik der Partei zu engagieren. Die Resolution Levi zeigt geradezu auffallend den Mangel an konkreten politischen Forderungen. Es wird von Ihnen verlangt, dem Weltbild, wie Levi und die andern Genossen es sehen, zuzustimmen. Meine Resolution ist die konkrete politische Stellungnahme, die andere soll ein Bekenntnis zu gewissen Zukunftsaussichten sein, wie Levi sie entwickelt hat. Die Resolution Levi ist keine politische Resolution, wie sie einem Parteitag unterbreitet werden sollte; denn sie ist nur eine Anschauungsresolution und zeigt nicht, wie wir die Politik konkret gestalten sollen. Jede politische Partei muß konkret Stellung nehmen. In den Motiven können wir sehr weitherzig sein, aber wir brauchen eine bestimmte Stellungnahme zu den offenen politischen Fragen. Ich bitte, die Resolution auch deshalb abzulehnen, weil sie viele Dinge sagt, die wir in dieser Form nicht unterschreiben können. Es wäre nicht zu verantworten, in diesem Augenblick, wo wir die Regierung auf die Linie unserer Außenpolitik gebracht haben, die Politik Deutschlands vor aller Welt zu distanzieren.

Ich bin in Verlegenheit, wenn ich sagen soll, was Levi anders will als wir. Auch er sagt, daß wir das Gutachten annehmen müssen. Er meint, ich

hätte die Tendenzen anders gezeichnet als er sie sieht. Das ist kein politisches Thema für einen Parteitag, sondern eine Auseinandersetzung für eine wissenschaftliche Diskussion. Selbst wenn Levi Recht hätte und wenn ich die Situation zu optimistisch gezeichnet hätte, wären die politischen Schlussfolgerungen, die ich gezogen habe, um so dringender. Dann wäre es um so notwendiger, eine energische, unaufhörliche, aufbauende Friedensarbeit zur Sicherung gegen die gewalttätige Entwicklung, die Levi erwartet, zu leisten. Ich habe zeigen wollen, daß die Friedenspolitik, die wir machen müssen, zugleich eine Politik der Realität ist, nicht eine Politik der Utopie, weil sie in wichtigen ökonomischen Entwicklungstendenzen und in außerordentlich wichtigen staatlichen Machtinteressen begründet ist. Man kann die politische Entwicklung nicht bloß nach einem ökonomischen Schema konstruieren. Man muß die Umfegung der Dekonomie in staatliche Machtpolitik beachten, um die wirksamen Tendenzen herausarbeiten zu können. Es ist ein Fehler, wenn viele aus gewissen ökonomischen Tatsachen sofort alle machtpolitischen Folgerungen ziehen wollen. In dieser Beziehung hat Levi auch manche Irrtümer begangen, namentlich, wenn er uns davor warnt, daß wir die bolschewistische Umwälzung in Rußland nicht nur als einen Kommunistenputsch auffassen sollen. Wir haben immer betont, daß die Bedeutung der russischen Umwälzung in der bäuerlichen Revolution besteht.

Wenn Levi gemeint hat, daß das Zeitalter des russischen Imperialismus herannahen, das gefährlich werden würde für die pax britannica, den „angelsächsischen Frieden“, so will ich darüber mit ihm hier nicht streiten. Wenn man sich die soziale Struktur Rußlands mit den großen Bauernmassen ansieht, die heute vollständig erschöpft sind, dann glaube ich nicht, daß das Stadium eines russischen Imperialismus so nahe ist, daß ihm nicht vorgebeugt werden kann durch die Entwicklung der westlichen Politik, der westlichen Demokratie. Der Grundgedanke meiner Ausführungen war, daß Deutschland sich nicht durch reaktionäre Romantik an die Entwicklung des Ostens binden lassen darf, sondern einsieht, daß die Zukunft seiner Wirtschaft und Politik nur in enger Zusammenarbeit mit der westlichen Demokratie liegen kann.

Levi hat gemeint, meine Schilderung des englischen Friedenszustandes hätte ihn an die Schilderungen der Zeit der pax romana, des römischen Friedens, erinnert. Ich habe davor keine Angst. Es war die Zeit der höchsten Blüte, der höchsten Kulturentfaltung, es war die einzige Möglichkeit, unter den damaligen Bedingungen eine reichere Entwicklung der Kultur herauszuführen. Dieser Zeitpunkt war für die Kulturentwicklung viel günstiger als der Zeitpunkt der Zerstörung Roms und der Völkerwanderung. So sehr wir heute das Erwachen der bisher „geschichtslosen“ Nationen begreifen und den Fortschritt der asiatischen und afrikanischen Völkerschaften wünschen, würden wir es für gefährlich halten, wenn dieser Fortschritt Formen annehmen würde, die nicht mehr mit der Sicherheit und der Kultur des europäischen Westens und Europas überhaupt bestehen können. Die politischen Konsequenzen, die ich gezogen habe, bleiben bestehen und heißen: Führung einer auswärtigen Politik, die uns gegen alle Gefahren einer gewalttätigen Entwicklung sichert.

Genosse Edel hat gemeint, ich hätte mich einem besonderen Pessimismus hingegeben. Ich habe in all den schweren Zeiten immer wieder darauf hingewiesen, daß in der europäischen Arbeiterbewegung zwei Pfeiler feststehen: die englische und die deutsche Arbeiterbewegung. Allerdings habe ich betont, daß wir in den letzten 2 Jahren soziale Machtverschiebungen zuungunsten der Arbeiterklasse zu verzeichnen gehabt haben und daher nicht eine Politik treiben können, die darauf keine Rücksicht nimmt, weil das die Gefahr schwerer Niederlagen mit sich bringen würde. Wenn Edel wieder dieses mir so verhasste

Wort gesprochen hat, daß eine Niederlage besser sei als ein ruhmloses Zurückweichen, dann sage ich nein! Die Parteiführung ist gewissenlos, die bemüht eine Politik treibt, die zu einer Niederlage führt. (Sehr richtig!) Es ist nicht wahr, daß das Zurückweichen auf die Dauer denselben Schaden anrichtet wie eine große Niederlage. Man kann einmal auch zurückweichen, wenn die Verhältnisse es erfordern; dann kann man in einer kurzen Zeit wieder zur Offensive übergehen. Nach einer schweren Niederlage aber kann es Jahrzehnte dauern, bis die Arbeiterbewegung wieder erkrankt.

Genosse Edel hat es so dargestellt, als wäre die Sozialdemokratische Partei für den Einmarsch der Reichswehr in Sachsen verantwortlich. Wie sollen wir denn unsere politischen Kämpfe führen, wenn solche unsinnigen Behauptungen aufgestellt werden? (Sehr richtig!) Es ist schon oft gesagt worden, daß dieser Einmarsch gegen unsern Willen und Protest erfolgt ist. Wir haben sofort die Konsequenzen gezogen und sind aus der Regierung herausgegangen, haben auch einen Mißtrauensantrag gegen diese Regierung zur Annahme gebracht. Trotzdem wird noch immer behauptet, daß wir an dem Einmarsch schuld seien. Das geschieht nur, damit Sie in Ihren Mitgliederversammlungen den nötigen Beifall haben. Wir sollten endlich mit diesen alten Vorwürfen abschließen, denn es handelt sich um die Gestaltung der Zukunft und die Führung der Kämpfe um die Lastenverteilung. (Sehr richtig!)

Wenn ich davon gesprochen habe, daß man immer in Fühlung mit den Massen bleiben muß, so heißt das nicht, allen Masseninstinkten folgen und das immer tun, was den Beifall der Massen findet, sondern das, was den wirklichen Interessen der Massen entspricht. (Sehr richtig!) Wollen Sie denn Ihre ganze Vergangenheit verleugnen? Haben Sie bei Ausbruch des Krieges nicht auch etwas getan, was gegen die Massenstimmung gewesen ist, und Ihren Stolz darein gesetzt, diejenigen zu sein, die das dauernde Interesse der Massen besser begreifen? Es heißt das Wesen des Sozialismus verleugnen, wenn man sagt, daß der Sozialismus keine andere Politik zu treiben hätte als die, die augenblicklich irgendeiner Massenstimmung entspricht. Wir sind andererseits durchaus nicht in der Notwendigkeit, uns vorhalten zu lassen, daß wir an den Klassenkampf denken sollen. Breitheid hat schon gesagt, daß diese Phrase für jeden Marginalen unerträglich wird. In einer Zeit, wo die Klassenkämpfe so gewaltig sind, bedürfen wir wirklich nicht erst der Aufforderung, uns sozusagen immer erst einen Knoten ins Taschentuch zu machen, damit wir nicht den Klassenkampf vergessen! Nach rechts muß ich sagen: Wir können keine Politik treiben, die nicht den Massen verständlich gemacht werden kann. Aber andererseits ist es Aufgabe der Funktionäre, das, was die Partei tut, den Massen näher zu bringen und nicht sich billige Vorbeeren durch Schimpfen auf die Parteiführung zu erwerben.

Eine Reihe von Dingen, die über den Reichstagswahlkampf gesagt sind, brauche ich nicht zu widerlegen, weil sie bereits früher ihre Erledigung gefunden haben. Es ist klar, daß neben allgemeinen Erscheinungen gewisse Fehler mitverantwortlich sind. Es sind Schiedssprüche gefallen, die besser die Unterschrift eines Sozialdemokraten nicht gefunden hätten. Aber das allein erklärt nicht das Wahleresultat und kann nicht dafür verantwortlich gemacht werden, was tatsächlich eine historische Notwendigkeit war, weil wir den Wahlkampf beim Zusammentreffen einer Reihe von Umständen führen mußten, die uns widrig waren, während gewisse Erfolge unserer Politik, die bestimmt kommen werden, sich noch nicht haben geltend machen lassen. Ich halte es für eine politische Kinderei, von einer „vernichtenden“ Niederlage zu sprechen. (Sehr richtig!) Wer fühlt sich denn vernichtet? Wie kann man sagen, daß die Sozialdemokratie vernichtet ist, weil wir 76 Mandate verloren haben?

Wir wissen, daß hinter den 173 Mandaten nicht mehr die alte Wählerzahl stand. Wir haben in einer ungünstigeren Situation gekämpft, als sie uns jemals bechieden war. Wir haben uns trotzdem behauptet und unsere Armee im Kern intakt und schlagfertig aus dem Kampf herausgebracht. Sie ist bereit, aufs Neue zu schlagen, je früher, desto besser! (Stürmischer Beifall!)

Dann einige Worte über das Gutachten. Ich muß schon sagen: von all den Argumenten für die Annahme des Gutachtens habe ich das des Genossen Levi am wenigsten verstanden. Er sagte — und das ist doch das reine Moralisieren — wir sollen für die Annahme des Gutachtens stimmen, weil wir damit die Bourgeoisie für ihre Kriegsschuld bestrafen. Es ist wirklich eine sehr falsche Auffassung, wenn man meint, daß irgendwie die Gestaltung des Friedensvertrages auch nur im geringsten etwas mit irgendeiner Moral der Welt zu tun hat. (Sehr richtig!) Das waren politische Machtentscheidungen. Ebenso sage ich: wir können gar nicht im Interesse des Proletariats uns etwa auf den Standpunkt stellen, das Gutachten anzunehmen, um unsere Bourgeoisie zu bestrafen. Die Annahme des Gutachtens bedeutet im Jahre der Vollerfüllung, daß aus dem gesellschaftlichen Produkt der deutschen Wirtschaft 2,5 Milliarden herausgenommen werden. Das ist keine „Strafe“ für die Bourgeoisie allein. Wir müssen dem Proletariat ganz offen die Wahrheit sagen. Sie können Steuern machen, welche Sie wollen, diese 2,5 Milliarden werden doch zum Teil auch vom Proletariat aufgebracht werden; sie können nur erzeugt werden aus der Produktionskraft der Wirtschaft überhaupt. (Sehr wahr!) Das wirkliche Argument ist folgendes. Die Nachteile des Gutachtens werden weitaus überwogen durch die Vorteile des Friedens, der Sicherheit und der Möglichkeit des wirtschaftlichen Aufbaues. Das ist ein ganz realistischer Grund. Wir brauchen keine moralischen Vorwände bei dieser ganzen Betrachtung. Moralisch bei dieser Betrachtung ist nur der sozialistische Standpunkt, der Standpunkt der sozialistischen Internationale, die immer wieder erklärt hat: die Verwüstungen des Krieges müssen gutgemacht werden, sie können nicht einem einzelnen Lande auferlegt werden. Das ist die sozialistische Moral; aber das hat mit der Frage der Annahme des Gutachtens sehr wenig zu tun. —

Ebenso muß ich die andere Behauptung des Genossen Levi bestreiten, daß die Steuerfrage die wesentliche Frage für die kulturelle Stellung der arbeitenden Massen sei. Ich bin dafür, daß wir den Steuertampf mit aller Entschiedenheit durchführen. Ich habe gesagt, daß das Verhältnis der Massenbelastung zur Besitzbelastung ungünstig ist. Im Gutachten selbst haben wir eine ganze Anzahl von Momenten, die in unserem Kampfe geltend gemacht werden müssen. Auch im Gutachten wird darauf hingewiesen, daß die Umsatzsteuer zu hoch, daß die Vermögensverteilung infolge der Inflation in Deutschland ungerechter geworden ist als in irgendeinem andern Lande. Es wird darauf verwiesen, daß die Steuerpolitik die Aufgabe haben müsse, diese Gewinne der neuen Reichen zu erfassen. In dieser Richtung wollen wir arbeiten. Aber wir wollen auf der andern Seite diese Dinge auch nicht übertreiben. Eine Lohnserhöhung, die Festhaltung des Achtstundentages, der Kampf gegen die Lebensmittelzölle sind für die kulturelle Hebung der Arbeiterschaft wichtiger als die eine oder andere Steuererhebung. Das muß gesagt werden, weil wir sonst in die Gefahr kommen, unseren ganzen Kampf herabzuziehen in die Niederungen eines reinen Interessentkampfes. Wir sind, was immer wieder betont werden muß, keine Interessentpartei wie die andern Parteien. (Sehr richtig!) Wir sind nicht nur eine Partei der unmittelbaren materiellen Interessen der Arbeiterklasse. (Sehr wahr!) Wir sind die Partei, die berufen ist, zum Neuaufbau der Gesellschaft, deren Ziel zusammenfällt mit dem großen dauernden Interesse der Sozialdemokratie überhaupt und damit dem Interesse aller derer, die nicht unmittelbar

am Kapitalertrag beteiligt sind. Diese Idee gegenüber den Verwüstungen des Krieges wieder geltend zu machen, ist unsere Aufgabe. Deshalb dürfen wir den rein materiellen Kampf nicht bis ins Ungemessene übertreiben. (Bravo!)

Zum Schluß lassen Sie mich noch folgendes sagen: Möge von diesem Parteitage die Erkenntnis ausgehen, daß die hinter uns liegende Periode eine Zeit ungeheurer schwieriger Kämpfe gewesen ist, daß aber die vor uns liegende Periode aussichtsreicher für uns sein, daß die politischen Probleme wahrscheinlich klarer sein werden. Deshalb möchte ich, daß dieser Parteitag endlich Schluß macht mit allem, was hinter uns liegt, daß er uns hilft im Kampfe für die Zukunft, indem Sie hinausgehen und die Arbeiter aufrufen zum Selbstvertrauen und zum Vertrauen in dem Fortschritt des Sozialismus, zum Vertrauen auf ihre Sozialdemokratie! (Stürmischer Beifall!)

Dr. Levi-Berlin (persönliche Bemerkung): Ich kann im Rahmen einer persönlichen Bemerkung selbstverständlich nicht auf eine ganze Reihe von Mißdeutungen antworten, die unterlaufen sind. Die Genossen Hilferding und Breitheid haben anerkannt, daß diese Deutungen nur deshalb möglich gewesen wären, weil ich nicht jusqu'au bout hätte reden können. Genosse Breitheid hat es für angemessen gehalten, zu sagen, ich sei meine Rede losgeworden und sei dann weggelaufen. Ich kann aber sagen, daß die Pflichten, die mich abgehalten haben hier anwesend zu sein, ganz bestimmt dringender gewesen sind, als die, die gestern den Genossen Breitheid abgehalten haben, an der Abstimmung hier teilzunehmen. (Rufe: Oh! — Unruhe.)

Vorsitzender Wels: Ich muß dazu erklären, daß ich die letztere Bemerkung für absolut ungehörig halte. Ich weise sie deshalb zurück. Genosse Breitheid ist im Einverständnis und sogar im Auftrage des Parteivorstandes und Fraktionsvorstandes abwesend gewesen.

Ein Antrag, die Rede Hilferdings als Broschüre herauszugeben, wird einstimmig unter großem Beifall angenommen.

Der Antrag 253 wird gleichfalls einstimmig angenommen.

Die Resolution Hilferdings unter Nr. 252 wird mit großer Mehrheit angenommen. Die Resolution Sender und Genossen unter Nr. 254 wird abgelehnt.

Die von Löbe begründete Resolution zur Bildungsfrage findet die einstimmige Zustimmung des Parteitages, desgleichen die Resolution Wachenheim und Genossen unter Nr. 250.

Zum Bericht der Mandatsprüfungskommission und der Beschwerdekommision erhält dann das Wort Dr. Eckstein-Breslau.

Dr. Eckstein-Breslau: Die Parteivorstandswahl hat folgendes Ergebnis gehabt. Es wurden abgegeben 376 Stimmen. Davon waren ungültig 14 Stimmen. Es bleiben an gültigen Stimmen 362. Nach § 17 des gestern angenommenen neuen Statuts ist für die Wahl zu den Parteivorstandsmännern die absolute Mehrheit notwendig. Diese beträgt 182. Es haben erhalten als Vorsitzende Genosse Müller 340, Genosse Wels 264 Stimmen, Genosse Crispian 214 Stimmen, als Kassierer Genosse Bartels 313, Genosse Ludwig 300 Stimmen. Als Sekretäre sind gewählt Mollenbuhr mit 351 Stimmen, Genossin Juchacz mit 306 Stimmen, Genosse Stelling mit 305 Stimmen, Genosse Dr. Adolf Braun mit 301 Stimmen, Dittmann mit 300 Stimmen. Bei der Wahl der Beisitzer sind abgegeben worden für die Genossin Nemitz 284 Stimmen, für Dr. Moses 269, Fischer 263, Hilfenbrand 257, Schulz 256, Hilferding 253, Rynek 235, Frank 225, Stahl 201 Stimmen. Die bisher Genannten sind damit gewählt. Außerdem haben erhalten Aufhäuser 141, Rünftler 129, Strübel 126, Mathilde

Burm 102, Dr. Levi 99, Otto Meier 89, Krille 80 und Litte 78 Stimmen. Zerspittert waren 3 Stimmen.

Bei der Wahl der Kontrollkommission sind abgegeben worden 373 Stimmen. Davon waren ungültig 16 Stimmen, so daß 357 gültige Stimmen übriggeblieben sind. Die absolute Mehrheit beträgt 179. Es haben erhalten Wöbe 339 Stimmen, Brühne 275, Bock 258, Brey 258, Hengsbach 242, Hermann Müller-Lichtenberg 241, Treu 225, Schönfelder 224 und die Genossin Agnes 217 Stimmen. Die bisher von mir Genannten sind damit als Mitglieder der Kontrollkommission gewählt. Außerdem haben erhalten Karsten 136, Wengels 125, Fleißner 118, Donath 110, Riebmann 108, Theil 91, Hoffmann 83, Thurm 77 Stimmen.

Ich habe Ihnen außerdem den Beschwerdefall Honrath vorzutragen. Der Fall Honrath beschäftigt die Partei bereits seit dem Jahre 1916 und ist auch bereits einmal auf einem Parteitag, nämlich dem der SPD. zu Kassel im Jahre 1920, behandelt worden. In Kassel wurde gegen Honrath auf eine Rüge erkannt, weil er gegen den Willen der Parteiorganisation des Rheinlandes mit den französischen Generalen in Verbindung getreten war und, ohne dazu berechtigt zu sein, im Namen der Partei Erklärungen gegenüber der Befehlungsbehörde abgegeben hat. Später ist gegen ihn wegen anderer Dinge ein Ausschlußverfahren eingeleitet worden. Er trat aus der SPD. aus und zur USPD. über. Auch dort wurde ein Ausschlußverfahren gegen ihn eröffnet, das dann durch die Einigung unter den Tisch fiel. Bei dem Falle, der uns heute beschäftigt, handelt es sich um folgendes: Die Aachener Parteigenossen hatten beschlossen, den Genossen Pascher zum Amt des Beigeordneten der Stadt Aachen vorzuschlagen. Die Parteiorganisation und die Stadtverordnetenfraktion hatten diesen Beschluß gefaßt. Pascher wurde auch von der Stadtverordnetenversammlung zum Beigeordneten gewählt. Honrath hatte sich vorher in den Besprechungen innerhalb der Fraktion und der Parteiorganisation gegen Pascher gewandt. Er hatte gegen Pascher irgendwelche Bedenken; diese Bedenken waren nicht als stichhaltig anerkannt worden. Nachdem auf Vorschlag der Stadtverordnetenfraktion Pascher bereits gewählt war, schrieb am 22. Januar 1923 Honrath einen Brief an das Regierungspräsidium in Aachen — der Regierungspräsident ist, wie ich bemerken möchte, ein Zentrumsmann — und bat in diesem Brief die Regierung, den von der Parteigenossenschaft vorgeschlagenen Kandidaten als Beigeordneten nicht zu bestätigen. (Hört, hört!) Er schrieb in diesem Briefe unter anderem folgendes:

Vordem, als die Partei in Opposition stand und keine amtliche Futterstelle zu vergeben hatte, (entrüstete Rufe: Psui!)

konnte ein wortbrüchiger Redakteur keine Stunde mehr im Amt bleiben. Wer Stellung und Amt mißbraucht, und sich Vorteile zu verschaffen, wie Pascher es in dieser Bauangelegenheit getan, wäre mit Schimpf und Schande davongewiesen worden. Wer den Schutz der weiblichen Jugend öffentlich predigt und gleichzeitig sich an Untergebenen vergeht, den hätten die Frauen der Parteigenossen auf den Erab gebracht. Heute aber muß man einen Kampf dagegen führen und die Hilfe der bürgerlichen Gewalt anrufen, damit das öffentliche Leben nicht durch Menschen verunreinigt wird, die sich dabei noch brüsten können, namens der Sozialdemokratie in Amt und Würden gekommen zu sein.

Gegen den Schluß des Briefes kündigt er der Regierung an, daß er ihr über die weiteren Verhandlungen zu diesem Falle, die innerhalb der Parteiorganisation gepflogen werden würden, noch Bescheid sagen würde. Einige Tage später fand tatsächlich eine Versammlung der Organisation statt, die sich

mit diesem Falle beschäftigte, und einen Tag darauf war die Regierung in Aachen wieder im Besitz eines Briefes, in dem brüthwarm alle Intima geschildert wurden, die sich in dieser Sitzung zugetragen hatten. Die Aachener Parteiorganisation brachte darauf ein Ausschlußverfahren gegen Honrath in Gang. Der Bezirksvorstand erkannte auf Ausschluß. Hiergegen hat Honrath Beschwerde eingelegt. Der Parteivorstand hat ein Schiedsgericht unter dem Vorsitz des Genossen Beyers eingesetzt. Dieses Schiedsgericht hat den Ausschluß nicht bestätigt, es hat, wie es hier heißt, den Beschluß erster Instanz aufgehoben und gegen Honrath nur auf eine Rüge erkannt, ihm aber auf die Dauer von zwei Jahren das Recht aberkannt, Vertrauensämter in der Partei zu bekleiden. Gegen dieses Schiedsgerichtsurteil haben sowohl die Aachener Parteiorganisation wie Honrath Berufung eingelegt. Honrath verlangt Freispruch vom Parteitag, die Aachener Parteiorganisation will, daß der Parteitag Honrath aus der Partei ausschließt. Die Kommission hat sich einstimmig auf den Standpunkt gestellt, daß ein Mann, der die Hilfe bürgerlicher Gewalten, die Hilfe von Behörden, von bürgerlichen Parteien und die Hilfe der bürgerlichen Presse gegen Beschlüsse der Parteiorganisation anruft, nicht Mitglied der Parteiorganisation sein kann. (Lebhafte Zustimmung.) Namens der Kommission schlage ich Ihnen daher vor, das Schiedsgerichtsurteil aufzuheben und Honrath aus der Partei auszuschließen. (Bravo!)

Der Antrag der Kommission auf Ausschluß des Genossen Honrath aus der Partei wird darauf einstimmig angenommen.

Vorsitzender Bels: Nach dem Bericht des Vorsitzenden der Mandatprüfungskommission ist die Kontrollkommission sofort zusammengetreten, hat sich konstituiert und die Genossen Brühne-Frankfurt a. M. zum Vorsitzenden, Bock zum Stellvertreter gewählt. Bereits im vergangenen Jahre waren es 25 Jahre, daß der Genosse Brühne der Kontrollkommission angehört. So früh schon wurde er mit diesem Amt, das eines der höchsten Ehrenämter der Partei ist, betraut. Er hat in der ganzen Zeit das Vertrauen der Partei gerechtfertigt, und wenn ich von dieser Stelle aus ihm unsere Gratulation zu seinem Jubiläum ausspreche, glaube ich, daß ich im Auftrage und im Sinne des ganzen Parteitages handle. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir kommen jetzt zu Punkt 8 der Tagesordnung:

Anträge, soweit sie durch die vorstehende Tagesordnung noch nicht erledigt sind.

Es handelt sich um die Anträge 233, den nächsten Parteitag in Breslau stattfinden zu lassen, und um den Antrag 234, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen: Nation und Internationale.

Clara Zils-Breslau: Ich habe Sie im Auftrage der Breslauer Parteiorganisation zu bitten, zu beschließen, daß der nächstjährige Parteitag in Breslau stattfindet. Im nächsten Jahre feiern wir den 100. Geburtstag Ferdinand Lassalles, dessen Geburtsstadt Breslau ist, und im nächsten Jahre sind es 30 Jahre her, seit auf dem Breslauer Parteitage die erste Debatte über ein Agrarprogramm stattfand. (Heiterkeit.) Wir haben die Hoffnung, daß im nächsten Jahr entsprechend dem heute angenommenen Antrag über die Agrarfrage eine Entscheidung herbeigeführt werden kann. Ich bitte Sie, unsern Antrage zuzustimmen.

Der Antrag wird auf Vorschlag des Vorsitzenden dem Parteivorstand und dem Parteiausschuß überwiesen.

Der Antrag Köln unter Nr. 234 wird gleichfalls dem Parteivorstand und dem Parteiausschuß überwiesen.

Vorsitzender Wels (Schlußwort): Damit sind wir am Schluß der Verhandlungen im Parteitag angelangt. Unter allen Parteien findet die Sozialdemokratie nicht ihres Gleichen, denn es war möglich, diese reichhaltige Tagesordnung in dieser kurzen Zeit zu bewältigen. Es gibt freilich Genossen, die der Meinung sind, daß eine zwei oder drei Tage längere Debatte den Interessen der Partei dienlicher sei. Aber meiner unerschütterlichen Ueberzeugung nach würden auch durch eine längere Debatte andere Ergebnisse nicht aus dem Parteitag herauszuholen sein. (Sehr richtig!) Wer das glaubt, unterschätzt die Intensität, mit der sich die Parteigenossen im ganzen Lande mit den einschlägigen Fragen der Politik und besonders den die Partei bewegenden beschäftigen.

Trotz mancher Meinungsverschiedenheiten, und obwohl in der Wahl der Vorstandsmitglieder nicht die erfreuliche Einigkeit, die in der alten Partei mit wenigen Ausnahmen zutage trat, halte ich meinen Anspruch in dem Referat aufrecht: die Einigkeit in der Partei, in dem Bekenntnis zur Demokratie, zum Endziel und in den Marschlinien war niemals stärker als auf diesem Parteitag. Was uns trennt, sind Neugierigkeiten, die in einer Form zum Ausdruck kommen, wie sie in einer wahren Arbeiterpartei nicht zu umgehen sind. Wir aber wollen uns die Form, die uns unsere Abstammung aus der Tiefe des Volkes mitgibt, nicht dadurch verleiden lassen, daß der eine oder andere draußen über die Verhandlungen dieser Tage naserümpfend spricht oder schreibt. Die Verhandlungen, die die Richtlinien für die Politik der Partei in Zukunft festgelegt haben, waren von der vollen Erkenntnis der Wichtigkeit getragen, die sie für die Arbeiter Deutschlands nicht nur für das deutsche Volk oder das Deutsche Reich, sondern für ganz Europa, ja für die ganze kultivierte Welt haben.

Als die Spaltung der Arbeiterbewegung in Deutschland begann, ahnte vielleicht nicht der Hundertste, welche politische Wirkung dieser Riß durch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands für die europäische Entwicklung haben könnte, welche ungeheuerliche Wirkung die Internationale erhalten würde, die im Krieg zusammengebrochen schien. Wie Vogel Phönix aus der Asche, erhob sich die Internationale aus Graus und Brand des Krieges. Nach dem scheinbaren Sieg des Kapitalismus — auch in politischer Form — nach dem Kriege sehen wir den Vormarsch der Arbeiterbataillone in England, in Frankreich, wir sehen die Idee des völkerbefreienden Sozialismus, des die Grenzpfeile nieder tretenden Internationalismus mehr und mehr die Gedankenwelt der Massen und der Intellektuellen in England und Frankreich durchstoßen. Ich betrachte es als eine der größten Errungenschaften des Parteitags, als einen historischen Moment, daß wir von dieser Stunde ab wieder unsern alten Namen führen „Sozialdemokratische Partei Deutschlands!“ (Bravo!) Das Wort „vereinigte“ war für jeden, der mit seinem Herzblut an der Arbeiterbewegung hängt, nichts anderes als die Erinnerung daran, daß wir einmal gespalten waren. Was war uns in unserer Jugend das Wort „die Partei“. Wir warfen alles zurück für „die Partei“. Die Partei war die Inkarnation unserer Hoffnungen, unserer Wünsche, unser Ideal, das Evangelium, wie der glaubensfreudige Christ im Evangelium seine Hoffnung sieht. Mit diesem Gedanken erfüllten wir unsere Jugend, und alle, die sich uns anschlossen. Der Partei anzugehören war die Ehre, sie zu unterstützen unser Gedanke, sie zu heben unser Stolz.

Mit dem alten Namen soll auch die alte Liebe zur Partei wiederkehren. Die Partei ist ungeboren in ihrer Kraft. Rügen von rechts, von links Scharen gegen uns stürmen, die Partei ist stark. Sie hat eine Flut von Beschimpfungen, von Verleumdungen durchgehalten. Sie hat in Bedrohungen an Leib und Leben für die, die ungenannt in der Partei wirken und werben, für die Hunderttausende in Fabriken, die dem Sozialismus, der Demokratie die Treue hielten, Unendliches an Belastung gebracht. Wir danken den Arbeitern, die

der Partei die Treue halten, die auch wir weiter erhalten werden, die die Partei nach unserer Ueberzeugung durch allen Druck hindurchführen wird, der von dem Fanatismus der Anhänger der Rostauer Gemalthaber ausgeübt wird, unter denen nicht alle korrumpierte und bestochene Subjekte sind, unter denen sich so mancher befindet, der irregeleitet den Weg verloren hat, wenn erst die furchtbare Not des Wirtschaftslebens von ihnen genommen, den Weg zur Sozialdemokratie wieder zurückerfinden wird.

Daß wir der Partei auf diesem Parteitag kein neues Programm als geistiges Rüstzeug geben konnten, ist bedauerlich. Bis zum nächsten Parteitag muß das Manifest von Nürnberg Wegleiter für uns sein.

Wir Sozialdemokraten haben, wie der Parteitag zeigt, den Willen zur Macht, zum politischen Aufstieg. Der ganze Parteitag war ein einziges Bekenntnis zur Demokratie, zur Eroberung der politischen Macht durch sie und für die Durchführung der wirklichen Demokratie zur Vergesellschaftung der Produktion, zur wirtschaftlichen Demokratie, zum Sozialismus. Aus allen Nebentönen hundertfältig heraus: Schutz der Republik! Diejenigen, die sich in Deutschland als Sieger rühmen, die sind gewarnt. Das Millionenheer der deutschen Arbeiterschaft weiß, daß allein die Republik der politischen Gleichberechtigung der Arbeiterschaft den Boden bereitet und für den Sozialismus den Aufstieg ebnet. Das tiefgründige und erhebende Referat des Genossen Hilferding hat uns gezeigt, daß wir alle darin einig sind.

In diesem Sinne hat der Parteitag frucht- und nutzbringende Arbeit geleistet. Dieser Parteitag, auf dem durch einen Einigungsbeschluß der Streit unserer sächsischen Parteigenossen in einer Form beigelegt worden ist, die diese selbst wählten, die die Zustimmung des ganzen Parteitags und damit die Autorität der gesamten Partei gefunden hat, wodurch allen die Pflicht auferlegt wird, den Willen der gesamten Partei aufs strengste zu beachten, gibt uns die Gewähr, daß die Zeit nicht fern sein wird, in der wir die Arbeitermassen wieder geschlossen hinter einem siegreich wehenden Banner der Sozialdemokratie führen können. Wir pflanzen keine Illusionen in die Köpfe der Arbeiter, nähren keinen Wunderglauben in ihnen, wonach es möglich wäre, durch politische Akte, durch Verschwörungen, Entwicklungsschufen, die für die Wirtschaft notwendig sind, zu überspringen. Wir führen die Arbeiterschaft durch eine Entwicklungsperiode hindurch, die von der politischen, der wirtschaftlichen Entwicklung in der Welt abhängig ist, und bewahren sie vor dem trügerischen Optimismus der Jahrmarktsschreier, die um so schneller abgewirtschaftet haben werden, je schneller die Bevölkerung prüfen kann, wie wenig sich von dem erfüllt, was sie als kurze Erfolge der Gefolgshaft der Arbeiter hinter ihrer Fahne selbst ankündigten. In diesem Sinne führen wir den Kampf: politische Aufklärung, Revolutionierung der Geister und Köpfe. In diesem Sinn soll von diesem ersten Parteitag der deutschen Sozialdemokratie der Ruf ins Land gehen: Vorwärts zur Befreiung der Arbeit aus dem Doppelschloß politischer Sklaverei und ökonomischer Ausbeutung. Die deutsche, die ewige Sozialdemokratie, sie lebe hoch! hoch! hoch!

Der Parteitag stimmt begeistert dreimal in das Hoch ein. Kraftvoll tönen dann die Klänge des Sozialistenmarschs durch den Saal.

Vorsitzender Wels: Namens des Parteitags danke ich den Berliner Parteigenossen für ihre Gastfreundschaft und den Genossen, die in den Kommissionen ihres Amtes gewaltet haben. (Bravo!)

Der Parteitag ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 4 Uhr 50 Minuten.)

Ungenommene Anträge.

Zum Bericht des Parteivorstandes.

3. **Leipzig.** Ein neues Parteiprogramm ist dem Parteitag von 1925 zur Annahme vorzulegen. Bis dahin hat das auf dem Parteitag in Nürnberg beschlossene Aktionsprogramm Geltung.

19. **Hamburg.** Der Genossenschaftsbewegung als der neuen Waffe im Kampfe für die Befreiung der Arbeiterklasse ist überall mehr Interesse zuzuwenden, damit auch dieser Zweig der Arbeiterbewegung mehr und mehr seinem eigentlichen Zweck dienstbar gemacht wird.

24. **Hamburg.** Der Parteitag erlucht die Parteigenossen, die Arbeit der Kinderfreunde auf das lebhafteste zu unterstützen und in Orten, wo noch keine Kindergruppen bestehen, eine Kinderbewegung im Anschluß an die „Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde“ ins Leben zu rufen.

26. **Gera.** Entschliebung zur Alkoholfrage. Angesichts der Teuerung und des Rückgangs der inländischen Getreideproduktion seit dem Kriege stellt die Umwandlung von Getreide und Kartoffeln in alkoholische Getränke eine volkswirtschaftliche Verschwendung dar. Die Schäden des Alkoholismus werden heute noch erhöht durch die körperliche und geistige Schwächung der Arbeiterklasse in den Jahren seit Kriegsausbruch. Die antisoziale Wirkung der Trinksitten ist besonders verhängnisvoll in der Zeit der Krise, weil sie eine private und volkswirtschaftlich ungesunde Belastung des Proletariatshaushalts bildet. Erschwerung des Versammlungsbefuchs, Gefahr der Ausschreitungen bei Demonstrationen, geistig-seelische Lähmung, besonders der Jugend, sind heute verhängnisvolle Hemmnisse des Aufstiegs der Arbeiterklasse.

Die Partei muß daher eine großzügige wissenschaftliche Aufklärungsarbeit durch Wort und Bild über die Alkoholfrage im Rahmen der allgemeinen Bildungsarbeit durchführen. Sie mit gesetzlichen Maßnahmen anstreben zur Verminderung der Alkoholproduktion, Gemeindebestimmungsrecht mit Volksentscheid sozialreformerischer Maßnahmen, die geeignet sind, das Alkoholangebot und die Versuchung zum Trinken zu vermindern.

Zum Bericht der Reichstagsfraktion.

(245. Antrag Richter u. Gen. 1. Bei dem kommenden Gesetz zur Ausführung des Art. 146, 2 DRV. (Reichsschulgesetz) jede Erweiterung der Rechte der Bekenntnisschulen, die weder dem Sinn noch dem Wortlaut der Reichsverfassung entspricht, energig zu bekämpfen und die gesetzliche Festlegung der weltlichen Schule zu betreiben.

2. Die achtjährige höhere Schule durch einen Gesetzentwurf zu fordern und jede Differenzierung der vierjährigen Grundschule abzulehnen.

3. Die Aufbauschule als voll anerkannte höhere Schule reichsgesetzlich festzulegen.

239. **Antrag Hermann Müller.** Koalitionspolitik ist keine Frage des Prinzips, sondern der Taktik. Das Viel-Parteien-System hat seit der Revolution die Sozialdemokratie im Reich und in den Ländern vielfach gezwungen, mit bürgerlichen Parteien an der Regierung teilzunehmen. Maßgebend waren dafür erstens

außen- und zweitens innenpolitische Gründe. Das Interesse der Arbeiterklasse erforderte außenpolitisch die Befriedung Europas, innenpolitisch die Sicherung der Republik gegen den Ansturm der Reaktion.

Nur auf dem Boden der Republik kann seit dem Verlust des Krieges eine für Deutschland erfolgreiche Außenpolitik getrieben werden. Gleichzeitig ist die Republik der gegebene Boden für den Kampf um das sozialistische Endziel.

Die Teilnahme an der Regierung muß die Durchsetzung der Demokratie und die Erfüllung der bürgerlichen Republik mit sozialem Inhalt zum Ziel haben. Sie darf deshalb nur unter Abwägung aller Vor- und Nachteile für die Interessen der Minderbemittelten erfolgen, damit die Sicherheit gegeben ist, daß die Arbeiterklasse nicht einseitig Opfer zu bringen hat.

Dem Parteivorstand wurden überwiesen:

13. **Nürnberg.** Der Parteitag wolle beschließen, daß künftig die Reisezeit zentral geregelt im ganzen Reichsgebiet, ähnlich wie in der Vorkriegszeit, begangen wird.

14. **Paschau.** Der Parteitag ersucht den Parteivorstand und die Gesamtpartei, sich mehr als bisher mit dem Sozialisierungsproblem zu beschäftigen und da, wo die Möglichkeiten der Verwirklichung gegeben ist, ernsthaft zuzustimmen.

17. **Löbau.** Der Parteitag möge beschließen, den Vorstand zu beauftragen, alles zu tun, um eine bessere Aufklärung in Wort und Schrift herbeizuführen. — Bei den bevorstehenden Wahlen darf kein Mittel unversucht gelassen werden, die Frauen als Wählerinnen für unsere Partei zu gewinnen.

19. **Hamburg.** a) in Verbindung mit der Internationale eine möglichst gute und unabhängige Auslandsberichterstattung für unsere Presse zu schaffen, wenn angängig, durch Unterhaltung von Berichterstattern im Auslande.

[21. Abf. 2. **Gera.** Die DSD. muß vor allem ihre Aufmerksamkeit auf die Jugendorganisationen und die Jugendzuehung richten, da die sozialistische Bewegung bei der arbeitenden Jugend einen bestimmten Anklang findet und sie dadurch auf Abwege und ins Schlepptau der bürgerlichen Gesellschaft gerät. Die besten Kräfte und Pädagogen müssen in Zukunft zur Belehrung und Erziehung der Jugend herangezogen werden.

22. **Braunschweig.** Der Reichsparteitag wolle zum Zwecke der Schaffung einheitlicher Ziele und Wege auf dem Gebiete der Arbeiterwohlfahrt den „Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt“ veranlassen, dem § 5 der fraglichen Richtlinien (betr. Einberufung von Konferenzen der gesamten Bezirksauschüsse) Geltung zu verschaffen.

23. **Köln a. Rh.** Der Parteitag wolle beschließen, die vorhandenen wirtschaftlichen Parteiunternehmungen intensiv weiter auszubauen und durch neue wirtschaftliche Produktionsunternehmungen möglichst zu ergänzen, damit das Proletariat durch die Partei mehr als bisher in der Lage ist, den Verlauf der Wirtschaftskämpfe und damit auch der politischen Kämpfe zu beeinflussen.

27. **Breslau.** Mit besonderer Aufmerksamkeit sind vom Parteivorstand wie Zentralbildungsausschuß in Zukunft Fragen der sozialistischen Jugendzuehung zu behandeln. Insbesondere die Gefährdung derselben durch die sozialen Wirkungen des Alkohols sowie die Fortbildung der reiferen Jugend in zu schaffenden Heimvolkshochschulen. Jede Parteiorganisation ist verpflichtet, die sozialistische Jugendbewegung mit allen Mitteln zu fördern. Diese Fragen sind auf dem nächsten Parteitag als besondere Punkte der Tagesordnung zu behandeln.

240. **Antrag Graupe u. Gen.** Der Parteivorstand wird beauftragt, eine Klärung über die Stellung der Partei zu den Organisationen der Kriegsoffer —

Internationaler Bund, Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsoffer usw. — herbeizuführen.

242. Antrag Dr. Adams u. Gen. Der Parteivorstand wird ersucht, bis spätestens 1. Oktober eine periodisch erscheinende Zeitschrift für sozialistische Erziehung herauszugeben.

247. Antrag Ed. Bernstein u. Gen. Der Parteivorstand wird ersucht, eine Zusammenstellung von Auszügen aus den Wahlflugblättern und sonstigen offiziellen Rundgebungen der nationalistischen, völkischen usw. Parteien sowie der kommunistischen Partei über das Sachverständigen Gutachten (Dawes-Bericht) herauszugeben, aus der hervorgeht, wie diese Parteien im Wahlkampf den Wählern Wesen und Tendenz des Gutachtens geschildert; welches Verhalten Deutschlands ihm gegenüber sie für geboten erklärt und welche Verdächtigungen gegen diejenigen sie geschleudert haben, die für Annahme des Gutachtens eingetreten sind.

Der Reichstaatsfraktion wurden überwiesen:

190 Abf. 2. Hamburg. Der Parteitag lehnt die Einführung eines Arbeitsdienstpflichtjahres für die Jugend ab, weil er darin unter den heutigen Verhältnissen den ersten Schritt zur Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht erblickt. Er fordert alle Parteigenossen auf, wo sich dazu Gelegenheit bietet, den Gedanken der Einführung eines Arbeitsdienstpflichtjahres zu bekämpfen. Der Parteitag fordert dafür einen Ausbau der Fortbildungsschule.

Die Anträge 28, 31 und 186 behandeln denselben Gegenstand.

195. Frankfurt a. M. Der deutsche Botschafter in Washington hat das Interesse des deutschen Volkes aufs schwerste geschädigt. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, mit allen Mitteln seine Abberufung durchzusetzen. Der Parteitag mißbilligt die Zustimmung der Fraktion zu den Ermächtigungsgesetzen.

196. Steffin. Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion beauftragen, im Reichstag den Antrag zu stellen, daß die Reichsregierung Schritte unternehme, die Republik Deutschland in den Völkerbund zu bringen.

197. Köln a. Rh. Der Parteitag wolle beschließen: Parteivorstand und Reichstagsfraktion haben unverzüglich alle Maßnahmen zu ergreifen, um eine einheitliche Arbeiterversicherungs-gesetzgebung herbeizuführen.

198. Steffin. Der Parteitag wolle beschließen: In der Partei die Reichstagsabgeordneten zu veranlassen, daß ein Gesetz vorgelegt wird, das bestimmt: Solange Arbeitslose vorhanden sind, sind keine Schnitter oder ausländische Arbeiter im Reiche zu beschäftigen.

199. Lahr i. B. Die Reichstagsfraktion hat mit allen Kräften im Reichstage dahin zu wirken, daß die Zahlung von Pensionen an noch arbeitsfähige Offiziere unter 45 Jahren eingestellt wird.

200. Hamburg. Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, dafür zu wirken, daß ein Gesetz über Handhabung des Ausnahmezustandes geschaffen wird.

201. Unterbezirk Hannover-Stadt. Die Reichstagsfraktion wolle dafür eintreten, daß die gesetzlichen Bestimmungen über die Versorgung der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen, Sozialrentner, Erwerbslosen usw. in der Weise geändert werden, daß deren Existenzmöglichkeit gesichert ist.

202. Biewer. Die Reichstagsfraktion wird ersucht, dahin zu wirken, daß endlich durch die Verabschiedung des Beamtenrätengesetzes den Beamten gesetzlicher Schutz gewährleistet wird.

203. Steffin. Dafür einzutreten, daß den kleinen Sparern, die Gelder in die Kassen sowie Sparguthaben in der Vorkriegszeit eingezahlt haben, dieses

wie folgt in Goldmark zurückzuerstatten ist: Bis 100 M. ganz, bis 1000 M. halb, bis 10 000 M. ein Viertel, über 10 000 M. 10 Proz.

1 204. Hamburg. Der Parteitag lehnt jeden schematischen Beamtenabbau in der Schule ab und verwirft auch den grundsätzlichen Abbau der verheirateten Lehrerin. Um der Zukunft der Kinder willen darf das im äußeren und inneren Ausbau der Schule bereits Erreichte nicht wieder eingeschränkt werden. Die Entwicklungsmöglichkeiten in der Schule dürfen durch den Abbau nicht verbaut werden.

Die kostspieligen und engherzigen Standesinteressen dienende Mittelschule ist überall nach und nach abzubauen; an ihre Stelle haben äußerer Ausbau und reichere Gliederung der Volksschule zu treten.

Beim höheren Schulwesen ist die finanziell günstigere Form der Aufbauschule zu bevorzugen. An Stelle der neunjährigen höheren Schule hat die achtjährige zu treten. Jede Differenzierung der Grundschule lehnt der Parteitag ab.

205. Bremen. Die Bremer Mitgliedschaft verlangt von der Reichstagsfraktion, sie möge den Antrag stellen, einen Amnestie-Erlaß für die politischen Gefangenen und die durch das Abtreibungsgesetz Verurteilten herbeizuführen.

206. Frankfurt a. M. Die Fraktion wird beauftragt, mit allen Mitteln für die Beseitigung des Belagerungszustandes einzutreten.

207. Stuttgart. Der Parteitag fordert die Reichstagsfraktion auf, sofort nach Zusammentritt des neuen Reichstages zu Art. 48 der Reichsverfassung zu verlangen, daß eine genaue Umschreibung der Befugnisse des Reichspräsidenten und der Reichsregierung, die auf Grund dieses Artikels getroffen werden können, vorgenommen wird.

208. Unterbezirk Hannover-Stadt. Für die „Technische Nothilfe“ sind von der Reichstagsfraktion keine Mittel zu bewilligen.

209. Elbing. Die Reichs- und Landtagsabgeordneten sind zu verpflichten, mindestens vierteljährlich einmal den Wählern (Mitgliedern) ihres Bezirks Aufklärung über die Reichs- und Landespolitik zu geben.

211. Hanau. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, einen Initiativantrag zur Durchführung des Art. 155 der Reichsverfassung einzubringen. Der Antrag hat eine Lösung der Bodenfrage im Sinne des Gölzinger Programms vorzuschlagen und ist, wenn nötig, zum Volksentscheid zu bringen.

212. 6. Unterbezirk von Ostfahlen. Der Parteitag erbt in dem Bestreben, den Art. 155 der Reichsverfassung restlos zu verwirklichen, eine notwendige Aufgabe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Der Parteitag verpflichtet die Reichstagsfraktion, mit aller Entschiedenheit für den Gedanken der Heimstättenbewegung einzutreten.

213. Trier. Der Parteitag wolle beschließen, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu verpflichten, nicht für eine Aufhebung des Wohnungszwangsgesetzes und des Mieterschutzgesetzes einzutreten, sondern dafür besorgt zu sein, daß ungerechte Härten für die Mieter in den Gesetzen möglichst schnell ausgemerzt werden.

214. Hamburg. Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion, mit allem Nachdruck im Reichstage ihren Vorschlag zur Bodenreform zu fördern. Ueber diesen Vorschlag hinaus fordert der Parteitag die Reichstagsfraktion auf, einen Gesetzentwurf einzubringen, nach dem alle Gliedstaaten gezwungen werden, eine Bodensteuer nach dem gemeinen Wert zu erheben.

215. Straßburg. Die Reichstagsfraktion hat sofort den der Reichstagsfraktion eingereichten „Entwurf eines Bodenreformgesetzes“ als Initiativantrag im Reichstage einzubringen und für Annahme dieses Gesetzes einzutreten.

216. Gera. Stellungnahme zur Sanierung: Währungshoheit des Reiches, vor allem Beherrschung der Goldnotenbank (Währungs- und Diskontopolitik) Ausbau des Besitzsteuerhypothekensystems, möglicher Abbau der indirekten Steuern, Aufrechterhaltung des Reichseigentums und der Betriebsführung an den Reichsbetrieben; Steigerung ihrer Rentabilität durch Entbureauftragung, Einführung gemeinwirtschaftlicher Grundzüge. Anstrengung internationaler Kredite auf der Basis staatsfinanzieller Garantien unter Vermeidung von Eingriffen in die Staatsouveränität; Sanierung nicht auf Kosten der Sozialpolitik, sondern durch Belastung des Unternehmers zu sozialpolitischen Zwecken.

217. Randau, Kreis Jerichow. Die Reichs- bzw. Landtagsfraktionen der NSD. wollen sich für die Umänderung des Jagdgesetzes einsetzen, damit Gemeinden, die unter 300 Morgen oder 300 Morgen, aber nicht zusammenliegend, haben, ihre Jagd selbst meistbietend verpachten können. Es wird dadurch verhindert, daß die Kommunen den angrenzenden Großgrundbesitzern in die Hände fallen.

218. Friedberg i. Hessen. Die Reichstagsfraktion hat unverzüglich einen Gesetzentwurf einzubringen, der fordert, daß das Reich die Herausgabe von Reichswohnstätten-Darlehnskassenscheinen schnellstens in die Wege leitet. Diese Darlehnskassenscheine gelten als gesetzliche Zahlungsmittel und werden an die Einzelstaaten, Gemeinden und Baugenossenschaften zum ausschließlichen Zwecke des Bauens von Wohnhäusern zinslos abgegeben. Die so erstandenen Häuser werden jährlich in der Höhe bis zu einem Prozent amortisiert und gelten solange als Staatseigentum, bis sie restlos abgetragen sind.

219. Hamburg. Die Partei hat zu veranlassen, daß den Berufsbeamten die Ausübung ihres Wahlrechtes zum Reichstage, zu den Landtagen und zu den Gemeindevertretungen ermöglicht wird.

220. Frankfurt a. M. Der Parteitag fordert von der Reichstagsfraktion, für eine baldige Verkleinerung der Reichstagswahlbezirke einzutreten.

221. Breslau. Bei künftigen Wahlen sollen Männer und Frauen getrennt abstimmen.

Die Reichstags- wie die Landtagsfraktionen werden beauftragt, bei der Beratung von Wahlreformgesetzen für kleine Wahlkreise einzutreten.

222. Schopfheim. Der Parteitag beauftragt die Parteileitung, sofort alle Vorforderungen zu treffen, um gegen eine mögliche, auch nur teilweise Auslieferung der Reichsbahnen an das Privatkapital den Volksentscheid anzurufen gemäß Art. 73 Abs. 1 oder 2 und Art. 75 der Reichsverfassung oder auf Grund Art. 7 Abs. 19 und Art. 89; sofern nicht schon Art. 76 die sozialdemokratische Reichstagsfraktion insstand setzt, den volksfeindlichen Angriff abzuwehren.

223. Dresden. Die Sozialdemokratische Partei fordert:

1. Das Gemeindebestimmungsrecht über Erteilung und Verlängerung von Konzessionen für den Ausschank und Verkauf alkoholischer Getränke. (Die wahlberechtigten Bevölkerung entscheidet durch Abstimmung.)

2. Die Kommunalisierung der Schankstätten: Bei Erteilung und Verlängerung von Konzessionen hat die Gemeinde das Vorzugsrecht.

3. Der Reingewinn aus dem Ausschank oder Verkauf alkoholischer Getränke ist zur Bekämpfung des Alkohols und zur Errichtung alkoholfreier Volks- und Speisehäuser zu verwenden.

224. Dresden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird aufgefordert, unverzüglich für die in der Reichsverfassung vorgesehene Trennung von Staat und Kirche und Kirche und Schule einzutreten, da die Trennung nach den Ubergangsbestimmungen bereits bis zum 31. März 1921 durchgeführt werden sollte.

Ebenso wird die Reichstagsfraktion beauftragt, für die Abschaffung des in einer Republik unmöglichen Gotteslästerungsparagraphen mit aller Energie einzutreten.

225. Breslau. Der Parteitag verlangt von dem Reichstage, daß er gesetzliche Maßnahmen zur Ueberwachung der Kartelle, Syndikate und Trusts trifft.

Die geschaffenen Kartellgerichte sind in ihrer Wirkung völlig unzureichend, da sie nur das einzelne Mitglied eines Verbandes vor der Willkür des vertrusteten Kapitals schützen, aber auf die Preisgestaltung der gesamten deutschen Wirtschaft ohne jeden Einfluß sind.

Von dieser Preisgestaltung hängt aber die unbedingt zu vermehrende Warenausfuhr, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Festigung der Rentenmarkt, also die wichtigsten Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes ab.

226. Schopfheim. Der Parteitag wolle beschließen:

In Erwägung, daß heute alle Preise auf Friedenshöhe durchgeführt sind, mit Ausnahme der Löhne und Gehälter, die unerträglich unter dem Friedensniveau stehen, und einiger kartellierter Produktionszweige, die bis jetzt wegen wirtschaftlichen Versagens der Reichsregierung weit über dem Friedensniveau stehen blieben; in Erwägung ferner, daß die Güter- und Personentarife der Eisenbahn in hohem Maße preisgestaltend wirken und ihre Erhöhung eine neue untragbare Teuerung einleiten müßte, in Erwägung endlich, daß eine solche Tarifierhöhung auch das gegebene Hilfsmittel einer Regierung wäre, die absichtlich dem deutschen Volke den Eisenbahnbesitz verleidet und die Bahnen dem Privatkapital ausliefern wollte, beauftragt der Parteitag die Reichstagsfraktion der NSD., unverzüglich die Schritte zu tun, die zur Abwehr einer solchen Tarifierhöhung nötig sind.

Als solche erkennt der Parteitag folgende alsbald im Reichstag einzubringende Anträge:

1. Die Reichsregierung ist gehalten, entsprechend Art. 95 Abs. 3 der Reichsverfassung, der ferner gemäß auch für die vom Reich verstaatlichten Bahnen gilt, jede Tarifierhöhung über den Friedenspreis hinaus zu unterlassen.

2. Sollte die Durchführung des Art. 92 der Reichsverfassung Schwierigkeiten bereiten, so ist die Abhilfe nicht in einer Tarifierhöhung zu suchen, die einkommensmindernd und wirtschaftsschädlich wirken würde, vielmehr ist auf die wahren Ursachen des Defizits der Reichsbahn zurückzugehen. Die Reichsregierung ist demnach gehalten, den Teil des Defizits, der Kriegskosten aus dem Ruhrkampf darstellt, auf die allgemeine Finanzverwaltung zu übernehmen, so daß eine Nachprüfung sämtlicher mit der Privatindustrie abgeschlossenen Lieferungsverträge der Reichsbahn vorzunehmen und soweit dabei die Friedenspreise überschritten sind, alle Druckmittel anzuwenden, um noch nachträglich und für die Zukunft die Preise auf das Friedensniveau einzustellen.

230. Köslin. Der Unterbezirkstag Köslin vom 2. März 1924 fordert von der Reichstagsfraktion im Reichstage die Aufhebung der Verordnung über die Arbeitszeit vom 31. Dezember 1923 zu beantragen und an Stelle dessen einen Gesetzentwurf zur Regelung der Arbeitszeit einzubringen, welcher sich klar auf den achtstündigen Arbeitstag, ohne jede Ausnahme, festlegt. Im Falle die Mehrheit des Reichstages diesem Antrage nicht beitreten sollte, wird vom Parteivorstand die schleunigste Einleitung eines Volksbegehrens über den Achtstundentag gefordert.

236. München. Der Parteitag wolle beschließen, die Auslegung des § 48 der Reichsverfassung durch Ausführungsbestimmungen reichsgesetzlich zu regeln.

Andere Anträge:

243 Antrag Dismann und Genossen: (Abgelehnt)

Die Politik der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei war in den letzten Jahren darauf gerichtet, nach innen die Republik auszubauen und zu sichern, nach außen durch Uebernahme von Reparationsleistungen die Unversehrtheit des nach dem Friedensvertrage verbleibenden Reiches aufrechtzuerhalten, die Lasten des Krieges endlich in Deutschland gerecht zu verteilen. Sie hat diese ihr gesteckten Ziele im wesentlichen nicht erreicht.

Wirtschaftlich hat die deutsche Bourgeoisie durch planmäßige Zerrüttung der Währung die Reparationsleistungen im allgemeinen unmöglich gemacht und hat durch großzügige Verarmung und Enteignung des Mittelstandes, der Beamten, Angestellten und Arbeiter eine gewaltige Bereicherung gesetzt an Stelle der Lasten, die sie nach dem verlorenen Kriege zu übernehmen verpflichtet war.

Außenpolitisch hat diese Politik der Bourgeoisie zur Besetzung des Ruhrgebietes geführt. Sie hat den im Friedensvertrag vorgesehenen allmählichen Abbau der Besetzung gefährdet und eine Erweiterung der Besetzung und der aus ihr herrührenden Lasten zur Folge gehabt.

Innenpolitisch endlich ist die Einheit des Reiches aufs tiefste erschüttert; bewaffnete Vandalen bedrohen die Republik, eine reaktionäre Verwaltung fördert alle diese Gefahren für das Reich und verhindert den freiheitlichen Ausbau des Staates; eine bössartige Justiz macht Recht und Gesetz zum Kindergepöhl.

Die Erfahrung hat gezeigt: alle diese Gefahren waren gebannt, solange die Arbeiterkraft aus eigener Kraft ihre Interessen wahrte. In dem Maße, in dem die Arbeiterkraft an die Stelle der energischen Verfolgung eigener Interessen die Rücksicht faßcherverständener Allgemeininteressen stellte, traten diese innen- und außenpolitischen Folgen an den Tag. Die Bourgeoisie hat bewiesen, daß sie den Kampf nach innen in der Republik mit nicht minderer Brutalität führt als in irgendeiner anderen Staatsform und daß daher das Maß der Verantwortlichkeit der Sozialdemokratie für diesen Staat nicht weiter gehen kann, als die Arbeiterklasse im Staat tatsächlich die Macht hat.

Die bisherige Politik der SPD., der Koalition mit mehr oder weniger demokratischen Teilen der Bourgeoisie hat weder vermocht, jene außen- und innenpolitischen Gefahren zu bannen, noch der Arbeiterkraft als Klasse die Macht zu erhalten, die sie braucht, um ihren Interessen Geltung zu verschaffen. Die verbrecherische Wirtschaftspolitik der Bourgeoisie hat den Bestand der Gewerkschaften und Genossenschaften, den sozialen Arbeiterschutz und den Achtstundentag schwer gefährdet. Die Anlehnung an die Bourgeoisie auf politischem Gebiet hat zu einem Rückgang unseres Einflusses auf die arbeitende Klasse geführt, der zuletzt seinen Ausdruck in den Reichstagswahlen fand.

Die SPD., als die Partei des arbeitenden Volkes muß diesen Einfluß zurückerlangen, der Parteitag fordert daher von der Partei und ihren Organen, im Parlament wie in der Presse, in der praktischen Politik wie in der Agitation sich leiten zu lassen von dem Gedanken des unerböhrlichen Kampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Dieser Kampf muß geführt werden Schulter an Schulter mit allen der Sache des Proletariats ehrlich dienenden Werktätigen in Stadt und Land, in der Erkenntnis, daß nur eine Partei, die in diesem Kampf die Massen sammelt und mit Vertrauen erfüllt, imstande ist, Volk und Reich aus den gegenwärtigen innen- und außenpolitischen Nöten zu retten und im Sozialismus die letzte Befreiungsarbeit herbeizuführen.

244 Antrag Eckstein und Genossen (in namentlicher Abstimmung abgelehnt):

Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, bei der Haushaltsberatung den Reichswehretat abzulehnen.

Anwesenheitsliste des Parteitages.

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Adams, Dr. Kurt	Hamburg	Bez. Hamburg-Nordwest
Agnes, Lore	Düsseldorf	Kontrollkommission
Ahrens, Willi	Braunschweig	Bez. Braunschweig
Altermann, Heinrich	Chemnitz	Bez. Chemnitz-Zwickau
Anderjen, Marg.	Hamburg	Bez. Hamburg
Arning, Marie	Magdeburg	Parteiausschuß
Arzt, Arthur	Dresden	Bez. Dresden
Außhäuser, Siegfried	Berlin	Bez. Groß-Berlin
Auer, Erhard	München	Parteiausschuß
Beier, Franz	Wolfsenbüttel	Bez. Braunschweig
Barfels, Elise	Silbesheim	Parteiausschuß
Barfels, Friedrich	Berlin-Tempelhof	Partei Vorstand
Barth, Christoph	Wirsdorf b. Nürnberg	Bez. Franken
Bayerer, Alfons	Regensburg	Parteiausschuß
Bechtel, Heinrich	Weilburg	Bez. Hessen-Strassfurt
Behrendtsohn, L.	Blankensee	Bez. Schleswig-Holstein
Beier, Franz	Seobischütz	Überbleiben
Beider, Ferdinand	Berlin	Reichstagsfraktion
Beune, Heinrich	Subbrad	Bez. östl. Westfalen
Berg, Frau	Niederleben	Bez. Magdeburg-Anhalt
Bergholz, Albert	Zeitz	Bez. Halle
Bergmann, Paul	Hamburg	Bez. Hamburg-Nordwest
Bernid, Gustav	Magdeburg	Bez. Magdeburg-Anhalt
Bernstein, Eduard	Berlin	Reichstagsfraktion
Berlen, Peter	Düsseldorf	Parteiausschuß
Beulshausen, Fritz	Badenhausen	Bez. Braunschweig
Bielzig, Fritz	Blauen i. A.	Bez. Chemnitz-Zwickau
Bieltschmidt, Runo	Sonneberg i. Thür.	Bez. Thüringen
Bleil, Erich	Wachenau	Bez. Götting
Blum, Karl	Burg	Magdeburg-Anhalt
Blumtritt, Max	Hof a. d. E.	Bez. Franken
Böckel, Karl	Chemnitz	Parteiausschuß
Bod, Wilhelm	Gotha	Kontrollkommission
Borowski, Albert	Königsberg i. Pr.	Bez. Ostpreußen
Bourgard, van den	Düsseldorf	Bez. Niederrhein
Brandes, Wilhelm	Bremerhaven	Bez. Hamburg
Braun, Dr. Adolf	Berlin-Neu-Tempelhof	Partei Vorstand
Brehmer, Karl	Koschod	Mecklenburg-Vorpommern
Breitfeld, Dr. Rudolf	Berlin	Reichstagsfraktion
Bremer, Therese	Hannover	Bez. Hannover
Breh, August	Hannover	Kontrollkommission
Bühne, Friedrich	Frankfurt a. M.	Kontrollkommission
Büchse, Kurt	Hannover	Bez. Hannover
Buchwitz, Otto	Götting	Bez. Götting
Christmann, Sophie	Barmen	Bez. Niederrhein
Crispien, Arthur	Berlin-Röpenitz	Partei Vorstand
Dauß, Otto	Küstrin	Bez. Brandenburg
Deppa, Marie	Altona	Bez. Schleswig-Holstein

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Diefenbach, Wilhelm Dietrich, Georg Dietrich, Richard Dijmann, Robert Dietrich, Heinrich Dittmann, Wilhelm Dittich, Arthur Dölz, Paul Donatius, Franz Dood, Hermann Draus, Carl Dreger, Alfred Drescher, Reinhold Drewo, Fritz Dümer, Heinrich	Höchst a. M. Weimar Jett Stuttgart Mainz-Neubach Berlin-Steglitz Döbeln Eßlingen Königsberg i. Pr. Nürtingen Senftenberg, N.-L. Lübeck Halle a. d. S. Neubrandenburg Ucklag	Bez. Hessen-Frankfurt Bez. Thüringen Bez. Halle Parteiausschuß Bez. Hessen Partei-Vorstand Bez. Leipzig Bez. Schleswig-Holstein Parteiausschuß Bez. Oldenburg-Östfriesland Bez. Brandenburg Bez. Mecklenburg-Lübeck Parteiausschuß Bez. Mecklenburg-Lübeck Bez. Hannover Parteiausschuß Bez. Oberpfalz-Niederbayern Bez. Breslau Bez. Dresden Bez. Schleswig-Holstein Bez. Hamburg-Nordwest Bez. Franken Bez. weßl. Westfalen Bez. Chemnitz-Zwickau Bez. Baden Bez. Oberpfalz-Niederbayern
Eberle, Hugo Eder, Fritz Edel, Ernst Edel, Oskar Eggerstedt, Otto Ehrenfeld, John Eichenmüller, Nikolaus Endemann, Frau Engelmann, Richard Engler, Wilhelm Esser, Karl	Görlitz Weiden Breslau Dresden Kiel Hamburg Nürnberg Necklinghausen Munaberg Karlsruhe (Baden) Regensburg	Parteiausschuß Bez. Oberpfalz-Niederbayern Bez. Breslau Bez. Dresden Bez. Schleswig-Holstein Bez. Hamburg-Nordwest Bez. Franken Bez. weßl. Westfalen Bez. Chemnitz-Zwickau Bez. Baden Bez. Oberpfalz-Niederbayern
Fehlich, Bruno Felsenstäbe, Max Feller, Hermann Fell, Gustav Fianke, Reinhold Finte, Julius Fischer, Emil Fischer, Theodor Fleischer, Hermann Frank, Otto Freidhof, Rudolf Friedrich, Frau C. Friedrich, Fritz Frey, Hugo Friedrich, Emil Fuchs, Georg Fuchs, Hans	Diegnitz Kassel Hilbesheim Magdeburg Schweidnitz Hersford i. Westf. Nürnberg Berlin Dresden-Bries Berlin Mannheim Nürtingen Nürtingen Breslau Stollberg Braunschweig Schwerin	Bez. Görlitz Parteiausschuß Bez. Hannover Parteiausschuß Bez. Breslau Bez. nördl. Westfalen Bez. Franken Parteiausschuß Reichstagsfraktion Partei-Vorstand Bez. Baden Bez. Oldenburg-Östfriesland Bez. Oldenburg-Östfriesland Bez. Breslau Bez. Chemnitz-Zwickau Bez. Braunschweig Bez. Mecklenburg-Lübeck
Gebser, Karl Ged, Oskar Gefel, Wilhelm Gefelhart, Otto Geißler, Fritz Gerab, Leo Gerlach, Karl Glocke, Theodor Görtinger, Robert Graupe, Georg Grosch, Rob. Grezesinski, Albert Gröninger, J. Grotendorf, Frau Gruber, Franz	Arnstadt i. Th. Berlin Gautsch Günzburg Schwandorf Nachen Chemnitz Berlin Köln Zwickau Dresden Berlin-Pankow Niederbellmar Böhm Kreuznach	Bez. Thüringen Reichstagsfraktion Bez. Leipzig Bez. Oberbayern-Schwaben Bez. Oberpfalz-Niederbayern Bez. Oberrhein Bez. Chemnitz-Zwickau Vorwärts-Verlag Bez. Oberrhein Bez. Chemnitz-Zwickau Bez. Dresden Bez. Hessen-Cassel Bez. weßl. Westfalen Bez. Oberrhein

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Grund, Paul Güth, Max	Marburg Kiel	Bez. Hessen-Frankfurt Organisationskommission
Gaaf, Karl Gaas, Gustav Gabeland, Carl Gadelberg, Rudolf Gagen, Anton Hamacher Hansen, Fritz Hansen, Richard Hanschild, Richard Häuser, Heinrich Harnisch, Hermann Hartung, Maria Hartwig, Theodor Haude, Paul Heilmann, Ernst Heinig, Kurt Helb, Peter Helsenberger, Karl Helling, Wilhelm Hengsbach, Clemens Henke, Alfred Hensler, Fritz Herz, Dr. Paul Heymann, Oskar Hiescher, Paul Hilkebrandt, Arthur Hilkenbrand, Carl Hilferding, Dr. Rudolf Hoffmann, Oskar Höftmann, Paul Höhner, Carl Hohorst, Johannes Horn, August Hornung, August Hörreth-Menge, Frau Hübcher, Martha Hug, Paul Hühlich, Oskar Hufsch, Karl	Köln Osnabrück Barmen Altona Leipzig Essen Kiel Kiel Hersfeld Gießen Neuß Königsberg i. Pr. Stettin Zabotze Berlin Berlin Bonn Hemelingen b. Bremen Osnabrück Köln-Stütz Berlin-Tegel Dortmund Berlin Paffau Hirschberg Ehmen Berlin Elberfeld Köln Hofgeismar Hitterhude b. Bremen Stettin Bödingen München Wittenberge Nürtingen Nürtingen i. Oldbg. Duisburg	Bez. Oberrhein Bez. Oldenburg-Östfriesland Parteiausschuß Bez. Schleswig-Holstein Parteiausschuß Bez. Niederrhein Kiel Bez. Schleswig-Holstein Bez. Schleswig-Holstein Bez. Hessen-Cassel Bez. Hessen Bez. Groß-Berlin Bez. Ostpreußen Parteiausschuß Bez. Breslau Bez. Brandenburg Bez. Groß-Berlin Bez. Oberrhein Bez. Hamburg-Nordwest Referent Kontrollkommission Parteiausschuß Bez. weßl. Westfalen Reichstagsfraktion Bez. Oberpfalz-Niederbayern Bez. Görlitz Bez. Hannover Partei-Vorstand Partei-Vorstand Bez. Niederrhein Bez. Pommern Bez. Hessen-Cassel Bez. Hamburg-Nordwest Bez. Pommern Bez. Württemberg Bez. Oberbayern-Schwaben Bez. Brandenburg Bez. Oldenburg-Östfriesland Parteiausschuß Bez. Niederrhein
Jahnke, Willi Jakobshagen, Gerhard Janotta, Erhard Jansche, Alfred Jänike, Karl Jourdan, Berta Juchacz, Marie Junte, Paul	Berlin Ludwigshafen a. Rh. Breslau Berlin Eisleben Halle Frankfurt a. M. Berlin-Röppel Braunschweig	Bez. Brandenburg Bez. Pfalz Parteiausschuß Reichstagsfraktion Bez. Halle Bez. Hessen-Frankfurt Parteiausschuß
Kaben, Felix Kallen, Wilhelm Kämpfer, Joh. Karge, Hans Karsen, August Kasler, Richard Kern, Elisabeth Kerling, Frau Kiehl, Paul Kinkel, Gottfried	Bautzen Bremen Kassel Hannau Weine-Hannover Landsherg a. d. Rh. Darmstadt Düsseldorf Jena Göppingen	Bez. Dresden Bez. Hamburg-Nordwest Bez. Cassel Bez. Frankfurt Kontrollkommission Bez. Brandenburg Bez. Hessen Bez. Niederrhein Bez. Thüringen Bez. Württemberg

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Kircher, Josef	Deggendorf	Bez. Oberpfalz-Niederbayern
Kirchmann, Karl	Straßburg	Bez. Pommern
Kleinspehn, Johannes	Nordhausen a. Harz	Bez. Thüringen
Klingler, Franz	Koburg	Bez. Franken
Klügel, Emma	Görlitz	Bez. Görlitz
Klupsch, Franz	Dortmund	Parteiausschuß
Klüh, Franz	Stettin	Bez. Pommern
Knoch, Dr. Andreas	Hamburg	Bez. Hamburg-Nordwest
Knoblauch, Rudolf	Oslau	Bez. Breslau
Knothe, Wilhelm	Wexlar	Bez. Hessen-Frankfurt
Koch, Dr. Otto	Silbesheim	Bez. Hannover
Krämer, Hermann	Mannheim	Bez. Baden
Kräßig, Hermann	Berlin	Reichstagsfraktion
Krille, Otto	München	Bez. Oberbayern-Schwaben
Krille, Richard	Berlin	Organisationskommission
Kröger, Wilhelm	Köln i. Rh.	Parteiausschuß
Krosko, Wilhelm	Neheim a. d. Ruhr	Bez. weisl. Westfalen
Krüger, Bernhard	Wln.-Friedrichshagen	Bez. Groß-Berlin
Krüger, Karl	Leipzig	Bez. Leipzig
Krüger, Wilhelm	Berlin	Parteiausschuß
Krumm, Hans	Harburg a. d. Elbe	Bez. Hannover
Kühn, Anna	Leipzig	Bez. Leipzig
Kulzer, F.	Freilassing	Bez. Oberbayern-Schwaben
Künzler, Franz	Kentzlin	Partei Vorstand
Kurfürst, Hannu	Kiel	Bez. Schleswig-Holstein
Langhans, Alexander	Würzburg	Bez. Franken
Lau, Johannes	Hannover	Parteiausschuß
Leber, Hermann	Weimar	Parteiausschuß
Leber, Dr. Julius	Lübeck	Bez. Mecklenburg-Lübeck
Leipert, Walter	Waldenburg	Bez. Breslau
Lemengold, Karl	Altona	Bez. Schleswig-Holstein
Lenderoth, Carl	Kassel	Bez. Hessen-Kassel
Leuterich, Max	Hamburg	Parteiausschuß
Levi, Paul	Berlin	Bez. Chemnitz-Weiden
Liebmann, Hermann	Leipzig	Bez. Leipzig
Ljbinski, Richard	Marl-Weiden	Parteiausschuß
Liske, Karl	Berlin	Bez. Groß-Berlin
Löbe, Paul	Berlin	Kontrollkommission
Löblein, Ignaz	Würzburg	Bez. Franken
Lohmann, Dr. Richard	Berlin	Arb.-Gem. soz. Lehrer
Lohmann, Julius	Nürnberg	Bez. Franken
Lüding, Heinrich	Paderborn	Bez. nördl. Westfalen
Ludwig, Konrad	Berlin	Partei Vorstand
Mache, Karl	Breslau	Bez. Breslau
Maderholz, Georg	Berlin	Bez. Groß-Berlin
Mais, Walter	Sagen i. W.	Bez. weisl. Westfalen
Marxwald, Hans	Frankfurt a. M.	Bez. Hessen-Frankfurt
Marxwardt, Carl	Lüneburg	Bez. Hannover
Martin, Willi	Hermshorst	Bez. Thüringen
Matzke, Anna	Berlin	Parteiausschuß
Mayer, Peter	Freiburg	Bez. Baden
Meier, Otto	Berlin	Bez. Groß-Berlin
Meier, Richard	Weiden	Organisationskommission
Meier, Stefan	Freiburg	Bez. Baden
Meier, Wilhelm	Detmold	Bez. nördl. Westfalen
Meizer, Anna	Chemnitz	Bez. Niederhessen
Mende, Emil	Meißen	Bez. Dresden
Mente, Bernhard	Dresden	Bez. Dresden
Miß, Konrad	Köln a. Rh.	Parteiausschuß
Mollenbuhl, Hermann	Berlin-Schöneberg	Partei Vorstand

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Müller, Frau Lotte	Hörbe i. W.	Bez. weisl. Westfalen
Moltmann, Karl	Schwerin	Bez. Mecklenburg-Lübeck
Moses, Julius	Berlin	Partei Vorstand
Müder, Max	Burg	Bez. Leipzig
Müller, Hermann	Berlin-Tempelhof	Partei Vorstand
Müller, Hermann	Berlin-Lichtenberg	Kontrollkommission
Müller, Karl	Kesslinghausen	Bez. weisl. Westfalen
Müller, Karl	Stendal	Bez. Magdeburg-Anhalt
Müller, Kurt	Freiberg	Bez. Dresden
Müller, Lukas	Heilbronn	Bez. Württemberg
Müller, Max	Mittweida	Bez. Leipzig
Müller, Frau Nettchen	Köln	Bez. Oberhessen
Nemitz, Anna	Röpenitz	Partei Vorstand
Neue, Paul	Wilhelmshaven	Bez. Oldenburg-Östpreußen
Neugebauer, Rudolf	Wandsbek	Bez. Schleswig-Holstein
Nievierra, Elsa	Gera-Neuß	Bez. Thüringen
Nijers, Carl	Erfurt	Bez. Hamburg-Nordwest
Nöcker, Karl	Stuttgart	Parteiausschuß
Otto, Richard	Wiesbaden	Bez. Hessen-Frankfurt
Panzer, Johann	Bayreuth	Bez. Franken
Parisch, Richard	Hannover	Bez. Hannover
Pauls, Ernst	Wald (Höf.)	Bez. Niederhessen
Peine, Peter, Franz	Berlin	Reichstagsfraktion
Peters, Wilhelm	Halle a. d. S.	Parteiausschuß
Petersdorff, Georg	Magdeburg	Bez. Magdeburg-Anhalt
Petrich, Franz	Halle	Bez. Halle
Peus, Heinrich	Gera-Neuß	Bez. Thüringen
Pfälf, Antonie	Deffau	Bez. Magdeburg-Anhalt
Pietzsch, Fritz	Berlin	Reichstagsfraktion
Poggenklas, Rudolf	Breslau	Bez. Breslau
Pohlmeier, Heinz	Wiesfeld	Bez. östl. Westfalen
Poriune, Andreas	Münster i. W.	Bez. weisl. Westfalen
Pribat, Karl	Frankfurt a. M.	Bez. Hessen-Frankfurt
Pusch, Ernst	Görlitz	Bez. Schleswig-Holstein
Quitsch, Wilhelm	Rendsburg	Bez. Schleswig-Holstein
Reinhold, Georg	Ellenburg	Bez. Halle
Reiz, Karl	Mannheim	Parteiausschuß
Reize, Johanna	Nürnberg	Bez. Franken
Remmele, Adam	Hamburg	Parteiausschuß
Remy, Fritz	Karlruhe	Bez. Baden
Reuther, Franz	Offenbach a. M.	Bez. Hessen
Richter, Paul	Stadthagen	Bez. nördl. Westfalen
Ritzel, Heinrich	Altan	Bez. Dresden
Röhle, Paul	Darmstadt	Bez. Hessen
Rohloff, Albert	Frankfurt a. M.	Parteiausschuß
Rosebrod, Karl	Holzminnen	Bez. Braunschweig
Rosbach, Karl	Nienburg	Bez. Hannover
Rosenfeld, Dr. Kurt	Karlruhe	Bez. Baden
Ruggaber, Karl	Berlin	Reichstagsfraktion
Rummel, Weiz	Nim a. d. D.	Bez. Württemberg
Rumner, Hans	Koblenz	Bez. Oberhessen
Ryneck, Efriede	Benzenberg i. Oberbay.	Bez. Oberbayern-Schwaben
Sachse, Emma	Baumshuldenweg	Partei Vorstand
Sander, Wilhelm	Altenburg	Bez. Thüringen
Sänger	Leutesheim (N. Rthl.)	Parteiausschuß
		Bez. Baden

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirks oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Sohnst, Walter	Minben i. Westf.	Bez. nördl. Westfalen
Saupe, Hugo	Leipzig	Bez. Leipzig
Schadow, Wilhelm	Köln	Bez. Brandenburg
Schaffner, Joseph	Hannover	Bez. Hannover
Scharf, Bergmann	Konradswaldau	Bez. Götting
Schaub	Wildebheim, Kr. Friedb.	Bez. Hessen
Scheidemann, Philipp	Kassel	Reichstagsfraktion
Schiller, A.	Landeshut i. Schl.	Bez. Götting
Schlegelmilch, Max	Leipzig	Bez. Leipzig
Schleinitz, Otto	Freital-Burg	Bez. Dresden
Scheisch, Anna	Oberhausen (Rhld.)	Bez. Niederrhein
Schlichter, Wilhelm	Herford i. Westf.	Bez. nördl. Westfalen
Schmeißer, Otto	Erfurt	Bez. Thüringen
Schmidt, Georg	Berlin	Reichstagsfraktion
Schmidt, Richard	Berlin	Bez. Brandenburg
Schmidt, Robert	Berlin	Reichstagsfraktion
Schnaitmann, Adolf	Tübingen	Bez. Württemberg
Schnell, Ewald	Altenstein	Bez. Ostpreußen
Schönfelder, Adolf	Hamburg	Kontrollkommission
Schöning, Johannes	Hittau	Bez. Dresden
Schuleiter, Hermann	Hannover	Bez. Hannover
Schorf, Frau	Neu-Isenburg	Bez. Hessen
Schred, Carl	Bielefeld	Parteiausschuß
Schröder, Luise	Altona a. d. E.	Parteiausschuß
Schroeder, Paul	Köln	Bez. Westfalen-Lippe
Schuler, Frau Emilie	Göppingen	Bez. Württemberg
Schult, Johannes	Hamburg	Bez. Hamburg-Nordwest
Schulz, Adolf	Berlin	Druckereibehörde
Schulz, Berta	Herne i. W.	Parteiausschuß
Schulz, Heinrich	Berlin-Steglitz	Parteiausschuß
Schulz, Hermann	Königsberg i. Pr.	Parteiausschuß
Schumacher, Ernst	Magdeburg	Bez. Magdeburg-Anhalt
Schumann, Elisabeth	Stettin	Bez. Pommern
Schütte, Fritz	Halberstadt	Bez. Magdeburg-Anhalt
Schwarm, Anna	Münster	Bez. Franken
Schweitzer, Hermann	Berlin	Bez. Groß-Berlin
Seibert, Willy	Birna	Bez. Dresden
Seibert, Elisabeth	Niederrhein	Bez. Hessen-Kassel
Sender, Toni	Frankfurt a. M.	Parteiausschuß
Sender, Dr. Walter	Saarbrücken	Bez. Oberhein
Sepel, Max	Breslau	Bez. Breslau
Seher, Georg	Ludwigshafen a. Rh.	Bez. Pfalz
Severing, Karl	Berlin	Reichstagsfraktion
Sehewitz, Max	Widau	Parteiausschuß
Silberschmidt, Hermann	Berlin	Reichstagsfraktion
Simon, Georg	Münster	Bez. Oberbayern-Schwaben
Simon, Josef	Münster	Parteiausschuß
Sollmann, Wilhelm	Berlin	Reichstagsfraktion
Ströwig, Georg	Stettin	Bez. Breslau
Stampfer, Friedrich	Berlin	Bez. Ostpreußen
Stegmann, Frau Dr. Marg.	Dresden	Bez. Dresden
Steinbrecher, Georg	Meferitz	Bez. Brandenburg
Steinert, Otto	Chemnitz	Bez. Chemnitz-Zwickau
Steinhäuser, Margarete	Offenbach a. M.	Bez. Hessen
Steinopf, Willi	Berlin	Reichstagsfraktion
Steinmayer, Otto	Stuttgart	Parteiausschuß
Stod, Christian	Heidelberg	Bez. Baden
Ströbel, Heinrich	Berlin-Steglitz	Bez. Groß-Berlin
Telesky, Fritz	Kassel	Bez. Hessen-Kassel
Teichoff, Ernst	Stade	Bez. Hamburg-Nordwest
Thabor, Johann	Krefeld	Bez. Niederrhein

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirks oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Thiel, Emil	Bremen	Bez. Hamburg-Nordwest
Thiel, Bertha	Leipzig	Bez. Leipzig
Thümmel, Elisabeth	Dresden	Parteiausschuß
Thurm, Fritz	Berlin	Bez. Groß-Berlin
Tobenhagen, Minna	Berlin	Parteiausschuß
Trantwein, August	Gernrode a. S.	Bez. Magdeburg-Anhalt
Treu, Martin	Nürnberg	Bez. Franken
Trimborn, Peter	Köln	Bez. Oberhein
Trinks, Oskar	Karlsruhe	Bez. Baden
Unterleitner, Hans	München	Organisationskommission
Verbiest, Wilhelm	Kiel	Parteiausschuß
Viktor, Walter	Widau	Bez. Chemnitz-Zwickau
Vogel, Hans	Nürnberg	Parteiausschuß
Vogel, Heinrich	Hamburg	Bez. Hamburg-Nordwest
Volz, Karl	Stettin a. d. O.	Bez. Breslau
Völter, Hans	Kaiserslautern	Bez. Pfalz
Wachenheim, Hedwig	Berlin	Bez. Groß-Berlin
Wäger, Hermann	Berlin	Beamtensentrale
Wardin, Max	Königsberg i. Pr.	Bez. Ostpreußen
Wassermann, Heinrich	Schöningen	Bez. Braunschweig
Wauer, Gustav	Thüringen	Bez. Brandenburg
Weber, Frau	Dessau	Bez. Magdeburg-Anhalt
Weber, Margarete	Bielefeld	Bez. Ostf. Westfalen
Wedel, Kurt	Dresden	Bez. Dresden
Wegener, Kurt	Berlin	Jungsozialisten
Wegner, Oskar	Frankfurt a. d. O.	Bez. Brandenburg
Wehner, Otto	Springe a. d. B.	Bez. Hannover
Weidemann, Willi	Ynterburg	Bez. Ostpreußen
Weidmann, Richard	Berlin	Reichsaussch. f. j. Bildungsb.
Weiß, Alfred	Lübeck	Bez. Westfalen-Lippe
Weiß, Otto	Friedrichshagen	Parteiausschuß
Wengels, Margarete	Berlin	Bez. Groß-Berlin
Wengels, Robert	Berlin	Kontrollkommission
Wenisch, Fritz	Merseburg	Bez. Halle
Westphal, Max	Berlin	Reichsverb. d. j. Arb.-Zab.
Westphäliger, Karl	Dänabrid	Bez. Oldenburg-Ostfriesland
Weyers, Oskar	Mörs	Bez. Niederrhein
Wibmann, Wilhelm	Offenbach a. M.	Parteiausschuß
Wildeis, Kurt	Leipzig	Bez. Leipzig
Wille, Hermann	Hamm i. W.	Bez. Westfalen
Wille, Hermann	Stettin	Bez. Pommern
Wimmer, Thomas	München	Bez. Oberbayern-Schwaben
Wissell, Rudolf	Berlin	Reichstagsfraktion
Wittmann, Ernst	Magdeburg	Bez. Magdeburg-Cassel
Wolf, Marie	Speyer	Bez. Pfalz
Wündisch, Anglie	Kassel	Bez. Hessen-Kassel
Wurbs, Karl	Bochum	Bez. Westf. Westfalen
Wußmann, Karl	Reichswasser	Bez. Götting
Zabe, Grete	Hamburg	Bez. Hamburg-Nordwest
Zänsler, Minna	Widau	Bez. Chemnitz-Zwickau
Ziegler, Anna	Heilbronn	Bez. Württemberg
Zils, Clara	Breslau	Parteiausschuß
Zimmer, Hugo	Wiesenhof b. Berge.	Bez. Schleswig-Holstein
Zimmermann, Arthur	Münster	Bez. Thüringen
Zöllig, Karl	Düsseldorf	Organisationskommission
Zubeil, Friedrich	Berlin	Reichstagsfraktion

Sachregister des Parteitag.

Adams 183.
Ankeren 65.
Auring 150.
Aufhäuser 102, 101.
Bell 54.
Braun, Ab. 95, 18.
Breitfeld 193.
Brühne 79.
Buchholz 139.
Crispien 43, 136.
Don 58.
Dihmann 99, 124, 134, 187.
Dittmann 61, 63, 93, 97, 99, 111, 117, 119, 124, 137, 186, 187.
Edel 192.
Fleischer 61, 124, 182.
Gering 116.
Gelling 154, 180.
Giffenberg 139, 186, 195.
Gib 117.
Grille (München) 98, 180, 184.
Grüger 124.
Häufiger 42.
Revi 180, 189.
Levien 59.
Riebmann 63.
Ripinski 141, 151.
Riffe 107, 135.
Röbe 120, 124, 186.
Rudwig 75, 148.

Martha 52, 97, 110, 124.
Müller (H.) 80, 128.
Neus 147, 194.
Nosi 57.
Popp 164.
Portune 149.
Rennmele 109.
Saube 155.
Sander 52, 100, 101, 111, 124.
Sehdelitz 103.
Sollmann 114.
Scheldemann 105.
Schmidt, Georg 163.
Schmidt, Robert 122.
Schred 62.
Schreiber-Krieger 54.
Schulz 93, 119.
Stegmann 191.
Sträbel 104.
Thurm 151.
Voogd 50.
Widmann 50.
Weis 50, 59, 64, 74, 98, 125, 135, 141, 147, 153, 162, 184, 180, 196, 199, 201, 202, 203.
Zils 188, 201.

Sachregister des Parteitag.

Abonnentenstand der Parteipresse 77.
Aktionen 173.
Aktionen 42, 90, 175.
Agrarfrage 84, 154, 189.
Agrarprogramm 154, 189.
Anarchisten 44.
Antrag betr. Ausschuss (Konrad-Nachbar) 200, 201.
Antrag betr. den Ort des nächsten Parteitag 201.
Arbeiternachfrage 73, 79.
Aufgaben der Partei 179.
Ausländische Delegierte 52.
Beamtenabbau 85.
Befriedung Europas 83, 84.
Beleuchtungsanstalt 91, 92, 111.
Bericht d. Parteivorstandes 64.
Bericht d. Bildungsansatz 93.
Bericht d. Kontrollkommission 79.
Bericht d. Programmkomm. 95.
Bolschewismus 44, 45, 49.
Bürgerfäden 69, 105.
Bureau des Parteitag 50.
Bürgerbewegung 55.
Chauvinismus 67, 68, 69.
„Die Gemeinde“ 78.
„Die Gesellschaft“ 77.
Demobilisationsverordnung 90.
Demokratie 66, 101, 142, 168.
Deutschbolsche Bewegung 67.
Diskussion über den Bericht der Fraktion und des Parteivorstandes 97.
Dreiklassenwahlrecht 65.
Eisenbahnen und Sachverständigenkommission 171.
England, politische Lage 47, 65, 71, 167.
Erweiterung Programm 95.
Erntedankfest 89, 101, 123.
Ernennung Whittefort 153.
Ergänzungsvertrag d. SPD. 73.
Fahnenkreis 49.
Frankfurter Konferenz 47.
Frankreich, politische Lage 46, 68, 87, 168.
Frankreich, Revolution 71.
Französisches Wahlrecht 82.
„Frauenwelt“ 77.
„Freie Beamte“ 77.
Friedensvertrag 46.
Gesellschaftsbericht 43, 75.
Gesellschaftsbund 44.
Gliederung d. Organisation 144.
Goldanleihe 177.
Grenzkommission, Deutsch-böhmische 74.
Große Koalition 62, 87, 88.
Handelspolitik 176.
Imperialismus 71.
Inauguraladresse 180.
Inflationenperiode 42, 43, 76.
Internationale 44, 45, 46, 49, 74.
Intern. Arbeiterhilfe 71, 72, 138.

Internat. Finanzwirtschaft 84.
Italien, politische Lage 47, 66.
Jugendorganisation 79.
Jugendorganisationen 116.
Kandidatenkonflikt in Berlin 108, 117, 127, 135, 152.
Kandidatenkonflikt in Ostbavener 79.
Kapitalherrschaft 43.
Kassenbericht 78.
Kinderfreundebewegung 70.
„Kinderland“ 77.
Klassenkampf 83, 84, 118, 166, 194.
Kleinbauern u. Pächter 157, 158.
Kleinbürger 44.
Koalition mit bürgerlichen Parteien 83, 88, 99, 100, 102, 109, 178, 204.
Kommunisten 73, 91.
Komm. Internationale 71, 72.
Kommunisten, Ausland 70, 71.
Kongress der Arbeiter-Soldatenräte 68.
Kontrollkommission 152.
Kongress 62, 120, 123, 125.
Kriegspsychologie 50.
Kulturbewegung der Moor- und Seeländer 161, 190.
Kulturaufgaben 93, 183.
Kulturrückgang 86.
„Kuchen links“ 77.
Lage der Landarbeiter 163.
Landesorganisation 144.
Landwirtschaft und Sozialdemokratie 154.
Landwirtschaft, Kleinbetriebe 156.
Lassenverteilung bei Durchföhrung des Sachverständigenausschusses 43, 103, 174.
Landw. Wirtschaft 83.
Landw. Wirtschaften 92.
Marxismus 49, 70, 190.
Maßnahmen betr. Artikel 48 der Reichsverfassung 89, 90.
Militärfunktionen 45.
Mitgliederstand 76.
Nationalversammlung 82.
Obgleichsstaat 93.
Opposition in der Partei 74, 120, 122, 130.
Organisation 44, 76, 77.
Organisat.-Statut 141, 148, 150.
Panflavismus 71.
Pariser Aufstand 1848 65.
Parlament d. Reichstages 80.
Parteiausschuss 147.
Parteidruckerei 77.
Partei und Gewerkschaften 187.
Partei u. prolet. Massen 182.
Parteiorganisations- und Volksentscheid betr. Sachverständigenausschuss 74.
Parteizeitungen 77.
Raffiner Widerstand 87.
Reinhardt 47, 82.

Politisches Programm der SPD. 66, 65.
Programmanforderungen 95, 96.
Reaktion 43, 55.
Rechtsabstimmung 69.
Regierung Otto 81, 87, 88, 105.
Reichsgericht 66, 68.
Reichstag 44, 68.
Reichstagsauflösung 91.
Reichstagsauflösung 80, 82, 91, 92.
Reichstagswahl 44, 68, 77, 89, 92, 165, 173, 182.
Reichswehr 129, 188, 211.
Reinhardt 90.
Reparationsfrage 44, 45, 87.
Reinhardt 83, 105, 114, 185.
Rugland (polit.) 70, 71, 72.
Russische Regierungspolitik 173.
Saargebiet (pol. Lage) 112, 113.
Schäffler Konflikt 63, 78, 103, 115, 126, 139.
Sachverständigenausschuss 84, 107, 169, 185.
Siedlungsfrage 155, 156.
Sozialistischer Bund 44.
Sozialismus 44, 47.
Sozialismus und Landwirtschaft 155, 177.
Sozialistengesetz 80.
Soz. Wirtschftsregierung 82.
Spezialausstufung 82.
Syndikalismus 44, 84.
Schulz 47, 176.
Staatsform 85.
Tagesordnung 51.
Tätigkeit der Landesversammlungen 145.
Unabhäng. Sozialdemokratie 43, 105.
Veranlagung der sozialdemokratischen Parteien 76.
Verfall des Reichs 67.
Verhältnismäßigkeitsprinzip 82.
Vier-Parteienbündnis in Deutschland 81, 85, 204.
Verlag Dietz 76, 78, 79, 94.
Vorläufigkeit betr. Wahl des Parteivorstandes 138.
Vorläufigkeit des Parteitag 50.
Wahl des Parteivorstandes 190.
Wahl des Reichspräsidenten 52, 97, 98, 133.
Wahlrecht 81, 82.
Weimarer Verfassung 94.
Weltrevolution 71.
Weltwirtschaft 45.
Partei 71.
Reinhardt 73, 86.
Reinhardt 144, 148, 151.
Zusammenfassung des Parteitag 146.
Zusammenfassung von SPD. und KPD. in Sach- und Abhängen 73.

Reichsfrauentag

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

am 15. Juni 1924 in Berlin.

Vormittags 10 Uhr.
Tagesordnung:

1. Die Frauen und die Wahlen.
- Präsidium:
- Vorsitzende: Marie Juchacz-Berlin, Elfriede Ryned-Berlin, Anna Reimig-Berlin.
- Schriftführerinnen: Minna Lodenhausen-Berlin, Marie Deppe-Altona, Elisabeth Thümmel-Dresden, Hörath-Menge-München, Minna Bollmann-Magdeburg, Bertha Schulz-Herne.
- Mandatprüfungskommission: Minna Schilling-Döbeln, Anna Schleif-Oberhausen, Martha Beder-Weimar, Lina Brühn-Hannover, Marie Hartung-Königsberg, Emilie Schuler-Göppingen.

Frau Juchacz: Genossinnen und Genossen! Ich erkläre hiermit die heutige Reichskonferenz der sozialdemokratischen Frauen für eröffnet.

Es ist in der Sozialdemokratischen Partei üblich neben dem Parteitag auch einen Frauentag abzuhalten, damit die Frauen Gelegenheit zur Aussprache über die Fragen ihrer eigenen Arbeit finden, damit sie über das sprechen können, was sie bewegt, und aus dieser Aussprache neue Kraft und neuen Willen für die zukünftige Arbeit schöpfen. Die Frauen sollen sich auch gegenseitig in ihrer Art kennenlernen und das Bewußtsein mitnehmen, daß überall im Reiche Frauen mit ihnen an dem gleichen Ziel arbeiten, an der Erfüllung des Sozialismus.

Bevor wir uns konstituieren, erteile ich dem Genossen Crispian zu einer Begrüßungsansprache für den Parteivorstand das Wort.

Arthur Crispian: Genossinnen! Im Namen des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands begrüße ich diese Konferenz, deren Aufgabe es ist, die Aktionskraft der Partei zu stärken und ihre Anziehungskraft auf alle jene Frauen und Männer zu erhöhen, die der sozialistischen Bewegung heute noch nicht angehören. Jede Wirtschaftskrise, jeder Mangel an Nahrung, jeder Rückgang der Kaufkraft des Geldes trifft zuerst und am härtesten die Frauen, weil sie neben ihren übrigen Pflichten im gesellschaftlichen Arbeitsprozeß auch noch die besonders schweren Pflichten des Haushalts und der Versorgung ihrer Angehörigen auf sich nehmen müssen. Gerade hierin liegen viele Quellen der Erbitterung und des Hasses der Frauen, die sich auf Kosten ihrer eigenen Lebenskräfte in Kleidung und Nahrung einschränken, bevor sie bei der Versorgung ihrer Angehörigen zu sparen sich bemühen und doch der Sorgen nicht Herr zu werden vermögen, die sich täglich neu aufstürzen. Die sozialistischen Frauen haben nicht nur die Aufgabe, zu verhüten, daß sich die Erbitterung und der Haß unter den Frauen des Proletariats in nutzlosen Aktionen geripplert und erschöpft, sondern sie müssen auch dafür sorgen, daß auch die Frauen von der großen Idee des Sozialismus zusammengefaßt werden und erkennen, daß sie als sozialistische

Klassenkämpferinnen mit an der proletarischen Revolution und der Verwirklichung des Sozialismus arbeiten müssen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihren Arbeiten den besten Erfolg. Ich bin davon überzeugt, der Verlauf der Konferenz wird diese Wünsche und Hoffnungen reiflos erfüllen. (Lebhafter Beifall.)

Minna Todenhagen begrüßt für die Berliner sozialdemokratischen Frauen die Konferenz und gibt in einstündiger Rede einen Ueberblick über die Entwicklung der Bewegung von 1866 an.

Vorsitzende **Juchacz**: Ich danke beiden Rednern, sowohl dem Genossen Crispin vom Parteivorstand, wie der Genossin Todenhagen recht herzlich für ihre Begrüßungsworte und teile der Versammlung mit, daß wir die Freude haben werden, auch Miß Harrison Bell und die Genossin Weltheid Popp aus Wien in einer kurzen Begrüßungsansprache zu hören.

Harrison Bell-England (mit lebhaftem Beifall empfangen): Genossinnen und Genossen! Die Frauenorganisation der Labour Party hat eigentlich erst im Jahre 1907 begonnen; sie ist also erst 17 Jahre alt. Aber vorher waren schon viele Frauen in der Independent Labour Party organisiert, die die Pionierin der Labour Party in England gewesen ist. In den ersten Jahren bildeten die Frauen noch eine besondere Organisation. Im Jahre 1912 traten sie aber in die Labour Party ein und sind dort heute Parteimitglieder, genau so wie es in Deutschland ist. Die englischen Frauen haben ihre besonderen Frauensektionen, in denen sie zusammenkommen, um alle die Fragen zu beraten, die in erster Linie für die Frauen, aber auch für die Männer wichtig sind und die sie nun vom Frauenstandpunkte beleuchten. Einen besonderen Höhepunkt der Arbeit bilden die alljährlichen Tagungen. Auf der letzten Tagung waren über 1000 Delegierte anwesend. (Bravo!) Auf diesen Tagungen sind die englischen Frauen nicht so leicht in Ordnung zu halten, und sie benehmen sich nicht ganz so artig, wie die deutschen Frauen. (Heiterkeit.) Zu allen Fragen, besonders zu denen, in denen die Linie der Partei politisch noch nicht ganz geklärt ist, nehmen nun die Frauen durch Besprechung in einem ständigen Komitee Stellung, und sie haben sehr oft wertvolle Richtlinien für die Gesamtleitung der Partei gegeben.

Die Frauen sind heute in England sehr gut organisiert. 150 000 Mitglieder sind bei der Labour Party eingeschrieben, und in manchem Dorf sind die gesamten Frauen Mitglieder der Labour Party. (Bravo!)

Ich bin eine derjenigen Frauen, die schon der ersten Organisation in England angehört hat, und ich hätte nicht geglaubt, daß wir in so kurzer Zeit eine derartige Wandlung in der gesamten Einstellung der Welt erleben würden. Trotz aller Schwierigkeiten dürfen wir uns nicht entmutigen lassen. Ich verweise ganz besonders auf das dramatische und packende Beispiel Italiens, wo sich das Proletariat gegen die Reaktion noch immer wehrt, wo die Sozialdemokraten immer noch den Mut haben, zu kämpfen. (Bravo!) Ich verweise auf die Fortschritte, die in Frankreich gemacht worden sind und die von so großer Bedeutung für die Politik Macdonalds sind, für jene Politik, die darauf hinausläuft, Europa und der Welt den Frieden zu bringen. Nicht einen vorübergehenden Frieden, sondern einen immerwährenden Frieden, der die Grundlage sein soll für einen nie geahnten Aufstieg, für die Wohlfahrt der ganzen Menschheit. (Lebhafter Beifall.)

Weltheid Popp-Oesterreich (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Werte Genossinnen und Genossen! Es erfüllt mich angesichts dieser Konferenz mit Rührung und Ergriffenheit, wenn ich mir die Zustände vergegenwärtige, wie sie noch in den Jahren 1911, 1912 und 1913 bestanden haben, wenn ich mir vergegenwärtige, wie damals nicht nur die Frauen, sondern überhaupt die Arbeiter

gedrückt und getnebelt waren. Ich erinnere mich einer Versammlung, die ich auf der Rückreise von der Frauenkonferenz Jena in Breslau besucht habe. In Breslau haben die Genossen bei der Einladung verschwiegen, daß eine ausländische Genossin, eine Oesterreicherin als Referentin kommen würde. Die Genossin Luise Jiez war als Referentin angegeben, und ich mußte den Polizisten, der dort saß, mit meinem plötzlichen Erscheinen direkt überrumpeln. Ich erinnere mich, wie mir die Genossen gesagt haben, ich dürfte nirgendwo angemeldet werden, ich dürfte in kein Hotel gehen, niemand dürfte etwas von meiner Anwesenheit wissen, weil ich sonst über die Grenze geschoben würde. Als der Polizist kam und seine Frau mitbrachte — es stand gerade das interessante Thema des Gebärstreiks auf der Tagesordnung (Heiterkeit) —, haben die Genossen aus Besorgnis, der Kommissar würde die Versammlung auflösen, wenn eine Ausländerin das Wort bekäme, durch einen Kordon von Ordnern den Tisch umstellt, an dem die Frau des Polizisten saß. In dem Augenblick, in dem mir zu sprechen nicht erlaubt worden wäre, wäre als erste die Frau des Polizisten aus dem Saal entfernt worden. (Heiterkeit.)

Als die Einladung von Ihnen zu dieser Konferenz kam, haben wir uns sehr gefreut. In der Konferenz der Wiener Funktionärinnen wurde mitgeteilt, daß wir seit 1911 wieder zum erstenmal an einer deutschen sozialdemokratischen Frauenkonferenz teilnehmen. Die Genossinnen haben das als ihre eigene Sache empfunden und mich beauftragt, Ihnen zu sagen, daß wir in Oesterreich keinen heißeren Wunsch haben, als mit Ihnen in derselben Innigkeit und Herzlichkeit auch weiter zu arbeiten wie früher. (Bravo! und Händeklatschen.) In Deutschland steht die Beratung eines neuen Strafgesetzes auf der Tagesordnung. Wir in Oesterreich sollen ebenfalls ein neues Strafgesetz bekommen. Die herrschenden Parteien im Parlament ziehen die Beratung hinaus, um unser Strafgesetz dem des Deutschen Reiches anzulehnen. In Wirklichkeit wollen sie nicht den deutschen Fortschritt, sondern sind auf der Suche nach Paragraphen, mit welchen sie unsere Arbeiterchaft mehr knebeln können, als es heute auf Grund unseres Strafgesetzes möglich ist. (Sehr richtig!) Es gibt immer gewisse Wechselwirkungen. Unsere herrschenden Parteien haben die Anschlußidee an Deutschland vertagt, bis Oesterreich saniert ist, aber die Anlehnung an das Strafrecht möchten sie nicht vertagen, wenn sie dabei etwas gewinnen können. (Sehr gut!) Ich habe gelesen, daß uneheliche Mütter aus dem Staatsdienst ausgeschlossen werden. (Pfui!) Bei uns war es eine der ersten Taten 1919 — auch bürgerliche Frauen, so reaktionär sie sind, hatten nicht den Mut, dagegen zu sein —, die Ehebeschränkungen für uneheliche Staatsangestellte auf allen Gebieten zu beseitigen.

So haben wir immer etwas Gemeinsames. Das Gemeinsame aber soll bleiben unsere Zusammengehörigkeit, unsere Kampfbereitschaft füreinander, bei uns und bei Ihnen und in der Internationale, um durch das Beispiel der fortgeschrittenen Länder, zu denen Deutschland immer gehört hat, auf die Länder einzuwirken, die noch nicht so weit sind. In diesem Sinne wünsche ich Ihren Beratungen den besten Erfolg, überbringe Ihnen die Grüße der Genossinnen Oesterreichs und rufe Ihnen zu: Genossinnen, seien wir einig, gehen wir den gemeinsamen Weg in aller Freundschaft, Herzlichkeit und Zusammengehörigkeit. (Bravo! und Händeklatschen.)

Frau **Juchacz**: Der beste Dank an die Genossin Popp wird sein, daß wir uns von ihrer Begeisterungsfreudigkeit nicht nur für unsere Verhandlungen, sondern auch darüber hinaus anstecken lassen. (Bravo!)

In unserer Mitte weilt die älteste unserer führenden Frauen, Ottilie Bader. (Bravo! und Händeklatschen.) Wir wollen ihr, die für den Aufstieg der Frauen-

bewegung in ihrer bescheidenen und doch starken Kraftentfaltung in einer Zeit, in der es unendlich schwer gewesen ist, für den Sozialismus zu arbeiten, so viel bedeutete, nicht zumuten, sich mit einer Begrüßungsansprache anzustrengen, sondern heißen sie selbst in unserer Mitte herzlich willkommen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Als bekannt wurde, daß die dänische Arbeiterregierung einen weiblichen Unterrichtsminister, die Genossin Nina Bang, eingesetzt hat, habe ich ihr im Namen der sozialdemokratischen Frauen unsere herzlichsten Glückwünsche ausgesprochen. (Bravo!) Auf meine Einladung hat sie mir folgenden Brief geschickt:

Ich danke herzlich für die Glückwünsche und die Einladung zur Konferenz. Es ist mir aber unmöglich, das Land zu verlassen. Ich habe eine Riesenarbeit, komme jeden Abend totmüde nach Hause, obschon ich noch kein Geheiß vorbereite und kein Budget. Es ist die Administration, wo ich ein Auge auf jeden Finger haben muß, bei Bezeichnung der Ämter, Zuteilung von Dispenzen, Stipendien usw., Wortlaut und Ton der Zirkulare. Die Beamten gewöhnen sich nach und nach daran, daß jetzt eine neue Zeit ist. Allmal sind sie eigentlich nicht. Sie verstehen bloß nicht, daß ich immer den Gesichtspunkt der betreffenden Menschen würdige, während sie alles von der Administrationsmaschine aus betrachten. Täglich muß ich die Schreiben umredigieren, um ihnen den schroffen Ton wegzunehmen. Täglich muß ich mich mit dem Chef der Theater, der Universität usw. unterhalten. Also, liebe Genossen, ich kann nicht heraus. Politisch sind wir nur schwach. Was wir machen wollen, muß durch die Administration geschehen. Seien Sie herzlichst begrüßt. Grüßen Sie den Kongreß, dem ich alles Gute und den besten Erfolg wünsche.

Ich habe Ihnen diesen Brief ausführlich verlesen, weil wir daraus lernen können, wie schwer es auch die Sozialdemokraten in Deutschland auf wichtigen Verwaltungsposten haben, vielleicht noch schwerer als die dänische Arbeiterregierung. Sie müssen mit Widerwärtigkeiten und dem Unvermögen der unterstellten Beamten, passiver Resistenz und anderem kämpfen. Wir als Augenstehende sind oft in der Beurteilung einer geleisteten Arbeit ungerecht, weil wir nur den oft geringen Erfolg sehen, während uns die Schwierigkeiten gewöhnlich verborgen bleiben.

Die Genossin Pels aus Belgien hat bedauert, daß sie leider nicht kommen kann und übermittelt uns brieflich ihre besten Wünsche, und zwar auch im Namen der sozialistischen Frauen Belgiens. (Bravo!)

Ich habe die Pflicht, einige Worte denen zu widmen, die nicht mehr unter uns weilen. (Die Versammlung erhebt sich.) Seit die Sozialdemokratische Partei auseinandergefallen war und sich dann endlich wieder vereinigt hat, sind aus unserer Mitte eine große Reihe Genossen und Genossinnen hinweggerafft worden, Frauen, die mit glühender Liebe und Begeisterung, in unermüdlicher Arbeit und Opferbereitschaft für die Rechte der Frauen und damit für den Sozialismus gekämpft haben. Ich kann nicht alle Namen nennen, will nur zwei der bekanntesten hervorheben. Die Genossin Luise Zieß, die Ihnen allen keine Unbekannte ist, ist an der Stätte ihres parlamentarischen Wirkens zusammengebrochen und hat bald darauf den Tod gefunden, nachdem sie ihr ganzes Leben zur Verbesserung der Lage des weiblichen Geschlechts und zur Erringung von Rechten für die Frauen eingesetzt hat. Die Genossin Martha Demming-Berlin ist erst vor kurzer Zeit verstorben, von ihr wird mit Recht gesagt, daß sie, obwohl ihr selbst das Glück der Mutterschaft versagt war, die allerbeste mütterliche Freundin unserer heranwachsenden Jugend gewesen ist, die diesem mütterlichen Gefühl in ihrer gesamten Arbeit gefolgt ist. Das will unendlich viel sagen, wenn wir wissen, wie viel zu tun ist, um dem Kind des Proletariats nur ein ganz

klein wenig Sonne zu geben und darüber hinaus Gesundheit und Lebenskraft für einen schweren Lebensweg, den fast alle Proletariatskinder zu gehen haben, wenn sie nicht vorzeitig sterben.

Sie haben sich zu Ehren dieser beiden und der vielen ungenannten Toten erhoben. Ich danke Ihnen dafür.

Verhandlungsberechtigt an unserer Tagung sind die weiblichen Delegierten des Parteitags, die besonderen Delegierten der Bezirke, die weiblichen Mitglieder des Reichstags. Darüber hinaus ist es immer Uebung gewesen, den Sekretären und Vorsitzenden der Bezirksorganisationen, die zu gleicher Zeit Parteiausgangsmitglieder waren oder von ihrer Körperschaft ein Mandat erhalten haben, sich und Stimme auf der Frauenkonferenz zu geben, weil sie die Träger der Organisation sind, die auch die Arbeit für die Frauenbewegung mit uns zusammen tun müssen und dazu auch ein Eindringen in das Wesen der Frauenbewegung gehört. Die Frauen des Preussischen Landtags waren früher durch eine Delegation vertreten, haben aber den Parteivorstand gebeten, diesmal insgesamt an der Konferenz vollberechtigt teilnehmen zu dürfen. Der Parteivorstand hat den Wunsch ausgesprochen, daß die Bezirke nach Möglichkeit diese Genossinnen delegieren, sofern dadurch nicht anderen Funktionären der Partei die Möglichkeit einer Mandatserteilung entzogen wird. Darüber hinaus haben wir diesen Abgeordneten ein Mandat zugestellt. Der Parteivorstand empfiehlt Ihnen die Anerkennung. Dies wird Ihnen ganz besonders im Hinblick darauf empfohlen, daß wir in diesem Hause hier Gastfreundschaft genießen.

In das Bureau werden gewählt als Vorsitzende Frau Juchacz, Rynek und Nemitz; als Schriftführerinnen Lohndagen-Berlin, Deppes-Schleswig-Holstein, Thümmel-Dresden, Hörrath-Menge-München, Bollmann-Magdeburg und Schulz-Westfalen; in die Mandatsprüfungskommission Minna Schilling-Sachsen, Becker-Thüringen, Brühn-Hannover, Schleiß-Dorhausen, Hartung-Ostpreußen und Schuler-Württemberg.

Vorsitzende Frau Juchacz: Wir kommen zur Feststellung der Tagesordnung. Als vorläufige Tagesordnung hat der Parteivorstand bekanntgegeben: Die Frauen und die Wahlen. Er bittet, es hierbei zu belassen. Venderung der Tagesordnung wünschen einige Anträge, die aber schon vor recht langer Zeit eingegangen sind. Wir sind bei der Festsetzung der Tagesordnung von dem Gedanken ausgegangen, daß, nachdem verhältnismäßig lange Zeit keine Frauenkonferenz stattgefunden hat, dazwischen die Einigung liegt und wir eine Menge Erfahrungen aus unserer Arbeit gesammelt haben, die Frauen nicht durch Ueberlastung der Tagesordnung daran gehindert werden sollen, über Arbeit und Erfahrungen zu sprechen. Außerdem ist es für die Sozialdemokratische Partei, die als Endziel ihrer Bestrebungen den Sozialismus in der Ferne sieht und zu ihm hinstrebt, zu einem Problem geworden, wie dieses Ziel erreicht werden soll, wenn wir die aktive Teilnahme einer übergroßen Zahl von Frauen entbehren müssen. Deshalb sehen wir die Dinge nicht so an, als würde hier nur ein Bericht gegeben über Vergangenes, nein, wir wollen die Frage der Heranziehung der Frauen zur Partei, der Erweckung von Sympathie für den Sozialismus in den weiten Kreisen der Wählerinnen hier sehr gründlich behandeln, damit wir ein Stück vorwärts kommen, weil das Frauenwahlrecht dem Sozialismus ein Hemmschuh werden könnte, wenn die Frauen weiter in ihrer Passivität verharren.

Ich bringe ganz kurz die eingelaufenen Anträge zur Kenntnis. Breslau wollte die Tagesordnung haben: Arbeiterinnen und Wirtschaftskrise, die Beamten und Akademikerinnen, und die Frau in der Suizid und Rechtspflege.

Der Bezirk Ostfriesland hat beantragt, daß die Frauenkonferenz sich mit den §§ 218 und 219 vom bevölkerungspolitischen Standpunkt aus beschäftigt.

Ferner liegt ein Antrag vor, daß die Konferenz sich mit der Alkohol- und Abstinenzfrage beschäftigt.

Ich bitte Sie, mir zuzustimmen, daß wir es bei der festgesetzten Tagesordnung belassen. Die Anwesenden können die vorgeschlagenen Tagesordnungen als Anregung in die Bezirke hinausnehmen, um sich in der nächsten Zeit mit den angeregten Problemen zu beschäftigen. Ich höre keinen Widerspruch, die Konferenz ist damit einverstanden.

In bezug auf die Geschäftsordnung schlage ich vor, daß wir es bei der alten Uebung lassen, daß die Redezeit auf 10 Minuten beschränkt ist. Nach dem Referat soll eine Mittagspause von einer Stunde eintreten. — Auch hiermit sind alle einverstanden.

Vorsitzende Frau Kemig: Der Konferenz sind noch folgende Anträge zugegangen:

Die Frauenkonferenz wolle beschließen: der Parteivorstand wird ersucht, Schritte zu unternehmen, damit die Grabstätte der Genossin Jech eine würdige Ausschmückung erfährt. Sollte die Partei Mittel hierzu nicht zur Verfügung haben, sind unverzüglich Sammlungen zu veranstalten.

Wilhelmine Hoepfner, Neuzittau b. Ertner.

Die Frauenkonferenz in Stuttgart am 30. März beantragt, daß neben der „Frauenwelt“ eine Frauenkorrespondenz herauskommt. Der Parteivorstand sollte diese Korrespondenz verschicken oder die Köhlerkorrespondenz finanziell unterstützen, die leider ihr Erscheinen eingestellt hat. Anna Blos. Ch. Evert.

Der Agitationsausschuß der Frauengruppen Württemberg nimmt Bezug auf das Schreiben des Genossen Ludwig, Mitglied des Parteivorstandes vom 22. April 1924. Wir bitten dringend, daß der Plan, eine Frauenkorrespondenz durch das Bureau für die Tageszeitungen zu versenden baldmöglichst verwirklicht wird. Die Frauen brauchen dringend Artikel, die ihnen Agitations- und Bildungstoff vermitteln. Die „Frauenwelt“ wird dieser Forderung nicht voll gerecht.

Stuttgart, den 3. Juni 1924.

Landesausschuß für Frauenagitation, Bezirk Württemberg-Hohenzollern.

Die Agitationsausschuß der Frauengruppen in Württemberg stellt mit Entzückung fest, daß bei der Aufstellung der Kandidatenliste die Frauen so wenig berücksichtigt worden sind. Die Zahl unserer Vertreterinnen ist infolgedessen auf elf Abgeordnete im Reichstag zurückgegangen. Auf der Reichsliste stand Genossin Juchacz erst an fünfter Stelle.

Wir sind der Meinung, daß unsere Partei, die sich rühmt, als erste und einzige für die Gleichberechtigung der Frauen eingetreten zu sein, die Frauen in weit stärkerem Maße zur Mitarbeit heranziehen müßte. Ihre jetzige Vertretung steht in keinem Verhältnis zur Zahl der Wählerinnen.

Wir hoffen, daß die Frauenkonferenz sich unserm Protest anschließt.

Stuttgart, den 3. Juni 1924.

Landesausschuß für Frauenagitation, Bezirk Württemberg-Hohenzollern.

Die Frauen und die Wahlen.

Referentin Marie Juchacz-Berlin: Genossinnen und Genossen! Wir alle sind wohl ohne Ausnahme mit der größten Leidenschaftlichkeit an den Wahlen beteiligt gewesen. Wir wußten, was auf dem Spiele stand, daß die Gefahr des Verfallens in die Reaktion mit allen Folgen ungeheuer groß gewesen ist. Wir wissen auch, daß diese Gefahr durch den Ausgang der Wahlen nicht gebannt ist, daß wir alle Kräfte zusammennehmen müssen und daß die Frauen mit ganzer Kraft für die Erhaltung der Republik und Demokratie mitkämpfen müssen.

Wir wissen auch, daß wir in unserer jetzigen Zahl viel zu schwach sind, um die Partei in ihrem Bestreben zu unterstützen, wenn es uns nicht gelingt, daß auch aus den großen Massen der indifferenten Frauen der Partei Zulauf kommt zu ihrem schweren Werk des Tages.

Hier müssen wir uns einmal die Frage stellen: Wie wirkt sich das Frauenwahlrecht für die Partei aus? Ist es nicht für die Partei zu einer Frage des Lebens und Sterbens geworden, wie die Frauen sich zur Partei stellen? Ist nicht der Erfolg für Gegenwart und Zukunft davon abhängig, ob wir die breiten Massen der Frauen für den Sozialismus gewinnen können? Dann noch eine Frage! Wenn wir als Partei versagen und hieran den Frauen die Schuld beigemessen werden kann (auf rechnerischer Grundlage dargestellt), wer ist dann moralisch verantwortlich für eine so ungünstige Entwicklung von so ungeheurer Tragweite für die Gesellschaft und damit doch auch für die Frauen selbst? Sind es dann nicht wir selber, die die Verantwortung zu tragen haben, weil wir die Aufgaben nicht erfüllt haben, die die Geschichte uns zugewiesen hat. Diese große moralische Verantwortung hat die Besten unserer Frauen in dem Augenblick, wo man uns das Wahlrecht gegeben hat, fast niedergedrückt, weil sie ihr eigenes Geschlecht in seiner Unzulänglichkeit kannten. Es war kein Versagen im Glauben an die Frauen selbst, wohl aber die Unzulänglichkeit, die auf die Entwicklung und eine falsche Erziehung des weiblichen Geschlechts zurückzuführen ist. (Sehr richtig!)

Wenn man sich vorstellt, daß im letzten Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts Bebel sein Buch „Die Frau und der Sozialismus“ geschrieben hat, und wenn er in seinem Vorwort zur 25. Auflage konstatieren konnte, daß kein Buch bisher einen solchen Erfolg zu verzeichnen hatte, daß das Buch zweimal ins Englische überetzt worden ist (für England und Amerika), daß es ins Französische, Russische, Italienische, Schwedische, Dänische überetzt ist, daß es erschienen ist in polnischer Sprache, in Flämisch, Griechisch, Bulgarisch, Rumänisch, Ungarisch und Tschechisch, dann ist es kaum zu begreifen, daß ein Buch mit einer solchen Fülle von Material in wissenschaftlicher Durcharbeitung, mit einer Aufrollung der Frauenprobleme in einem solchen Ausmaß, doch noch nicht so gewirkt hat, daß der Augenblick des Frauenwahlrechts ein anderes Frauengeschlecht vorgefunden hat. (Sehr richtig!) Wir müssen uns aber mit der Tatsache abfinden, daß jede Entwicklung auch auf einem Stück Erziehung beruht, und daß Erziehung nicht nur theoretisch geschehen kann, sondern auch durch die Tat. Deshalb ist es falsch, wenn gesagt wird, daß es noch nicht Zeit für das Frauenwahlrecht gewesen wäre und daß die Sozialdemokratie wahrscheinlich mehr Erfolg würde buchen können, wenn wir das Frauenwahlrecht nicht gehabt hätten. Das ist falsch, weil jede Entwicklung eine solche Epoche der Erziehung durch die Arbeit nötig hat, und weil die Politisierung der Frauen nur dadurch geschehen kann, daß sie selbst durch das passive und aktive Wahlrecht tätigen Anteil nehmen.

Wenn wir uns die Ziffern ansehen, die durch die Wahlen zu den Gemeindevertretungen und Landtagen und zuletzt zum Reichstag festgestellt worden sind, Ziffern, die nur Stichproben darstellen, weil nur an verhältnismäßig wenigen Orten durch getrennte Stimmabgabe solche Betrachtungen möglich sind, können wir doch daraus ganz bestimmte Schlussfolgerungen ziehen. In dem kleinen Heft „Die Genossin“ finden Sie wenige dieser Beispiele, die sich aber noch vermehren ließen. Aus Dittersdorf in Sachsen hat man mir Ziffern mitgeteilt, die ich Sie anzusehen bitte. Die daraus gezogene Schlussfolgerung ist die, daß in Dittersdorf die Frauen in einem unverhältnismäßig großem Maße deutsch-national gewählt haben. Ein ähnliches Resultat gibt uns das Beispiel aus Spandau, wo sich die Deutschnationalen auch einer recht großen Sympathie der

Frauen erfreuen dürfen. Es ist doch psychologisch merkwürdig, daß gerade die Deutschnationale Volkspartei, die aus den konservativen Elementen hervorgegangen ist, bei den Frauen so große Sympathie genießt. Dagegen können wir aus einem großen Teil der Zahlenbeispiele ersehen, daß die Kommunisten und die Deutschvölkischen, mit Ausnahme von Bayern, nicht soviel Frauenstimmen wie Männerstimmen auf sich vereinigen. Ich habe noch mehr Material aus einzelnen Bezirken bekommen, das uns deutlich zeigt, daß in diesem Wahlkampf die Frauen sich in besonderem Maße etwas von der Arbeit der Deutschnationalen Partei versprochen haben, während wir in früheren Wahlkämpfen haben konstatieren können, daß es im besonderen Maße die Deutsche Volkspartei gewesen ist, die die Stimmen der Frauen nach sich gezogen hat. Ich habe es oft genug von Frauen der mittleren Schichten selbst gehört, daß sie zur Nationalversammlung noch demokratisch gewählt hätten, aber bei dem Reichstagswahlkampf des verfloßenen Reichstags es einmal — ich sage diesen Satz mit vollem Vorbedacht — mit der Deutschen Volkspartei versuchen wollten. Nun haben sie es eben einmal mit den Deutschnationalen versuchen wollen.

Hier spielen sicherlich psychologische Momente mit. Aber eine Pflicht erwächst dem Kongreß hieraus, sich zu fragen: Wer sind denn nun alle diese Frauen, die sich in so starkem Maße den gegnerischen Parteien mit ihrem Vertrauen zugewendet haben? Es ist doch ein Stück Vertrauen zu einer Partei, was in der Abgabe eines Stimmzettels ausgedrückt wird, wenn auf 1000 sozialdemokratische Männerstimmen ungefähr 998 bis 1100 Frauenstimmen kommen, der Wählerzahl entsprechend, denn die weibliche Wählerzahl ist doch stärker, und auch eine zahlenmäßig stärkere Stimmenabgabe ist noch kein Beweis für eine zahlenmäßig ebenso stark ausgedrückte Sympathie für die Sozialdemokratische Partei. Wenn wir sehen, daß hier 1000 zu 1000 Stimmen für die Sozialdemokratische abgegeben werden, dagegen aber für die Zentrums- oder den deutschvölkischen Block in Bayern oder für die Deutschnationale Volkspartei in Mitteldeutschland 1300 weibliche Stimmen gegen 1000 männliche, oder 1400 oder gar 1500, dann müssen wir uns doch fragen: aus welchen Bevölkerungsschichten rekrutieren sich diese Frauen? Es sind Frauen, die ihrer Klassenlage nach zur Sozialdemokratie gehören, Frauen von Beamten, Frauen des sogenannten Mittelstandes, Frauen von Kleinbürgern, Hausangestellte, Frauen und Mädchen, die in Bureau und Verkaufsläden arbeiten, die als Arbeiterinnen in Nähstuben und Werkstätten anderer Art oder in Fabriken tätig sind, die ihre eigene Klassenlage noch nicht so empfinden und durchdacht haben, noch nicht die Konsequenzen daraus gezogen haben, die sich als Wählerinnen und herwerfen lassen und jedem Einfluß einer Agitation erliegen, je nach der politischen Zeitströmung sie ausgeübt sind.

Wenn ich in einer schlecht besuchten Versammlung spreche, dann wettert die Vorlesende darüber, daß die Frauen Geld und Zeit dafür haben, zweimal in der Woche ins Kino zu gehen, daß sie es aber nicht für wichtig halten, in die Versammlungen zu kommen. Nun, die Frauen, die es angeht, hören es ja gar nicht, und wenn sie es hören würden, würden sie darüber lächeln und würden sagen: im Kino ist es doch schöner. Wir müssen diese Dinge klar sehen. (Sehr richtig!) Wir können den Frauen kein Kino vorsetzen. Es ist Sache der Parteizentrale, die Gelegenheit wahrzunehmen, um auch auf diesem Wege an die Massen heranzukommen. Aber besprechen sollten wir auch das. Ich war vor nicht allzulanger Zeit nach der Gemeinderatswahl in Wien und habe dort von den Genossinnen gehört, welche Suggestivkraft es ausgeübt hat, daß in den Kinos Wiens nicht nur durch das Bild, sondern auch durch das gesprochene Wort auf die Frauen eingewirkt worden ist. Es muß

doch etwas Bestimmtes sein, daß die verheiratete Frau und Mutter auch dann, wenn ihr Einkommen verhältnismäßig klein ist und sie oft genug darben muß, ins Kino geht. Das ist zu verstehen, wenn wir uns in die Lage einer überarbeiteten, von Sorgen zermürbten Frau hineinsetzen, die sich mit verhältnismäßig wenigen Groschen im Kino einen Augenblick der Ausspannung verschafft. (Sehr wahr!) Sie weiß es gar nicht, daß ihr oft genug durch die Bilder und den Begleitter im Kino beim Friedrichs Reg oder anderen Filmvorführungen ein Tröpflein politisches Gift eingeträufelt wird. In derselben Linie liegt es, wenn die Frauen die „Gartenlaube“, die Romane der Courts-Mahler, oder die „Berliner Hausfrau“ oder die „Sächsischen Hausfrau“, die „Praktische Berlinerin“ und den „Bewegte“ lesen. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Das sind Dinge, die wir mit allem Moralisieren nicht aus der Welt schaffen können, mit denen wir rechnen müssen. (Sehr gut!) Wenn man sieht, wie das Bedürfnis nach Abwechslung und Ausspannung von den anderen ganz planmäßig in ihren Arbeitsmethoden berücksichtigt werden und wie sich das in der Wahrscheinlichkeit auswirkt, dann sagt uns der praktische Menschenverstand, daß wir ähnlich verfahren müssen. (Sehr wahr!) Die Methoden der Arbeit haben bis zu einer gewissen Grenze nichts mit irgendwelchen Moralbegriffen zu tun. Sie sind dazu da, um mit ihnen zu einem bestimmten Erfolg zu kommen. (Zustimmung.)

Es ist Ihnen die „Frauenwelt“ vorgelegt worden. Wir liegt es vollkommen fern, zu sagen, die „Frauenwelt“ sei die Nachfolgerin der „Gleichheit“. (Sehr richtig!) Der Zweck meiner Ausführungen ist nur, Ihnen klarzumachen, wozu man die „Frauenwelt“ gebrauchen kann. (Sehr gut!) Ueberall ist ein Tröpflein politischen Saftes enthalten, welche Frauen- oder Familienzeitschrift Sie sich auch ansehen wollen. Und dieses beste Mittel sollten wir uns entgegen lassen? Wir wären töricht genug, wenn wir das täten. Wir dürfen nicht sagen: diese Sache ist nichts für uns. Es soll ja auch gar nichts für uns sein, sondern es soll etwas für die Partei sein. Die Zeitung ist Mittel zum Zweck. (Sehr richtig!) Wir sollten durch wohlwollende Kritik und durch tägliche Mitarbeit dazu beitragen, das Unvollkommene zu bessern. Auch in dem Blatt „Die Genossin“ finden Sie die Ziffern der Entwicklung in der „Frauenwelt“. Wenn das darin Angeführte kein Erfolg ist, wenn das nicht auf das deutlichste zeigt, daß auch in den uns nahestehenden Kreisen das Bedürfnis nach einer solchen Frauenzeitschrift vorhanden war und ist, dann weiß ich nicht, was ich sagen soll. In ganz kurzer Zeit hat die „Frauenwelt“ eine Auflage von 65 000 erreicht, und sie steigert sich ständig.

Millionen von Frauen stehen heute noch abseits. Es sind die Kinobesucherinnen, die Leserinnen der Familienblätter und Frauenblätter, die Besucherinnen der Veranstaltungen, die von Vereinen, von allen möglichen Institutionen abgehalten werden und die alle auf das seelische Bedürfnis der Frau zugeschnitten sind, die ihr etwas leichte Unterhaltung, eine Ausspannung nach ihrem arbeitsreichen und sorgenvollen Dasein gewähren, und zwar mit wenig Kosten. Das ist es, was unzählige Frauen brauchen, Hausfrauen sowohl wie arbeitende Frauen. (Sehr wahr!) Wir sollen versuchen, ganz allmählich an die Frauen heranzukommen, von denen wir wissen, daß ihr politisches Interesse noch nicht sehr groß ist. Gewiß ist es in einer politisch hochbewegten Zeit oder wenn vielleicht über die §§ 218/219 gesprochen wird, leicht, in einer Riesensammlung 100 Frauen zum Beitritt zu bewegen. Aber ob es gelingt, diese Frauen auch bei der Sozialdemokratie zu halten und sie zu bewußten Kämpferinnen für den Sozialismus zu erziehen, das ist eine andere Frage, deren Lösung wir nicht vernachlässigen sollen.

Wenn Sie in Ihre Bezirke zurückkehren und dort Bericht erstatten, dann sollen Sie nicht nur einen Anlauf nehmen, um in die Arbeit wieder

hineinzukommen, und dann, wenn der Sekretär andere Dinge im Kopf hat, etwa lahm werden, weil nicht gleich ein Erfolg erzielt wird und Ihnen nicht die genügende Unterstützung zuteil wird. Wer in dem Heer der indifferenten Frauen, auf deren Stimme es bei den Wahlen ankommt und die wir zu bewußten Kämpferinnen für den Sozialismus erziehen wollen, etwas erreichen will, der muß sich daran gewöhnen, stetig zu arbeiten, Tag für Tag, ohne einen Augenblick aufzuhören. (Sehr wahr!) Ich komme oft genug in die Frauenkonferenzen draußen in den Bezirken, und ich kenne meine Bezirke ganz genau. Da wird mir oft gesagt: seit 2 Jahren haben wir keine Frauenkonferenz mehr gehabt; nun aber wollen wir wieder an die Arbeit gehen. (Hört, hört!) Ja, muß denn immer der Aufstand der Arbeit eine Frauenkonferenz sein? Kann man sich nicht in einer kleinen Gruppe zusammensetzen, einen Plan entwerfen und diesen Plan nun auch verfolgen, um dann aus der Arbeit heraus wieder neue Pläne zu schmieden, die aufs neue verfolgt werden?

Mit unserer Tätigkeit auf kulturellem Gebiet, auf dem Gebiete der Schulpolitik, der Erziehung der Massen dürfen wir auch nicht hinter dem Berge halten, sondern sollen es in das Licht der Öffentlichkeit bringen, damit von der Sozialdemokratischen Partei mit der größten Achtung gesprochen werden muß. Hier liegt ein Stück Arbeit für die Frauen. Ich bin weit davon entfernt, den Frauen etwa ein besonderes abgeschachtetes Arbeitsfeld in der Partei zuzusprechen zu wollen. Sowohl in der Partei wie im gesamten öffentlichen Leben sollte sich jeder nach seinen Neigungen und Anlagen betätigen können. (Sehr richtig!)

Nun möchte ich einmal an Hand der Anträge davon sprechen, welche besonderen Wünsche die Frauen eigentlich haben. Da handelt es sich zunächst um zwei Anträge, die verlangen, daß neben der „Frauenwelt“ eine „Frauenkorrespondenz“ erscheinen soll. Dieser Wunsch ist hervorgerufen durch das Eingehen der „Gleichheit“. Es ist ja nun ganz klar, daß die „Gleichheit“ einen Erfolg in irgendeiner Form finden mußte, sobald nur die Verhältnisse es irgend gestatteten. Deshalb ist der Wunsch nach einer „Frauenkorrespondenz“, der mir auch öfter mündlich vorgetragen worden ist, verständlich. Aber ich glaube, diese beiden Anträge können aus zwei Gründen zurückgezogen werden. Der „Parlamentsdienst“ gibt von sich aus eine „Frauenkorrespondenz“ heraus, in der Artikel von Frauen und über die Probleme erscheinen, für die sich die Frauen ganz besonders interessieren. Aus dieser „Frauenkorrespondenz“ können sich die Genossinnen informieren und auch selbständig mitarbeiten. Aber darüber hinaus haben wir noch ein Informationsblatt für die arbeitenden Genossinnen herausgegeben. Was will dieses „Informationsblatt“? Aus den vielen Briefen, die ich als Vertreterin des Parteivorstandes bekommen habe, geht hervor, daß die Frauen andauernd verlangen, etwas über die Fortschritte der Frauenbewegung im In- und Auslande zu erfahren und über die Gesetzgebung, soweit es sich um bestimmte Gebiete handelt, dauernd unterrichtet zu werden. Die Genossinnen wollen über das unterrichtet werden, was die Partei im Reichstage für die Frauen tut. Sie wollen in einer Zusammenstellung alles das bekommen, was an Anträgen von der Fraktion der Regierung und dem Reichstage überreicht wird. Ebenso steht es mit den Landtagen. Ich habe oft zu einer Arbeit darunter gelitten, daß ich nicht wußte, wie die Ausführungsbestimmungen z. B. zum Jugendwohlfahrtsgezet in Thüringen oder Baden und Hessen aussahen. Ueber Landtagsbeschlüsse, die für die arbeitenden Frauen ein besonderes Interesse haben, muß auch in populärer Darstellung in diesem Blättchen berichtet werden, damit eine Genossin, die sich einmal im Frauenabend ohne Referenten behelfen muß, auch Material hat. Ich selbst wünsche, daß das oft geschieht. (Sehr gut!) Ich bekomme wunderschöne Berichte

von Genossinnen aus Sachsen und Thüringen, deren Frauenabende gut gelungen sind, obwohl der Referent sie im Stich gelassen hat, indem sie einfach die Besprechung des Leitartikels einer Tageszeitung vornahmen. Wir müssen in der Arbeit lernen, daß die Frauen, die zu uns gehören, die vielleicht schon seit Jahren treuziehende Mitglieder sind, nicht immer in Vorträgen weit über alle möglichen Gefilde des geistigen Lebens weggeführt werden wollen, sondern, daß es unsere Aufgabe ist, ihnen den unmittelbaren Kontakt mit der geistigen Strömung der Zeit zu vermitteln, damit sie das Gefühl bekommen, an dem geistigen Leben teilzuhaben. Durch geschickte Behandlung müssen wir die Frauen dazu bringen, daß sie sich ohne stundenlange Referate an der Ausgestaltung des Abends selbst beteiligen. Die neue Zeitschrift mit Berichten aus dem Reichstag, den Landtagen und Gemeindeparlamenten, die Ihnen regelmäßig zugehen soll, soll das geistige Leben in den Frauen so fördern helfen, daß aus den Frauenabenden Arbeitsgemeinschaften werden, die lebhaft und dauernd sich mit den Stoffen der Gesetzgebung beschäftigen.

Zu diesem Material gehören auch Berichte aus unserer Arbeit selbst. Als noch die Genossin Jettin die „Gleichheit“ redigierte, ist mir oft von Genossinnen gesagt worden, daß sie am liebsten die Berichte aus unserer Bewegung lesen. Das trifft auch heute noch zu. Diese Berichte aber müssen von Ihnen geschrieben werden. Sie selbst als Vertreterinnen der Bezirke haben die Pflicht, mindestens alle Vierteljahre zu berichten, wie Sie die Arbeit aufgezogen, mit welchen besonderen Arbeitsmethoden Sie einen Erfolg erzielt haben, der sich am Ende eines Vierteljahres zahlenmäßig ausdrücken läßt, der aber auch die Darstellung der Lebendigkeit des geistigen Lebens unter den Frauen geben kann.

Wir sind eine Partei der Internationals, wollen wissen, was in der Welt vorgeht, und lesen als politisch interessierte Frauen in erster Reihe den Leitartikel und die Berichte aus dem Ausland. Wir wissen, daß es von den Notizen und Manifesten, Regierungsaussagen und Entschlüssen abhängt, ob in den Haushaltungen unserer Arbeiter zu jeder Zeit ein Stück Brot für unsere Kinder vorhanden ist, daß von der Außenpolitik Wohl und Wehe des deutschen Volkes abhängt. Das tun wir, aber die Frauen, die noch nicht in diesem Maße politische Zeitungen zu lesen gewöhnt sind, denen wir immer wieder ohne sichtbaren Erfolg ein Exemplar unserer Parteizeitung geben, wissen noch nicht, was sie mit diesen Berichten aus dem Ausland anfangen sollen. Unsere Genossinnen müssen lernen, selbst über diese Dinge einfach und natürlich zu sprechen, deshalb müssen diese Fragen in Frauenzusammenkünften besprochen werden. Die Frauen erhalten doch heute und erhielten ganz besonders in der Inflationszeit ihre politische Nahrung in den Grünkrämläden usw., wo immer gesagt wird, daß nur deshalb das Fleisch so teuer ist, weil in der Regierung Menschen sitzen, die nichts vom Regieren verstehen, weil ein Sattler Reichspräsident und ein Handlungsgehilfe Reichskanzler ist, und weil irgendwelche hergelakuten Menschen wichtige Ministerposten inne haben, und daß das unter Wilhelm II. ganz anders gewesen sei. Diese Form der Agitation, über die wir, die wir hier sitzen, nur ein mitleidiges Lächeln haben, hat in den vier oder fünf Jahren ihren Eindruck auf die eintauchenden Frauen in den Grünkrämläden nie verfehlt, wo sie mit ihrem schlecht gefüllten Portemonnaie standen und etwas kaufen wollten, während sich oft ihr Geld vom Abend bis zum Morgen so verringert hatte, daß es nicht zum Notwendigsten reichte. Demgegenüber müssen wir, wie vorher angedeutet, ein Heer von Frauen erziehen, die als Käuferinnen, als Arbeitskolleginnen ein Wörtchen mitreden. Wenn solche läppißen Äußerungen gemacht werden, müssen sie einen derben Trumpp darauf setzen können, wodurch die Käuferin, die daneben steht, zum Nachdenken angeregt wird. Denen, die politische Brunnenergiftung treiben, die uns das Wahlrecht niemals gegeben hätten,

muß gleichzeitig gezeigt werden, daß die Sozialdemokratie ein Heer von Frauen geschult hat, das die Konkurrenz mit dieser Art Agitation aufnehmen kann.

Dazu soll uns die Zeitung dienen.

Ein Probeexemplar liegt Ihnen vor. Aber ein solches Blatt kann nicht am Leben erhalten bleiben, ohne die tätige Mithilfe der praktisch arbeitenden Frauen aus den Bezirken. (Sehr wahr!) Das „Informationsblatt“ soll monatlich mindestens einmal erscheinen. Es wird von Ihnen abhängen, wie Sie mit Ihren Ratschlägen und mit Ihrer Mitarbeit dazu beitragen werden, um durch die über das ganze Reich zu verbreitende Kenntnis einer guten Arbeits- und Agitationsmethode weiter zu wirken für die Partei. Es war allerdings nicht die Absicht, uns in diesem Blatt mit großen politischen Problemen zu beschäftigen, sondern es soll mehr der praktischen Arbeit gewidmet sein.

Erschöpfend kann wohl niemals ein Vortrag sein. Die Dinge erscheinen so einfach, und doch handelt es sich für uns um Sein oder Nichtsein. Er kann nur Anregung sein zu weiterem Arbeiten, er kann Anregungen enthalten, die sich in lebendiger Arbeit auswirken sollen. Dieses neue Blatt aber soll zu dem geistigen Band werden, das uns das Gefühl der Zusammengehörigkeit gibt. Wir wollen die Aufgaben, die uns unbeschadet aller anderen Interessen hier erwachsen, in ihrer ganzen Totalität erfassen. Denn alles, was wir innerhalb der Partei tun, ist eine Arbeit für die Frauen im einzelnen, für die Frauenbewegung im ganzen und für den Sozialismus. (Bravol und Händeklatschen.)

Vorsitzende Frau Kemik: Es sind weiter die folgenden Anträge eingegangen:

Die Frauenkonferenz des Unterbezirks Elberfeld sieht in der neu herausgegebenen Frauenzeitung kein Organ, das sich zur sozialistischen Schulung der Frauen eignet. Die Konferenz erwartet an Stelle dieses bürgerlichen Hausfrauenorgans das Wiedererscheinen der „Gleichheit“ in ihrer früheren Aufmachung. Sie fordert deshalb die Delegierten der Reichsfrauenkonferenz auf, dahin zu entscheiden, daß ein der politischen Aufklärung dienendes Frauenorgan („Gleichheit“) noch in dem jetzigen Wahlkampfe an Stelle der („Frauenzeitung“) durch die Partei herausgegeben wird. Nur so kann die so notwendige politische Aufklärung in die Frauengruppen getragen und spätere Erfolge bei Wahlen vorbereitet werden.

Frauenkonferenz des Unterbezirks Elberfeld.

Die am 5. März 1924 versammelten Distriktsführerinnen in Düsseldorf lehnen die neue Zeitschrift „Frauenwelt“ ab und sind nicht gewillt, in eine Agitation für das Blatt in dieser Aufmachung einzutreten. Die tätigen Frauen verlangen ein Blatt mit aufklärenden schulenden Artikeln, ein Blatt, das Anregungen der Genossinnen vom ganzen Reiche bringt und vermittelt.

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Vorsitzende Frau Rynd: Wir treten in die Aussprache über das Referat ein.

Zils-Breslau: Aus den gewonnenen Erfahrungen der praktischen Arbeit erscheint es mir richtig, nicht mit allzu großen Ansprüchen an die Frauen heranzutreten.

Es erfüllt mich mit einem gewissen Schmerz, daß ein gewisser Gegensatz zwischen Männern und Frauen in der Organisation besteht. Die Frauen sind in diesen Dingen zu empfindlich. Es wirkt ermüdend auf die Männer, wenn man keine Gelegenheit vorbeiziehen läßt, ohne zu sagen „und die Frauen!“ Selbstverständlich hat jede von uns den dringenden Wunsch, daß möglichst viele Frauen an verantwortungsvollen Stellen stehen, die für Frauen von besonderem

Interesse sind. Wir dürfen aber bei der Aufstellung von Kandidatenlisten nicht besondere Berücksichtigung verlangen, nur darum, weil wir Frauen benennen. Die Frauen müssen sich, was noch nicht überall der Fall ist, daran gewöhnen, daß sie nur nominiert werden dürfen, wenn sie so geeignet sind wie die Männer. Daß das nicht durchweg so ist, liegt daran, daß die aktive Mitarbeit der Männer älter und noch keine so große Anzahl von Frauen vorhanden ist, um § 5 des Organisationsstatuts überall zu entsprechen. Ich habe gegen § 5 große Bedenken und halte es nicht für den Ausdruck der Gleichberechtigung, daß man die Frau in Verhältnis ihrer Zahl und nicht nur nach ihrer Fähigkeit berücksichtigt. (Sehr richtig!) Aus der Ortsorganisation Breslau, aus Mittel- und Obereschlesien kann ich berichten, daß die Genossen den Frauen keine Schwierigkeiten machen.

Wir müssen die Dinge, die uns bewegen, zur Kenntnis der Gesamtpartei bringen, weil erst das ein gegenseitiges Entgegenkommen und erfolgreiches Arbeiten gewährleistet. (Bravol und Händeklatschen.)

Aurfürst-Riel: Ich glaube, daß niemand von den Wahlen befriedigt ist. Das liegt in E. daran, daß die Frauen infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage müde geworden sind und nur instinktiv fühlen, das es früher besser war. Da sie nicht nach der Ursache fragen, neigen sie so sehr nach rechts. Wenn wir besser an die Frauen herantreten können, werden wir auch bessere Erfolge haben. In einer kleinen Gemeinde bei Riel haben wir diesen Winter besonders für die Alten und Kranken gesorgt, da wir dort einen Sozialdemokratischen Gemeindevorsteher hatten. Die Leute haben selbst zugegeben, daß früher nicht so für sie gesorgt worden sei. Wenn wir so arbeiten, wird unsere Arbeit für uns zeugen. Leider haben wir nicht immer genügend Kräfte zur Verfügung, und viele sind bereit, zu kritisieren, aber nicht selber mitzuarbeiten. (Sehr richtig!)

Frau Suchacz erwähnt, daß man nicht nur alle 2 Jahre auf Konferenzen arbeiten sollte, sondern dauernd. In den letzten Jahren haben uns die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse daran gehindert. Wir hatten nicht einmal die Mittel, uns ein Zimmer zu leisten, und konnten daher keine Versammlung abhalten. Auch wurde uns gesagt, daß wir dafür kein Geld bekommen können. Ich hoffe, da sich die Verhältnisse gebessert haben, daß wir jetzt stetig arbeiten können. Aber wir brauchen Material und Mittel. Dann werden wir arbeiten und der Erfolg wird nicht ausbleiben. (Beifall.)

Vorsitzende Frau Rynd: Es ist folgender Antrag eingegangen:

Die Sozialdemokratische Frauenkonferenz hält es für selbstverständlich, daß durch Aufhebung der Beamtenabbauverordnung die verhältnismäßige Gleichberechtigung der weiblichen Beamten wiederhergestellt wird. Sie erachtet den Parteivorstand und die Reichsagitationsfraktion, die Bestrebungen gegen die Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte auch für die Zukunft aufrechtzuerhalten, als Bruch der Reichsverfassung zu brandmarken und ihnen auf das energischste entgegenzuwirken. Wachenheim.

Frau Jabe-Hamburg: Durch das Referat der Genossin Suchacz wird den Antragstellerinnen, die eine so herbe Kritik über „Die Frauenwelt“ fällen, wohl ein Licht ausgegangen sein, daß sie im Unrecht sind. (Sehr richtig!) Es geht nicht danach, was einzelne wollen, sondern was die breite Masse bedürft.

Vor allen Dingen zu unserem Antrag Hamburg. Ein paar Fragen möchte ich noch aufwerfen, die brennend sind. Sie wissen, daß in weiten Kreisen der Frauenwelt Aufregung herrscht über die Bestrafungen, die in Württemberg, Berlin, Hamburg und im übrigen Deutschland auf Grund des § 218 erfolgt sind. Dieses Thema muß im ganzen Lande in den Mittelpunkt gestellt werden und mit aller Macht dafür gekämpft werden. (Sehr richtig!) Leider ist in

unseren Reihen nicht überall das genügende Verständnis für diese Frage vorhanden. Wir dürfen gegenüber anderen Ländern nicht zurückstehen. In England, Frankreich, Dänemark, Rußland dürfen die Frauen in den ersten drei Monaten, wenn sie einen Arzt hinzuziehen, die Schwangerschaft unterbrechen. Das ist das Mindeste, aber für uns auch das Zweckmäßigste, wenn wir das Ziel im Auge behalten.

In der Zeit der größten Not haben wir uns in Hamburg in allen Distrikten zusammengetan und Handarbeitsabende eingerichtet, die sich glänzend bewährt haben. Auch dazu haben wir keine Mittel gebraucht. Diese Abende sind gewissermaßen das Rückgrat für unsere Frauenversammlungen. Ich möchte bitten, daß wir uns alle neuzeitlich einstellen und neuzeitlich arbeiten im Sinne unserer Frauenbewegung, damit diese bald alle anderen Frauenbewegungen weit überlöst. (Beifall.)

Frau Ziegler-Heilbronn: Der Frauenausschuß von Württemberg hat mich beauftragt, den Antrag zu begründen, der die Aufstellung der Frauen für die Reichs- und Landtagswahlen betrifft. Der Agitationsausschuß der Frauengruppe von Württemberg stellt mit Entrüstung fest, daß bei der Aufstellung der Kandidatenlisten die Frauen zu wenig berücksichtigt sind. Die Zahl unserer Vertreterinnen ist auf 11 Abgeordnete im Reichstag zurückgegangen. Unsere Partei, die als erste für die Gleichberechtigung der Frau eingetreten ist, müßte die Frauen in stärkerer Maße zur Mitarbeit heranziehen. Wir hoffen, daß die Frauenkonferenz sich unserm Protest anschließt und ihn bei den maßgebenden Stellen bekanntmacht.

Die Demokratie innerhalb der Partei ist ein Grundgesetz, von dem wir Achtung haben müssen. Ich möchte hierbei auf die Verhältnisse in Württemberg eingehen. Nirgends ist jedenfalls so viel gegen die Demokratie gesündigt worden wie hier, wo man über das Statut hinweggegangen ist, wonach der Landesparteitag die letzte Entscheidung über die Aufstellung der Kandidaten hat. Die Zentralkommission hat allein eine Liste aufgestellt.

Gestatten Sie mir zum Schluß noch einige Worte zu unserm zweiten Antrag, eine „Partei-Korrespondenz“ herauszugeben. Genossin Suchacz hat empfohlen, diesen Antrag zurückzuziehen, da diesem Wunsche schon entsprochen worden sei. Ich ziehe hiermit unsern Antrag zurück. Ich möchte ganz besonders unsere Genossin Suchacz bitten, mit Energie innerhalb der Reichszentrale für uns württembergische Frauen einzustehen. (Beifall.)

Christmann-Barmen: Ich möchte zunächst zu dem Antrage sprechen, der vom Unterbezirk Elberfeld zur „Frauenwelt“ gestellt worden ist. Wir ziehen diesen Antrag zurück, da er überholt ist. Heute Morgen kam eine gewisse Entrüstung darüber zum Ausdruck, daß der Antrag in so scharfer Form abgefaßt worden ist. Ich gebe das zu. Aber man muß berücksichtigen, unter welchen Umständen solche Anträge zustande kommen. Wir standen in der Wahlbewegung, und wir Frauen wußten, daß die Frauen diesmal ganz bestimmt weniger sozialistisch wählen würden, als es sonst der Fall war, weil in Zeiten der wirtschaftlichen Not die Frauen viel mehr als die Männer sich durch die Agitationen extremer Parteien beeinflussen lassen. In diesem Moment stellte nun die „Gleichheit“ ihr Erscheinen ein, und unsern Genossinnen fehlte jedes Agitationsmaterial.

Genossin Suchacz sagte, wir müßten uns selbst erziehen, wenn wir andere erziehen wollen. In dieser Beziehung mangelt es sehr oft. (Sehr wahr!) Es ist nicht notwendig, daß wir immer über die Männer schimpfen und sagen, sie seien schuld, daß es in der Frauenbewegung nicht vorangehe. (Sehr wahr!) Ein gut Teil Schuld liegt auch bei uns selbst. Der kameradschaftliche Geist, von dem Genossin Suchacz sprach, fehlt unter uns Frauen. (Sehr richtig!)

Einige Worte zu der „Genossin“. Diese Zeitschrift ist sehr gut für die Funktionärinnen zu gebrauchen, weil sie das bringt, was sich in der Presse an den verschiedenen Stellen zerstreut findet. Aber ich möchte noch einen praktischen Fingerzeig geben. Die Genossin Suchacz sagte, sie habe es oft sehr bitter empfunden, daß sie aus den Landparlamenten absolut keine Nachrichten über diesen oder jenen Gesehntwurf erhalte. Da wäre es notwendig, daß die Arbeiterin der „Genossin“ sich mit den Arbeitsausschüssen innerhalb der Parimente in Verbindung setzt.

Todenhagen-Berlin: Nachdem der Parteitag in dem neuen Statut der Partei den Frauen bezüglich der Demokratie fast bis an die Grenze der Galanterie entgegengekommen ist, sollten doch ein für allemal Diskussionen über die Frage der Kameradschaftlichkeit und das Entgegenkommen der Männer gegenüber den Frauen aufhören. (Rufe: Oh!) Im Statut wird bestimmt, daß überall den Frauen entsprechend der Zahl ihrer Mitgliedschaft Vorkandsidate zuerkannt werden müssen. Das kann unter Umständen eine Organisation in die Zwangslage versetzen, eine Frau, die vielleicht noch nicht ganz geeignet ist, an einen solchen Platz zu stellen. Das ist natürlich kein Schade; sie wird sich die erforderliche Fähigkeit in der Arbeit erwerben.

Obwohl ich persönlich mich nicht ganz zu der „Frauenwelt“ bekenne, weil sie mir nichts bieten kann, so muß ich doch sagen: der Erfolg beweist, daß die Partei auf dem richtigen Wege ist, wenn sie die Indifferenten erfassen will. Ich unterscheide da zwischen den Indifferenten, die noch draußen stehen, und dem Indifferenten, die wir in der Partei haben. Die Zahl der Leserinnen in Berlin entspricht, glaube ich, ungefähr dem Stande der weiblichen Mitgliedschaft. Aber dann sind wir doch noch nicht an die Indifferenten, die außerhalb der Partei stehen, herangekommen. Um diese zu erfassen, werden wir zu besonderem Zeitungsdienst in den einzelnen Bezirken kommen müssen. Die „Genossin“ muß eine Erweiterung nach der Seite hin erfahren, daß neben den sachlichen Mitteilungen für die Funktionärinnen auch grundsätzliche Fragen erörtert werden, sonst verläßt die Frauenbewegung oder geht in der Tagespolitik unter. Die intellektuellste Erziehung zum Sozialismus darf unter keinen Umständen leiden. Die „Gleichheit“ konnte sich dieser Frage in vollem Umfange widmen. Aber heute besteht ohne Zweifel ein Mangel in dieser Beziehung.

Ich habe den Wunsch, daß die „Genossin“ sich nach der Richtung hin entwickeln möge, daß sie uns in jeder Nummer wenigstens einen grundsätzlichen Artikel bringt. Ich wünsche ferner, daß die Tagespresse mehr von uns in Anspruch genommen wird und daß sie ausreichend in den Dienst der Kampfe für unsere Arbeit gestellt wird. (Beifall.)

Hoereth-Menge-München: Zwei Gedanken, die Genossin Suchacz in ihrem Referat zum Ausdruck gebracht hat, möchte ich unterstreichen. Genossin Suchacz sprach davon, daß die Gedanken des Beisehen Buches „Die Frau“ trotz seiner starken Auflage so wenig zur Revolutionierung der Herzen und Köpfe der Frauen beigetragen habe. Ich kann mir das nur dadurch erklären, daß eben die wirtschaftlichen Grundlagen, die zu einer geistigen Umstellung nötig sind, nicht vorhanden waren. (Sehr richtig!) Darum möchte ich die Frauen bitten, ihren Einfluß überall dahin geltend zu machen, daß durch die Gestaltung der Gesehgebung die ökonomische Freiheit der Frauen immer größer wird.

In der Zeit der Not, des Mangels an Arbeitskräften hat man die Frauen herangezogen, will sie aber jetzt wieder beiseite schieben. (Sehr richtig!) Das geschieht, ohne daß eigentlich der starke Protest aus den Reihen der Sozialdemokratie gekommen wäre, der hätte kommen müssen. (Sehr richtig!) Wir sind doch nur die Vorkämpferinnen für das große Heer der Frauen, die um ihre wirtschaftliche Gleichstellung, um ihre wirt-

schaftliche Freiheit ringen, um dann die geistige Freiheit zu erlangen. Wenn wie in Bayern auf Grund einer ministeriellen Verordnung nicht nur die beamtenrechtlichen Gesetzesbestimmungen aufgehoben werden, sondern auch die Verfassung gebrochen wird, ohne daß dagegen etwas geschieht, wenn ein Abbau der verheirateten Beamtinnen erfolgt, wenn man Beamtinnen, die 30 Jahre ihre Pflicht getan haben, einfach auf die Straße setzt, ohne daß von der Sozialdemokratie scharfer Protest dagegen erhoben wird, dann ist das ein Zeichen dafür, daß die Gleichberechtigung der Frau in vieler Beziehung nur auf dem Papier steht. (Lebhafte Zustimmung.) Wir als der Vortrupp des Kampfes um die Frauenrechte müssen alle uns zu Gebote stehenden Mittel anwenden, um das zu verhindern.

Wenn z. B. in Bayern so viele deutschvölkisch gewählt haben, so stammt ein großer Teil der deutschvölkischen Wähler aus den Kreisen dieser jungen Leute, die infolge ihrer Jugend leichter der Beeinflussung unterliegen. Wenn in München die Deutschvölkischen außerdem so viele Frauenstimmen bekommen haben, so erklärt sich das aus der Erziehung zum Wunderglauben, die entweder die Wähler in die Arme der bayerischen Volkspartei mit ihrer religiösen Ideologie treibt oder, wenn sie den Glauben an diese verloren haben, dem suggestiven Einfluß eines Adolf Hitler unterliegen läßt, der mit beredten Worten die nationalsozialistische Ideologie zu Hilfe nimmt und den Leuten vormacht, er wäre der Retter und Heiland Deutschlands, der aller Not ein Ende machen könne.

Wenn wir die Frage der Erziehung so beachten, werden wir in der Frauenbewegung vorwärtstommen. Zum Schluß noch die Bemerkung, daß ich die „Genossin“ für eine gute Materialsammlung halte, die „Frauenwelt“ wird in Münchener Genossinnenkreisen mit Sehnsucht erwartet und mit Interesse und Liebe gelesen. (Bravos und Händeklatschen.)

Frau Dr. Wegscheider: Es freut mich, den Dresdner Antrag empfehlen zu können, der allen Verantwortlichen in der Partei und besonders den Frauen den Kampf gegen den Alkohol zur Pflicht macht; die Vorbedingung der Befreiung der Menschen und der Frauen besonders. Der Antrag liegt auf der Linie, die uns heute die Genossin Juchacz zeigte, daß wir das positive Element in unserer Arbeit beachten müssen. Nichts macht uns Frauen das Leben so schwer, als unsere Ehegesetzgebung, die sexuelle Gesetzgebung, der matte Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten und Prostitution, die Gleichgültigkeit der Männer gegenüber dem Eintritt der Frau und auch junger Frauen in das öffentliche Leben, ohne daß die Männer ihre Sitten dem anpassen. In weiten Kreisen, durchaus nicht besonders in unserer Partei, wiegt die Vorliebe der Männerwelt für Zoten vor, verleugend ist die Herabziehung heiliger und geschlechtlicher Dinge, die wir noch nicht zu bekämpfen angefangen haben. In dieser Aufgabe ist uns der Kampf gegen den Alkoholismus eine notwendige Waffe. Alle Landtagsparlamente und auch der Reichstag sollten ihr Anträge zur Bekämpfung des Alkoholismus immer wieder stellen, damit diese Sache nicht aus dem Bewußtsein entschwindet. Wie sollen wir die wichtige Frage der Verhütung und Freigabe der Abtreibung der Leibesfrucht in den ersten drei Monaten ernsthaft behandeln, wenn wir nicht die ganze Breite des sexuellen Lebens unter dem höheren Gesichtspunkt des Wesens und der Natur des Menschen, des weiblichen und des männlichen, des Kindes und des Erwachsenen betrachten. Unmöglich können wir die Vederlichkeit unserer gesellschaftlichen Sitten so weiter wuchern lassen. (Sehr richtig!) Außerdem ist es eine Schande, daß wir Nahrungsmittel als Bier und Schnaps vergoren genießen, so lange wir vom Ausland verlangen, daß es unsere hungernden Kinder nährt. (Sehr richtig!) Wir haben in diese Dinge durch die Ausstellung des Arbeiter-Abstinenzbundes auf dem Parteitag einen sehr schönen Einblick er-

halten. Dieser Bund kann uns in den meisten Gegenden mit Referenten versehen. Wir wollen die älteren Menschen gar nicht zu einer Verringerung ihrer Lebensgewohnheiten bringen, was wir auch nicht erreichen würden; aber die Jugend will anders leben und die Frauen zum großen Teil auch, und das wollen wir hüten und ausbauen. Es ist nicht richtig, daß erzieherische Fragen ohne Beachtung der Alkoholfrage behandelt werden.

Wenn wir so in das Wesen der Frau eindringen, werden wir auch zum Erfolge kommen. (Bravo!)

Thümmel-Dresden: Wir hören immer die früheren Klagen über den Indifferentismus der Frauen, die mangelnde Erziehung und Selbstbildung und nicht zu letzt die immer wiederkehrende Klage, daß ein großer Teil der Genossinnen leider unsere eignen Genossen bilden. Das ist bezeichnend für unsern künftigen Weg. Durch Ungunst der Verhältnisse konnte diese Konferenz nicht vor den Reichstagswahlen abgehalten werden, wir können nur Rückblick und Ausblick in die Zukunft halten.

Die Genossin Juchacz hat zum Vergleich, wie Frauen wählen, den Vertretern aus Sachsen unbekannten Ort Dittersbach gewählt. Als Vergleich hätte sie lieber Leipzig, Dresden oder Berlin anführen sollen. Es fragt sich auch noch, wie die Männer gewählt haben. (Sehr gut!) Als Erfolg darf ich darauf hinweisen, daß unser Bezirk Ostsachsen zwei Genossinnen in den Reichstag geschickt hat. (Bravo!)

An der „Frauenwelt“ will ich nicht kritisieren, wenn sie als Blatt für die Indifferenten gedacht ist. Unsere Genossinnen haben noch nicht vergessen, daß die „Gleichheit“, wie sie früher war, sehr viel, wenn nicht alles dazu beigetragen hat, überhaupt Sozialistinnen zu erziehen. (Sehr richtig!) Hoffentlich wird in der „Genossin“ ein halbwegs gleichwertiger Ersatz für die schmerzlich vermischte „Gleichheit“ geschaffen.

Unter der Regierung Zeigner hat Sachsen eine Amnestie für die Vergehen gegen § 218 St. G. B. erlassen. Im Landtag haben deutschnationalen Juristen und Christen alles aufgeboten, um diese Amnestie zu verhindern. Daß es uns trotzdem gelungen ist, die Amnestie durchzudrücken, ist ein Beweis für den Wert proletarischer Mehrheiten in den einzelnen Landtagen. Eine Amnestie ist nur eine vorübergehende Erscheinung. Aufgabe der Genossinnen im Reichstag wird es sein, mit dem Fall dieses Paragraphen endlich die Heiðigkeit der Frau dem Staat gegenüber zu beenden. (Sehr richtig! und Händeklatschen!)

Frau Selbst-Niedergreifen: In dem Parteivorstandsbericht ist auf die gute Aufzageißer der „Frauenwelt“ besonders hingewiesen worden. Wenn eine Reihe von Bezirken diesen Anforderungen noch nicht ganz entspricht, so deshalb, weil diese Bezirke eine viel schlechtere wirtschaftliche Struktur aufzuweisen haben als die übrigen und viele proletarische Frauen infolge des ungeheuer geringen Wochenlohns diese paar Pfennige nicht aufzubringen vermögen.

Die erste Nummer der „Genossin“ läßt noch kein abschließendes Urteil zu. Ich bin nicht der Auffassung wie die Genossin Lodenhagen, daß die Auseinandersetzung über grundsätzliche Fragen in dieses Blatt gehören; dafür ist die Tagespresse da. Die Aufmachung der ersten Nummer berechtigt zu den besten Hoffnungen für die Ausgestaltung dieses Blattes im Sinne einer Funktionärinnenkorrespondenz.

Zum Schluß möchte ich den Warnungsruf ergehen lassen und Sie auf den großen Gesichtspunkt hinweisen, daß von der Deutschvölkischen Partei und zum Teil von den Deutschnationalen das Frauenwahlrecht wieder in den Drusus geworfen werden soll. Wir sozialistischen Frauen, wir betonen das mit aller Schärfe, werden uns dieses Mitbestimmungsrecht im gesellschaftlichen und politischen Leben

aber niemals wieder entreißen lassen, und wenn wir es mit den Zähnen verteidigen müssen, das rufen wir heute jenen Parteien von dieser Stelle aus zu. (Bravo! und Handklatschen.)

Frau Seifert-Pirna: Der achte Unterbezirk aus Sachsen hatte schon vor einigen Monaten einen Antrag eingereicht, den § 218 auf die Tagesordnung zu setzen. Wir waren heute damit einverstanden, daß es nicht geschah, weil keine genügenden Vorarbeiten dafür getroffen waren. Es müßte mindestens ein Referent da sein, der das Gebiet richtig behandelt. Wir freuen uns aber, daß noch ein Antrag gekommen ist, in dem § 218 behandelt wird.

Wir waren der Meinung, daß eine Frauenkonferenz der Sozialdemokratischen Partei vor einem Parteitag stattzufinden hat. Das war erst geplant, ist aber leider geändert worden. Wenn eine Konferenz positive Arbeit leisten soll, muß diese in dem Parteitag wiederklängen. Ich möchte die Anregung für künftig geben, daß die Frauenkonferenz vor dem Parteitag stattfindet.

Die Frage des § 218 hat Genosse Radbruch in einer Broschüre eingehend behandelt. Sie wissen, woher es kommt, daß soviel Frauen der Abtreibung verfallen. Daran ist die wirtschaftliche Lage, die Wohnungsnot usw. schuld. Wir müssen uns in aller Deffentlichkeit gegen das Kurpfuschertum auf diesem Gebiete wenden. (Sehr richtig!) Es muß ein Gesetz geschaffen werden, das gegen das Kurpfuschertum vorgeht. Wir fordern eine fachärztliche Behandlung, die die Gesundheit der Frau gewährleistet. Genosse Zeigner ist der einzige gewesen, der den proletarischen Räten Rechnung getragen hat, indem er eine Amnestie erließ. Das hat gerade bei den proletarischen Massen lebhaften Beifall gefunden, weil diese in erster Linie hier in Frage kommen. Die besser situierte Frau hat ihren Hausarzt. Die Frau muß das Recht auf ihren Körper haben.

Heute ist hier eine Sammlung durch die Deutsche Nothilfe unternommen worden. Ich frage die Konferenzleitung, wie das möglich ist. Wir Sachsen lehnen die bürgerliche Bettelstuppenpolitik ab. (Bravo!) Wenn man schon einmal sammeln gehen muß, soll das durch den Arbeiterwohlfahrtsausschuß geschehen, und nicht zusammen mit den bürgerlichen Parteien. (Lebhafter Beifall.)

Frau Sachse-Altenburg: Wir könnten jetzt die Diskussion schließen, wenn nicht auf gewerkschaftlichem und genossenschaftlichem Gebiet noch manches zu sagen wäre. Ich gehöre nicht zu denen, die im § 5 unseres Statuts eine Vorrangstellung der Frau erblicken. Solange den Frauen nicht Gelegenheit gegeben wird, in allen Körperschaften ihre Fähigkeiten zu entwickeln, so lange brauchen wir solche Bestimmung. (Sehr richtig!) Wir Frauen müssen in unserer Partei selbst den Kampf führen. Wenn man entdeckt, daß in irgendeiner Genossin ein guter Kern steckt, muß man das zu wecken versuchen und die Frauen in die Körperschaften bringen, wo sie sich entwickeln können. Ich denke dabei an die Tätigkeit im Parlament. Wenn wir Frauen in den Parlamenten haben, wo sie sich gesetzgeberisch betätigen können, werden wir dem Sozialismus dienen.

Ein Beispiel dafür, wie die bürgerlichen Parteien sich zu Frauenwahlen einstellen. Sie wissen, daß wir in Thüringen auf kulturellem Gebiet fortschrittlich gewesen sind insofern, als wir einen Schulmann und Minister hatten, der für die Gleichberechtigung der Frau im Schulwesen eingetreten ist. Als wir uns jetzt im Ausschuß darüber unterhielten, daß man in Thüringen nach dem Eintritt der reaktionären Regierung die wenigen weiblichen Kräfte abgebaut hat, erklärten die Völkischen, daß sie sich niemals unter den Einfluß einer Frau stellen würden. Die Völkischen wollen die Frauen zur Ausübung des Wahlrechts nur brauchen, um starke Männer an die Spitze zu bekommen, die das Land im nationalen und monarchischen Geiste regieren. Wir müssen versuchen, außenpolitisch unseren Frauen alles klar zu legen, dann werden wir auch die Frauenabende

lebendig gestalten können. Ich habe bemerkt, daß, wenn ich an den Frauenabenden die großen Fragen der äußeren und inneren Politik besprach, die Frauen mit Spannung zugehört haben und gern gekommen sind.

Frau Nivira-Gera: Es ist verständlich, wenn bei einem Vergleich mit der Vorkriegszeit die politischen Tatsachen als eine Richtschnur unseres Handelns hingestellt werden. Es sollte auch über die Haltung der Frauen bei den Elternrats- und Betriebsrätewahlen gesprochen werden. In den Betriebsräte- und Elternratswahlen, in den Wahlen zum Gewerbegericht und zu den Schlichtungsausschüssen erblicke ich eine Stala des Stimmungsumschwungs. (Sehr gut!) Diesen Stimmungsumschwung müssen wir viel mehr studieren, um zu den Aktionen gerüstet zu sein. Die Partei muß sich Vertrauensleute in den Betrieben sichern. Hier spricht die Frage der Arbeitszeit, der Löhne, der Behandlung durch Unternehmer, Meister und Kollegen mit.

Es wurde auch gesagt, daß in der Partei ein Unterschied zwischen Männer- und Frauenarbeit gemacht wird. Wer hat uns verboten, über große Politik zu sprechen? (Sehr richtig!) Wenn wir heute fragen, wie wir arbeiten sollen, müssen wir immer die Bedingungen unserer Arbeit berücksichtigen. Diese können wir uns aber nicht auswählen, sondern sie werden von den Zeitverhältnissen beeinflusst.

Die Zukunft bringt, daß unsere Führer im Parlament zu den Fragen der Außenpolitik Stellung nehmen müssen, daß sie überlegen, wie innerpolitisch die Voraussetzungen geschaffen werden, um vor allen Dingen die Lasten für unsere Arbeiter erträglich zu machen. Da haben wir als Frauen eine schwere Verantwortung, denn es steht fest, daß wir wirtschaftlich einer Krise entgegengehen.

Auch „Die Frauenwelt“ müßte etwas von dem bringen, was in der „Genossin“ gebracht wird, nämlich über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Frauen im Parlament. In der „Genossin“ sollen die kulturellen Fragen behandelt werden, die Fragen der Schulpolitik usw. Ich verspreche mir gerade von der Durchführung sozialistischer Schulgebäude eine Besserung der Stellung der Frau innerhalb der Gesellschaft. (Beifall.)

Inzwischen sind folgende Anträge eingelaufen:

1. Antrag **Kirchmann u. Gen.:** Die seit der Umwälzung des November 1918 verflossenen fünf Jahre haben den Wert der Zusammenarbeit von Mann und Frau im Parlament bewiesen und damit die Berechtigung des jahrzehntelangen Kampfes der Sozialdemokratie für das aktive und passive Wahlrecht der Frau bekräftigt. Die Reichsfrauenkonferenz bedauert deshalb, daß bei der Aufstellung der Kandidaten zum Reichs- und zu den Gemeindeparlamenten diesen Tatsachen nicht überall Rechnung getragen wurde. Sie fordert die Genossinnen auf, durch regie Mitarbeit am politischen Leben den Boden dafür zu schaffen, daß in Zukunft durch späteres Eintreten von Frauen in den Parlamentarismus die Interessen von Mann und Frau und damit der gesamten Menschheit gewahrt werden.

2. Antrag **Pfälf u. Gen.:** Die Frauenkonferenz der SPD. fordert von der Partei, daß sie ihren alten programmatischen Grundsatz: allgemeines Recht der Frauen auf Erwerb, theoretisch und praktisch energisch zur Durchführung bringe.

Dr. Lohmann-Berlin: Ich möchte die Frauenkonferenz nicht vorübergehen lassen, ohne mich Ihnen wenigstens als derjenige Genosse vorzustellen, der der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe — verantwortlich für die „Frauenwelt“ zeichnet, also zugleich derjenige Mann, der nach den Worten der Genossin Seibert aus Kassel sich nicht in die Seele einer Frau hineinversetzen kann. (Heiterkeit.) Da darf ich vielleicht nicht als Redakteur, sondern als Partei-

genosse, einige Worte sagen. Es ist meines Erachtens doch eine merkwürdige Gleichberechtigung der Geschlechter, wenn die Frau mit Recht darum kämpft, in der sozialen Arbeit den Wirkungsbereich des Mannes beurteilen zu können, Männer, Frauen und Kinder gleichmäßig betreuen zu dürfen, aber kein Mann Redakteur einer sozialdemokratischen Frauenzeitschrift sein darf. (Widerpruch.)

Dann ein Wort zu der am meisten umstrittenen Frage, zu dem Modeteil der „Frauenwelt“ und zu der Erziehung zum künstlerischen Geschmac, von der die Genossin Seibert gesprochen hat. Wir dürfen doch nicht blind gegen das sein, was ist. (Lebhafte Zustimmung.) Wir dürfen nicht verkennen, daß 99 Proz. aller unserer Proletarierinnen, der jungen wie der alten, zunächst an die herrschende Mode gebunden sind (sehr richtig), daß keine einzige eine Modezeitschrift in die Hand nehmen würde, wenn diese ausschließlich künstlerische Frauenkleidung und Frauenkultur brächte. (Sehr wahr!) Auch unter denjenigen Genossinnen, die führend in unserer Bewegung sind, ist über die Hälfte, wenn ich nur diesen erleuchteten Saal überblicke, an die herrschende Mode gebunden. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn ich auf einen Schwurzeugen verweisen darf, so nenne ich die Genossin Sender, die ein Beispiel dafür ist, daß man Klassenkämpferin sein kann und sich doch geschmackvoll der herrschenden Mode entsprechend kleiden kann. (Unruhe.) Für uns stand die Frage bei der Schaffung der „Frauenwelt“ folgendermaßen: Wie sollen wir an alle Proletarierinnen herankommen, die zurzeit noch andere Zeitschriften der Modezeiteungen lesen, eben um dieser Mode willen? Da schien uns zunächst kein anderer Weg gegeben zu sein, als die herrschende Mode in möglichst vollkommenen Typen zu übernehmen. Es kommt darauf an, ganz allmählich zu versuchen, Kritik an der herrschenden Mode zu üben, um so in jahrelanger Arbeit den Geschmac insgesamt zu heben. (Sehr richtig!)

Was vom Modeteil gilt, gilt auch von dem bildlichen und künstlerischen Teil. Es ist doch ganz falsch, daß wir in der „Frauenwelt“ eine bürgerliche Zeitschrift kopieren wollen. So einfach ist die Aufgabe nicht zu lösen. Die Genossin aus Gera vermißt, daß in der Zeitschrift auf das Elend der Proletarierfrauen hingewiesen wird. Da bin ich allerdings der Meinung, und ich weiß mich da eins mit der großen Zahl im Elend sitzender Genossinnen, die in einer ganzen Reihe von Zuschriften an mich betont haben, sie wollten nicht das Elend, wie sie es zu Hause haben, auch noch in ihren Feierstunden im Bilde vor sich haben. (Lebhafte Zustimmung.) Sie wollen im Bilde die Sonne haben, die später einmal durch den Sozialismus in ihr Leben hineinkleuchten soll. (Erneute lebhaft Zustimmung.) Wenn Sie glauben, daß das Blatt nicht sozialistisch genug ist, so bitte ich Sie, mir das an Beispielen zu zeigen. Wenn die Rubrik „Die Art im Hause“ nicht sozialistisch aussieht usw., dann bin ich dafür nicht verantwortlich. Ich kann nichts dafür, daß man Strümpfe nicht sozialistisch stopfen kann. (Zustimmung und Heiterkeit.) In den übrigen Artikeln dürften aber die Genossinnen doch das sozialistische Salz nicht vermissen haben. Ich verweise auf das Heft 8. Wenn Sie die Artikel daraufhin durchsehen werden, werden Sie doch zugeben müssen, daß in der Zeitschrift dauernd eine systematische sozialistische Arbeit geleistet wird. Das ist allerdings etwas, worin die „Frauenwelt“ sich mit den bürgerlichen Zeitschriften verbindet, nämlich darin, daß sie mit dieser Methode auch unsere Weltanschauung an die Masse der noch fernstehenden herandrängen will. Wir sollten erst den Versuch machen, die Zeitschrift an die Massen heranzubringen. Es kommt darauf an, daß wir ein Blatt schaffen, das wirklich die breiteren Massen unserer Genossinnen zum Denken zwingt. Darum würde ich Sie bitten, erst den Versuch zu machen, das Blatt wirklich an die uns noch fernstehenden Massen heranzubringen und dann zu

sehen, ob es seinen Zweck erfüllt, wirklich Massenkämpferinnen und Genossinnen für uns zu werden. (Beifall.)

Lotte Möller-Hörde: Ich bin in Mecklenburg gewesen, in einem Lande, in dem noch keine Frau zu Frauen gesprochen hat. Im Bezirk Westfalen habe ich Genossinnen gefunden, vor denen ich in Gedanken jeden Tag knien liege, wenn ich bedenke, was sie leisten. Wenn wir den § 218 beseitigen wollen, dann haben wir die Verpflichtung, den Frauen die Augen über die ungeheure Verantwortung zu öffnen. (Sehr richtig!) Es genügt nicht, einfach die Streichung des § 218 zu fordern. Nur allzu leicht werden den Frauen da Mittel in die Hand gegeben, ihren Körper für alle Zeit zu ruinieren. Wir müssen sie auf die große Verantwortung hinweisen, die sie auf sich laden. Wir müssen in unsern Versammlungen mütterlich mit ihnen reden. Gerade wir Frauen haben Stunden miteinander nötig, in denen wir Dinge besprechen, die nicht für andere bestimmt sind.

Wie gestalten wir nun unsere Versammlungen? Dafür gibt es kein Programm. Aber das Programm liegt in unseren Herzen, in unserm Bekenntnis zur Partei, der wir treu bleiben bis zum letzten Augenblick. Wir alle empfinden genau so heiß und leidenschaftlich, wenn wir es auch nicht mit so berebten Worten zum Ausdruck bringen können, das, was der Genosse Wels gestern gesagt hat, als er ein Bekenntnis zu der Partei ablegte.

Die nächsten Nummern der „Genossin“ müßten beweisen, ob etwas daraus werden kann, dann liegt es an uns, mitzuarbeiten und zu helfen. Wir dürfen nicht mit Verachtung auf das Neue sehen, das sich um uns entwickelt, und das in seiner Eigenart gewertet werden will. Groß sein und das Herz vor allem offen halten für das, was in uns vorgeht, darauf kommt es an. Heute Morgen fielen mir beim Lesen des „Vorwärts“ ein paar Verse ein, ich möchte sie umändern und Ihnen sagen:

Dann hat ein Tag dich geeignet mit unvergänglichem Licht,

Wenn aus vieler Menschen Antlitz ein Dant dir entgegenspricht.

(Lebhafte Beifall.)

Meining-Bauren: Wir sollten der Bearbeitung der Landfrauen eine weit größere Beachtung schenken als bisher. (Sehr richtig!) Die Landfrauen kommen am allerwenigsten zu unsern Versammlungen. Ich habe einen Weg eingeschlagen, der vielleicht auch sonst im Reich gangbar wäre. Ich habe mich mit der Landarbeitergewerkschaft in Verbindung gesetzt, und wenn nun die Gewerkschaften eine Gewerkschaftsversammlung einberufen und eine Frau als Referentin genannt ist, dann kommen die Landfrauen in Häufen und sind außerordentlich dankbar dafür, wenn sie einmal das hören, was ihnen sonst vorenthalten wird. Auf diese Weise konnten wir viele Frauen bewegen, zur Wahl zu gehen, was auf dem platten Lande sonst nicht geschieht. In dem § 22 des Statuts liegt eine gewisse Geringschätzung. Die Genossen behandeln uns heute noch mit einem unsachlichen Wohlwollen, das wir in ein sachgemäßes Zutrauen in unsere Leistungen verwandeln sollen.

Aus den Ausführungen der Genossin Popp ging hervor, wie die Rechtsparteien arbeiten. Wenn in Oesterreich die Reaktion auf die Umarbeitung unseres Strafrechts wartet, so zeigt das die internationale Einigkeit der Reaktion. Dem müssen wir eine starke internationale Einigkeit entgegensehen.

Wir dürfen auch nicht vergessen, dem Gefühl der Frau entsprechend zu arbeiten. Die Bürgerlichen bearbeiten die Frauen meist nur gefühlsmäßig. Wir können uns bis zu einem gewissen Grade auch gefühlsmäßig einstellen, dürfen aber nicht vergessen, die Idee des Sozialismus unsern Frauen einzuprägen.

Ich bin nicht der Ansicht einer Genossin, das Wahlalter sei zu niedrig. Maßgebend ist der Umstand, daß unsere Söhne im Krieg mit 16 Jahren über die

Geschichte des Vaterlandes mit Blut und Leben entscheiden sollten, während man ihnen die friedliche Entscheidung mit dem Stimmzettel nicht zugestehen wollte. Schon der Wunsch aus bürgerlichem Lager, sollte uns zu denken geben. Aufgabe der Mütter ist es, dafür zu sorgen, daß unsere Kinder, wenn sie mit 20 Jahren zur Wahlurne schreiten, überzeugte Sozialisten sind. Wir wollen für das Vorwärtsdrängen des Sozialismus kämpfen, damit unsere Kinder dieses Erbe froh genießen können. (Bravo! und Händeklatschen.)

Frau Kern-Darmstadt: Es ist der Vorwurf erhoben worden, daß die „Frauenwelt“ die bürgerlichen Blätter nachahme. Ich verweise darauf, wie die Bürgerlichen die Frauen an sich zu fesseln suchen. In den Ankündigungen der Frauenzusammenkünfte heißt es stets am Schluß: nachher gemütlicher Teil mit Kaffee oder Tee.

Ich bedauere, daß die Frage des Arbeiterwohlfahrtsausschusses kaum gestreift wurde und wir keine weiteren Richtlinien erhalten konnten. Da sich die Geldverhältnisse in der Partei gebessert haben, da ferner in der Provinz meist die Leitung der Frauenbewegung in den Händen von Frauen liegt, die wirtschaftlich und durch ihre Haushaltungspflichten stark belastet sind, sollte man der Frage näher treten, besoldete Parteisekretärinnen zu gewinnen, die die Frauenbewegung zu leiten hätten, wodurch wir größere Erfolge verzeichnen könnten.

Das Protokoll der Frauentagung sollte allen Partei- und Bezirkssekretärinnen zugesandt werden, damit es in die Ortsvereine kommt. (Bravo! und Händeklatschen.)

Frau Köhle-Frankfurt: Hilferding sagte gestern in seinem Schlußwort, wir sollten die Kultur nicht vergessen und den breiten Massen immer sagen, daß wir der Menschheit erst Kultur bringen wollen.

Zu der von verschiedenen Genossinnen angeschnittenen Frage der Elternbeiräte gestalte ich mir einige Ausführungen, weil mit der Einstellung der proletarischen Elternschaft zur Schule die Zukunft der Partei, die Zukunft und der Aufstieg der Arbeiterschaft steht und fällt. (Sehr richtig!) Erst wenn die breite Masse begriffen hat, daß es mindestens so wichtig ist, Funktionär im Elternbeirat zu sein, als irgendwelche Agitationsreden zu halten, wird der Einfluß der sozialistischen Eltern in der Schule Raum bekommen. (Sehr gut!) Wir gehen heute in der Volksschule und auch in der Reformschulbewegung rückwärts und die bisherigen Erfolge gehen verloren, weil sich breite Massen der proletarischen Eltern gleichgültig verhalten. Das Wort ist niemals wahrer gewesen als jetzt: wer die Zukunft hat, hat die Zukunft. Es besteht eine große Gefahr der nationalistischen Verfeuchung durch die Schule. Wenn dem nicht Einhalt geboten wird, wenn wir nicht begreifen lernen, daß wir als Sozialisten die Pflicht haben, unsern Kindern die beste Schulbildung zu geben, um die geistigen Kräfte im Volk selbst stellen zu können. Die Stellung der Frau zu den Mandatanten in den Körperschaften und auch innerhalb der Partei muß dadurch gegeben sein, daß sie etwas leistet. Die Entscheidung aber, ob ihre Qualitäten ausreichend sind, um im Parlament einen Platz ausfüllen zu können, ist doppelt und dreifach zu prüfen. Viele sind berufen, aber wenige sind auserwählt! Wir sollten selbstlos schaffen, auch wenn äußerlich kein Lohn winkt. Den besten Lohn sollten wir in dem Fortschritt und dem Ausbau der Partei erblicken. (Bravo! und Händeklatschen.)

Vorsitzende Frau Rynek: Es ist folgender Antrag Seifert eingegangen: (Deutsche Nothilfe.)

Die Frauenkonferenz der SPD. fordert, daß die Partei, bzw. der Arbeiterwohlfahrtsausschuß sofort ein gemeinschaftliches Arbeiten mit der deutschen Nothilfe einstellt und ablehnt.

Wenn eine Sammlung für „Kinder auf Band“ veranstaltet werden soll, dann durch den Arbeiterwohlfahrtsausschuß selbständig.

Es wird Schluß der Debatte mit der Maßgabe beschloffen, daß noch die Genossin Thiel-Leipzig und die Genossin Kirchmann-Köln, letztere als Vertreterin für das besetzte Rhein- und Ruhrgebiet sprechen sollen.

Frau Thiel-Leipzig: Wir brauchen uns mit den Frauenfragen nicht allein zu beschäftigen, da in der Partei Frauen und Männer vereint sind. Wenn wir die Beobachtung gemacht haben, daß die Frauen nicht aufgeklärt sind, so sind es die Männer auch nicht. Ich gehe rein vom politischen Standpunkt aus. Wir haben das gleiche Ziel, das Streben, den Sozialismus zu verwirklichen, der uns allein Frieden, Freiheit und Trost geben kann. Wollen wir dies Ziel erreichen, so müssen wir die Masse hinter uns haben, Männer, Frauen und Kinder, denn die Kinder sollen erst verwirklichen, was wir begonnen haben.

Durch das vorgestern angenommene Statut bekommen die Frauen Extraganzgen. Wir sind eine geeinte Partei von Frauen und Männern und brauchen das nicht. § 22 ist von weittragender Bedeutung nicht nur für den Parteiausschuß, sondern darüber hinaus, weil natürlich nach dem Stärkeverhältnis innerhalb der Organisation die Frauen in die allgemeinen Gremien der Partei eingereicht werden. Es ist heute viel über die Verluste bei den Wahlen zum Reichstag gesprochen worden. Werden die Frauen nach dem Stärkeverhältnis in die Listen eingereicht, so werden wir in Zukunft noch mehr verlieren. Wir müssen deshalb versuchen, diese Zahl im Statut zu ändern. Es liegt das an den Genossinnen in den Bezirken, die mit entsprechenden Anträgen an die Zentrale herangehen müssen, damit die Genossinnen genügende Unterlagen an Hand haben. Wenn wir uns hier streiten, ob dieser oder jener Bezirk in bezug auf die Frauen nicht berücksichtigt worden ist, so können wir das nur durch Worte zum Ausdruck bringen, ändern aber an der Tatsache nichts. Wir sollen doch für die Zukunft diese Änderungen herbeiführen, und deshalb müssen wir diese Härte beseitigen.

Frau Kirchmann-Köln: Genossinnen und Genossen! Wohl in keinem Bezirk unseres Vaterlandes hat man so um den Ausfall der Reichstagswahlen gebangt wie in der Rheinprovinz. Wir waren uns bewußt, daß es vom Ausfall der Wahlen abhängig sei, ob das Rheinland beim Reich und bei Preußen bleiben würde. Die Haltung der Deutschen Sozialdemokratie in der Frage der Rheinlandpolitik war absolut richtig und hat dazu beigetragen, das Rheinland für Deutschland und Preußen zu retten. Für uns ist es wichtig, zu erfahren, welche Parteien auf Grund des Frauenwahlrechts den hauptsächlichsten Gewinn bei diesen Wahlen, deren Ausgang in unserem Bezirk ja im Grunde recht betrüblich gewesen ist, davongetragen haben. Es ist kein Zweifel, daß der Ruhnicker des Frauenwahlrechts im Rheinland nach wie vor die Zentrumsparterie ist. Das hat doch bestimmte Ursachen!

Als heute aus Sachsen, Berlin und Mitteldeutschland die verschiedensten kultur- und bevölkerungspolitischen Probleme berührt wurden, habe ich mich gefragt, welche Wirkung diese Art der Behandlung im Rheinland auf die Frauen haben müsse, die wir für uns gewinnen wollen. Gerade das Rheinland ist das Schulbeispiel dafür, daß man kulturpolitische und sozialpolitische Fragen nicht nach einheitlichen Gesichtspunkten beurteilen darf, sondern daß man in der Frauenbewegung auf Grund der lokalen Verhältnisse arbeiten muß. Es wäre ein idealer Zustand, wenn wir mit dem gleichen Rüstzeug der Presse und des Organisationsapparates Mann und Frau in gleicher Weise agitatorisch und organisatorisch erfassen könnten.

Worauf es heute ankommt, ist die Stellung der Frau zu ihrer eigenen Presse. Für meinen Begriff ist es sehr wertvoll, wenn es den Genossinnen in

den Bezirken gelingt, Einfluß auf die örtliche und Bezirkspresse zu gewinnen. Wir müssen Frauenbeilagen mit persönlichem Charakter bekommen. Es gibt leider wenig Beilagen, die die besonderen Aufgaben der Frau im politischen Leben in wirklich wertvoller Weise erörtern. Wir müssen auch darüber wachen, daß uns nicht leichter Unterhaltungsstoff als gut genug für die Frau geboten wird (sehr richtig!), wie es leider in Frauenbeilagen oft vorkommt, die von Männern redigiert werden, die nicht sehr viel Verständnis für die Frauenfragen haben.

Es muß immer wieder wiederholt werden, daß in der Frauenbewegung nach lokalen Gesichtspunkten gearbeitet werden muß. Zwischen der Rheinprovinz und Ostpreußen ist ein großer Gegensatz in der Einstellung der Bevölkerung. Die Einstellung der Genossinnen in Gegenden mit überwiegend protestantischer Bevölkerung ist anders als in Gegenden mit überwiegend katholischer Bevölkerung. Alles in allem genommen müssen wir einsehen, daß man die alten Wege, die man zur Gewinnung der Frau eingeschlagen hat, durch neue Wege ergänzt und Methoden anwendet, wie sie heute hier recht gründlich besprochen worden sind. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzende Frau **Ryneck**: Die Genossin Dr. Stegmann, die nicht mehr zu Worte gekommen ist, bittet die Genossinnen aus den einzelnen Bezirken, soweit sie Material für die Behandlung der §§ 218 und 219 haben, es ihr zu übermitteln, damit sie es im Bevölkerungspolitischen Ausschuß verwenden kann.

Dann hat die Genossin Schilling das Wort zum Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Berichterstatterin Frau **Schilling**: Unser Kongreß ist von 118 Delegierten besucht, außerdem zwei Gäste, fünf Vertreter des Parteivorstandes, ein Vertreter des Parteiausschusses, eine Genossin aus der Arbeiterwohlfahrt, zwei Vertreter der „Frauenwelt“, sieben Reichstagsmitglieder und 14 Genossinnen aus dem preussischen Landtage.

Die einzelnen Bezirke haben folgende Delegierten entsandt:

Ostpreußen	1	Hamburg	7	Niederrhein	3
Pommern	1	Hannover	4	Oberrhein	2
Brandenburg	2	Braunschweig	1	Hessen-Offenbach	1
Groß-Berlin	5	Groß-Thueringen	6	Pfalz	1
Niederschlesien	3	Leipzig	4	Württemberg	2
Mittelschlesien	2	Ostfachsen	4	Franzen	1
Halle	4	Chemnitz-Zwickau	5	Oberbayern	1
Magdeburg	5	Hessen-Cassel	7	Baden	1
Mecklenburg-Lübeck	1	Hessen-Nassau	2		
Schleswig-Holstein	4	Westfalen	6		

Die Mandate sind in bester Ordnung befunden worden und die Kommission beantragt, die Mandate für gültig zu erklären.

Von den Bezirksvorständen ist mir der Wunsch übermittelt worden, daß die Anwesenheitsliste gedruckt und den Bezirken zur Verfügung gestellt wird. Die Sekretäre haben eine Zahl prächtiger Rednerinnen entdeckt, die sie für ihre Agitation ausnutzen möchten.

Vorsitzende **Ryneck**: Ich möchte eine kleine Berichtigung vornehmen. Es sind nicht zwei männliche Mitglieder des Parteivorstandes vertreten, sondern fünf männliche Mitglieder des Parteivorstandes sind fast während der ganzen Verhandlung hier anwesend gewesen.

Von anderen Rednerinnen wird zu dem Bericht bemerkt, daß Ostschlesien durch zwei Delegierte, Hessen-Offenbach mit einer, Hessen-Darmstadt mit zwei und Oldenburg-Ostfriesland mit einer Delegierten vertreten ist.

Hierauf erhält Genossin Juchacz das Schlusswort.

Frau **Juchacz** (Schlusswort): Ueber die Anträge möchte ich folgendes sagen. Den Antrag Kirchmann-Röhl bitte ich anzunehmen. Er enthält alles, was wir im gegebenen Moment zu fordern berechtigt sind. Er enthält die Aufforderung an die Gesamtorganisation, die Mitarbeit der Frau auf parlamentarischer Basis noch stärker zu ermöglichen als bisher. Wir müssen diesen Antrag aber auch vom Standpunkt des Selbstbewußtseins der politisch-gleichberechtigten Frau aus annehmen im Gegensatz zu dem Antrag, der aus Württemberg-Hohenzollern gekommen ist und den ich abzulehnen bitte.

Den Antrag, der die Forderung enthält, daß das allgemeine „Recht der Frau auf Erwerb“ zum Durchbruch kommen soll, bitte ich ebenfalls anzunehmen; ebenso den Antrag, daß bei Aufhebung der Beamtenabbauverordnung die Gleichberechtigung der weiblichen Beamten wiederhergestellt wird. Ferner bitte ich anzunehmen den Antrag, der sich mit dem § 218 beschäftigt. Mit der Annahme ist die Ueberweisung des Antrags an die Reichstagsfraktion verbunden. In dem Antrag selbst könnte statt „der seinerzeit eingebrachte Antrag“ gesagt werden „der neu eingebrachte Antrag“.

Der Antrag aus Eiberfeld, der sich mit der „Frauenwelt“ beschäftigt, ist zurückgezogen.

Den Antrag, ebenfalls die „Frauenwelt“ betreffend, unterschrieben Funk, aus Düsseldorf, bitte ich abzulehnen.

Der Antrag, wonach die Grabstätte der Genossin Zieg eine würdige Ausschmückung erfahren soll, wird am besten dem Parteivorstand überwiesen, der ihn an die zuständige Stelle weiterleiten wird.

Der Antrag der Genossin Ziegler, eine Frauenkorrespondenz herauszugeben, ist zurückgezogen.

Dann liegt noch der Antrag vor, den Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt zu ersuchen, eine gemeinschaftliche Arbeit mit der Deutschen Nothilfe einzustellen. Wenn eine Sammlung „Kinder aufs Land“ veranstaltet werden soll, soll es durch den Arbeiterwohlfahrtsausschuß geschehen. Die Genossin Ziels hat mich beauftragt, zu sagen, daß aus dieser gemeinsamen Sammlung in Breslau sehr große Beträge der Arbeiterwohlfahrt zufließen, die den Grundstock ihres Arbeitens bilden. Auch in Berlin werden dem Ausschuß für Arbeiterwohlfahrt 25 Proz. des Ertrages zugewiesen. Dazu kommt, daß heute die allgemeinen Sammlungen sich in würdigeren und sozial einwandfreieren Formen vollziehen als früher. Ich möchte Sie auch bitten, es der Arbeiterwohlfahrt selbst zu überlassen, wie sie ihre Arbeiten einrichten will. Wir haben durch den Hauptausschuß die freie Arbeit der Ortsausschüsse bisher niemals eingeschränkt. Prinzipielle Beschlüsse einer Zentralstelle können in dieser Frage nicht gut gefaßt werden. Wir nehmen es den Genossen nicht übel, wenn sie sich an einzelnen Orten, wo die Zusammenfassung der Wohlfahrtskörperschaften eine in unserm Sinne ungünstige ist, ablehnend verhalten.

Gegen den Antrag, der zum Kampf gegen Alkoholisten auffordert, sind Bedenken nicht laut geworden, so daß ich wohl die Annahme empfehlen kann.

Eine Genossin hat mich gebeten, zur Frage der Frauengruppen meine Meinung zu äußern, da diese Frage in den einzelnen Orten durchaus noch nicht geklärt sei. Das kann auch nur so geschehen, daß die Parteinstanzen es den einzelnen Bezirken ganz überlassen, wie sie die Frage der Frauengruppen regeln wollen. Soviel ich mich erinnere, befand sich unter den Anträgen an den Parteitag auch ein Antrag, die Frauengruppen aufzuheben, der im gleichen Sinn, wie ich es hier ausführe, behandelt worden ist. Aus den Berichten, die mir aus dem ganzen Reich zugegangen sind, habe ich entnommen, daß das

Wort „Frauengruppe“ ein Sammelbegriff ist, daß man sich in den einzelnen Gegenden des Deutschen Reiches etwas ganz verschiedenes darunter vorstellt. (Sehr richtig!) Die Zusammenarbeit der Genossinnen regelt sich nach ganz bestimmten örtlichen Verhältnissen und Gewohnheiten. Man muß also die Frage der Frauengruppen zusammen mit dem örtlichen Vorstand der Partei entscheiden. Wichtig ist vor allen Dingen die Verbindung der Parteifirstenzen mit den Frauengruppen. Das braucht durchaus nicht die Selbstständigkeit in der Arbeit unserer Genossinnen zu unterbinden, sondern wir haben in dieser Verbindung die moralische Stütze der Partei, wenn Sie in den Fällen von prinzipieller oder auch geldlicher Bedeutung sich mit Ihrem Vorstand in Verbindung setzen. Allerdings müssen diese Frauengruppen das ganze Jahr hindurch tätig sein; sie dürfen nicht erst dann auf dem Plan erscheinen, wenn es sich um die Delegation zu irgendeiner Sache handelt. (Sehr gut!) Vorschläge zu irgendwelchen Delegationen oder Wahlen können nur von den Gesamtkörperschaften der Partei bestätigt werden.

Dann möchte ich noch etwas unterstreichen, was ganz zuletzt ausgeführt worden ist. Ich meine die Frage der Frauenbeilagen oder der Rubriken für die Frauenfragen in unsern Tageszeitungen. Während der Wahlbewegung habe ich mir ein Päckchen von Frauenbeilagen gesammelt, in denen über die Wahlen und über die Pflichten der Frauen bei den Wahlen auch nicht ein einziges Wort gesagt war. Sie waren vielmehr in dieser Zeit mit belletristischen Sachen, mit Sachen, die gar keine Bedeutung hatten, angefüllt. Daß man so die Frauenbeilagen als Schuttabladeplatz für alles mögliche bemüht, was für den übrigen Teil der Zeitungen nicht gebraucht werden kann, dagegen müssen wir uns allerdings wenden. (Lebhafte Zustimmung.) Aber Genossinnen, kümmern Sie sich auch in Ihren Bezirken in genügendem Maße um die Ausgestaltung der Zeitungen? Werden Sie nun, nachdem wir die „Frauenkorrespondenz“ haben, auch in den Bezirken dafür sorgen, daß die Artikel der „Frauenkorrespondenz“ abgedruckt werden? Werden Sie sich den nötigen Einfluß auf die Preßkommissionen oder ähnliche Körperschaften, die über das Aussehen der Zeitungen zu wachen haben, verschaffen? Wir haben während der Wahlzeit und vor der Wahlzeit ein Aufblühen der Parteipresse beobachten können. Wir haben gesehen, wie die Frauenbeilagen wie Pilze aus der Erde schossen. Ich kann allerdings zu meiner Freude konstatieren, daß diese Frauenbeilagen auch jetzt nach der Wahl nicht abgenommen haben. Sorgen Sie nun dafür, daß sie dauernd beibehalten und so ausgestaltet werden, wie Sie es wünschen. Ich glaube aussprechen zu können, daß jetzt die Frauen wirklich alles haben, was sie als Arbeitsmaterial gebrauchen, so daß wir fast zum Parteivorstand sagen könnten: Ihr habt so viel für uns getan, daß Euch zu tun fast nichts mehr übrig bleibt. (Heiterkeit.) Nun zur „Genossin“. Man kann darüber streiten, ob darin grundsätzliche Probleme erörtert werden sollen oder nicht. Wir brauchen ja auch manchmal kühne Ausdrücke für eine Sache, die gar nicht so bezeichnet werden brauchte. Gewiß wird auch einmal eine ernste Betrachtung in den Zeitungen stehen, gewiß sollen auch schwebende Fragen einmal behandelt werden. Aber wollen Sie die Lösung wissenschaftlicher Aufgaben in einer solchen Zeitung betreiben, dann schaffen Sie wieder einen Dualismus, über den Sie nachher in den Frauenkonferenzen genau so schimpfen, wie Sie früher über die „Gleichheit“ gezeckert haben. (Lebhafte Zustimmung.) Einigermassen erkaunt bin ich darüber, daß hier so viele ein Loblied auf die „Gleichheit“ gesungen haben. (Sehr richtig!) Ich habe niemals etwas gegen die „Gleichheit“ gesagt, aber ich kann mich an Frauenkonferenzen früherer Jahre erinnern, in denen die „Gleichheit“ stundenlang der Kritik unterzogen

wurde, ganz besonders unter der Redaktion der Genossin Zettin. (Lebhafte Zustimmung.) Damals hat man scharfe Kritik an einem Blatt geübt, das man jetzt über das Bohnenlied lobt. (Sehr richtig!) Wir sollten uns doch vor Uebertreibungen nach jeder Richtung hin hüten.

Der Genossin Rivirra möchte ich sagen: üben Sie Kritik und nochmals Kritik, aber bitte, eine wohlwollende Kritik. Der Konferenz und auch der Genossin Rivirra möchte ich darüber hinaus noch sagen: üben wir in unserer gesamten Arbeit nicht nur eine wohlwollende Kritik, sondern auch eine gütige Kritik. (Sehr richtig!) Bei aller Leidenschaftlichkeit und Leidenschaftlichkeit ist etwas Schönes — soll doch auch die Güte mit hindurchleuchten, die Güte, die wurzelt in dem Glauben an die gemeinsame Sache. (Lebhafte Zustimmung.) Ich glaube, Genossin Rivirra, wenn wir beide zusammenarbeiten würden, wir würden uns sicherlich ganz gut verstehen. In diesem Sinne lasse ich auch Ihre Kritik an meinem Referat auf. Kein Mensch kann mehr geben, als er hat. (Sehr richtig!) Ich kann nur freudig begrüßen, daß eine Genossin mit den Kenntnissen der Genossin Rivirra meine Ausführungen auf Grund ihrer Erfahrungen ergänzen kann. In diesem Sinne hat die Genossin auch sicherlich ihre Ausführungen gemeint, und so will ich auch die Schlussfolgerungen für unsere späteren Arbeiten gezogen wissen. Es ist notwendig, daß die Genossinnen, die auf einem andern Platze stehen als ich und die mit einer so wunderschönen Beobachtungsgabe ausgestattet sind, ihre Erfahrungen nun auch verwerten und in schriftlichen Aufsätzen der Allgemeinheit zugänglich machen. Diese Schlussfolgerung wollen wir auch für unsere gesamte Arbeit ziehen.

Wenn die Genossin Möller in so schöner Weise davon gesprochen hat, daß Ihnen ein kleines Kind in den Arm gelegt worden sei, so möchte ich Ihnen sagen, helfen Sie dem Parteivorstande und seinen Beauftragten, dieses Kind zu einem selbständigen Wesen zu machen, das seine Aufgaben auch wirklich erfüllen kann. Dazu sind Sie da. (Lebhafte Zustimmung.) Wir Frauen alle — und auch ich bekenne mich an dieser Stelle schuldig — tranken noch an den Eigenschaften, die uns durch die jahrhundertlange Erziehung der Frau überliefert worden sind, die uns in Fleisch und Blut übergegangen sind. Wir tranken an dem Bewußtsein unseres eigenen Unwertes, wir haben oftmals Hemmungen zu überwinden, um unsere guten Gedanken in Körperschaften, in denen wir verantwortlich arbeiten sollen, zum Ausdruck zu bringen. Wenn wir dann dabei versagt haben, wenn wir Gelegenheiten verpaßt haben, in denen es sich darum handelte, für das Frauengeschlecht einen Fortschritt zu erzielen, dann kommen wir in die Versuchung, davon zu sprechen, daß wir als Frauen zurückgebrängt worden seien. Suchen wir die Ursachen dafür in uns selbst! Ueben wir in jeder Stunde Selbstkritik! Wenn das erst geschieht, dann ist das Klageklage von der Zurückdrängung der Frauen, das erfreulichste heute hier nicht angeklagt worden ist, das ich aber draußen in den Provinzen bisher noch auf jeder Frauenkonferenz habe mit anhören müssen, sehr bald zum Verstummen gebracht. Diese Niederkämpfung der eigenen Hemmungen, diese Hebung des eigenen Selbstbewußtseins, wenn wir in einer verantwortlichen Arbeit stehen, ist ein Stück Selbsterziehung, und mit dieser Selbsterziehung werden wir über all die kleinlichen Dinge hinauswachsen. Genossin Ziegler, ein wenig Humor tut auch etwas dabei, glauben Sie es mir. (Lebhafte Zustimmung.) Soviel kenne ich die Genossin Sender, um zu wissen, daß sie einen nicht unfeinen, im Gegenteil recht feinen Scherz des Genossen Rohmann nicht übernimmt. (Lebhafte Zustimmung.) Wir sollten es alle lernen, über den Dingen zu stehen und sollten uns um Kleinigkeiten willen nicht aufregen, wenn die Geschichte von uns verlangt, daß wir große Dinge erfüllen. (Lebhafte Zustimmung.) Das sind die Lehren, die ich für mich aus der ganzen Diskussion

gezogen habe und von denen ich wünschen möchte, daß Sie sie mit hinausnehmen in die einzelnen Bezirke, um auch danach zu arbeiten.

Zum Schluß noch ein paar Worte. Wir brauchen zu unserer Arbeit — und das hat nur noch eine ganz lose Verbindung mit dem, was ich vom Selbstbewußtsein und von dem Bewußtsein des Unwertes der eigenen Persönlichkeit gesagt habe — auch die psychologische Einfühlung der Männer. (Sehr richtig!) Wenn wir wissen, daß wir sie brauchen, dann sollten wir es auch nicht tadeln, daß sich ein Mann gefunden hat, der uns in der „Frauenwelt“ ein Arbeitsinstrument für den Sozialismus gegeben hat. Wir sollten uns vielmehr dessen freuen und in uns die Verpflichtung fühlen, uns an dieser Arbeit zu beteiligen, damit das Handwerkszeug immer brauchbarer wird, sowohl für die Frauenbewegung wie für den Sozialismus. (Lebhafter Beifall.)

In der Abstimmung wird der Antrag Kirschmann u. Gen. einstimmig angenommen. Damit ist der Antrag Ziegler erledigt.

Der Antrag Seifert und Gen. wird abgelehnt. Ein Antrag, der sich auf die Grabstätte der Genossin Ziegler bezieht, wird dem Parteivorstand überwiesen.

Der Antrag Wachenheim betreffend die Gleichberechtigung der weiblichen Beamten findet einstimmige Annahme, desgleichen der Antrag Pfülf u. Gen.

Ein Antrag, der sich auf die §§ 218/219 des Strafgesetzbuches bezieht, wird gleichfalls einstimmig angenommen und der Reichstagsfraktion überwiesen.

Dem Antrage Wegscheider, betreffend den Kampf gegen den Alkoholismus stimmt die Konferenz einstimmig zu.

Ziegler-Heilbronn (persönliche Bemerkung): Die Genossin Köhl-Frankfurt und die Genossin Suchacz haben irrtümlicherweise von einem Antrag Ziegler gesprochen. Ich möchte feststellen, daß beide Anträge aus Württemberg nicht von mir persönlich stammen, sondern mir vom Landesauschuß der Frauen Württembergs übergeben worden sind.

Vorliegende Ryndel: Damit sind wir am Schluß unserer Tagung angelangt. Aus der augenblicklichen Zusammensetzung der Konferenz können Sie erkennen, wie groß das Interesse nicht nur unserer Genossinnen, sondern auch unserer Genossen für die Frauenkonferenz ist. Nicht nur die männlichen Mitglieder unseres Parteivorstandes haben bis zum letzten Augenblick unseren Verhandlungen beigewohnt, sondern auch die Gäste aus Berlin und aus dem Lande haben bis zum Schluß ausgeharrt. Ich glaube, das ist das beste Zeichen dafür, daß wir gut gearbeitet haben, und das gibt uns auch Mut für die zukünftige Arbeit. Auch unsere alte Otilie hat bis jetzt teilgenommen. Es ist für sie stets der Wunsch gewesen, die erste Frauenkonferenz nach der Einigung erleben zu können. Unsere Otilie wird mit dem Ergebnis der heutigen Konferenz zufrieden sein, ihre Arbeit hat Erfolg gezeigt. Überall sehen wir frische Kräfte, Frauen und Männer, die in alter kameradschaftlicher Weise den Kampf aufnehmen und den Erfolg zu sichern bemüht sind.

Ich handle in Ihrem Sinne, wenn ich der Berliner Parteiorganisation für die uns gewordene Gastfreundschaft, die Tagung in diesem Hause ermöglicht zu haben und den gestrigen Abend, der uns einander nähergebracht hat, den Dank der Konferenz ausspreche.

Geben wir mit neuem Mut an die Arbeit. Ich bitte Sie, mit mir einzustimmen in den Ruf: Die internationale Sozialdemokratie, sie lebe hoch! (Die Versammlung stimmt begeistert in den Ruf ein.)

Die Konferenz ist geschlossen und wünsche ich Ihnen gute Heimkehr und erfolgreiche Arbeit.

Die Teilnehmer fingen die Internationale.

(Schluß der Sitzung 7 Uhr.)

Angenommene Anträge der Frauenkonferenz.

Die seit der Umwälzung des November 1918 verfloßenen fünf Jahre haben den Wert der Zusammenarbeit von Mann und Frau im Parlament bewiesen und damit die Berechtigung des jahrzehntelangen Kampfes der Sozialdemokratie für das aktive und passive Wahlrecht der Frauen bekräftigt.

Die Reichsfrauenkonferenz bedauert deshalb, daß bei der Aufstellung der Kandidaten zum Reichs- und zu den Gemeindeparlamenten dieser Tatsache nicht überall Rechnung getragen wurde. Sie fordert die Genossinnen auf, durch regste Mitarbeit im politischen Leben den Boden dafür zu schaffen, daß in Zukunft durch stärkeren Eintritt von Frauen in den Parlamentarismus die Interessen von Mann und Frau und damit der gesamten Menschheit gewahrt werden.

Die sozialdemokratische Frauenkonferenz hält für selbstverständlich, daß bei Aufhebung der Beamtenabbau-Verordnung die verfassungsmäßige Gleichberechtigung der weiblichen Angestellten wiederhergestellt wird. Sie ersucht den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion, die Bestrebungen, die Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte auch für die Zukunft aufrechterhalten, als Bruch der Reichsverfassung zu brandmarken und ihnen auf das energischste entgegenzuwirken.

Die Frauenkonferenz der SPD. fordert von der Partei, daß sie ihren alten programmatischen Grundsatz „Allgemeines Recht der Frauen auf Erwerb“ theoretisch und praktisch energisch zum Durchbruch verhilft.

Unsere Aufgabe als Kulturpartei liegt in der Förderung der Volkswohlfahrt: wie der Bekämpfung aller Volkschäden, unter denen der Alkoholismus in Deutschland mit an erster Stelle steht.

Es ist eine der sozialsten Frauenaufgaben, ihren Einfluß gegen das verheerende Volksgift einzusetzen und deshalb Aufgabe aller Verantwortlichen, alle Kräfte einzusetzen, um den Alkoholismus zum Wohle des arbeitenden Volkes zu bekämpfen.

Angenommen und der Reichstagsfraktion überwiesen.

Die Frauenkonferenz richtet die dringende Bitte an die Fraktion, nochmals dahin zu wirken, daß der seinerzeit eingebrachte Antrag zur Abänderung des § 218, der Straffreiheit bei Unterbrechung der Schwangerschaft in den ersten drei Monaten gewähren will, schleunigst im Reichstag zur Beratung kommt. Maßgebend sind die Urteile in Württemberg, Berlin und die zuletzt vorgekommenen Fälle in Hamburg nebst vielen anderen im Reich. Sie beweisen aufs neue, das hier eine dringende Frauennot vorliegt und daß gerade die Sozialdemokratische Partei die Aufgabe hat, die Frauen zu schützen.

Dem Parteivorstand überwiesen.

Die Frauenkonferenz wolle beschließen: der Parteivorstand wird ersucht, Schritte zu unternehmen, damit die Grabstätte der Genossin Ziegler eine würdige Ausschmückung erfährt. Sollte die Partei Mittel hierzu nicht zur Verfügung haben, sind unverzüglich Sammlungen zu veranstalten.

Liste

der Teilnehmer an der Reichsfrauenkonferenz der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Agnes, Lore, Düsseldorf
Andresen, Marg., Hamburg
Arning, Marie, Magdeburg
Aul, Bella, Meiningen
Bartels, Elise, Hildesheim
Beder, Clara, Halle
Beder, Martha, Weimar
Berg, Frau, Oschersleben
Brühn, Lina, Frankfurt a. M.
Bollmann, M., Halberstadt
Bremer, Therese, Hannover
Brühn, Lina, Hannover
Christmann, S., Barmen
Claus, Joh., Neudänitz
Deppe, Marie, Altona
Ege, Lina, Frankfurt
Endmann, L., Recklinghaus.
Felber, Betti, Chemnitz
Fischer, Marie, Lüneburg
Frerichs, Elif., Rüstingen
Graf, Frau, Braunschweig
Grotejandt, Frau, Bochum
Günther, Hedw., Hamburg
Haake, Frieda, Jaborze
Hanna, Gertrud, Berlin
Helfers, Rosa, Hameln
Hempel, Emma, Wittweida
Heymann, Johanna, Berlin
Hilge, Jakob, Dortmund
Höls, Else, Stettin
Hübcher, M., Wittenberge
Jaedstatt, Luise, Lübeck
Jahnke, Frau, Jena
Jansen, Flora, Geesemünde
Jeckle, Aug., Halberstadt
Juordan, V., Frankfurt a. M.
Kähler, Luise, Berlin

Kah, Ella, Berlin
Kern, Elisabeth, Darmstadt
Kerstin, Sophie, Düsseldorf
Kircher, Joseph, Deggendorf
Kirchmann, Elisabeth, Köln
Klügel, Emma, Sörlitz
Köhlting, Martha, Gleiwitz
Kröger, V., Wilhelmshagen
Kuhnert, M., V.-Lichterfelde
Kühn, Anna, Leipzig
Kurzjuch, Hanni, Kiel
Lau, Johannes, Hannover
Lawatsch-Neumann, Breslau
Ler, Anna, Dortmund
Lohmann, Dr., Berlin
Ludwig, Konrad, Berlin
Luischke, Anna, Berlin
Meier, Richard, Zwickau
Meinig, Helene, Baugen
Melzer, Anna, Chemnitz
Menge, Frau, München
Müller, Nettchen, Köln
Nemitz, Anna, Berlin
Nivierra, Elsa, Gera
Oesterreicher, Frau
Oventrop, Anna, Hagen i. W.
Peine, Hermine, Hamburg
Pflüß, Loni, München
Röhle, Paul, Frankfurt
Röhle, Alma, Frankfurt
Röpert, Marie, Halle
Ryned, Elfriede, Berlin
Sachse, Emma, Altenburg
Sander, Anna, Eilenburg
Sapnik, Walt., Minden i. W.
Scheibenhuber, E., Berlin
Schilling, Minna, Döbeln

Schleisack, A., Oberhausen/R.
Schmieder, M., Weinböhla
Scholz, Gertrud, Berlin
Schorsch, Frau, Neusenburg
Schroder, Luise, Altona
Schuler, Emilie, Göppingen
Schumann, Elif., Stettin
Schulz, Berta, Herne i. W.
Schwamm, Anna, Kürnberg
Seidel, E., Grünberg/Schl.
Seisert, Martha, Birna
Selbert, E., Niederzwehren
Seuder, Loni, Dresden
Simon, A., Brandenburg
Siemsen, Dr. Anna, Jena
Siegmann, Dr. M., Dresden
Steinhäuser, M., Offenbach
Stiegeler, Math., Durlach
Stiegler, Anna, Bremen
Sured, Lina, Leipzig
Thiel, Berta, Leipzig
Todenhausen, M., Berlin
Thümmel, Elisabeth, Dresden
Wadenheim, Hedw., Berlin
Weber, Frau, Dessau
Weddering, Dora, Lübeck
Weigfelder, Hildeg., Berlin
Weiland, Magdalena, Zeitz
Wengels, Margarete, Berlin
Wohlgemuth, E., Marienbg.
Wolff, Marie, Speyer
Wolff, Frau, Bocholt
Wündisch, Amalie, Cassel
Wurm, Mathilde, Berlin
Zabe, Grete, Hamburg
Zänsler, Minna, Zwickau
Ziegler, Anna, Heilbronn